

UNSERE VISION

UNSER PROGRAMM

UNSERE PLANUNG

UNSER RÜCKBLICK



BESCHLUSS LANDRAT

KANTON BASEL-LANDSCHAFT / REGIERUNGSRAT

Unser Programm wird zum **Plan**

JAHRESPLANUNG 2014
Vorlage an den Landrat
Nr. 2013/250

2014

Inhaltsverzeichnis

Bericht zur Jahresplanung 2014

1. Vorwort des Regierungsrates	4
2. Strategische Planung und Schwerpunkte der Jahresplanung 2014	7
2.1 Wirtschaftsoffensive: mit Schwung in die zweite Phase	8
2.2 Weitere Schwerpunkte des Jahresprogramms 2014	9
2.2.1 Kantonale Behörden	9
2.2.2 Finanz- und Kirchendirektion	9
2.2.3 Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion	10
2.2.4 Bau- und Umweltschutzdirektion	10
2.2.5 Sicherheitsdirektion	11
2.2.6 Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion	12
3. Konjunkturelle Rahmenbedingungen	13
4. Einfluss der Bundespolitik	14
4.1 Finanzpolitik	14
4.2 Finanzausgleich zwischen Bund und Kantonen	14
5. Kantonale Rahmenbedingungen	15
5.1 Kantonaler Finanzausgleich	15
5.2 Reform der BLPK	16
6. Entlastungspaket 12/15	17
7. Defizitbremse	19
8. Der Voranschlag im Überblick	20
8.1 Aufwand	20
8.2 Ertrag	22
8.3 Investitionsrechnung	25
8.3.1 Investitionsniveau	25
8.3.2 Investitionsbudget 2014	27
8.4 Finanzkennzahlen	28
9. Das Personal	31
9.1 Entwicklungen im Personalwesen	31
9.2 Personalbedarf 2014	32
9.3 Stellenentwicklung 2005-2014	33
10. Beteiligungen	35
11. Angepasste Leistungsaufträge	36
12. Anträge	37
13. Dekret über den Steuerfuss 2014	38

Die Kantonalen Behörden, Direktionen, Dienststellen und Gerichte

Kantonale Behörden KB	41
Finanz- und Kirchendirektion FKD	51
Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion VGD	75
Bau- und Umweltschutzdirektion BUD	103
Sicherheitsdirektion SID	159
Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion BKSD	197
Gerichte GER	243

Anhang

1. Konsolidiertes Budget 2014	256
1.1 Erfolgsrechnung über alle Organisationseinheiten	256
1.2 Investitionsrechnung über alle Organisationseinheiten	257
2. Erfolgsrechnung nach Organisationseinheiten	258
3. Funktionale Gliederung	259
4. Fonds	260
5. Verpflichtungskredite	274
5.1 Verpflichtungskredite der Erfolgsrechnung	274
5.2 Verpflichtungskredite und Sammelpositionen der Investitionsrechnung	284
6. Liste der Massnahmen aus dem Entlastungspaket 12/15 mit Entlastungen bis 2014	295
7. Rechtsgrundlagen und angewandtes Regelwerk	301
7.1 Rechtsgrundlagen	301
7.2 Rechnungsmodell des Kantons (HRM2)	301
7.3 Rechnungsaufbau	301
7.4 Erfasste Organisationseinheiten	302
7.5 Grundsätze der Budgetierung und Rechnungslegung	302
7.6 Kontenrahmen nach HRM2	304
7.7 Abweichungen von HRM2	307
7.8 Abschreibungsmethoden	307
7.9 Angaben zum ausserordentlichen Aufwand und Ertrag	308
7.10 Kommentierungsgrundsätze	308
8. Definition Kennzahlen	309
9. Überblick über die geplanten und laufenden Gesetzgebungsarbeiten (Gesetze und Dekrete) für das Jahr 2014	311
10. Übersicht über die in Vorbereitung und Bearbeitung befindlichen Landratsvorlagen für das Jahr 2014	315
11. Glossar	318

Bericht zur Jahresplanung 2014

1. Vorwort des Regierungsrates

Der Regierungsrat unterbreitet dem Landrat einen Voranschlag für 2014, welcher die Buchungen infolge der BLPK-Reform beinhaltet. Diese Buchungen sind ausserordentlich und einmalig. Sie verzerren im Jahr 2014 das Bild des ordentlichen Haushalts und die Wirkung des Entlastungspakets sowie der weiterhin restriktiven Budgetierung in den Direktionen.

Bereinigt um die einmalige Buchung der Forderung im Rahmen der BLPK liegt der Zuwachs beim Aufwand mit 1.7% zwar über demjenigen beim Ertrag mit 1.1%. Der Regierungsrat hat aber die durch ihn beeinflussbaren Steuergrössen im Griff. Der Ausweis zeigt, dass sowohl Personal- als auch Sachaufwand im Vergleich zum Vorjahr reduziert werden konnten. Der Sollstellenplan weist zudem im 2014 einen im Vergleich zum Vorjahr um 68.6 Stellen reduzierten Bestand aus.

Um die Entwicklung des ordentlichen Haushalts beurteilen zu können, wird in den folgenden Übersichtstabellen das Gesamtergebnis mit und ohne Buchung der Forderung der BLPK gegenüber dem Kanton ausgewiesen.

1. *Die Tabellen 1 und 2 zeigen den Erfolgsausweis inklusive Buchung des Bilanzfehlbetrags infolge der BLPK-Reform.* Damit die BLPK per 1. Januar 2015 als ausfinanziert gilt, ist die Forderung der BLPK gegenüber dem Kanton per 31. Dezember 2014 in die Bilanz aufzunehmen. Die Erfolgsrechnung wird gleichzeitig um die Auflösung der Rückstellungen entlastet. Unter Berücksichtigung dieser ausserordentlichen, einmaligen Buchungen resultiert aus heutiger Sicht ein Gesamtergebnis von CHF -933.4 Mio. Dieser Betrag wird dem Landrat beantragt. Der Selbstfinanzierungsgrad beträgt -416%.
2. *Die Tabellen 3 und 4 zeigen den Erfolgsausweis ohne Buchung des Bilanzfehlbetrags infolge der BLPK-Reform.* Aus der Wirkung des Entlastungspakets und einer weiterhin restriktiven Budgetierung resultiert ein Gesamtergebnis von minus CHF 40.3 Mio. Bei der Würdigung dieses Ergebnisses muss zudem beachtet werden, dass der Voranschlag 2013 einen einmaligen Ertrag von CHF 60.5 Mio. infolge der geplanten Verässerung des UKBB-Neubaus enthielt, welcher im 2014 wegfällt. Das Defizit von CHF 40.3 Mio. liegt über der Prognose des letztjährigen Finanzplans 2013 - 2016. Der Selbstfinanzierungsgrad beträgt mit Nettoinvestitionen von CHF 204.2 Mio., ohne Berücksichtigung der Buchung des Bilanzfehlbetrags infolge BLPK-Reform 21%.

Tabelle 1: Gestufter Erfolgsausweis mit Buchung Bilanzfehlbetrag Reform BLPK

in Mio. CHF	Rechnung 2012	Budget 2013	Budget 2014	Abweichung vom Vorjahr	
Betrieblicher Aufwand	2'438.5	2'466.5	2'508.9	42.5	1.7%
Betrieblicher Ertrag	2'278.8	2'373.5	2'389.9	16.4	0.7%
Ergebnis aus betrieblicher Tätigkeit	-159.8	-93.0	-119.1	-26.1	28.0%
34 Finanzaufwand	32.8	33.5	32.5	-1.1	-3.1%
44 Finanzertrag	150.8	101.4	100.6	-0.8	-0.8%
Ergebnis aus Finanzierung	118.0	67.8	68.1	0.3	0.4%
Operatives Ergebnis	-41.8	-25.2	-51.0	-25.8	102.3%
38 Ausserordentlicher Aufwand	111.0		1'352.4	1'352.4	
48 Ausserordentlicher Ertrag	120.5		470.1	470.1	
Ausserordentliches Ergebnis	9.5		-882.4	-882.4	
Gesamtergebnis Erfolgsrechnung	-32.3	-25.2	-933.4	-908.2	3'604.7%

Tabelle 2: Selbstfinanzierung mit Buchung Bilanzfehlbetrag Reform BLPK

in Mio. CHF	Rechnung 2012	Budget 2013	Budget 2014	Abweichung vom Vorjahr	
Aufwand	2'582.3	2'500.0	3'893.9	1'393.9	55.8%
Ertrag	2'550.1	2'474.8	2'960.5	485.7	19.6%
Saldo Erfolgsrechnung	-32.3	-25.2	-933.4	-908.2	3'604.7%
Selbstfinanzierung	-103.7	-10.7	-850.0	-839.2	7'915.1%
Investitionsausgaben	190.1	361.4	246.9	-114.5	-31.7%
Investitionseinnahmen	75.1	60.9	42.7	-18.2	-29.9%
Saldo Investitionsrechnung	-114.9	-300.5	-204.2	96.3	-32.0%
+ Selbstfinanzierung	-103.7	-10.7	-850.0	-839.2	7'915.1%
Finanzierungssaldo	-218.6	-311.2	-1'054.2	-742.9	238.7%
Selbstfinanzierung	-103.7	-10.7	-850.0	-839.2	7'915.1%
Saldo Investitionsrechnung	-114.9	-300.5	-204.2	96.3	-32.0%
Selbstfinanzierungsgrad in %	-90%	-4%	-416%		

Tabelle 3: Gestufter Erfolgsausweis ohne Buchung Bilanzfehlbetrag Reform BLPK

in Mio. CHF	Rechnung 2012	Budget 2013	Budget 2014	Abweichung vom Vorjahr	
Betrieblicher Aufwand	2'438.5	2'466.5	2'508.9	42.5	1.7%
Betrieblicher Ertrag	2'278.8	2'373.5	2'389.9	16.4	0.7%
Ergebnis aus betrieblicher Tätigkeit	-159.8	-93.0	-119.1	-26.1	28.0%
34 Finanzaufwand	32.8	33.5	32.5	-1.1	-3.1%
44 Finanzertrag	150.8	101.4	100.6	-0.8	-0.8%
Ergebnis aus Finanzierung	118.0	67.8	68.1	0.3	0.4%
Operatives Ergebnis	-41.8	-25.2	-51.0	-25.8	102.3%
38 Ausserordentlicher Aufwand	111.0				
48 Ausserordentlicher Ertrag	120.5		10.7	10.7	
Ausserordentliches Ergebnis	9.5		10.7	10.7	
Gesamtergebnis Erfolgsrechnung	-32.3	-25.2	-40.3	-15.1	60.1%

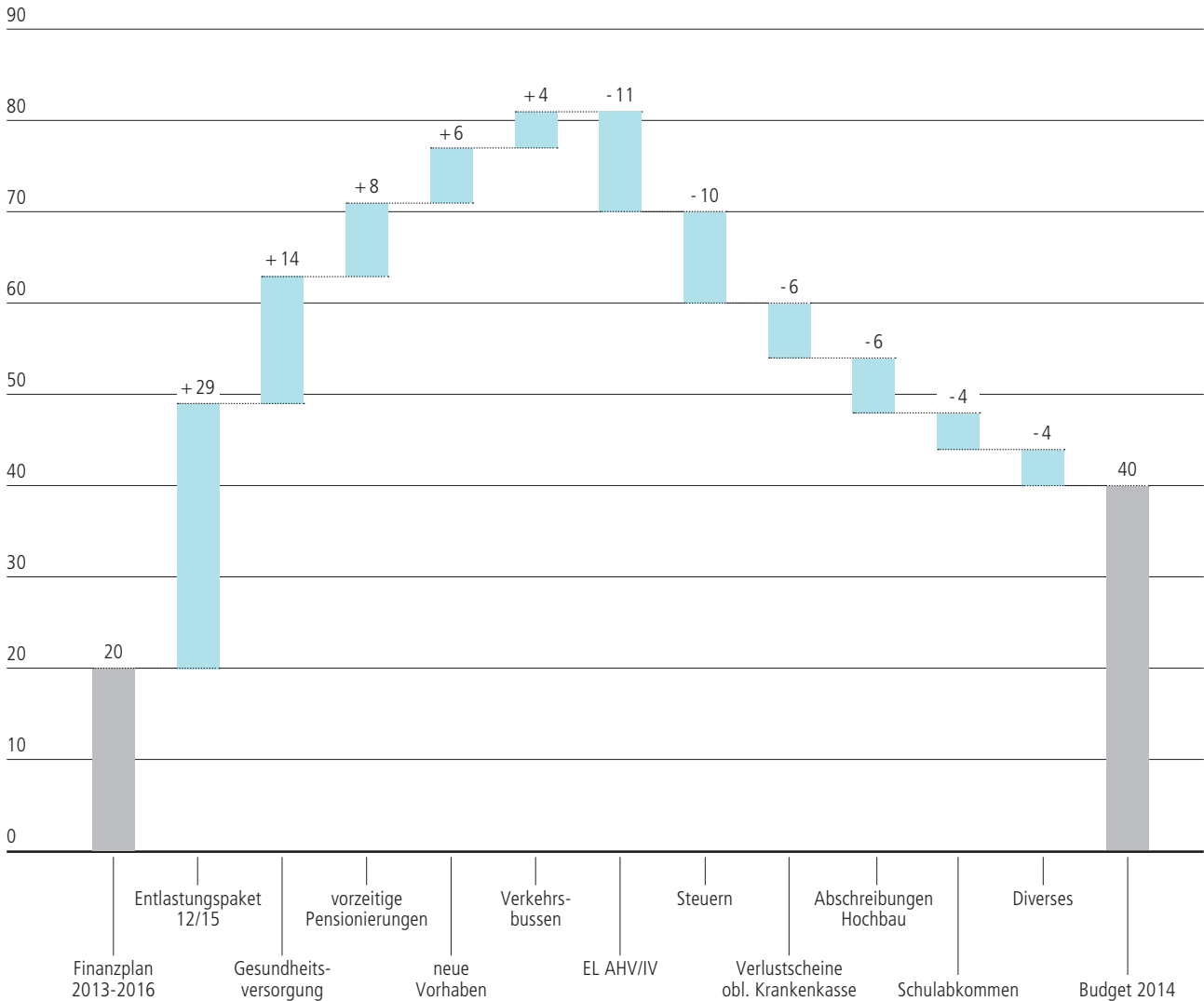
Tabelle 4: Selbstfinanzierung ohne Buchung Bilanzfehlbetrag Reform BLPK

in Mio. CHF	Rechnung 2012	Budget 2013	Budget 2014	Abweichung vom Vorjahr	
Aufwand	2'582.3	2'500.0	2'541.4	41.4	1.7%
Ertrag	2'550.1	2'474.8	2'501.1	26.3	1.1%
Saldo Erfolgsrechnung	-32.3	-25.2	-40.3	-15.1	60.1%
Selbstfinanzierung	-103.7	-10.7	43.1	53.8	-501.1%
Investitionsausgaben	190.1	361.4	246.9	-114.5	-31.7%
Investitionseinnahmen	75.1	60.9	42.7	-18.2	-29.9%
Saldo Investitionsrechnung	-114.9	-300.5	-204.2	96.3	-32.0%
+ Selbstfinanzierung	-103.7	-10.7	43.1	53.8	-501.1%
Finanzierungssaldo	-218.6	-311.2	-161.1	150.1	-48.2%
Selbstfinanzierung	-103.7	-10.7	43.1	53.8	-501.1%
Saldo Investitionsrechnung	-114.9	-300.5	-204.2	96.3	-32.0%
Selbstfinanzierungsgrad in %	-90%	-4%	21%		

Das vorliegende Defizit in der Erfolgsrechnung (ohne Buchung des Bilanzfehlbetrages) von CHF 40.3 Mio. liegt über dem im letztjährigen Finanzplan 2013-2016¹ prognostizierten Saldo für 2014 von CHF -20 Mio.

Die nachfolgende Differenzanalyse zeigt die wesentlichen Veränderungen zwischen dem im letztjährigen Finanzplan aufgezeigten Prognosesaldo 2014 und dem Voranschlag 2014.

Abbildung 1: Differenzanalyse zwischen Budget 2014 (ohne Buchung Bilanzfehlbetrag) und Finanzplan 2013-2016
Defizit in Mio. CHF



Mehrbelastungen resultieren etwa bei der Gesundheitsversorgung, aus einer voraussichtlichen Zunahme von vorzeitigen Pensionierungen und aus der Aufnahme von neuen Vorhaben in den Voranschlag. Zudem konnte das Entlastungspaket nicht mit dem im letztjährigen Finanzplan prognostizierten Umfang umgesetzt werden. Die Steuererträge (exklusive Entlastungspaket-Massnahmen) liegen um CHF 10 Mio. über den letztjährigen Finanzplanprognosen. Ebenso fallen die Prognosen für die Ergänzungsleistungen AHV/IV deutlich tiefer aus als noch vor einem Jahr. Weitere relevante Prognoseabweichungen, die zu einer Verbesserung des aktuellen Saldos führen, sind bei den Verlustscheinen der obligatorischen Krankenkasse, den Abschreibungen im Hochbau und bei den Schulabkommen zu verzeichnen.

¹ Im Finanzplan 2013-2016 war die Buchung des Bilanzfehlbetrags nicht enthalten. Zum damaligen Zeitpunkt entsprach das Forderungsmodell, bei dem der auszufinanzierende Betrag sowie die Verzinsung der Forderung während 40 Jahren an die BLPK zurückbezahlt werden, dem aktuellen Stand der politischen Diskussion. Der Finanzplan ging davon aus, dass dieser Mehraufwand während der ersten Jahre vollumfänglich durch die in den vergangenen Jahren gebildeten Rückstellungen kompensiert werden kann.

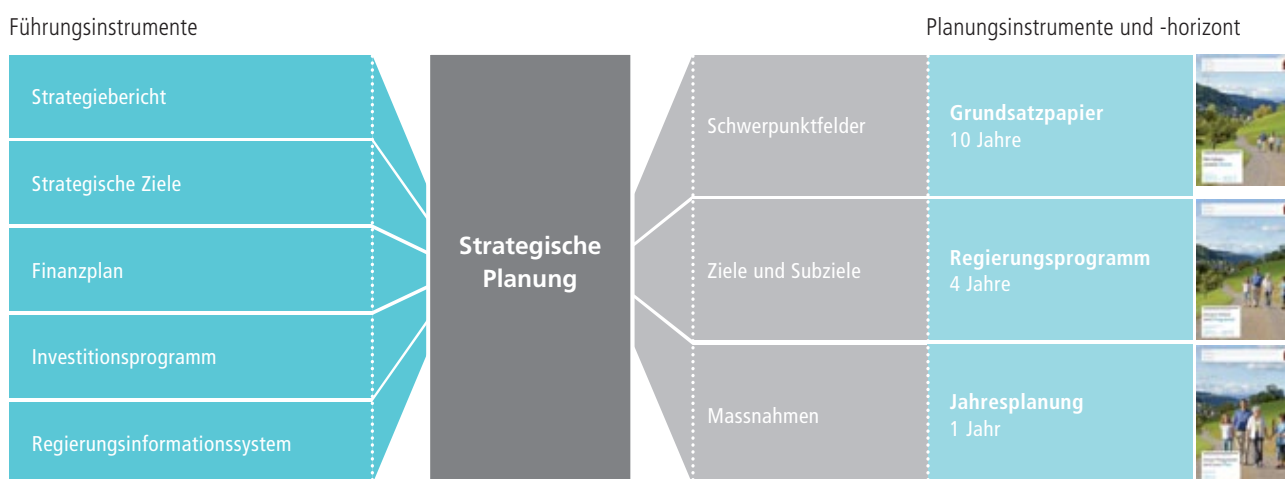
2. Strategische Planung und Schwerpunkte der Jahresplanung 2014

Die Legislaturperiode 2012-2015 basiert auf umfassenden strategischen Vorgaben des Regierungsrates. Die Planungs- und die Führungsinstrumente sowie das Berichtswesen sind optimiert und berücksichtigen die strategischen Vorgaben. Zudem werden sämtliche neuen Vorhaben im Budget, im Finanzplan und im Investitionsprogramm anhand der strategischen Planungsvorgaben priorisiert und posteriorisiert.

Die Jahresplanung 2014 stellt bereits die dritte Planungspublikation der neuen Legislaturperiode dar. Im Laufe der Legislaturperiode 2012-2015 geht es vor allem auch darum, das Verständnis in Bezug auf die neue strategische Planung und Führung des Regierungsrates in den Direktionen und den Dienststellen zu festigen. Anhand der neu ausgestalteten Planungs- und Führungsprozesse soll ein roter Faden gesponnen werden, welcher die Durchgängigkeit der strategischen Planung und Führung der Regierung bis zur Umsetzung und zum Reporting in der Verwaltung sicherstellt. Eine konsequente strategische Planung und Führung setzt voraus, dass ein Übergang von der reinen Finanzsteuerung hin zur finanzbewussten Aufgabensteuerung stattfindet.

Die Zusammenhänge zwischen den Planungs- und den Führungsinstrumenten sind in der Abbildung 2 dargestellt:

Abbildung 2: Zusammenhang zwischen Planungs- und Führungsinstrumenten



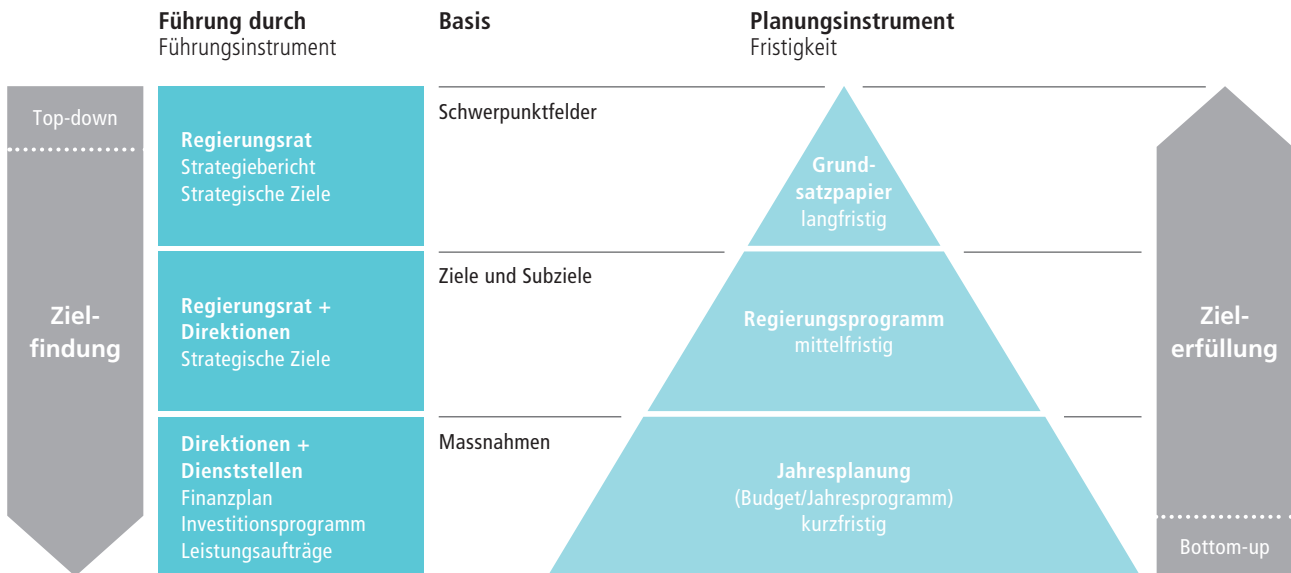
1. Das *Grundsatzpapier* markiert die oberste Planungsebene. Darin werden die sieben strategischen Schwerpunktfelder der Regierungstätigkeit für zehn Jahre ausführlich beschrieben.
2. Im *Regierungsprogramm*, das auf einen Zeitraum von vier Jahren angelegt ist, werden die strategischen Ziele des Regierungsrates für die aktuelle Legislaturperiode sowie die Subziele der Direktionen und die Indikatoren zu den strategischen Schwerpunktfeldern dargestellt. Ausserdem werden strategierelevante Massnahmen aufgelistet, mit denen zur Erreichung der übergeordneten Ziele beigetragen werden soll.
3. Die *Jahresplanung* umfasst das Budget und das Jahresprogramm und verknüpft somit die wichtigsten geplanten Massnahmen für das kommende Jahr mit den Finanzen.

Das Konzept der strategischen Planung ermöglicht eine verstärkte Top-down-Führung im Sinne eines Agenda-Setting bzw. eine Stärkung der Rolle des Regierungsrates bei der Zielfindung und Zielsetzung (vgl. Abbildung 3). Es basiert auf folgenden Grundprinzipien:

- Der rote Faden: Über alle drei Planungsebenen (Grundsatzpapier, Regierungsprogramm und Jahresplanung) ist ein roter Faden erkennbar. Oder anders formuliert: Das Denken in den Direktionen und Dienststellen ist auf die Strategie des Regierungsrates ausgerichtet.
- Setzen von Prioritäten: Die Orientierung an bestimmten strategischen Schwerpunktfeldern bedeutet ausdrücklich auch eine Straffung und eine fokussierte Ausrichtung der staatlichen Tätigkeiten. Politikbereiche, die ausserhalb der strategischen Schwerpunktfelder liegen, werden aber auch in Zukunft bearbeitet. Dies trifft insbesondere auf den Vollzug von Bundesaufgaben, den Vollzug von gesetzlichen Grundlagen und den allgemeinen Service Public zu.

- Konsistenz (Widerspruchsfreiheit): Die Planung ist von den sieben strategischen Schwerpunktfeldern über die strategischen Ziele und die Subziele bis zu den konkreten Massnahmen konsistent (widerspruchsfrei).
- Transparenz: In der Jahresplanung wird transparent dargestellt, welche Massnahmen (Vorhaben, Aufgaben und Leistungen) welche strategischen Ziele unterstützen.

Abbildung 3: Planungshierarchie des Kantons Basel-Landschaft



Mehr zur Strategie des Regierungsrates und zur Legislaturplanung ist im Grundsatzpapier 2012 - 2022 des Regierungsrates und im Regierungsprogramm 2012 - 2015 zu finden (www.baselland.ch/Regierungsrat/Strategie, Publikationen).

2.1 Wirtschaftsoffensive: mit Schwung in die zweite Phase

Die Wirtschaftsoffensive ist gut gestartet und geht nun in die zweite Phase. Nach einer intensiven Aufbauarbeit, bei der in nur fünf Monaten in allen sieben Teilgebieten Beachtliches geleistet wurde, gilt es jetzt den Schwung mitzunehmen und die vielen Verdienste der Verwaltung und Projektleitung im Gesamtkonzept einer Standortentwicklung zu bündeln.

Die Projektleitung hat die Teilprojektleitenden bei der Erreichung ihrer Ziele unterstützt. Der Regierungsrat hat Marc-André Giger vorerst bis Juli 2014 als Projektleiter bestätigt. Der gemeinsame Effort von Regierung, Verwaltung und Projektleitung zur Förderung des Kantons Basel-Landschaft als Wirtschaftsstandort soll mit dem Beginn der zweiten Phase neu einen einzigen Namen tragen: Sowohl die Projektleitung als auch die verschiedenen involvierten Verwaltungsstellen operieren per sofort unter dem Namen «Wirtschaftsförderung». Der Begriff «Wirtschaftsoffensive» verschwindet aus der Kommunikation.

Erreichte Ziele während der Phase 1

In den Monaten Februar bis Juni 2013 wurde mit Hochdruck gearbeitet. So wurden die vom Regierungsrat für die Phase 1 formulierten Ziele allesamt erreicht. Der Kanton verfügt nun über

- ein Konzept zur strukturierten Betreuung seiner Schlüsselunternehmen (Key-Account-Management),
- das Konzept eines Welcome Desk, bei dem in Zukunft eine Beratungsperson ansiedlungswillige Unternehmen von A bis Z durch die Verwaltung begleitet,
- eine Arealdatenbank, die es auf Knopfdruck ermöglicht, einem Investor alle relevanten Fakten zusammenzustellen,
- einen Tax-Guide, der auf wenigen Seiten die wichtigsten Steuervorzüge des Baselbiets erläutert, und einen Investors Guide, welcher die zentralen Informationen für interessierte Unternehmen präsentiert,
- eine neu formulierte Bodenpolitik, welche der Regierung mehr Handlungsspielräume eröffnet,
- ein Zielbild, wohin sich die Forschungs- und die Innovationslandschaft des Kantons entwickeln soll,
- und ein Kommunikations- und Vermarktungskonzept zur Wirtschaftsförderung.

Diese Errungenschaften gilt es nun in der zweiten Phase in einem Gesamtkonzept der Standortentwicklung zusammen- und weiterzuführen.

Entwicklung der Areale und Investorengespräche im Mittelpunkt der Phase 2

Ein Herzstück der Wirtschaftsförderung ist die Ausgestaltung von Wirtschaftsflächen. Das Team der Raumplanung hat bereits intensiv an der Entwicklung der vier priorisierten Wirtschaftsflächen Dreispitz, Salina Raurica, ABB und Ergolzachse gearbeitet. Nun gilt es, die Entwicklung dieser Gebiete verstärkt an den Zielen der Wirtschaftsförderung auszurichten. Auch die neu formulierte Bodenpolitik, welche dem Kanton mehr Handlungsspielraum lässt, wenn es darum geht, kurzfristig auf Investorenanfragen reagieren zu können, ist eine wichtige Errungenschaft für die Wirtschaftsförderung. Der Kantonsarchitekt geht in diesem Bereich nun an die Umsetzung dieser Möglichkeiten. Sein Team soll eine Bestandesaufnahme der Flächen durchführen und ein Controlling-Instrument erstellen, das erlaubt, den Erfolg der neuen Bodenpolitik nachzuvollziehen.

Um die Vorzüge von Baselland als Wirtschaftsstandort bekannt zu machen, findet am 25. September 2013 ein erstes Investorengespräch statt. An dieser Veranstaltung wird den geladenen Investoren und Multiplikatoren – das sind Vermittler von Investoren, zum Beispiel Pensionskassen oder Beratungsfirmen – der Wirtschaftsstandort Baselland präsentiert. Im Anschluss daran finden die Gäste an Marktständen mehr Informationen und es gibt die Gelegenheit, erste Gespräche zu führen. Zur Vertiefung dient die neue Publikation «Investors Guide», die in deutscher und englischer Sprache erschienen ist. Das Ziel dieser Veranstaltung ist klar: die Standortqualitäten des Baselbiets in die Welt herauszutragen, um viele interessante Investoren anzuwerben und vielversprechende Unternehmen bei uns anzusiedeln. Weitere Investorengespräche folgen in regelmässigem Abstand.

Im Jahr 2014 wird es zudem darum gehen, das neue Konzept für das Key-Account-Management weiter umzusetzen und in regelmässigen Gesprächen mit den Schlüsselunternehmen des Kantons die vorrangigen Anliegen der Wirtschaft zu erfahren und aufzunehmen. Parallel dazu soll sich der neue Welcome Desk als zentrale Anlaufstelle des Kantons – quasi als offene Tür des Baselbiets – im Bewusstsein von Investoren, Unternehmen und Bevölkerung verankern.

2.2 Weitere Schwerpunkte des Jahresprogramms 2014

Unter den zahlreichen Massnahmen des Jahresprogramms 2014 sind die folgenden Schwerpunkte für die Strategie und die Politik von besonderer Bedeutung:

2.2.1 Kantonale Behörden

Erarbeitung einer Aussenpolitik

In Zusammenarbeit mit den Direktionen leitet und koordiniert die Landeskantlei die Erarbeitung einer aussenpolitischen Strategie des Kantons.

2.2.2 Finanz- und Kirchendirektion

Optimierung der finanziellen Steuerung

Den zentralen Beitrag zum strategischen Schwerpunktfeld «Effizientes und effektives staatliches Handeln» des Regierungsrates bildet im Jahr 2014 die Optimierung der finanziellen Steuerung. Im Wesentlichen geht es dabei um eine Systematisierung, eine Priorisierung und eine Konsolidierung einzelner bestehender und künftiger Projekte. Als Taktgeber für alle Arbeiten in diesem Bereich gilt die Totalrevision des Finanzhaushaltsgesetzes (FHG). Sie soll bis Ende 2014 im Entwurf vorliegen. Parallel dazu werden drei Projekte im Vordergrund stehen: die Etablierung einer integrierten mittelfristigen Aufgaben- und Finanzplanung, die Optimierung der Rechnungslegung und die Verbesserung der Haushaltssteuerung. Zu diesen drei Projekten sollen bis Ende 2014 die Fachkonzepte stehen.

Entlastungspaket geht in die Schlussphase

Das Entlastungspaket 12/15 hat zum Ziel, den Staatshaushalt bis zum Jahr 2016 dauerhaft um insgesamt CHF 180 Mio. zu entlasten. Die Arbeiten gehen mit dem dritten Entlastungsjahr im 2014 nahtlos weiter. Im 2014 wird ein wesentlicher Teil der direktionsübergreifenden Massnahmen im Personalbereich umgesetzt. Der Entlastungsschwerpunkt liegt bei diversen Massnahmen auf dem vom Souverän abgelehnten Entlastungsrahmengesetz, die nun dem Landrat in separaten Vorlagen zum Beschluss unterbreitet werden.

Umsetzung der Unternehmenssteuerreform III

Die Steuerverwaltung wird im Jahr 2014 die Vorbereitung und die Umsetzung der Unternehmenssteuerreform III weiter vorantreiben. Damit sollen die steuerlichen Rahmenbedingungen des Wirtschaftsstandortes Basel-Landschaft verbessert werden. Diese leisten einen wichtigen Beitrag zum strategischen Schwerpunktfeld «Innovation und Wertschöpfung» und zur Wirtschaftsoffensive.

Erarbeitung eines Berichts zur demografischen Entwicklung

Das Statistische Amt wird eine interdirektionale Arbeitsgruppe zur demografischen Entwicklung leiten, die eine Analyse der Chancen und Risiken vornimmt und Vorschläge für einen konkreten Massnahmenplan erarbeitet. Ziel der vorberei-

tenden Arbeiten ist es, für den Regierungsrat eine Strategie zum Umgang mit der älter werdenden Bevölkerung zu formulieren. Damit leistet das Statistische Amt einen wesentlichen Beitrag zum strategischen Schwerpunkt «Zusammenleben in BL».

Vertiefte Partnerschaft

Die Partnerschaft mit Basel-Stadt soll weiterentwickelt und vertieft werden. Aufgrund einer systematischen Analyse sollen Aufgabenfelder, in welchen eine vertiefte Zusammenarbeit angestrebt wird, definiert werden. Für diese Felder sollen – zusammen mit Basel-Stadt – gemeinsame Zielsetzungen und Massnahmen erarbeitet werden.

2.2.3 Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion

Wirtschaftsoffensive geht in operative Phase

Mit dem Projekt Wirtschaftsoffensive werden massgebliche Beiträge in den beiden Schwerpunktfeldern «Innovation und Wertschöpfung» sowie «effizientes und effektives staatliches Handeln» erbracht. Nach Abschluss der ersten Phase im Sommer 2013 geht es jetzt bis zum Sommer 2014 darum, die erarbeiteten Konzepte (One Stop Shop, Key Account Management) zu operationalisieren. Ansiedlungs- und gründungswillige Unternehmen erhalten innert kürzester Frist auf Stufe Regierung und Verwaltung klare Ansprechpartner. Informationen zu bereits ansässigen Unternehmen werden strukturiert, der Kontakt intensiviert. In der Zusammenarbeit mit externen Dienstleistern (unter anderem Basel Area) werden Doppelspurigkeiten eliminiert und Synergien ausgeschöpft. Die Vorzüge des Wirtschaftsstandortes Baselland werden im Rahmen der bereits geschaffenen Gefässe (unter anderem Investorengespräche) präsentiert.

Weiterentwicklung der Alterspolitik

Das im Jahr 2013 verabschiedete Leitbild «Älter werden gemeinsam gestalten» stellt eine wichtige Basis für das «Zusammenleben in Baselland» dar. Es enthält strategische Wirkungsziele für acht Handlungsfelder der Senioren- und Alterspolitik des Kantons Basel-Landschaft. Der Regierungsrat hat sich entschieden, die Handlungsfelder «Dienstleistung und Pflege», «Wohnen im Alter» und «Information und Koordination in Gemeinden und Kanton» prioritär anzugehen. Diese Themen werden bereits in interdirektionalen Arbeitsgruppen unter Einbezug der Gemeinden und Leistungserbringer sowie der Senioren- und Altersorganisationen am Kantonalen Runden Tisch für Altersfragen bearbeitet. Im Jahr 2014 werden der Regierung Vorschläge für Massnahmen vorgelegt, wie die im Leitbild formulierten Ziele erreicht werden können. Der Kanton nimmt bei der Leistungserbringung für die ältere Bevölkerung an der Schnittstelle zwischen Bund und Gemeinden eine aktive, koordinierende Rolle ein. Mit der Fortführung des Runden Tisches für Altersfragen bleibt ein Einbezug der Seniorinnen und Senioren gewährleistet und die Lebenserfahrung und das Wissen der älteren Generationen fliessen in die Entwicklung von konkreten Massnahmen ein.

Rahmenbedingungen für die Spitäler und die Psychiatrie

Nach der Verselbständigung der Kantonsspitäler und der Psychiatrie sowie der Einführung der Fallpauschalen werden aufgrund der ersten Erfahrungen und Auswertungen (Verlauf der Patientenströme, Entwicklung der Tarife) Massnahmen geprüft, die es ermöglichen sollen, die Effizienz und die Effektivität des staatlichen Handelns in diesem Bereich zu optimieren und den Spitalbetrieben günstige Rahmenbedingungen für das Bestehen am Markt zu schaffen. Hierzu gehört auch die periodische Überprüfung der Gemeinwirtschaftlichen Leistungen.

Neue Leistungsvereinbarung mit der Zentralen Arbeitsmarkt-Kontrolle

Ziel ist die effektivere und effizientere Bekämpfung der Schwarzarbeit im Bauwesen. Die Zusammenarbeit soll auf eine erneuerte und verbesserte Grundlage gestellt werden. Weiter sollen im Zuge der Wirtschaftsoffensive die Aktualisierung der e-Government-Anwendung für Arbeitsbewilligungen von ausländischen Arbeitskräften «ePublic» realisiert und die e-Government-Anwendung «Tacho» des Bundes im Bereich der arbeitsgesetzlichen Bewilligungen eingeführt werden.

2.2.4 Bau- und Umweltschutzdirektion

Schutz der natürlichen Umwelt

Mit der gezielten Erhebung und Auswertung der Betriebsdaten werden mögliche Betriebsverbesserungen zur Optimierung des Umweltnutzens der Anlagen erkannt. Mit Blick auf die kommenden Anforderungen zur Elimination von Spurenstoffen in den Abwasserreinigungsanlagen engagiert sich das Amt für Industrielle Betriebe (AIB) in verschiedenen Projekten mit externen Partnern aus Wirtschaft und Forschung. Eine geringere Belastung der Fließgewässer durch gereinigtes Abwasser und entlastetes Mischwasser wird mit folgenden Projekten und Investitionen erreicht: 1. dem Abschluss des grosstechnischen Versuchs zur Elimination von Spurenstoffen in der ARA Ergolz 1 in Sissach; 2. dem Bau der beiden neuen Mischwasserbecken in Bubendorf; 3. dem Start bei der Projektierung für den Neubau der ARA Frenke (inkl. Stufe zur Elimination von Spurenstoffen). Diese Massnahmen zielen auf die Schonung der lebenswichtigen Ressource Wasser und unterstützen somit den strategischen Schwerpunkt «Natur und Klimawandel».

Prioritäten bei der Mobilität und Optimierung der Verknüpfung der Verkehrsmittel

Die Optimierung aller Verkehrsträger zur Befriedigung des Mobilitätsbedarfs ist oberstes Ziel. Wo es zweckdienlich und sinnvoll ist, wird die Verkehrsverlagerung mit einem attraktiven öffentlichen Verkehr und dem Ausbau der kantonalen

Radrouten als ergänzende Massnahmen gefördert. Bei den technischen Massnahmen gilt es vornehmlich, durch eine konsequente Bevorzugung des ÖV an Lichtsignalanlagen oder durch eine Anordnung von Busspuren an staugefährdeten Stellen die Fahrplanstabilität des Busangebots aufrechtzuerhalten.

Bei den infrastrukturellen Massnahmen sind Eliminierungen von Einspurabschnitten und das Schliessen von Netzlücken wirksame Elemente. Konkret sind folgende Projekte in Arbeit: Waldenburgerbahn: Haltestellen und Doppelspurinseln; BLT 10: Doppelspur Spiesshöfli; BLT 10: Projektierung Margarethenstich. Für den Bau der Doppelspurinseln Ettingen-Flüh ist der Baubeginn 2013 erfolgt (Abschluss 2014).

Im Vordergrund steht das Funktionieren der Transportkette im ÖV durch eine gezielte räumliche und zeitliche Bündelung der Zubringerverkehre in den drei Talschaften auf die Hauptachse und einer rasterartigen Vernetzung der ÖV-Linien im Agglomerationsraum. Nach der Genehmigung des Projektierungs-Baukredites für den Bushof Laufen wird die Projektierung vorangetrieben mit der Zielsetzung Bau ab 2015. Das Vorprojekt ÖV-Anlagen Salina Raurica (Verlängerung der Tramlinie 14) wird weitergeführt, unter anderem mit speziellem Fokus auf eine gute Verknüpfung mit den SBB (Bahnhof Pratteln) und den Buslinien (Endhaltestelle Augst).

Umsetzung der kantonalen Bodenpolitik

Für die aktive Mitwirkung der Bodenpolitik an der Wirtschaftsoffensive ist neben der Veräusserung von bereits vorhandenen Grundstücken insbesondere der Ankauf von neuen Grundstücken notwendig. Ein besonderes Augenmerk wird auf die Arealentwicklung und damit auf den strategischen Ankauf und Verkauf von Grundstücken gerichtet. Hierbei wird eine enge Zusammenarbeit des Hochbauamtes mit dem Amt für Raumplanung angestrebt.

Fortschritte in Salina Raurica

Nach der Genehmigung des Richtplanes durch den Bundesrat im September 2010 läuft die Projektierung der Infrastrukturmassnahmen und der Nutzungsplanungen in den Gemeinden auf Hochtouren. Die revidierten Zonenpläne von Augst und Pratteln werden Ende 2014 auf der Basis des Richtplanes genehmigungsreif. Die Verlegung der Kantonsstrasse und die Definition der künftigen Tramstrasse durch das Gebiet hat im Laufe des Jahres 2013 die Stufe Bauprojekt erreicht.

Elektronisches Baubewilligungsverfahren und Dokumenten- / Plan-Scanning

Die bereits 2013 begonnene Weiterentwicklung des elektronischen Baubewilligungsverfahrens wird fortgeführt. 2014 soll das technologisch veraltete und nicht mehr mit vertretbarem Kosten-Nutzen-Verhältnis ausbaubare bestehende interne Gesuchbearbeitungssystem ersetzt werden. Mit der Aktualisierung können die technologischen und sicherheitstechnischen Standards entsprechend der eidgenössischen Strategie «E-Government Schweiz» erfüllt werden. Sie bildet die Grundlage für das mittelfristige Ziel der Einführung einer Online-Plattform. Die Verfahrensabläufe werden gleichzeitig permanent überprüft, vereinfacht und beschleunigt. Das Baubewilligungswesen wird damit stetig kundenfreundlicher.

2.2.5 Sicherheitsdirektion

Intensivierung der Zusammenarbeit Polizei – Staatsanwaltschaft

Die Polizei Basel-Landschaft wird die Zusammenarbeit mit der Staatsanwaltschaft intensivieren. Im Jahr 2014 wird die Erhöhung der Aufklärungsrate von Delikten schwerpunktmässig vorangetrieben. Insbesondere bei den Delikten Einbruchdiebstahl, einfache Körperverletzung, Raub, Vergewaltigung, sexuelle Nötigung, sexuelle Handlungen mit Kindern, Brandstiftung und Taschendiebstahl wird eine Steigerung auf ein schweizweit überdurchschnittliches Niveau angestrebt. Im Weiteren wird Mitte 2014 das Gefängnis Muttenz in Betrieb genommen. Noch unklar ist, ob angesichts der starken Belegung allenfalls parallel dazu das Gefängnis Arlesheim vorübergehend weiter in Betrieb gehalten werden muss.

Weitere Umsetzung des Projektes «FOCUS»

Mit dem vom Volk an der Urne gutgeheissenen Projekt «FOCUS» werden die Behörden im Bereich des Zivilrechts umfassend reorganisiert. Nach der Privatisierung der Notariate werden im Jahr 2014 die bezirksweise geführten Grundbuch-, Erbschafts-, Betreibungs- und Konkursämter sowie weitere Behörden (das Zivilstandswesen, das Einbürgerungswesen, das Adoptionswesen, die Abteilung Namensänderungen und das Handelsregister) in einer einzigen Organisation zusammengefasst. Damit wird das strategische Schwerpunktfeld «Effizientes und effektives staatliches Handeln» wirkungsvoll unterstützt.

Effizientere Abläufe

Die Staatsanwaltschaft wird den heute über den ganzen Kanton verteilten Mitarbeitenden im neuen Strafjustizzentrum Muttenz eine moderne Infrastruktur anbieten können. Die kürzeren Wege werden zu einer Effizienzsteigerung führen. Die Spezialabteilungen (Betäubungsmittel, Organisierte Kriminalität, Wirtschaftskriminalität, Strafbefehle) werden in Liestal zusammengefasst. Im Weiteren prüft die Motorfahrzeugkontrolle, die heute für Garagenbetriebe angebotenen

Leistungen (Ausstellen von Fahrzeugausweisen usw.) direkt auf dem Gelände der Motorfahrzeug-Prüfstation auch Privaten anzubieten. Dies würde es den Autofahrenden ermöglichen, Fahrzeugprüfung und Ausweisausstellung an einem einzigen Ort zu erledigen.

Fusions- und Regio-Initiativen

Der Regierungsrat hat an seiner Sitzung vom 27. August 2013 entschieden, auf eine zusätzlich vertiefte Zusammenarbeit mit dem Partnerkanton Basel-Stadt hinzuwirken. Er wird dem Regierungsrat Basel-Stadt konkrete Vorschläge dazu unterbreiten. Der Regierungsrat hält eine weitere Vertiefung der Partnerschaft für den richtigen und erfolgversprechenden Weg. Er lehnt deshalb die Fusionsinitiative ab und stellt ihr keinen Gegenvorschlag gegenüber. Voraussichtlich im Jahr 2014 werden die unter der Federführung der Sicherheitsdirektion erstellten Vorlagen über die Fusions- und die Regio-Initiativen dem Landrat und dem Volk zum Entscheid vorgelegt.

2.2.6 Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion

Bildungsharmonisierung

Die Rahmenbedingungen werden in interkantonaler Zusammenarbeit entlang der Laufbahn der Schülerinnen und Schüler vom Kindergarten über die Primarschule, die Sekundarschule sowie die berufliche Bildung und die Gymnasien ausgestaltet. Daran anschliessend und mit Blick auf das Erreichen resp. Sichern einer Abschlussquote mit einer Sekundarstufe-II-Ausbildung von mindestens 95 Prozent der Altersgruppe sollen Angebotslücken nach der obligatorischen Schule für Jugendliche und Erwachsene mit Leistungseinschränkungen geschlossen werden.

Für die Brückenangebote wird eine Standortbestimmung mit Basel-Stadt im Hinblick auf die koordinierte Umsetzung der Bildungsharmonisierung vorgenommen. Das Sprachenkonzept ist Taktgeber für die Einführung der Strukturrevision gemäss HarmoS-Konkordat seit dem Schuljahr 2012/2013. Das auf vier Jahre verlängerte und mit Basel-Stadt stundentafelmässig abgestimmte Gymnasium nimmt die Schülerinnen und Schüler ab Schuljahr 2014/2015 in die ersten Klassen auf. Absicht ist es, mit den Bildungsraum-Kantonen Basel-Stadt, Aargau und Solothurn auf das Schuljahr 2015/2016 eine beschränkte Schulwahl einzuführen. Die einzelnen Schulen und Lehrpersonen werden für eine gute Umsetzung der Bildungsharmonisierung unterstützt (Fortbildung, Schulleitungsforen Volksschule, Handreichungen zum Lehrplan 21 Volksschule). Die Bildungsharmonisierung steuert damit einen bedeutenden Beitrag zum strategischen Schwerpunkt «Basel-Bildungs-Landschaft» bei.

Universität Basel und Fachhochschule Nordwestschweiz (FHNW)

Ein wichtiger Erfolgsfaktor für den regionalen Wissenschaftsstandort ist die Kooperation der Institutionen im Hochschulbereich. Die Zusammenarbeit zwischen der Universität, der FHNW und dem Departement Biosysteme der ETH Zürich ist in den letzten Jahren intensiviert und durch gemeinsame Programme und Infrastrukturen nachhaltig gestärkt worden. Dies strahlt vor allem in den Life-Science-Cluster aus, der dank enger Verzahnung zwischen akademischer und industrieller Forschung und Entwicklung sowie der Ausbildung und der Verfügbarkeit von Fachkräften weltweit eine Spitzenposition erreicht hat und die Region Basel zur wettbewerbsstärksten Region der Schweiz macht. Mit ihrer neuen Strategie 2014-2021 will die Universität dieses Profil weiter schärfen. Aufbauend auf bestehenden Kompetenzen und in Zusammenarbeit mit den anderen Hochschulen sowie den Spitälern und der Industrie soll neu insbesondere in den Bereich der Nanomedizin investiert werden, in welchem Forschungsaktivitäten in den Bereichen Biomaterialien, Materialwissenschaft, Arzneistoffe und Nanotechnologie gebündelt werden. Mit dieser Massnahme wird ein entscheidender Beitrag zu den strategischen Schwerpunkten «Basel-Bildungs-Landschaft», «Innovation und Wertschöpfung» und zu der Wirtschaftsoffensive geleistet.

CSEM Muttenz

Der Schwerpunkt des CSEM Muttenz liegt in der Entwicklung von hochkomplexen Mikro- und Nanotechnologien im Übergangsbereich der Innovationskette zwischen (Grundlagen-)Forschung und industrietauglichen Anwendungen. Für diesen Übergangsbereich, der für den Wissens- und Technologietransfer entscheidend ist, sehen die bestehenden Förderinstrumente keine Finanzierung vor. Darüber hinaus sind diese Entwicklungen nicht direkt kommerziell verwertbar, weil Unternehmen ohne eigene Forschungsabteilungen erst gegen Ende der Innovationskette investieren, wenn die Produktion bzw. die Vermarktung konkreter wird. Mit der Überbrückung dieser Lücke im Technologietransfer wirkt das CSEM als wichtiger Innovationskatalysator und eröffnet insbesondere für KMU neue Perspektiven.

Förderung der Höheren Berufsbildung

Im neuen Berufsbildungsgesetz (nBBG), das 2004 in Kraft trat, wurde das Prinzip der Durchlässigkeit unter dem Stichwort «kein Abschluss ohne Anschluss» festgeschrieben. Die Höhere Berufsbildung wurde definitiv auf der Tertiärstufe verankert und ist marktnah organisiert. Aus ihren Ausbildungsgängen gehen jene hochqualifizierten Fachkräfte hervor, die in verschiedenen Bereichen der Wirtschaft nachgefragt sind. Aus diesem Grund sieht die Regierung des Kantons Basel-Landschaft in den Legislaturzielen 2012-2015 die Förderung der Höheren Berufsbildung als Massnahme für die wirtschaftliche Standortattraktivität vor. Konkret soll dieses Ziel durch eine Informationskampagne für die Öffentlichkeit, Organisationen der Arbeitswelt und Betriebe realisiert werden. Zudem soll im Rahmen einer Bedarfsklärung mit regional ansässigen Firmen geklärt werden, wo sie Fachkräfte benötigen und welche Angebote der Höheren Berufs-

bildung dafür einen Beitrag leisten können. Wenn möglich sollen die Bildungsgänge im Kanton Basel-Landschaft angeboten werden. Um diesem Vorhaben genügend Kraft zu verleihen, wird das Projekt im Rahmen der Wirtschafts-offensive realisiert.

Kulturangebot für Schulen

Das Projekt «Netzwerk.bl» hat zum Ziel, Vermittlungsangebote aus dem Kulturbereich attraktiv und auf einfache Weise für Schulen zugänglich zu machen. Ein Webportal soll die anbietenden Kulturinstitutionen des Kantons kurz portraieren und auf ihre Angebote hinweisen. Führungen, Workshops, Ausflugstipps etc. können einzeln recherchiert und zugehörige Dokumentationen einfach heruntergeladen werden. Zudem wird es möglich sein, direkt von der Plattform aus eine Buchungsanfrage abzuschicken.

Entwicklungskonzept Augusta Raurica

Das in einem partnerschaftlichen Prozess erarbeitete Entwicklungskonzept Augusta Raurica zeigt die Zukunftsperspektiven der Gemeinde Augst und der Römerstadt auf. Nun sollen die grundsätzlichen Zielsetzungen auf ihre Machbarkeit hin geprüft und in einem Grobkonzept die Grundlagen für eine tragfähige und einvernehmliche Lösung zwischen Kanton und Gemeinde aufgezeigt werden.

Sport

Die integrierende Wirkung des Sports in allen Altersgruppen und in den Handlungsfeldern des Jugend-, Erwachsenen- und Behindertensports wird in der Aus-, Fort- und Weiterbildung der Leiterinnen und Leiter, in den Sportveranstaltungen, Angeboten und Massnahmen, in der Zusammenarbeit mit Gemeinden, Sportverbänden und Sportvereinen sowie in den Bewegungs- und Sportprojekten gefördert. Im Vordergrund stehen Werte wie soziale Kontaktpflege, Übernahme von Verantwortung, Fairness, Leistung, Respekt und Anerkennung. Die Integrationsmassnahmen in den Handlungsfeldern des Sports sowie die Sportförderungs-Bildungsangebote leisten wesentliche Beiträge zu den strategischen Schwerpunkten «Zusammenleben in Baselland» und «Basel-Bildungs-Landschaft».

3. Konjunkturelle Rahmenbedingungen

Das makroökonomische Umfeld der Schweiz ist nach wie vor gekennzeichnet von einer vergleichsweise schwachen aussenwirtschaftlichen Nachfrage. Hierbei macht sich nicht nur die noch immer schwächelnde Euro-Zone negativ bemerkbar, auch in den Schwellenländern kommt die Wirtschaft trotz expansiver Geld- und Fiskalpolitik nicht in Gang. Angesichts dieses schwierigen aussenwirtschaftlichen Umfelds ist die Schweizer Wirtschaft überraschend gut in das Jahr 2013 gestartet. Als wichtigste Stütze erwies sich der private Konsum, wobei die Impulse überwiegend aus wenig konjunktursensitiven Bereichen wie Gesundheit und Wohnen kamen. Allerdings werden sich hier in den nächsten Monaten neben allgemeinen Sättigungstendenzen das geringe Lohnwachstum sowie die steigenden Arbeitslosenzahlen negativ bemerkbar machen. Für das Gesamtjahr 2013 rechnet BAKBASEL mit einem Schweizer BIP-Wachstum von +1.4% (Vorjahr 2012: +1.0%). Im Budgetjahr 2014 dürfte das BIP-Wachstum mit +1.5% nur leicht höher ausfallen. Die rege Zuwanderung, das niedrige Zinsniveau und die geringe Teuerung werden die Konsumausgaben der privaten Haushalte weiterhin antreiben. Zudem wird dank der unterstellten globalen Erholung eine Beschleunigung der Exporte sowie der Ausrüstungsinvestitionen erwartet.

Tabelle 5: Volkswirtschaftliche Eckwerte (Stand Juli 2013)

in %	2013	2014	2015	2016	2017
Bruttoinlandsprodukt CH real	1.4	1.5	2.0	1.8	1.7
Bruttoinlandsprodukt BL real	1.0	1.5	1.9	1.9	1.7
Teuerung (Konsumentenpreise CH)	-0.3	0.7	1.5	1.6	1.5
Arbeitslosenquote	3.2	3.3	3.2	3.1	3.0
Langfristige Zinsen (Kapitalmarkt)	0.8	1.3	1.7	2.3	2.7
Kurzfristige Zinsen (Geldmarkt)	0.0	0.0	0.1	0.2	0.8

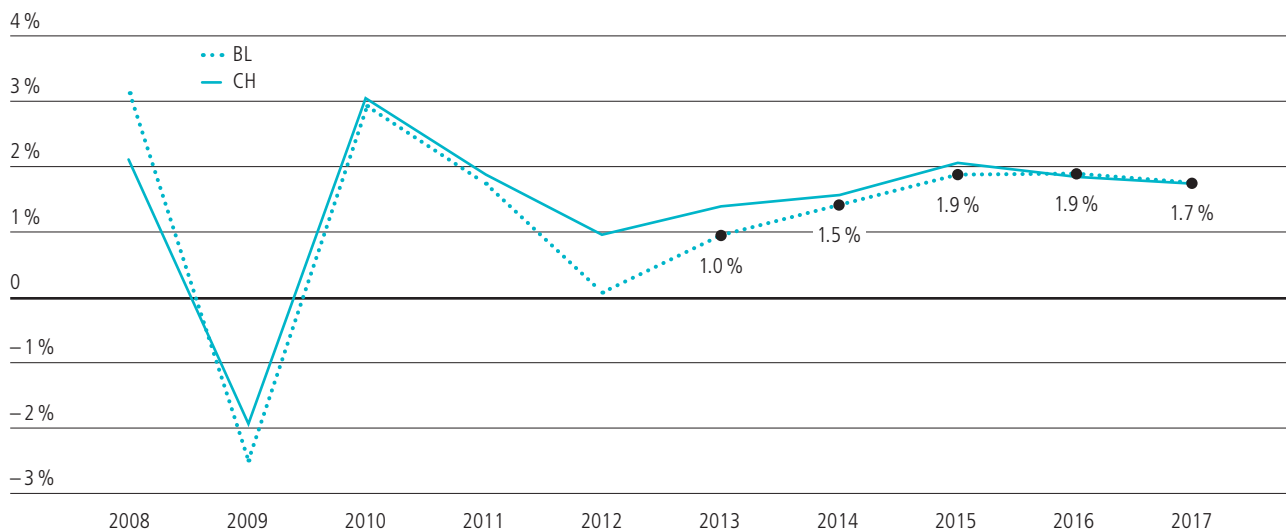
Quelle: BAKBASEL

Die Aussichten des Kantons Basel-Landschaft für das laufende Jahr werden unterhalb des gesamtschweizerischen Durchschnitts eingestuft. Die starke Verflechtung mit dem sich schwach entwickelnden Ausland hinterlässt ihre Spuren, insbesondere in der Investitionsgüterindustrie und in der Chemischen Industrie. Demgegenüber vermag sich die Pharma-

industrie trotz steigendem Preisdruck dank der stabilen Nachfrageentwicklung gut zu behaupten. Insgesamt prognostiziert BAKBASEL für das laufende Jahr 2013 ein Wachstum der Baselbieter Wirtschaft von +1.0% (Vorjahr 2012: +0.1%). Im Zuge der erwarteten aussenwirtschaftlichen Beruhigung im Jahre 2014 soll der Kanton Basel-Landschaft wieder zum Schweizer Durchschnitt aufschliessen können. Für das Budgetjahr 2014 wird ein BIP-Wachstum im Bereich des Schweizer Durchschnitts von +1.5% erwartet.

Abbildung 4: Prognosen BIP real (Stand Juli 2013)

Quelle: BAKBASEL



4. Einfluss der Bundespolitik

4.1 Finanzpolitik

Gemäss vorliegender Hochrechnung per Ende Juni 2013 dürfte die Finanzierungsrechnung des Bundes im laufenden Jahr 2013 mit einem Überschuss von CHF 0.6 Mrd. abschliessen. Im Voranschlag wurde noch mit einem Defizit von CHF 0.4 Mrd. gerechnet. Das eidgenössische Finanzdepartement erwartet hohe Minderausgaben (CHF 1.4 Mrd.), welche die Mindereinnahmen (CHF 0.3 Mrd.) deutlich überkompensieren können. Die hohen Minderausgaben resultieren insbesondere aus tieferen Leistungen des Bundes an die Sozialversicherungen (IV, AHV und Prämienverbilligung) sowie in den Bereichen Passivzinsen, Personalausgaben und Ausrüstung der Armee. Die tieferen Einnahmen sind einerseits auf die Mehrwertsteuer und andererseits auf die Schwerverkehrsabgabe zurückzuführen.

Für das Jahr 2014 hatte der Bundesrat noch im Februar 2013 mit Überschüssen im Umfang von mehreren hundert Millionen Franken gerechnet. Nachdem der Nationalrat am 13. Juni 2013 das Konsolidierungs- und Aufgabenüberprüfungspaket 2014 (KAP 2014) zurückgewiesen hat, sah sich der Bundesrat veranlasst, die Sparmassnahmen des KAP 2014 im Voranschlag 2014 zu sistieren. Damit weist das Budget 2014 mit Einnahmen und Ausgaben von je rund CHF 66 Mrd. ein ausgeglichenes Ergebnis aus (Finanzierungsdefizit von CHF 40 Mio.). Die Vorgaben der Schuldenbremse werden eingehalten. Die Verbesserung des Saldos gegenüber dem Budget 2013 ist vor allem auf das erwartete Einnahmenwachstum zurückzuführen. So werden insbesondere bei der Direkten Bundessteuer und bei der Mehrwertsteuer deutliche Mehreinnahmen erwartet. Zusätzlich wird bei den Ausgaben nur ein unterproportionales Wachstum prognostiziert. Die stärksten Zunahmen weisen die Aufgabengebiete Beziehungen zum Ausland (Entwicklungshilfe und EU-Erweiterungsbeitrag), Soziale Wohlfahrt (AHV und IV), Bildung und Forschung sowie Landesverteidigung auf.

4.2 Finanzausgleich zwischen Bund und Kantonen

Im Juni 2013 hat die eidgenössische Finanzverwaltung die Ausgleichszahlungen der einzelnen Kantone für das Jahr 2014 ermittelt. Zentrale Steuerungsgrösse im Finanzausgleich ist der Ressourcenindex. Dieser steigt für den Kanton Basel-Landschaft von 99.5 auf 101.6 an, weshalb der Kanton nach einem Jahr wieder zur Gruppe der ressourcenstarken Kantone wechselt. Mit Ausnahme der beiden Jahre 2011 und 2013 gehörte Baselland seit der Einführung des neuen Finanzausgleichs (im Jahr 2008) stets der Gruppe der ressourcenstarken Kantone an. Der Wechsel ist auf ein überdurchschnittliches Wachstum des Ressourcenpotentials zurückzuführen. Im Kanton Basel-Landschaft basiert das Ressourcenpotential im Wesentlichen auf den massgebenden Einkommen der natürlichen Personen (Anteil von rund 77%) und

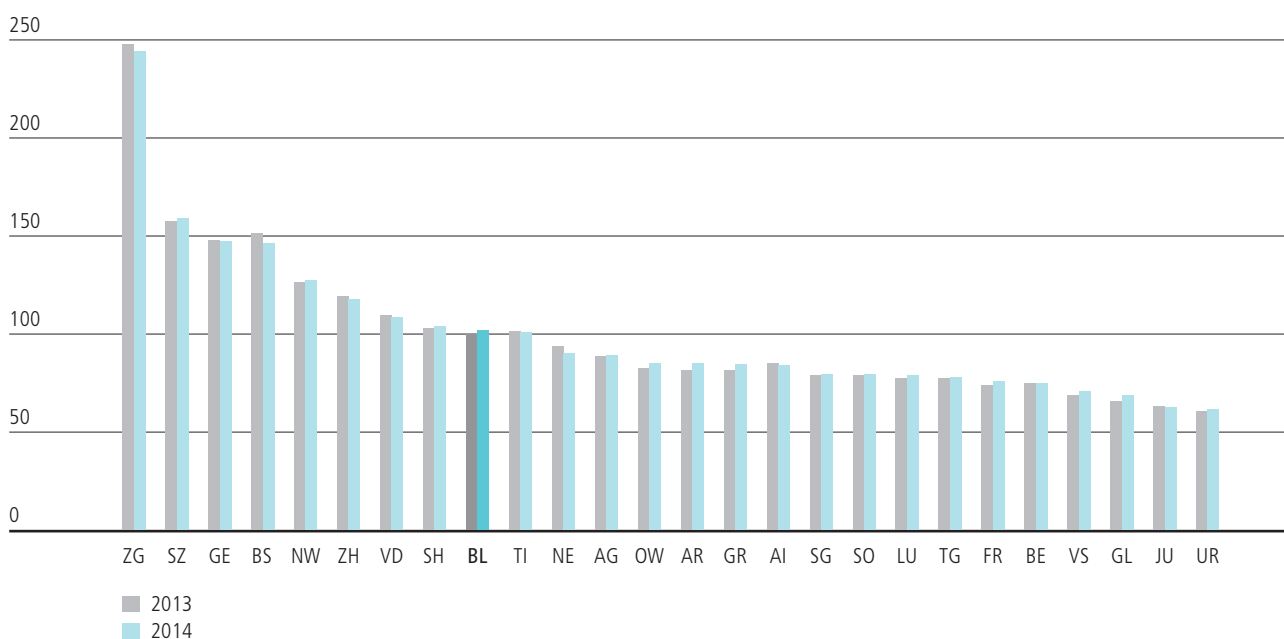
den massgebenden Gewinnen juristischer Personen (Anteil von rund 16%). Der Ressourcenindex 2014 basiert auf den Bemessungsjahren 2008 bis 2010 und widerspiegelt die wirtschaftliche Situation der Kantone in diesen Jahren. Den grössten Rückgang beim Ressourcenindex müssen die beiden ressourcenstarken Kantone Basel-Stadt und Zug verzeichnen.

Nachfolgende Grafik illustriert die Veränderung der Ressourcenindizes von 2013 zu 2014.

Abbildung 5: Ressourcenindex 2013 und 2014

Ressourcenindex NFA, in Prozent

Quelle: EFV



Unter Berücksichtigung des Härteausgleichs (CHF 4.3 Mio.) ergibt sich mit dem Ressourcenausgleich (CHF 7.5 Mio.) eine Ausgleichszahlung von CHF 11.8 Mio., resp. CHF 43 pro Einwohner. Im Vorjahr 2013 hat sich der Gesamtaufwand noch auf CHF 3.6 Mio., resp. CHF 13 pro Einwohner summiert. Absolut betrachtet bleibt der Kanton Zürich mit CHF 367 Mio. grösster Geberkanton und der Kanton Bern bleibt mit CHF -1'232 Mio. grösster Nehmerkanton.

5. Kantonale Rahmenbedingungen

5.1 Kantonaler Finanzausgleich

Der Ressourcenausgleich unter den Gemeinden (horizontaler Finanzausgleich und Zusatzbeiträge) wird von den Gemeinden selbst alimentiert und hat daher keinen Einfluss auf die Kantonsfinanzen. Die Sonderlastenabteilungen werden vom Kanton an Gemeinden mit überdurchschnittlichen Lasten in den Bereichen Bildung, Sozialhilfe und Nicht-Siedungsfläche ausgerichtet. Sie sind abhängig von der Verteilung der Lasten unter den Gemeinden sowie von den Grenzkosten in diesen drei Bereichen. In den letzten vier Jahren betragen die Sonderlastenabteilungen zwischen CHF 22.3 Mio. und CHF 23.6 Mio.

Zusammen mit dem Finanzausgleich wird auch der Gemeindeanteil an den Ergänzungsleistungen sowie die Kompensationsleistung für Aufgabenverschiebungen verfügt. Bei den Ergänzungsleistungen bezahlen die Gemeinden 32% des kantonalen Nettoaufwands des Vorjahres. Die Kompensationsleistung hat ihren Ursprung in der Übernahme der ehemaligen Realschulhäuser durch den Kanton per 1. August 2011. Da zum Zeitpunkt der Einführung der Kompensationsleistung Uneinigkeit zwischen den Gemeinden und dem Regierungsrat betreffend der Höhe und des Anspruchs dieser Kompensation bestand, hat der Landrat den Regierungsrat beauftragt, diese Kompensationsleistung mit den Gemeinden zu verhandeln und eine allfällige Reduktion rückwirkend festzusetzen. Aufgrund dieser Verhandlungen hat der Regierungsrat dem Landrat am 30. Oktober 2012 eine Vorlage (LRV 2012/315) zur Anpassung von § 15a des Finanzausgleichsgesetzes unterbreitet. Der Landrat ist dieser Vorlage gefolgt und hat am 30. Mai 2013 praktisch einstimmig beschlossen, die jährlich von den Gemeinden an den Kanton zu entrichtende Kompensationsleistung auf

CHF 7.55 Mio. zu begrenzen und den Gemeinden für die Korrektur der Jahre 2011 und 2012 einmalig CHF 6.3 Mio. zurückzuerstatten. Diese Änderung des Finanzausgleichsgesetzes ist rückwirkend per 1. Januar 2013 in Kraft getreten. Aus diesem Grund wurde den Gemeinden im Jahr 2013 eine Kompensationsleistung von lediglich CHF 1.25 Mio. belastet. Ab dem Jahr 2014 beträgt die Kompensationsleistung CHF 7.55 Mio.

5.2 Reform der BLPK

Das vorliegende Budget geht von einer Inkraftsetzung der Reform der BLPK per 1. Januar 2015 aus. Demzufolge basieren die budgetierten Personalkosten noch auf den aktuell gültigen Arbeitgeberbeitragsätzen. Im Voranschlag sind die Beiträge an vorzeitige Pensionierungen sowie die Teuerungszulage an Rentner enthalten.

Die neue Variante zur Reform der BLPK sieht nicht mehr das ursprüngliche Forderungsmodell vor, bei dem der auszufinanzierende Betrag sowie die Verzinsung der Forderung mit gleichbleibenden Annuitäten während 40 Jahren an die BLPK zurückbezahlt wird, sondern die Ausfinanzierung mittels Einmaleinlage innert 10 Jahren. Unabhängig vom Modell muss die Forderung der BLPK gegenüber dem Kanton abzüglich der Rückstellungen per 31. Dezember 2014 in die Bilanz aufgenommen werden, damit die BLPK per 1. Januar 2015 als ausfinanziert gilt. Diese einmaligen, erfolgswirksamen Buchungen sind im vorliegenden Budget eingestellt.

Die buchhalterische Abwicklung zur Abbildung der Folgen der Ausfinanzierung der BLPK auf die Bilanz und Erfolgsrechnung beim Kanton Basel-Landschaft wurde eingehend geprüft. Im Frühjahr 2013 wurden die Schlüsse aus dieser Überprüfung mit der Finanzkontrolle und externen Rechnungslegungs-Spezialisten (für HRM2) besprochen und verifiziert. Dies war deshalb notwendig, weil HRM2 keine eindeutigen Regelungen zur Ausfinanzierungssituation des Kantons formuliert hat und demzufolge Interpretationen der Fachempfehlungen gemacht werden mussten. Gleichzeitig hat die Finanzverwaltung Vergleiche mit den Lösungen anderer Kantone gemacht, welche allerdings nur beschränkt repräsentativ für die Situation des Kantons Basel-Landschaft sind (so gab es Kantone, welche die buchhalterische Abwicklung noch unter HRM1 lösen mussten oder solche, die die Fragestellung zusammen mit der Umstellung auf HRM2 und im Zusammenhang mit den daraus resultierenden Aufwertungsreserven abgehandelt haben).

Buchhalterische Auswirkungen in Bilanz und Erfolgsrechnung beim Kanton

Im Mitbericht der Finanzkommission an den Landrat zur Vorlage betreffend Gesetz und Dekret über die Durchführung der beruflichen Vorsorge durch die Basellandschaftliche Pensionskasse (LRV 2012-176) vom 11. April 2013 sind die buchhalterischen Folgen beschrieben. Die Aussagen des Mitberichts haben unverändert Gültigkeit, lediglich die Zahlen haben nach dem Jahresabschluss 2012 und dem aktuellen Stand der Beurteilung der Garantieleistungen für die angeschlossenen Arbeitgebenden durch den Kanton eine Anpassung erfahren. Die relevanten Zahlen sind in nachfolgender Tabelle 6 erläutert. Gleichzeitig ist zu berücksichtigen, dass diese Zahlen sich bis zur effektiven Abwicklung der Ausfinanzierung nochmals ändern werden. Die Pensionskasse wird dazwischen die Jahresabschlüsse 2013 und 2014 vorlegen und die Resultate haben einen direkten Einfluss auf die Höhe der Ausfinanzierung. Unklar ist zum heutigen Zeitpunkt ebenso, ob aus Garantieleistungen für andere der Kasse angeschlossene Arbeitgebende weitere Kostenfolgen auf den Kanton zukommen.

Tabelle 6: Im Budget 2014 eingebuchter Bilanzfehlbetrag

in Mio. CHF		Bemerkungen
Forderungen		
Forderung Kanton	1'015.89	Deckungslücke per 31.12.2012
Forderung Kantonsspital BL	207.06	Deckungslücke per 31.12.2012
Forderung Psychiatrie BL	68.99	Deckungslücke per 31.12.2012
Forderung UKBB (1/2)	25.67	½ Deckungslücke per 31.12.2012
Garantiefall auf Annuität	16.09	Garantiefall auf Annuität (gemäss LRV betreffend Garantieleistungen des Kantons (2013-231)), S. 36.
Garantiefall auf Forderung (Verbindlichkeit)	18.75	Garantiefall auf Forderungen (gemäss LRV betreffend Garantieleistungen des Kantons (2013-231)), S. 36.
Total Forderungen (a.o. Aufwand)	1'352.44	
Rückstellungen		
Stand Rückstellungen 31.12.2012	449.20	
Neubildung aus Konjunkturausgleichsreserve Abschluss 2013	10.20	geplant
Total Auflösung Rückstellungen (a.o. Ertrag)	459.40	Stand der Rückstellungen per 31.12.2013
Bilanzfehlbetrag	893.04	

Der auszufinanzierende Betrag wird in der Bilanz 2014 passiviert und der Erfolgsrechnung des Jahres 2014 belastet. Die Rückstellungen werden nicht, wie dies beim Forderungsmodell geplant war, über die Dauer der Finanzplanperiode aufgelöst, sondern direkt mit dem Bilanzfehlbetrag per 31. Dezember 2014 verrechnet. Beide Buchungen werden über den ausserordentlichen Aufwand und Ertrag abgewickelt (Forderung der BLPK = Aufwand, Auflösung der Rückstellung = Ertrag). Dies ergibt einen Bilanzfehlbetrag von CHF 893 Mio. (Stand Ende 2012).

Für die effektive Buchung werden die Abschlusszahlen und somit die Deckungslücke per Ende 2014 relevant sein.

6. Entlastungspaket 12/15

Im Budget 2014 ist eine Entlastungswirkung von CHF 42 Mio. eingestellt. Wenn die Direktionen alle Massnahmen termingerecht mit der budgetierten Wirkung umsetzen, erhöht sich die kumulierte Entlastung der Erfolgsrechnung im kommenden Jahr auf CHF 117 Mio.

Tabelle 7: Stand Umsetzung Entlastungspaket im Budget 2014 und Finanzplan

in Mio. CHF	Rechnung 2012	Budget 2013	Finanzplanung				
			Budget 2014	Zwischen- stand 2012-14	2015	2016	2012-16
Entlastungsziel	75	43	62	180			180
Entlastungswirkung	65	10	42	117	32	31	180
davon direktionsübergreifende Massnahmen				18	19	19	56
Differenz zum Entlastungsziel	-10	-33	-20	-63	32	31	0

Im Budget 2014 führen die folgenden Massnahmen zu den bedeutendsten Entlastungen²:

- Direktionsübergreifende Massnahme Ü-2: Optimierung Personalwesen CHF 10.5 Mio.
- FKD-3: Anpassung EL zu AHV/IV (Vermögensverzehr) CHF 7.63 Mio.
- FKD-4: Neuregelung Anspruch Prämienverbilligung für junge Erwachsene CHF 5.0 Mio.
- SID-2: Anpassung Auslösegeschwindigkeit bei Geschwindigkeitskontrollen CHF 3.5 Mio.
- BUD-neue Massnahmen: Reduktionen bei Mobiliar und baulichem Unterhalt CHF 3 Mio.
- SID-1: Projekt FOCUS: Verzicht auf die Führung eines Amtsnotariats und vollständige Reorganisation der Behörden im Zivilrecht CHF 2.35 Mio.

Die direktionsweise Darstellung der bisher realisierten Entlastungen ergibt das folgende Bild:

Tabelle 8: Umsetzung Entlastungspaket nach Direktionen, Kantonalen Behörden und Gerichten

in Mio. CHF	Total	KB	FKD	VG	BUD	SID	BKSD	GER	2015/16 zu realisierende direktionsüber- greifende Massnahmen
Kumulierte Vorgaben per Abschluss EP 12/15	180	0.51	55.87	15.84	20.74	16.54	31.39	0.64	38.02
Bis Budget 2014 kumuliert eingestellt ³	117	0.36	45.67	11.13	21.72	19.61	17.61	0.70	0.00 ³
Verbleibende Entlastungen	63	0.14	10.20	4.71	-0.98	-3.07	13.78	0	38.02

² Ins Budget 2014 neu eingestellte Entlastungen.

³ Bis 2014 realisierte übergreifende Massnahmen im Umfang von rund CHF 18 Mio. sind in den Entlastungsbeträgen der Direktionen enthalten.

Die Zielvorgabe, den Finanzhaushalt um CHF 180 Mio. zu entlasten, wird im Budget 2014 um CHF 63 Mio. unterschritten. Der Regierungsrat hält am Ziel fest, den Finanzhaushalt bis 2016 um diesen Betrag zu entlasten. Er ist dabei auf die Unterstützung des Landrats angewiesen. Die folgenden Vorlagen mit einer jährlich wiederkehrenden Entlastungswirkung von mehr als CHF 15 Mio. sind bereits an den Landrat überwiesen und ihre Entlastungswirkung ist im Budget 2014 eingestellt. Diese Wirkung muss auf jeden Fall realisiert werden. Wenn diese Vorlagen im Landrat keine Mehrheit finden, müssen die wegfallenden Entlastungsbeiträge mit anderen Massnahmen kompensiert werden, damit das Ziel trotzdem erreicht werden kann, den Finanzhaushalt um CHF 180 Mio. zu entlasten.

- Vier von den in der Volksabstimmung am 17. Juni 2012 abgelehnten Massnahmen des Entlastungsrahmengesetzes wurden dem Landrat als separate Vorlagen zum Beschluss unterbreitet. Auf die *Vorlage 2013-175* FKD-1 «Einführung eines Selbstbehaltes beim Abzug für Krankheitskosten» ist der Landrat an seiner Sitzung vom 5. September 2013 nicht eingetreten. Der Regierungsrat wird sich Alternativ-Massnahmen überlegen, um diese wegfallende Entlastung kompensieren zu können.
 - Mit *Vorlage 2013-202* vom 11. Juni 2013 wird die Massnahme FKD-3 «Anpassung Ergänzungsleistungen zur AHV und IV (Vermögensverzehr)» umgesetzt. Die Entlastungswirkung von CHF 7.63 Mio. ist im Budget 2014 eingestellt. Bei den Gemeinden resultiert eine Entlastung von CHF 2.4 Mio.
 - Mit *Vorlage 2013-230* vom 25. Juni 2013 wird die Massnahme BKSD-3 «Abgeltung der Standardkosten Sonderschulung durch den Schulträger» umgesetzt. Diese Massnahme führt beim Kanton zu einer Entlastung von jährlich wiederkehrend CHF 3.5 Mio., beginnend ab Schuljahr 2015/16 (5 Monate im Jahre 2015: Entlastungswirkung Kanton ca. CHF 1.5 Mio.). Die Gemeinden werden um diesen Betrag zusätzlich belastet.
 - Mit *Vorlage 2013-264* vom 9. Juli 2013 wird die Massnahme BKSD-8 «Finanzierung der Beiträge an Privatschulbesuche durch den Schulträger» umgesetzt. Das Budget wird damit frühestens ab 2015 um CHF 2 Mio. entlastet. Die Gemeinden werden um diesen Betrag zusätzlich belastet. Der Landrat ist an der Sitzung vom 28. November 2013 nicht auf die Vorlage eingetreten.
- Mit der *Vorlage 2013-137* vom 13. April 2013 beinhaltet die Massnahme Ü-8 «Reduktion Subventionen durch neue Berechnungsgrundlage» mit einer Wirkung von CHF 1.85 Mio. im Jahr 2014 und von über CHF 2.4 Mio. ab 2015 umgesetzt.
- Mit der *Vorlage 2013-066* vom 5. März 2013 wird die Massnahme FKD-4 «Neuregelung des Anspruchs auf Prämienverbilligung für junge Erwachsene» umgesetzt. Die Entlastungswirkung von CHF 5 Mio. ist im Budget 2014 eingestellt.

Weil die Zielvorgabe, den Finanzhaushalt um CHF 180 Mio. zu entlasten, im Budget 2014 um CHF 63 Mio. unterschritten wird, müssen die Direktionen zusätzliche Entlastungsmassnahmen in diesem Umfang realisieren, die spätestens 2016 budgetwirksam werden. Ein Anteil von CHF 38 Mio. muss mit direktionsübergreifenden Massnahmen realisiert werden und ein Anteil von CHF 25 Mio. mit Direktionsmassnahmen. Der Grossteil davon entfällt auf die BKSD (CHF 14 Mio.), die FKD (CHF 10 Mio.) und die VGD (CHF 4.7 Mio.). Die anderen Direktionen haben Massnahmen mit einer Wirkung budgetiert, die CHF 4 Mio. über der Zielvorgabe liegt (BUD und SID). Per Saldo müssen somit noch Direktionsmassnahmen im Umfang der erwähnten CHF 25 Mio. umgesetzt werden.

Der Regierungsrat arbeitet weiter intensiv an der Konkretisierung und Umsetzung der noch fehlenden Massnahmen, damit das Ziel des Entlastungspakets 12/15 erreicht wird. Er ist dabei auch auf die Unterstützung des Landrats angewiesen. Massnahmen, bei denen sich zeigt, dass sie innerhalb des Zeithorizonts für das Entlastungspaket 12/15 nicht realisiert werden können, wird der Regierungsrat ausserhalb des Entlastungspakets 12/15 und auf einer verlängerten Zeitachse weiterverfolgen.

7. Defizitbremse

Die Defizitbremse hilft, den Finanzhaushalt ausgeglichen zu gestalten, wie es die Kantonsverfassung vorschreibt. Ihr Ziel ist es, die Ausgaben in der jährlichen Staatsrechnung kleiner zu halten als die Einnahmen. Sie entfaltet ihre Wirkung bereits im Budgetprozess und ihre Anwendung wird jedes Jahr neu geprüft.

Weist das Jahresbudget ein Defizit auf, soll dies in erster Linie durch Verzicht auf Ausgaben eliminiert werden. Gelingt dies nicht, wird der Fehlbetrag aus dem Eigenkapital des Kantons gedeckt, solange dessen Bestand nicht unter CHF 100 Mio. fällt. Reicht das Eigenkapital nicht aus, muss der Landrat eine befristete Steuererhöhung festlegen. Diese Steuererhöhung gilt nur für die betroffene, defizitäre Jahresrechnung und ist abhängig von der Höhe des Defizits. Die Erhöhung des Steuerfusses betrifft nur die Kantonssteuer. Die Gemeindesteuer wird davon nicht berührt.

Weist das Budget einen Überschuss aus, welcher nicht ins Eigenkapital fließen muss (wenn dieses mehr als CHF 250 Mio. beträgt) und der Selbstfinanzierungsgrad mehr als 75% beträgt, kann der Landrat den Steuerfuss um maximal 5% senken. Im Gegensatz zur Steuererhöhung ist die Steuersenkung für das Parlament aber freiwillig.

Die HRM2-konforme Abwicklung der Ausfinanzierung der BLPK über den ausserordentlichen Aufwand (und ausserordentlichen Ertrag) der Erfolgsrechnung 2014 führt dazu, dass 2014 ein Aufwandüberschuss in der Erfolgsrechnung von CHF 933 Mio. resultiert. Die Finanzkommission hat dem Landrat deshalb mit 12:1 Stimmen beantragt, die BLPK-Reform, welche ein ausserordentliches Ereignis darstellt, von den Bestimmungen zur Defizitbremse auszunehmen, indem § 32b Abs. 2 des Finanzhaushaltsgesetzes wie folgt ergänzt wird:

«Ein Aufwandüberschuss im Voranschlag der Erfolgsrechnung ist durch Eigenkapital zu decken, soweit dieses CHF 100 Mio. übersteigt. Der Bilanzfehlbetrag, welcher durch die Reform der beruflichen Vorsorge des Personals des Kantons Basel-Landschaft im Jahr 2013 entsteht, wird im Eigenkapital ausserhalb der Defizitbremse ausgewiesen. § 16a findet darauf keine Anwendung.»

Der Landrat hat der beantragten Neuformulierung des § 32b Absatz 2 des Finanzhaushaltsgesetzes am 16. Mai 2013 zugestimmt.

Im Übrigen fordert die Finanzkommission den Regierungsrat auf, eine Strategie für die Abtragung der ausserhalb der Defizitbremse stehenden Schuld auszuarbeiten und diese dem Landrat vorzulegen.

Der Voranschlag 2014 entspricht den Bestimmungen zur Defizitbremse. Mit CHF 271 Mio. verbleibt das Eigenkapital innerhalb der Defizitbremse deutlich über der 100-Mio.-Grenze.

Abbildung 6: Eigenkapital innerhalb Defizitbremse

in Mio. CHF

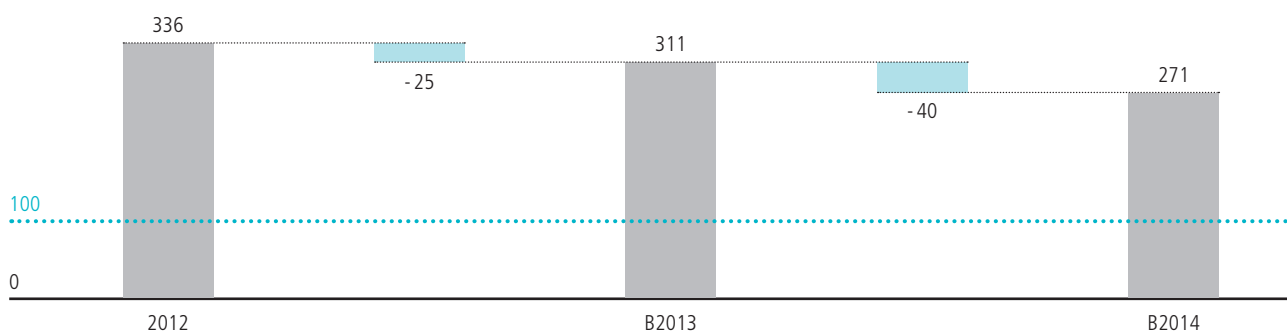
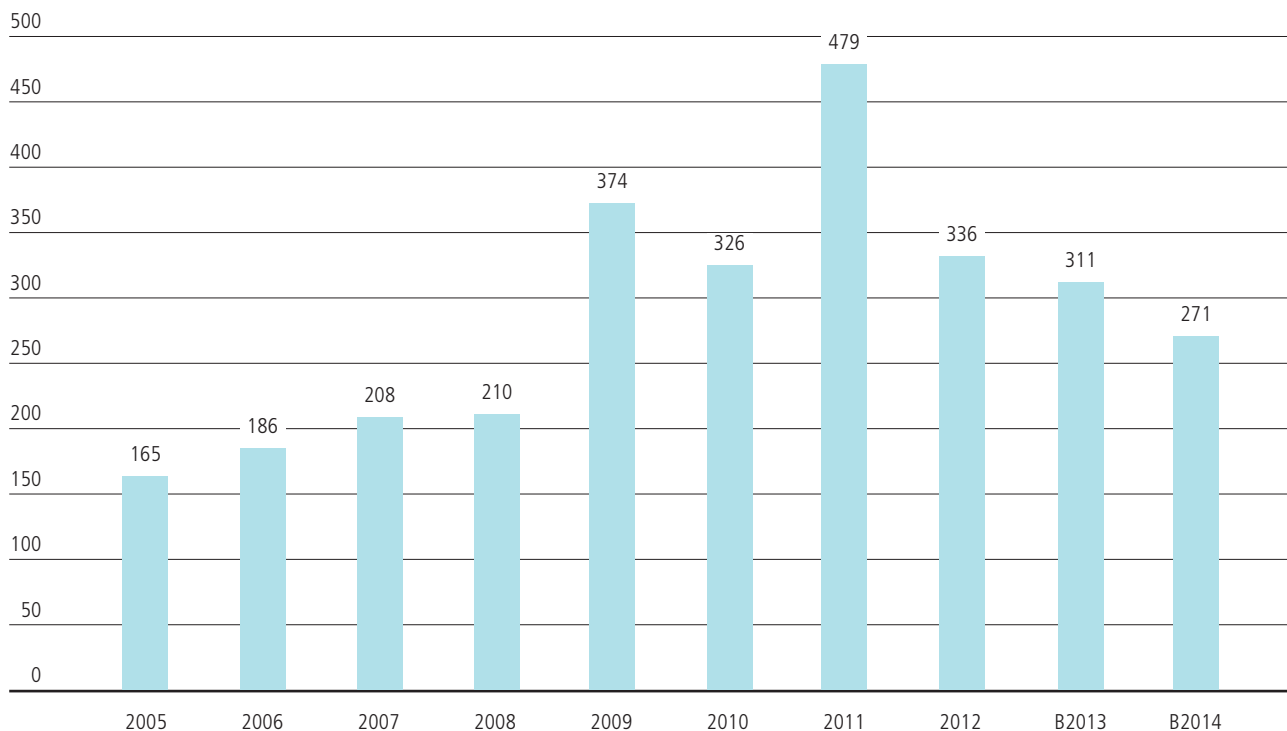


Abbildung 7: Entwicklung Eigenkapital

Eigenkapital, in Mio. CHF



Ab 2009 wird nur noch das Eigenkapital innerhalb der Defizitbremse ausgewiesen. Im Abschluss 2011 erfolgte mit der bilanzwirksamen Aufwertung infolge Neubewertung der Grundstücke im Verwaltungsvermögen (Restatement II) eine Aufstockung im Umfang von CHF 232 Mio.

8. Der Voranschlag im Überblick

8.1 Aufwand

Die Entwicklung der einzelnen Aufwandskategorien im Vergleich mit dem Budget 2013 und der Rechnung 2012 ist aus der folgenden Tabelle 9 ersichtlich. Insgesamt nimmt der Aufwand um CHF 1'393.9 Mio. oder um 55.8% zu.

Bereinigt um die einmalige Buchung der Forderung im Rahmen der Reform der BLPK steigt der Aufwand um CHF 41.4 Mio. oder 1.7%.

Tabelle 9: Laufender Aufwand nach Kontogruppen

in Mio. CHF	Rechnung 2012	Budget 2013	Budget 2014	Abweichung vom Vorjahr	
30 Personalaufwand	633.1	642.2	634.9	-7.4	-1.1%
31 Sach- und übriger Betriebsaufwand	236.2	255.0	251.8	-3.2	-1.3%
33 Abschreibungen Verwaltungsvermögen	59.9	63.4	71.9	8.5	13.4%
34 Finanzaufwand	32.8	33.5	32.5	-1.1	-3.1%
35 Übertrag Fonds / StaatsRG	23.5	23.3	22.7	-0.6	-2.4%
36 Transferaufwand	1'393.3	1'391.3	1'431.7	40.4	2.9%
37 Durchlaufende Beiträge	92.4	91.1	95.9	4.8	5.2%
38 Ausserordentlicher Aufwand	111.0		1'352.4	1'352.4	
39 Interne Fakturen	0.2	0.2	0.2	0.0	0.5%
Gesamttotal Aufwand	2'582.3	2'500.0	3'893.9	1'393.9	55.8%

Personalaufwand

Der Personalaufwand nimmt gegenüber dem Vorjahresbudget um CHF 7.4 Mio. ab. Dies ist einerseits auf die Stellenabnahme von 68.6 Vollstellen zurückzuführen (vgl. Kapitel 9.2). Des Weiteren ist ein Entlastungsbetrag von CHF 10.5 Mio. für die ÜZ-Massnahme (Optimierung im Personalwesen) zentral im Budget des Personalamtes eingestellt. Da die Reform der Pensionskasse nicht per 1. Januar 2014 in Kraft tritt, sind in den Personalkosten auch die Beiträge an vorzeitige Pensionierungen enthalten. Mit ca. CHF 11.6 Mio. fallen diese Aufwandpositionen um CHF 7.7 Mio. höher aus als im Vorjahr. Die prognostizierte Teuerung für das Jahr 2013 fällt mit -0.3% negativ aus. Im Voranschlag 2014 ist daher kein Teuerungsausgleich enthalten.

Sach- und übriger Betriebsaufwand

Nach der letztjährigen Reduktion ist beim Sach- und übrigen Betriebsaufwand eine weitere Abnahme um CHF 3.2 Mio. zu verzeichnen. Dies verdeutlicht den Druck aus dem Entlastungspaket zu einer sehr restriktiven Budgetierung. Die grösste Abnahme ist mit CHF 5.6 Mio. bei den Dienstleitungen und Honoraren zu verzeichnen. Demgegenüber nimmt der Aufwand für den baulichen und betrieblichen Unterhalt um CHF 1.1 Mio. und für den Unterhalt Mobilien/immaterialielle Anlagen um CHF 1.5 Mio. zu. Eine Zunahme von CHF 1 Mio. ist ebenfalls bei den nicht aktivierbaren Anlagen zu verzeichnen.

Trotz dieser Reduktion sind im Sachaufwand auch neue, strategisch wichtige oder dringend notwendige Vorhaben enthalten wie etwa:

- | | |
|--|--------------|
| - Umsetzung IT-Strategie an Schulen | CHF 1.5 Mio. |
| - Umsetzung Schuladministrationslösung (SAL) | CHF 1.6 Mio. |
| - ERP Etappe 3 | CHF 1.3 Mio. |

Abschreibungen Verwaltungsvermögen

Die Abschreibungen des Verwaltungsvermögens nehmen um insgesamt CHF 8.5 Mio. zu. Davon entfallen rund CHF 5.5 Mio. auf die Hochbauten. Anfang 2014 wird das Strafjustizzentrum in Muttenz in Betrieb genommen, was zusätzliche Abschreibungen im ersten Betriebsjahr zur Folge hat. Mitte 2013 wird die Sanierung der Sekundarschule Binningen abgeschlossen, was ebenfalls zu höheren Abschreibungen führt.

Finanzaufwand

Die Abnahme des Finanzaufwandes um CHF 1.1 Mio. ergibt sich vorwiegend aus der Annahme einer tieferen Verzinsung für die Ablösung einer fälligen Tranche für die Finanzierung des Dotationskapitals der BLKB (ca. CHF -1 Mio.). Ertragsseitig wirkt sich dies in gleicher Höhe aus. Des Weiteren steigt der prognostizierte Zinsaufwand aufgrund steigender langfristiger Verbindlichkeiten (CHF +0.7 Mio.). Für die Refinanzierung von fälligen Schulden wird gegenüber dem Budget 2013 von tieferen Kosten ausgegangen (ca. CHF -0.9 Mio.).

Übertrag Fonds/StaatsRG

Die Einlagen in Spezialfinanzierungen und Fonds nehmen gegenüber dem Vorjahr um CHF 0.6 Mio. ab. Die Abnahme resultiert im Wesentlichen aus der Umsetzung der EP-Massnahme «Totalrevision Ruhegehaltsordnung», welche per Mitte 2014 geplant ist. Im Weiteren umfasst die Position die Einlage in den Fonds zur Finanzierung der H2 (aus der Aufhebung des Verkehrssteuerrabatts), die sich gegenüber dem Vorjahr um CHF 0.1 Mio. auf CHF 20.7 Mio. erhöht. Wie im Vorjahresbudget ist wiederum eine Einlage in den Wirtschaftsförderungsfonds von CHF 1 Mio. budgetiert.

Transferaufwand

Der Transferaufwand nimmt um CHF 40.4 Mio. zu. Es sind folgende grössere Abweichungen gegenüber dem Vorjahresbudget auszuweisen:

- | | |
|----------------|---|
| CHF +19.3 Mio. | Gesundheitsversorgung. Für die Planung der Budgetwerte 2014 konnte erstmals auf die aktuellen IST-Mengen des ersten Trimesters 2013 abgestellt werden. Eine Mengenausweitung (2013 zu 2014) wurde nicht berücksichtigt. Bezüglich Preisbasis wurde auf einen leicht tieferen Basisfallwert (Baserate) abgestellt. Die Gemeinwirtschaftlichen und übrigen besonderen Leistungen (GWL) fallen insgesamt CHF 0.3 Mio. höher aus. |
| CHF +7.5 Mio. | Ressourcenausgleich (NFA) – der Kanton Basel-Landschaft ist ab 2014 wieder Geberkanton (vgl. Kapitel 4.2). |
| CHF +7.2 Mio. | Beitrag an FHNW (Leistungsauftrag 2012 - 2014). |
| CHF +7.5 Mio. | Abschreibungen Beiträge an Investitionen Dritter (die Beiträge werden seit 2013 in der Investitionsrechnung verbucht. Gemäss HRM 2 werden die Abschreibungen als Transferaufwand 36 kontiert). |
| CHF +3.8 Mio. | Ökologischer Ausgleich (die neuen Beitragskategorien aufgrund der neuen Agrarpolitik des Bundes führen zu höheren Ausgaben, jedoch auch zu viel höheren Einnahmen. Die Nettobelastung des Kantons fällt geringer aus als im Vorjahr). |

CHF +3.2 Mio.	Beitrag an Universität (Leistungsauftrag 2014-2017). Die budgetierte Erhöhung entspricht dem vom Regierungsrat verabschiedeten Verhandlungsmandat.
CHF +3.5 Mio.	Behindertenhilfe
CHF +3.0 Mio.	Sonderschulung
CHF +2.3 Mio.	Aufgaben und Leistungschecks (2011 -2014)
CHF +2.1 Mio.	Betriebskostenbeiträge an ÖV
CHF +1.8 Mio.	Abschreibungen Beiträge an Investitionen Dritter (die Beiträge werden seit 2013 in der Investitionsrechnung verbucht. Gemäss HRM 2 werden die Abschreibungen als Transferaufwand 36 kontiert).
CHF -7.6 Mio.	Ergänzungsleistungen AHV/IV. Die Budgetposition beinhaltet die EP-Massnahme FKD-3 «Anpassung Ergänzungsleistungen zu AHV/IV (Vermögensverzehr)».
CHF -5.8 Mio.	Verlustscheine obligatorische Krankenversicherung. Die Krankenversicherer haben deutlich weniger Verlustscheinforderungen geltend gemacht als ursprünglich angenommen. Für das Budget 2014 wurde der Aufwand deshalb reduziert.
CHF -4.2 Mio.	Prämienverbilligung. Die Budgetposition beinhaltet die EP-Massnahmen FKD-4 «Neuregelung Anspruch auf Prämienverbilligung für junge Erwachsene» und Ü8 «Reduktion Subventionen durch neue Berechnungsgrundlage».

Durchlaufende Beiträge

Die Durchlaufenden Beiträge nehmen insgesamt um ca. CHF 4.8 Mio. zu. Es handelt sich vorwiegend um durchlaufende Bundesbeiträge beim «Landwirtschaftlichen Zentrum Ebenrain». Die Erhöhung ist auf die Einführung der neuen Agrarpolitik 2014/17 des Bundes mit vollkommener Neuordnung des Direktzahlungssystems zurückzuführen.

Ausserordentlicher Aufwand

Die Buchung der Forderung der BLPK gegenüber dem Kanton von CHF 1'352.4 Mio. ist als ausserordentlicher Aufwand verbucht (vgl. Kapitel 5.2).

8.2 Ertrag

Auf der Ertragsseite der Erfolgsrechnung weist das Budget 2014 eine Zunahme von CHF 485.7 Mio. oder 19.6% auf.

Bereinigt um die Auflösung der Rückstellungen im Zusammenhang mit der Reform der BLPK steigt der Ertrag um CHF 26.3 Mio. oder 1.1%.

Tabelle 10: Laufender Ertrag nach Kontogruppen

in Mio. CHF	Rechnung 2012	Budget 2013	Budget 2014	Abweichung vom Vorjahr	
40 Fiskalertrag	1'559.3	1'577.4	1'642.6	65.2	4.1%
41 Regalien und Konzessionen	30.7	30.6	30.7	0.0	0.1%
42 Entgelte	142.2	154.0	150.5	-3.5	-2.3%
43 Verschiedene Erträge	2.0	1.6	1.7	0.2	10.9%
44 Finanzertrag	150.8	101.4	100.6	-0.8	-0.8%
45 Übertrag Fonds / StaatsRG	1.6	72.2	2.3	-69.9	-96.8%
46 Transferertrag	450.4	446.4	466.1	19.7	4.4%
47 Durchlaufende Beiträge	92.4	91.1	95.9	4.8	5.2%
48 Ausserordentlicher Ertrag	120.5		470.1	470.1	
49 Interne Fakturen	0.2	0.2	0.2	0.0	0.5%
Gesamttotal Ertrag	2'550.1	2'474.8	2'960.5	485.7	19.6%

Fiskalertrag

Die Entwicklung der einzelnen Steuerarten geht aus der folgenden Tabelle 11 hervor. Insgesamt nimmt das Steueraufkommen gegenüber dem Vorjahresbudget um ca. CHF 65 Mio. oder 4.1% zu.

Tabelle 11: Steuererträge gegliedert nach Arten

	Rechnung 2012	Budget 2013	Budget 2014	Abweichung vom Vorjahr	
Einkommenssteuern nat. Pers. (periodengerecht)	968.0	1'000.0	1'022.0	22.0	2.2%
Steuern auf Kapitalabfindung 2./3. Säule	14.7	15.0	14.0	-1.0	-6.7%
Steuerausscheidung/pauschale Steueranrech.	-2.4	-2.5	-2.5	0.0	0.0%
Vermögenssteuern nat. Pers. (periodengerecht)	128.0	130.0	140.0	10.0	7.7%
Quellensteuern natürliche Personen	42.6	43.5	43.5	0.0	0.0%
Nach- und Strafsteuern	8.3	7.0	7.0	0.0	0.0%
Gewinnsteuern jur. Pers. (periodengerecht)	170.0	159.0	190.0	31.0	19.5%
Kapitalsteuern jur. Pers. (periodengerecht)	6.7	6.7	7.0	0.3	4.5%
Kirchensteuer jur. Personen	10.1	8.3	9.9	1.6	18.9%
Vermögensgewinnsteuern	26.8	27.0	27.0	0.0	0.0%
Vermögensverkehrssteuern	35.4	32.0	34.0	2.0	6.3%
Erbschafts- und Schenkungssteuern	20.5	28.0	25.0	-3.0	-10.7%
Verkehrsabgaben	104.8	103.4	105.7	2.3	2.2%
Gesamttotal Steuern periodengerecht	1'533.4	1'557.4	1'622.6	65.2	4.1%
Einkommensteuern aus Vorjahren	-6.3				
Vermögenssteuern aus Vorjahren	8.5				
Gewinnsteuern aus Vorjahren	24.4				
Kapitalsteuern aus Vorjahren	-0.7				
Erfahrungswert Steuern aus Vorjahren		20.0	20.0	0.0	0.0%
Gesamttotal Steuern	1'559.3	1'577.4	1'642.6	65.2	4.1%

Die Einschätzung der regionalen konjunkturellen Entwicklung und deren Auswirkungen auf den Einkommenssteuerertrag basiert auf dem durch die BAKBASEL Economics entwickelten Finanzhaushaltsmodell für den Kanton Basel-Landschaft mit Stand Anfang Juli 2013. Im Vergleich zur Prognose für den Jahresabschluss 2012 ergibt das Modell eine deutlich höhere Wachstumsrate für 2011. Der Budgetwert für 2013 wird wahrscheinlich erreicht und für 2014 ist eine Wachstumsrate von 2.2% budgetiert.

Die Einführung eines günstigeren Tarifs für sehr hohe Kapitaleinkünfte per 2014 (LRV 2012-222) mit einem Ertragsausfall von CHF 2 Mio. wird bei statischer Betrachtung durch ein leichtes Volumenwachstum wahrscheinlich teilweise kompensiert werden.

Der Ertrag aus der Vermögenssteuer wird dank der positiven Börsenentwicklung im Jahr 2012 und im bisherigen Verlauf von 2013 je um 4-5% steigen, wodurch der Budgetwert 2013 leicht übertroffen werden dürfte. Für 2014 ist ein weiteres deutliches Wachstum budgetiert; der Budgetwert erreicht erstmals CHF 140 Mio.

Nach heutiger Einschätzung ist der Rückgang der Gewinnsteuer im 2011 weniger stark ausgefallen als bisher angenommen. Der Wert in der Rechnung 2012 bestätigt sich hingegen bisher. Der Budgetwert 2013 wird wahrscheinlich deutlich übertroffen werden. Die Baselbieter Unternehmen entwickeln sich vermutlich auch in den Jahren 2013 und 2014 sehr erfreulich; im Vergleich zu 2012 werden Wachstumsraten von 5.5-6% angenommen.

Der Ertrag aus der Vermögensverkehrssteuer (Handänderungssteuer) wird für 2014 höher budgetiert als für 2013; der Ertrag 2012 scheint realistischerweise kaum wieder erreichbar. Bei der Erbschafts- und Schenkungssteuer hingegen wurde der Budgetwert gegenüber 2013 reduziert, da auch im laufenden Jahr der budgetierte Ertrag wahrscheinlich nicht erreicht wird.

In den vergangenen Jahren waren regelmässig Abwicklungsgewinne bei den vier periodischen Steuerarten (Einkommens- und Vermögenssteuer natürliche Personen, Gewinn- und Kapitalsteuer juristische Personen) zu verzeichnen. Für das laufende Jahr zeichnet sich eine gleichartige Entwicklung vor allem bezüglich des Steuerjahres 2011 ab. Aufgrund dieser wiederkehrenden Erfahrung wird im Budget 2014 wiederum ein Pauschalbetrag für künftige Abwicklungsgewinne eingesetzt. In der Jahresrechnung erfolgt hingegen stets eine sachgerechte Zuordnung auf die entsprechende Steuerart.

Regalien und Konzessionen

Die Erträge aus Regalien und Konzessionen bleiben gegenüber dem Vorjahr insgesamt konstant. Die Budgetierung der Gewinnausschüttung der Schweizerischen Nationalbank (SNB) orientiert sich an derjenigen des Bundes. Der Bund hat im Voranschlag 2014 seinen Anteil auf der Basis des geschätzten langfristigen Gewinnpotentials der SNB von CHF 1 Mrd. eingestellt. Entsprechend wurde diese Position wie im Vorjahr mit CHF 23.2 Mio. ins Budget aufgenommen.

Entgelte

Die Erträge aus Entgelten nehmen um insgesamt CHF 3.5 Mio. ab. Eine starke Reduktion ist bei den Gebühren für Amtshandlungen um CHF 6.9 Mio. zu verzeichnen. Hier schlägt sich die Umsetzung des Projektes «FOCUS» mit einer Abnahme der Gebühren von ca. CHF 6.1 Mio. nieder. Demgegenüber nehmen die Erträge aus Benützungsgebühren und Dienstleistungen um CHF 1.6 Mio. zu. Hierbei handelt es sich mehrheitlich um höhere Einnahmen aus der Deponie Elbisgraben (zur Sicherstellung der Stabilität der Deponie Elbisgraben wurde über fünf Jahre ein Kontingent vergeben; dieses garantiert zusätzliche Mengen an Reaktormaterial). Ebenfalls ist eine Zunahme bei den Erlösen aus Verkäufen zu verzeichnen (CHF 1 Mio.). In dieser Kategorie generieren die zunehmenden Anschlüsse an die Fernwärme Liestal und Muttenz mehr Einnahmen durch zusätzlichen Energieverkauf von rund CHF 1.1 Mio.

Verschiedene Erträge

Bei den verschiedenen Erträgen handelt es sich um eine Kontoklasse gemäss HRM2, welche ausgewählte Entgeltkonti der Spitalbetriebe beinhaltet. Mit der Verselbständigung der Spitalbetriebe sind die verschiedenen Erträge unbedeutend geworden. Im vorliegenden Budget ist eine Zunahme von CHF 0.2 Mio. auf insgesamt CHF 1.7 Mio. zu verzeichnen.

Finanzertrag

Der Finanzertrag vermindert sich leicht um CHF 0.8 Mio. Wesentliche Änderungen sind beim Zinsertrag mit einer Abnahme von CHF 3.7 Mio. zu verzeichnen, welche sich wie folgt begründen lässt: Die Verzinsung des Dotationskapitals der BLKB (was sich beim Zinsaufwand und Zinsertrag entsprechend auswirkt) sinkt um CHF 1 Mio. Der Zinsertrag für die Darlehen der Psychiatrie BL und dem Kantonsspital BL (CHF 2.6 Mio.) wird neu unter der Kontengruppe 445 (Finanzertrag aus Darlehen/Beteiligungen Verwaltungsvermögen) geführt (ehemals Kontengruppe 440 Zinsertrag).

Übertrag Fonds/StaatsRG

Die Erträge aus Fonds und Spezialfinanzierungen nehmen um CHF 69.9 Mio. ab. Diese Entwicklung ist vorwiegend auf die folgenden zwei Faktoren zurückzuführen:

Der Neubau des UKBB wurde hauptsächlich durch den Fonds für regionale Infrastrukturvorhaben finanziert. Der Ertrag durch die geplante Veräusserung des UKBB-Neubaus⁴ wird wieder in den Fonds für regionale Infrastrukturvorhaben eingespeist und gleichzeitig zu Gunsten der Staatsrechnung entnommen. Dies führt somit zu einem einmaligen Ertrag im Jahr 2013 von CHF 60.5 Mio., der im Budget 2014 wegfällt.

Die Abschreibungen für die Sekundarschulbauten und -anlagen werden mit einer Entnahme aus dem Schulhausfonds 9020 finanziert. Mit der kompletten Übernahme bzw. dem Kauf der Sekundarschulbauten von den Gemeinden wurde der Zweck des Schulhausfonds dahingehend angepasst, als dass dieser zur Deckung der jährlichen Abschreibungen herangezogen wird und nicht für den Kauf der Objekte. Diese Handhabung entspricht der Regelung nach HRM2. Der Fonds wird somit auch neu als Vorfinanzierung des Eigenkapitals und somit nicht mehr als Fonds des Fremdkapitals geführt. Als Folge dieser Änderung werden zukünftig Entnahmen aus diesem Fonds nicht mehr über die Kontogruppe 45 (Entnahmen aus Vorfinanzierungen mit Fremdkapitalcharakter), sondern HRM2-konform in der Kontogruppe 48 (Entnahmen aus Vorfinanzierungen mit Eigenkapitalcharakter) verbucht. Die Vorfinanzierung wird zudem seit dem Jahr 2012 im Eigenkapitalnachweis ausgewiesen.

Transferertrag

Der Transferertrag nimmt um CHF 19.7 Mio. zu. Es sind folgende grössere Abweichungen gegenüber dem Vorjahresbudget auszuweisen:

CHF +6.3 Mio. Kompensation Aufgabenverschiebung im Rahmen des Finanzausgleichs Kanton-Gemeinden. Infolge der Rückwirkung der Reduktion der Kompensationsleistungen für die ehemaligen Realschulbauten auf den 1. August 2011 kommt es im Jahr 2013 zu einer Rückzahlung an die Gemeinden in der Höhe von CHF 6.3 Mio.⁵ Diese Rückzahlung wird mit der Kompensationsleistung verrechnet, womit sich im Jahr

4 Die Vorlage betreffend Revision des Staatsvertrages zwischen den Kantonen Basel-Landschaft und Basel-Stadt über das Universitäts-Kinderspital beider Basel (Kinderspitalvertrag) (LRV 2013-020).

5 Vorlage betreffend Änderung von § 15a des Finanzausgleichsgesetzes aufgrund der Verhandlungen mit den Gemeinden (LRV 2012-315).

CHF +4.0 Mio.	2013 die Netto-Kompensationsleistung auf CHF 1.25 Mio. reduziert (CHF 7.55 Mio. abzüglich CHF 6.3 Mio.). Im Budget 2014 fällt diese einmalige Rückzahlung nun weg (vgl. Kapitel 5.1). Bundesbeitrag Ökologischer Ausgleich (Die neuen Beitragskategorien infolge der neuen Agrarpolitik des Bundes führen zu höheren Ausgaben, jedoch auch zu viel höheren Einnahmen. Die Nettobelastung des Kantons fällt geringer aus als im Vorjahr.)
CHF +3.1 Mio.	Gemeindebeiträge an Ergänzungsleistungen AHV/IV
CHF +2.1 Mio.	Abwassergebühren
CHF +2.0 Mio.	Bundesbeitrag an Prämienverbilligung
CHF +0.9 Mio.	Anteil am Mineralölsteuerertrag
CHF -1.2 Mio.	Ressourcenausgleich (NFA). Da der Kanton Basel-Landschaft ab 2014 wieder Geberkanton (vgl. Kapitel 4.2) ist, entfällt der Beitrag (Ertrag) aus dem Vorjahr.

Durchlaufende Beiträge

Die Durchlaufenden Beiträge nehmen insgesamt um ca. CHF 4.8 Mio. zu. Es handelt sich vorwiegend um durchlaufende Bundesbeiträge beim «Landwirtschaftlichen Zentrum Ebenrain». Die Erhöhung ist auf die Einführung der neuen Agrarpolitik 2014/17 des Bundes mit vollkommener Neuordnung des Direktzahlungssystems zurückzuführen.

Ausserordentlicher Ertrag

Im ausserordentlichen Ertrag sind die Entnahmen aus dem Schulbautenfonds von CHF 10.65 Mio. zur Finanzierung der Abschreibungen der Sekundarschulbauten und -anlagen budgetiert (vgl. Kommentar zu Entnahmen aus Fonds und Spezialfinanzierungen).

Die Kontengruppe beinhaltet ferner die Auflösung der Rückstellungen im Umfang von CHF 459.4 Mio. im Zusammenhang mit der Reform der BLPK (vgl. Kapitel 5.2).

8.3 Investitionsrechnung

8.3.1 Investitionsniveau

Mit brutto rund CHF 247 Mio. und netto rund CHF 204 Mio. liegt die Jahrestrenche der Investitionen wieder beim früheren Investitionsniveau. Dieser Rückgang um brutto CHF -115 Mio. lässt sich überwiegend aufgrund des Projektverlaufs nachfolgender Projekte erklären:

- H2 Pratteln-Liestal CHF -60 Mio.
- Universität Basel, Neubau Biozentrum Schällemätteli CHF -24 Mio.
- Sekundarschule Binningen Spiegelfeld, Umbau und Sanierung CHF -11 Mio.
- Muttenz, Strafjustizzentrum CHF -10 Mio.
- Beiträge an Alters- und Pflegeheime CHF -9 Mio.

Tabelle 12: Investitionen im weiteren Sinne

in Mio. CHF	Rechnung 2012	Budget 2013	Budget 2014	Abweichung vom Vorjahr	
Nettoinvestitionen	114.9	300.5	204.2	-96.3	-32%
+ Investitionseinnahmen	75.1	60.9	42.7	-18.2	-30%
= Bruttoinvestitionen (Investitionsausgaben) ⁶	190.1	361.4	246.9	-114.5	-32%
+ Beiträge an Investitionen Dritter (ER)	54.5	0.0	0.0		
= Investitionen im weiteren Sinne ⁷	244.5	361.4	246.9	-114.5	-32%

Nach erfolgter Einbindung der Beiträge an Investitionen Dritter in die Investitionsrechnung handelt es sich bei den Bruttoinvestitionen und den Investitionen im weiteren Sinne um die gleiche Grösse. Auf einen separaten Ausweis kann künftig verzichtet werden. Für die Wirtschaft bzw. die Auftragnehmer sind die Bruttoinvestitionen die massgebliche Grösse. Für den Kanton stellen die Nettoinvestitionen sowie die Finanzierung der Folgekosten die wesentlichen Grössen dar.

⁶ Bruttoinvestitionen enthalten ab dem Jahr 2013 die Beiträge an Investitionen Dritter.

⁷ Mit dem Transfer der Beiträge an Investitionen Dritter in die Investitionsrechnung entsprechen die Bruttoinvestitionen ab 2013 den Investitionen im weiteren Sinne.

Abbildung 8: Entwicklung von Brutto-, Nettoinvestitionen und Beiträge an Investitionen Dritter

Brutto-, Nettoinvestitionen und Beiträge an Investitionen Dritter, in Mio. CHF

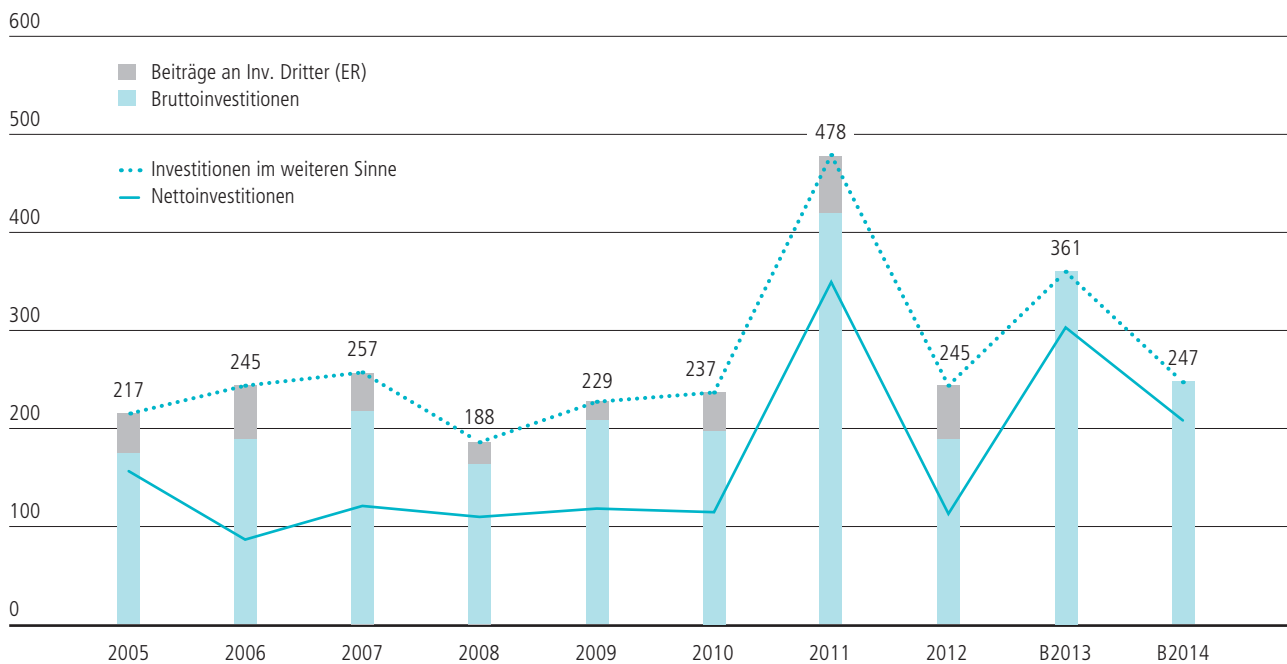
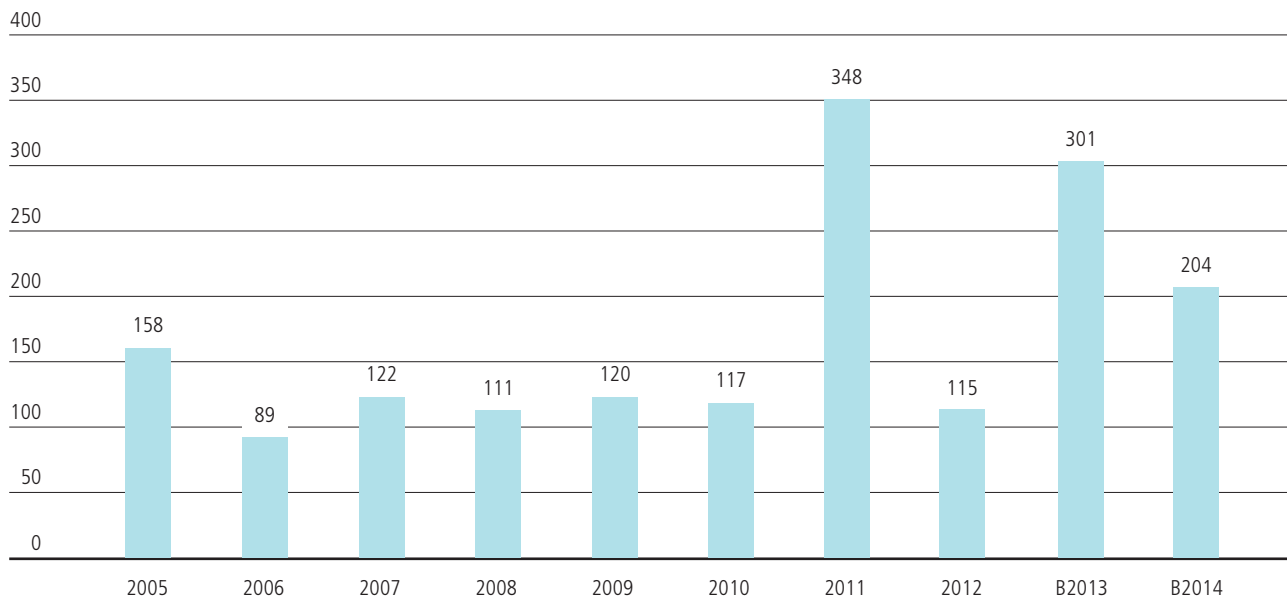


Abbildung 9: Entwicklung Nettoinvestitionen

Nettoinvestitionen, in Mio. CHF



Mit dem budgetierten Erwerb der Sekundarschulbauten und -anlagen ist das Niveau der Nettoinvestitionen im Jahr 2011 ausserordentlich hoch. Das hohe Investitionsniveau 2013 resultiert u.a. aus dem Transfer der Beiträge an Investitionen Dritter aus der Erfolgs- in die Investitionsrechnung.

8.3.2 Investitionsbudget 2014

Mit CHF 76 Mio. fallen knapp 31% der Brutto-Investitionsausgaben der Jahresthemen 2014 im Strassenbau an. Nach wie vor finanziell bedeutsamstes Projekt ist die H2 Pratteln – Liestal (HPL) mit einem Jahresbudget von brutto CHF 21 Mio. Der Betrag umfasst die Abschlussarbeiten und ist gegenüber dem Budget 2013 um CHF 60 Mio. tiefer. Die Inbetriebnahme der HPL erfolgt im Dezember 2013 (das Projekt ist fondsfinanziert und wird daher netto mit null CHF abgewickelt). Die budgetierten CHF 29 Mio. für Werterhalt und Wertwiederherstellung (Instandsetzung/ Korrektur) der Kantonsstrassen folgen einer langjährigen Planung zur Betriebsaufrechterhaltung unseres Kantonsstrassennetzes. Für die Instandhaltung der kantonalen Hochleistungsstrasse sind weiterhin CHF 5 Mio. eingesetzt, der Entscheid des Übergangs an den Bund ist noch offen. Für die flankierenden Massnahmen zur Umfahrung Sissach sind CHF 3.5 Mio. geplant und auch die Realisierung des Projektes Sanierung/Ortsdurchfahrt Grellingen ist mit CHF 3.5 Mio. veranschlagt. Schliesslich sind der Lärmschutz an Kantonsstrassen und an kantonalen Hochleistungsstrassen mit insgesamt CHF 3.5 Mio., der Ausbau der Radrouten sowie der Landerwerb für die Verlegung Rheinstrasse Salina Raurica mit jeweils CHF 2 Mio. zu erwähnen.

Für Hochbauten werden im Budget 2014 CHF 110 Mio. oder 45% der Brutto-Investitionsausgaben aufgewendet. Mit CHF 35 Mio. fallen die Beiträge an Alters- und Pflegeheime am stärksten ins Gewicht. Es folgen der Neubau FHNW mit CHF 26 Mio., der Anteil des Kantons Basel-Landschaft am Neubau Schällemätteli der Universität Basel mit CHF 14 Mio. sowie die Fortsetzung der Ausführung des Strafjustizzentrums in Muttenz mit CHF 14 Mio. Der Umbau der Sekundarschule Muttenz ist mit CHF 4 Mio. und der Neubau der Sekundarschule Laufen mit CHF 1.5 Mio. budgetiert. Gleichzeitig laufen hierzu eine Vielzahl von kleineren Massnahmen in der Sammelposition Instandsetzung zusammen, wofür CHF 2 Mio. vorgesehen sind. Um- und Ausbauten von Gebäuden der kantonalen Verwaltung (Werterhaltung) sind mit CHF 5 Mio. und die Erhaltung der Haustechnik (technische Investitionen) mit CHF 3 Mio. veranschlagt.

Im Bereich ÖV fallen im Budget 2014 rund CHF 39 Mio. oder 16% der Brutto-Investitionsausgaben an. Diese Ausgaben beinhalten den Doppelpurausbau Ettingen-Flüh mit CHF 12 Mio., grössere Instandsetzungen und Trasseesanierungen von BLT-Linien mit insgesamt CHF 11 Mio., Optimierungsmassnahmen Tram/Bahnübergänge mit CHF 5 Mio., den WB Ausbau Infrastruktur mit CHF 3 Mio. und die Projektierung der Umsetzung Behindertengesetz Haltestellen mit CHF 1 Mio.

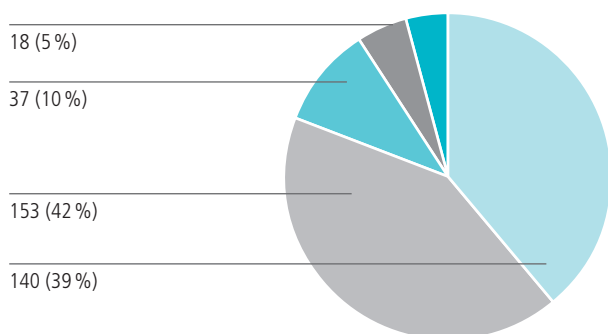
Für Abwasserreinigung, Abfallbeseitigung und Energie sind rund CHF 18 Mio. oder 7% der Brutto-Investitionsausgaben budgetiert. Diese Investitionsausgaben sind alle vollständig gebührenfinanziert. Hier sind die Projekte Mischwasserbehandlung Frenkentaler und Region Birstal mit insgesamt CHF 5.7 Mio. und die Werterhaltung des Kanalisationsnetzes mit CHF 1.4 Mio. zu erwähnen. Dazu kommt eine Vielzahl kleinerer Vorhaben.

Für den Wasserbau sind CHF 3.2 Mio. budgetiert. Das grösste Einzelprojekt ist hier Liesberg, Hochwasserschutz Birs gemäss Konzept.

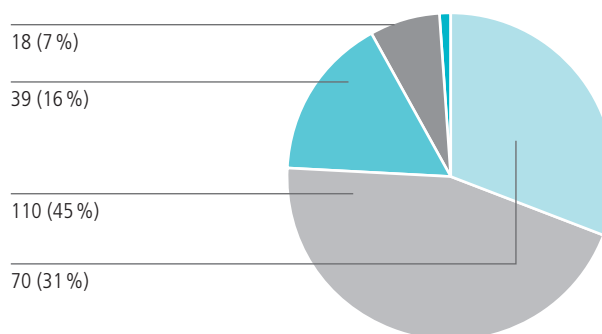
Abbildung 10: Brutto-Investitionsausgaben Budget 2013 und Budget 2014
in Mio. CHF



Budget 2013



Budget 2014



**Tabelle 13: Überblick über die wichtigsten Investitionsprojekte im Voranschlag 2014
(Investitionsausgaben in Mio. CHF)**

Bereich	Projekt	R 2012	B 2013	B 2014	F 2015	F 2016	F 2017
Strassen	H2 Pratteln - Liestal	66,1	81,0	20,8	4,1	0,5	–
	Instandsetzung Kantonsstrassen	17,5	19,0	19,0	19,0	19,0	19,0
	Korrektion Kantonsstrassen	13,1	10,0	10,0	10,0	10,0	10,0
	Erneuerung Kant. Hochleistungsstr. - 9970	3,4	5,0	5,2	1,3	2,5	2,8
	Sissach, Umfahrung Flank. Massnahmen	0,1	3,0	3,5	1,5	–	–
	Grellingen, San./Umgestalt. Ortsdurchfahrt (Realisierung)	–	–	3,5	3,6	0,5	–
	Lärmsanierung Kantonsstrassen - 9950	3,1	2,5	2,5	2,5	2,0	2,0
	Ausbauprogramm Radrouten	1,8	2,0	2,0	2,0	2,0	2,0
	Salina Raurica, Rheinstrasse (Landerwerb)	–	–	2,0	2,0	2,0	–
	HS-Lärmschutz Kant Hochleistungsstr. - 9951	0,5	3,5	1,0	–	–	–
	Hochbau	APH Investitionsbeiträge	41,4	44,0	35,0	35,0	23,8
Muttenz, Neubau FHNW		6,4	5,9	26,1	46,6	83,7	69,5
Basel, Uni-Neubau Schällemätteli (1/2 Anteil BL)		3,7	38,0	13,8	32,4	50,5	39,3
Muttenz, Strafjustizzentrum		14,6	24,0	13,8	2,7	0,4	–
Um- und Ausbau von Gebäuden / Werterhaltung		6,2	5,0	5,0	1,8	1,8	1,8
SEK I, Muttenz, Umbau Sanierung PS-Gebäude		–	–	4,2	3,5	–	–
Sekundarschulen, Instandsetzung - 9910		1,9	4,0	2,0	2,0	2,0	2,0
Technische Investitionen-9980		3,2	3,0	3,0	1,4	1,4	1,4
SEK I, Laufen, Neubau		0,1	0,8	1,5	1,5	15,0	20,6
Abwasser	Mischwasserbehandlung Frenkentäler	–	1,0	4,6	0,7	2,5	1,4
	Kanalisations-Netz: Werterhaltung	0,8	1,8	1,4	1,4	1,1	1,0
	Mischwasserbehandlung Region Birstal	2,7	4,5	1,1	1,5	0,5	–
ÖV	BLT Linie 10/17 Doppelspur Ettingen-Flüh	–	3,6	11,6	1,5	–	–
	Tram/Bahnüberg. Optimierungsmassnahmen	–	6,0	5,0	2,0	–	–
	BLT L12/14 Trasseesanierung	4,8	3,0	4,0	3,6	2,7	–
	BLT 10, 10/17 & 11, Instandsetzung 14-16	–	–	3,9	6,9	3,2	–
	BLT L 11, Trasseesanierung	0,3	3,7	3,5	0,5	0,5	–
	WB Ausbau Infrastruktur	0,0	5,0	3,4	11,7	4,3	–
	Umsetzung Behinderten Gesetz Haltestellen, Projektierung	–	1,0	1,0	0,5	–	–

8.4 Finanzkennzahlen

Die Entwicklung des Staatshaushaltes kann anhand von ausgewählten Finanzkennzahlen (Definition siehe Anhang, Kapitel 8) beurteilt werden. Dabei muss berücksichtigt werden, dass das Volkseinkommen auf Prognosewerten basiert (BAKBASEL, Juli 2013), welche regelmässig aktualisiert werden. Bei den Kennzahlen können sich deshalb von Jahr zu Jahr kleine Veränderungen ergeben. Dies betrifft folgende Kennzahlen: Staats-, Steuer- und Investitionsquote.

Am 25. Januar 2013 genehmigte die FDK (Konferenz der Kantonalen FinanzdirektorenInnen) in ihrer Plenarversammlung unter anderem die revidierte HRM2-Fachempfehlung Nr. 18 über die Finanzkennzahlen⁸, da die Fassung aus dem Jahr 2008 Fehler und Lücken aufwies. Dies wurde nun korrigiert und einige Kennzahlen haben dadurch Änderungen in ihrer Definition erfahren. Die Kennzahlen in Tabelle 14 wurden gemäss den aktualisierten Definitionen berechnet. Gegenüber den Vorjahren können sich daher leichte Veränderungen ergeben.

Tabelle 14 gibt einen Überblick über die Kennzahlen, deren Entwicklung im Vergleich zum Budget 2013 nachfolgend kurz beschrieben wird.

⁸ <http://www.srs-cspc.ch/srscspc.nsf/vwBaseDocuments/HRM2S01?OpenDocument&lng=de>

Tabelle 14: Finanzkennzahlen

Finanzkennzahlen	2009 Rechnung	2010 Rechnung	2011 Rechnung	2012 Rechnung	2013 Budget	2014 Budget
Staatsquote	16.8%	16.8%	18.5%	14.4%	15.3%	14.5%
Steuerquote	8.8%	8.9%	9.1%	9.1%	9.0%	9.1%
Selbstfinanzierungsgrad	56.3%	6.3%	0.2%	-90.2%	-3.6%	-416.2%
Kapitaldienstanteil	4.8%	4.3%	5.3%	5.4%	3.0%	3.0%
Zinsbelastungsanteil	0.3%	0.2%	0.3%	0.5%	0.3%	0.4%
Investitionsanteil	7.8%	7.2%	13.9%	7.5%	13.5%	6.3%
Transferanteil	41.2%	40.3%	37.8%	56.1%	54.7%	57.9%
Nettoverschuldungsquotient	68.0%	69.0%	87.8%	97.9%	113.4%	173.8%
Nettoschuld I in TCHF	952'384	1'019'535	1'329'620	1'526'425	1'788'711	2'854'421
Nettoschuld I in TCHF / Einwohner	3.47	3.70	4.80	5.50	6.39	10.11

Vorwiegend aufgrund der markant tieferen Bruttoinvestitionen nimmt der konsolidierte Gesamtaufwand ab. Bei gleichzeitig steigendem Volkseinkommen resultiert eine Abnahme der *Staatsquote* um 0.8 Prozentpunkte.

Die *Steuerquote* steigt um 0.1 Prozentpunkte an. Das heisst, dass sich der Fiskalertrag proportional stärker entwickelt als das Volkseinkommen.

Aufgrund der Buchung des Bilanzfehlbetrages im Rahmen der Reform der BLPK resultiert ein *Selbstfinanzierungsgrad* von -416%. Ohne diesen Effekt würde der Selbstfinanzierungsgrad 21% betragen.

Der *Kapitaldienstanteil* verbleibt unverändert auf einem Niveau von 3%.

Der *Zinsbelastungsanteil* steigt um 0.1 Prozentpunkte, da der Nettozinsaufwand proportional etwas stärker zunimmt als der Laufende Ertrag.

Der *Investitionsanteil* nimmt um 7.2 Prozentpunkte auf 6.3% ab. Dies ist einerseits auf die Abnahme der Bruttoinvestitionen, aber auch auf die starke Zunahme der Gesamtausgaben infolge der Buchung der Forderung gegenüber der BLPK zurückzuführen. Ohne diese Buchung würde ein Investitionsanteil von 9.5% resultieren.

Der *Transferanteil* steigt 3.2 Prozentpunkte auf 57.9%. Das heisst, der Anteil der Transferausgaben bezogen auf den konsolidierten Gesamtaufwand ist grösser geworden.

Durch die Buchung der Forderungen der Pensionskasse im Rahmen der Reform der BLPK nimmt das Fremdkapital stark zu. Dementsprechend ist eine Zunahme der *Nettoschuld I* (Fremdkapital abzüglich Finanzvermögen) und eine Steigerung der *Nettoschuld I in CHF / Einwohner* auf 10'110 zu verzeichnen.

Es muss an dieser Stelle darauf hingewiesen werden, dass die absolute Höhe der Nettoverschuldungskennziffern mit Vorsicht zu interpretieren sind, da das Finanzvermögen neu bewertet wird (Restatement III per 31.12.2013).

Die Zunahme des *Nettoverschuldungsquotienten* auf rund 173.8% ist darauf zurückzuführen, dass die Nettoschuld I gegenüber dem Fiskalertrag stärker zunimmt und den Quotienten somit um 60.4 Prozentpunkte ansteigen lässt.

Nachfolgend ist die Entwicklung des Staatshaushaltes anhand weiterer Kennzahlen grafisch aufgezeigt.

Abbildung 11: Entwicklung Selbstfinanzierungsgrad

Selbstfinanzierungsgrad, in Prozent

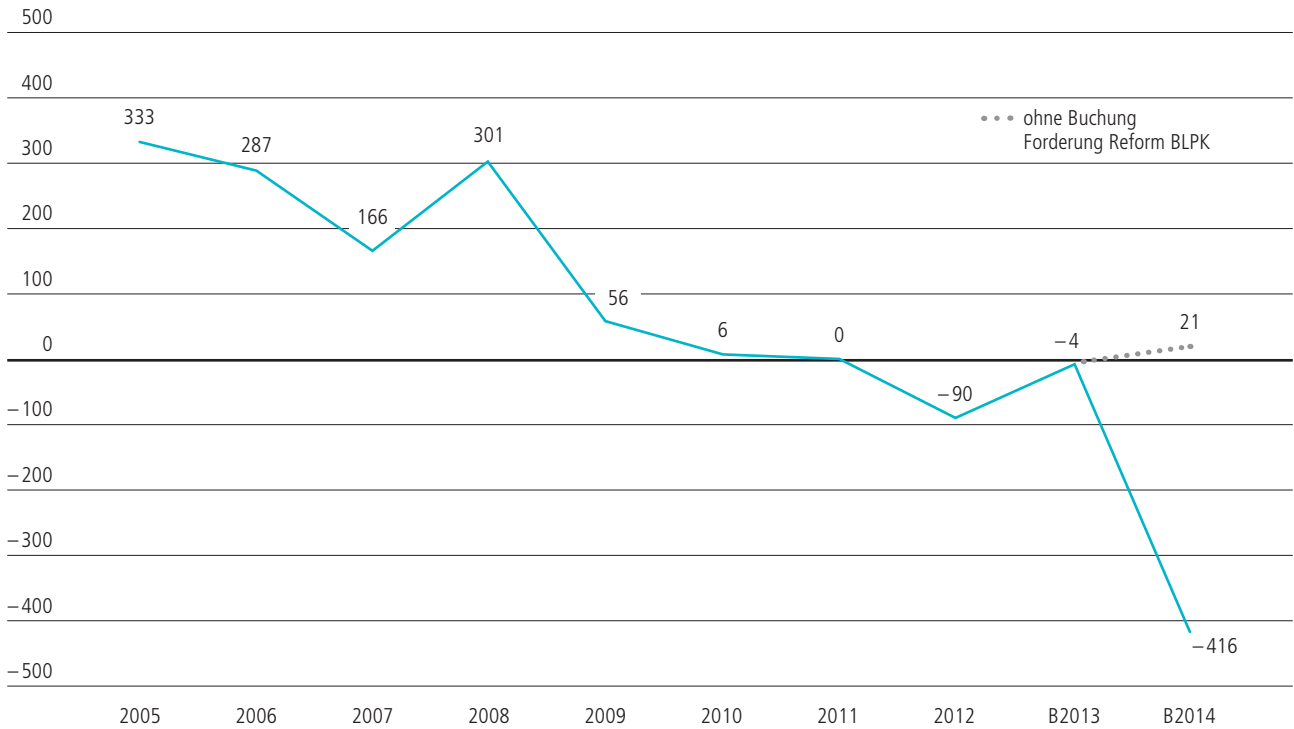
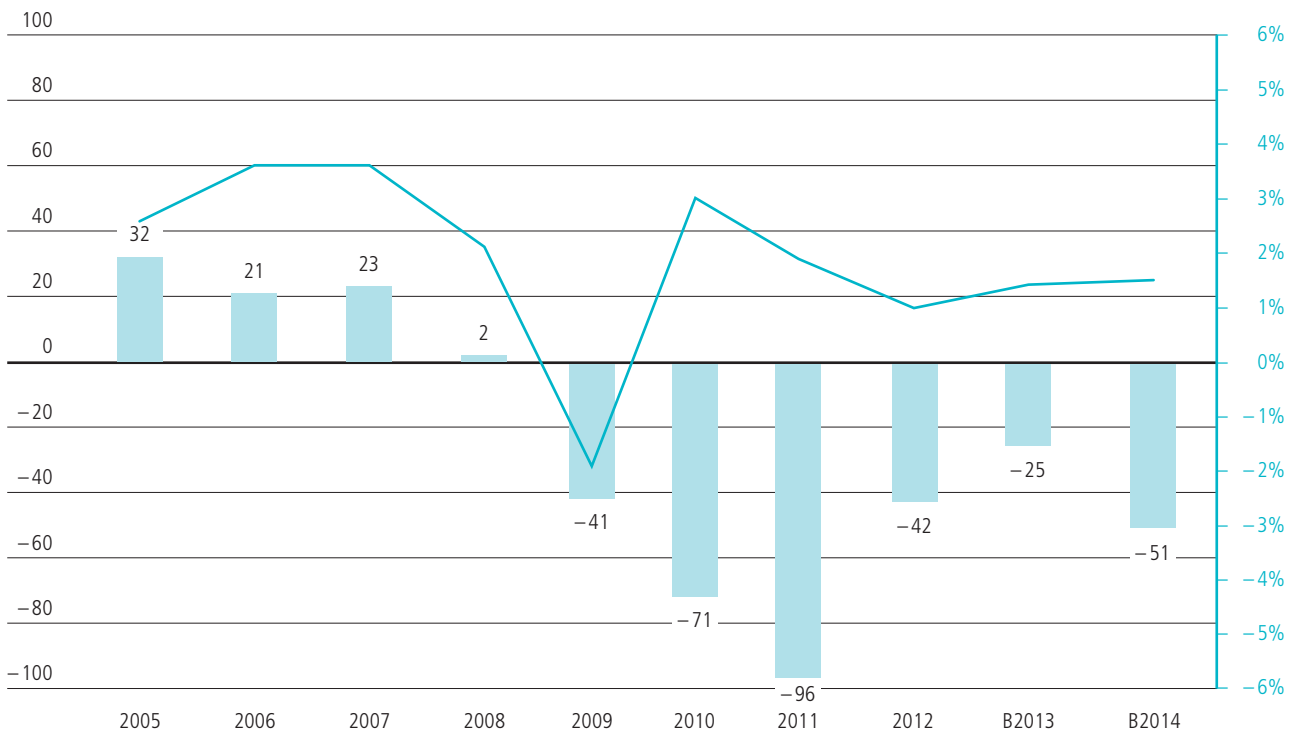


Abbildung 12: Entwicklung Saldo der Erfolgsrechnung und Wirtschaftswachstum

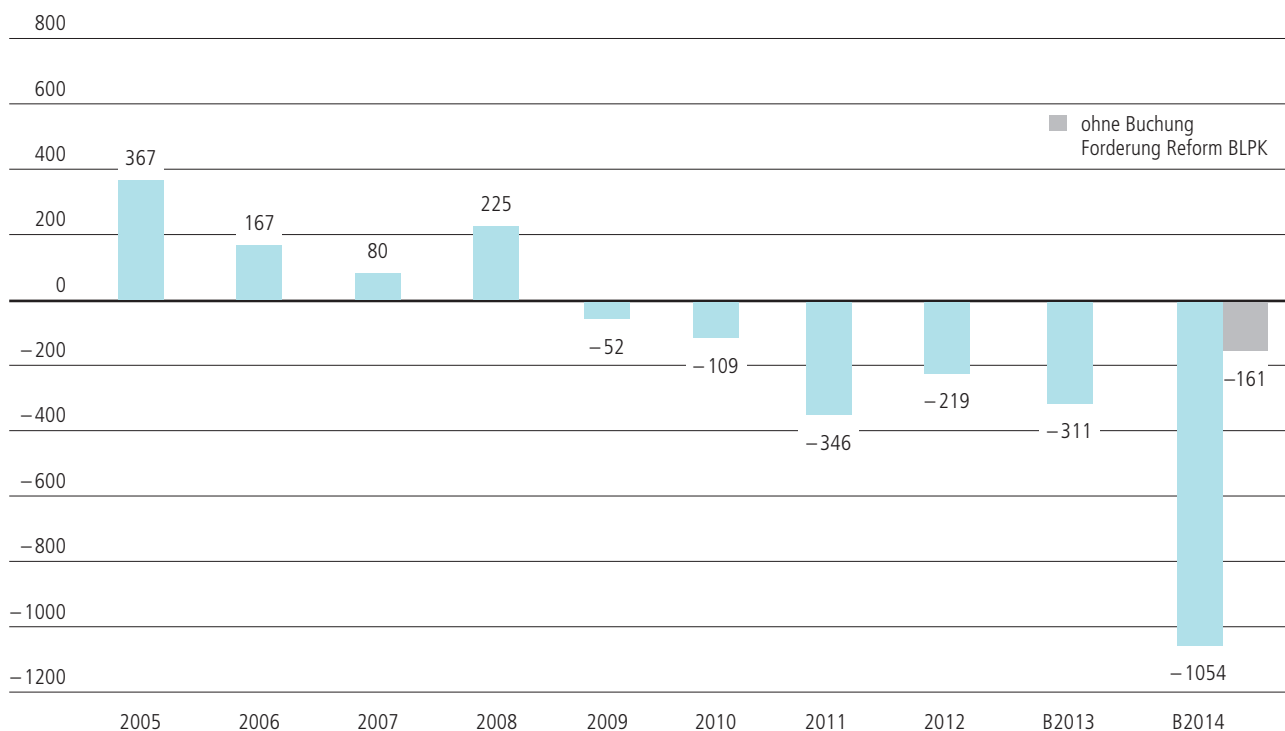
Erfolgsrechnung (operatives Ergebnis)/ BIP CH real (in Prozent), in Mio. CHF



Ab 2009 wird anstelle des Gesamtergebnisses der Erfolgsrechnung das operative Ergebnis ausgewiesen (vgl. Tabelle 1 Gestufter Erfolgsausweis).

Abbildung 13: Entwicklung Finanzierungssaldo

Finanzierungssaldo, in Mio. CHF



9. Das Personal

9.1 Entwicklungen im Personalwesen

Umsetzung der Personalstrategie

Per 1. Juli 2013 wurde die Personalstrategie des Kantons Basel-Landschaft in Kraft gesetzt. Auf Basis dieser Strategie werden die darin enthaltenen Massnahmen sukzessive umgesetzt.

Neues Organisationsmodell Personalwesen

Ab dem 1. Oktober 2013 wurde das neue Organisationsmodell Personalwesen eingeführt und kontinuierlich optimiert. Das neue Organisationsmodell Personalwesen soll primär die Personal-Dienstleistungen für den Arbeitgeber Kanton Basel-Landschaft in prozessualer sowie qualitativer Hinsicht vereinheitlichen.

Die drei nachfolgenden Einheiten bilden dabei die Pfeiler: Dienstleistungszentrum Personal, HR-Beratung und Kompetenzzentrum Personal.

Im Dienstleistungszentrum Personal werden die standardisierten HR-Prozesse und -Transaktionen bearbeitet. Im Vordergrund stehen die Vereinheitlichung der Prozesse und Instrumente, was längerfristig zu Skaleneffekten und höheren Qualitätsstandards führt.

Die HR-Beratungen, die den Direktionen und den Kantonalen Behörden zugeordnet sind, stellen das Bindeglied zu den Führungskräften dar. Der Fokus liegt auf den strategischen resp. strategieumsetzenden HR-Aufgaben, dem Talentmanagement und der professionellen Begleitung von Veränderungsprozessen.

Im Kompetenzzentrum Personal wird das spezialisierte HR-Fach- und Methodenwissen zusammengefasst. Die HR-Experten beraten die HR-Business-Partner/HR-Beratenden bzw. sind in deren Projekte einbezogen. Zudem kann das Kompetenzzentrum Personal vom DLZ in komplexe Fragestellungen involviert werden.

Das neue Organisationsmodell Personalwesen soll im Jahr 2014 v.a. zum Thema HR-Beratung weiterentwickelt werden.

Umsetzung des Berufsbildungskonzepts

Im neuen Berufsbildungskonzept wurden drei Strategiefelder definiert:

- A) Steuerung und Organisation der Berufsbildung einheitlich gestalten und professionalisieren,
- B) Attraktivität des Ausbildungsbetriebs Kantonale Verwaltung BL steigern,
- C) Qualität der Ausbildung weiterentwickeln und optimieren.

Die Strategiefelder werden in zwei Projektetappen erarbeitet und umgesetzt. 2013 konnte das Projektteam gebildet und die Bearbeitung des Strategiefelds A aufgenommen werden. Im Jahr 2014 ist eine Fortsetzung der Arbeiten im Strategiefeld A und die Bearbeitung der Strategiefelder B und C vorgesehen. Das Projekt kann voraussichtlich im Herbst 2014 abgeschlossen werden.

Betriebliches Gesundheitsmanagement (BGM)

Ein Konzept für ein betriebliches Gesundheitsmanagement ist in der Ausarbeitungsphase. Die Einführungsarbeiten mit den Führungskräften werden voraussichtlich im 1. Quartal 2014 abgeschlossen sein.

Personal- und Führungsentwicklung

Ein Ergebnis der letzten Mitarbeitendenbefragung war, dass die Personalentwicklung und insbesondere die Führungsausbildung in der kantonalen Verwaltung weiterentwickelt und verbessert werden sollten. Im Projekt «Führung und weitere Laufbahnen» ist eine Überarbeitung und Neugestaltung der Führungsausbildung gemäss aktuellen Bedürfnissen des führenden und nichtführenden Kaderpersonals vorgesehen. Gleichzeitig werden Möglichkeiten zur Weiterentwicklung von erfahrenen Mitarbeitenden analysiert und Massnahmen zur Förderung direktionsübergreifender Personalentwicklung geprüft.

Mitarbeitendenbefragung

Die letzte Mitarbeitendenbefragung wurde 2008 durchgeführt. Eine neue Befragung ist für das Jahr 2014 vorgesehen.

ERP

Im Rahmen der Umsetzung der 3. Phase des Projekts ERP sollen die Zeitwirtschaft und das E-Dossier weiter ausgerollt und das E-Recruiting eingeführt werden.

Honorierungssystem

Im Jahr 2014 werden die Feststellungen aus der Überprüfung der Lohneinreihungen (Teilprojekt Ü2 des Entlastungspakets 12/15) umgesetzt. Für die Einführung der überarbeiteten Modellumschreibungen der Funktionsbereiche «Gesundheit und Soziales» und «Bildungswesen» werden Übergangsbestimmungen entwickelt und das Umsetzungsvorgehen festgelegt.

9.2 Personalbedarf 2014

Für das Jahr 2014 werden über alle Organisationseinheiten hinweg 68.6 Stellen eingespart.

Verwaltung im engeren Sinn

In den Direktionen werden insgesamt 29.5 Stellen weniger budgetiert als im Vorjahr (-1.2%):

Tabelle 15: Stellenentwicklung 2013-2014

	Sollstellen 2013	Sollstellen 2014	Abweichung absolut	Abweichung in %
Kantonale Behörden	38.1	42.7	4.6	12.1
Finanz- und Kirchendirektion	336.6	355.7	19.1	5.7
Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion	171.2	171.2	0.0	0.0
Bau- und Umweltschutzdirektion	480.2	475.3	-4.9	-1.0
Sicherheitsdirektion	1'087.9	1'042.3	-45.6	-4.2
Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion (ohne Lehrpersonen)	419.7	417.0	-2.7	-0.6
Total Soll-Stellenplan (Stellen der engeren Verwaltung)	2'533.7	2'504.2	-29.5	-1.2
Gerichte	112.2	117.2	5.0	4.5
Refinanzierte Stellen KIGA	148.9	148.9	0.0	0.0
Lehrpersonen	1'508.6	1'464.5	-44.1	-2.9
Total ausserhalb Soll-Stellenplan	1'769.7	1'730.6	-39.1	-2.2
Total Stellenveränderung Kanton BL	4'303.4	4'234.8	-68.6	-1.6

Der Ausbau bei der Finanz- und Kirchendirektion erfolgt hauptsächlich durch den Aufbau des Dienstleistungszentrums Personal im Rahmen des neuen Organisationsmodells Personalwesen. Die Stellenreduktion bei der Bau- und Umweltschutzdirektion resultiert zum einen aus Massnahmen im Rahmen des Entlastungspakets, zum anderen aus Stellentransfers, die im Rahmen des neuen Organisationsmodells Personalwesen an das Dienstleistungszentrum Personal gemacht wurden. Bei der Sicherheitsdirektion ist vor allem die Zusammenlegung der Bezirksschreibereien im Rahmen des Entlastungspakets 12/15 für den Stellenrückgang verantwortlich. Bei der Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion bewirken Stellentransfers zum Dienstleistungszentrum Personal und zu den zentralen Informatikdiensten den Rückgang der Stellen beim Verwaltungspersonal. Bei den kantonalen Behörden findet eine Anpassung des Parlamentsdienstes an die gestiegenen Anforderungen statt.

Insgesamt werden durch Massnahmen aus dem Entlastungspaket 63.45 Stellen abgebaut. Der Abbau dieser Stellen verteilt sich wie folgt: Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion: -2.3 Vollstellen, Bau- und Umweltschutzdirektion: -3.15 Vollstellen, Sicherheitsdirektion: -58.0 Vollstellen.

Stellen ausserhalb des Soll-Stellenplans

Ausserhalb des Soll-Stellenplans werden 39.1 Stellen reduziert. Bei den Gerichten erfolgt ein Stellenausbau, während bei der Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion Lehrpersonen eingespart werden.

9.3 Stellenentwicklung 2005-2014

Über alle Stellen betrachtet wurde der kantonale Personalbedarf gegenüber 2005 von 7'106 Vollstellen auf 4'235 Vollstellen reduziert, was einer Abnahme von 40% bzw. 2'871 Stellen entspricht. Die Ausgliederung der Spitalbetriebe (inkl. Zentralwäscherei) per 1. Januar 2012 hatte den Weggang von 2'847 Vollstellen zur Folge. Die Spitalbetriebe ausgeschlossen hat der kantonale Stellenetat seit 2005 um 24.1 Vollstellen bzw. 0.6% abgenommen.

Die differenzierte Betrachtung der Stellenentwicklung 2005-2014 zeigt die fortwährenden Anstrengungen des Regierungsrats, den Personalbestand plafoniert zu belassen oder bei Bedarf nur sehr limitiert zu erhöhen.

Tabelle 16: Kantonale Stellenentwicklung 2005-2014

	Sollstellen 2005	Sollstellen 2014	Abweichung 05/14 absolut	Abweichung 05/14 in %
Kantonale Behörden	26.0	42.7	16.7	64.2
Finanz- und Kirchendirektion	290.9	355.7	64.8	22.3
Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion ohne Spitalbetriebe	189.3	171.2	-18.1	-9.6
Bau- und Umweltschutzdirektion	504.2	475.3	-28.9	-5.7
Sicherheitsdirektion	962.8	1'042.3	79.5	8.3
Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion (ohne Lehrpersonen)	382.7	417.1	34.4	9.0
Total Soll-Stellenplan (Stellen der engeren Verwaltung)	2'355.9	2'504.2	148.3	6.3
Gerichte	204.5	117.2	-87.3	-42.7
Refinanzierte Stellen KIGA	120.9	148.9	28.0	23.2
Lehrpersonen	1'577.6	1'464.5	-113.1	-7.2
Total ausserhalb Soll-Stellenplan	1'903.0	1'730.6	-172.4	-9.1
<i>Spitalbetriebe</i>	2'847.0	0.0	-2'847.0	-100.0
Total Stellenveränderung Kanton BL	7'105.9	4'234.8	-2'871.1	-40.4
Total Stellenveränderung Kanton BL (ohne Spitalbetriebe)	4'258.9	4'234.8	-24.1	-0.6

2010: Organisatorischer Wechsel der Finanzkontrolle von der Finanz- und Kirchendirektion zu den Kantonalen Behörden (10.8 Vollstellen)

2011: Organisatorischer Wechsel der Statthalterämter und des BUR von den Gerichten zur Sicherheitsdirektion (135.0 Vollstellen)

2014: Zusammenlegung der Bezirksschreibereien und Verzicht auf die Führung des Amtsnotariats (52.2 Vollstellen)

Die *Stellen der engeren Verwaltung* haben über den Betrachtungszeitraum um 6.3% (148.3 Vollstellen) zugenommen. Massgeblich wirkte sich 2011 der organisatorische Wechsel der Statthalterämter und des BUR von den Gerichten in die Sicherheitsdirektion mit transferierten 135 Vollstellen aus. Weiterhin wird im Jahr 2014 die Zusammenlegung der Bezirksschreibereien durchgeführt, was einen Abbau von 52.2 Vollstellen zur Folge hat. Verschiedene kleinere organisatorische Transfers und Änderungen wirkten sich dagegen in geringem Mass auf die Stellenentwicklung 2005-2014 aus.

Bei den *Stellen ausserhalb des Soll-Stellenplans* wurden ohne Berücksichtigung der Spitalbetriebe bei den Gerichten, den refinanzierten KIGA-Stellen und den Lehrpersonen gegenüber 2005 gesamthaft 172.4 Vollstellen bzw. 9.1% der

Stellen abgebaut. Neben dem Weggang der Statthalterämter sowie des BUR von den Gerichten zur Sicherheitsdirektion (2011: 135 Vollstellen) wirken sich die Bedarfsschwankungen bei den Lehrpersonen und den refinanzierten KIGA-Stellen aus, welche innerhalb des Betrachtungszeitraums jährlich jeweils sehr unterschiedlich ausfallen. Während bei den Lehrpersonen der Bedarf für 2014 gegenüber 2005 um insgesamt 7.2% (113 Vollstellen) niedriger ausfällt, planen die refinanzierten KIGA-Stellen für 2014 mit einem um 28 Vollstellen (23.2%) höheren Bestand gegenüber 2005.

10. Beteiligungen

In der folgenden Tabelle sind die Beteiligungen aufgeführt, für welche im Budget 2014 des Kantons Aufwand (bspw. für den Leistungseinkauf) bzw. Ertrag (bspw. aus Dividenden) sowie Beiträge in der Investitionsrechnung eingestellt sind:

Tabelle 17: Aufwendungen für Leistungseinkauf bei Beteiligungen und Erträge von Beteiligungen

Beteiligung	Art der Leistung / Ertragsart	Aufwand in CHF	Ertrag in CHF	Investitions- rechnung in CHF
ARA Rhein AG (wird vollständig über Gebühren finanziert)	Betriebskostenbeiträge	1'400'000	1'400'000	
Baselland Transport AG (BLT)	Betriebskosten- und Investitionsbeiträge	18'100'000		28'000'000
Waldenburgerbahn AG (WB)	Betriebskosten- und Investitionsbeiträge	3'400'000		6'000'000
Autobus AG (AAGL)	Betriebskostenbeiträge Dividende	6'000'000	6'642	
Basellandschaftliche Kantonalbank	Anteil am Reingewinn Abgeltung Staatsgarantie Verzinsung Dotationskapital	3'750'000	42'000'000 8'500'000 3'750'000	
Fachhochschule Nordwestschweiz	Leistungsauftrag	67'700'000		
Fondation des Archives de l'ancien Evêché de Bâle	Beitrag	110'000		
Hardwasser AG	Wasserzins (Entnahmegebühr) Dividende		380'000 81'600	
Interkantonale Lehrmittelzentrale	Beitrag	17'000		
Interkantonale Polizeischule Hitzkirch	Leistungspauschale	1'275'500		
Kraftwerk Augst AG	Konzession f. Wassernutzung für Energieerzeugung Dividende		520'000 150'000	
Kraftwerk Birsfelden AG	Betriebskostenanteil Schifffahrtsanlagen Konzession für Wassernutzung und Energieerzeugung Dividende	58'000	2'700'000 262'500	
Landwirtschaftliche Trocknungs-Anlagen LTA AG	Dividende		6'000	
MCH Messe Schweiz AG	Dividende		235'625	
NSNW AG	Aufwand für Strassenunterhalt kant. HLS Dividende	2'400'000	120'000	
ProRheno AG (wird vollständig über Gebühren finanziert)	Betriebskostenbeiträge und Investitionsanteil BL	1'800'000	1'800'000	700'000
Schweizer Rheinsalinen AG	Dividende Regalien Konzession		278'400 80'000 250'000	
Schweizerische Nationalbank	Anteil am Reingewinn Dividende		23'200'000 12'390	
Schweizerische Rheinhäfen	Anteil am Reingewinn		4'500'000	
Sozialversicherungsanstalt Baselland	Verwaltungsaufwand Vollzug Prämienverbilligung (CHF 117.35 Mio.) Verwaltungsaufwand Ergänzungsleistungen (CHF 189.27 Mio.)	2'000'000 4'800'000		
Swisslos	Gewinnausschüttung		14'000'000	
TSM Schulzentrum für Kinder und Jugendliche	Leistungseinkauf	7'627'182		
Universität Basel	Leistungsauftrag	159'900'000		
Universitäts-Kinderspital beider Basel	Leistungseinkauf	14'527'000		
Kantonsspital Baselland	Leistungseinkauf Baurechtszinsen Darlehenszinsen	142'114'000	3'000'000 2'080'000	
Psychiatrie Baselland	Leistungseinkauf Baurechtszinsen Darlehenszinsen	34'545'000	1'180'000 670'000	
TOTAL		471'523'682	111'163'157	34'700'000

11. Angepasste Leistungsaufträge

Parallel zum Budget 2014 haben die Kantonalen Behörden und die Direktionen ihre Leistungsaufträge überprüft. Die Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion sowie die Sicherheitsdirektion haben bei der Überprüfung der Leistungsaufträge Anpassungsbedarf festgestellt und deshalb folgende Änderungen vorgenommen:

2200 Generalsekretariat

Der Leistungsauftrag des Generalsekretariates musste aufgrund der aktuellen organisatorischen Situation und der erfolgten Aufgabenveränderungen (Bereiche: Alter- und Gesundheit, Gesundheitsversorgung und Controlling, Wirtschaftsförderung, Kompetenzzentrum für Wirtschaftsentwicklung und Standortmarketing) auf den neusten Stand gebracht und erweitert werden. Neu wurden folgende Produkte aufgenommen: Stationäre Leistungsabrechnung von Spitälern und Kliniken (KVG Art. 49 Abs. 2), Monitoring interkantonale Spitalversorgung NWCH (AG, BS, SO), Beiträge an kantonale und interkantonale Institutionen für DL im Gesundheitswesen, Investitionsbeiträge an Alters- und Pflegeheime / Aktualisierung Pflegeheimliste, Alter- und Gesundheit sowie das Produkt Kompetenzzentrum für Wirtschaftsentwicklung und Standortmarketing.

2207 Landwirtschaftliches Zentrum Ebenrain

Der Leistungsauftrag des Landwirtschaftlichen Zentrums Ebenrain wurde aufgrund der heutigen Situation und aufgrund der Erfahrungen der letzten Jahre zum Teil konzentriert, aber auch generell aktualisiert. Einzelne Produkte wurden in andere Produkte integriert, insgesamt jedoch ohne Leistungsveränderung.

2400 Generalsekretariat

Die «internen Dienstleistungen» oder «Managementdienstleistungen» wie z.B. Personalwesen, interne Kommunikation, Controlling, Qualitätsmanagement, Rechnungswesen, Informatik Organisation und Prozesse werden nicht mehr im Leistungsauftrag aufgeführt. Sie werden noch im gleichen Umfang angeboten, jedoch aus Gründen der besseren Übersichtlichkeit und Lesbarkeit des Leistungsauftrages gestrichen.

2410 Zivilrechtsverwaltung

Mit der Umsetzung des Projekts FOCUS und der damit zusammenhängenden Zentralisierung der ehemaligen Bezirksschreibereien erfolgte auch die generelle Überprüfung und Überarbeitung der bestehenden Leistungsaufträge. Neu werden noch drei Produktgruppen (Registerbehörden, Recht, Betreibungen und Konkurse) mit insgesamt 13 Produkten geführt. Der Leistungsauftrag 2014 der Zivilrechtsverwaltung umfasst somit folgende Aufgaben der einzelnen Betriebsteile: Grundbuchamt, Erbschaftsamt, weitere erbrechtliche Aufgaben (Depotstelle Testamente, Ehe- & Erbverträge), Betreibungs- und Konkursamt, Handelsregisteramt, Zivilstandsamt, Ressort Bürgerrechtswesen und Ressort Adoptionen und Namensänderungen.

2420 Polizei Basel-Landschaft

Der Leistungsauftrag der Polizei Basel-Landschaft wird ohne Leistungsveränderung transparenter, kürzer und klarer gestaltet. Die echten, auf Gebühren basierenden Dienstleistungen werden neu in den zwei Produkten «Administrativmassnahmen» und «Sonderbewilligungen» abgebildet. Die restlichen polizeilichen Aufgaben werden alle im Produkt «Polizeiliche Dienstleistungen» zusammengefasst.

2430 Amt für Migration

Mehrfachnennungen und der Detaillierungsgrad des Leistungsauftrags des Amtes für Migration wurden beseitigt bzw. gekürzt. Hingegen wurden Produkte wie z.B. die Rückkehrberatung oder die Erstinformationsgespräche aufgeführt. Auch die neuen Instrumente «Integrationsempfehlungen» und «Integrationsvereinbarungen» wurden aufgenommen.

2431 Amt für Militär und Bevölkerungsschutz

Der Leistungsauftrag des Amtes für Militär und Bevölkerungsschutz wird schlanker und besser lesbar gestaltet. So wurde ein neues Produkt «Kantonales Care-Team, Hotline-Team und Support-Team» geschaffen. Bestehende Produkte wurden als eigentliche Produkte aufgehoben und Inhalte in bestehende Produkte überführt (z.B. wirtschaftliche Landesversorgung, Schutzbauten, Schiessanlagen und Vereine). Damit konnte auch die bisherige Produktgruppe «Ausserordentliche Lagen» aufgehoben werden.

2432 Motorfahrzeugkontrolle

In der Motorfahrzeugkontrolle werden neu im Leistungsumfang des Produkts «Fahrzeugzulassung» beim Leistungsumfang und den Leistungszielen auch die Dienstleistungen der neu eröffneten Filiale in Münchenstein aufgenommen.

12. Anträge

1. Dem Budget 2014 der Erfolgsrechnung mit einem Aufwand von CHF 3'893.9 Mio. und einem Ertrag von CHF 2'960.5 Mio., was einen Aufwandüberschuss von CHF 933.4 Mio. ergibt, wird zugestimmt.
2. Dem Investitionsbudget 2014 mit Ausgaben von CHF 246.9 Mio. und Einnahmen von CHF 42.7 Mio., ergebend Nettoinvestitionen von CHF 204.2 Mio., wird zugestimmt.
3. Vom aus der Gesamtrechnung resultierenden Finanzierungssaldo von CHF -1'054.2 Mio. wird Kenntnis genommen.
4. Mit beiliegendem Dekret zum Steuerfuss 2014 wird der Steuerfuss für die Einkommenssteuer natürlicher Personen für das Jahr 2014 auf 100% festgelegt.
5. Die geänderten Leistungsaufträge der Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion sowie der Sicherheitsdirektion werden zur Kenntnis genommen. Gemäss § 4 Abs. 2 und § 5 Dekret zum Finanzhaushaltsgesetz haben diese Dienststellen die Kreditverschiebungskompetenz.
6. Von den Jahresprogramm-Massnahmen 2014 des Regierungsrates wird Kenntnis genommen.

Liestal, 12. Dezember 2013

Im Namen des Regierungsrates

Der Präsident: Urs Wüthrich-Pelloli

Der Landschreiber: Alex Achermann

13. Dekret über den Steuerfuss 2014

Dekret über den Steuerfuss 2014

Vom

Der Landrat des Kantons Basel-Landschaft, gestützt auf §19^{bis} des Gesetzes vom 7. Februar 1974⁹ über die Staats- und Gemeindesteuern (Steuergesetz) sowie gestützt auf §32^b Absatz 3 des Finanzhaushaltsgesetzes vom 18. Juni 1987¹⁰, beschliesst:

§ 1 Steuerfuss 2014

Der kantonale Einkommenssteuerfuss für das Steuerjahr 2014 beträgt 100%.

§ 2 In-Kraft-Treten

Dieses Dekret tritt am 1. Januar 2014 in Kraft.

9 GS 35.0000, SGS 331

10 GS 35.0000, SGS 310

**Kantonale Behörden,
Direktionen, Dienststellen
und Gerichte**

Beitrag zu strategischen Zielen

Die Landeskantlei unterstützt die politische Führungsaufgabe von Landrat und Regierungsrat. Regierung und Parlament arbeiten bei der Bewältigung der Herausforderungen unserer Zeit möglichst optimal zusammen. Diese Zusammenarbeit, die jeder Behörde ihren Verantwortungsbereich und ihren Entscheidungsspielraum belässt, braucht Koordination. Die Landeskantlei als zentrale Stabsstelle kennt die rechtlichen und politischen Zusammenhänge und Spielregeln und hat gute Verbindungen zum Parlament und seinen Organen einerseits und zur Regierung und Verwaltung andererseits. Mit einer sinnvollen Koordination und Kooperation sollen Synergien ermöglicht, Leerläufe verhindert, das gegenseitige Vertrauen gefördert und die vorhandenen personellen und finanziellen Ressourcen optimal ausgenutzt werden. Die Vorbereitung und Durchführung der kantonalen Wahlen und Abstimmungen sowie die organisatorische Unterstützung des Landrates und des Regierungsrates in ihren zahlreichen Repräsentationsverpflichtungen sind weitere Kernaufgaben der Landeskantlei.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landeskantlei wollen die von Verfassung und Gesetz sowie durch den Landrat und den Regierungsrat übertragenen Aufgaben stets einwandfrei, termingemäss und mit optimalem Einsatz an Mitteln erfüllen. Verschiedene Tätigkeiten der Landeskantlei tragen vor allem zum strategischen Schwerpunkt 'Auftritt und Kooperation' des Regierungsrates bei. Die Landeskantlei trägt massgebend dazu bei, dass der Kanton im Bereich der Aussenbeziehungen in der interkantonalen und internationalen Zusammenarbeit sowie der Interessenvertretung gegenüber dem Bund und anderen Regionen über die relevanten Informationen und Dienstleistungen verfügt. Die Landeskantlei unterstützt zudem die Bemühungen des Regierungsrates, dass der Kanton Basel-Landschaft regional und auf Bundesebene gut vernetzt ist.

Der digitale Geschäftsverkehr ist sicher, verlässlich, personenunabhängig, effizient und bürgernah. Parlaments- und Regierungsgeschäfte werden on-line und ohne Medienbruch zwischen den Dienststellen, den Generalsekretariaten und der Landeskantlei als digitale Dossiers transferiert und bearbeitet.

Gesamtübersicht Budget

Die Aufwendungen und Erträge in der Erfolgsrechnung erfahren gegenüber dem Vorjahresbudget keine nennenswerten Veränderungen, ausser bei der Landeskantlei.

Erfolgsrechnung

	Rechnung 2012	Budget 2013	Budget 2014	Abw. Absolut	Abw. %
30 Personalaufwand	8'875'826	9'048'032	9'601'243	553'211	6%
31 Sach- und übriger Betriebsaufwand	2'103'328	1'990'700	2'550'150	559'450	28%
34 Finanzaufwand	680	1'000	1'000	0	0%
36 Transferaufwand	1'155'470	1'351'432	1'326'400	-25'032	-2%
42 Entgelte	-783'388	-901'000	-895'000	6'000	1%
44 Finanzertrag	-7				
46 Transferertrag	-177'250	-178'650	-178'650	0	0%
Total Aufwand	12'135'304	12'391'164	13'478'793	1'087'629	9%
Total Ertrag	-960'645	-1'079'650	-1'073'650	6'000	1%
Gesamtergebnis Erfolgsrechnung	11'174'659	11'311'514	12'405'143	1'093'629	10%

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2012	Sollstellenplan 2013	Sollstellenplan 2014	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	35.9	38.1	42.7	4.6	12.1%

Anpassung des Parlamentsdienstes an die gestiegenen Anforderungen (vgl. Bericht der Landeskantlei vom Juni 2013 an den Regierungsrat und an das Büro zur Strukturenwicklung).

2000 Landrat

Auftrag und Zielsetzungen

Der Landrat ist die gesetzgebende Behörde des Kantons. Er erlässt alle grundlegenden und wichtigen Bestimmungen in der Form des Gesetzes. Ausführende Bestimmungen kann er in der Form des Dekretes erlassen, soweit ihn ein Gesetz ausdrücklich dazu ermächtigt.

Der Landrat übt auch die Oberaufsicht über alle Behörden und Organe aus, die kantonale Aufgaben wahrnehmen. Die Oberaufsicht ist ein Element der Gewaltenteilung und dient damit der Machthemmung und der Machtausbalancierung im Staat.

Im Weiteren genehmigt das kantonale Parlament wichtige Staatsverträge und die grundlegenden Pläne der staatlichen Tätigkeiten wie Regierungsprogramm und Finanzplan, beschliesst über neue finanzielle Ausgaben, setzt das jährliche Budget fest, nimmt die Staatsrechnung ab, übt die Mitwirkungsrechte aus, die den Kantonen in der Bundesverfassung eingeräumt werden, wählt u.a. die Mitglieder der kantonalen Gerichte, verleiht das Kantonsbürgerrecht an Ausländerinnen und Ausländer und übt das Recht der Begnadigung und der Amnestieerteilung aus.

KB

Erfolgsrechnung (ohne Verpflichtungskredite und Transfers)

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Budget 2014	Abw. Absolut	Abw. %	B
300	Behörden, Kommissionen und Richter	1'291'450	1'212'565	1'212'565	0	0%	
305	Arbeitgeberbeiträge	66'834	64'182	69'408	5'226	8%	
311	Nicht aktivierbare Anlagen	446	2'000	2'000	0	0%	
313	Dienstleistungen und Honorare	53'362	40'000	40'000	0	0%	
317	Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen	250'661	283'000	283'000	0	0%	
	Total Aufwand	1'662'752	1'601'747	1'606'973	5'226	0%	
	Total Ertrag						
	Ergebnis Erfolgsrechnung (ohne VK und Transfers)	1'662'752	1'601'747	1'606'973	5'226	0%	

Transferaufwand und -ertrag

Transfer	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Budget 2014	Abw. Absolut	Abw. %	B
Fraktionsentschädigungen	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	104'500	135'000	105'000	-30'000	-22%	
Gemeindebeitrag Präsidentenfest	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	30'000	30'000	30'000	0	0%	
Total Transferaufwand			134'500	165'000	135'000	-30'000	-18%	
Total Transferertrag								
Transfers (Netto)			134'500	165'000	135'000	-30'000	-18%	

2001 Regierungsrat

Auftrag und Zielsetzungen

Der Regierungsrat ist die leitende und die oberste vollziehende Behörde des Kantons. Er besteht aus fünf Mitgliedern und jedes Mitglied steht einer Direktion vor. Der Regierungsrat bestimmt die wichtigen Ziele und Mittel des staatlichen Handelns. Er plant und koordiniert die staatlichen Tätigkeiten und legt dem Landrat Entwürfe zu Verfassungsänderungen, Gesetzen und Dekreten zum Beschluss vor. Er erlässt Verordnungen auf der Grundlage und im Rahmen der Gesetze und Staatsverträge.

Der Regierungsrat beaufsichtigt die anderen Träger öffentlicher Aufgaben, sorgt für eine rechtmässige und wirksame Verwaltungstätigkeit und bestimmt im Rahmen von Verfassung und Gesetz die zweckmässige Organisation. Der Regierungsrat entscheidet nach Massgabe des Gesetzes über Verwaltungsbeschwerden und versagt Erlassen die Anwendung, wenn sie dem Bundesrecht oder kantonalen Verfassungs- oder Gesetzesrecht widersprechen. Zu den Aufgaben des Regierungsrats gehört die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit. Zudem vertritt er den Kanton nach innen und nach aussen und pflegt die Beziehungen mit den Behörden des Bundes und anderer Kantone. Er schliesst im Rahmen seiner Zuständigkeit endgültig Staatsverträge sowie Verwaltungsvereinbarungen ab, er verleiht das Kantonsbürgerrecht an Schweizer und nimmt Wahlen vor, soweit diese nicht anderen Organen übertragen sind. Weitere Zuständigkeiten können dem Regierungsrat durch Gesetz eingeräumt werden.

Ein Kernstück der Legislaturplanung 2012-2015 ist die Baselbieter Wirtschaftsoffensive. Der Regierungsrat hat seine Ziele, seine Massnahmen, seinen Finanzplan und seine Investitionsplanung einheitlich darauf abgestimmt, die Vision eines pulsierenden Wirtschafts- und Bildungsstandortes Basel-Landschaft umzusetzen. Bis 2018 soll der Ertrag aus der Unternehmenssteuer um 50 Prozent gesteigert werden. Dieses Ziel kann erreicht werden, wenn sich genügend zusätzliche wertschöpfungsstarke Unternehmen im Kanton ansiedeln und die bestehenden Unternehmen am Standort Baselland festhalten. Die Baselbieter Wirtschaftsoffensive ist in sieben Teilprojekte unterteilt, die den Kanton Basel-Landschaft in eine wirtschaftliche starke Zukunft führen sollen:

1. Bestandespflege / Key Account Management
2. Arealentwicklung
3. Bodenpolitik
4. Instrumentarium Steuern und Abgaben
5. One-Stop-Shop - vereinfachte administrative Prozesse
6. Forschungs- und Innovationsstandort
7. Kundenfreundliche Kommunikationsstrategie

Erfolgsrechnung (ohne Verpflichtungskredite und Transfers)

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Budget 2014	Abw. Absolut	Abw. %	B
300	Behörden, Kommissionen und Richter	1'455'719	1'458'719	1'455'719	-3'000	0%	
304	Zulagen	11'860	12'519	11'860	-659	-5%	
305	Arbeitgeberbeiträge	276'362	276'725	288'626	11'901	4%	
313	Dienstleistungen und Honorare	25'630	30'000	30'000	0	0%	
317	Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen	360'076	225'000	225'000	0	0%	
319	Verschiedener Betriebsaufwand	192'406	160'000	180'000	20'000	13%	
426	Rückerstattungen	-159'120	-130'000	-150'000	-20'000	-15%	
	Total Aufwand	2'322'053	2'162'963	2'191'205	28'242	1%	
	Total Ertrag	-159'120	-130'000	-150'000	-20'000	-15%	
	Ergebnis Erfolgsrechnung (ohne VK und Transfers)	2'162'933	2'032'963	2'041'205	8'242	0%	

2002 Landeskantlei

Auftrag und Zielsetzungen

Die Landeskantlei unterstützt die politische Führungsaufgabe von Parlament und Regierung.

Die Herausforderungen unserer Zeit an den Staat lassen sich nur bewältigen, wenn Regierung und Parlament möglichst optimal zusammenarbeiten. Diese Zusammenarbeit, die jeder Behörde ihren Verantwortungsbereich und ihren Entscheidungsspielraum belässt, braucht Koordination. Für diese Aufgabe ist die Landeskantlei prädestiniert, weil sie als zentrale Stabsstelle die rechtlichen und politischen Zusammenhänge und Spielregeln kennt und Verbindungen zum Parlament und seinen Organen einerseits und zur Regierung und Verwaltung andererseits hat.

Mit einer sinnvollen Koordination und Kooperation sollen Synergien ermöglicht, Leerläufe verhindert, das gegenseitige Vertrauen gefördert und die vorhandenen personellen und finanziellen Ressourcen optimal ausgenutzt werden. Die Vorbereitung und Durchführung der kantonalen Wahlen und Abstimmungen sowie die organisatorische Unterstützung des Landrates und des Regierungsrates in ihren zahlreichen Repräsentationspflichten sind weitere Kernaufgaben der Landeskantlei.

KB

Erfolgsrechnung (ohne Verpflichtungskredite und Transfers)

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Budget 2014	Abw. Absolut	Abw. %	B
301	Löhne des Verw- und Betriebspersonals	2'080'706	1'995'257	2'406'359	411'101	21%	1
304	Zulagen	28'758	29'498	21'192	-8'306	-28%	
305	Arbeitgeberbeiträge	358'539	339'612	438'028	98'416	29%	1
309	Übriger Personalaufwand	2'887	14'000	17'000	3'000	21%	
310	Material- und Warenaufwand	784'264	733'500	643'500	-90'000	-12%	
311	Nicht aktivierbare Anlagen	11'464	40'200	45'100	4'900	12%	
313	Dienstleistungen und Honorare	152'161	172'000	422'000	250'000	145%	2
316	Mieten, Leasing, Pachten, Benützungsgb			85'000	85'000		X
317	Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen	18'924	22'500	22'500	0	0%	
342	Kapitalbeschaffungs-/Verwaltungskosten	680	1'000	1'000	0	0%	
421	Gebühren für Amtshandlungen	-56'881	-50'000	-50'000	0	0%	
425	Erlös aus Verkäufen	-493'020	-560'000	-520'000	40'000	7%	
440	Zinsertrag	-7					
	Total Aufwand	3'438'381	3'347'567	4'101'678	754'111	23%	
	Total Ertrag	-549'908	-610'000	-570'000	40'000	7%	
	Ergebnis Erfolgsrechnung (ohne VK und Transfers)	2'888'473	2'737'567	3'531'678	794'111	29%	

- 1 Anpassung des Parlamentsdienstes an die gestiegenen Anforderungen (vgl. Berichte der Landeskantlei an den Regierungsrat und an das Büro zur Strukturentwicklung).
- 2 Die Arbeiten für das Projekt "Corporate Identity / Design BL" bedingen einen einmaligen Beratungsaufwand im 2014 (Direktionsziel LKA-AK-4; Massnahme LKA 5).

Transferaufwand und -ertrag

Transfer	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Budget 2014	Abw. Absolut	Abw. %	B
Trinationaler Raum Basel	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	128'525	185'032	190'000	4'968	3%	
Leistungen für Gemeinden	461	Entschädigungen von Gemeinwesen & Dritte	-52'600	-54'000	-54'000	0	0%	
Oberrhein Kooperation	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	440'273	462'400	462'400	0	0%	
Interreg	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	184'463	250'000	250'000	0	0%	
Interkantonale Zusammenarbeit	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	134'745	155'000	155'000	0	0%	
	461	Entschädigungen von Gemeinwesen & Dritte	-124'650	-124'650	-124'650	0	0%	

Total Transferaufwand			888'006	1'052'432	1'057'400	4'968	0%	
Total Transferertrag			-177'250	-178'650	-178'650	0	0%	
Transfers (Netto)			710'756	873'782	878'750	4'968	1%	

Verpflichtungskredite

Verpflichtungskredit	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Budget 2014	Abw. Absolut	Abw. %	B
Beitrag an Sekretär ORK 2007-2010	36	Transferaufwand	-13'403					
Beiträge an Interreg IV (2008-2013)	36	Transferaufwand	184'463	250'000		-250'000	-100%	
Beitrag an TEB 2011-2013	36	Transferaufwand	85'432	109'857		-109'857	-100%	
Beitrag an Infobest Palmrain 2011-2013	36	Transferaufwand	43'093	75'175		-75'175	-100%	
Beitrag Kooperationsfond ORK 2011-2014	36	Transferaufwand	16'811	22'400	22'400	0	0%	
Beitrag an Regio Basiliensis 2011-2014	36	Transferaufwand	343'000	343'000	343'000	0	0%	
Beitrag an Sekretär ORK 2011-2014	36	Transferaufwand	58'000	58'000	58'000	0	0%	
Beitrag an Sekretariat ORK 2011-2014	36	Transferaufwand	27'550	39'000	39'000	0	0%	
Beitrag an TEB 2014-2016	36	Transferaufwand			110'000	110'000	X	
Beitrag an Infobest Palmrain 2014-2016	36	Transferaufwand			80'000	80'000	X	
Beiträge an Interreg V (2014-2019)	36	Transferaufwand			250'000	250'000	X	
Sammelvorlage IT/Auftritt BL	31	Sach- und übriger Betriebsaufwand			250'000	250'000	X	1
Total Verpflichtungskredite Aufwand			744'946	897'432	1'152'400	254'968	28%	
Total Verpflichtungskredite Ertrag								
Total Verpflichtungskredite (netto)			744'946	897'432	1'152'400	254'968	28%	

- 1 Die Vorlagen an den Landrat für diverse Informatikprojekte - Applikationen Ablösung - werden dem Landrat zu Beginn des Jahres zugestellt.

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2012	Sollstellenplan 2013	Sollstellenplan 2014	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	16.4	16.4	21.0	4.6	28.1%

Anpassung des Parlamentsdienstes an die gestiegenen Anforderungen (vgl. Bericht der Landeskantlei vom Juni 2013 an den Regierungsrat und an das Büro zur Strukturenwicklung).

Jahresprogramm

2002.004 Entwicklung und Umsetzung einer integrierten und nachhaltigen Kommunikationspolitik

Die Landeskantlei unterstützt die Behörden des Kantons in der Wahrnehmung und der Weiterentwicklung eines inhaltlich und institutionell koordinierten und integrierten Auftretens nach aussen. Eine integrierte Kommunikationsstrategie stellt eine professionelle Darstellung des Kantons sicher (Legislaturziel R-AK-2). Die Informatik der Landeskantlei wird dem kantonalen Standard angepasst, der Internet-Auftritt wird überarbeitet und gestrafft, der Kanton nutzt Social Medias in einer angemessenen Weise. Ein einheitliches Corporate Design erhöht die Wahrnehmung des Kantons gegenüber Dritten. Die notwendigen konzeptionellen Arbeiten sind vorzunehmen, nachdem der Landrat den notwendigen (Verpflichtungs-) Kredit bewilligt hat.

2003 Staatsarchiv

Auftrag und Zielsetzungen

Archivierung macht staatliches Handeln nachvollziehbar, dient der Rechtsstaatlichkeit, schafft Transparenz gegenüber der Bevölkerung und ermöglicht wissenschaftliche Forschung. Das Staatsarchiv ist das zentrale Archiv der Kantonsverwaltung. Als Fachstelle unterstützt es die kantonalen Dienststellen bei der Aktenführung und entscheidet darüber, welche Unterlagen aus rechtlichen oder historischen Gründen aufbewahrt werden müssen. Zudem ist es Kompetenzzentrum in Fragen der elektronischen Archivierung.

Als "Gedächtnis des Kantons" sorgt es für die fachgerechte langfristige Aufbewahrung, Erschliessung und Vermittlung von archivischem Kulturgut auf allen Datenträgern. Die Bestände des Staatsarchivs reichen vom 13. Jahrhundert bis in die Gegenwart. Schwerpunkt bilden die Unterlagen seit der Kantonsgründung im Jahr 1832. Daneben befinden sich im Staatsarchiv auch Unterlagen von Privaten (Einzelpersonen, Firmen, Vereine), Fotografien, Karten, Pläne und Zeitungen. Das Staatsarchiv ist öffentlich und für alle Interessierten zugänglich.

KB

Erfolgsrechnung (ohne Verpflichtungskredite und Transfers)

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Budget 2014	Abw. Absolut	Abw. %	B
301	Löhne des Verw- und Betriebspersonals	1'032'294	1'048'939	1'081'938	33'000	3%	
304	Zulagen	12'641	10'413	10'676	264	3%	
305	Arbeitgeberbeiträge	203'837	186'873	199'155	12'282	7%	
309	Übriger Personalaufwand	12'190	10'000	10'000	0	0%	
310	Material- und Warenaufwand	57'730	57'000	47'000	-10'000	-18%	
311	Nicht aktivierbare Anlagen	42'362	35'000	35'000	0	0%	
313	Dienstleistungen und Honorare	73'722	53'200	101'200	48'000	90%	
317	Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen	4'914	7'500	4'500	-3'000	-40%	
424	Benützungsgebühren und Dienstleistungen	-65'517	-60'000	-65'000	-5'000	-8%	
	Total Aufwand	1'439'691	1'408'925	1'489'470	80'545	6%	
	Total Ertrag	-65'517	-60'000	-65'000	-5'000	-8%	
	Ergebnis Erfolgsrechnung (ohne VK und Transfers)	1'374'174	1'348'925	1'424'470	75'545	6%	

Transferaufwand und -ertrag

Transfer	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Budget 2014	Abw. Absolut	Abw. %	B
Beitrag Archiv ehem. Fürstbistum Basel	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	110'000	110'000	110'000	0	0%	
Beitrag GRK	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	7'000	7'000	7'000	0	0%	
Beitrag KOST	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	11'120	11'000	11'000	0	0%	
Total Transferaufwand			128'120	128'000	128'000	0	0%	
Total Transferertrag								
Transfers (Netto)			128'120	128'000	128'000	0	0%	

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2012	Sollstellenplan 2013	Sollstellenplan 2014	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	8.9	8.9	8.9	0.0	0.0%

Jahresprogramm

2003.001 Elektronische Aktenführung

Das Staatsarchiv unterstützt die Dienststellen bei der Umstellung auf eine elektronische Aktenführung. Elektronische Dokumente stellen für die staatliche Verwaltung die verbindliche Form dar. Der digitale Geschäftsverkehr ist sicher, verlässlich, personenunabhängig, effizient und bürgernah. Parlaments- und Regierungsgeschäfte werden ohne Medienbruch on-line zwischen den Dienststellen, den Generalsekretariaten und der Landeskanzlei als digitale Dossiers bearbeitet und transferiert werden. Sämtliche Beteiligten arbeiten mit demselben elektronischen Dossier.

2003.002 Digitale Archivierung

Digital entstandene und vorhandene Unterlagen (digital born) werden digital archiviert. Der Zugang zu elektronisch archivierten Unterlagen erfolgt medienbruchfrei on-line. Das Staatsarchiv sorgt zusammen mit den ZID für die notwendige Infrastruktur und kümmert sich um die langfristige Aufbewahrung und Zugänglichkeit der digitalen Archivbestände.

2004 Finanzkontrolle

Auftrag und Zielsetzungen

Die Finanzkontrolle, das Fachorgan der Finanzaufsicht, stellt in Zusammenarbeit mit den parlamentarischen Oberaufsichtsbehörden eine wirksame Kontrolle über den staatlichen Finanzhaushalt sicher.

Sie erbringt für das Parlament und die Exekutive unabhängige und objektive Prüfungs- und Beratungsdienstleistungen, welche darauf ausgerichtet sind, Mehrwerte zu schaffen und die Geschäftsprozesse zu verbessern.

Sie arbeitet fachlich selbständig und unabhängig. Mit den Regierungs- und Verwaltungsstellen sowie mit den parlamentarischen Kommissionen verkehrt sie direkt.

Mit ihrer Tätigkeit will sie das Vertrauen des Volkes und der Steuerzahler zum Staat fördern, indem sie sich einsetzt für eine gesetzes- und zweckkonforme sowie wirtschaftliche Verwendung staatlicher Mittel; ebenso sorgt sie für eine transparente und nachvollziehbare Rechnungslegung des öffentlichen Finanzhaushaltes.

KB

Erfolgsrechnung (ohne Verpflichtungskredite und Transfers)

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Budget 2014	Abw. Absolut	Abw. %	B
301	Löhne des Verw- und Betriebspersonals	1'398'375	1'649'723	1'618'582	-31'141	-2%	
304	Zulagen	21'153	12'258	8'305	-3'953	-32%	
305	Arbeitgeberbeiträge	245'804	289'471	302'257	12'786	4%	
309	Übriger Personalaufwand	14'118	20'000	20'000	0	0%	
310	Material- und Warenaufwand	8'450	11'000	4'200	-6'800	-62%	
311	Nicht aktivierbare Anlagen	16'442	15'600	22'050	6'450	41%	
313	Dienstleistungen und Honorare	30'272	71'200	69'100	-2'100	-3%	
316	Mieten, Leasing, Pachten, Benützungsgb			6'000	6'000		X
317	Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen	11'478	13'200	14'200	1'000	8%	
426	Rückerstattungen	-8'850	-101'000	-110'000	-9'000	-9%	
	Total Aufwand	1'746'092	2'082'452	2'064'694	-17'758	-1%	
	Total Ertrag	-8'850	-101'000	-110'000	-9'000	-9%	
	Ergebnis Erfolgsrechnung (ohne VK und Transfers)	1'737'242	1'981'452	1'954'694	-26'758	-1%	

Transferaufwand und -ertrag

Transfer	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Budget 2014	Abw. Absolut	Abw. %	B
Verbandsbeiträge	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	4'013	5'000	5'000	0	0%	
Total Transferaufwand			4'013	5'000	5'000	0	0%	
Total Transferertrag								
Transfers (Netto)			4'013	5'000	5'000	0	0%	

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2012	Sollstellenplan 2013	Sollstellenplan 2014	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	8.6	10.8	10.8	0.0	0.0%

Im Jahr 2012 konnten nicht alle Stellen besetzt werden.

2005 Ombudsman

Auftrag und Zielsetzungen

Der Ombudsman wird vom Landrat gewählt. Als unabhängige Vertrauensperson und Vermittler steht er der Bevölkerung bei Problemen mit Behörden und Verwaltungen des Kantons und der Gemeinden sowie mit privaten Institutionen, die in Erfüllung öffentlich-rechtlicher Aufgaben hoheitlich handeln, kostenlos zur Verfügung. Der Ombudsman erteilt Rat und hilft Streitfälle schlichten.

Der Ombudsman wirkt in erster Linie auf ein gütliches Einvernehmen hin. Er erfüllt diese Aufgabe, indem er über die Rechtmässigkeit, Korrektheit und Zweckmässigkeit der Verwaltung in Kanton und Gemeinden sowie der Justizverfahren wacht und dabei die Verwaltung und die Justiz zu bürgerfreundlichem Verhalten anregt und sie vor ungerechtfertigten Vorwürfen schützt.

Erfolgsrechnung (ohne Verpflichtungskredite und Transfers)

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Budget 2014	Abw. Absolut	Abw. %	B
301	Löhne des Verw- und Betriebspersonals	305'468	347'522	360'507	12'984	4%	
304	Zulagen	4'349	3'953	4'349	395	10%	
305	Arbeitgeberbeiträge	52'087	64'803	63'718	-1'085	-2%	
309	Übriger Personalaufwand	395	1'000	1'000	0	0%	
310	Material- und Warenaufwand	6'782	8'700	7'200	-1'500	-17%	
311	Nicht aktivierbare Anlagen		6'000	6'000	0	0%	
313	Dienstleistungen und Honorare	320	800	800	0	0%	
316	Mieten, Leasing, Pachten, Benützungsgb			1'500	1'500	X	
317	Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen	1'464	3'300	3'300	0	0%	
	Total Aufwand	370'865	436'078	448'373	12'295	3%	
	Total Ertrag						
	Ergebnis Erfolgsrechnung (ohne VK und Transfers)	370'865	436'078	448'373	12'295	3%	

Transferaufwand und -ertrag

Transfer	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Budget 2014	Abw. Absolut	Abw. %	B
Verbandsbeiträge	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	830	1'000	1'000	0	0%	
Total Transferaufwand			830	1'000	1'000	0	0%	
Total Transferertrag								
Transfers (Netto)			830	1'000	1'000	0	0%	

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2012	Sollstellenplan 2013	Sollstellenplan 2014	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	2.0	2.0	2.0	0.0	0.0%

Beitrag zu strategischen Zielen

Als zentraler Beitrag der Finanz- und Kirchendirektion zum strategischen Schwerpunktfeld "Effizientes und effektives staatliches Handeln" des Regierungsrates steht im Jahr 2014 die Optimierung der finanziellen Steuerung. Im Wesentlichen geht es dabei um eine Systematisierung, eine Priorisierung und eine Konsolidierung einzelner bestehender und künftiger Projekte. Als Taktgeber für alle Arbeiten in diesem Bereich gilt die Totalrevision des Finanzhaushaltsgesetzes (FHG). Sie soll bis Ende 2014 im Entwurf vorliegen. Parallel dazu werden drei Projekte im Vordergrund stehen: die Etablierung einer integrierten mittelfristigen Aufgaben- und Finanzplanung, die Optimierung der Rechnungslegung und die Verbesserung der Haushaltssteuerung. Zu diesen drei Projekten sollen bis Ende 2014 die Fachkonzepte stehen.

Die Optimierung der finanziellen Steuerung unterstützt die nachhaltige Finanzpolitik des Regierungsrates. Diese strebt nach einem mittelfristig ausgeglichenen Haushalt, einer ausreichenden Selbstfinanzierung der Investitionen, einer tragbaren Schuldenlast und der Substanzerhaltung von Vermögenspositionen, um das gewünschte Leistungsniveau aufrecht halten zu können.

Einen ebenfalls wichtigen Beitrag zum strategischen Schwerpunktfeld "Effizientes und effektives staatliches Handeln" des Regierungsrates leistet die Umsetzung des Entlastungspakets 12/15. Das Entlastungspaket hat zum Ziel, den Staatshaushalt bis zum Jahr 2016 dauerhaft um insgesamt 180 Millionen Franken zu entlasten. Die Arbeiten gehen mit dem dritten Entlastungsjahr im 2014 nahtlos weiter. Im 2014 wird ein wesentlicher Teil der direktionsübergreifenden Massnahmen im Personalbereich umgesetzt. Der Entlastungsschwerpunkt liegt bei diversen Massnahmen aus dem vom Souverän abgelehnten Entlastungsrahmengesetz, die nun dem Landrat in separaten Vorlagen zum Beschluss unterbreitet werden.

Die Steuerverwaltung wird im Jahr 2014 die Vorbereitung und die Umsetzung der Unternehmenssteuerreform III weiter vorantreiben. Damit sollen die steuerlichen Rahmenbedingungen des Wirtschaftsstandortes Basel-Landschaft verbessert werden. Diese leisten einen wichtigen Beitrag zum strategischen Schwerpunktfeld "Innovation und Wertschöpfung".

Das Statistische Amt wird eine interdirektionale Arbeitsgruppe zur demografischen Entwicklung leiten, die eine Analyse der Chancen und Risiken vornimmt und Vorschläge für einen konkreten Massnahmenplan erarbeitet. Ziel der vorbereitenden Arbeiten ist es, für den Regierungsrat eine Strategie zum Umgang mit der älter werdenden Bevölkerung zu formulieren. Damit leistet das Statistische Amt einen wesentlichen Beitrag zum strategischen Schwerpunkt "Zusammenleben in BL".

Gesamtübersicht Budget

Das Budget der Finanz- und Kirchendirektion ist stark beeinflusst durch einmalige Effekte der Reform der BLPK, die Konjunktorentwicklung, den Ressourcenausgleich, den Finanzausgleich zwischen Kanton und Gemeinden sowie durch die Bereiche Ergänzungsleistungen für AHV/IV und die Prämienverbilligung.

Im Rahmen der Reform der BLPK wird die gesamte Forderung gegenüber dem Kanton per 31. Dezember 2014 in die Bilanz aufgenommen, damit die Pensionskasse per 1. Januar 2015 als ausfinanziert gilt. Die Forderung von rund CHF 1'352.44 Mio. (Stand per 31.12.2012) wirkt sich neben der Bilanz auch auf die Erfolgsrechnung aus. Diese wird einmalig im ausserordentlichen Aufwand (Kto. 380) im Budget 2014 berücksichtigt. Demgegenüber werden die bereits gebildeten Rückstellungen von CHF 449.2 Mio. (Stand Rückstellungen per 31.12.2012) sowie die im Abschluss 2013 erwarteten CHF 10.2 Mio. Rückstellungen (Neubildung aus Konjunkturausgleichsreserve im Abschluss 2013) für die Ausfinanzierung der BLPK aufgelöst (Kto. 483).

Die Prognosen für die makroökonomischen Rahmenbedingungen sind immer noch gekennzeichnet von einer vergleichsweise schwachen aussenwirtschaftlichen Nachfrage. Als wichtigste Stütze dient der Schweizer Volkswirtschaft der private Konsum insbesondere in den wenig konjunktursensitiven Bereichen wie Gesundheit und Wohnen. Für das Budgetjahr 2014 wird ein BIP-Wachstum von +1.5% prognostiziert. Es wird insgesamt von einem Anstieg der Steuererträge von rund CHF 65 Mio. oder 4% ausgegangen. Darin enthalten sind Mehrerträge von CHF 22 Mio. bei der Einkommenssteuer, Mehrerträge von CHF 31 Mio. bei der Einschätzung der Ertragsentwicklung bei den juristischen Personen und CHF 10 Mio. bei der Vermögenssteuer von natürlichen Personen.

Der Ressourcenindex 2014 des Kantons Basel-Landschaft hat sich gegenüber dem Vorjahr von 99.5 auf 101.6 erhöht. Der Kanton ist nun wieder ein ressourcenstarker Kanton, nachdem er im Vorjahr noch zur Gruppe der ressourcenschwachen Kantone gehört hat. Nach den letztjährigen Beitragszahlungen von CHF 1.2 Mio., welche der Kanton erhalten hat, bezahlt der Kanton im 2014 einen Beitrag von CHF 7.5 Mio. Im Vergleich zum Vorjahr bedeutet dies eine zusätzliche Belastung von CHF 8.7 Mio.

Weitere grosse Abweichungen zum Budget 2013 sind in den folgenden Bereichen zu finden:

Die Abnahme beim Personalaufwand resultiert hauptsächlich aus dem Entlastungsbetrag von CHF 10.5 Mio. (EP 12/15 Massnahme Ü2 "Optimierung Personalwesen"), welcher als zentrale Position beim Personalamt eingestellt wird, da die effektiven Entlastungen der einzelnen Direktionen gemäss Projektplanung erst per Ende 2013 bekannt sein werden. Bei der Prämienverbilligung wird eine Abnahme von rund CHF 4 Mio. erwartet. Die Reduktion basiert u.a. auf Entlastungsmassnahmen des EP 12/15 (Neuregelung des Anspruchs junger Erwachsener (FKD-4) sowie einer neuen Berechnungsgrundlage (Ü-8)). Aufgrund von neuen Erkenntnissen fällt der Aufwand für die Übernahme von Verlustscheinforderungen von Krankenversicherer durch den Kanton um ca. CHF 6 Mio. tiefer aus als im Vorjahr. Auch bei den Ergänzungsleistungen zu den AHV/IV Renten zeigt das Entlastungspaket 12/15 seine Wirkung durch die Massnahme FKD-3 (Vermögensverzehr), welche im 2014 eine Reduktion von CHF 7.6 Mio. mit sich bringt; die entsprechenden Gemeindebeiträge (32%) werden erst im 2015 reduziert. Im Budget 2013 wurde die Veräusserung der UKBB-Bauten an das UKBB als einmaliger Ertrag von CHF 60.5 Mio. eingeplant; dieser fällt nun im 2014 in der Kontengruppe 45 weg.

Erfolgsrechnung

	Rechnung 2012	Budget 2013	Budget 2014	Abw. Absolut	Abw. %
30 Personalaufwand	46'215'386	53'206'442	43'646'297	-9'560'146	-18%
31 Sach- und übriger Betriebsaufwand	47'674'773	52'203'220	48'342'530	-3'860'690	-7%
34 Finanzaufwand	31'509'501	32'256'000	31'106'000	-1'150'000	-4%
35 Übertrag Fonds / StaatsRG	23'023'582	23'080'500	22'511'000	-569'500	-2%
36 Transferaufwand	371'271'394	399'652'718	393'906'168	-5'746'550	-1%
37 Durchlaufende Beiträge	29'226'024	26'643'300	28'168'200	1'524'900	6%
38 Ausserordentlicher Aufwand	111'000'000		1'352'440'000	1'352'440'000	X
40 Fiskalertrag	-1'559'263'161	-1'577'385'000	-1'642'550'000	-65'165'000	-4%
41 Regalien und Konzessionen	-23'407'022	-23'500'000	-23'530'000	-30'000	0%
42 Entgelte	-13'721'977	-14'470'400	-15'069'200	-598'800	-4%
43 Verschiedene Erträge	-1'035'067	-969'400	-1'001'000	-31'600	-3%
44 Finanzertrag	-103'989'968	-72'978'800	-71'971'900	1'006'900	1%
45 Übertrag Fonds / StaatsRG	-15'117	-61'060'000	-500'000	60'560'000	99%
46 Transferertrag	-300'623'024	-300'615'534	-309'638'904	-9'023'370	-3%
47 Durchlaufende Beiträge	-29'226'024	-26'643'300	-28'168'200	-1'524'900	-6%
48 Ausserordentlicher Ertrag	-111'000'000		-459'400'000	-459'400'000	X
49 Interne Fakturen	-21'453	-23'227	-21'127	2'100	9%
Total Aufwand	659'920'661	587'042'180	1'920'120'195	1'333'078'014	227%
Total Ertrag	-2'142'302'814	-2'077'645'661	-2'551'850'331	-474'204'670	-23%
Gesamtergebnis Erfolgsrechnung	-1'482'382'153	-1'490'603'481	-631'730'136	858'873'344	58%

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2012	Sollstellenplan 2013	Sollstellenplan 2014	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	287.0	336.6	355.7	19.1	5.7%

Die Gesamtdirektion verzeichnet im Vergleich zum Vorjahresbudget eine Stellenzunahme von 19.1 Sollstellen. Der Grossteil fällt auf das Neue Organisationsmodell (NOP) bzw. dem Gesamtkonzept Dienstleistungszentrum Personal (DLZ) im Personalamt, welches hauptsächlich durch Stellentransfers aus den Direktionen gebildet wird. Daneben verzeichnen auch die Steuerverwaltung, die Finanzverwaltung und das Statistische Amt einen Zuwachs, welcher durch die Übernahme von zusätzlichen Aufgaben benötigt wird. Die Details gehen aus den Kommentaren bei den entsprechenden Dienststellen hervor.

2100 Generalsekretariat FKD

Auftrag und Zielsetzungen

Das Generalsekretariat der Finanz- und Kirchendirektion nimmt als zentrale Stabsstelle der Querschnittsdirektion FKD neben den klassischen internen Aufgaben auch eine grosse Zahl vielfältiger direktionsübergreifender sowie bürger- und gemeinderelevanter Aufgaben wahr. Es dient somit in der Beratung, Unterstützung und Koordination nicht nur den Organen der Finanz- und Kirchendirektion, sondern auch zahlreichen Organen der gesamten Verwaltung im Interesse der effizienten und effektiven Aufgabenerfüllung.

Besondere Schwerpunkte bilden Information und Kommunikation nach innen und aussen und in übergeordneten Gremien, das Personalwesen der Finanz- und Kirchendirektion, Vorbereitungsarbeiten auf dem Gebiet der Gesetzgebung, Beschwerdefunktionen im Verwaltungsverfahren, die Planung und Koordination der kantonalen Informatik und die Einführung und der Betrieb der kantonalen Informatikinfrastruktur (z.B. Rechenzentren, Client, Servicedesk, Basis- und Querschnittsapplikationen) sowie der entsprechende Support. Daneben betreibt das Generalsekretariat die IT-Anwendungen der Direktionen und erarbeitet die Planungsgrundlagen zur Unterstützung der Informatikprozesse. Zudem bereitet das Generalsekretariat die Steuererlassenscheide der Direktion vor und dient als Fachzentrum in allgemeinen Gemeindefragen, insbesondere in rechtlicher Hinsicht. Weiter ist es zuständig für Fragen, die kirchliche Angelegenheiten und die Medienpolitik des Kantons betreffen.

Erfolgsrechnung (ohne Verpflichtungskredite und Transfers)

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Budget 2014	Abw. Absolut	Abw. %	B
300	Behörden, Kommissionen und Richter	45'139	50'000	50'000	0	0%	
301	Löhne des Verw- und Betriebspersonals	7'478'765	8'928'754	8'960'529	31'774	0%	
304	Zulagen	102'715	90'113	108'424	18'312	20%	
305	Arbeitgeberbeiträge	1'259'001	1'480'434	1'707'991	227'557	15%	1
309	Übriger Personalaufwand	303'247	353'710	416'086	62'376	18%	2
310	Material- und Warenaufwand	313'174	347'000	324'500	-22'500	-6%	
311	Nicht aktivierbare Anlagen	4'249'771	5'744'900	4'764'550	-980'350	-17%	3
313	Dienstleistungen und Honorare	15'171'756	11'264'300	9'877'770	-1'386'530	-12%	4
315	Unterhalt Mobilien/immaterielle Anlagen	1'713'638	1'750'700	2'594'160	843'460	48%	3
316	Mieten, Leasing, Pachten, Benützungsgb	653	1'700	1'700	0	0%	
317	Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen	111'699	76'900	111'000	34'100	44%	
341	Realisierte Kursverluste	3'084					
410	Regalien	-76'771	-80'000	-80'000	0	0%	
412	Konzessionen	-268'489	-220'000	-250'000	-30'000	-14%	
421	Gebühren für Amtshandlungen	-1'250	-800		800	100%	
425	Erlös aus Verkäufen	-657'336	-705'700	-677'200	28'500	4%	
430	Verschiedene betriebliche Erträge	-975'898					
491	Int Fakturen Dienstleistungen	-21'453					
	Total Aufwand	30'752'642	30'088'511	28'916'710	-1'171'801	-4%	
	Total Ertrag	-2'001'197	-1'006'500	-1'007'200	-700	0%	
	Ergebnis Erfolgsrechnung (ohne VK und Transfers)	28'751'445	29'082'011	27'909'510	-1'172'501	-4%	

- 1 In der Position Arbeitgeberbeiträge ist ein Betrag für vorzeitige Pensionierungen in der Höhe von CHF 150'000 enthalten.
- 2 Infolge des durch Zentralisierung zunehmenden Personalbestands der ZID fallen gesamthaft höhere Kosten bei Aus- und Weiterbildung an.
- 3 Die Lizenzwartung für ERP und Archiv wird neu dem Konto Unterhalt immaterielle Anlagen belastet. Zufolge der Einführung des neuen Kontenplans HRM2 wird bei der Verbuchung von Software neu unterschieden zwischen der Anschaffung (Kostenart 311) und der Wartung (Kostenart 315).
- 4 Programm IT-Strategieumsetzung STRATUM2 ist Ende 2013 abgeschlossen.

Transferaufwand und -ertrag

Transfer	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Budget 2014	Abw. Absolut	Abw. %	B
Verbandsbeiträge	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	55'985	70'668	75'668	5'000	7%	
Beiträge an Landeskirchen	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	10'357'952	10'218'000	10'098'000	-120'000	-1%	1
Prämienverbilligung	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	118'037'859					2
	463	Beiträge von Gemeinwesen und Dritten	-75'117'036					2
Total Transferaufwand			128'451'797	10'288'668	10'173'668	-115'000	-1%	
Total Transferertrag			-75'117'036					
Transfers (Netto)			53'334'761	10'288'668	10'173'668	-115'000	-1%	

- Die Beiträge berechnen sich anhand von Mitgliederzahlen der Kirchen und der Teuerung. Für beide Faktoren werden abnehmende bzw. stagnierende Zahlen prognostiziert.
- Fällt seit 1. Januar 2013 in der Finanzverwaltung an (Wechsel der Abteilung Finanz- und Volkswirtschaft zur Finanzverwaltung).

Verpflichtungskredite

Verpflichtungskredit	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Budget 2014	Abw. Absolut	Abw. %	B
Erneuerung Telefonie der Kant Verwaltung	31	Sach- und übriger Betriebsaufwand	568'362	480'000	250'000	-230'000	-48%	A
ERP-Etappe 2	31	Sach- und übriger Betriebsaufwand	2'137'358	1'000'000		-1'000'000	-100%	1
2tes Rechenzentrum der Kant. Verwaltung	31	Sach- und übriger Betriebsaufwand	486'174	400'000	200'000	-200'000	-50%	
ERP-Etappe 3	31	Sach- und übriger Betriebsaufwand		1'300'000	1'600'000	300'000	23%	B
Erneuerung erstes Rechenzentrum	31	Sach- und übriger Betriebsaufwand			800'000	800'000		X C
Total Verpflichtungskredite Aufwand			3'191'895	3'180'000	2'850'000	-330'000	-10%	
Total Verpflichtungskredite Ertrag								
Total Verpflichtungskredite (netto)			3'191'895	3'180'000	2'850'000	-330'000	-10%	

- Das Projekt ERP Etappe 2 wird Mitte 2013 erfolgreich abgeschlossen.

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2012	Sollstellenplan 2013	Sollstellenplan 2014	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	54.4	70.8	70.7	-0.1	-0.1%

Im Rahmen des Projekts "Neues Organisationsmodell Personalwesen" wird im Generalsekretariat die Stelle einer HR Business Partnerin neu besetzt. Gleichzeitig werden zufolge des Zusammenschlusses der Personaldienste im neuen Dienstleistungszentrum 1.1 Stellen ins Personalamt transferiert.

Der Bereich "Steuererlass" wird neu der Taxationskommission unterstellt, weshalb 1 Stelle zur Steuerverwaltung transferiert wird.

Im Zusammenhang mit dem Projekt STRATUM 2 erhält die ZID per Transfer 2.5 Stellen von der SID (Zivilrecht, Polizei) und der BKSD.

Gemäss Regierungsratsbeschluss 2013-0543 zum Projekt arbo wurden der ZID ausserdem 0.5 zusätzliche Stellen bewilligt.

Aufgrund von Reorganisationsmassnahmen werden im Generalsekretariat zudem 2 Sollstellen eingespart.

Jahresprogramm

A 2100.011 Erneuerung der Telefonie

Gemäss der Landratsvorlage Nr. 2007 / 003 werden die dezentralen Telefonzentralen durch ein modernes zentrales IP-Telefoniesystem ersetzt. Das Projekt wird im 2014 erfolgreich abgeschlossen.

B 2100.013 Projekt Enterprise Resource Planning (ERP) Etappe 3

Inhaltlich umfasst die dritte Etappe die Fortführung der Organisationsentwicklung und die Weiterentwicklung der strategischen Applikationslandschaft. Besonders zu erwähnen sind auch die Anforderungen des Entlastungspakets. Ohne die Bereitstellung der entsprechenden Informatik-Instrumente könnten einige geplante Einsparung nicht oder nur ansatzweise erreicht werden. Die Umsetzung folgender Themengebiete ist besonders erwähnenswert: Einführung der Instrumente für das Dienstleistungszentrum Personal; Integration der Sekundarschulen in die Finanzprozesse des Kantons; Anpassung der Finanzprozesse an die Anforderung von E-Government; Konzeption und Umsetzung von Kosten- und Leistungsrechnung für Querschnittsdienststellen; weitere Optimierung der Materialwirtschaft und Logistik des Kantons; Erweiterung der Immobilienbewirtschaftung (ehemals getrennt im Hochbauamt [HBA] und Amt für Liegenschaftsverkehr [ALV]).

C 2100.014 Sanierung bzw. Einmietung Erstes Rechenzentrum

Das 1. Rechenzentrum an der Rheinstrasse 33b muss nach fast 20 Jahren saniert werden, da die Gebäudetechnik nicht mehr gewartet werden kann (vgl. Landratsvorlage 2. Rechenzentrum). Die wirtschaftlichen Abklärungen werden zeigen, ob eine Sanierung sinnvoll ist oder ob eine Einmietung wie beim 2. Rechenzentrum angestrebt wird. Infolge fehlender Ersatzteile und Wartungsmöglichkeiten bei der Gebäudetechnik besteht dringender Handlungsbedarf. Dieses Vorhaben wird in Zusammenarbeit mit der Bau- und Umweltschutzdirektion verfolgt.

2100.015 Teilrevision des Gemeindegesetzes

Im Frühjahr 2014 wird der Regierungsrat nach durchgeführter Vernehmlassung den Entwurf zur Teilrevision des Gemeindegesetzes zuhanden des Landrats verabschieden. Der Landrat wird die Gesetzesänderung im Herbst 2014 beraten haben und sie per 1. Januar 2015 in Kraft setzen. Die Gesetzesänderung setzt politische Vorstösse um und ergänzt die Formen der Interkommunalen Zusammenarbeit sowie deren demokratische Steuerung und Kontrolle.

2100.016 Teilrevision des Anmelde- und Registergesetzes

Im Frühjahr 2014 wird der Regierungsrat nach durchgeführter Vernehmlassung den Entwurf zur Teilrevision des Anmelde- und Registergesetzes zuhanden des Landrats verabschieden. Der Landrat wird die Gesetzesänderung im Herbst 2014 beraten haben und sie per 1. Januar 2015 in Kraft setzen. Die Gesetzesänderung ergänzt die Zugriffsberechtigung auf das kantonale Personenregister "arbo" und klärt Details.

2100.017 Neues Brand- und Elementarschadenpräventionsgesetz

Im Frühjahr 2014 wird die regierungsrätlich eingesetzte Arbeitsgruppe den Entwurf des Brand- und Elementarschadenpräventionsgesetzes fertigstellen und dem Regierungsrat zuhanden der Vernehmlassung unterbreiten. Im Herbst 2014 wird sie die Vernehmlassung auswerten und dem Regierungsrat Antrag auf Verabschiedung an den Landrat stellen. Ende 2014 wird sich der Gesetzesentwurf in der landrätlichen Kommissions- oder Plenarberatung befinden.

2101 Fachstelle für Gleichstellung

Auftrag und Zielsetzungen

Als kantonales Kompetenzzentrum für Gleichstellung und Chancengleichheit von Frauen und Männern ist die Fachstelle (FfG) für alle da. Frauen und Männer, Regierungsrat und Verwaltung, Unternehmen und Organisationen können auf die fachliche Unterstützung bei der Realisierung des Verfassungs- und Gesetzesauftrags zur tatsächlichen Gleichstellung in Familie, Ausbildung und Arbeit zählen (§ 19 SGS 108).

Die FfG stellt den Behörden Entscheidungsgrundlagen zur Verfügung und prüft die kantonalen Erlasse und Massnahmen auf ihre Übereinstimmung mit der Gleichstellungsgesetzgebung und die Auswirkungen auf Bürgerinnen und Bürger. Sie entwickelt Programme und Massnahmen zur Förderung der Chancengleichheit von Frauen und Männern. Ihre Öffentlichkeitsarbeit sensibilisiert für Fragen der direkten und indirekten Diskriminierung, informiert über den Stand der Gleichstellung sowie über Massnahmen und Instrumente zur Lösung von Defiziten und den Abbau von Geschlechterstereotypen. Dazu unterhält die FfG eine öffentlich zugängliche Dokumentationsstelle.

Die FfG entwickelt zusammen mit dem Personalamt Massnahmen zur Förderung der Gleichstellung und zur Vermeidung von Diskriminierungen von Frauen und Männern in allen Bereichen und auf allen Stufen der Verwaltung.

Sie arbeitet mit der Kommission für Gleichstellung sowie kommunalen, kantonalen und eidgenössischen Einrichtungen und Organisationen zusammen.

Erfolgsrechnung (ohne Verpflichtungskredite und Transfers)

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Budget 2014	Abw. Absolut	Abw. %	B
300	Behörden, Kommissionen und Richter	14'884	23'000	21'000	-2'000	-9%	1
301	Löhne des Verw- und Betriebspersonals	358'100	367'199	355'577	-11'622	-3%	
304	Zulagen	3'146	3'031	2'965	-66	-2%	
305	Arbeitgeberbeiträge	47'247	65'147	63'696	-1'450	-2%	
309	Übriger Personalaufwand	356					
310	Material- und Warenaufwand	30'350	41'000	42'000	1'000	2%	1
311	Nicht aktivierbare Anlagen	390	100	200	100	100%	
313	Dienstleistungen und Honorare	28'453	61'500	59'500	-2'000	-3%	2
317	Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen	6'575	11'800	10'500	-1'300	-11%	
319	Verschiedener Betriebsaufwand	8'143	10'000	10'000	0	0%	
425	Erlös aus Verkäufen	-180					
430	Verschiedene betriebliche Erträge		-4'400		4'400	100%	
	Total Aufwand	497'644	582'777	565'439	-17'338	-3%	
	Total Ertrag	-180	-4'400		4'400	100%	
	Ergebnis Erfolgsrechnung (ohne VK und Transfers)	497'465	578'377	565'439	-12'938	-2%	

1 Unter Berücksichtigung des Entlastungsprogramms

2 Analog zum Jahr 2013, in dem der Beitrag der FKD an die Erhebungen des Mikrozensus "Familie und Generationen" anfällt, ist im Budget 2014 der Beitrag der FKD an den Mikrozensus "Sprache, Kultur, Religion" gemäss RRB Nr. 0832, 14. Mai 2013 enthalten.

Transferaufwand und -ertrag

Transfer	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Budget 2014	Abw. Absolut	Abw. %	B
Chancengleichheitspreis	463	Beiträge von Gemeinwesen und Dritten		-15'000		15'000	100%	1
Beitrag an CH-Gleichstellungskonferenz	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	2'288	3'000	3'000	0	0%	
Total Transferaufwand			2'288	3'000	3'000	0	0%	
Total Transferertrag				-15'000		15'000	100%	
Transfers (Netto)			2'288	-12'000	3'000	15'000	125%	

1 Mit der wechselseitigen Federführung fällt der Beitrag von Basel-Stadt jeweils in den ungeraden Jahren an.

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2012	Sollstellenplan 2013	Sollstellenplan 2014	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	2.5	2.5	2.5	0.0	0.0%

Jahresprogramm

2101.001 Zukunftsstrategie Gleichstellung 2012-2015

Die sozialen, demografischen und wirtschaftlichen Herausforderungen verlangen nach einer aktiven und gezielten Gleichstellungspolitik. Die Zukunftsstrategie Gleichstellung BL unterstützt diese in verschiedenen Teilprojekten.

Teilprojekt 1: Laufende Optimierung: Fachberatung sowie Entwicklung von Instrumenten zur directionspezifischen Definition und Umsetzung des Legislaturziels, der Ausrichtung des staatlichen Handelns "nach den Grundsätzen der Chancengleichheit und des Gleichstellungs-Controllings".

Teilprojekt 2: Im Fokus: "Attraktiver und fortschrittlicher Wohnort und Unternehmensstandort" mit Grundlagen und fachspezifischen Beiträgen in den drei Schwerpunktbereichen Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Innovations- und Personalstrategien in Zusammenarbeit mit den beteiligten Dienststellen.

Teilprojekt 3: Gleichstellung unterwegs - 25 Jahre Gleichstellung Baselland

2102 Finanzverwaltung

Auftrag und Zielsetzungen

Die Finanzverwaltung nimmt im Bereich des Staatshaushalts übergeordnete Koordinations- und Steuerungsaufgaben für den Regierungsrat wahr. Der Finanzverwalter und sein Team beraten den Regierungsrat, den Finanzdirektor und die Direktionen in finanz-, volks- und betriebswirtschaftlichen Fragen. Die Finanzverwaltung gliedert sich in die Bereiche Finanz- und Volkswirtschaft, Controlling und Rechnungswesen. Zu ihren Kernkompetenzen gehören die Steuerung der Planungsprozesse (Regierungsprogramm, Jahresplanung, Finanzplanung) und des Berichtswesens, das Finanzrecht, die Risikopolitik, das IKS sowie die Weiterentwicklung der Führungsinstrumente und -prozesse. Im Rahmen der Steuerung der Finanzstruktur (Vermögen und Verpflichtungen) wird die Zahlungsbereitschaft des Kantons sichergestellt. Die Finanzverwaltung ist zudem Koordinationsstelle für die Partnerschaftsverhandlungen BS-BL, für Versicherungen, Prämienverbilligungen sowie Beteiligungen des Kantons.

Erfolgsrechnung (ohne Verpflichtungskredite und Transfers)

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Budget 2014	Abw. Absolut	Abw. %	B
300	Behörden, Kommissionen und Richter	950	800	950	150	19%	
301	Löhne des Verw- und Betriebspersonals	2'224'399	2'808'854	2'625'075	-183'780	-7%	
304	Zulagen	18'562	17'198	20'756	3'558	21%	
305	Arbeitgeberbeiträge	360'675	473'239	450'925	-22'315	-5%	
309	Übriger Personalaufwand	6'688	25'000	25'000	0	0%	
310	Material- und Warenaufwand	9'809	11'000	8'000	-3'000	-27%	
313	Dienstleistungen und Honorare	377'342	1'417'820	1'405'000	-12'820	-1%	
317	Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen	24'427	12'000	15'000	3'000	25%	
340	Zinsaufwand	29'519'670	28'720'000	28'470'000	-250'000	-1%	1,2
341	Realisierte Kursverluste	111'881					
342	Kapitalbeschaffungs-/Verwaltungskosten	29'432	1'180'000	300'000	-880'000	-75%	3
344	Wertberichtigungen Anlagen FV	1'555'250					
349	Verschiedener Finanzaufwand	-1'999'988					
350	Übertrag Fonds FK / StaatsRG	1'110'872	1'200'000	1'200'000	0	0%	
351	Übertrag Fonds EK / StaatsRG		56'500		-56'500	-100%	4
411	Schweizerische Nationalbank	-23'061'762	-23'200'000	-23'200'000	0	0%	
430	Verschiedene betriebliche Erträge		-740'000	-787'000	-47'000	-6%	
439	Übriger Ertrag	-5'355	-160'000	-160'000	0	0%	5
440	Zinsertrag	-7'815'986	-9'470'000	-5'850'000	3'620'000	38%	1,6
442	Beteiligungsertrag FV	-4'368	-4'000	-4'000	0	0%	
444	Wertberichtigungen Anlagen FV	-96'410					
445	Finanzertrag aus Darl/Beteil des VV	-4'075'941	-1'310'000	-3'950'000	-2'640'000	-202%	6
446	Finanzertrag von öff Unternehmungen	-48'620'598	-50'620'000	-50'620'000	0	0%	
449	Übriger Finanzertrag	-32'629'624					
450	Übertrag Fonds FK / StaatsRG	-14'617	-560'000	-500'000	60'000	11%	7
451	Übertrag Fonds EK / StaatsRG	-500	-60'500'000		60'500'000	100%	8
489	Entnahmen aus dem Eigenkapital	-111'000'000					
491	Int Fakturen Dienstleistungen		-23'227	-21'127	2'100	9%	
	Total Aufwand	33'349'969	35'922'411	34'520'705	-1'401'706	-4%	
	Total Ertrag	-227'325'160	-146'587'227	-85'092'127	61'495'100	42%	
	Ergebnis Erfolgsrechnung (ohne VK und Transfers)	-193'975'191	-110'664'816	-50'571'422	60'093'394	54%	

- 1 Abnahme von CHF 1 Mio. bei der Verzinsung des Dotationskapitals der BL KB, was sich beim Zinsaufwand und Zinsertrag entsprechend auswirkt.
- 2 Der Zinsaufwand steigt um CHF 0.7 Mio. aufgrund der Zunahme von langfristigen Verbindlichkeiten.
- 3 Für die Refinanzierung von fälligen Schulden wird für das Jahr 2014 von tieferen Kosten ausgegangen.
- 4 Es ist keine Verzinsung der Fonds des Eigenkapitals vorgesehen.
- 5 Bei den verwaisten Erbschaften wird der Mittelwert der letzten 4 Jahre als Grundlage für das Budget angenommen.
- 6 Der Zins für die Darlehen der Psychiatrie BL und dem Kantonsspital BL wird neu unter der Kontengruppe 445 (Verwaltungsvermögen) geführt (ehemals Kontengruppe 440).

- 7 Es wird von einer tieferen Verzinsung ausgegangen.
 8 Einmaliger Ertrag durch Veräusserung der UKBB-Bauten an das UKBB im 2013.

Transferaufwand und -ertrag

Transfer	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Budget 2014	Abw. Absolut	Abw. %	B
Ressourcenausgleich an andere Kantone	362	Finanz- und Lastenausgleich	6'393'767		7'505'000	7'505'000	X 1	
	462	Finanz- und Lastenausgleich		-1'225'000		1'225'000	100%	1
Härteausgleich an andere Kantone	362	Finanz- und Lastenausgleich	4'343'146	4'264'000	4'264'000	0	0%	
Direkte Bundessteuer	460	Ertragsanteile von Dritten	-89'525'861	-97'000'000	-97'000'000	0	0%	
Verrechnungssteuer	460	Ertragsanteile von Dritten	-14'786'320	-16'076'000	-15'997'000	79'000	0%	
Anteil an EU-Zinsbesteuerung	460	Ertragsanteile von Dritten	-441'514	-623'000	-623'000	0	0%	
Anteil an Bundessteuern, LSVA	460	Ertragsanteile von Dritten	-12'318'540	-12'662'000	-12'533'000	129'000	1%	
Familienzulagen Landwirte	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	648'599	720'000	635'000	-85'000	-12%	2
Ergänzungsl. zu AHV/IV Renten	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	181'412'140	196'900'000	189'270'000	-7'630'000	-4%	3
	463	Beiträge von Gemeinwesen und Dritten	-84'527'122	-87'600'000	-90'300'000	-2'700'000	-3%	4
CO2 Abgabe	469	Verschiedener Transferertrag	-247'414	-300'000	-250'000	50'000	17%	5
Verwaltungsaufwand SVA für EL	361	Entschädigungen an Gemeinwesen & Dritte	4'732'566	4'739'000	4'800'000	61'000	1%	
Prämienverbilligung	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte		121'500'000	117'350'000	-4'150'000	-3%	6
	463	Beiträge von Gemeinwesen und Dritten		-76'493'570	-78'473'404	-1'979'834	-3%	7
Verlustscheine obl. Krankenversicherung	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte		15'800'000	10'000'000	-5'800'000	-37%	8
Verw.Aufwand SVA für Prämienverbilligung	361	Entschädigungen an Gemeinwesen & Dritte		1'970'000	2'000'000	30'000	2%	
Familienzulagen Nichterwerbstätige	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte			2'450'000	2'450'000	X 9	
Total Transferaufwand			197'530'218	345'893'000	338'274'000	-7'619'000	-2%	
Total Transferertrag			-201'846'770	-291'979'570	-295'176'404	-3'196'834	-1%	
Transfers (Netto)			-4'316'552	53'913'430	43'097'596	-10'815'834	-20%	

- 2014 gehört der Kanton BL wieder zu den ressourcenstarken Kantonen. Der Ressourcenindex steigt gegenüber dem Vorjahr (Budget 2013) von 99.5 auf 101.6.
- Prognose gemäss Eidg. Finanzdepartement Zentrale Ausgleichskasse.
- Die Position beinhaltet die Entlastungsmassnahme FKD-3 (Vermögensverzehr) CHF - 7.6 Mio.
- Diese Position umfasst die Beiträge des Bundes (CHF 42.3 Mio.) und der Gemeinden (CHF 48.0 Mio.). Der Gemeindebeitrag beträgt 32% und bemisst sich auf dem Aufwand des Vorjahres (Erwartungswert 2013).
- Anpassung Budgetwert an den Rechnungsabschluss 2012.
- Die Beiträge zur Prämienverbilligung sinken wegen der Neuregelung des Anspruchs junger Erwachsener (FKD-4) und der neuen Berechnungsgrundlage (Ü-8) um CHF 6.45 Mio. Die Beiträge für die Bezügerinnen und Bezüger von Ergänzungsleistungen steigen wegen den erwarteten Prämien erhöhungen um CHF 2.3 Mio.
- Der Bund passt seine Beiträge zur Prämienverbilligung jährlich an die Kostenentwicklung im Gesundheitswesen an. Gemäss Hochrechnung des Bundesamts für Gesundheit steigen die Bundesbeiträge um CHF 1.979 Mio. an.
- Die Krankenversicherer haben deutlich weniger Verlustscheinforderungen geltend gemacht als ursprünglich erwartet. Für das Budget 2014 wird der Aufwand deshalb um ca. ein Drittel auf CHF 10 Mio. gekürzt.
- Die Budgetposition wurde vom KIGA (2201) zur Finanzverwaltung transferiert. Gegenüber dem Vorjahr ist eine Zunahme von CHF 0.78 Mio. zu verzeichnen.

Verpflichtungskredite

Verpflichtungskredit	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Budget 2014	Abw. Absolut	Abw. %	B
Umsetzung Entlastungspaket 12/15	30	Personalaufwand			15'962	15'962	X	A
	31	Sach- und übriger Betriebsaufwand	154'126	2'500'000	1'200'000	-1'300'000	-52%	A
		Total	154'126	2'500'000	1'215'962	-1'284'038	-51%	
Total Verpflichtungskredite Aufwand			154'126	2'500'000	1'215'962	-1'284'038	-51%	
Total Verpflichtungskredite Ertrag								
Total Verpflichtungskredite (netto)			154'126	2'500'000	1'215'962	-1'284'038	-51%	

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2012	Sollstellenplan 2013	Sollstellenplan 2014	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	17.3	18.4	20.4	2.0	10.9%

Die Finanzverwaltung benötigt zwei neue Stellen:

1. für die Führung der Liste der Versicherten, die ihrer Prämienpflicht trotz Betreuung nicht nachkommen (die LRV befindet sich bis anfangs September 2013 in der Vernehmlassung)
2. für die Verstärkung des Beteiligungscontrollings betreffend Umsetzung der LRV Garantieleistungen des Kantons gegenüber den angeschlossenen Arbeitgebern der BLPK im Zusammenhang mit der Reform der beruflichen Vorsorge des Personals des Kantons BL (LRV 201-176).

Jahresprogramm

2102.002 Weiterentwicklung des Verwaltungscontrollings

Nach der Erarbeitung eines Controllingkonzeptes im 2013 werden die erarbeiteten Grundsätze in Wegleitungen und Handbüchern verfeinert. In einem nächsten Schritt wird auch die bestehende unterjährige Berichterstattung an den Regierungsrat (Management Informationssystem MIS) mit zusätzlichen Elementen wie strategisches Reporting, Risikopolitik etc. zu einem einheitlichen Instrument ausgebaut. Die Massnahme stärkt den strategischen Schwerpunkt "effizientes und effektives staatliches Handeln".

2102.003 Weiterentwicklung des Internen Kontrollsystems (IKS)

Nach der Dokumentation der Prozesse aller Direktionen mit grosser finanzieller Wirkung, soll ein Detailkonzept zum Controlling des IKS ausgearbeitet und das entsprechende Reporting implementiert werden. Die Pflichten innerhalb des IKS sollen mit einer Verordnung zum FHG festgelegt sein und die nächsten Weiterentwicklungsschritte in Abstimmung mit der Risikopolitik geplant werden.

A 2102.004 Umsetzung Entlastungspaket 12/15

Das Entlastungspaket 12/15 muss bis 2015 umgesetzt werden, damit die gesetzten Entlastungsziele und -wirkungen zur Wiederherstellung des Haushaltsgleichgewichts bis 2016 erreicht werden können. Die Umsetzung der laufenden Projektaufträge wird durch das regelmässige Projektcontrolling und -reporting unterstützt. Wenn die Umsetzung weiterhin planmässig erfolgt, kann die Zielsetzung termingerecht erreicht werden.

2102.005 Weiterentwicklung der Strategie und Planung

Der vom Finanzverwalter und einem akademischen Mitarbeiter des Generalsekretariates geleitete Planungs- und Strategieausschuss wird im Planungsjahr 2014 folgende Projekte bearbeiten: Vorbereitungen für das nächste Regierungsprogramm 2016 bis 2019. Weitere Optimierung der Verzahnung des Regierungsprogramms 2012 bis 2015 mit der Jahresplanung und dem Jahresbericht sowie der Verzahnung der Jahresplanung mit dem Entlastungspaket 12/15.

2102.006 Etablierung Risikopolitik

Auf der Basis der bisherigen Arbeiten wurde im Frühling 2013 die Verordnung über das Risikomanagement verabschiedet. In der laufenden letzten Projektphase wird ein mit dem IKS und der Risikoanalyse der Beteiligungen koordiniertes und verwaltungsweit einheitliches Risikomanagementsystem definiert und die

Prozesse implementiert.

2102.007 Interkantonale Zusammenarbeit (Partnerschaftsverhandlungen)

Nach fast 10-jährigem Bestehen sollen die Standards BL/BS überprüft werden. Die Zusammenarbeit mit dem Partnerkanton Basel-Stadt soll zusätzlich vertieft werden, indem neue Handlungsfelder für Kooperation und Koordination gemeinsam definiert werden. Die interkantonale Zusammenarbeit ist hinsichtlich Effizienz und Effektivität kontinuierlich weiter zu entwickeln.

2102.008 Nachhaltige Finanzsteuerung

Auf der Basis eines Konzepts wird das finanzielle Steuerungssystem konsolidiert und weiterentwickelt. Im Zentrum stehen dabei die Vorbereitung einer Totalrevision des Finanzhaushaltsgesetzes und die Stärkung der Mittelfristplanung. Der Finanzplan soll zu einem Aufgaben- und Finanzplan weiter entwickelt werden. Das bisher Erreichte soll konsolidiert und systematisch zusammengefasst und weiter bearbeitet werden.

2102.009 Beteiligungscontrolling

Die Umsetzung des Beteiligungscontrollings soll weiter vorangetrieben und aufgebaut werden. Die 2013 vorgenommene systematische Risikobeurteilung der Beteiligungen soll etabliert werden. Nachdem 2013 im Rahmen eines Pilotprojektes für die Beteiligungen der Finanz- und Kirchendirektion Eigentümerstrategien formuliert wurden, werden nun für die restlichen Beteiligungen Eigentümerstrategien formuliert. Das Beteiligungscontrolling muss die Umsetzungsplanung und das kontinuierliche Controlling für das Thema Garantieleistungen aus der Reform der BLPK aufgleisen.

Die Massnahme stärkt den strategischen Schwerpunkt "effizientes und effektives staatliches Handeln".

2103 Kantonales Sozialamt

Auftrag und Zielsetzungen

Das kantonale Sozialamt vollzieht die Kantonsaufgaben gemäss Sozialhilfegesetz (SHG) und verkehrt mit den Sozialhilfebehörden der Gemeinden und von anderen Kantonen. Es prüft die Meldungen hinsichtlich des ordnungsgemässen und angemessenen Vollzuges der Sozialhilfegesetzgebung und sorgt für die Fortbildung der Personen, die in den Gemeinden mit dem Vollzug des Sozialhilfegesetzes betraut sind. Ebenso vollzieht es die Bestimmungen über die Rückerstattung von Unterstützungen auf der Basis der wirtschaftlichen Verhältnisse sowie die Bestimmungen über die Verwandtenunterstützung. Ausserdem bevorschusst das kantonale Sozialamt die gerichtlich oder vormundschaftlich genehmigten Unterhaltsbeiträge für Kinder und hilft geschiedenen oder getrennten Ehegatten bei der Vollstreckung der gerichtlich verfügten Unterhaltsansprüche. Für die Überprüfung der Sozialpolitik des Kantons erhebt das Amt statistische Daten aus dem Bereich der Sozialhilfe und erstellt jährlich eine umfassende Sozialhilfestatistik. Weitere Aufgaben stellen die Eingliederung unterstützungsberechtigter Personen und die Heimaufsicht im Bereich der Obdachlosigkeit dar. Das kantonale Sozialamt koordiniert zudem die Zuweisung, Unterbringung und finanzielle Unterstützung von Asylbewerberinnen und Asylbewerbern im Kanton.

FKD

Erfolgsrechnung (ohne Verpflichtungskredite und Transfers)

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Budget 2014	Abw. Absolut	Abw. %	B
300	Behörden, Kommissionen und Richter	1'820	2'500	2'500	0	0%	
301	Löhne des Verw- und Betriebspersonals	2'076'173	2'143'073	2'124'309	-18'764	-1%	
304	Zulagen	29'484	27'678	33'136	5'458	20%	
305	Arbeitgeberbeiträge	387'224	372'651	361'616	-11'035	-3%	
309	Übriger Personalaufwand	12'595	2'500	2'500	0	0%	
310	Material- und Warenaufwand	25'765	36'500	34'500	-2'000	-5%	
313	Dienstleistungen und Honorare	325'426	308'000	313'000	5'000	2%	
317	Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen	6'416	14'500	13'500	-1'000	-7%	
318	Wertberichtigungen auf Forderungen	2'201'360	2'800'000	2'695'000	-105'000	-4%	1
342	Kapitalbeschaffungs-/Verwaltungskosten	5'735	6'000	6'000	0	0%	
370	Durchlaufende Beiträge	29'226'024	26'643'300	28'168'200	1'524'900	6%	2
421	Gebühren für Amtshandlungen	-251'921	-240'000	-236'000	4'000	2%	
440	Zinsertrag	-20'319	-14'800	-17'900	-3'100	-21%	
470	Durchlaufende Beiträge	-29'226'024	-26'643'300	-28'168'200	-1'524'900	-6%	2
	Total Aufwand	34'298'023	32'356'703	33'754'262	1'397'559	4%	
	Total Ertrag	-29'498'264	-26'898'100	-28'422'100	-1'524'000	-6%	
	Ergebnis Erfolgsrechnung (ohne VK und Transfers)	4'799'758	5'458'603	5'332'162	-126'441	-2%	

1 Weniger Fälle im Bereich Alimentenbevorschussung bei konstanter hoher Einbringungsquote.

2 Mehr Asylbewerber und Flüchtlinge mit Kategorie B. Rechnung durch Bund ausgeglichen.

Transferaufwand und -ertrag

Transfer	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Budget 2014	Abw. Absolut	Abw. %	B
Integration vorläufig aufgenomm. Personen	361	Entschädigungen an Gemeinwesen & Dritte	445'395	703'000	700'000	-3'000	0%	
	463	Beiträge von Gemeinwesen und Dritten	-629'213	-703'000	-420'000	283'000	40%	1
Nothilfe	361	Entschädigungen an Gemeinwesen & Dritte	2'815'130	3'185'900	2'900'000	-285'900	-9%	2
	463	Beiträge von Gemeinwesen und Dritten	-5'719'634	-2'997'464	-2'882'500	114'964	4%	2
Zuständigkeit Unterstützung Bedürftiger	361	Entschädigungen an Gemeinwesen & Dritte	2'846'979	2'940'000	2'850'000	-90'000	-3%	3
	461	Entschädigungen von Gemeinwesen & Dritte	-735'775	-840'000	-800'000	40'000	5%	

Transfer	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Budget 2014	Abw. Absolut	Abw. %	B
Sozialhilfe - Eingliederungsmassnahmen	361	Entschädigungen an Gemeinwesen & Dritte	1'416'917	1'500'000	1'500'000	0	0%	
Verbandsbeitrag & SODK	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	69'822	74'000	70'000	-4'000	-5%	
Notfälle	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	125'036	125'000	125'000	0	0%	
	463	Beiträge von Gemeinwesen und Dritten	-112'047					
Pflegekinder	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	313'491	300'000	300'000	0	0%	
Über-/Unterdeckung B-Flüchtlinge	463	Beiträge von Gemeinwesen und Dritten	200'690					
Über-/Unterdeckung Asyl	463	Beiträge von Gemeinwesen und Dritten	-1'216'284	-630'500	-650'000	-19'500	-3%	
Stiftung Anlaufstelle Baselland, Liestal	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	70'000	70'000	70'000	0	0%	
Total Transferaufwand			8'102'770	8'897'900	8'515'000	-382'900	-4%	
Total Transferertrag			-8'212'263	-5'170'964	-4'752'500	418'464	8%	
Transfers (Netto)			-109'493	3'726'936	3'762'500	35'564	1%	

- 1 Weniger Integrationsprogramme
- 2 Weniger Aufwendungen und somit auch weniger Ertrag von Bundeseite.
- 3 Weniger Aufwendungen für BL Bürger im Sozialhilfebereich anderer Kantone.

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2012	Sollstellenplan 2013	Sollstellenplan 2014	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	20.0	20.2	20.2	0.0	0.0%

Jahresprogramm

2103.001 Strategische Zielsetzungen Sozialwesen

Die Änderung des Sozialhilfegesetzes im Bereich der Eingliederungsmassnahmen wird nach dem Beschluss des Landrates per 1. Januar 2014 in Kraft treten. Im Jahr 2013 sind für das Zielpublikum Sozialhilfebehörden und Sozialdienste verschiedene Einführungsveranstaltungen und Schulungen in diesem Bereich geplant.

Aufgrund des Beginns einer neuen Legislatur der Sozialhilfebehörden im Jahre 2013 bilden die Einführungsveranstaltungen und die 3 Fortbildungs-Module einen Schwerpunkt im Bereich der Sozialhilfe. Neben den bisherigen drei Fortbildungsmodulen (Subsidiaritäten, Rechtliches Basiswissen sowie Übungsbeispiele aus der Praxis) werden zudem zwei neue Module eingeführt, eines im Bereich Bevorschussung und Inkasso von Unterhaltsbeiträge, ein zweites im Bereich Abrechnungen und Administration zwischen Gemeinden und Kanton.

Im Jahre 2010 wurden die Limiten der Verwandtenunterstützungspflicht massiv erhöht. Aufgrund der seither gemachten Erfahrungen soll die Verwandtenunterstützungspflicht im Kanton BL unter Berücksichtigung des Aufwandes auf ihre Wirkungen überprüft werden.

2103.002 Strategische Zielsetzungen Asylwesen

Die politischen Diskussionen auf Bundesebene betreffend neuen Ansätzen im Asylbereich, welche sich nicht zuletzt auch wegen den Veränderungen in Nordafrika ergeben haben, sind noch in vollem Gange. Die Entwicklung ist deshalb äusserst genau zu beobachten. Die Auswirkungen auf den Bestand von Asylsuchenden im Kanton Basel-Landschaft kann unter diesen Voraussetzungen nicht verlässlich eingeschätzt werden. Die Erfahrungen der letzten Jahre haben aber gezeigt, dass das System im Kanton fähig ist, auf Änderungen der Situation sehr speditiv und angemessen zu reagieren. Im Bezug auf die Entwicklung sind folgende Punkte von Bedeutung und unabdingbar:

1. Weiterführung des flächendeckenden, direkten Zuweisungskonzeptes (2 Stufen-Konzept) auf die Gemeinden (§ 2 kAV). Prioritäre, ökonomisch sinnvolle Auslastung der bestehenden kommunalen Kollektivunterkünfte.
2. Weitere Unterstützung der Gemeinden durch den Kanton bei der Realisierung von direkten Partnerschaften.
3. Die Einhaltung der rechtlichen Grundlagen für die verschiedenen Kategorien gemäss § 1 kAV:
 - a. Asylsuchende mit Ausweis N,
 - b. vorläufig Aufgenommene mit Ausweis F,
 - c. Schutzbedürftige ohne Aufenthaltsbewilligung mit Ausweis S,
 - d. Personen mit einer rechtskräftigen Wegweisungsverfügung (Stopp)
 - e. Personen, deren Asylverfahren mit einem rechtskräftigen Nichteintretensentscheid abgeschlossen worden ist (NEE).

Im Bereich der Integration sind die angekündigten gesetzlichen Änderungen des Bundes per 2014 zu analysieren und die entsprechenden Anpassungen auf kantonaler Ebene zu treffen. Dabei muss auf Grund der Veränderung der Finanzflüsse der gesetzliche Integrationsauftrag des KSA im Asyl- und Flüchtlingsbereich, weiterhin durch die vorhanden Bundesgelder Integration gesichert sein.

2104 Personalamt

Auftrag und Zielsetzungen

Das Personalamt (PA) ist für die Umsetzung der Personalpolitik verantwortlich und erarbeitet Entscheidungsgrundlagen für den Regierungsrat zu allen Themen des Personalwesens. Zudem ist das PA für die Sicherstellung der einheitlichen und rechtskonformen Anwendung der personalrechtlichen Bestimmungen, für die Weiterentwicklung des Lohnsystems und für das Erlassen von Richtlinien verantwortlich. Die Unterstützung durch Informatiksysteme im Personalbereich ist zudem ein wichtiger Pfeiler, um den täglichen Anforderungen gerecht zu werden und um Lösungen anzubieten, die ein neuzeitliches Personalwesen ermöglichen. Im Weiteren trägt das PA die Gesamtverantwortung für den Bereich der Berufs-, Aus- und Weiterbildung und unterstützt die HR-Beratungen zu Fachthemen von Führungsverantwortlichen und Mitarbeitenden. Das PA entwickelt Instrumente zur Führungsentwicklung und stellt das jährliche Weiterbildungsangebot des Kantons zusammen. Seit dem Jahr 2013 bietet das Dienstleistungszentrum Personal (DLZ) - ebenfalls Teil des PA - umfassende administrative Dienstleistungen für den Personalbereich. Das PA ist zudem Anstellungsbehörde im Bereich der geschützten / integrativen Arbeitsplätze und stellt eine entsprechende Koordination mit den Direktionen und den Kantonalen Behörden sicher. Das Personalcontrolling ermöglicht die Identifikation und Auswertung von wichtigen Kennzahlen, um die Führung optimal zu unterstützen.

Erfolgsrechnung (ohne Verpflichtungskredite und Transfers)

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Budget 2014	Abw. Absolut	Abw. %	B
300	Behörden, Kommissionen und Richter	2'021		5'000	5'000		X
301	Löhne des Verw- und Betriebspersonals	2'659'487	3'034'702	-6'149'018	-9'183'720	-303%	1,2 A
304	Zulagen	30'837	22'022	17'635	-4'387	-20%	
305	Arbeitgeberbeiträge	362'090	555'026	782'325	227'299	41%	1
306	Arbeitgeberleistungen	6'904'819	6'947'000	6'950'000	3'000	0%	
309	Übriger Personalaufwand	1'021'229	379'000	455'500	76'500	20%	3
310	Material- und Warenaufwand	29'335	69'500	92'500	23'000	33%	
313	Dienstleistungen und Honorare	1'046'530	1'366'500	1'266'000	-100'500	-7%	
316	Mieten, Leasing, Pachten, Benützungsgb	20'950	43'000	26'000	-17'000	-40%	
317	Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen	85'010	150'500	140'500	-10'000	-7%	
319	Verschiedener Betriebsaufwand	4'480	8'000	18'650	10'650	133%	
340	Zinsaufwand	66'117					
350	Übertrag Fonds FK / StaatsRG	1'382'923	1'224'000	611'000	-613'000	-50%	4
380	Ausserordentlicher Personalaufwand	111'000'000		1'352'440'000	1'352'440'000		X 5
426	Rückerstattungen	-154'100	-281'900	-239'000	42'900	15%	
430	Verschiedene betriebliche Erträge	-53'814	-65'000	-54'000	11'000	17%	
440	Zinsertrag	-24					
483	Ausserordentliche verschiedene Erträge			-459'400'000	-459'400'000		X 5
	Total Aufwand	124'615'829	13'799'249	1'356'656'092	1'342'856'843	9'731%	
	Total Ertrag	-207'938	-346'900	-459'693'000	-459'346'100	-132'415%	
	Ergebnis Erfolgsrechnung (ohne VK und Transfers)	124'407'891	13'452'349	896'963'092	883'510'743	6'568%	

- 1 Im Zusammenhang mit dem Neuen Organisationsmodell Personalwesen (NOP) bzw. dem Gesamtkonzept Dienstleistungszentrum Personal (DLZ) erfolgt eine Zunahme von insgesamt 13.1 Sollstellen. Details werden im Kommentar Personal aufgeführt.
- 2 Der Entlastungsbetrag von CHF 10.5 Mio. (EP 12/15 Massnahme Ü2 "Optimierung Personalwesen") wird als zentrale Position beim Personalamt eingestellt, da die effektiven Entlastungen der einzelnen Direktionen gemäss Projektplanung erst per Ende 2013 bekannt sein werden.
- 3 Auszahlung Kurskosten an LOGS-Partner neu über Konto Aus- und Weiterbildung. Zusätzlich Weiterbildung Personalsysteme SAP-HCM.
- 4 Die Umsetzung der Massnahme "Totalrevision Ruhegehaltsordnung" aus dem EP 12/15 wird auf Mitte 2014 verschoben. Die Revision der Ruhegehaltsordnung sieht die Überführung der aktuellen und der Alt-Mitglieder des Regierungsrates in die BLPK vor.
- 5 Im Rahmen der Reform der BLPK wird die gesamte Forderung gegenüber dem Kanton per 31. Dezember 2014 in die Bilanz aufgenommen, damit die Pensionskasse per 1. Januar 2015 als ausfinanziert gilt. Die Forderung wirkt sich neben der Bilanz auch auf die Erfolgsrechnung aus. Diese wird einmalig im ausserordentlichen Aufwand (Kto. 380) im Budget 2014 berücksichtigt. Demgegenüber werden die bereits gebildeten sowie die im Abschluss 2013 erwarteten Rückstellungen für die Ausfinanzierung der BLPK aufgelöst (Kto. 483).

Transferaufwand und -ertrag

Transfer	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Budget 2014	Abw. Absolut	Abw. %	B
Verbandsbeiträge	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	12'500	27'000	28'000	1'000	4%	
Total Transferaufwand			12'500	27'000	28'000	1'000	4%	
Total Transferertrag								
Transfers (Netto)			12'500	27'000	28'000	1'000	4%	

Verpflichtungskredite

Verpflichtungskredit	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Budget 2014	Abw. Absolut	Abw. %	B
Sozialplan Entlastungspaket 12/15	30	Personalaufwand	95'226	3'300'000	2'390'000	-910'000	-28%	
	31	Sach- und übriger Betriebsaufwand	15'039	700'000	390'000	-310'000	-44%	
		Total	110'265	4'000'000	2'780'000	-1'220'000	-31%	
Total Verpflichtungskredite Aufwand			110'265	4'000'000	2'780'000	-1'220'000	-31%	
Total Verpflichtungskredite Ertrag								
Total Verpflichtungskredite (netto)			110'265	4'000'000	2'780'000	-1'220'000	-31%	

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2012	Sollstellenplan 2013	Sollstellenplan 2014	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	28.3	51.7	64.8	13.1	25.3%

Stellenveränderungen DLZ:

8.3 Stellen fallen auf den Stellentransfer von den Direktionen zum Dienstleistungszentrum im Personalamt. In diesem Zusammenhang bzw. im Rahmen vom Neues Organisationsmodell Personalwesen (NOP) bzw. dem Gesamtkonzept Dienstleistungszentrum Personal (DLZ) erfolgt ein Anstieg von 3.7 Stellen, welcher vom Regierungsrat bereits zustimmend zur Kenntnis genommen wurde. Es handelt sich um die Stelle Leitung DLZ sowie 2.7 Stellen in der Sachbearbeitung. Für das DLZ werden innerhalb der Finanz- und Kirchendirektionen 1.1 Stellen vom Generalsekretariat der FKD zum Personalamt transferiert.

Jahresprogramm

2104.001 Berufsbildungskonzept

Vollendung der Umsetzung des Berufsbildungskonzepts in Zusammenarbeit mit den Direktionen, der Gerichte und der Landeskanzlei.

2104.005 ERP HCM

Weiterentwicklung des ERP HCM im Rahmen der Vorgaben des übergeordneten Projekts in Zusammenarbeit mit den Direktionen, den Gerichten und der Landeskanzlei. Namentlich Einführung der Zeitwirtschaft, des E-Dossiers und des E-Recruiting sowie Optimierungen der bestehenden Komponenten.

2104.006 Betriebliches Gesundheitsmanagement

Einführung eines betrieblichen Gesundheitsmanagements im Rahmen der Umsetzung der Geschäfts- und der Personalstrategie des Regierungsrats in Zusammenarbeit mit den Direktionen, der Gerichte und der Landeskanzlei.

A 2104.007 Neues Organisationsmodell Personalwesen

Das Personalamt (PA) ist für die Umsetzung des Neuen Organisationsmodelles Personalwesens (NOP) verantwortlich. Die Inbetriebnahme des Dienstleistungszentrums Personal hat im 2013 stattgefunden. Die HR-Beratung als Teil der Direktionen und besonderen Behörden wurde ebenfalls im 2013 aufgebaut und wird im 2014 noch weiter entwickelt. Das PA entwickelte sich im 2013 in ein Kompetenzzentrum, das vor allem für

den Landrat, den Regierungsrat und die HR-Beratung zu personalspezifischen Fragestellungen zur Verfügung steht.

2104.008 Nachhaltige Finanzierung der Basellandschaftlichen Pensionskasse (BLPK)

Die Vorlage des Regierungsrats zur Reform der BLPK umfasst vier Schwerpunkte: Die Anpassungen an die Änderungen des Bundesrechts (Teil- oder Vollkapitalisierung, Regelung der Finanzierung oder der Leistungen im BLPK-Dekret, Rechtsform der BLPK), institutionelle Anpassungen (Umwandlung der BLPK in eine Sammelstiftung), Ausfinanzierung der BLPK (Ausfinanzierung der Deckungslücke) und die Umstellung vom Leistungs- auf das Beitragsprimat. Dabei soll die BLPK nachhaltig ausfinanziert werden, um auch langfristig dem wichtigen Thema Vorsorge gerecht werden zu können. Das Jahr 2013 war geprägt durch die Volksabstimmung vom 22.9.2013 und die Vorbereitungsarbeiten innerhalb der kantonalen Verwaltung. Da dieser Text vor der Volksabstimmung geschrieben wurde, war noch unklar, wie diese ausgehen wird bzw. ob das Volk die Landratsvorlage gutheissen würde.

2105 Statistisches Amt

Auftrag und Zielsetzungen

Das Amt führt die durch Bundes- oder Kantonsrecht vorgegebenen statistischen Erhebungen durch. Die erhobenen Daten werden mittels geeigneter Medien der Regierung, der Verwaltung, dem Parlament und der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt. Es erarbeitet darüber hinaus im Auftrag der Direktion oder der Regierung Entscheidungsgrundlagen auf der Basis statistischer Informationen.

Das Amt prüft Budgets bzw. Rechnungen der Einwohner- und Bürgergemeinden im Rahmen der Passation und Finanzaufsicht des Kantons über die Gemeinden. Es berät die Gemeinden in Finanzfragen. Es führt den Finanzausgleich durch und bearbeitet die Gesuche der Gemeinden für Einzelbeiträge.

Das Amt ist zudem verantwortlich für die Umsetzung des Anmelde- und Registergesetzes vom 19. Juni 2008 (ARG). Mit dem auf der Basis der harmonisierten Einwohnerregister aufgebauten kantonalen Personenregister arbo, können den Dienststellen für den Vollzug ihrer Aufgaben aktuelle Personendaten zur Verfügung gestellt werden. Es führt ferner, gemeinsam mit der GIS-Fachstelle des Amtes für Geoinformation, das Gebäude- und Wohnungsregister gemäss den Vorgaben des Bundes.

FKD

Erfolgsrechnung (ohne Verpflichtungskredite und Transfers)

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Budget 2014	Abw. Absolut	Abw. %	B
301	Löhne des Verw- und Betriebspersonals	1'846'529	1'778'642	1'998'675	220'033	12%	1
304	Zulagen	16'011	12'849	16'011	3'162	25%	
305	Arbeitgeberbeiträge	281'682	301'323	345'938	44'615	15%	1
309	Übriger Personalaufwand	552					
310	Material- und Warenaufwand	89'811	96'000	91'000	-5'000	-5%	2
313	Dienstleistungen und Honorare	90'113	158'000	158'000	0	0%	3,A
317	Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen	22'276	20'000	22'000	2'000	10%	
425	Erlös aus Verkäufen	-1'982	-3'000	-2'000	1'000	33%	
426	Rückerstattungen	-198					
	Total Aufwand	2'346'975	2'366'814	2'631'624	264'810	11%	
	Total Ertrag	-2'180	-3'000	-2'000	1'000	33%	
	Ergebnis Erfolgsrechnung (ohne VK und Transfers)	2'344'795	2'363'814	2'629'624	265'810	11%	

- Der Anstieg der Personalkosten 2014 im Vergleich zum Budget 2013 ergibt sich aus drei neuen Stellen. Es handelt sich dabei um 60 Stellenprozent in der Fachstelle arbo Kantonales Personenregister (RRB Nr. 0543 vom 26. März 2013), um 50 Stellenprozent im Bereich Gesundheitsstatistiken (RRB Nr. 0746 vom 30. April 2013) sowie um 50 Stellenprozent für den Bereich Umweltindikatoren im Rahmen Umweltbericht beider Basel (RRB geplant für August 2013).
- Reduktion des Publikationsbudgets gemäss Vorgabe im Rahmen Entlastungspaket 12/15 (Ü1d-Massnahme "Effizienzsteigerung im Beschaffungs- und Auftragswesen").
- Betrag von CHF 100'000 für die Erarbeitung eines Massnahmenberichts Demografie gemäss Regierungsprogramm 2012-2015

Transferaufwand und -ertrag

Transfer	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Budget 2014	Abw. Absolut	Abw. %	B
14.0 Gesundheit	461	Entschädigungen von Gemeinwesen & Dritte	-160'000	-160'000	-220'000	-60'000	-38%	1,B
09.1 Baustatistik/GWR	461	Entschädigungen von Gemeinwesen & Dritte	-27'700	-25'000	-25'000	0	0%	
09.3 Leerwohnungszählung	361	Entschädigungen an Gemeinwesen & Dritte	1'000	1'000	1'000	0	0%	
59.0 Finanzausgleich	362	Finanz- und Lastenausgleich	23'556'696	22'800'000	23'600'000	800'000	4%	2
47.0 Verbandsbeiträge	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	2'413	2'500	2'500	0	0%	
13.1 Sozialhilfestatistik	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	27'467	27'500	27'500	0	0%	

Transfer	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Budget 2014	Abw. Absolut	Abw. %	B
Kompensation Aufgabenverschiebungen	461	Entschädigungen von Gemeinwesen & Dritte	-13'407'000	-1'250'000	-7'550'000	-6'300'000	-504%	3
08.0 Energiestatistik	361	Entschädigungen an Gemeinwesen & Dritte		10'000	10'000	0	0%	
Total Transferaufwand			23'587'576	22'841'000	23'641'000	800'000	4%	
Total Transferertrag			-13'594'700	-1'435'000	-7'795'000	-6'360'000	-443%	
Transfers (Netto)			9'992'876	21'406'000	15'846'000	-5'560'000	-26%	

- 1 Erhöhung des Beitrags von Basel-Stadt an die Erhebung der Gesundheitsstatistiken im Rahmen der neuen Vereinbarung beider Basel ab 1. Januar 2014 (RRB Nr. 0746 vom 30. April 2013)
- 2 Anhand der drei vorliegenden Berechnungen für die Jahre 2010 bis 2012 nach neuem Finanzausgleichssystem zeigt sich, dass beim Lastenausgleich mit einer jährlichen Schwankung von einigen 100 TCHF zu rechnen ist. Dies muss in der Budgetierung berücksichtigt werden. Der Budgetwert 2014 orientiert sich am effektiven Wert der Rechnung 2012.
- 3 Der Betrag von CHF 7.55 Mio. resultiert aus der Verhandlung mit den Gemeinden betreffend Kompensationszahlung Realschulbauten gemäss §15a FAG (LR-Vorlage Nr. 292-315 vom 30. Oktober 2012). Die Steigerung des Betrages 2014 gegenüber dem Vorjahr um CHF 6.3 Mio. resultiert aus der einmaligen Reduktion im 2013 aufgrund der rückwirkenden Inkraftsetzung der Änderung von §15a FAG per 1. Januar 2011.

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2012	Sollstellenplan 2013	Sollstellenplan 2014	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	14.5	13.9	15.5	1.6	11.5%

Der Anstieg im Sollstellenplan ergibt sich aus drei neuen Stellen. Es handelt sich dabei um 60 Stellenprozent in der Fachstelle arbo Kantonales Personenregister (RRB Nr. 0543 vom 26. März 2013), um 50 Stellenprozent im Bereich Gesundheitsstatistiken (RRB Nr. 0746 vom 30. April 2013) sowie um 50 Stellenprozent für den Bereich Umweltindikatoren im Rahmen Umweltbericht beider Basel (RRB geplant für August 2013).

Jahresprogramm

2105.004 Evaluation Finanzausgleich

Das Finanzausgleichsgesetz (§ 1, Abs. 2) sieht eine laufende Wirksamkeitsüberprüfung des innerkantonalen Finanzausgleichs vor. Nach drei Jahren seit Inkrafttreten wird der neue Finanzausgleich deshalb einer Evaluation unterzogen.

A 2105.005 Massnahmenbericht Demografie

Der Regierungsrat hat sich das Ziel gesetzt, eine Strategie zum Umgang mit der älter werdenden Bevölkerung zu entwickeln. Als Massnahme dazu wird eine interdirektionale Arbeitsgruppe zur demografischen Entwicklung eingesetzt, welche eine fundierte Analyse der Chancen und Risiken vornimmt und Vorschläge für einen konkreten Massnahmenplan erarbeitet.

B 2105.006 Gesundheitsstatistik beider Basel

Revision Krankenhausstatistik: Umsetzung der 1. Etappe für die Erweiterung der Erhebungen der vom Bund vorgeschriebenen Gesundheitsstatistiken im ambulanten Bereich.

2106 Steuerverwaltung

Auftrag und Zielsetzungen

Die kantonale Steuerverwaltung vollzieht eidgenössische und kantonale Steuergesetze. Sie prüft Steuererklärungen, veranlagt natürliche und juristische Personen und bezieht die Staats- und die direkte Bundessteuer sowie im Auftragsverhältnis auch die Gemeindesteuer. Sie veranlagt und bezieht die Grundstückgewinn-, die Handänderungs- sowie die Erbschafts- und Schenkungssteuer und bearbeitet und bezieht die Quellensteuer.

Die kantonale Steuerverwaltung stellt eine einheitliche Veranlagungspraxis im Kanton sicher; sie betreut und unterstützt die Gemeindesteuerämter. Sie bearbeitet das Meldewesen und den Verkehr mit Amtsstellen sowie mit der eidgenössischen Steuerverwaltung.

Aufgrund der politischen Vorgaben bereitet die kantonale Steuerverwaltung die Anpassungen der Steuergesetze vor und setzt beschlossene Änderungen um. Durch eine hohe und kompetente Auskunftsbereitschaft und eine effiziente Infrastruktur fördert sie das gute Steuerklima im Kanton.

Erfolgsrechnung (ohne Verpflichtungskredite und Transfers)

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Budget 2014	Abw. Absolut	Abw. %	B
300	Behörden, Kommissionen und Richter	3'570	7'000	5'000	-2'000	-29%	
301	Löhne des Verw- und Betriebspersonals	15'386'787	16'120'842	16'204'497	83'656	1%	
304	Zulagen	212'219	205'269	191'396	-13'874	-7%	
305	Arbeitgeberbeiträge	2'562'159	3'202'887	2'979'340	-223'546	-7%	
309	Übriger Personalaufwand	98'998	105'000	105'000	0	0%	
310	Material- und Warenaufwand	444'860	518'000	453'000	-65'000	-13%	1
311	Nicht aktivierbare Anlagen	3'588					
312	Ver- und Entsorgung Liegenschaften VV	4'073	4'000	5'000	1'000	25%	
313	Dienstleistungen und Honorare	2'672'403	2'865'000	2'735'000	-130'000	-5%	
315	Unterhalt Mobilien/immaterielle Anlagen	762					
316	Mieten, Leasing, Pachten, Benützungsgb	70'175	75'000	75'000	0	0%	
317	Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen	43'476	40'000	40'000	0	0%	
318	Wertberichtigungen auf Forderungen	74					
319	Verschiedener Betriebsaufwand	303					
342	Kapitalbeschaffungs-/Verwaltungskosten	310'099	350'000	330'000	-20'000	-6%	
421	Gebühren für Amtshandlungen	-9'832'996	-10'200'000	-10'000'000	200'000	2%	
425	Erlös aus Verkäufen	-27'055	-30'000	-25'000	5'000	17%	
426	Rückerstattungen	-389'300	-9'000	-390'000	-381'000	<-1000%	2
440	Zinsertrag	-19'052	-60'000	-30'000	30'000	50%	
	Total Aufwand	21'813'544	23'492'998	23'123'233	-369'765	-2%	
	Total Ertrag	-10'268'403	-10'299'000	-10'445'000	-146'000	-1%	
	Ergebnis Erfolgsrechnung (ohne VK und Transfers)	11'545'141	13'193'998	12'678'233	-515'765	-4%	

1 Für 2014 wird eine weitere Reduktion beim Aufwand für Büromaterial sowie für Drucksachen angestrebt.

2 Die Weiterbelastung von Verwaltungskosten für den Bezug der Quellensteuer ist per 2012 im Rahmen des Entlastungspakets E12/15 eingeführt worden und wird nun erstmals auf diesem Konto budgetiert.

Transferaufwand und -ertrag

Transfer	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Budget 2014	Abw. Absolut	Abw. %	B
Bezugserschädigungen	461	Entschädigungen von Gemeinwesen & Dritte	-692'760	-855'000	-755'000	100'000	12%	1
Veranlagungsentzündigung	361	Entschädigungen an Gemeinwesen & Dritte	3'339'630	3'400'000	3'400'000	0	0%	
	461	Entschädigungen von Gemeinwesen & Dritte	-1'048'440	-1'050'000	-1'050'000	0	0%	

Transfer	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Budget 2014	Abw. Absolut	Abw. %	B
Meldungen an die AHV	461	Entschädigungen von Gemeinwesen & Dritte	-111'055	-110'000	-110'000	0	0%	
Gemeindeanteil Fristerstreckungsgebühren	360	Ertragsanteile an Dritte	123'690	100'000	120'000	20'000	20%	
Total Transferaufwand			3'463'320	3'500'000	3'520'000	20'000	1%	
Total Transferertrag			-1'852'255	-2'015'000	-1'915'000	100'000	5%	
Transfers (Netto)			1'611'065	1'485'000	1'605'000	120'000	8%	

1 Der Budgetwert entspricht dem mehrjährigen Durchschnitt der Bezugsentschädigung.

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2012	Sollstellenplan 2013	Sollstellenplan 2014	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	150.2	159.1	161.6	2.5	1.6%

Je eine Zusatzstelle ist für die Verlustscheinbewirtschaftung aufgrund der Übernahme der Krankenkassenverlustscheine (LRV in Vernehmlassung bis 9. September 2013) und wegen des Mengenwachstums bei der Veranlagung juristischer Personen nötig. Per 2014 wird zudem der Steuererlass vom Generalsekretariat FKD zur Steuerverwaltung transferiert.

Jahresprogramm

2106.003 Vereinfachung im Steuerwesen

Verabschiedung einer Änderung des Steuergesetzes zur Umsetzung des neuen § 133a der Kantonsverfassung (einfaches, leicht verständliches und nachvollziehbares Steuergesetz) – Parlamentarische Beratung im 1. Semester 2014; allenfalls Durchführung einer Volksabstimmung im 2. Semester 2014. Die Massnahme unterstützt das Direktionsziel FKD-SH-3 „Vereinfachung des Steuergesetzes“.

2106.004 E-Government

Weiterausbau der elektronischen Dienstleistungen der Steuerverwaltung: Ergänzung der Internet-Steuererklärung im 1. Semester 2014 mit der Möglichkeit, Belege elektronisch einzureichen; Vorbereitung der Online-Steuererklärung. Die Massnahme unterstützt das Direktionsziel FKD-SH-3 „Vereinfachung des Steuergesetzes“.

2106.007 Überprüfung Eigenmietwert

Verabschiedung einer Änderung des Steuergesetzes zur Anpassung der Eigenmietwerte in Abhängigkeit des Gutachtens der Wüest & Partner AG – Parlamentarische Beratung im 1. Semester 2014; allenfalls Durchführung einer Volksabstimmung im 2. Semester 2014. (Auftrag gemäss § 27ter Absatz 8 Steuergesetz)

2106.008 Elektronische Lohnmeldungen (ELM)

Einführung der elektronischen Übermittlung von Lohnausweismeldungen und des elektronischen Datenaustausches im Quellensteuerverfahren über die schweizerische Plattform sedex im 1. Semester 2014. Die Massnahme unterstützt das Direktionsziel FKD-SH-3 „Vereinfachung des Steuergesetzes“.

2107 Kantonale Steuern

Auftrag und Zielsetzungen

Beim Profitcenter "Kantonale Steuern" handelt es sich nicht um eine Organisationseinheit. Im Interesse einer möglichst hohen Transparenz werden die Steuererträge und die direkt damit zusammen hängenden Aufwände kostenartengenau aufgezeigt.

Die Erhebung der Verkehrsabgaben (Konto 4030 0 000) und die Einlagen in den H2-Fonds (Konto 3501 0 000) werden durch die Dienststelle Motorfahrzeugkontrolle (2432) verantwortet.

Erfolgsrechnung (ohne Verpflichtungskredite und Transfers)

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Budget 2014	Abw. Absolut	Abw. %	B
31800010	WB auf Steuerforderungen	989'469					
31810000	Tatsächliche Forderungsverluste	14'090'878	16'500'000	16'500'000	0	0%	
34990000	Vergütungszins Steuern	1'908'221	2'000'000	2'000'000	0	0%	
35010000	Übertrag Fonds FK / StaatsRG	20'529'788	20'600'000	20'700'000	100'000	0%	
40000000	Einkommenssteuern natürliche Personen	-967'997'540	-1'000'000'000	-1'022'000'000	-22'000'000	-2%	1
40000010	Einkommenssteuern nat Personen Vorjahre	6'297'121					
40000020	Steuern auf Kapitalabfind 2./3. Säule	-14'705'467	-15'000'000	-14'000'000	1'000'000	7%	2
40000030	Erfahrungswert period Steuern Vorjahre		-20'000'000	-20'000'000	0	0%	
40000990	Steuerausscheid/pausch Steueranrechnung	2'426'963	2'500'000	2'500'000	0	0%	
40010000	Vermögenssteuern natürliche Personen	-127'999'812	-130'000'000	-140'000'000	-10'000'000	-8%	3
40010010	Vermögenssteuern nat Personen Vorjahre	-8'500'366					
40020000	Quellensteuern Grenzgänger F	-42'553'177	-43'500'000	-43'500'000	0	0%	
40090000	Nach- und Strafsteuern	-8'305'848	-7'000'000	-7'000'000	0	0%	
40100000	Gewinnsteuern juristische Personen	-170'000'088	-159'000'000	-190'000'000	-31'000'000	-20%	4
40100010	Gewinnsteuern jur Personen Vorjahre	-24'400'232					
40110000	Kapitalsteuern juristische Personen	-6'699'911	-6'700'000	-7'000'000	-300'000	-4%	
40110010	Kapitalsteuern jur Personen Vorjahre	699'582					
40190000	Kirchensteuern juristische Personen	-10'120'925	-8'285'000	-9'850'000	-1'565'000	-19%	5
40220000	Vermögensgewinnsteuern	-26'753'514	-27'000'000	-27'000'000	0	0%	
40230000	Vermögensverkehrssteuern	-35'371'824	-32'000'000	-34'000'000	-2'000'000	-6%	6
40240000	Erbschafts- und Schenkungssteuern	-20'470'467	-28'000'000	-25'000'000	3'000'000	11%	7
40300000	Verkehrsabgaben	-104'807'657	-103'400'000	-105'700'000	-2'300'000	-2%	8
42900000	Übrige Entgelte	-143'983	-200'000	-200'000	0	0%	
42900010	Eingang abgeschriebener Forderungen	-2'261'677	-2'800'000	-3'300'000	-500'000	-18%	9
44010020	Zinsen Steuerforderungen	-10'707'647	-11'500'000	-11'500'000	0	0%	
	Total Aufwand	37'518'355	39'100'000	39'200'000	100'000	0%	
	Total Ertrag	-1'572'376'468	-1'591'885'000	-1'657'550'000	-65'665'000	-4%	
	Ergebnis Erfolgsrechnung (ohne VK und Transfers)	-1'534'858'113	-1'552'785'000	-1'618'350'000	-65'565'000	-4%	

- 1 Die Entwicklung der Einkommenssteuer übernimmt die Ergebnisse des Finanzhaushaltsmodells der BAK Basel vom Juli 2013.
- 2 Die Einführung eines günstigeren Tarifs für sehr hohe Kapitalleistungen per 2014 (LRV 2012-222) mit einem Ertragsausfall von CHF 2 Mio. bei statischer Betrachtung wird durch ein leichtes Volumenwachstum wahrscheinlich teilweise kompensiert werden.
- 3 Die BAK-Prognose für die Jahre 2013 und 2014 deutet auf ein deutliches Ertragswachstum hin.
- 4 Die Baselbieter Unternehmen entwickeln sich in den Jahren 2013 und 2014 sehr erfreulich; im Vergleich zu 2012 werden Wachstumsraten von fünfeinhalb bis sechs Prozent angenommen.
- 5 Auf der Gewinn- und der Kapitalsteuer der juristischen Personen (Konti 4010 und 4011) wird ein fünfprozentiger Zuschlag als Kirchensteuer erhoben.
- 6 Der Ertrag aus der Handänderungssteuer wird für 2014 höher budgetiert als für 2013; der Ertrag 2012 scheint realistischerweise kaum wieder erreichbar.
- 7 Der Budgetwert wurde gegenüber 2013 reduziert, da auch im laufenden Jahr der budgetierte Ertrag wahrscheinlich nicht erreicht wird.
- 8 Die Budgetierung der Verkehrsteuer erfolgte unter Berücksichtigung des Ertragsniveaus in der Jahresrechnung 2012.
- 9 Der Mehrertrag ist eine Folge des erhöhten Personaleinsatzes im Hinblick auf die 2017 beginnende Verjährung von Verlustscheinen.

Transferaufwand und -ertrag

Transfer	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Budget 2014	Abw. Absolut	Abw. %	B
Steueranteil der Landeskirchen	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	10'120'925	8'202'150	9'751'500	1'549'350	19%	1
Total Transferaufwand			10'120'925	8'202'150	9'751'500	1'549'350	19%	
Total Transferertrag								
Transfers (Netto)			10'120'925	8'202'150	9'751'500	1'549'350	19%	

- 1 Der im Konto 4019 0 000 der Erfolgsrechnung ausgewiesene Steuerertrag wird auf die drei Landeskirchen verteilt. Seit 2013 wird ein Prozent davon als Bezugsprovision abgezogen (Massnahme aus Entlastungspaket 12/15).

**Volkswirtschafts- und
Gesundheitsdirektion**

**VG
D**

Beitrag zu strategischen Zielen

Mit dem Projekt Wirtschaftsoffensive werden massgebliche Beiträge in den beiden Schwerpunktfeldern "Innovation und Wertschöpfung" sowie "effizientes und effektives staatliches Handeln" erbracht. Nach Abschluss der ersten Phase im Sommer 2013 geht es bis Sommer 2014 darum, die erarbeiteten Konzepte (One Stop-Shop, Key Account Management) zu operationalisieren. Ansiedlungs- und gründungswillige Unternehmen erhalten innert kürzester Frist auf Stufe Regierung und Verwaltung klare Ansprechpartner. Informationen zu bereits ansässigen Unternehmen werden strukturiert, der Kontakt intensiviert. In der Zusammenarbeit mit externen Dienstleistern (u.a. Basel Area) werden Doppelspurigkeiten eliminiert und allfällige Synergien ausgeschöpft. Im Rahmen der Arealentwicklung werden Areale priorisiert, deren strategische Ausrichtung definiert und erste allfällige planerische Massnahmen an die Hand zu nehmen sein. Die Vorzüge des Wirtschaftsstandorts Baselland werden im Rahmen der bereits geschaffenen Gefässe (u.a. Investorengespräche) kommuniziert.

Das im Jahr 2013 verabschiedete Leitbild "Älter werden gemeinsam gestalten" stellt eine wichtige Basis dar für das "Zusammenleben in Baselland": Es enthält strategische Wirkungsziele für acht Handlungsfelder der Senioren- und Alterspolitik des Kantons Basel-Landschaft. Der Regierungsrat hat sich entschieden, die Handlungsfelder "Dienstleistung und Pflege", "Wohnen im Alter" und "Information und Koordination in Gemeinden und Kanton" prioritär anzugehen. Diese Themen werden bereits in interdirektionalen Arbeitsgruppen unter Einbezug der Gemeinden und Leistungserbringer, sowie der Senioren- und Altersorganisationen am Kantonalen Runden Tisch für Altersfragen, bearbeitet. Im Jahr 2014 werden der Regierung durch die Arbeitsgruppen Vorschläge für Massnahmen vorgelegt, wie die im Leitbild formulierten Ziele zu erreichen sind.

Der Kanton nimmt bei der Leistungserbringung für die ältere Bevölkerung an der Schnittstelle zwischen Bund und Gemeinden eine aktive, koordinierende Rolle ein. Mit der Fortführung des Runden Tisches für Altersfragen bleibt ein Einbezug der Seniorinnen und Senioren gewährleistet und die Lebenserfahrung und das Wissen der älteren Generationen fliesst in die Entwicklung von konkreten Massnahmen ein.

Unter dem Stichwort „effizientes und effektives staatliches Handeln“ fällt die Erneuerung der Leistungsvereinbarung mit der Zentralen Arbeitsmarkt Kontrolle ZAK. Ziel ist die effektivere und effizientere Bekämpfung der Schwarzarbeit im Bau. Die Zusammenarbeit soll auf eine erneuerte und verbesserte Grundlage gestellt werden. Weiter soll im Zuge der Wirtschaftsoffensive 2014 die Aktualisierung der e-Government-Anwendung für Arbeitsbewilligungen von ausländischen Arbeitskräften "ePublic" realisiert und die e-Government-Anwendung "Tacho" des Bundes im Bereiche der arbeitsgesetzlichen Bewilligungen in BL eingeführt werden.

Nach der Verselbständigung der Psychiatrie und des Kantonsspitals Baselland sowie der Einführung der Fallpauschalen ab 2012 werden aufgrund der ersten Erfahrungen und Auswertungen (Verlauf der Patientenströme, Entwicklung der Tarife) Massnahmen zu prüfen sein, die es ermöglichen, die Effizienz und Effektivität des staatlichen Handels in diesem Bereich zu optimieren und den Spitalbetrieben günstige Rahmenbedingungen für das Bestehen am Markt zu schaffen. Hierzu gehört auch die periodische Überprüfung der Gemeinwirtschaftlichen Leistungen.

Gesamtübersicht Budget

Das Budget der Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion weist im Vergleich zum Vorjahr einen um CHF 17.3 Mio. höheren Saldo aus.

Grössere Veränderungen sind im "TRANSFERAUFWAND" (36), den "DURCHLAUFENDEN BEITRÄGEN" (37/47 d.h. saldoneutral) sowie im "TRANSFERERTRAG" (46) zu verzeichnen.

TRANSFERAUFWAND

Im Transferaufwand (36) setzten sich die Veränderungen aus den folgenden vier Positionen bzw. Themenbereichen zusammen.

- 1) "Gesundheitsversorgung" (CHF + 19.3 Mio.)
- 2) "Abschreibungen" auf Investitionsbeiträge an Alters- und Pflegeheime (CHF + 0.5 Mio.)
- 3) "Übrige Beitragsverhältnisse" im GSK (CHF - 1.0 Mio.)
- 4) "Transfer Familienzulagen an Nichterwerbstätige" vom KIGA zur FKD (CHF - 1.3 Mio.)

- 1) "Gesundheitsversorgung" (Details s/Transferabschnitt im P2200 Generalsekretariat)

Formelles/Darstellung:

Die „Gesundheitsversorgung“, welche sowohl die Fallpreise als auch die Tagespauschalen und die

Gemeinwirtschaftlichen und übrigen besonderen Leistungen (GWL) beinhaltet, wurde bis und mit Budget 2013 noch in einer einzigen Position zusammengefasst ausgewiesen. Ab Budget 2014 werden diese Leistungen nun in 16 verschiedenen Positionen transparent und unter eigens hierfür errichteten Kostenarten geführt. Künftige Veränderungen können nun sowohl innerhalb der Disziplinen (Leistungsarten) wie auch in Bezug auf die Mittelverwendung innerkantonal und ausserkantonal (nach Orten und Regionen und teils Einrichtungen) exakter aufgezeigt und transparent nachvollzogen werden. Ausserdem wurden sämtliche GWL neu mit Verpflichtungskrediten geführt, weshalb diese sowohl im Transferaufwand wie auch zusätzlich bei den Verpflichtungskrediten dargestellt sind.

Materielles/Berechnungsgrundlagen:

Erstmals lagen für die Budgetierung echte IST-Werte (Rechnung 2012 und 1. Trimester 2013) vor. Für die Planung der Budgetwerte 2014 wurde auf die aktuellen IST - Mengen des ersten Trimesters 2013 abgestellt. Eine Mengenausweitung (2013 zu 2014) wurde nicht berücksichtigt. Bezüglich Preisbasis wurde auf einen leicht tieferen Basisfallwert (Baserate) abgestellt. Für die ab 1. Januar 2014 geltende "volle Spitalfreizügigkeit" mit dem Kanton Basel-Stadt wurden die approximativen Mehrkosten mit CHF 1.2 Mio. ermittelt und eingestellt. Die Gemeinwirtschaftlichen und übrigen besonderen Leistungen (GWL) sind in der Summe um CHF 260'000 höher als im Vorjahresbudget budgetiert. Einzig beim Kantonsspital Baselland mussten die GWL für ein Jahr erhöht werden und werden ab 2015 wieder um CHF 1.4 Mio. tiefer ausfallen. Als Kompensationsmassnahme zum Entlastungsprogramm (EP 12/15) konnten die GWL bei den anderen Institutionen (Psychiatrie Baselland / UKBB / Privatspitäler BL) um rd. CHF 1.1 Mio. im Vergleich zum Vorjahr reduziert werden. Eine zusätzliche weitere Abnahme im Umfang von CHF 0.35 Mio. haben die GWL UKBB als Folge eines Budgettransfers in die Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion erfahren (Schulunterricht beim Spitalaufenthalt im UKBB).

Im Vergleich zur aussagekräftigeren Rechnung 2012 (beim Budget 2013 konnte noch nicht auf Erfahrungswerte abgestellt werden und es war zudem Kürzungen unterlegen) beläuft sich das budgetierte Kostenwachstum im gesamten Gesundheitsversorgungsbereich (d.h. die Fallpreise / Tagespauschalen / GWL - Leistungen / volle Freizügigkeit ab 2014) innert zweier Jahre (2012 = CHF 332.5 Mio. / 2014 = CHF 341.2 Mio.) auf CHF + 8.7 Mio. was einer jährlichen Zuwachsrate von 1.3 % entspricht.

2) "Abschreibungen auf Investitionsbeiträge an Alters- und Pflegeheime" (Details s/Transferabschnitt im P2200 Generalsekretariat)

Seit Rechnung und Budget 2013 werden die Investitionsbeiträge an Alters- und Pflegeheime in der Investitionsrechnung geführt. Im Budget 2014 mussten deshalb erstmals die Abschreibungen dafür aufgenommen werden. Die einschlägigen Bestimmungen gemäss Harmonisiertem Rechnungsmodell (HRM2) schreiben vor, dass Abschreibungen von aktivierten Investitionsbeiträgen in der Kostenart 366 vorgenommen werden müssen. Sowohl der Abschreibungsbeginn wie auch die Zeitdauer orientieren sich an der bedingten Rückzahlungsfrist dieser Investitionsbeiträge.

3) "Übrige Beitragsverhältnisse" (Details s/Transferabschnitt im P2200 Generalsekretariat)

Der Rückgang der Beiträge liegt in den Positionen "Gesundheitsinstitutionen" und "Abhängigkeitserkrankungen" begründet. Sowohl die Beiträge an die "Akut- und Übergangspflege" wie auch die Beiträge an "Drogentherapien" konnten aufgrund der aktuell vorliegenden Statistiken, Auswertungen und sich erhaltenden Trends spürbar nach unten angepasst werden (s/Kommentare Nr. 1 und 2 im Transferabschnitt zum P2200 GSK).

4) "Transfer Familienzulagen an Nichterwerbstätige" (Details s/Transferabschnitt im P2201 KIGA)

Der Transfer der Abbildung des Bereiches "Familienzulagen an Nichterwerbstätige" (rd. CHF - 1.3 Mio.) zur Abteilung Finanz- und Volkswirtschaft der Finanz- und Kirchendirektion wurde aufgrund der sachgerechteren thematischen Zuordnung vorgenommen. Der operative Vollzug der Aufgaben verbleibt jedoch nach wie vor bei der Sozialversicherungsanstalt des Kantons Basel-Landschaft (SVA BL).

DUCHLAUFENDE BEITRÄGE

Die Zunahme im Aufwand und im Ertrag (rd. 7 %) bei den durchlaufenden Bundesbeiträgen (37/47) ist beim "Landwirtschaftlichen Zentrum Ebenrain" (P2207) ersichtlich. Sie stützt sich auf Berechnungen des Bundesamtes für Landwirtschaft im Bereich der "Direktzahlungen" und ist begründet mit der Einführung der neuen Agrarpolitik 2014/17 des Bundes unter vollkommener Neuordnung des Direktzahlungssystems.

TRANSFERERTRAG

Die Zunahme im Transferertrag (46) ist bedingt durch die Entlastungsprogramm-massnahme "Regressforderungen Unfall" (VGD-N-3), wo der approximative Planwert (bei Vorliegen einer Haftung Dritter bei Spitalbehandlungen) im Umfange von CHF 1.0 Mio. eingestellt ist.

Erfolgsrechnung

	Rechnung 2012	Budget 2013	Budget 2014	Abw. Absolut	Abw. %
30 Personalaufwand	38'988'355	41'089'622	41'938'278	848'655	2%
31 Sach- und übriger Betriebsaufwand	7'969'964	8'670'897	7'918'298	-752'599	-9%
34 Finanzaufwand	199'481	202'450	127'700	-74'750	-37%
35 Übertrag Fonds / StaatsRG	440'000	210'000	210'000	0	0%
36 Transferaufwand	389'631'714	345'544'448	363'208'976	17'664'528	5%
37 Durchlaufende Beiträge	55'181'798	56'393'000	60'459'900	4'066'900	7%
39 Interne Fakturen	175'870	174'674	175'544	870	1%
42 Entgelte	-4'541'344	-4'494'860	-3'849'700	645'160	14%
43 Verschiedene Erträge	-49'084	-151'600	-144'650	6'950	5%
44 Finanzertrag	-4'361'452	-5'309'460	-5'159'720	149'740	3%
45 Übertrag Fonds / StaatsRG	-157'500	-157'500	-157'500	0	0%
46 Transferertrag	-24'328'354	-24'858'991	-26'011'805	-1'152'814	-5%
47 Durchlaufende Beiträge	-55'181'798	-56'393'000	-60'459'900	-4'066'900	-7%
Total Aufwand	492'587'182	452'285'091	474'038'695	21'753'604	5%
Total Ertrag	-88'619'532	-91'365'411	-95'783'275	-4'417'864	-5%
Gesamtergebnis Erfolgsrechnung	403'967'650	360'919'680	378'255'420	17'335'740	5%

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2012	Sollstellenplan 2013	Sollstellenplan 2014	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	297.6	320.1	320.1	0.0	0.0%

Die Gesamtdirektion weist im Vergleich zum Vorjahr keine Veränderung der Sollstellen auf. Drei der sechs Dienststellen weisen leichte Erhöhungen auf (Generalsekretariat, KIGA, Amt für Wald) während bei drei Dienststellen im gleichen Umfang entsprechende Abnahmen (Amt für Geoinformation, Landwirtschaftliches Zentrum Ebenrain, Kantonales Laboratorium) anfallen. Die Details gehen aus den Kommentaren bei den entsprechenden Dienststellen hervor.

2200 Generalsekretariat VGD

Auftrag und Zielsetzungen

Das Generalsekretariat ist Stabsstelle des Direktionsvorstehers und wirkt als Koordinations- und Kontrollstelle der Gesamtdirektion. Im weiteren vollzieht das Generalsekretariat als Linienorganisation die hoheitlichen Aufgaben im Bereich des Gesundheitswesens (Kantonsärztlicher Dienst, Kantonszahnärztlicher Dienst, Heil- und Betäubungsmittelkontrolle, Gesundheitsversorgung) und im Bereich des Veterinär- Jagd- und Fischereiwesens. Ebenfalls eingegliedert sind die Wirtschaftsförderung, KMU-Info Baselland sowie die Schlichtungsstellen für Mietangelegenheiten und die Schlichtungsstelle für Diskriminierungsstreitigkeiten des Kantons. Seit 2012 gehört zudem die Wahrnehmung der Eigner-Interessen im Projekt "Deponie Feldreben" zu den Aufgaben. Ein weiterer Aufgabenzuwachs umfasst das "Kompetenzzentrum für Wirtschaftsentwicklung und Standortmarketing".

Der Leistungsbereich des Generalsekretariates umfasst im Wesentlichen:

- die Managementdienstleistungen für die Direktion wie Rechtswesen, Rechnungswesen, Controlling, Personalwesen, Information, sowie allgemeine Kanzleiaufgaben,
- den kantonsärztlichen Dienst,
- den Dienst des Kantonsapothekers / Kontrollstelle für Heil- und Betäubungsmittel,
- den kantonszahnärztlichen Dienst,
- die Gesundheitsversorgung (Gesundheitsplanung und -controlling)
- die Gesundheitsförderung,
- Alter und Gesundheit,
- die Schlichtungsstelle für Mietangelegenheiten,
- die Schlichtungsstelle für Diskriminierungsstreitigkeiten im Erwerbsleben,
- das Veterinär-, Jagd und Fischereiwesen,
- Volkswirtschaft; Wirtschaftsförderung, Kompetenzzentrum für Wirtschaftsentwicklung und Standortmarketing, KMU-Info Baselland.
- Deponie Feldreben: Wahrung der Eigner-Interessen

Das Generalsekretariat arbeitet nach den folgenden Leitsätzen:

- Wir stehen ein für eine hohe Qualität unserer Leistungen zugunsten unserer Kunden.
- Wir handeln in Kenntnis unserer Verantwortung und stehen ein für eine fristgerechte Leistungserbringung.

Erfolgsrechnung (ohne Verpflichtungskredite und Transfers)

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Budget 2014	Abw. Absolut	Abw. %	B
300	Behörden, Kommissionen und Richter	163'147	194'500	198'600	4'100	2%	
301	Löhne des Verw- und Betriebspersonals	5'153'323	5'790'296	5'915'210	124'914	2%	A
304	Zulagen	76'555	66'661	75'177	8'516	13%	
305	Arbeitgeberbeiträge	1'071'769	1'202'474	1'171'521	-30'953	-3%	
306	Arbeitgeberleistungen	756	800	1'000	200	25%	
309	Übriger Personalaufwand	137'798	77'750	69'750	-8'000	-10%	
310	Material- und Warenaufwand	411'609	319'575	323'475	3'900	1%	
311	Nicht aktivierbare Anlagen	10'424	15'350	15'350	0	0%	
312	Ver- und Entsorgung Liegenschaften VV	346	500	500	0	0%	
313	Dienstleistungen und Honorare	822'601	1'057'667	914'167	-143'500	-14%	1
315	Unterhalt Mobilien/immaterielle Anlagen	279					
316	Mieten, Leasing, Pachten, Benützungsgb	23'741	25'500	25'500	0	0%	
317	Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen	108'555	160'700	156'800	-3'900	-2%	
318	Wertberichtigungen auf Forderungen	3'955	4'000	251	-3'749	-94%	
319	Verschiedener Betriebsaufwand	500	500	500	0	0%	
341	Realisierte Kursverluste	1					
342	Kapitalbeschaffungs-/Verwaltungskosten	2'464	200	200	0	0%	
350	Übertrag Fonds FK / StaatsRG	440'000	210'000	210'000	0	0%	
421	Gebühren für Amtshandlungen	-345'281	-348'900	-342'400	6'500	2%	

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Budget 2014	Abw. Absolut	Abw. %	B
424	Benützungsgebühren und Dienstleistungen	-10'033	-10'000	-10'000	0	0%	
425	Erlös aus Verkäufen	-5'962					
426	Rückerstattungen	-31'735	-12'000	-7'000	5'000	42%	
429	Übrige Entgelte	-233		-100'000	-100'000		X 2
430	Verschiedene betriebliche Erträge	-47'965	-41'600	-41'650	-50	0%	
440	Zinsertrag	-10					
443	Liegenschaftenertrag FV	-597'760	-595'000	-595'000	0	0%	
446	Finanzertrag von öff Unternehmungen	-3'700'000	-4'650'000	-4'500'000	150'000	3%	3
447	Liegenschaftenertrag VV	-2'518	-2'500	-2'500	0	0%	
450	Übertrag Fonds FK / StaatsRG	-152'500	-152'500	-152'500	0	0%	
	Total Aufwand	8'427'822	9'126'472	9'078'001	-48'472	-1%	
	Total Ertrag	-4'893'996	-5'812'500	-5'751'050	61'450	1%	
	Ergebnis Erfolgsrechnung (ohne VK und Transfers)	3'533'826	3'313'972	3'326'951	12'978	0%	

- 1 Die geplante Reduktion dieser Kostenart ist durch äusserst restriktive Budgetierung und unter Beachtung der Entwicklung im laufenden Jahr (2013) begründet.
- 2 Einmaliger Mehrertrag aus Auflösung "Ethikkommission".
- 3 Der Verwaltungsrat der Schweizerischen Rheinhäfen hat beschlossen, im Hinblick auf die Ausfinanzierung der Deckungslücke bei der Basellandschaftlichen Pensionskasse, über mehrere Rechnungsjahre hinweg, zusätzliche Rückstellungen zu bilden. Die steigenden Gewinnerwartungen seitens des Kantons mussten dadurch nach unten korrigiert werden.

Transferaufwand und -ertrag

Transfer	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Budget 2014	Abw. Absolut	Abw. %	B
Gesundheitsinstitutionen	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	777'884	1'853'103	1'456'356	-396'747	-21%	1
Verbandsbeiträge	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	23'924	29'900	29'900	0	0%	
Spitalabkommen	361	Entschädigungen an Gemeinwesen & Dritte	-1'311'732					
	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	-55'000					
Abhängigkeitserkrankungen	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	3'726'390	4'880'000	4'480'000	-400'000	-8%	2
	460	Ertragsanteile von Dritten	-937'440	-970'000	-970'000	0	0%	
	461	Entschädigungen von Gemeinwesen & Dritte	-805'517	-950'000	-850'000	100'000	11%	2
	463	Beiträge von Gemeinwesen und Dritten	-90'318	-400'000	-200'000	200'000	50%	3
Prävention	361	Entschädigungen an Gemeinwesen & Dritte	12'000	15'000	15'000	0	0%	
	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	723'284	727'000	756'800	29'800	4%	
	461	Entschädigungen von Gemeinwesen & Dritte	-56'993	-128'500	-101'250	27'250	21%	
Veterinärwesen	361	Entschädigungen an Gemeinwesen & Dritte	8'770	10'000	10'000	0	0%	
	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	17'847	21'070	20'770	-300	-1%	
APH	366	Abschreibungen Investitionsbeiträge	41'364'513		500'000	500'000		X 4
	463	Beiträge von Gemeinwesen und Dritten	-224'844	-210'000	-225'000	-15'000	-7%	
Baselland Tourismus	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	600'000	600'000	600'000	0	0%	
Impfungen	461	Entschädigungen von Gemeinwesen & Dritte	-202'157	-220'000	-220'000	0	0%	

Transfer	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Budget 2014	Abw. Absolut	Abw. %	B
Beiträge an Sanitätsdienste	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	413'000	440'000	423'000	-17'000	-4%	5
Ausserkantonale Hospitalisationen KVG	361	Entschädigungen an Gemeinwesen & Dritte	-2'273'442					
Akutsomatik Kantonsspital BL	361	Entschädigungen an Gemeinwesen & Dritte			118'548'000	118'548'000		X 6
	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	124'389'752	115'100'000		-115'100'000	-100%	6
Standortpolitik	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte		1'500'000	1'500'000	0	0%	
Rehabilitation Kantonsspital BL	361	Entschädigungen an Gemeinwesen & Dritte			8'666'000	8'666'000		X 7
	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte		8'295'000		-8'295'000	-100%	7
Akutsomatik Privatspitäler BL	361	Entschädigungen an Gemeinwesen & Dritte			10'476'000	10'476'000		X 8
	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	12'471'410	11'900'000		-11'900'000	-100%	8
Akutsomatik UKBB	361	Entschädigungen an Gemeinwesen & Dritte			9'076'000	9'076'000		X 9
	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	8'051'158	9'800'000		-9'800'000	-100%	9
Akutsomatik Spitäler BS	361	Entschädigungen an Gemeinwesen & Dritte	55'274'795	40'300'000	95'039'000	54'739'000	136%	10
	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	35'617'800	39'900'000		-39'900'000	-100%	10
Rehabilitation Spitäler BS	361	Entschädigungen an Gemeinwesen & Dritte	2'730'705	1'730'000	8'906'000	7'176'000	415%	11
	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	6'847'535	6'965'000		-6'965'000	-100%	11
Akutsomatik Spitäler and. Kt. und Ausl.	361	Entschädigungen an Gemeinwesen & Dritte	13'833'426	11'850'000	14'686'000	2'836'000	24%	12
Rehabilitation Spitäler and. Kt. und Aus	361	Entschädigungen an Gemeinwesen & Dritte	-1'130		9'290'000	9'290'000		X 13
	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	8'932'527	8'660'000		-8'660'000	-100%	13
Psychiatrie BL	361	Entschädigungen an Gemeinwesen & Dritte			26'545'000	26'545'000		X 14
	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	27'056'638	28'300'000		-28'300'000	-100%	14
Psychiatrie Private BL	361	Entschädigungen an Gemeinwesen & Dritte			631'000	631'000		X 15
	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	630'085	1'375'000		-1'375'000	-100%	15
Psychiatrie BS	361	Entschädigungen an Gemeinwesen & Dritte	3'222'486	2'760'000	5'890'000	3'130'000	113%	16
	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	2'686'897	2'780'000		-2'780'000	-100%	16
Psychiatrie and. Kt. und Ausl.	361	Entschädigungen an Gemeinwesen & Dritte	76'620	64'000	4'751'000	4'687'000	>1000%	17
	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	3'894'817	3'680'000		-3'680'000	-100%	17
GWL Kantonsspital BL	361	Entschädigungen an Gemeinwesen & Dritte			14'900'000	14'900'000		X 18
	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	13'191'000	13'190'000		-13'190'000	-100%	18
GWL Psychiatrie BL	361	Entschädigungen an Gemeinwesen & Dritte			8'000'000	8'000'000		X 19
	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	5'744'388	8'500'000		-8'500'000	-100%	19

Transfer	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Budget 2014	Abw. Absolut	Abw. %	B
GWL UKBB	361	Entschädigungen an Gemeinwesen & Dritte			5'451'000	5'451'000	X	20
	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	7'455'235	6'286'000		-6'286'000	-100%	20
GWL Private BL	361	Entschädigungen an Gemeinwesen & Dritte			345'000	345'000	X	21
	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	417'501	460'000		-460'000	-100%	21
Wildschäden	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	256'178	220'500	221'000	500	0%	
	463	Beiträge von Gemeinwesen und Dritten	-59'127	-59'000	-59'000	0	0%	
MUBA 64+	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	56'005	51'000	55'000	4'000	8%	
Uni.-Kinderspital b. Basel (UKBB)	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	485'599					
Sockelbeitrag Zuzatversicherte	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	-403'794					
Reg. Heilmittellinsp. NW-CH (RHI)	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	6'395	20'000	10'000	-10'000	-50%	
Beiträge Kinder- und Jugendzahnpflege	361	Entschädigungen an Gemeinwesen & Dritte	1'341'350	1'550'000	1'500'000	-50'000	-3%	
metrobasel	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	75'000	75'000		-75'000	-100%	22
Regressforderungen Unfall	461	Entschädigungen von Gemeinwesen & Dritte			-1'000'000	-1'000'000	X	23
Total Transferaufwand			378'367'816	333'887'573	352'777'826	18'890'253	6%	
Total Transferertrag			-2'376'396	-2'937'500	-3'625'250	-687'750	-23%	
Transfers (Netto)			375'991'420	330'950'073	349'152'576	18'202'503	6%	

- 1 Aufgrund der Auswertung der Statistik und der Quartalsabrechnung konnte gegenüber Budget 2013 bei der Akut- und Übergangspflege eine Reduktion in Höhe von CHF 500'000 vorgenommen werden. Im Gegenzug mussten die Beiträge an das Krebsregister aufgrund neuem Krebsregistergesetz sowie dem Wegfall von Bundesbeiträgen um CHF 95'000 erhöht werden. Auch die Beiträge an den Interverband für Rettungswesen (IVR) sowie an die Gesundheitsdirektorenkonferenz (GDK) mussten aufgrund Empfehlungen der GDK sowie aufgrund des Bevölkerungswachstums moderat nach oben angepasst werden.
- 2 Entsprechend dem anhaltenden Trend der verminderten Nachfrage, wurde sowohl der Aufwand wie auch die Rückerstattung der Gemeinden (25%) entsprechend nach unten angepasst.
- 3 Verminderung der Refinanzierungen von Drogentherapien aufgrund des Rückganges von IV-Rentnern in der Therapie.
- 4 Für das Jahr 2013 wurden die Investitionsbeiträge an Alters- und Pflegeheime in die Investitionsrechnung transferiert. Im Jahre 2014 müssen erstmals entsprechende Abschreibungen vorgenommen werden. Diese orientieren sich sowohl vom Zeitpunkt wie auch von der Abschreibungsdauer an den bedingten Rückzahlungspflichten auf Seiten der Beitragsempfänger. Nach den Regelungen von HRM2 haben die Abschreibungen von Investitionsbeiträgen in dieser Kostenart zu erfolgen.
- 5 Mit dem Sanitätsdienst Käch AG konnte für die Jahre 2012 und 2013 ein leicht verbessertes Verhandlungsergebnis erzielt werden. Wir gehen davon aus, dass die aktuelle Beitragssituation mit den Sanitätsdiensten für das Jahr 2014 beibehalten werden kann.
- 6 Das KSBL stellt ein Leistungsziel von 23636 Patientenfälle in Aussicht (inklusive der seit 2013 nicht mehr vom Kanton mitzufinanzierenden Unfallfälle). Gemäss Hochrechnung der Fälle des 1. Trimesters sind davon 21'546 als KVG Fälle mitzufinanzieren, was einem Anstieg von 4.1 % gegenüber 2012 bedeutet. Die Baserate reduziert sich dafür geringfügig (2012 10'175, 2013 10'140, 2014 10'100). In der Rechnung 2012 wird die Rehabilitation noch nicht separat ausgewiesen.
- 7 Rehabilitation KSBL gemäss Pflorgetage erstes Trimester und Jahresprognose KSBL geringfügig höher als Budget 2013. Das 2012 ist noch zusammen mit Akutsomatik ausgewiesen.
- 8 Gemäss Angaben der Kliniken und der Hochrechnung aus dem ersten Trimester gehen die Privatkliniken eher von einer geringeren Anzahl der Patientenfälle für Patienten aus dem Kanton Basel-Landschaft aus.
- 9 Beim UKBB wirken sich die per Verordnung zum Invalidenversicherungsgesetz auferlegte Mitfinanzierung der IV-Fälle durch die Kantone mit rund CHF 1 Mio. aus, da im Vergleich zu anderen Kliniken das UKBB eine relativ hohe Anzahl von IV-Fällen behandelt. Daher fällt der Beitrag höher aus als in der RG 2012 IV-Fälle unter GWL. Die Einschätzung der Anzahl IV-Fälle sollte sich aber gegenüber Budget 2013 etwas positiver gestalten.
- 10 Das Unispital Basel hat im Jahr 2012 einen relativ hohen Anteil an BL Patienten aufweisen können. Gemäss Hochrechnung aus dem ersten Trimester fallen die Zahlen etwas geringer aus. Im Gegensatz zur Entwicklung im Unispital Basel zeichnet sich im ersten Trimester dafür bezüglich Fallzahlen in den Privatkliniken BS ein Zuwachs ab. In der Summe wirkt sich der Anstieg der Fallzahlen in Privatkliniken stärker aus. Zudem wurden für die ab 2014 geltende "volle Freizügigkeit" mit Basel-Stadt die approximativen Mehrkosten von CHF 1.0 Mio. aufgenommen.

- 11 Eine Kostensenkung kommt aufgrund der geringeren Schweregrade in der REHAB zustande. Die schweren Unfallfälle müssen nicht mehr mitfinanziert werden. Jedoch ist für das Felix Platterspital ein Pflgegetagewachstum gemäss erstem Trimester zu erwarten, so dass in der Summe die Kostenreduktion wieder praktisch ausgeglichen wird. Ausserdem mussten für die ab 2014 geltende "volle Freizügigkeit" mit Basel-Stadt die approximativen Mehrkosten von CHF 0.2 Mio. aufgenommen werden.
- 12 In der Summe der Spitalversorgung bei übrigen Klinken CH ist gemäss Hochrechnung ein Anstieg der Fallzahlen zu erwarten. Hauptsächlich im Bereich der hochspezialisierten teuren Fälle.
- 13 Aufgrund der Trimesterzahlen und den Prognosen der Reha Rheinfelden und Barmelweid sind leicht höhere Intensitäten der Behandlungen zu erwarten.
- 14 Die Psychiatrie BL weist für das Jahr 2012 eine sehr hohe Auslastung aus. Die eigene Erwartung und die Hochrechnung des ersten Trimesters 2013 lässt für 2014 eine geringere Auslastung erwarten.
- 15 Der Psychiatrieanteil der gemischten Privatkliniken BL (somatisch und psychiatrisch) ist bei der Umsetzung der neuen Spitalfinanzierung als zu hoch angenommen worden, da ein Grossteil der Pflgegetage bereits mittels Fallpauschalen abgerechnet werden.
- 16 Bei der Position Psychiatrie BS wird eine Tarifierhöhung der Universitären Psychiatrischen Kliniken (UPK) wirksam. Die Fallzahlen sollten in etwa dem Budget 2012 entsprechen.
- 17 Psychiatrische Behandlungen in Kliniken der CH werden gemäss Statistik und Abrechnung des ersten Trimesters 2013 zunehmen.
- 18 Die notwendige Budgeterhöhung ist bedingt durch die Aufrechterhaltung der Gynäkologie und Geburtshilfe am Standort Laufen (bis Ende 2014) und die Medizinische Notrufzentrale. Der GWL-Beitrag wird ab 2015 wieder um CHF 1.4 Mio. tiefer ausfallen.
- 19 Reduktion in Folge Umsetzung der Kompensationsmassnahme (EP 12/15) im Umfang von CHF 0.5 Mio.
- 20 Reduktion in Folge Umsetzung Kompensationsmassnahme (EP 12/15) im Umfang von CHF 0.48 Mio. sowie Budgettransfer (zur BKSD) für die Einschulung von Kindern und Jugendlichen während dem Spitalaufenthalt in Höhe von CHF 0.35 Mio.
- 21 Reduktion in Folge Umsetzung Kompensationsmassnahme (EP 12/15) und aufgrund der voraussichtlich geringfügigen Reduktion der Ausbildungstätigkeiten (Vollzeitäquivalent).
- 22 Am 29. Januar 2013 hat der Regierungsrat beschlossen (RRB Nr. 202), auf die Verlängerung der Mitgliedschaft des Kantons Basel-Landschaft beim Verein "metrobasel" ab 1. Januar 2014 zu verzichten.
- 23 Approximativ erwartete Aufwendentlastung im Rahmen der Massnahme VGD-N-3 "Regressforderungen Unfall" des Entlastungsprogrammes (EP 12/15).

Verpflichtungskredite

Verpflichtungskredit	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Budget 2014	Abw. Absolut	Abw. %	B
Baselland Tourismus 09-12	36	Transferaufwand	600'000					
Weiterb. Assist.ärzte in Praxen (-2011)	36	Transferaufwand	-4'329					
Gesetzl. Schwangerschaftsberatung 09-12	36	Transferaufwand	228'300					
Aids-Hilfe/Frauen-Oase 10-13	36	Transferaufwand	265'000	260'000		-260'000	-100%	1
Zentrum Selbsthilfe 2012-14	36	Transferaufwand	100'000	100'000	100'000	0	0%	
Gesundes Körpergewicht 2012-2015	31	Sach- und übriger Betriebsaufwand	81'068	193'000	202'500	9'500	5%	
	46	Transferertrag	-56'993	-96'500	-101'250	-4'750	-5%	
		Total	24'076	96'500	101'250	4'750	5%	
Weiterb. Assi.ärzte in Praxen (2012-14)	36	Transferaufwand	206'693	250'000	250'000	0	0%	
Standortpolitische Massnahmen 2013	36	Transferaufwand		1'500'000		-1'500'000	-100%	2
Baselland Tourismus 2013-2016	36	Transferaufwand		600'000	600'000	0	0%	
Gesetzl. Schwangerschaftsberatung 13-16	36	Transferaufwand		210'000	224'500	14'500	7%	
Standortpolitische Massnahmen 2014-2017	36	Transferaufwand			1'500'000	1'500'000		X 2
Aids-Hilfe/Frauen-Oase 14-17	36	Transferaufwand			262'500	262'500		X 1
GWL Kantonsspital BL 2014 bis 2016	36	Transferaufwand			14'900'000	14'900'000		X 3
GWL Psychiatrie BL 2014 bis 2016	36	Transferaufwand			8'000'000	8'000'000		X 3
GWL UKBB 2014 bis 2015	36	Transferaufwand			5'451'000	5'451'000		X 3

Verpflichtungskredit	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Budget 2014	Abw. Absolut	Abw. %	B
Weiterbild. AA in Privatspit. BL 2014-16	36	Transferaufwand			345'000	345'000	X	3
Total Verpflichtungskredite Aufwand			1'476'732	3'113'000	31'835'500	28'722'500	923%	
Total Verpflichtungskredite Ertrag			-56'993	-96'500	-101'250	-4'750	-5%	
Total Verpflichtungskredite (netto)			1'419'740	3'016'500	31'734'250	28'717'750	952%	

- 1 Auslaufen des bisherigen Verpflichtungskredites und unveränderte Neuauflage ab 2014. Diese beiden Positionen sind zusammen zu betrachten.
- 2 Die Wirtschaftsoffensive BL wird in zwei unterschiedlichen Positionen (Innenaufträgen) abgebildet, da ein Teil nur das Jahr 2013 und der andere Teil die Jahre 2014 bis 2017 betrifft. Diese beiden Positionen sind thematisch jedoch zusammen zu betrachten.
- 3 Sämtliche Gemeinwirtschaftlichen und besonderen Leistungen (GWL) werden ab 2014 als Verpflichtungskredite geführt, weshalb diese Positionen nicht nur im Abschnitt "Transferaufwand" sondern zusätzlich auch im Abschnitt "Verpflichtungskredite" abgebildet werden. Bezüglich der Erläuterungen zu den einzelnen Vorhaben verweisen wir auf die Kommentare Nr. 18 bis 21 im Abschnitt Transferaufwand.

Investitionen

Investitionsvorhaben	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Budget 2014	Abw. Absolut	Abw. %	B
APH-Investitionsbeiträge	56	Eigene Inv.-Beitr.		44'000'496	35'000'000	-9'000'496	-20%	1
Beteiligung UKBB	55	Beteil. und Grundkapitalien		11'000'000		-11'000'000	-100%	2
Total Investitionsausgaben				55'000'496	35'000'000	-20'000'496	-36%	
Total Investitionseinnahmen								
Total Nettoinvestitionen				55'000'496	35'000'000	-20'000'496	-36%	

- 1 Der Rückgang ist auf die Abnahme der Anzahl laufender Projekte im Vergleich zum Vorjahr zurückzuführen.
- 2 Die Abwicklung der Gebäudeübertragung an das Universitäts-Kinderspital beider Basel mit Aktivtausch auf Beteiligungen im Verwaltungsvermögen berührt nur die buchhalterischen Zahlen des Jahres 2013.

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2012	Sollstellenplan 2013	Sollstellenplan 2014	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	41.3	46.1	48.0	1.9	4.1%

+ 1.0 Stelle (Ü-7) Transfer vom Landwirtschaftlichen Zentrum Ebenrain und vom Amt für Geoinformation zum Generalsekretariat VGD als Folge der Zentralisierung im Rechnungswesen.

- 0.5 Stelle (Ü-2) Transfer von GSK zu FKD / Zentralisierung Personalwesen / Dienstleistungszentrum.

+ 1.4 befristete überjährige (für 2014 und 2015) Stellen für Projekt Revision GebPA (Gesetz für die Betreuung und Pflege im Alter).

Jahresprogramm

2200.003 Erneuerung des Verpflichtungskredits für die Tourismusförderung

Am 10. Januar 2013 hat der Landrat gestützt auf die LRV 2012 / 314 für Beiträge an den Verein "Baselland Tourismus" für die Jahre 2013 bis und mit 2016 einen Verpflichtungskredit über insgesamt CHF 2.4 Mio. beschlossen. Die Jahrestanche für das Jahr 2014 beträgt (unverändert) CHF 600'000.

2200.007 Kompetenzzentrum für Wirtschaftsentwicklung und Standortmarketing

Im Projekt Wirtschaftsoffensive konnte die erste Phase Mitte 2013 erfolgreich abgeschlossen werden. Die erarbeiteten Konzepte (Bodenpolitik, Arealentwicklung, Key Account Management und One stop-shop) gelangen in der zweiten Phase, also bis Sommer 2014, zur Umsetzung. Im Vordergrund steht dabei der Start eines One-Stop-Shops im Pilotbetrieb für die Begleitung von ansiedlungs- und gründungswilligen Unternehmen wie auch für bereits ansässige Unternehmen. Daneben werden die priorisierten Areale im Kanton mit den Eigentümern und den Standortgemeinden weiterentwickelt sowie die Kommunikation und

Vermarktungsaktivitäten weiter verstärkt.

2200.008 Monitoring der stationären Spitalversorgung der Nordwestschweizer Kantone

Mit dem Projekt zur Überprüfung der Erfüllung der Leistungsaufträge hinsichtlich Qualität und Wirtschaftlichkeit in Zusammenarbeit der vier Nordwestschweizer Kantone AG, BL, BS und SO sollen die Planungs- und Entscheidungsgrundlagen für die Gesundheitsversorgung der Nordwestschweiz aktualisiert werden. Weiterführung des Versorgungsberichts der vier Kantone vom Oktober 2010. Das Monitoring schafft die Basis für allfällige Entscheidungen bezüglich Angebotskonzentration, Diversifizierung und Spezialisierung über die Kantonsgrenzen hinweg.

Der Dienstleistungsauftrag an Dritte wurde nach GATT/WTO ausgeschrieben. Aufgrund des Auftrages aus dem Krankenversicherungsgesetz (Art. 39 Abs. 1 lit.d KVG), welcher eine von mehreren Kantonen gemeinsam aufgestellten Planung für eine bedarfsgerechte Spitalversorgung fordert wurde dieses Vorgehen zur Versorgungssicherung und Kostenoptimierung als notwendig erachtet. Der Entscheid für die Vergabe des Dienstleistungsauftrags wurde am 4. Juni 2013 per RRB vom Regierungsrat vorgenommen. Der Projektstart wird auf Ende Juni 2013 festgelegt und mit Zwischenbericht (Juni 2014) per Mitte 2015 abgeschlossen.

2200.009 Neue Spitalfinanzierung

Das Controlling bei der neuen Spitalfinanzierung wird weiterentwickelt. Die neue Spitalfinanzierung verhindert bei einigen aktuell als gemeinwirtschaftlich oder als besonders taxierten Leistungen eine "korrekte" Finanzierung. Dies ist insbesondere bei den Leistungen der ärztlichen Ausbildung der Fall. Die unbefriedigende Situation soll bundesweit einheitlich gelöst werden. Ein Lösungsvorschlag der Schweiz. Konferenz der kantonalen Gesundheitsdirektorinnen und -direktoren (GDK) liegt den Kantonen zur Vernehmlassung vor. Im Bereich der gemeinwirtschaftlichen Leistungen sind in den Verhandlungen mit den Spitälern Einsparungen umzusetzen.

Die im Krankenversicherungsgesetz (KVG) per 1. Januar 2012 eingeführte freie Spitalwahl erfordert eine periodische Überprüfung der Spitalliste und der Wirtschaftlichkeit, wobei die Veränderungen bei den Patientenströmen und der Angebote der Leistungserbringer zu berücksichtigen sind. Die erste Überarbeitung der Spitalliste ist per 2015 vorgesehen und steht in engem Zusammenhang mit dem Projekt Monitoring der Patientenströme. Zur Überprüfung der Wirtschaftlichkeit werden in einem Projekt mit den Kantonen Aargau, Basel-Stadt und Solothurn einheitliche Kriterien geschaffen, um die Tarife und Baserates nach einheitlichem Mass zu genehmigen.

2200.010 Rettungswesen

Das Rettungswesen erfordert grundlegende Anpassungen sowohl in den gesetzlichen Grundlagen wie auch bei den Leitungsstrukturen und den Leistungsverträgen. Gemeinsam mit der SID wird nach Wegen gesucht, alle Blaulichtdienste unter einem Dach zu vereinigen.

A 2200.011 Alterspolitik

Auf der Basis der strategischen Grundlagen der Senioren- und Alterspolitik (Leitbild Alter) werden die Entwicklung von Massnahmen in folgenden, vom Regierungsrat festgelegt als prioritär zu bearbeitende Handlungsfelder, vorangetrieben. Im Handlungsfeld "Dienstleistung und Pflege" mit der Erstellung von kantonalen Konzepten zur Nationalen Strategie Palliative Care und Demenz. Im Handlungsfeld "Wohnen im Alter" mit der Massnahmenplanung zur Förderung des altersgerechten Wohnens in Verbindung mit Dienst- und Pflegeleistungen. Des Weiteren wird eine Überprüfung der bisherigen Subventionierungspraxis der Alters- und Pflegeheime und Vorbereitungsarbeiten für eine allfällige Gesetzesanpassung des Gesetzes über die Betreuung und Pflege im Alter eingeleitet (Projekt Revision GeBPA mit befristeten überjährigen 140 Stellenprozenten für 2014 und 2015). Im Handlungsfeld "Information und Koordination in Gemeinden und Kanton" wird der Kanton neben der Fortsetzung des kantonalen Runden Tisches für Altersfragen seine Koordinationsrolle verstärkt wahrnehmen.

2200.012 Revision Schulgesundheitsgesetz

Aufgrund der Ergebnisse der Evaluation des schulärztlichen Angebots im Kanton BL wird die Anpassung des Angebots auf der Stufe der Schulen und der SchulärztInnen umgesetzt. Dem Landrat wird das revidierte Schulgesundheitsgesetz vorgelegt.

2200.013 Fischereibiologische Untersuchungen von Gewässern

Die Gewässer müssen in periodischen Abständen auf die fischereiliche Ertragsfähigkeit untersucht werden. Diese Angaben sind notwendig für die Besatzplanung und Festlegung der Pachtzinsen. Im Jahr 2013 erfolgt der erste Teil der Untersuchungen, im Jahr 2014 der zweite Teil.

2201 Amt für Industrie, Gewerbe und Arbeit (KIGA)

Auftrag und Zielsetzungen

Als öffentlicher Dienstleistungsbetrieb, dessen Hauptaufgaben in den Bereichen Arbeitsmarkt, Industrie, Handel und Gewerbe, aber auch im Konsumentenschutz und in der Wohnbauförderung liegen, steht das KIGA Baselland an einer der zentralen Schnittstellen des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens.

Die Abteilung Arbeitsbedingungen erteilt Arbeitsbewilligungen für ausländische Personen, dazu gehören auch die Grenzgängerbewilligungen. Zur Arbeitsaufsicht gehören Kontrollen, wie unter anderem innerhalb der Personenfreizügigkeit gefordert, oder die Bekämpfung der Schwarzarbeit. Das Arbeitsinspektorat setzt sich mit dem Gesundheitsschutz und der Sicherheit am Arbeitsplatz auseinander. Das Messwesen und die Kalibrierstelle gehören ebenfalls zu dieser Abteilung. Eine weitere wesentliche Dienstleistung für Handel und Industrie ist mit der regionalen Konformitätsbewertungsstelle im Aufbau.

Der Schutz der Arbeitnehmenden steht im Zentrum der Abteilung Arbeitsrecht/Arbeitnehmerschutz. Eine wichtige Basis dafür ist das Arbeitsgesetz. Die Überwachung von Verleih- und Vermittlungsfirmen, die Kontrolle der berufsmässigen Chauffeure und die arbeitsvertragliche Rechtsauskunft sind weitere Aufgaben in diesem Bereich. Die Abteilung ist zudem zuständig für die Einhaltung der Sonn- und Feiertagsruhe, überwacht den Verkauf und die Lagerung von Feuerwerk, überprüft die Preisanschriften in Werbung und Verkaufsgeschäften und betätigt sich im Bereich der Wohnbauförderung.

Erfolgsrechnung (ohne Verpflichtungskredite und Transfers)

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Budget 2014	Abw. Absolut	Abw. %	B
300	Behörden, Kommissionen und Richter	7'128	5'500	8'500	3'000	55%	
301	Löhne des Verw- und Betriebspersonals	3'623'020	3'819'468	3'965'177	145'709	4%	A
304	Zulagen	76'753	65'558	66'367	808	1%	
305	Arbeitgeberbeiträge	904'349	1'092'523	1'123'499	30'975	3%	1
309	Übriger Personalaufwand	19'110	33'200	31'640	-1'560	-5%	
310	Material- und Warenaufwand	70'548	92'400	68'875	-23'525	-25%	
311	Nicht aktivierbare Anlagen	42'515	51'600	48'100	-3'500	-7%	
312	Ver- und Entsorgung Liegenschaften VV		100	100	0	0%	
313	Dienstleistungen und Honorare	80'328	22'150	19'150	-3'000	-14%	
314	Baulicher und betrieblicher Unterhalt	1'405					
315	Unterhalt Mobilien/immaterielle Anlagen	22'592	19'000	20'800	1'800	9%	
316	Mieten, Leasing, Pachten, Benützungsgb	42'091	36'300	41'600	5'300	15%	
317	Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen	59'226	74'300	59'400	-14'900	-20%	
318	Wertberichtigungen auf Forderungen	29'288	15'000	15'000	0	0%	
319	Verschiedener Betriebsaufwand	4'603		200	200	X	
340	Zinsaufwand	3'876	3'600	4'000	400	11%	
341	Realisierte Kursverluste	579	300	600	300	100%	
342	Kapitalbeschaffungs-/Verwaltungskosten	1'202	1'000	1'200	200	20%	
390	Int Fakturen Material- und Warenbezüge	2'610		2'610	2'610	X	
391	Int Fakturen Dienstleistungen	21'453	23'227	21'127	-2'100	-9%	
392	Int Fakturen Pacht, Mieten, Benützungsko	8'144	7'784	8'144	360	5%	
421	Gebühren für Amtshandlungen	-1'369'368	-1'263'500	-926'200	337'300	27%	2
425	Erlös aus Verkäufen	-18'951	-16'300	-16'600	-300	-2%	
426	Rückerstattungen	-1'406	-2'000	-2'000	0	0%	
429	Übrige Entgelte	-732		-1'000	-1'000	X	
440	Zinsertrag	-72	-250	-250	0	0%	
450	Übertrag Fonds FK / StaatsRG	-5'000	-5'000	-5'000	0	0%	
	Total Aufwand	5'020'819	5'363'011	5'506'088	143'077	3%	
	Total Ertrag	-1'395'529	-1'287'050	-951'050	336'000	26%	
	Ergebnis Erfolgsrechnung (ohne VK und Transfers)	3'625'290	4'075'961	4'555'038	479'077	12%	

- 1 Der Wegfall des Kürzungswegkaufs bei vorzeitiger Pensionierung, sowie der zusätzliche Arbeitgeberbeitrag an die Krankentaggeldversicherung sind für die Abweichung verantwortlich.
- 2 Seit dem 1. Juni 2002 werden die Grenzgängerbewilligungen mit einer Gültigkeitsdauer von 5 Jahren erstellt. Aufgrund der fehlenden Verlängerungswelle muss daher mit einem Minderertrag gerechnet werden.

Transferaufwand und -ertrag

Transfer	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Budget 2014	Abw. Absolut	Abw. %	B
Arbeitsrecht	360	Ertragsanteile an Dritte	90'930	100'000	100'000	0	0%	
	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	4'879'849	4'770'100	4'978'300	208'200	4%	
	461	Entschädigungen von Gemeinwesen & Dritte	-1'309'219	-1'313'897	-1'275'900	37'997	3%	
Eichstätte	360	Ertragsanteile an Dritte	12'333	16'000	15'000	-1'000	-6%	
	361	Entschädigungen an Gemeinwesen & Dritte	20'288	8'000	10'000	2'000	25%	
Volkswirtschaft	361	Entschädigungen an Gemeinwesen & Dritte	70'583	58'500		-58'500	-100%	1
	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	1'908'510	1'680'000	398'750	-1'281'250	-76%	2
	461	Entschädigungen von Gemeinwesen & Dritte	-170'000	-190'000	-280'000	-90'000	-47%	3
Total Transferaufwand			6'982'493	6'632'600	5'502'050	-1'130'550	-17%	
Total Transferertrag			-1'479'219	-1'503'897	-1'555'900	-52'004	-3%	
Transfers (Netto)			5'503'273	5'128'704	3'946'150	-1'182'554	-23%	

- 1 Die Verwaltungskostenentschädigung der Sozialversicherungsanstalt BL für den Vollzug der Familienzulagen Nichterwerbstätige wird an die Abteilung Finanz- und Volkswirtschaft der Finanz- und Kirchendirektion abgetreten.
- 2 Abtretung der Finanzierung der Familienzulagen Nichterwerbstätige an die Abteilung Finanz- und Volkswirtschaft der Finanz- und Kirchendirektion.
- 3 Kostenentschädigung des Bundes für die Kontrolltätigkeit im Rahmen der Bekämpfung der Schwarzarbeit.

Verpflichtungskredite

Verpflichtungskredit	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Budget 2014	Abw. Absolut	Abw. %	B
Bekämpfung Schwarzarbeit 2011-2013	36	Transferaufwand	340'000	380'000		-380'000	-100%	1
	46	Transferertrag	-170'000	-190'000		190'000	100%	1
		Total	170'000	190'000		-190'000	-100%	
Bekämpfung Schwarzarbeit 14-	36	Transferaufwand			380'000	380'000	X	1
	46	Transferertrag			-190'000	-190'000	X	1
		Total			190'000	190'000	X	
Total Verpflichtungskredite Aufwand			340'000	380'000	380'000	0	0%	
Total Verpflichtungskredite Ertrag			-170'000	-190'000	-190'000	0	0%	
Total Verpflichtungskredite (netto)			170'000	190'000	190'000	0	0%	

- 1 Die Weiterführung bzw. Neuauflage des Ende 2013 auslaufenden Verpflichtungskredites in unverändertem Umfang ist geplant.

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2012	Sollstellenplan 2013	Sollstellenplan 2014	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	35.1	36.9	37.7	0.8	2.2%

Die Wahrnehmung der Arbeitszeitkontrollen in den Betrieben sowie die Überprüfung der Zeitwirtschaft im Kantonsspital Baselland mit anschliessender Kontrolle der Einhaltung der Arbeits- und Ruhezeiten erfordert eine zusätzliche 80% Stelle (s/Jahresprogramm punkt 2201.003).

Jahresprogramm

2201.001 Arbeitsmarktliche Kontrolltätigkeit

Ende 2013 läuft die Leistungsvereinbarung mit der Zentralen Arbeitsmarktkontrolle ZAK zur Bekämpfung der Schwarzarbeit im Baugewerbe aus. Eine am 16. Mai 2013 eingereichte parlamentarische Initiative mit dem Titel "Gesetz über den Vollzug des Bundesgesetzes gegen die Schwarzarbeit sowie die Einsetzung der Tripartiten Kommission", welche der Bekämpfung der Schwarzarbeit eine revidierte, verbesserte gesetzliche Basis geben will, ist in Bearbeitung. Es ist davon auszugehen, dass die neuen Gesetzesbestimmungen ab 1. Januar 2014 Geltung haben werden. Sie werden neue und zusätzliche Herausforderungen an die zuständigen Bereiche im KIGA Baselland stellen.

2201.002 E-Government

Mit der Anwendung ePublic betreibt das KIGA Baselland seit 2002 die erste eGovernment-Lösung im Kanton Basel-Landschaft. ePublic war Pilotprojekt im Rahmen der eGovernment-Strategie der Kantonalen Verwaltung und - neben Zürich - auch schweizweit die erste sich in Anwendung befindende Applikation in diesem Bereich. ePublic ermöglicht den im Kanton Basel-Landschaft ansässigen Unternehmungen die einfache und effiziente Verwaltung ihrer Grenzgängerbewilligungen. Gleichzeitig sichert die Anwendung dem Kanton den rechtskonformen Bewilligungsvollzug und die Erträge aus Gebühren. Insgesamt nutzen aktuell rund 1'400 im Kanton tätige Unternehmungen die Anwendung als registrierte Benutzer und führen jährlich im Mittel 11'400 Transaktionen aus. ePublic wurde in der Vergangenheit mehrmals nur punktuell und damit kostengünstig an die veränderten gesetzlichen Rahmenbedingungen angepasst. Um die Zukunftsfähigkeit der Anwendung längerfristig sicherzustellen, wurde schon per 2012 ins Auge gefasst, ePublic umfassend an die heutigen Gegebenheiten und Erfordernisse anzupassen. Aufgrund des zur Verfügung stehenden Budgets konnte das Vorhaben 2012 jedoch nicht realisiert werden. Es wurde deshalb erneut im Budget 2013 eingestellt, wo es aber wiederum herausgestrichen wurde. Unter den Zielsetzungen der Wirtschaftsoffensive Baselland ist dieses Update jedoch nun nicht mehr weiter verschiebbar und soll 2014 realisiert werden.

A 2201.003 Arbeitszeitkontrollen ArG

Die vom Gesetz verlangte Durchführung von Arbeitszeitkontrollen gestaltet sich zunehmend aufwändiger. Mit den bestehenden Ressourcen ist das KIGA Baselland an die Belastungslimite gekommen und droht, in Verzug zu kommen. Der Stellenetat soll deshalb per 1. Januar 2014 um 80 Stellenprozent erhöht und damit die Kontrolltätigkeit konsolidiert werden.

2202 Abteilung Öffentliche Arbeitslosenkasse (KIGA)

Auftrag und Zielsetzungen

Die Öffentliche Arbeitslosenkasse unterstützt Stellensuchende mit Arbeitslosengeldern. Arbeitnehmende erhalten bei einem Konkurs ihres Arbeitgebers Leistungen aus der Insolvenzentschädigung. Firmen gewährt die Öffentliche Arbeitslosenkasse Schlechtwetter- oder Kurzarbeitsentschädigungen.

Die Aufwendungen der öffentlichen Arbeitslosenkasse werden vollumfänglich durch Bundesbeiträge aus dem Fonds der Arbeitslosenversicherung entschädigt. Dies bedeutet, dass dem Kanton alle Aufwendungen für Personal, Raum und Administration - bis auf eine allfällige Trägerhaftung - vergütet werden.

Erfolgsrechnung (ohne Verpflichtungskredite und Transfers)

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Budget 2014	Abw. Absolut	Abw. %	B
301	Löhne des Verw- und Betriebspersonals	2'776'979	2'706'818	2'896'813	189'994	7%	
304	Zulagen	50'372	30'999	34'242	3'243	10%	
305	Arbeitgeberbeiträge	465'262	441'439	477'957	36'518	8%	
313	Dienstleistungen und Honorare	5'353	5'000	4'000	-1'000	-20%	
392	Int Fakturen Pacht, Mieten, Benützungsko	143'663	143'663	143'663	0	0%	
	Total Aufwand	3'441'629	3'327'920	3'556'675	228'755	7%	
	Total Ertrag						
	Ergebnis Erfolgsrechnung (ohne VK und Transfers)	3'441'629	3'327'920	3'556'675	228'755	7%	

Transferaufwand und -ertrag

Transfer	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Budget 2014	Abw. Absolut	Abw. %	B
Arbeitsrecht	461	Entschädigungen von Gemeinwesen & Dritte	-3'441'629	-3'327'920	-3'556'675	-228'755	-7%	
Total Transferaufwand								
Total Transferertrag			-3'441'629	-3'327'920	-3'556'675	-228'755	-7%	
Transfers (Netto)			-3'441'629	-3'327'920	-3'556'675	-228'755	-7%	

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2012	Sollstellenplan 2013	Sollstellenplan 2014	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	29.9	30.6	30.6	0.0	0.0%

2203 Arbeitsvermittlung/Logistik arbeitsmarktliche Massnahmen/ Amtsstelle AVIG (KIGA)

Auftrag und Zielsetzungen

In diesem Profitcenter sind die umfangreichen Dienstleistungen erfasst, welche das KIGA Baselland nebst den finanziellen Leistungen der Öffentlichen Arbeitslosenkasse im Vollzug der Arbeitslosenversicherung erbringt. Es sind dies die Beratung und Vermittlung der Stellensuchenden in den Regionalen Arbeitsvermittlungszentren, deren Unterstützung mit Bildungs- und Beschäftigungsmassnahmen, sowie diverse Sonderfunktionen (Vorentscheide zu Kurzarbeits- und Schlechtwetterentschädigungen, sogenannte „Überweisungen zum Entscheid“ etc.). Die Aufwendungen der Regionalen Arbeitsvermittlungszentren, der Logistik arbeitsmarktliche Massnahmen und der Amtsstelle AVIG (Bundesgesetz über die obligatorische Arbeitslosenversicherung und die Insolvenzenschädigung) werden vollumfänglich durch Bundesbeiträge aus dem Fonds der Arbeitslosenversicherung entschädigt. Dies bedeutet, dass dem Kanton alle Aufwendungen für Personal, Raum und Administration - bis auf eine allfällige Trägerhaftung - vergütet werden.

Die Abteilung Ergänzende Massnahmen Arbeitslosenversicherung des KIGA unterstützt mit ihrem Angebot an Bildungs- und Beschäftigungsmassnahmen die rasche und nachhaltige Wiedereingliederung von Stellensuchenden in den Arbeitsmarkt. Sie trifft auch die Vorentscheide zu Kurzarbeits- und Schlechtwettergesuchen. Die Aufwendungen im Bereich Logistik Arbeitsmarktliche Massnahmen werden durch Bundesbeiträge aus dem Fonds der Arbeitslosenversicherung vollumfänglich entschädigt. Dies bedeutet, dass dem Kanton alle Aufwendungen für Personal, Raum und Administration - bis auf eine allfällige Trägerhaftung - vergütet werden.

Erfolgsrechnung (ohne Verpflichtungskredite und Transfers)

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Budget 2014	Abw. Absolut	Abw. %	B
301	Löhne des Verw- und Betriebspersonals	10'686'669	10'704'765	11'201'664	496'898	5%	1
304	Zulagen	198'992	157'859	144'413	-13'446	-9%	
305	Arbeitgeberbeiträge	1'748'900	1'816'083	1'907'576	91'493	5%	2
309	Übriger Personalaufwand	184'878	235'320	234'100	-1'220	-1%	
310	Material- und Warenaufwand	137'304	93'800	112'100	18'300	20%	
311	Nicht aktivierbare Anlagen	210'946	220'880	216'500	-4'380	-2%	
312	Ver- und Entsorgung Liegenschaften VV	190'424	155'400	182'970	27'570	18%	
313	Dienstleistungen und Honorare	308'030	241'230	206'650	-34'580	-14%	
314	Baulicher und betrieblicher Unterhalt	5'072					
315	Unterhalt Mobilien/immaterielle Anlagen	105'894	107'360	107'800	440	0%	
316	Mieten, Leasing, Pachten, Benützungsgb	905'276	917'300	948'300	31'000	3%	
317	Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen	57'563	50'000	58'500	8'500	17%	
319	Verschiedener Betriebsaufwand	41'754	79'100	79'400	300	0%	
343	Liegenschaftenaufwand Finanzvermögen	190'852	196'900	121'300	-75'600	-38%	3
426	Rückerstattungen	-59'656					
447	Liegenschaftenertrag VV	-3'995					
	Total Aufwand	14'972'554	14'975'998	15'521'273	545'275	4%	
	Total Ertrag	-63'651					
	Ergebnis Erfolgsrechnung (ohne VK und Transfers)	14'908'903	14'975'998	15'521'273	545'275	4%	

- 1 Mehraufwand für Aushilfs- + Ersatzanstellungen welche im Budget 2013 nicht berücksichtigt wurden.
- 2 Mehraufwand für Aushilfs- + Ersatzanstellungen, welche im Budget 2013 nicht berücksichtigt wurden.
- 3 Die Unterhaltsreinigungen werden neu nur noch durch ein Dienstleistungsunternehmen ausgeführt.

Transferaufwand und -ertrag

Transfer	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Budget 2014	Abw. Absolut	Abw. %	B
Arbeitsrecht	461	Entschädigungen von Gemeinwesen & Dritte	-14'908'706	-14'975'998	-15'521'273	-545'275	-4%	1
Total Transferaufwand								
Total Transferertrag			-14'908'706	-14'975'998	-15'521'273	-545'275	-4%	
Transfers (Netto)			-14'908'706	-14'975'998	-15'521'273	-545'275	-4%	

1 Erhöhte Refinanzierung durch den Bund infolge grösserem Gesamtaufwand.

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2012	Sollstellenplan 2013	Sollstellenplan 2014	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	112.2	118.3	118.3	0.0	0.0%

Jahresprogramm

2203.001 Langzeitarbeitslose

Ein spezieller Focus in der Arbeitsvermittlung soll 2014 auf der Langzeitarbeitslosigkeit liegen, mit geeigneten, gezielten Massnahmen auf der AMM-Seite und in der RAV-Tätigkeit.

2203.002 Reorganisation KASt

Ab 1. Januar 2014 soll die Wahrnehmung der Aufgaben der Kantonalen Amtsstelle AVIG (KASt) neu strukturiert werden. Es gilt, die Umsetzung erfolgreich zu gestalten, sowohl was die Organisation als auch die Bürosituation betrifft.

2205 Amt für Wald

Auftrag und Zielsetzungen

Das Amt für Wald überwacht und vollzieht in beiden Basel mittel- und unmittelbar die Einhaltung und Umsetzung der waldrechtlichen Regelungen und Vorgaben. Die Erhaltung, der Schutz und die Pflege des Waldareals verfolgen folgende Zielsetzungen:

- Das "System Wald" wird zur Sicherung seiner vielfältigen Funktionen langfristig erhalten.
- Die Attraktivität des Siedlungsraums und die Vielfalt der Landschaften werden aktiv beeinflusst.
- Die nachhaltige Nutzung von Holz als Rohstoff und Energieträger sowie die Wirkung des Waldes zum Schutz von Mensch, Siedlung und Infrastruktur werden gewährleistet.
- Eine vielfältige Flora und Fauna werden erhalten und gefördert.
- Die Benützung des Waldes als Erholungsraum wird ermöglicht und beschränkt.
- Die Bevölkerung verfügt über ein hohes Mass an Waldverständnis und der Forstdienst ist qualifiziert.

Daraus ergeben sich folgende wichtigen Aufgabengebiete:

- Erarbeiten der mittel- und langfristigen waldpolitischen Zielsetzungen. Beraten der Direktion / des Departements in waldpolitischen und waldrechtlichen Fragen.
- Aktive Vertretung der Waldinteressen auf allen Verwaltungsebenen.
- Erheben der für die Ziele und die Kontrolle einer umfassenden Nachhaltigkeit notwendigen Daten.
- Gewährleisten einer auf die nachhaltige Erfüllung aller Waldfunktionen ausgerichteten Bewirtschaftung der Wälder; Formulierung von Grundsätzen der waldbaulichen Behandlung.
- Koordination der öffentlichen Interessen und Sicherstellen der öffentlichen Ziele im Wald und in der Walderhaltung.
- Beratung und Unterstützung von Forstbetrieben, Waldeigentümern und Revierförstern.
- Bewirtschaftung der Waldungen im Eigentum des Kantons.
- Bereitstellung von adressatengerechten Informationen über die Bedeutung von Wald und Holz.

Erfolgsrechnung (ohne Verpflichtungskredite und Transfers)

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Budget 2014	Abw. Absolut	Abw. %	B
300	Behörden, Kommissionen und Richter		10'500	12'000	1'500	14%	
301	Löhne des Verw- und Betriebspersonals	1'379'582	1'366'134	1'486'779	120'645	9%	1
304	Zulagen	14'688	10'213	17'713	7'501	73%	
305	Arbeitgeberbeiträge	257'987	288'884	277'298	-11'586	-4%	
309	Übriger Personalaufwand	-1'415		500	500	X	
310	Material- und Warenaufwand	51'951	44'100	42'100	-2'000	-5%	
311	Nicht aktivierbare Anlagen	4'733	23'000	10'000	-13'000	-57%	
313	Dienstleistungen und Honorare	709'778	953'900	834'000	-119'900	-13%	2
314	Baulicher und betrieblicher Unterhalt	3'344	25'000	25'000	0	0%	
315	Unterhalt Mobilien/immaterielle Anlagen	1'264	1'000	3'000	2'000	200%	
316	Mieten, Leasing, Pachten, Benützungsgb	3'256		500	500	X	
317	Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen	27'730	39'300	37'400	-1'900	-5%	
318	Wertberichtigungen auf Forderungen	9'880					
319	Verschiedener Betriebsaufwand		500	500	0	0%	
341	Realisierte Kursverluste	0					
342	Kapitalbeschaffungs-/Verwaltungskosten	74	100	100	0	0%	
421	Gebühren für Amtshandlungen	-23'650	-35'000	-30'000	5'000	14%	
425	Erlös aus Verkäufen	-99'446	-182'060	-97'800	84'260	46%	3
426	Rückerstattungen	-32'700	-25'000	-28'000	-3'000	-12%	
430	Verschiedene betriebliche Erträge		-100'000	-100'000	0	0%	
440	Zinsertrag	-7	-30	-300	-270	-900%	
	Total Aufwand	2'462'851	2'762'630	2'746'890	-15'740	-1%	
	Total Ertrag	-155'804	-342'090	-256'100	85'990	25%	
	Ergebnis Erfolgsrechnung (ohne VK und Transfers)	2'307'047	2'420'540	2'490'790	70'250	3%	

- 1 Per 1. Januar 2014 soll eine Stelle, die bisher beim AUE Basel-Stadt angesiedelt war, dem Amt für Wald beider Basel angegliedert werden, aber weiterhin vollständig durch Basel finanziert sein.
- 2 Für die Einführung WIS (Waldinformationssystem) werden im 2013 für den ganzen Kanton Bestandeskarten erstellt. Für das Jahr 2014 wird mit einer Kostenreduktion im Bereich der Plangrundlagen gerechnet.
- 3 Die verkaufte Holzmenge gepaart mit tiefen Holzpreisen am Markt führt zu diesem deutlichen Ertragsausfall.

Transferaufwand und -ertrag

Transfer	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Budget 2014	Abw. Absolut	Abw. %	B
Wald	361	Entschädigungen an Gemeinwesen & Dritte	513'141	513'000	513'000	0	0%	
	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	2'335'982	2'069'000	2'011'500	-57'500	-3%	1
	461	Entschädigungen von Gemeinwesen & Dritte	-1'124'314	-893'526	-977'357	-83'831	-9%	2
	463	Beiträge von Gemeinwesen und Dritten	-60'351	-116'551	-60'351	56'200	48%	1
Total Transferaufwand			2'849'122	2'582'000	2'524'500	-57'500	-2%	
Total Transferertrag			-1'184'665	-1'010'077	-1'037'708	-27'631	-3%	
Transfers (Netto)			1'664'457	1'571'923	1'486'792	-85'131	-5%	

- 1 Tiefer budgetierte Beiträge im Aufwand haben auch tiefere Rückerstattungen von Gemeinden zur Folge.
- 2 Der Wegfall der Bundespauschale für die Ausarbeitung der Naturgefahrenkarte hat wesentlichen Einfluss auf die Transferleistungen des Bundes. Die Refinanzierung der Revierförsterstelle Basel-Stadt ist hier auch enthalten.

VGD

Verpflichtungskredite

Verpflichtungskredit	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Budget 2014	Abw. Absolut	Abw. %	B
Naturgefahrenkarte 2006-2011	31	Sach- und übriger Betriebsaufwand	22'049					
Walddauerbeobachtung 2008-2013	31	Sach- und übriger Betriebsaufwand	112'563	36'725		-36'725	-100%	
Total Verpflichtungskredite Aufwand			134'612	36'725		-36'725	-100%	
Total Verpflichtungskredite Ertrag								
Total Verpflichtungskredite (netto)			134'612	36'725		-36'725	-100%	

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2012	Sollstellenplan 2013	Sollstellenplan 2014	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	10.6	11.1	11.7	0.6	5.4%

Die bisher in Basel domizilierte Stelle des Revierförsters der Stadt Basel soll ab 2014 dem Amt für Wald angegliedert werden. Diese Stelle im Umfang von 60% wird vollständig durch den Kanton Basel-Stadt refinanziert (s/Kt. 461).

Jahresprogramm

2205.003 Schonung von Boden, Luft und Wasser

Auf Basis der neu erstellten Waldbodenkarte wird schrittweise ein Informationsnetz über den Wassergehalt typischer bzw. empfindlicher Waldböden aufgebaut. Das System soll dazu beitragen, Schäden durch "das Befahren der Böden zum falschen Zeitpunkt" zu verringern.

2205.004 Waldpflege und Waldbeobachtung

Der Schutzwald erfüllt die Qualitätskriterien gemäss NaIS (Nachhaltigkeit im Schutzwald). Wälder in

Bacheinhängen sowie entlang von Kantonsstrassen sind so gepflegt, dass sich keine zusätzliche Gefährdung für die Bevölkerung ergibt. Gestützt auf die vom Bund vorgenommene Schutzwaldausscheidung wird die Planung aktualisiert und konkrete Massnahmen auf der Fläche umgesetzt. Die Walddauerbeobachtung wird weitergeführt. Die Ergebnisse dienen als Frühwarnsystem über die Auswirkungen von Immissionen aus der Luft und der Veränderung des Klimas.

2205.005 Teilrevision Waldgesetz (Vorarbeiten)

Auf Bundesebene laufen bereits wieder Bestrebungen für eine Revision des Bundeswaldgesetzes. Die Vorabklärungen / Vorarbeiten werden deshalb auch noch das Jahr 2014 andauern, um den veränderten Handlungsbedarf auf Kantonsebene zu eruieren.

2205.006 Monitoring Asiatischer Laubholzbockkäfer

Der Asiatische Laubholzbockkäfer gilt gemäss Eidgenössischer Pflanzenschutzverordnung als besonders gefährlicher Schadorganismus. Die Überwachung der Ausbreitung und die Bekämpfung des Schädlings sind kantonale Aufgaben. Das 2012 gestartete Monitoring wird fortgesetzt und allenfalls erweitert. Befall wird konsequent beseitigt.

2205.007 Nachführung Naturgefahrenkarte & Ereigniskataster

Die Naturgefahrenkarte ist nicht statisch, sondern muss laufend / periodisch nachgeführt werden. Auslöser dazu sind bisher primär Gegengutachten im Auftrag von Gemeinden und Grundeigentümern, die materiell zu prüfen sind. Der Bund hat ein neues Datenmodell für den Ereigniskataster entwickelt. Diese ist zu übernehmen und der Meldefluss zwischen den "Einsatzorganisationen" zu verbessern.

2205.008 Umsetzung des Postulates "Wanderwege für Biker"

Der Regierungsrat hat eine generelle Öffnung der Wanderwege für Biker abgelehnt und schlägt stattdessen vor, ein kantonales (regionales) Bikenetz zu erarbeiten. Die Grundlagenarbeiten dazu und erste Gespräche mit den Beteiligten finden 2014 statt.

2206 Amt für Geoinformation

Auftrag und Zielsetzungen

Dem Amt obliegen die operative Führung der amtlichen Vermessung im Kanton sowie die Führung und der Betrieb des kantonalen Geoinformationssystems (GIS). Es vollzieht die Aufgaben im Bereich der Geoinformation, die dem Kanton durch eidgenössische und kantonale Gesetze, Verordnungen und Beschlüsse übertragen sind. Das Amt nimmt die kantonale Aufsicht über die Erhebung, Erneuerung und Nachführung der amtlichen Vermessung sowie die Aufsicht über den kommunalen Leitungskataster und das Baulandumlegungsverfahren wahr. Das angegliederte Kreisgeometerbüro Arlesheim besorgt die laufende und periodische Nachführung der amtlichen Vermessung in den ihnen übertragenen Gemeinden und führen Bau- und Ingenieurvermessungen aus. Die GIS-Fachstelle sorgt für die koordinierte Weiterentwicklung der Geoinformationssysteme in der Verwaltung und betreibt und pflegt die kantonale Geodateninfrastruktur. Zudem berät und unterstützt sie die Direktionen, Dienststellen, Gemeinden und Dritte und nimmt die Koordination mit dem Bund und den Nachbarkantonen im Bereich der Geoinformation wahr.

Erfolgsrechnung (ohne Verpflichtungskredite und Transfers)

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Budget 2014	Abw. Absolut	Abw. %	B
300	Behörden, Kommissionen und Richter	3'091	10'000	8'000	-2'000	-20%	
301	Löhne des Verw- und Betriebspersonals	2'665'087	2'505'854	2'322'517	-183'337	-7%	1
304	Zulagen	22'762	19'295	19'295	0	0%	
305	Arbeitgeberbeiträge	462'067	523'575	476'141	-47'434	-9%	1
309	Übriger Personalaufwand	184	5'100	5'100	0	0%	
310	Material- und Warenaufwand	45'619	59'000	55'000	-4'000	-7%	
311	Nicht aktivierbare Anlagen	243'347	341'000	308'550	-32'450	-10%	
313	Dienstleistungen und Honorare	1'119'300	1'167'160	883'660	-283'500	-24%	2
314	Baulicher und betrieblicher Unterhalt		2'000	2'000	0	0%	
315	Unterhalt Mobilien/immaterielle Anlagen	1'311	5'000	5'000	0	0%	
317	Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen	39'837	40'000	40'000	0	0%	
318	Wertberichtigungen auf Forderungen	-868	3'000	1'000	-2'000	-67%	
319	Verschiedener Betriebsaufwand		1'000	1'000	0	0%	
342	Kapitalbeschaffungs-/Verwaltungskosten	77	100	100	0	0%	
421	Gebühren für Amtshandlungen	-1'242'770	-1'120'000	-1'015'000	105'000	9%	3
425	Erlös aus Verkäufen	-94'212	-65'000	-62'000	3'000	5%	
426	Rückerstattungen	-51'880	-85'000	-30'000	55'000	65%	3
440	Zinsertrag	-7	-20	-20	0	0%	
	Total Aufwand	4'601'813	4'682'084	4'127'363	-554'721	-12%	
	Total Ertrag	-1'388'870	-1'270'020	-1'107'020	163'000	13%	
	Ergebnis Erfolgsrechnung (ohne VK und Transfers)	3'212'944	3'412'064	3'020'343	-391'721	-11%	

- 1 Pensionierung(en).
- 2 Projekte der amtlichen Vermessung auslaufend.
- 3 Aufhebung Kreisgeometerbüro Liestal.

Transferaufwand und -ertrag

Transfer	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Budget 2014	Abw. Absolut	Abw. %	B
Geoinformation	361	Entschädigungen an Gemeinwesen & Dritte		2'000		-2'000	-100%	1
	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	119'195	113'100	101'100	-12'000	-11%	

Transfer	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Budget 2014	Abw. Absolut	Abw. %	B
	463	Beiträge von Gemeinwesen und Dritten	-847'821	-1'040'000	-634'000	406'000	39%	2
Total Transferaufwand			119'195	115'100	101'100	-14'000	-12%	
Total Transferertrag			-847'821	-1'040'000	-634'000	406'000	39%	
Transfers (Netto)			-728'626	-924'900	-532'900	392'000	42%	

- 1 Entfällt, da keine Lernende ausgebildet werden.
- 2 CHF 150'000 betreffen die auslaufende 2. Etappe AV93 (Abschluss 2014) und CHF 250'000 betreffen Bundesbeiträge von Arbeiten, welche im Jahr 2012 abgeschlossen wurden und wie üblich im Folgejahr verzögert entrichtet werden - für 2014 fehlt eine gleichartige Konstellation resp. werden 2013 keine grösseren Arbeiten abgeschlossen.

Verpflichtungskredite

Verpflichtungskredit	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Budget 2014	Abw. Absolut	Abw. %	B
Realisierung AV93, 2. Etappe	31	Sach- und übriger Betriebsaufwand	301'335	100'000	20'000	-80'000	-80%	1
	46	Transferertrag	-404'257	-206'000	-40'000	166'000	81%	1
		Total	-102'922	-106'000	-20'000	86'000	81%	
Realisierung AV93, 3. Etappe	31	Sach- und übriger Betriebsaufwand		119'000	9'000	-110'000	-92%	2
	46	Transferertrag		-55'000	-113'000	-58'000	-105%	2
		Total		64'000	-104'000	-168'000	-263%	
Total Verpflichtungskredite Aufwand			301'335	219'000	29'000	-190'000	-87%	
Total Verpflichtungskredite Ertrag			-404'257	-261'000	-153'000	108'000	41%	
Total Verpflichtungskredite (netto)			-102'922	-42'000	-124'000	-82'000	-195%	

- 1 Abschluss amtliche Vermessung 93, 2. Etappe auslaufend (Abschluss 2014).
- 2 Amtliche Vermessung 93, 3. Etappe, Pilotprojekte laufen aus.

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2012	Sollstellenplan 2013	Sollstellenplan 2014	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	20.1	20.1	18.3	-1.8	-9.0%

- 0.5 Stelle (Ü-7) Transfer zum Generalsekretariat / Zentralisierung Rechnungswesen
- 1.3 Stellen in Folge Pensionierungen ohne Ersatz

Jahresprogramm

2206.002 Neue Amtliche Vermessung 93 (AV 93)

AV 93 wird in der Leistungsvereinbarung 2014 fortgesetzt. Grundlage dazu bildet die LRV 2001 / 022 mit dem Verpflichtungskredit 2001 - 2008 (mittlerweile bis 2011) und der daraus erstellte Landratsbeschluss LRB 1281 / 01 mit total CHF 13.1 Mio. Per Ende 2012 sind verbraucht: CHF 11'526'446 (Brutto), der Restkredit beträgt: CHF 1'579'554 (Brutto).

In dieser AV 93 2. Etappe (mittelfristige Massnahme) wird das gesamte Baugebiet mit Abschluss Ende 2014 aufgearbeitet.

Zum Abschluss der Verbundaufgabe AV 93 wird dem Landrat 2013 eine Vorlage betreffend der 3. Etappe - AV 93 ausserhalb Baugebiet - zum Beschluss unterbreitet. Zur plausiblen Abschätzung des Verpflichtungskredits wurden in den bezüglich des Qualitätsstandards repräsentativen Gemeinden Buckten, Oberwil und Röschenz Pilotprojekte durchgeführt. Die Zeitspanne der Umsetzung AV 93 3. Etappe (langfristige

Massnahme) wird zwischen 2015 - 2020 veranschlagt.

2206.005 Periodische Nachführung (PNF) Amtliche Vermessung

In der PNF werden die Bestandteile der amtlichen Vermessung, für welche kein Meldesystem geregelt ist, längstens alle 12 Jahre nachgeführt. Davon sind insbesondere Gebiete ausserhalb dem Baugebiet betroffen. Thematisch handelt es sich vorwiegend um die Bestimmung der Waldränder, bestockte Flächen sowie Wald- und Feldstrassen. Dese Arbeiten werden in engem Kontext mit dem Amt für Wald beider Basel durchgeführt. Nach Abschluss der PNF 2014 verfügt Basel-Landschaft flächendeckend über Basispläne mit den Masstäben 1 : 2500 / 5000 / 10'000. Die Basispläne werden generisch aus den aktuellen Daten der amtlichen Vermessung erzeugt, entsprechen der Landeskarten im kleinmasstäblichem Bereich und ersetzen die Übersichtspläne.

2206.006 Pflege und Weiterentwicklung der kantonalen Geodateninfrastruktur

Der Download-Dienst GeoShop BL wird modernisiert und besser in die neue zentrale GIS-Infrastruktur eingebettet. Zudem wird sein Datenangebot erweitert. Die kantonale Gebäudedatenbank wird an die veränderten Rahmenbedingungen der Umsysteme - statistisches Amt (STA), Bauinspektorat (BIT) und basellandschaftliche Gebäudenversicherung (BGV) - angepasst. Die Entwicklung von fachspezifischen Expertenwerkzeugen zu GeoView BL für die Dienststellen wird fortgeführt. Für die Reform des Leitungskatasters sind verschiedene Tools zur Qualitätssicherung dieser Geodaten bereitzustellen. Die kontinuierliche Harmonisierung der Geodaten und Geodienste an die Anforderungen des Bundesgesetzes über Geoinformation (GeolG) wird fortgesetzt.

2207 Landwirtschaftliches Zentrum Ebenrain (LZE)

Auftrag und Zielsetzungen

Das Landwirtschaftliche Zentrum Ebenrain ist ein Kompetenzzentrum für Landwirtschaft, Landschaft und Hauswirtschaft. Es vollzieht Massnahmen des Landwirtschafts-, des Umweltschutz- sowie des Natur- und Landschaftsschutzgesetzes.

Mit der landwirtschaftlichen Ausbildung werden das Fachwissen, das Umweltbewusstsein und die Selbständigkeit der Landwirte gefördert.

Die Weiterbildung unterstützt die Fähigkeiten zur Anpassung an schnell ändernde Rahmenbedingungen und an eine markt- und umweltgerechte Produktion.

Der Bereich "Hauswirtschaft und Garten" ist zuständig für die Weiterbildung und Beratung in Ernährung, Hauswirtschaft und Garten. Die theoretischen und praktischen Kenntnisse werden an die bäuerliche und die übrige Bevölkerung vermittelt. Angeboten werden die Vorlehre hauswirtschaftlicher Richtung und ein Schulgarten für praxisbezogene Kurse. Es wird eine Tagungsstätte für Auszubildende sowie für kantonsinterne und -externe Benützerinnen und Benützer geführt.

Der Vollzug der agrarpolitischen Massnahmen umfasst folgende Aufgaben:

1. Direktzahlungen, der Schutz und die Förderung von ökologischen Ausgleichsflächen (neu: Biodiversitätsflächen) sowie die Beiträge an biologischen Landbau u.a. Das Landwirtschaftliche Zentrum Ebenrain erhebt im Auftrag des Bundes die Agrardaten und erfasst auch die Tierbestände Privater.
2. Tierhaltung: Förderung wirtschaftlicher und leistungsfähiger Zuchttiere sowie des Viehabsatzes.
3. Pflanzenbau, Spezialkulturen: Förderung von Anbau, Vermarktung und Qualitätssicherung von Obst, Trauben, Gemüse, Beeren.
4. Strukturverbesserungen: Aufsicht, finanzielle Abwicklung und Verfahrensleitung von Bodenverbesserungen (Meliorationen), Bearbeitung und Gewährung von Hochbaubeiträgen, von Investitionskrediten und Betriebshilfedarlehen, Vollzug von Boden- und Pachtrecht sowie Mitarbeit in der Raumplanung.

Erfolgsrechnung (ohne Verpflichtungskredite und Transfers)

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Budget 2014	Abw. Absolut	Abw. %	B
300	Behörden, Kommissionen und Richter	22'723	20'000	21'000	1'000	5%	
301	Löhne des Verw- und Betriebspersonals	3'503'491	3'811'122	3'751'803	-59'319	-2%	1
304	Zulagen	42'821	40'457	35'090	-5'367	-13%	
305	Arbeitgeberbeiträge	655'041	683'798	697'706	13'907	2%	
309	Übriger Personalaufwand	5'158	5'500	5'500	0	0%	
310	Material- und Warenaufwand	348'997	337'000	378'000	41'000	12%	
311	Nicht aktivierbare Anlagen	79'922	95'200	64'000	-31'200	-33%	
312	Ver- und Entsorgung Liegenschaften VV	41'663	43'500	43'500	0	0%	
313	Dienstleistungen und Honorare	167'815	271'900	301'900	30'000	11%	
314	Baulicher und betrieblicher Unterhalt	61'468	30'000	30'000	0	0%	
315	Unterhalt Mobilien/immaterielle Anlagen	16'658	16'500	16'500	0	0%	
316	Mieten, Leasing, Pachten, Benützungsgb	28'671	34'300	34'300	0	0%	
317	Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen	64'917	78'500	73'000	-5'500	-7%	
318	Wertberichtigungen auf Forderungen	1'507	500	500	0	0%	
341	Realisierte Kursverluste	73					
342	Kapitalbeschaffungs-/Verwaltungskosten	190	200	200	0	0%	
370	Durchlaufende Beiträge	55'181'798	56'393'000	60'459'900	4'066'900	7%	2
421	Gebühren für Amtshandlungen	-31'925	-34'000	-34'000	0	0%	
422	Spital- und Heimtaxen, Kostgelder	-107'063	-141'000	-131'000	10'000	7%	
423	Schul- und Kursgelder	-161'683	-183'000	-177'000	6'000	3%	
424	Benützungsgebühren und Dienstleistungen	-58'835	-48'000	-68'000	-20'000	-42%	3

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Budget 2014	Abw. Absolut	Abw. %	B
425	Erlös aus Verkäufen	-104'943	-86'400	-86'400	0	0%	
426	Rückerstattungen	-4'858	-8'000		8'000	100%	
430	Verschiedene betriebliche Erträge	-1'119	-10'000	-3'000	7'000	70%	
440	Zinsertrag	-33	-50	-50	0	0%	
447	Liegenschaftenertrag VV	-57'045	-61'600	-61'600	0	0%	
470	Durchlaufende Beiträge	-55'181'798	-56'393'000	-60'459'900	-4'066'900	-7%	2
	Total Aufwand	60'222'911	61'861'477	65'912'899	4'051'422	7%	
	Total Ertrag	-55'709'303	-56'965'050	-61'020'950	-4'055'900	-7%	
	Ergebnis Erfolgsrechnung (ohne VK und Transfers)	4'513'609	4'896'427	4'891'949	-4'478	0%	

- 1 Aufgrund der Zentralisierung des Rechnungswesens wird eine halbe Stelle ins Generalsekretariat der VGD verschoben (Ü-7).
- 2 Direktzahlungen: Mit der Einführung der neuen Agrarpolitik 2014/2017 des Bundes wird auch das Direktzahlungssystem vollkommen neu geordnet. Die Zunahme von ca. 7% beruht auf den Berechnungen des Bundesamtes für Landwirtschaft. Die massgebenden Verordnungen werden vom Bundesrat erst im Herbst 2013 verabschiedet.
- 3 Als Beitrag zum Entlastungsprogramm (EP 12/15) wurde zur Massnahme Ü-1-a eine Gebührenerhöhung (z.B. Gemüsevermittlung, Obstbauberatung, Schlachtviehabsatz) im Umfange von CHF 20'000 eingeplant.

Transferaufwand und -ertrag

Transfer	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Budget 2014	Abw. Absolut	Abw. %	B
Landwirtschaft	361	Entschädigungen an Gemeinwesen & Dritte	107'612	141'000	150'000	9'000	6%	
	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	1'131'121	1'536'175	1'353'500	-182'675	-12%	1
	461	Entschädigungen von Gemeinwesen & Dritte	-26'765	-6'000	-16'000	-10'000	-167%	
	463	Beiträge von Gemeinwesen und Dritten	-36'224	-44'600	-40'000	4'600	10%	
Melioration	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	74'354	650'000	800'000	150'000	23%	2
Total Transferaufwand			1'313'087	2'327'175	2'303'500	-23'675	-1%	
Total Transferertrag			-62'989	-50'600	-56'000	-5'400	-11%	
Transfers (Netto)			1'250'098	2'276'575	2'247'500	-29'075	-1%	

- 1 Als Beitrag zum Entlastungsprogramm (EP 12/15) unter der Massnahme Ü-1-a wurden die Beiträge an die landwirtschaftlichen Produzenten und Organisationen um CHF 180'000 tiefer eingestellt.
- 2 In der Gesamtmelioration Blauen werden im Jahr 2014 die Arbeiten der Grundlagenetappe abgerechnet. Zudem ist mit dem Beginn der Bauphase zu rechnen.
In der Gesamtmelioration Brislach werden vorwiegend Auflageverfahren ohne nennenswerte Ingenieur-Leistungen anfallen.
In der Gesamtmelioration Wahlen wird noch im 2. Semester des Jahres 2013 mit den kostenintensiven Bauarbeiten begonnen.

Verpflichtungskredite

Verpflichtungskredit	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Budget 2014	Abw. Absolut	Abw. %	B
Gesamtmelioration Blauen 2009-2018	36	Transferaufwand		150'000	300'000	150'000	100%	1
Gesamtmelioration Brislach 2008-2017	36	Transferaufwand	42'000	200'000	100'000	-100'000	-50%	2
Gesamtmelioration Wahlen 2009-2021	36	Transferaufwand	32'354	300'000	400'000	100'000	33%	3
Total Verpflichtungskredite Aufwand			74'354	650'000	800'000	150'000	23%	
Total Verpflichtungskredite Ertrag								
Total Verpflichtungskredite (netto)			74'354	650'000	800'000	150'000	23%	

- 1 Im Jahr 2014 werden die Arbeiten der Grundlagenetappe abgerechnet. Zudem ist mit dem Beginn der Bauphase zu rechnen.
- 2 Im Jahr 2014 werden vorwiegend Auflageverfahren ohne nennenswerte Ingenieur-Leistungen und damit geringen Kosten anfallen.
- 3 In der Gesamtmelioration Wahlen wird noch im 2. Semester des Jahres 2013 mit den kostenintensiven Bauarbeiten begonnen.

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2012	Sollstellenplan 2013	Sollstellenplan 2014	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	29.2	31.1	30.6	-0.5	-1.5%

Aufgrund der Zentralisierung des Rechnungswesens wird eine halbe Stelle ins Generalsekretariat der VGD verschoben (Ü-7).

Jahresprogramm

2207.001 Nutzungskonzept für Wald und Flur

Gemäss LRV 2013 / 126 wird auf die Ausarbeitung eines umfassenden Konzeptes für die Nutzung von Wald und Flur verzichtet. Vielmehr soll ein rollender Konfliktlösungsprozess auf Basis bestehender Gremien etabliert werden. In diesem Prozess sollen fortlaufen einzelne Themen bearbeitet werden (als erstes eine "Charta" zur gemeinsamen Nutzung von Wald und Flur zu Erholungszwecken).

2207.002 Schonung von Boden, Luft und Wasser

Das Ressourcenprojekt Ammoniak BL ist seit 2012 in Umsetzung. Es ist sehr erfolgreich angelaufen. Die Unterstützung des Einsatzes von Schleppschlauchverteilern wird wegen der neuen Agrarpolitik 2014-17 vom Kanton aufgegeben und vom Bund in veränderter Form übernommen. Die übrigen Massnahmen werden weitergeführt und ab 2014 ergänzt.

2207.003 Absatz für heimische Nahrungsmittel

Die Landwirtschaft ist primär Lieferant von Nahrungsmitteln. Die Gesellschaft erwartet auch Leistungen in der Pflege der Kulturlandschaft und der Biodiversität. Diese Leistungen kann die Landwirtschaft nur erbringen, wenn der primäre Auftrag gut erfüllt werden kann. Es gilt deshalb, ihr gute Rahmenbedingungen für den Absatz der Produkte zu verschaffen. Dies geschieht durch die Unterstützung von Marketing- und weiteren Absatzmassnahmen landwirtschaftlicher Organisationen.

2207.004 Fort- und Weiterbildung

Die Veränderungen in der Landwirtschaft (Technologie, Organisation und Umwelt) sind enorm gross und erfordern eine dauernde berufliche Fort- und Weiterbildung. Der Kanton bietet die nötigen Kurse an und unterstützt die Angebote Dritter.

2207.005 ErnährungPlus

Mit Informationen, Kursen und Beratungen werden die ausgewogene Ernährung für Jung und Alt sowie die Verwendung saisonaler landwirtschaftlicher Produkte aus der Region gefördert. Der Ernährungsbericht des Bundes dient dabei als Entscheidungsgrundlage für die Prioritäten.

2208 Kantonales Laboratorium

Auftrag und Zielsetzungen

Das Kantonale Laboratorium vollzieht die eidgenössische und kantonale Lebensmittelgesetzgebung sowie Teile der Landwirtschafts-, Epidemien-, Gesundheits- und Strahlenschutzgesetzgebung. Es sorgt durch Inspektionen und analytische Untersuchungen von Stichproben dafür, dass im Kanton keine gesundheitsgefährdenden Lebensmittel, Trinkwasser und Gebrauchsgegenstände wie Geschirr, Kosmetika, Textilien und Spielwaren in Verkehr gebracht werden. Das Amt hat auch sicherzustellen, dass niemand im Umgang mit Lebensmitteln getäuscht wird. Es informiert und berät gezielt über geeignete Kanäle Verbraucherinnen und Verbraucher wie auch Vollzugsadressaten. Zur Aufgabe gehören neben der Kontrolle von Solarien und Saunas auch die Überwachung der Badewasserqualität und der Hygiene in öffentlichen Bädern und Flussbadestellen.

Die Abteilung Umweltanalytik des Kantonalen Laboratoriums beschäftigt sich mit der qualitativen und quantitativen Untersuchung von Stoffen in der Umwelt. Sie beschafft wissenschaftliche Grundlagen, erkennt und beschreibt Umweltverschmutzungen und liefert so einen wesentlichen Beitrag für den Vollzug der Umweltschutzgesetze. Bei vielen Projekten des Amtes für Umweltschutz und Energie (AUE) und des Lufthygieneamts beider Basel (LHA) sind die Fachleute der Abteilung Umweltanalytik von Anfang an dabei. So wird eine wichtige Voraussetzung geschaffen, um Umweltschutz effizient und effektiv betreiben zu können.

Erfolgsrechnung (ohne Verpflichtungskredite und Transfers)

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Budget 2014	Abw. Absolut	Abw. %	B
301	Löhne des Verw- und Betriebspersonals	2'175'832	2'752'059	2'705'205	-46'854	-2%	
304	Zulagen	37'881	45'527	33'785	-11'742	-26%	
305	Arbeitgeberbeiträge	335'000	474'591	458'642	-15'949	-3%	
309	Übriger Personalaufwand	60'616	75'000	81'000	6'000	8%	
310	Material- und Warenaufwand	248'117	312'100	328'800	16'700	5%	
311	Nicht aktivierbare Anlagen	288'784	340'400	340'800	400	0%	
312	Ver- und Entsorgung Liegenschaften VV		700	4'000	3'300	471%	
313	Dienstleistungen und Honorare	51'051	87'300	73'000	-14'300	-16%	
315	Unterhalt Mobilien/immaterielle Anlagen	58'375	70'000	85'500	15'500	22%	
317	Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen	29'563	33'300	36'300	3'000	9%	
318	Wertberichtigungen auf Forderungen	201	600		-600	-100%	
319	Verschiedener Betriebsaufwand	2'542	700	2'000	1'300	186%	
341	Realisierte Kursverluste	0					
342	Kapitalbeschaffungs-/Verwaltungskosten	92	50		-50	-100%	
421	Gebühren für Amtshandlungen	-651'597	-791'500	-653'000	138'500	18%	1
424	Benützungsgebühren und Dienstleistungen	-31'995	-37'500	-32'000	5'500	15%	
425	Erlös aus Verkäufen	-353	-500	-300	200	40%	
426	Rückerstattungen		-200		200	100%	
429	Übrige Entgelte	-77					
440	Zinsertrag	-4	-10		10	100%	
	Total Aufwand	3'288'054	4'192'326	4'149'032	-43'294	-1%	
	Total Ertrag	-684'026	-829'710	-685'300	144'410	17%	
	Ergebnis Erfolgsrechnung (ohne VK und Transfers)	2'604'028	3'362'616	3'463'732	101'116	3%	

VGD

1 Die Gebühreneinnahmen mussten auf ein realisierbares Mass reduziert werden.

Transferaufwand und -ertrag

Transfer	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Budget 2014	Abw. Absolut	Abw. %	B
Rückerst. Zollproben, Grenzkontr., etc.	461	Entschädigungen von Gemeinwesen & Dritte	-26'928	-13'000	-25'000	-12'000	-92%	
Total Transferaufwand								
Total Transferertrag			-26'928	-13'000	-25'000	-12'000	-92%	
Transfers (Netto)			-26'928	-13'000	-25'000	-12'000	-92%	

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2012	Sollstellenplan 2013	Sollstellenplan 2014	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	19.3	25.9	24.9	-1.0	-3.9%

Einsparung der zweiten Sollstelle aufgrund der Entlastungsmassnahmen VGD-KI-13 und BUD-KI-3 "Integration der BUD-Wasseranalytik ins Kantonslabor".

Jahresprogramm

2208.001 Trinkwasserüberwachung (chemische Untersuchungen)

Die Untersuchungsprogramme und die Analytik für die Trinkwasserüberwachung werden auf den modernsten Stand gehalten und wo notwendig gebracht. Alle Wasserversorgungen im Kanton werden auf das Vorhandensein ausgewählter organischer Mikroschadstoffe untersucht, welche durch Siedlung, Industrie, Landwirtschaft oder Deponieabstrom ins Grundwasser eingetragen werden könnten. Dazu wird das Untersuchungsprogramm auf polare Stoffe ausgeweitet. Die Zielsetzung VGD14 "Zielgerichtete Kontrollen im Gesundheitsschutz" wird damit unterstützt.

2208.003 Integration der BUD-Wasseranalytik ins Kantonslabor

Synergien der Lebensmittelkontrolle mit dem Umweltanalytiklabor werden forciert genutzt werden. Dadurch können Untersuchungen sowohl für die Lebensmittelkontrolle wie auch den Umweltschutz gezielt und effizient durchgeführt werden. Damit werden Beiträge geleistet zu VGD14 "Zielgerichtete Kontrollen im Gesundheitsschutz", BUD-2 "Günstige Abwassergebühren2 und BUD-NK-3.

2208.004 Trinkwasserüberwachung (Ereignisbeprobung)

Trinkwasserfassungen mit einem hohen mikrobiologischen Risiko werden gezielt nach Regenereignissen beprobt. Damit können Aussagen über die Wasserqualität im worst-case gemacht werden und ob die Infrastruktur für die Gewinnung eines sicheren Trinkwassers ausreicht, womit VGD14 "Zielgerichtete Kontrollen im Gesundheitsschutz" unterstützt wird.

2208.005 Radonmessungen in Kindergärten, Tagesheimen und Schulen

Mit Messkampagnen 2013-2015 in möglichst allen (öffentlichen und privaten) Kindergärten, Schulen und Tagesheimen inkl. Sonderschulen wird das Radonrisiko für die am meisten gefährdeten Bevölkerungsgruppe Kinder und Jugendliche erfasst, um die Grundlagen für allfällige Massnahmen zum Schutz vor Radon zu schaffen. VGD14 "Zielgerichtete Kontrollen im Gesundheitsschutz" wird damit unterstützt.

Bau- und
Umweltschutzdirektion

BUD

Beitrag zu strategischen Zielen

Die Querschnittsfunktionen Infrastruktur, Planung, Bewilligung und Umweltschutz weisen zu allen Schwerpunktfeldern einen hohen Bezug auf.

1. Innovation und Wertschöpfung

Die BUD erstellt, betreibt und unterhält die kantonalen Infrastrukturen. Diese sind Grundvoraussetzung für prosperierende Gesellschaft und Wirtschaft. Bewirtschaftung und Werterhaltung der bestehenden Infrastrukturen kommt höchste Priorität zu. Die baulichen Anlagen müssen über lange Zeit erhalten, dauerhaft betriebsbereit und sicher gehalten werden. Allein die baulichen Aktivitäten für die Infrastruktur stellen einen beachtlichen Teil der Wertschöpfung der Region dar.

Für die notwendigen Verkehrsbeziehungen sind gut ausgebaute, betriebsbereite Verkehrsnetze unerlässlich. Nebst Werterhaltung sind Sicherstellung von Verkehrssicherheit und Verkehrsfluss sehr bedeutsam. Der Dynamik von Geländestabilität und Hochwasserereignissen ist als weitere Voraussetzung für die Entwicklung von Gesellschaft und Wirtschaft zu begegnen.

Anlagen zur Ver- und Entsorgung sind für geordnete Wirtschafts- und Siedlungsverhältnisse Voraussetzung. Im technisch-industriellen Umweltschutz sorgt die BUD für einen gesetzeskonformen, sicheren Betrieb von Abwasserreinigungs- und Energie-Anlagen sowie Abfallentsorgung. Mit der integralen Wasserstrategie soll die aktuelle Versorgungssicherheit erhalten bleiben. Teilrevision des kantonalen Energiegesetzes und Umsetzung des Bundesgesetzes über die Stromversorgung leisten einen wesentlichen Beitrag zur Versorgungssicherheit.

Die Infrastruktur der Verwaltungsbauten leistet indirekt wesentliche Beiträge an Innovation und Wertschöpfung. Zur Bereitstellung des notwendigen Raums sind zahlreiche Projekte von prioritärer Bedeutung.

Mit der Raumplanung müssen die Nutzungsmöglichkeiten der Flächen klar ausgedehnt sein. Aufbau von Raumbewirtschaftung sowie Bewirtschaftung eines zweckdienlichen Liegenschaftsportfolio unterstützen die Entwicklung. Die Bewilligungsverfahren für alle Nutzungsarten müssen rasch und rechtssicher abgewickelt werden, was für ansässige wie potentielle Investoren einen wichtigen Faktor darstellt.

Transparenter Umgang mit Altlasten, Vollzug von Schadstoffminderungsmaßnahmen sowie Vorkehrungen zur Minimierung der Risiken mit dem Ziel, die Eigenverantwortung der Betriebe nachhaltig zu unterstützen, schaffen kalkulierbare, klare Bedingungen.

2. Basel-Bildungs Landschaft (BBL)

Der Beitrag unserer Infrastruktur - insbesondere der Bildungsbauten - ist unverkennbar. Bewirtschaftung und Werterhaltung der Bildungsbauten kommt höchste Priorität zu. Diese müssen über lange Zeit erhalten und sicher betrieben werden. Ohne funktionierendes Verkehrsnetz sind die Bildungsorte nicht erreichbar. Sanierung, Umbau, Ausbau und Neubau der Schulbauten der Sekundarschulstufen I und II bilden einen Beitrag zur Sicherung des Bildungsangebots und zur Umsetzung von HarmoS. Insbesondere die Übernahme der rund 100 Gebäude der Sekundarschulbauten durch den Kanton mit einem durchschnittlichen Alter von 43 Jahren löst eine grosse Anzahl Bauprojekte aus.

Bei den partnerschaftlichen Projekten für die Universität Basel und für die Fachhochschule Nordwestschweiz trägt die BUD bei Projektierung und Realisierung die Verantwortung für die Interessenwahrung des Kantons.

3. Zusammenleben in Baselland

Zusammenleben ohne Verkehrsinfrastruktur, welche sämtlichen Bevölkerungsgruppen in allen Kantonsteilen offen stehen, ist undenkbar. Gut ausgebaute, betriebsbereite Verkehrsnetze ermöglichen erst das Miteinander. Dabei spielt der öffentliche Verkehr eine herausragende Rolle, weil dieser ohne Alterslimiten genutzt werden kann und gleichzeitig integratives Sozialverhalten fordert.

Die Bedeutung des Schutzes vor Naturgefahren ist nicht nur für Siedlungsgebiete, sondern auch für die verbindende Mobilität von grosser Wichtigkeit. Bei ungenügender Schutz-Infrastruktur ist rasch eine Talschaft isoliert.

Die Umsetzung des Kantonalen Richtplans zur Aufteilung in Wohnen, Verkehr, Arbeit, Freizeit, ebenso wie die Bewältigung von Umweltherausforderungen sowie Ver- und Entsorgungsaufgaben, fördern ein geordnetes Zusammenleben.

4. Natur- und Klimawandel

Eine Kernaufgabe der BUD besteht darin, dem Natur- und Klimawandel mit Instrumenten von Umweltschutz, Bau-, Planungs-, Sicherheits- und Verkehrsmassnahmen zu begegnen.

Die BUD verhält sich als Anbieter der Infrastrukturen in Hoch- und Tiefbau vorbildlich. Der Schutz der lebenswichtigen Ressourcen Boden, Wasser, Luft wird durch den Vollzug der massgebenden Gesetzgebung sowie durch den effizienten,

ökologischen Betrieb von Entsorgung, Recyklierung und Energieanlagen sichergestellt, bei welchem Aufbereitung und Rückführung von Wertstoffen in den Stoffkreislauf sowie Energie-(Rück-)Gewinnung an Bedeutung zunehmen. Mit der Wasserstrategie wird eine Priorisierung und Koordination zur nachhaltigen Sicherstellung von Qualität und Quantität vorgenommen. Mit der Energiestrategie sollen die Massnahmen für einen Ausstieg aus der Kernenergie koordiniert umgesetzt werden. Hierzu soll auch das kantonale Energiegesetz revidiert werden. Nachhaltigen Angebotsoptimierungen im öffentlichen Verkehr sollen u.a. eine Veränderung des Modal-Split und somit verringerte Umweltbelastung aus dem Verkehr heraus erreichen. Mit planerischen und baulichen Massnahmen ist der Dynamik von Geländeinstabilität und Hochwasserereignissen naturnah zu begegnen. Weiter wird durch Überprüfung der Prozesse für Information und Förderung, Regulierung und Gesetze die Effizienz im Vollzug der Energie- und Umweltgesetzgebung weiter optimiert, so z.B. beim Umgang mit Altlasten, Massnahmenvollzug bei Schadstoffminderung, Nichtionisierende Strahlung und Sicherheit durch Risikominimierung. Schliesslich ist der rechtsichere, klar geregelte Umgang mit Arealen ein bedeutsamer Faktor für Wirtschaft und Gesellschaft. In den Bewilligungsverfahren wird auch die strikte Einhaltung der energie- und umweltschutzrelevanten Vorgaben konsequent durchgesetzt.

5. Mobilität

Gut ausgebaute, betriebsbereite Verkehrsnetze, bestehend aus Strassennetzen von nationaler und regionaler Bedeutung, Schienennetzen für Nah- und Fernbereich sowie Verkehrswegen für den Langsamverkehr ermöglichen erst die Mobilität im gewohnten Umfang. Dabei geht es auf dem Kantonalen Verkehrsnetz nebst Werterhaltung auch um Sicherstellung von Verkehrssicherheit und Verkehrsfluss. Wirtschaftliches Verkehrsmanagement gewinnt an Bedeutung. Die koordinierte Planung und Vernetzung aller beeinflussbaren Mobilitätsformen gewähren das erreichbare Optimum zur Befriedigung der Nachfrage. Aufgrund des Platzmangels werden künftige Angebotserweiterungen tendenziell eher im öffentlichen Verkehr stattfinden.

Bewirtschaftung und Werterhaltung der Verkehrs-Infrastruktur haben höchste Priorität. Diese Anlagen müssen über lange Zeit erhalten sowie jederzeit betriebsbereit und sicher zur Verfügung stehen.

Im öffentlichen Verkehr sollen als permanente Aufgabe nachhaltige Angebotsoptimierungen bei Erfüllung des 7. Generellen Leistungsauftrages 2014-2017 wesentliche Beiträge zur Aufrechterhaltung der Mobilität bei laufend steigendem Verkehrsaufkommen auf beschränktem Raum leisten.

Mit planerischen und baulichen Massnahmen sollen Behinderungen des Verkehrsflusses durch die Dynamik von Naturgefahren begegnet werden.

Die Zugehörigkeit der Hochleistungsstrassen ist aufgrund der Diskussion in den eidgenössischen Räten sowie dem angekündigten Referendum weiterhin ungewiss.

6. Auftritt und Kooperation

Bei der Organisation von Ver- und Entsorgung wie Wasserversorgung, Abwasser-Reinigung sowie Abfall-Rezyklierung und -entsorgung werden seit Jahrzehnten enge Kooperationsverhältnisse mit Nachbarkantonen sowie Privatwirtschaft gepflegt und optimiert.

Im öffentlichen Verkehr wird mit dem Tarifverbund Nordwestschweiz eine intensive Zusammenarbeit, sowohl mit allen Nachbarkantonen als auch mit allen beteiligten Unternehmen als entscheidendes Erfolgselement, gepflegt. Die Aussenwirkung ist sehr wirkungsvoll.

7. Effizientes und effektives staatliches Handeln

Das dauerhaft betriebsbereite und sichere Infrastrukturangebot durch optimale Werterhaltung und Bewirtschaftung in ökonomisch und ökologisch sinnvollem Rahmen ist ein wirkungsvoller Beitrag an Effektivität und Effizienz staatlichen Handelns.

Die Strategie für ein Flächenmanagement der kantonalen Verwaltung bildet die Basis für eine technisch und wirtschaftlich optimale Raumbereitstellung für die Leistungserbringung der Verwaltung zu Gunsten von Steuer- und Gebührendzahlern.

Die Abwicklung der Baubewilligungsverfahren mit hoher Rechtssicherheit und vergleichsweise kurzen Bewilligungsfristen erscheinen nach Rückmeldungen von Investoren im interkantonalen und internationalen Vergleich als sehr effizient und attraktiv. Mit etappierter Einführung eines elektronischen Baugesuchportals können Attraktivität und Effizienz weiter erhöht werden.

Gesamtübersicht Budget

Die Zunahme im Personalaufwand von 5 % gegenüber dem Budget 2013 sind auf die höheren Arbeitgeberbeiträge (CHF +3.75 Mio.), aufgrund der Reform der Basellandschaftlichen Pensionskasse (BLPK) und Frühpensionierungen, zurückzuführen. Die Massnahmen aus dem Entlastungspaket 12/15 insbesondere BUD KI-3 und BUD-N-7 (-3.2 Stellen) und dem Kantonalen Projekt "Neues Organisationsmodell Personalwesen (NOP)" (-2.8 Stellen) werden umgesetzt.

Anfang 2014 wird das Strafjustizzentrum in Muttenz in Betrieb genommen, was zusätzliche Abschreibungen von rund CHF 5 Mio. im ersten Betriebsjahr zur Folge hat. Mitte 2013 wird die Sanierung der Sekundarschule Binningen abgeschlossen, was zu höheren Abschreibungen von rund CHF 1 Mio. führt.

Bei den Tiefbauten werden mehrere Projekte abgeschlossen (Strassensanierungen, Wasserbauten, Abwasseranlagen), welche 2014 mit rund CHF 4 Mio. zusätzlichen Abschreibungen zu Buche schlagen. (Die Abschreibungen aus Beiträgen an Investitionen Dritter (ÖV) sind im Budget noch nicht enthalten.)

Der Finanzaufwand (+36 %) musste aufgrund der zu erwartenden höheren Aufwendungen für Liegenschaften im Finanzvermögen (Bsp: Schorenareal in Arlesheim) angehoben werden.

Die Steigerung beim Transferaufwand (+6 %) ist durch die Erhöhung der Abgeltung (CHF +2.5 Mio.) an die Transportunternehmungen vorwiegend aufgrund der umfangreichen Erneuerung des Rollmaterials (BLT Tango) gemäss LRB zum 7. Generellen Leistungsauftrag im Bereich des öffentlichen Verkehrs für 2014-2017 und durch die neuen Beitragskategorien der "neuen Agrarpolitik" des Bundes (CHF +4 Mio.) zu erklären.

Die Steigerung des Transferertrags (+14 %) ist durch höhere Einnahmen aufgrund der "neuen Agrarpolitik" (CHF +4 Mio.) des Bundes (AP 2014-2017); beim Amt für Industrielle Betriebe für Abwassergebühren (CHF +2 Mio.) und den Anteil am nicht werkgebundenen Mineralölsteueranteil des Bundes zurückzuführen.

Mit der kompletten Übernahme bzw. Kauf der Sekundarschulbauten von Gemeinden wurde der Zweck des Schulhausfonds dahingehend angepasst, indem dieser zur Deckung der jährlichen Abschreibungen herangezogen wird und nicht für den Kauf der Objekte. Diese Handhabung entspricht der Regelung nach HRM2. Der Fonds wird somit auch neu als Vorfinanzierung des Eigenkapitals und somit nicht mehr als Fonds des Fremdkapitals geführt.

Erfolgsrechnung

	Rechnung 2012	Budget 2013	Budget 2014	Abw. Absolut	Abw. %
30 Personalaufwand	68'023'963	68'613'583	71'738'812	3'125'229	5%
31 Sach- und übriger Betriebsaufwand	104'708'403	111'566'626	111'807'630	241'004	0%
33 Abschreibungen Verwaltungsvermögen	58'793'421	62'280'229	70'758'318	8'478'089	14%
34 Finanzaufwand	572'760	598'250	815'550	217'300	36%
36 Transferaufwand	102'408'787	97'348'900	104'250'827	6'901'927	7%
37 Durchlaufende Beiträge	3'632'972	3'221'708	3'083'000	-138'708	-4%
41 Regalien und Konzessionen	-6'625'975	-6'393'283	-6'403'000	-9'717	0%
42 Entgelte	-29'095'591	-28'897'210	-31'300'150	-2'402'940	-8%
43 Verschiedene Erträge	-63'362	-55'000	-55'000	0	0%
44 Finanzertrag	-42'172'187	-22'756'490	-23'151'960	-395'470	-2%
45 Übertrag Fonds / StaatsRG	-954'000	-10'552'080	-1'200'500	9'351'580	89%
46 Transferertrag	-53'772'155	-50'162'414	-57'013'631	-6'851'217	-14%
47 Durchlaufende Beiträge	-3'632'972	-3'221'708	-3'083'000	138'708	4%
48 Ausserordentlicher Ertrag	-9'499'243		-10'650'000	-10'650'000	X
49 Interne Faktoren	-154'417	-151'447	-154'417	-2'970	-2%
Total Aufwand	338'140'306	343'629'296	362'454'137	18'824'841	5%
Total Ertrag	-145'969'903	-122'189'632	-133'011'658	-10'822'026	-9%
Gesamtergebnis Erfolgsrechnung	192'170'402	221'439'664	229'442'479	8'002'815	4%

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2012	Sollstellenplan 2013	Sollstellenplan 2014	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	462.2	480.2	475.3	-5.0	-1.0%

Bereich Generalsekretariat BUD

Der Bereich Generalsekretariat BUD umfasst die Aufgaben- und Themenvielfalt der Direktion mit all seinen Querschnittsfunktionen. Auf eine detaillierte Kommentierung auf Bereichsebene wird deshalb verzichtet. Detaillierte Kommentare finden sich im Dienststellenkommentar 2300 Generalsekretariat BUD.

Erfolgsrechnung

	Rechnung 2012	Budget 2013	Budget 2014	Abw. Absolut	Abw. %
30 Personalaufwand	5'376'262	5'343'766	5'803'757	459'991	9%
31 Sach- und übriger Betriebsaufwand	1'452'359	2'069'196	2'472'600	403'404	20%
34 Finanzaufwand	167				
36 Transferaufwand	285'455	278'000	278'000	0	0%
42 Entgelte	-15'791	-15'760	-15'300	460	3%
44 Finanzertrag	-24	-30		30	100%
Total Aufwand	7'114'244	7'690'962	8'554'357	863'395	11%
Total Ertrag	-15'815	-15'790	-15'300	490	3%
Gesamtergebnis Erfolgsrechnung	7'098'429	7'675'172	8'539'057	863'885	11%

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2012	Sollstellenplan 2013	Sollstellenplan 2014	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	32.7	37.0	36.0	-1.0	-2.7%

2300 Generalsekretariat BUD

Auftrag und Zielsetzungen

Das Generalsekretariat (GSK) ist die Stabsstelle der Direktionsvorsteherin oder -vorstehers sowie Koordinations- und Beratungsstelle für die ganze Direktion. Namentlich sind dem GSK folgende Aufgaben übertragen:

Beratung und Koordination zu Handen des Direktionsvorstehers und der Dienststellen; interne und externe Kommunikation; das Rechtswesen der ganzen Direktion auf sämtlichen Rechtsgebieten samt Vertretung nach Aussen in Rechtsgeschäften; Koordination, Beratung und Unterstützung der Direktion, Bereiche und ihren Dienststellen im Personalwesen, zentrale Führung des Rechnungswesens der BUD. Weiter werden alle Controllingprozesse im GSK koordiniert und konsolidiert.

Der Informatikbetrieb wurde an den Zentralen Informatikdienst (ZID) in der FKD übertragen. Das Personal wurde ins ZID transferiert; die Sachmittel bleiben weiterhin in der Direktion budgetiert. Im GSK der BUD bleiben weiterhin die Informatikentwicklung sowie die Pflege aller GIS-Applikationen.

Dem GSK ist weiter die Zentrale Beschaffungsstelle angegliedert, welche für die fachlich und formal korrekte Abwicklung der Beschaffungen der gesamten Verwaltung zuständig ist. Administrativ, jedoch nicht weisungsgebunden, ist das Aktuariat der Baurekurskommission dem GSK angegliedert.

Mit Koordination und Optimierung von Verwaltungsprozessen werden Wirkungsorientierung und Rationalisierung vorangetrieben (RP 2012-2015: R-SH-1, R-SH-2, R-SH-3).

Erfolgsrechnung (ohne Verpflichtungskredite und Transfers)

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Budget 2014	Abw. Absolut	Abw. %	B
300	Behörden, Kommissionen und Richter	79'684	100'000	95'110	-4'890	-5%	
301	Löhne des Verw- und Betriebspersonals	4'406'847	4'309'516	4'479'586	170'070	4%	
304	Zulagen	81'873	61'800	52'823	-8'978	-15%	
305	Arbeitgeberbeiträge	780'184	797'850	1'124'938	327'088	41%	1
309	Übriger Personalaufwand	27'674	74'600	51'300	-23'300	-31%	
310	Material- und Warenaufwand	156'006	235'900	203'700	-32'200	-14%	
311	Nicht aktivierbare Anlagen	131'642	209'600	223'000	13'400	6%	
313	Dienstleistungen und Honorare	786'940	1'019'100	1'542'900	523'800	51%	2,3
315	Unterhalt Mobilien/immaterielle Anlagen	264'314	441'296	340'000	-101'296	-23%	2
317	Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen	113'477	163'300	163'000	-300	0%	
318	Wertberichtigungen auf Forderungen	-20					
341	Realisierte Kursverluste	4					
342	Kapitalbeschaffungs-/Verwaltungskosten	163					
421	Gebühren für Amtshandlungen	-9'298	-9'760	-9'300	460	5%	
426	Rückerstattungen	-6'493	-6'000	-6'000	0	0%	
440	Zinsertrag	-24	-30		30	100%	
	Total Aufwand	6'828'788	7'412'962	8'276'357	863'395	12%	
	Total Ertrag	-15'815	-15'790	-15'300	490	3%	
	Ergebnis Erfolgsrechnung (ohne VK und Transfers)	6'812'973	7'397'172	8'261'057	863'885	12%	

- Die höheren Arbeitgeberbeiträge sind auf die Reform der Basellandschaftlichen Pensionskasse (BLPK) und Frühpensionierungen zurückzuführen.
- Aufgrund Wegfall diverser serverseitigen Softwarekomponenten und einer tendenziellen Verschiebungen zu "EDV Leistungen Dritter" (31300020).
- Neu sollen Leistungen für die technische Informatik (z.B. Leitungskataster) zentral im GSK budgetiert werden vgl. Profitcenter 2301 TBA Strassen.

Transferaufwand und -ertrag

Transfer	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Budget 2014	Abw. Absolut	Abw. %	B
Verbandsbeiträge	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	213'627	173'000	173'000	0	0%	
Projektbeiträge Naturschutz	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	71'828	105'000	105'000	0	0%	
Total Transferaufwand			285'455	278'000	278'000	0	0%	
Total Transferertrag								
Transfers (Netto)			285'455	278'000	278'000	0	0%	

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2012	Sollstellenplan 2013	Sollstellenplan 2014	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	32.7	37.0	36.0	-1.0	-2.7%

Die veränderte Personalplanung ist zurückzuführen auf Verschiebungen von Total -2.2 Sollstellenprozenten innerhalb der Direktion für die Umsetzung der strategischen Zielsetzung betreffend Mobilität im Profitcenter Öffentlicher Verkehr (-0.8) aber auch in die Finanz- und Kirchendirektion/Personalamt (DLZ) (-1.4) im Rahmen des Projekts "Neues Organisationsmodell Personalwesen (NOP)". Zum Ausgleich wurden innerhalb der Direktion Total +1.2 Stellenprozenten, 0.7 vom Profitcenter Hochbauamt, 0.2 vom Profitcenter Amt für Industrielle Betriebe, 0.1 vom Profitcenter Öffentlicher Verkehr und 0.2 vom Profitcenter Tiefbauamt Strassen - im Rahmen des Projekts NOP - zum GSK verschoben.

Jahresprogramm

2300.001 Gleichstellung von Frau und Mann

Schwerpunktfeld "Förderung der Gleichstellung"

Nach fachlichen Kriterien wird versucht, insbesondere in der Baubranche sowie bei naturwissenschaftlichen Berufen, die geschlechterneutrale Chancengleichheit zu wahren, soweit der Stellenmarkt dies zulässt.

2300.002 Luftverkehr EuroAirport

Der Kanton engagiert sich für den Erhalt des gut funktionierenden und konkurrenzfähigen Flughafens. Er soll weiterhin die Bedürfnisse des Wirtschaftsstandortes und der Bevölkerung befriedigen können sowie eine wichtige Arbeitsstätte sein. Gleichzeitig soll der Verkehr in Zusammenarbeit mit den regionalen Partnern möglichst umweltverträglich abgewickelt werden und die Wohnqualität in den flughafennahen Gemeinden so wenig wie möglich beeinträchtigt werden.

Die Regierung setzt sich dafür ein, dass konsensfähige Massnahmen zur Verbesserung der Verkehrssicherheit und der Umweltverträglichkeit realisiert werden. Die Prüfung möglicher Massnahmen wird zusammen mit dem Flughafen, Behörden im In- und Ausland sowie unter Konsultation der Fluglärmkommission weitergeführt. Weiterhin besonders beobachtet wird die Benutzung des Südlandverfahrens ILS 33. Die Regierung besteht auf einer strikten Einhaltung der Benutzungsvereinbarung und unterstützt Massnahmen zur Verbesserung der Transparenz.

Der Flughafen soll weiterhin die Mobilitätsbedürfnisse der Bevölkerung und der Wirtschaft befriedigen können. Überdies setzt sich die Regierung dafür ein, dass die Rahmenbedingungen für die auf dem EuroAirport tätigen Unternehmen verbessert werden.

Bereich Infrastruktur und Mobilität

Der Bereich Infrastruktur und Mobilität umfasst die beiden Dienststellen Tiefbauamt und Amt für Industrielle Betriebe.

Die prioritäre Zielsetzung des Bereichs ist das Anbieten, Betreiben und Weiterentwickeln einer leistungsfähigen, sicheren, wirtschaftsfreundlichen und umweltgerechten Infrastruktur für die Mobilität, für Abwasser-, Abfall- und Energieanlagen sowie der Hochwasserschutz und die langfristige Sicherung von vitalen und sauberen Gewässern.

Eine zukunftsfähige Verkehrs-Infrastruktur, die insbesondere dem steigenden Verkehrsaufkommen, den sich verändernden gesellschaftlichen Anforderungen und den Bedürfnissen der Wirtschaft gerecht wird, ist unverzichtbar. Mit dem Geschäftsbereich Mobilität wird die nachhaltige Abstimmung von Siedlung und Verkehr vorangetrieben, mit dem Geschäftsbereich Verkehrsinfrastruktur werden Um- und Neubauten verkehrsträgerübergreifend projektiert und realisiert, und mit dem Geschäftsbereich Kantonsstrassen wird die bestehende Strasseninfrastruktur erhalten und gepflegt. Ebenso definiert und bestellt das Tiefbauamt ein optimal koordiniertes und attraktives Gesamtangebot des öffentlichen Verkehrs. Damit wird die Grundmobilität von Gesellschaft und Wirtschaft (IV, ÖV und Strassen-Güterverkehr) sicherstellen, werden räumlich und zeitlich differenzierte Anreize für eine gezielte Entlastung des Strassenverkehrs geschaffen.

Weitere Tätigkeitsschwerpunkte sind die behinderten-, alters- und gendergerechten Gestaltung bzw. Anpassung der Infrastruktur, die Lärmsanierung der Kantonsstrassen, die Verbesserung der Sicherheit bei Bahnübergängen sowie die Fertigstellung des kantonalen Radroutennetzes.

Der integrale Hochwasserschutz mit einer abgestimmten Revitalisierungsplanung kombiniert, ermöglicht den Schutz der Siedlungs- und Gewerbegebiete bei möglichst naturnahen Gewässern.

Mit einer konsequenten und langfristigen Erhaltungsplanung der Infrastrukturen und der vorausschauenden Gewässerunterhaltsplanung wird erreicht, dass die Werterhaltung - unter Berücksichtigung sich wandelnder Anforderungen - zum ökonomisch und ökologisch richtigen Zeitpunkt erfolgt. Dank einem effizienten Strassenunterhaltsdienst wird ein zu jeder Jahreszeit sicheres und leistungsfähiges Strassennetz bereitgestellt.

Die Schonung lebenswichtiger Ressourcen wie Boden, Luft und Wasser wird unter anderem durch Energieerzeugung mit geringer Umweltbelastung, den Ausbau des Fernwärmenetzes, der Erweiterung von Abwasserreinigungs-Anlagen oder der Fertigstellung und Inbetriebnahme von Mischwasserbecken erreicht. Weiter wird die Produktion von erneuerbarer Energie und durch ein umfassendes Energiemonitoring aller Infrastruktur-Anlagen und dem Ausbau von Fernwärmenetzen auch ein energieeffizienter Betrieb bei der Leistungserbringung gefördert. Mit leistungsstarken Entsorgungsanlagen werden Industrie und Gewerbe ein interessanter Produktionsstandort angeboten.

Mit all diesen Massnahmen wird erreicht, dass die Wettbewerbsfähigkeit des Baslerbieter Wirtschaftsraumes gestärkt wird, die Infrastrukturen die Ressourcen sorgsam nutzen, die Behandlung von Wertstoffen und Abfällen umweltgerecht erfolgt, und der Verkehr mit möglichst wenig Emissionen verbunden ist.

Beim Kauf von Fahrzeugen für die kantonale Fahrzeugflotte wird grosser Wert auf die Effizienzsteigerung der Antriebssysteme gelegt. Zudem garantiert die vorschriftsgemässe Wartung der Fahrzeuge deren Betriebssicherheit und einen emissionsarmen Betrieb.

Erfolgsrechnung

	Rechnung 2012	Budget 2013	Budget 2014	Abw. Absolut	Abw. %
30 Personalaufwand	25'361'053	25'891'657	26'912'971	1'021'313	4%
31 Sach- und übriger Betriebsaufwand	43'021'531	45'063'420	48'064'700	3'001'280	7%
33 Abschreibungen Verwaltungsvermögen	32'480'685	34'029'549	37'008'318	2'978'769	9%
34 Finanzaufwand	7'812	10'500	8'500	-2'000	-19%
36 Transferaufwand	89'712'205	79'750'500	84'333'000	4'582'500	6%
37 Durchlaufende Beiträge	58'632				
42 Entgelte	-23'587'860	-22'103'650	-24'841'350	-2'737'700	-12%
43 Verschiedene Erträge	-62'362	-55'000	-55'000	0	0%
44 Finanzertrag	-595	-600	-600	0	0%
45 Übertrag Fonds / StaatsRG	-1'000	-1'100'000		1'100'000	100%

	Rechnung 2012	Budget 2013	Budget 2014	Abw. Absolut	Abw. %
46 Transferertrag	-46'089'851	-41'569'500	-44'656'300	-3'086'800	-7%
47 Durchlaufende Beiträge	-58'632				
49 Interne Fakturen	-2'610		-2'610	-2'610	X
Total Aufwand	190'641'917	184'745'627	196'327'489	11'581'862	6%
Total Ertrag	-69'802'910	-64'828'750	-69'555'860	-4'727'110	-7%
Gesamtergebnis Erfolgsrechnung	120'839'007	119'916'877	126'771'629	6'854'752	6%

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2012	Sollstellenplan 2013	Sollstellenplan 2014	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	204.3	210.9	210.8	-0.1	-0.1%

2301 Tiefbauamt Strassen

Auftrag und Zielsetzungen

Der zuverlässige und dauerhafte Betrieb sowie die nachhaltige Werterhaltung der Infrastruktur (Kantonsstrassen inkl. Tunnel, Radrouten, Bushaltestellen etc.) werden durch gezielte betriebliche Massnahmen (Winterdienst, laufender baulicher Unterhalt etc.) und durch eine konsequente, langfristige Erhaltungsplanung gemäss der dualen Erhaltungsstrategie sichergestellt. Im Rahmen der rollenden Mehrjahresplanung und vor dem Hintergrund von weiteren Entlastungsmassnahmen hat das Tiefbauamt die 4-Jahresbudgetierung für den Strassenunterhalt in Betracht gezogen, um die vorhandenen Mittel wirtschaftlicher einzusetzen und damit wesentlich mehr erreichen zu können. Künftig sollen die Arbeiten jeweils über das ganze Jahr verteilt ausgeführt werden. Für die 4-Jahresbudgetierung wurde vom Regierungsrat eine Vorlage an den Landrat überwiesen, welche einen Verpflichtungskredit von CHF 116 Mio. für die Werterhaltung der Kantonsstrassen (Instandsetzung und Korrektur) und von CHF 36 Mio. für den baulichen und betrieblichen Unterhalt beantragt (ohne Hochleistungsstrassen).

Mit dieser Vorgehensweise soll erreicht werden, dass die Werterhaltung und der bauliche Unterhalt zum ökonomisch richtigen Zeitpunkt erfolgt, so dass die Bewältigung der Anforderungen an die Mobilität mit einer kostenoptimierten Infrastruktur erfolgt.

Entsprechend der konsequenten Umsetzung des kantonalen Richtplanes werden die entsprechenden Planungen der Strasseninfrastruktur vorangetrieben, um so eine grosse Planungssicherheit für alle zu gewährleisten.

Zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit des Baselbieter Wirtschaftsraumes wird z.B. die Planung der Infrastrukturen für Salina Raurica vorangetrieben. Zum gleichen Zweck wird die vorgesehene Übernahme der A22, Pratteln - Sissach sowie der H18 Basel - Delémont durch den Bund unter fairen Bedingungen befürwortet, um langfristig den Erhalt und notwendigen Ausbau zu sichern.

Mit geeigneten Massnahmen (Hohe Haltekanten bei Bushaltestellen, geeignete Beläge, Fussgängerampeln richtig ausgerüstet etc.) wird gewährleistet, dass für Menschen mit Bewegungshilfen, Rollgepäck oder Kinderwagen die Abnahme der Mobilitätseinschränkung zu vermehrter, selbstbestimmter Bewegungsfreiheit führt. (RP 2012-2015: BUD-SH-2)

Zur Steigerung des Sicherheitsniveaus werden die vorgesehenen Strassenprojekte gemäss standardisiertem Ablauf sicherheitstechnisch überprüft. Parallel werden z.B. die Fussgängerstreifen laufend überprüft und Massnahmen ergriffen wie z.B. Verbesserung der Beleuchtung, etc..

Mit der Planung zum weiteren Ausbau des kantonalen Radroutennetzes, der Priorisierung des öffentlichen Verkehrs in den Agglomerationen (Steuerung der LSA-Anlagen, Busspuren, situationsbedingte Fahrbahnhaltestellen) und der lärmtechnischen Sanierung der Kantonsstrassen werden die Voraussetzungen geschaffen, dass der Verkehr die Ressourcen sorgsam nutzt und mit so wenig Immissionen wie möglich verbunden ist.

Erfolgsrechnung (ohne Verpflichtungskredite und Transfers)

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Budget 2014	Abw. Absolut	Abw. %	B
301	Löhne des Verw- und Betriebspersonals	12'571'909	12'556'128	12'606'644	50'516	0%	
304	Zulagen	226'513	189'142	182'999	-6'143	-3%	
305	Arbeitgeberbeiträge	2'084'000	2'153'429	2'972'443	819'014	38%	1
309	Übriger Personalaufwand	146'280	152'000	152'000	0	0%	
310	Material- und Warenaufwand	116'421	118'000	73'000	-45'000	-38%	
311	Nicht aktivierbare Anlagen	948'189	862'000	918'500	56'500	7%	
312	Ver- und Entsorgung Liegenschaften VV	355'437	710'000	710'000	0	0%	
313	Dienstleistungen und Honorare	2'003'298	2'451'000	1'880'000	-571'000	-23%	2,3
314	Baulicher und betrieblicher Unterhalt	10'537'566	11'805'000	4'300'000	-7'505'000	-64%	4,5
315	Unterhalt Mobilien/immaterielle Anlagen	86'230	105'500	95'500	-10'000	-9%	
316	Mieten, Leasing, Pachten, Benützungsgb			45'000	45'000		X
317	Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen	359'091	351'000	351'000	0	0%	
318	Wertberichtigungen auf Forderungen	3'281					
319	Verschiedener Betriebsaufwand	353'091	327'000	327'000	0	0%	

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Budget 2014	Abw. Absolut	Abw. %	B
330	Abschreibungen Sachanlagen VV	22'161'722	23'680'691	25'315'233	1'634'542	7%	6
421	Gebühren für Amtshandlungen	-74					
425	Erlös aus Verkäufen	-22'788	-8'000	-11'000	-3'000	-38%	
426	Rückerstattungen	-459'051	-325'000	-325'000	0	0%	
430	Verschiedene betriebliche Erträge	-62'362	-55'000	-55'000	0	0%	
440	Zinsertrag	-52					
	Total Aufwand	51'953'030	55'460'891	49'929'320	-5'531'571	-10%	
	Total Ertrag	-544'327	-388'000	-391'000	-3'000	-1%	
	Ergebnis Erfolgsrechnung (ohne VK und Transfers)	51'408'703	55'072'891	49'538'320	-5'534'571	-10%	

- Die höheren Arbeitgeberbeiträge sind auf die Reform der Basellandschaftlichen Pensionskasse (BLPK) und Frühpensionierungen zurückzuführen.
- Entlastungsmassnahmen.
- Neu sollen Leistungen für die technische Informatik (z.B. Leitungskataster) zentral im GSK budgetiert werden vgl. Profitcenter 2300 Generalsekretariat BUD.
- Durch die beiden letzten strengen Winterperioden wurde das veraltete Strassennetz stark beschädigt. Der Aufwand für den Unterhalt muss zur Vermeidung von Werkeigentümerhaftungsfällen zwingend erhöht werden. Im Weiteren wurde gem. Weisung des ASTRA die Netzabtretung nicht berücksichtigt. Neu muss der Betrieb der Hochleistungsstrasse Pratteln- Liestal aufgenommen werden.
- Der bauliche und betriebliche Unterhalt (ohne Hochleistungsstrassen) wird ab 2014 neu als Verpflichtungskredit ausgewiesen. Dafür sind im Budget 2014 CHF 9.7 Mio vorgesehen.
- Die höheren Abschreibungen sind auf die Differenz der Investitionen der Jahrestanche 2013 zurückzuführen.

Transferaufwand und -ertrag

Transfer	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Budget 2014	Abw. Absolut	Abw. %	B
Einnahmen Mineralölsteuer	460	Ertragsanteile von Dritten	-10'631'821	-10'568'000	-11'514'800	-946'800	-9%	1
Leitungskataster	361	Entschädigungen an Gemeinwesen & Dritte	70'672	100'000	100'000	0	0%	
Total Transferaufwand			70'672	100'000	100'000	0	0%	
Total Transferertrag			-10'631'821	-10'568'000	-11'514'800	-946'800	-9%	
Transfers (Netto)			-10'561'150	-10'468'000	-11'414'800	-946'800	-9%	

- Anteil am nicht werkgebundenen Mineralölsteueranteil des Bundes fällt höher aus.

Verpflichtungskredite

Verpflichtungskredit	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Budget 2014	Abw. Absolut	Abw. %	B
Beteiligung NSNW AG	30	Personalaufwand	71'297	72'000	55'000	-17'000	-24%	
Unterhalt Kantonsstrassen (exkl. H-Str.)	31	Sach- und übriger Betriebsaufwand			9'700'000	9'700'000		X 1
Total Verpflichtungskredite Aufwand			71'297	72'000	9'755'000	9'683'000	3'449%	
Total Verpflichtungskredite Ertrag								
Total Verpflichtungskredite (netto)			71'297	72'000	9'755'000	9'683'000	3'449%	

- Der bauliche und betriebliche Unterhalt (ohne Hochleistungsstrassen) wird ab 2014 neu als Verpflichtungskredit ausgewiesen. Vom Regierungsrat wurde im August 2013 eine Vorlage an den Landrat überwiesen.

Investitionen

Investitionsvorhaben	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Budget 2014	Abw. Absolut	Abw. %	B
Erneuerung Kantonsstr./Nebenanlagen 9981	50	Sachanlagen	17'473'279	19'000'000	19'000'000	0	0%	A,B, C,D
	63	Inv.-Beitr. für eigene Rechnung	-725'000	-500'000	-830'000	-330'000	-66%	
		Nettoinvestitionen	16'748'279	18'500'000	18'170'000	-330'000	-2%	
Ausbau Kantonsstrasse/Nebenanlagen 9991	50	Sachanlagen	13'132'608	10'000'000	10'000'000	0	0%	A,B, C,D
	63	Inv.-Beitr. für eigene Rechnung	-725'000	-500'000	-820'000	-320'000	-64%	
		Nettoinvestitionen	12'407'608	9'500'000	9'180'000	-320'000	-3%	
Lärmschutz Kant. Hochleistungsstr. 9951	50	Sachanlagen	539'312	3'500'000	1'000'000	-2'500'000	-71%	D
Erneuerung Kant. Hochleistungsstr. 9970	50	Sachanlagen	3'436'540	5'000'000	5'200'000	200'000	4%	D
	63	Inv.-Beitr. für eigene Rechnung	-3'403'409	-1'000'000	-1'650'000	-650'000	-65%	
		Nettoinvestitionen	33'131	4'000'000	3'550'000	-450'000	-11%	
Ankauf Grundstücke 9990	50	Sachanlagen	485'625	700'000	800'000	100'000	14%	
Salina Raurica	50	Sachanlagen	776'409	750'000	2'550'000	1'800'000	240%	
Ausbauprogramm Radrouten	50	Sachanlagen	1'776'380	2'000'000	2'000'000	0	0%	E,F
	63	Inv.-Beitr. für eigene Rechnung	-161'897	-600'000	-600'000	0	0%	
		Nettoinvestitionen	1'614'484	1'400'000	1'400'000	0	0%	
Lärmsanierung Kantonsstrassen	50	Sachanlagen	3'121'928	2'500'000	2'500'000	0	0%	D
	63	Inv.-Beitr. für eigene Rechnung	-868'774	-350'000	-630'000	-280'000	-80%	
		Nettoinvestitionen	2'253'155	2'150'000	1'870'000	-280'000	-13%	
7001 Tunnel Eggflue, Tunnelsicherheit	50	Sachanlagen	2'139'191	300'000	100'000	-200'000	-67%	D
H18, Birstal, Anschluss Aesch	50	Sachanlagen	109'718	100'000	100'000	0	0%	
H2, Pratteln-Liestal (HPL)	50	Sachanlagen	66'074'238	81'000'000	20'800'000	-60'200'000	-74%	
	63	Inv.-Beitr. für eigene Rechnung	-65'684'878	-41'000'000	-28'000'000	13'000'000	32%	
		Nettoinvestitionen	389'360	40'000'000	-7'200'000	-47'200'000	-118%	
Linksufrige Birsigalstrasse	50	Sachanlagen		10'000		-10'000	-100%	D
Allschwil-Baslerstrasse, Projektierung	50	Sachanlagen	322'974	100'000	250'000	150'000	150%	
H2, Umfahrung Liestal, Konzept/Bauprojek	50	Sachanlagen	1'223'131	2'000'000	200'000	-1'800'000	-90%	
Muttenz/Pratteln, San. Rheinfelderstrass	50	Sachanlagen		500'000	300'000	-200'000	-40%	
Allschwil, Dorfplatz Tramenschlaufe	50	Sachanlagen		100'000	100'000	0	0%	D,G
Laufen, Gesamtplanung neue Birsbrücke	50	Sachanlagen		400'000	500'000	100'000	25%	G
Sicherheitsmassnahmen TRA 9500	50	Sachanlagen		300'000	50'000	-250'000	-83%	D
Richtplan, Projektierung Strassennetz	50	Sachanlagen	598'438	500'000	250'000	-250'000	-50%	
Seltisberg, San. Kantonsstrasse innerorts	50	Sachanlagen	60'000	100'000	500'000	400'000	400%	D
Langenbruck, Sanierung Ortsdurchfahrt	50	Sachanlagen	125'576	150'000	200'000	50'000	33%	D

Investitionsvorhaben	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Budget 2014	Abw. Absolut	Abw. %	B
Augst, San./Umgestaltung Ortsdurchfahrt	50	Sachanlagen	170'747	300'000	50'000	-250'000	-83%	D,H
Füllinsdorf, Giebenacherstrasse	50	Sachanlagen	87'856					
Reigoldswil, Sanierung Ziefenstrasse	50	Sachanlagen	233	100'000	200'000	100'000	100%	D
Grellingen, San./Umgestalt. Ortsdurchf.	50	Sachanlagen			3'500'000	3'500'000	X	
Zwingen, San./Umgest. Ortsdurchfahrt	50	Sachanlagen	2'833'778	2'400'000	20'000	-2'380'000	-99%	D
Aesch, Anschluss Pfeffingerring, Vorproj.	50	Sachanlagen	73'608	300'000	500'000	200'000	67%	
Anschluss Dornach an H18, Realisierung	50	Sachanlagen	72'289	100'000	300'000	200'000	200%	
Allschwil, Kreisel Hegenheimermattweg	50	Sachanlagen			200'000	200'000	X	
Rothenf., Hemmikerstr., Ausb. Säge-Asph.	50	Sachanlagen	934					
Arisdorf, Sanierung Hauptstrasse	50	Sachanlagen		10'000		-10'000	-100%	
Liestal, Betriebs-u. Gestalt.konzept Ost	50	Sachanlagen		200'000	300'000	100'000	50%	E,H
Laufen, Neue Kantonsstrasse Stangimatt	50	Sachanlagen			50'000	50'000	X	
Sissach, Umfahrung Flank. Massnahmen	50	Sachanlagen	85'228	3'000'000	3'500'000	500'000	17%	D
Allschwil, San. Baslerstr., Strassenbau	50	Sachanlagen		1'000'000	500'000	-500'000	-50%	A,D, H
Reinach, Trasseesanierung Linie 11	50	Sachanlagen		3'000'000		-3'000'000	-100%	A,D, H
	63	Inv.-Beitr. für eigene Rechnung		-800'000		800'000	100%	
		Nettoinvestitionen		2'200'000		-2'200'000	-100%	
Total Investitionsausgaben			114'720'021	139'420'000	75'520'000	-63'900'000	-46%	
Total Investitionseinnahmen			-71'568'958	-44'750'000	-32'530'000	12'220'000	27%	
Total Nettoinvestitionen			43'151'063	94'670'000	42'990'000	-51'680'000	-55%	

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2012	Sollstellenplan 2013	Sollstellenplan 2014	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	122.3	125.6	125.0	-0.6	-0.5%

Die veränderte Personalplanung ist zurückzuführen auf Verschiebungen von Sollstellenprozenten innerhalb der Direktion zum Generalsekretariat BUD (-0.2) aber auch in die Finanz- und Kirchendirektion (-0.4).

Jahresprogramm

D 2301.001 Werterhalt beim Strassennetz

Im Vordergrund stehen die Aufrechterhaltung der Betriebsbereitschaft und der Substanzerhaltung. Wo sinnvoll, wird die Werterhaltung mit einer Umgestaltung an die geänderten Bedürfnisse verbunden und die entsprechende Planung weitergeführt wie z.B. in Allschwil, Sanierung Baslerstrasse. Um die gesetzlichen Anforderungen an den Lärmschutz bis 2018 erfüllen zu können und die Bundessubventionen zu sichern, wird das Lärmschutzprogramm plangemäss weiter geführt.

Mit hoher Priorität werden Projekte gestartet bzw. weiterverfolgt, die einen hohen Werterhaltungsanteil beinhalten (z.B. Langenbruck; Korrektion/Umgestaltung Hauensteinerstrasse; Reigoldswil; Sanierung Ziefenstrasse; Seltisberg; Lupsingerstrasse) und/oder im Agglomerationsprogramm Basel enthalten sind

(Allschwil; Sanierung Baslerstrasse).

F 2301.006 Senkung der CO2 - Emissionen/Luftreinhaltung

Mit dem Ausbau der kantonalen Radrouten und einem attraktiven, öffentlichen Verkehr wird die Senkung der CO2 - Emissionen und die Reduktion des Schadstoffausstosses des motorisierten Verkehrs gefördert. Für den Ausbau der Radrouten sind z.B. folgende Projekte in Arbeit: Bubendorf - Hölstein; Grellingen - Laufen, Bubendorf - Ziefen etc.

C 2301.007 Sicherung der Strassen

In Zusammenarbeit mit dem Amt für Wald sind diverse Sicherheitsholzschläge vorgesehen. Im Rahmen des betrieblichen Unterhaltes erfolgen die Felsräumungen nach Bedarf. Wo notwendig, erfolgen Böschungssicherungen im Rahmen der Werterhaltung und Erneuerung der Kantonsstrassen.

H 2301.008 Koordination Agglomerationsprogramm

Zur Erreichung der regional positiven Wirkung des Agglomerationsprogrammes sind kantonsübergreifende Planungen und Realisierungen zwingend. Das Agglomerationsprogramm erlaubt, solche Massnahmen prioritär zu behandeln und finanzierbar zu machen. Die Planungen der Projekte im Agglomerationsprogramm Basel werden prioritär vorangetrieben wie z.B. Salina Raurica; Verlegung der Kantonsstrasse oder Laufen; neue Birsbrücke. Für die Projekte des Agglomerationsprogrammes 1. Generation mit Realisierungsbeginn bis ca. 2014 (Bundesbeiträge bis zu 40 %) werden die Bauprojekte erarbeitet (Allschwil; Sanierung Baslerstrasse) oder wird die Realisierung fortgesetzt (Reinach; Erneuerung / Umgestaltung der Ortsdurchfahrt).

E 2301.009 Prioritäten bei der Mobilität

Die Optimierung aller Verkehrsträger zur Befriedigung des Mobilitätsbedarfs ist oberstes Ziel. Wo zweckdienlich und sinnvoll wird mit einem attraktiven, öffentlichen Verkehr und mit dem Ausbau der Kantonalen Radrouten als ergänzende Massnahme die Verkehrsverlagerung gefördert.

In Reinach, Trassesanierung Linie 11 ist der Start der Bauarbeiten für die Umgestaltung im Ortszentrum im März 2013 erfolgt; sie werden im Herbst 2014 abgeschlossen. Dabei werden ebenfalls Radstreifen realisiert. Mit hoher Priorität wird die Projektierung für einen abgetrennten Radweg als Verbindung zwischen Allschwil und Oberwil weiter vorangetrieben mit Baubeginn der 1. Etappe Ende 2013.

G 2301.010 Optimierung der Verknüpfung der Verkehrsmittel

Im Rahmen der verschiedenen Projekte zur Erneuerung/Werterhaltung der Kantonsstrassen und dem Ausbau der kantonalen Radrouten wird auf eine optimale Verknüpfung der Haltestellen des öffentlichen Verkehrs mit anderen Verkehrsträgern hohen Wert gelegt. Im Rahmen der flankierenden Massnahmen in Sissach; dem Ausbau der Güterstrasse zur Kantonsstrasse, wird eine Bushaltestelle den Bedürfnissen entsprechend verlegt.

A 2301.011 Gender-, Senioren-, Behindertengerecht

Im Rahmen der Erneuerung und Werterhaltung von Kantonsstrassen werden diese speziellen Bedürfnisse vermehrt beachtet wie z.B. bei der Wahl der Beläge, Höhe der Anschlagkanten bei Übergängen über die Strasse sowie Tram- und Bushaltestellen, der Ausrüstung von Lichtsignalanlagen, etc. .

B 2301.012 Überprüfung und Sanierung von Unfallorten

Auf Grund der Unfallstatistik der Polizei werden die Unfallorte ermittelt und Vorschläge zur Verbesserung/Eliminierung erarbeitet (z.B. Bruderholzstrasse Münchenstein - Bottmingen). Diese werden im Rahmen der Werterhaltung oder in speziellen Projekten umgesetzt. Mit der Inbetriebnahme der A22, Pratteln - Liestal, können Unfallorte entlang der Rheinstrasse eliminiert werden.

2302 Tiefbauamt Fahrzeugwesen

Auftrag und Zielsetzungen

Das Tiefbauamt sorgt für die Bewirtschaftung des kantonalen Fahrzeugparks. Die Bewirtschaftung umfasst die Evaluation und den Fahrzeugeinkauf, das Unfallschadens- und Versicherungswesen sowie die Wartung und den Unterhalt. Bei der Beschaffung wird darauf geachtet, dass die Fahrzeuge dem Anforderungsprofil von Fahrzeugnutzer und Beschaffungsstelle entsprechen. Bei jeder Beschaffung räumt das Tiefbauamt dem Oekologieaspekt höchste Priorität ein.

Erfolgsrechnung (ohne Verpflichtungskredite und Transfers)

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Budget 2014	Abw. Absolut	Abw. %	B
301	Löhne des Verw- und Betriebspersonals	990'430	1'003'040	1'018'444	15'404	2%	
304	Zulagen	25'765	17'395	12'651	-4'744	-27%	
305	Arbeitgeberbeiträge	197'236	189'535	181'186	-8'349	-4%	
309	Übriger Personalaufwand	233					
310	Material- und Warenaufwand	9'073'617	8'900'000	8'900'000	0	0%	
311	Nicht aktivierbare Anlagen	1'570'247	1'410'000	1'410'000	0	0%	
313	Dienstleistungen und Honorare	145'072	150'000	148'000	-2'000	-1%	
315	Unterhalt Mobilien/immaterielle Anlagen	1'092'102	1'120'000	1'142'000	22'000	2%	
317	Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen	5'094	5'000	5'000	0	0%	
319	Verschiedener Betriebsaufwand	12'339	12'000	12'000	0	0%	
341	Realisierte Kursverluste	-3					
342	Kapitalbeschaffungs-/Verwaltungskosten	7'677	10'000	8'000	-2'000	-20%	
425	Erlös aus Verkäufen	-8'486'992	-8'175'000	-8'155'000	20'000	0%	
426	Rückerstattungen	-48'198	-50'000	-50'000	0	0%	
440	Zinsertrag	-485	-500	-500	0	0%	
490	Int Fakturen Material- und Warenbezüge	-2'610		-2'610	-2'610	X	
	Total Aufwand	13'119'810	12'816'971	12'837'281	20'311	0%	
	Total Ertrag	-8'538'284	-8'225'500	-8'208'110	17'390	0%	
	Ergebnis Erfolgsrechnung (ohne VK und Transfers)	4'581'526	4'591'471	4'629'172	37'701	1%	

BUD

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2012	Sollstellenplan 2013	Sollstellenplan 2014	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	10.0	10.0	10.0	0.0	0.0%

Jahresprogramm

2302.001 Senkung der CO2-Emissionen

Beim Kauf von Fahrzeugen für die kantonale Fahrzeugflotte werden - unter Beachtung der Zweckmässigkeit und der Wirtschaftlichkeit - prioritär Fahrzeuge mit geringem Schadstoffausstoss und/oder alternativem Antriebskonzept beschafft. Um diesem strategischen Ziel gerecht zu werden steht die Effizienzsteigerung der Antriebssysteme im Vordergrund.

Downsizing: Bei einer Ersatzbeschaffung wird geprüft, ob ein Fahrzeug aus einer kleineren Fahrzeugklasse gewählt werden kann.

Downshifting: Bei eine Ersatzbeschaffung wird unter Beibehaltung der Fahrzeugklasse geprüft ob eine kleinere Motorengrösse gewählt werden kann.

Fahrzeugmodell: Bei einer Ersatzbeschaffung werden immer auch die Ratings der Auto-Umweltliste des VCS

oder der Verbrauchskatalog des TCS berücksichtigt.

Die Ersatzbeschaffung durch Fahrzeuge mit alternativen Antriebssysteme wird ebenfalls bei jeder Evaluation geprüft. Die Ersatzbeschaffung durch ein Elektrofahrzeug ist erstmals 2013 geplant.

Durch vorschriftgemässe Wartung der Fahrzeuge erhöhen wir einerseits die Betriebssicherheit der Fahrzeuge, andererseits aber auch eine saubere Verbrennung der Gase im Motor.

2303 Tiefbauamt Wasserbau

Auftrag und Zielsetzungen

Planung, Realisierung und Unterhalt der kantonalen Gewässer sind darauf ausgerichtet, einen möglichst ungehinderten Wasserabfluss zu gewährleisten, ohne Schaden anzurichten. Dabei spielt die Sicherstellung der Funktion der bestehenden Schutzbauten eine wichtige Rolle. Die Anliegen des Ufer- und Hochwasserschutzes werden unter massvoller Berücksichtigung ökologischer und ortsplanerischer Anliegen realisiert. Mit Revitalisierungen und Ausdolungen wird ein aktiver Beitrag zur Wiederherstellung, Aufwertung und Vernetzung wichtiger Lebensräume geleistet.

Die Planung der Massnahmen für den Hochwasserschutz, für Revitalisierungen sowie die ökologische Aufwertung der Gewässer erfolgen gemäss Wasserbaukonzept und den darin festgelegten Prioritäten unter Berücksichtigung der vorhandenen Mittel und der Opportunität. Das Wasserbaukonzept wird laufend aufgrund der realisierten Massnahmen sowie neuer Erkenntnisse nachgeführt.

Erfolgsrechnung (ohne Verpflichtungskredite und Transfers)

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Budget 2014	Abw. Absolut	Abw. %	B
301	Löhne des Verw- und Betriebspersonals	1'464'597	1'481'715	1'462'427	-19'288	-1%	
304	Zulagen	32'107	22'853	21'074	-1'779	-8%	
305	Arbeitgeberbeiträge	314'412	264'584	270'106	5'522	2%	
309	Übriger Personalaufwand	60					
311	Nicht aktivierbare Anlagen	75'308	70'000	87'000	17'000	24%	
313	Dienstleistungen und Honorare	163'513	180'000	180'000	0	0%	
314	Baulicher und betrieblicher Unterhalt	1'171'840	1'250'000	1'250'000	0	0%	
315	Unterhalt Mobilien/immaterielle Anlagen	32'873	40'000	40'000	0	0%	
317	Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen	49'213	47'000	47'000	0	0%	
319	Verschiedener Betriebsaufwand		1'000	1'000	0	0%	
330	Abschreibungen Sachanlagen VV	1'021'777	1'139'014	1'047'141	-91'873	-8%	1
370	Durchlaufende Beiträge	58'632					
421	Gebühren für Amtshandlungen	-14'358	-20'000	-20'000	0	0%	
425	Erlös aus Verkäufen	-19'728	-20'000	-20'000	0	0%	
426	Rückerstattungen	-495					
470	Durchlaufende Beiträge	-58'632					
	Total Aufwand	4'384'332	4'496'166	4'405'749	-90'418	-2%	
	Total Ertrag	-93'213	-40'000	-40'000	0	0%	
	Ergebnis Erfolgsrechnung (ohne VK und Transfers)	4'291'119	4'456'166	4'365'749	-90'418	-2%	

1 Die Bewegungen der Abschreibungen sind auf die Differenz der Investitionen der Jahrestrenche 2013 zurückzuführen.

Investitionen

Investitionsvorhaben	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Budget 2014	Abw. Absolut	Abw. %	B
Ankauf Grundstücke Wasserbau 9990	50	Sachanlagen	23'010	100'000	100'000	0	0%	
Wasserbau genereller Ausbau 9991	50	Sachanlagen	1'578'453	1'100'000	1'400'000	300'000	27%	
	63	Inv.-Beitr. für eigene Rechnung	-665'000	-200'000	-580'000	-380'000	-190%	
		Nettoinvestitionen	913'453	900'000	820'000	-80'000	-9%	
Allschwil, Hochwasserschutz	50	Sachanlagen		200'000	100'000	-100'000	-50%	
Gelterkinder, Eibach, Hochwasserschutz	50	Sachanlagen	510'299					

Investitionsvorhaben	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Budget 2014	Abw. Absolut	Abw. %	B
	63	Inv.-Beitr. für eigene Rechnung	-536'301					
		Nettoinvestitionen	-26'003					
Reigoldswil, Hintere Frenke, HW-Schutz	50	Sachanlagen	18'240	500'000	400'000	-100'000	-20%	
Zwingen, Birs, HW-Schutz, Fischgängigkeit	50	Sachanlagen	170'348					
Biel-Benken, Birsig, Hochwasserschutz	50	Sachanlagen	82					
Grellingen, HWS Birs gem. Konzept	50	Sachanlagen	9'331	100'000	100'000	0	0%	
Liesberg, HWS Birs gem. Konzept	50	Sachanlagen	36'764	400'000	1'500'000	1'100'000	275%	
	63	Inv.-Beitr. für eigene Rechnung			-500'000	-500'000		X
		Nettoinvestitionen	36'764	400'000	1'000'000	600'000	150%	
Zwingen, HWS Birs gem. Konzept	50	Sachanlagen	209'268	100'000	100'000	0	0%	
Laufen, HWS Birs gem. Konzept	50	Sachanlagen	59'255	400'000	600'000	200'000	50%	
HWS Allschwil, HWRB Lützelbach	50	Sachanlagen	16'215					
Total Investitionsausgaben			2'631'264	2'900'000	4'300'000	1'400'000	48%	
Total Investitionseinnahmen			-1'201'301	-200'000	-1'080'000	-880'000	-440%	
Total Nettoinvestitionen			1'429'963	2'700'000	3'220'000	520'000	19%	

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2012	Sollstellenplan 2013	Sollstellenplan 2014	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	16.9	16.9	16.9	0.0	0.0%

Jahresprogramm

2303.008 Minimierung des Schadenpotentials durch Hochwasserschutz / Biodiversität

Bei der Realisierung des Ufer- und des Hochwasserschutzes sind sowohl ökologische als auch ortsplanerische Anliegen zu berücksichtigen. Dabei helfen ingenieur-biologische Massnahmen, die Gewässer stets so naturnah wie möglich zu gestalten. Mit Revitalisierungen und Ausdölungen wird zudem auf Abschnitten, wo keine Siedlungsgebiete geschützt werden müssen, ein aktiver Beitrag zur Wiederherstellung, Aufwertung und Vernetzung wichtiger Lebensräume geleistet. Sowohl bei der Gewässerplanung als auch beim Gewässerunterhalt wird der Förderung der Biodiversität in hohem Masse Rechnung getragen. Das Tiefbauamt unterstützt damit die Ziele der Prävention im Bereich "Natur und Klimawandel".

2306 Amt für Industrielle Betriebe

Auftrag und Zielsetzungen

Das Amt für Industrielle Betriebe (AIB) engagiert sich mit seinen Abwasser-, Abfall- und Energieanlagen für sauberes Wasser und gesunde Gewässer, Energieerzeugung mit geringer Umweltbelastung und für eine umweltgerechte Behandlung von Werkstoffen und Abfällen.

Der gesetzestkonforme Betrieb der technischen Anlagen im Umweltbereich stellt einen wesentlichen Beitrag zur Erreichung der Legislaturziele des strategischen Schwerpunktes Natur- und Klimawandel dar. Dazu zählen insbesondere die Schonung lebenswichtiger Ressourcen wie Boden, Luft und Wasser sowie die Rückgewinnung von Werkstoffen (R-NK-2), die Produktion von erneuerbarer Energie und der energieeffiziente Betrieb bei der Leistungserbringung (R-NK-1).

Der auf die zukünftigen Anforderungen ausgerichtete Ausbau und Werterhalt der Anlagen ist eine Voraussetzung für das Wohnen und die wirtschaftliche Entwicklung gemäss strategischem Schwerpunkt Innovation und Wertschöpfung (Legislaturziel R-IW-1).

Dank der engen Zusammenarbeit mit dem Kanton Basel-Stadt im Bereich der Abwasserbewirtschaftung und der Fachhochschule (FHNW) leistet das AIB einen Beitrag zu den Legislaturzielen R-AK-4 und R-BBL-2.

Erfolgsrechnung (ohne Verpflichtungskredite und Transfers)

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Budget 2014	Abw. Absolut	Abw. %	B
300	Behörden, Kommissionen und Richter	1'103	1'500	490	-1'010	-67%	
301	Löhne des Verw- und Betriebspersonals	5'337'300	5'744'440	5'621'496	-122'944	-2%	
303	Temporäre Arbeitskräfte	146'851	145'000	135'000	-10'000	-7%	
304	Zulagen	131'949	67'444	60'499	-6'945	-10%	
305	Arbeitgeberbeiträge	838'896	1'020'339	1'341'631	321'291	31%	1
309	Übriger Personalaufwand	100'428	67'500	88'500	21'000	31%	
310	Material- und Warenaufwand	996'683	1'216'500	1'102'500	-114'000	-9%	
311	Nicht aktivierbare Anlagen	581'683	625'000	1'515'000	890'000	142%	2
312	Ver- und Entsorgung Liegenschaften VV	8'726'668	9'030'350	8'841'300	-189'050	-2%	
313	Dienstleistungen und Honorare	1'367'517	1'190'270	1'516'800	326'530	27%	3
314	Baulicher und betrieblicher Unterhalt	462'628	529'000	583'000	54'000	10%	4
315	Unterhalt Mobilien/immaterielle Anlagen	2'226'134	1'953'500	2'199'000	245'500	13%	5
316	Mieten, Leasing, Pachten, Benützungsgb	233'647	216'300	297'600	81'300	38%	6
317	Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen	75'278	92'000	91'500	-500	-1%	
318	Wertberichtigungen auf Forderungen	7'510					
330	Abschreibungen Sachanlagen VV	9'119'950	8'968'832	10'353'292	1'384'460	15%	7
341	Realisierte Kursverluste	1					
342	Kapitalbeschaffungs-/Verwaltungskosten	129	500	500	0	0%	
424	Benützungsgbühren und Dienstleistungen	-6'224'000	-6'235'150	-7'869'850	-1'634'700	-26%	6
425	Erlös aus Verkäufen	-8'311'577	-7'270'000	-8'390'000	-1'120'000	-15%	8
426	Rückerstattungen	-300	-500	-500	0	0%	
440	Zinsertrag	-58	-100	-100	0	0%	
450	Übertrag Fonds FK / StaatsRG	-1'000	-1'100'000		1'100'000	100%	9
	Total Aufwand	30'354'353	30'868'475	33'748'107	2'879'632	9%	
	Total Ertrag	-14'536'935	-14'605'750	-16'260'450	-1'654'700	-11%	
	Ergebnis Erfolgsrechnung (ohne VK und Transfers)	15'817'418	16'262'725	17'487'657	1'224'932	8%	

BUD

- Die höheren Arbeitgeberbeiträge sind auf die Reform der Basellandschaftlichen Pensionskasse (BLPK) und Frühpensionierungen zurückzuführen.
- Da das AIB Vorsteuer abziehen kann, wird der Ersatz von Fahrzeugen über die laufende AIB-Rechnung verbucht. 2014 fallen die Restzahlungen des 2013 bestellten Spülwagens und die Zahlung des 2014 zu bestellenden Saugwagens (Beschaffung je ca. CHF 500'000.-) sowie eines Trax in der Deponie Elbisgraben an.

- 3 Im Hinblick auf die Pensionierung des zuständigen Projektleiters müssen die Leistungen im Bereich Projektierung und Akquisition extern eingekauft werden. Ebenfalls berücksichtigt wurden die Kosten für die notwendigen Dienstleistungen zur Definition der Zukunft des Fernwärmebetriebes.
- 4 Die leichte Erhöhung resultiert aus verschiedenen kleineren Projekten. Ab 2014 werden die Analysen des Deponie-Sickerwassers extern durchgeführt. Dementsprechend reduzieren sich die internen Leistungsverrechnungen des AUE.
- 5 Ersatz von verschiedenen Sonden und Analysegeräten in der ARA Birsig Therwil. Das Budget 2013 ist im Vergleich mit dem Rechnungsabschluss 2012 zu tief.
- 6 Zur Sicherstellung der Stabilität der Deponie Elbisgraben wurde über fünf Jahre ein Kontingent vergeben. Diese garantierte zusätzliche Menge an Reaktormaterial generiert neben höheren Einnahmen auch höhere Abgaben an die Standortgemeinden.
- 7 Gestützt auf das Investitionsbudget errechnen sich die Abschreibungen.
- 8 Die zunehmenden Anschlüsse an die Fernwärme Liestal und Muttenz generieren mehr Einnahmen durch zusätzlichen Energieverkauf.
- 9 Die Fondsentnahme wird ab Budget 2014 neu im AUE budgetiert.

Transferaufwand und -ertrag

Transfer	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Budget 2014	Abw. Absolut	Abw. %	B
Beiträge an ARA	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	3'140'155	3'750'000	3'235'000	-515'000	-14%	1
Abwassergebühren	463	Beiträge von Gemeinwesen und Dritten	-29'322'719	-30'601'500	-32'741'500	-2'140'000	-7%	2
Beitrag an VASA-Gebühren	360	Ertragsanteile an Dritte	479'862	569'500	892'000	322'500	57%	3
Entschädigungen Deponie Kelsag Liesberg	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	1'509'771	1'480'000	1'550'000	70'000	5%	
Verbandsbeiträge Abfall	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	2'950	4'000	6'000	2'000	50%	
Beiträge IWB an Wärmeverbund St. Jakob	463	Beiträge von Gemeinwesen und Dritten	-306'888	-300'000	-300'000	0	0%	
Bundesbeitrag an GEP	463	Beiträge von Gemeinwesen und Dritten	-52'079					
Beitrag BL Mitnutzung BS-Kanalisation	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	675'960	130'000	1'000'000	870'000	669%	4
Beiträge VA Aesch	361	Entschädigungen an Gemeinwesen & Dritte	87'931	100'000	100'000	0	0%	
	461	Entschädigungen von Gemeinwesen & Dritte	-75'000	-100'000	-100'000	0	0%	
Total Transferaufwand			5'896'629	6'033'500	6'783'000	749'500	12%	
Total Transferertrag			-29'756'686	-31'001'500	-33'141'500	-2'140'000	-7%	
Transfers (Netto)			-23'860'057	-24'968'000	-26'358'500	-1'390'500	-6%	

- 1 Die Beiträge an die ProRheno AG und ARA Rhein AG sind im 2013 zu hoch budgetiert, die Zahlen im Budget 2014 nehmen Bezug auf die effektiven Abrechnungen 2012.
- 2 Da die Abwasserrechnung ausgeglichen gestaltet werden muss, führen die einmalig erhöhten Ausgaben für Fahrzeugbeschaffung (siehe Begründung 2 der Erfolgsrechnung) und die Kanalsanierungen automatisch zu höheren Einnahmen.
- 3 Zur Sicherstellung der Stabilität der Deponie Elbisgraben wurde über fünf Jahre ein Kontingent vergeben. Diese garantierte zusätzliche Menge an Reaktormaterial führt zu höheren VASA-Abgaben an den Bund.
- 4 Verschiedene Gemeinden des Kantons Basel-Landschaft leiten ihr Abwasser durch die Kanäle der Stadt Basel zur ProRheno AG. Gemäss Staatsvertrag beteiligt sich der Kanton BL anteilmässig an Kanalsanierungen im Kanalnetz BS. 2014 sind verschiedene grössere Sanierungsprojekte geplant.

Investitionen

Investitionsvorhaben	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Budget 2014	Abw. Absolut	Abw. %	B
Abwasserreinigungsanlagen Sammelpos 9990	50	Sachanlagen	756'073	500'000	700'000	200'000	40%	
	63	Inv.-Beitr. für eigene Rechnung	-25'000					
		Nettoinvestitionen	731'073	500'000	700'000	200'000	40%	

Investitionsvorhaben	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Budget 2014	Abw. Absolut	Abw. %	B
Abfallbeseitigungsanlagen Sammelpos 9991	50	Sachanlagen		50'000	50'000	0	0%	
Energiewirtschaft Sammelpositionen 9981	50	Sachanlagen	281'090	900'000	1'050'000	150'000	17%	
Effizienzinvest. Fernwärmezentrale 9992	50	Sachanlagen	23'285		1'000'000	1'000'000		X
Mischwasserbehandlung Region Birstal	50	Sachanlagen	2'674'194	4'500'000	1'100'000	-3'400'000	-76%	
Netz Sammelposition 9991	50	Sachanlagen	822'543	1'800'000	1'400'000	-400'000	-22%	
Solaranlagen	50	Sachanlagen	974'921	200'000	600'000	400'000	200%	A
Massnahmen im Netz Frenkentäler	50	Sachanlagen		1'000'000	4'600'000	3'600'000	360%	B
ARA Frenke Neubau	50	Sachanlagen		1'300'000	800'000	-500'000	-38%	B,C
Region Birsig Regenwasserbehandlung	50	Sachanlagen	77'281	300'000		-300'000	-100%	
Wasser Sammelposition-9990	50	Sachanlagen			500'000	500'000		X
Ara Rütenberg-Süd, Abwasserbehandlung	50	Sachanlagen		500'000	1'500'000	1'000'000	200%	C
Ara Birs 2 Ausbau	50	Sachanlagen	103'831	2'000'000	500'000	-1'500'000	-75%	
	63	Inv.-Beitr. für eigene Rechnung		-200'000	-300'000	-100'000	-50%	
		Nettoinvestitionen	103'831	1'800'000	200'000	-1'600'000	-89%	
Ara Ergolz 2 Sanierung Biologie	63	Inv.-Beitr. für eigene Rechnung	-380'000					C
Ara Frenke 3, Planung und Mischwasser	50	Sachanlagen	40'802					
Ersatz PLS Ara Birsig	50	Sachanlagen	321'316					
Ormalingen - Ersatz Kanal / MWB	50	Sachanlagen	1'543'875	500'000		-500'000	-100%	C
Sanierung Kanal Sissach	50	Sachanlagen	14'958					C
Deponie Elbisgraben, Reaktor-Etappe 6	50	Sachanlagen		100'000		-100'000	-100%	
Deponie Elbisgraben, Reaktor-Etappe 7	50	Sachanlagen		200'000		-200'000	-100%	
Deponie Elbisgraben, Reaktor-Etappe 8	50	Sachanlagen	181'373	100'000		-100'000	-100%	
FHMW Muttenz Netzausbau	50	Sachanlagen	544'216	2'900'000	500'000	-2'400'000	-83%	A
	63	Inv.-Beitr. für eigene Rechnung	-50'000	-400'000	-100'000	300'000	75%	
		Nettoinvestitionen	494'216	2'500'000	400'000	-2'100'000	-84%	
FWKM Muttenz Ersatz Wärmepumpe	50	Sachanlagen	4'619					
FHWL Liestal Netzausbau Etappe 2	50	Sachanlagen	299'873	500'000	300'000	-200'000	-40%	A
	63	Inv.-Beitr. für eigene Rechnung	-235'652	-30'000	-30'000	0	0%	
		Nettoinvestitionen	64'221	470'000	270'000	-200'000	-43%	
Zuleitungskanal ARA Frenke 1 Reigoldswil	50	Sachanlagen		20'000	30'000	10'000	50%	C
Ara Liesberg Ausbau	50	Sachanlagen	109'151					
Tunnelsanierung Elbisgraben	50	Sachanlagen			500'000	500'000		X C
ARA Hemmiken Abwasserbehandlung	50	Sachanlagen	602'236					C
ARA Häfelfingen Abwasserbehandlung	50	Sachanlagen	29'548					C
Sanierung Schlammanlage ARA E1	50	Sachanlagen			800'000	800'000		X C

Investitionsvorhaben	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Budget 2014	Abw. Absolut	Abw. %	B
Versickerungsanlage Aesch	50	Sachanlagen		100'000		-100'000	-100%	
**Ara ProRhenon, Abwasserbehandlung	50	Sachanlagen		200'000	200'000	0	0%	C
Deponie Ausbau und Abschluss	50	Sachanlagen			500'000	500'000	X	
Metallausscheidung	50	Sachanlagen			1'000'000	1'000'000	X	A
FHWL Liestal Netzausbau Etappe 3	50	Sachanlagen		300'000		-300'000	-100%	A
	63	Inv.-Beitr. für eigene Rechnung		-20'000		20'000	100%	
		Nettoinvestitionen		280'000		-280'000	-100%	
Total Investitionsausgaben			9'405'184	17'970'000	17'630'000	-340'000	-2%	
Total Investitionseinnahmen			-690'652	-650'000	-430'000	220'000	34%	
Total Nettoinvestitionen			8'714'532	17'320'000	17'200'000	-120'000	-1%	

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2012	Sollstellenplan 2013	Sollstellenplan 2014	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	51.3	53.6	53.4	-0.2	-0.4%

Die veränderte Personalplanung ist zurückzuführen auf Verschiebungen von -0.2 Sollstellenprozenten innerhalb der Direktion zum Generalsekretariat BUD im Rahmen des Projekts NOP.

Jahresprogramm

C 2306.005 Sicherer Betrieb und Werterhalt der Infrastruktur

Der Grossteil der Mitarbeitenden im AIB ist für den täglichen und sicheren Betrieb und den vorausschauenden Unterhalt der technischen Anlagen verantwortlich. Mit gezielter Erhebung und Auswertung von Betriebsdaten werden die Anlagenbelastung und die Reserven regelmässig erfasst, um rechtzeitig den nötigen Bedarf für Massnahmen zu erkennen. Gleichzeitig sollen die Anlagen möglichst lange in Betrieb stehen, um einen wirtschaftlichen Betrieb zu ermöglichen. Neben einer Vielzahl von Werterhaltungsmassnahmen an Bau, Maschinen und Steuerung stehen als grössere Werterhaltungsmassnahmen an:

- Sanierung ARA Rünenberg Nord (verbunden mit Aufhebung ARA Rünenberg Süd)
- Sanierung der Schlammbehandlung der ARA Ergolz 1
- Kanalsanierungen zum Schutz des Grundwassers
- Weiterführung Projektierung für den Neubau der ARA Frenke (als Ersatz für die Anlagen ARA Frenke 2 und ARA Frenke 3)
- Start der Projektierung für den Ausbau der ARA Basel
- Ersatz der Beleuchtung des Zufahrtstunnels zur Deponie Elbisgraben

Diese Massnahmen stellen das Ziel der dauernden Betriebsbereitschaft unserer Anlagen sicher und stärken die strategischen Schwerpunkte "Natur- und Klimawandel" und "Innovation und Wertschöpfung".

A 2306.006 Umgang mit knapper werdender Ressourcen (erneuerbare Energien und energieeffizienter Betrieb)

Zur Rückgewinnung von Eisen und nichtmagnetischen Metallen aus der angelieferten Schlacke der Kehrichtverbrennung soll der nötige Kredit für eine entsprechende Aufbereitungsanlage beantragt werden. Mit einem umfassendem Energiemonitoring und verschiedenen Optimierungsprojekten soll der Energieverbrauch der Anlagen weiterhin gesenkt resp. mit der Produktion von erneuerbarer Energie die Eigenversorgung erhöht werden. Dazu zählen insbesondere der Ausbau der Fernwärmenetze Liestal und Muttenz, die weitere Akquisition von vergärbarem Industriesubstrat, und der Abschluss der Installationen von Solaranlagen in den Abwasserreinigungsanlagen.

Diese Massnahmen dienen dem Ziel der Schonung lebenswichtiger Ressourcen und stärken den strategischen Schwerpunkt "Natur- und Klimawandel".

B 2306.007 Schutz der natürlichen Umwelt

Mit gezielter Erhebung und Auswertung der Betriebsdaten werden mögliche Betriebsverbesserungen zur Optimierung des Umweltnutzens der Anlagen erkannt. Mit Blick auf die kommenden Anforderungen zur Elimination von Spurenstoffen in den Abwasserreinigungsanlagen engagiert sich das AIB in verschiedenen Projekten mit externen Partnern aus Wirtschaft und Forschung.

Eine geringere Belastung der Fließgewässer durch gereinigtes Abwasser und entlastetes Mischwasser wird erreicht mit folgenden Projekten und Investitionen:

- Abschluss des grosstechnischen Versuchs zur Elimination von Spurenstoffen in der ARA Ergolz 1 in Sissach
- Bau der beiden neuen Mischwasserbecken in Bubendorf
- Start Projektierung für den Neubau der ARA Frenke (inkl. Stufe zur Elimination von Spurenstoffen)

Diese Massnahmen zielen auf die Schonung der lebenswichtigen Ressource Wasser und unterstützen somit den strategischen Schwerpunkt "Natur- und Klimawandel".

2314 Öffentlicher Verkehr

Auftrag und Zielsetzungen

Zur Bewältigung der Transportbedürfnisse leistet der öffentliche Verkehr einen unverzichtbaren Beitrag. Der öffentliche Verkehr leistet einen wichtigen Beitrag zur optimierten Ausnutzung der Verkehrsnetze und einem sorgsamem Umgang mit den nicht erneuerbaren Ressourcen. Mittels "Generellen Leistungsaufträgen ÖV" (GLA) werden die Angebote und der Finanzplan für vier Jahre festgelegt. Im Rahmen der Erarbeitung eines GLA werden ökonomische, ökologische und gesellschaftliche Grundanforderungen des Kantons zu einem wirkungsvollen Paket an ÖV-Leistungen geschnürt.

Mit dem beschlossenen 7. GLA 2014-2017 wird eine Konstanz des ÖV-Angebots mit Fokus auf Verbesserung der Qualität und Stabilisierung der Kosten angestrebt. Um einen finanziellen Anreiz zur Verbesserung der Qualität zu schaffen, plant die BUD, ein Bonus/Malus-System mit den SBB einzuführen.

Entsprechend der konsequenten Umsetzung des kantonalen Richtplanes werden die notwendigen Planungen der Infrastruktur für den ÖV vorangetrieben. Zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit des Baselbieter Wirtschaftsraumes wird z.B. die Planung der Tram-Infrastrukturen für Salina Raurica vorangetrieben.

Neben der Sicherstellung des Betriebsangebots müssen auch die Planungen für künftige Weiterentwicklungen rechtzeitig angegangen werden. Daher sind sowohl für Tramlinien als auch für die Regio-S-Bahn Mittel für die mittel- und langfristigen Planungen eingestellt.

Mit einem geeigneten Angebot wird gewährleistet, dass für Menschen mit Bewegungshilfen, Rollgepäck oder Kinderwagen die Abnahme der Mobilitätseinschränkung zu vermehrter, selbstbestimmter Bewegungsfreiheit führt. Dieser Ausbau hat gemäss Vorgabe Bund (BehiG) bis 2023 zu erfolgen. Damit wird ein wesentlicher Schritt zum gender-, senioren- und behindertengerechten ÖV-Angebot beigetragen.

Zur Steigerung des Sicherheitsniveaus werden die betrieblichen Massnahmen der Transportunternehmungen unterstützt. Das Projekt zur Sicherung von Bahnübergängen wird weitergeführt. Im Rahmen der Erneuerungs- und Instandsetzungsmassnahmen werden auch die Sicherungsanlagen überprüft und erneuert.

Der zuverlässige und dauerhafte Betrieb sowie die nachhaltige Werterhaltung der Infrastruktur wird durch gezielte betriebliche Massnahmen (Winterdienst, laufender baulicher Unterhalt etc.) und durch die notwendigen Instandsetzungsarbeiten sichergestellt. Diese Arbeiten erfolgen durch das TBA selbst oder mittels Beiträgen an die konzessionierten Transportunternehmungen. Dabei werden in Zusammenarbeit mit den Transportunternehmungen die notwendigen Instandsetzungsmassnahmen mit notwendigen Ausbauten koordiniert und auf eine kostenoptimierte Gebrauchsdauer ausgelegt.

Ziele all dieser Massnahmen sind die Erhaltung der technischen Transportsicherheit der Anlagen, die Sicherung eines reibungslosen Betriebes, die Verbesserung der allgemeinen Verkehrssicherheit durch Reduktion oder einheitliche Signalisation der Konfliktpunkte Schiene/Strasse, die Möglichkeit zur Verdichtung der Fahrpläne in Spitzenzeiten sowie die Erhöhung der durchschnittlichen Reisegeschwindigkeit.

Erfolgsrechnung (ohne Verpflichtungskredite und Transfers)

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Budget 2014	Abw. Absolut	Abw. %	B
300	Behörden, Kommissionen und Richter		1'000		-1'000	-100%	
301	Löhne des Verw- und Betriebspersonals	561'369	600'042	614'251	14'209	2%	
304	Zulagen	7'514	7'514	7'514	0	0%	
305	Arbeitgeberbeiträge	105'499	135'056	108'615	-26'441	-20%	
309	Übriger Personalaufwand	5'305					
310	Material- und Warenaufwand	294					
313	Dienstleistungen und Honorare	184'185	290'000	290'000	0	0%	
317	Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen	5'481	6'000	6'000	0	0%	
330	Abschreibungen Sachanlagen VV	177'236	241'012	292'652	51'640	21%	1
341	Realisierte Kursverluste	8					

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Budget 2014	Abw. Absolut	Abw. %	B
421	Gebühren für Amtshandlungen	-300					
	Total Aufwand	1'046'891	1'280'624	1'319'032	38'408	3%	
	Total Ertrag	-300					
	Ergebnis Erfolgsrechnung (ohne VK und Transfers)	1'046'591	1'280'624	1'319'032	38'408	3%	

1 Die höheren Abschreibungen sind auf die Differenz der Investitionen der Jahrestranche 2013 zurückzuführen.

Transferaufwand und -ertrag

Transfer	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Budget 2014	Abw. Absolut	Abw. %	B
Beiträge an Infrastrukturvorhaben ÖV	366	Abschreibungen Investitionsbeiträge	11'347'667					
	463	Beiträge von Gemeinwesen und Dritten	-5'701'343					
Beiträge an ÖV-Projekte	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte		200'000	600'000	400'000	200%	1
	366	Abschreibungen Investitionsbeiträge	918'192					
Betriebskostenbeiträge an ÖV	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	70'631'436	73'417'000	75'550'000	2'133'000	3%	1
Massnahmen Bahnübergänge	366	Abschreibungen Investitionsbeiträge	847'609					
Abschreibungen Investitionsbeiträge	366	Abschreibungen Investitionsbeiträge			1'300'000	1'300'000	X	2
Total Transferaufwand			83'744'904	73'617'000	77'450'000	3'833'000	5%	
Total Transferertrag			-5'701'343					
Transfers (Netto)			78'043'561	73'617'000	77'450'000	3'833'000	5%	

- Erhöhung der Abgeltungen an die Transportunternehmungen vorwiegend aufgrund der umfangreichen Erneuerung des Rollmaterials (BLT Tango) gemäss LRB zum 7. Generellen Leistungsauftrag im Bereich des öffentlichen Verkehrs für die Jahre 2014-2017 (7. GLA). Mit dem 7. GLA wurde der Regierungsrat ermächtigt, ein Bonus/Malus-System mit der SBB einzuführen. Ein allfälliger Bonus oder Malus von maximal CHF 230'000 wird über 363 verbucht aber im Budget mit CHF 0 berücksichtigt.
- Die höheren Abschreibungen sind auf die Differenz der Investitionen der Jahrestranche 2013 zurückzuführen.

Verpflichtungskredite

Verpflichtungskredit	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Budget 2014	Abw. Absolut	Abw. %	B
Trasseesanierung BLTLinie 12/14 (700817)	36	Transferaufwand	4'758'875					
Richtplan, Proj.Schienenetz (700818)	36	Transferaufwand	24'232					
Ausbau BLT Linie 10 Arlesheim/Dornach	36	Transferaufwand	128'560					
Trasseesanierung Linie 11 (700820)	36	Transferaufwand	307'980					
	46	Transferertrag	-300'000					
		Total	7'980					
Salina Raurica, ÖV-Anl. Vorpr. (700821)	36	Transferaufwand	407'980					
Ausbau BLT Linie 10, Margar.st. (700822)	36	Transferaufwand	107'858					
WB Ausbau Infrastruktur (700824)	36	Transferaufwand	3'915					
Trasseesanierung Linie 10 (700825)	46	Transferertrag	-5'401'343					
Beiträge Bahnhofaus- und Neubauprogramm	36	Transferaufwand	663'948					

Verpflichtungskredit	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Budget 2014	Abw. Absolut	Abw. %	B
Regio-S-Bahn. 2. Etappe Planungskosten	36	Transferaufwand	277'601	200'000	600'000	400'000	200%	
Vpfl.Kred. Bahnhofausb. S9 Läufelfingen	36	Transferaufwand	-23'358					
BLT Linie 10/17 Doppelsp Spiessh(700832)	36	Transferaufwand	121'379					
BLT Linie 10 Birseck, Instandsetzung	36	Transferaufwand	228'724					
BLT Linie 10/17, Instandsetzung (700826)	36	Transferaufwand	3'116'154					
BLT Linie 11, Instandsetzung (700827)	36	Transferaufwand	1'478'602					
Hofmatt Wanderweg	36	Transferaufwand	2'956					
Schwertrain (Veloquerung)	36	Transferaufwand	55'090					
LSA Gartenstadt FG	36	Transferaufwand	2'336					
Heiligholz Kreisel FG	36	Transferaufwand	26'548					
Fleischbach FG	36	Transferaufwand	5'492					
Schönenbachstrasse	36	Transferaufwand	39'835					
Weihermattstrasse FG	36	Transferaufwand	3'966					
Brückenstrasse	36	Transferaufwand	2'549					
Flühbergweg	36	Transferaufwand	15'964					
Hauptstrasse FG	36	Transferaufwand	7'596					
Brühlmattweg	36	Transferaufwand	57					
Brühlstrasse	36	Transferaufwand	57					
Gräubern-Wegli	36	Transferaufwand	13'634					
Kläranlage	36	Transferaufwand	561'507					
Talhaus Parkplatz-Ausfahrt	36	Transferaufwand	20'797					
Obertalhaus	36	Transferaufwand	12'936					
Lampenberg Nord	36	Transferaufwand	6'925					
Schützenhaus	36	Transferaufwand	5'519					
Schöpflin-Brücke	36	Transferaufwand	16'632					
Lindenbrücke	36	Transferaufwand	16'632					
Fussweg ob Hirschlang	36	Transferaufwand	19'073					
Mühle/Bennwilerstrasse	36	Transferaufwand	11'507					
Bahnhof Laufen, Vorpr Mod. B & C (700830)	36	Transferaufwand	5'440					
Total Verpflichtungskredite Aufwand			12'455'500	200'000	600'000	400'000	200%	
Total Verpflichtungskredite Ertrag			-5'701'343					
Total Verpflichtungskredite (netto)			6'754'157	200'000	600'000	400'000	200%	

Investitionen

Investitionsvorhaben	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Budget 2014	Abw. Absolut	Abw. %	B
Laufen, Ausbau Bushof	50	Sachanlagen	105'569	600'000	400'000	-200'000	-33%	
Ausbauten öffentlicher Verkehr 9990	50	Sachanlagen	861'927	500'000	500'000	0	0%	
	56	Eigene Inv.-Beitr.		500'000	500'000	0	0%	
		Nettoinvestitionen	861'927	1'000'000	1'000'000	0	0%	
Tram/Bahnübergänge Optimierungen	56	Eigene Inv.-Beitr.		6'000'000	5'000'000	-1'000'000	-17%	

Investitionsvorhaben	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Budget 2014	Abw. Absolut	Abw. %	B
Ausbau BLT Linie 10 Margarethenstich	56	Eigene Inv.-Beitr.		400'000	900'000	500'000	125%	
Allschwil, Grabenring, BVB Linie 6	50	Sachanlagen	452					
Allschwil, Baslerstr. BVB Linie 6, Inst.	50	Sachanlagen	97'612	200'000	100'000	-100'000	-50%	
Allschwil, San.Baslerstr., Real. Schiene	50	Sachanlagen		1'000'000	500'000	-500'000	-50%	
Bushalt. Umsetz. BehiG Bus,Projekt.	50	Sachanlagen	35'444	1'000'000	500'000	-500'000	-50%	
Muttenz, Busbahnhof	56	Eigene Inv.-Beitr.			100'000	100'000	X	
Trasseesanier. BLT Linie 12/14 (500420)	56	Eigene Inv.-Beitr.		3'000'000	4'000'000	1'000'000	33%	
Richtplan, Proj. Schienennetz (500421)	56	Eigene Inv.-Beitr.		50'000	50'000	0	0%	
Trasseesanierung Linie 11 (500425)	56	Eigene Inv.-Beitr.		4'000'000	5'000'000	1'000'000	25%	
	63	Inv.-Beitr. für eigene Rechnung		-300'000	-1'500'000	-1'200'000	-400%	
		Nettoinvestitionen		3'700'000	3'500'000	-200'000	-5%	
Salina Raurica, ÖV-Anl. Vorpr. (500426)	56	Eigene Inv.-Beitr.		1'000'000	200'000	-800'000	-80%	
Laufen, Ausbau Busbahnhof (500428)	56	Eigene Inv.-Beitr.		200'000		-200'000	-100%	
WB Ausbau Infrastruktur (500431)	56	Eigene Inv.-Beitr.		5'000'000	3'400'000	-1'600'000	-32%	
Trasseesanierung Linie 10 (500434)	63	Inv.-Beitr. für eigene Rechnung		-5'000'000		5'000'000	100%	
BLT Linie 10/17,Instandsetzung (500571)	56	Eigene Inv.-Beitr.		1'600'000		-1'600'000	-100%	
BLT Linie 11, Instandsetzung (500572)	56	Eigene Inv.-Beitr.		6'000'000		-6'000'000	-100%	
WB Erneuerung Fahrleitung (500623)	56	Eigene Inv.-Beitr.		600'000		-600'000	-100%	
Tramhaltest.,Umsetz.BehiG,Proj. (500991)	56	Eigene Inv.-Beitr.		1'000'000	1'000'000	0	0%	
Bahnhof Laufen, Vorpr. Mod. B&C (501036)	50	Sachanlagen	6'687		400'000	400'000	X	
BLT Linie 10/17Doppelsp Spiessh (500569)	56	Eigene Inv.-Beitr.		300'000	400'000	100'000	33%	
BLT Linie 10/17Doppelsp Ettingen(500622)	56	Eigene Inv.-Beitr.		3'600'000	11'600'000	8'000'000	222%	
BLT 10, 10/17&11,Instandsetz (501231)	56	Eigene Inv.-Beitr.			3'900'000	3'900'000	X	
Salina Raurica, ÖV-Anl. Projekt.	56	Eigene Inv.-Beitr.			500'000	500'000	X	
Total Investitionsausgaben			1'107'691	36'550'000	38'950'000	2'400'000	7%	
Total Investitionseinnahmen				-5'300'000	-1'500'000	3'800'000	72%	
Total Nettoinvestitionen			1'107'691	31'250'000	37'450'000	6'200'000	20%	

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2012	Sollstellenplan 2013	Sollstellenplan 2014	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	3.8	4.8	5.5	0.7	14.6%

Die veränderte Personalplanung ist zurückzuführen auf Verschiebungen von 0.8 Sollstellenprozenten vom Profitcenter Generalsekretariat BUD für die Umsetzung der strategischen Zielsetzung betreffend Mobilität sowie -0.1 Sollstellenprozente an das Profitcenter Generalsekretariat BUD im Rahmen des Projekts NOP.

Jahresprogramm

2314.006 Umsetzung des Konzeptes "Räumliche Entwicklung"

Der kantonale Richtplan (KRIP) stellt eine Ausformulierung der Grundsätze des "Konzeptes der Räumlichen Entwicklung" (KORE) dar. Mit den generellen Leistungsaufträgen ÖV (GLA) werden die im KRIP formulierten Handlungsanweisungen in ein konkretes und verbindliches ÖV-Angebotskonzept für vier Jahre gegossen. Die Erarbeitung des GLA stellt eine komplexe und vielschichtige Aufgabe dar. Zur Quantifizierung der räumlichen und verkehrlichen Wirkung von beabsichtigten ÖV-Massnahmen sind jeweils umfangreiche Planungsarbeiten notwendig.

2314.007 Prioritäten bei der Mobilität

Die Optimierung aller Verkehrsträger zur Befriedigung des Mobilitätsbedarfs ist oberstes Ziel. Wo zweckdienlich und sinnvoll wird mit einem attraktiven, öffentlichen Verkehr und mit dem Ausbau der Kantonalen Radrouten als ergänzende Massnahme die Verkehrsverlagerung gefördert.

Bei den technischen Massnahmen gilt es vornehmlich, durch konsequente ÖV-Bevorzugung an Lichtsignalanlagen oder durch Anordnung von Busspuren an staugefährdeten Stellen, die Fahrplan-Stabilität des Busangebots aufrechtzuerhalten.

Bei den infrastrukturellen Massnahmen sind Eliminierungen von Einspurabschnitten und Schliessen von Netzlücken wirksame Elemente. Konkret sind folgende Projekte in Arbeit: WB; Haltestellen und Doppelspurinseln; BLT 10; Doppelspur Spiesshöfli; BLT 10; Projektierung Margarethenstich (FF Kt. Basel-Stadt). Für den Bau der Doppelspurinseln Ettingen - Flüh ist der Baubeginn 2013 erfolgt (Abschluss 2014).

2314.008 Optimierung der Verknüpfung der Verkehrsmittel

Im Vordergrund steht das Funktionieren der Transportkette im ÖV durch gezielte räumliche und zeitliche Bündelung der Zubringerverkehre in den drei Talschaften auf die Hauptachse und einer rasterartigen Vernetzung der ÖV-Linien im Agglomerationsraum.

Nach Genehmigung des Projektierungs-Baukredites für den Bushof Laufen wird die Projektierung vorangetrieben mit Zielsetzung Bau ab ca. 2015. Das Vorprojekt ÖV-Anlagen Salina Raurica (Verlängerung Tramlinie 14) wird weitergeführt; unter anderem mit speziellem Focus auf eine gute Verknüpfung mit den SBB (Bahnhof Pratteln) und den Buslinien (Endhaltestelle Augst).

2314.009 Weiterentwicklung des EuroAirports

Der EuroAirport ist ein wichtiger Faktor für den starken Wirtschaftsstandort Basel und Nordwestschweiz. Die internationale Erreichbarkeit ist strategisch von sehr hoher Bedeutung. Zur Förderung der regionalen Erreichbarkeit des Flughafens mit dem öffentlichen Verkehr ist der Schienenanschluss eine wichtige Massnahme.

Die BUD beteiligt sich aktiv zusammen mit den Partnern in der Nordwestschweiz an den planerischen Arbeiten zur Anbindung der S-Bahn an den EuroAirport.

2314.010 Gender-, Senioren- und Behindertengerechte Infrastruktur

Im Rahmen des GLA werden die Mobilitätsbedürfnisse verschiedener Gesellschaftsgruppen berücksichtigt. So wird explizit für jenen Teil der Bevölkerung, der bewusst oder gezwungenermassen auf das Auto verzichtet, ein ÖV-Angebot definiert, welches eine minimale Mobilitätsvorsorge gewährleistet. Insbesondere stellen die Bedürfnisse der älteren Personen einen wichtigen Pfeiler in der Angebotsplanung dar.

Neben dem Angebot wird aber auch die Infrastruktur im ÖV konsequent behindertentauglich und altersgerecht umgebaut. Neben der Realisierung eines ebenerdigen Einstiegs bei allen Verkehrsmitteln mittels hohen Haltekanten, werden auch alle Informationssysteme visuell und akustisch auf die Bedürfnisse von Personen mit körperlichen Einschränkungen angepasst.

Konkret betrifft dies die Trasssanierung Linie 11 (Erneuerung Ortszentrum Reinach mit Tramhaltestelle Dorf), der Ausbau Infrastruktur WB (Erneuerung einzelner Haltestellen) sowie die Haltestellen der BVB - Linie 6

(Projekt Sanierung Baslerstrasse).

Die Projektierungsarbeiten für ein Gesamtkonzept für behindertengerechte Bus- und Tramhaltestellen werden 2014 gestartet. Die Umsetzung selber wird teilweise umfangreiche Anpassungen im Schienen- und Strassenbereich nach sich ziehen.

2314.011 Förderung des gender-, senioren- und behindertengerechten Zugangs zu den öffentlichen Verkehrsmitteln

Das Angebot und die Infrastruktur im ÖV werden hinsichtlich Tauglichkeit für Personen mit Behinderungen angepasst. Die Förderung des Zugangs dieser Bevölkerungsgruppe umfasst meist Massnahmen, die auch den regulären Benützern Vorteile bieten, wie ebenerdiger Einstieg und verbesserte optische Anzeigen.

2314.012 Werterhalt beim Schienennetz

Im Vordergrund stehen die Werterhaltung und der Ausbau der Anlagen bei den Gleistrassen, bei den Fahrleitungen und bei den Sicherungsanlagen. Die BUD unterstützt die Transportunternehmungen mit Finanzbeiträgen (SBB, BVB, BLT, WB) und durch die Übernahme der Federführung bei der Realisierung (WB). Die vorgesehenen Massnahmen im Rahmen des Ausbaus der WB sind mehrheitlich Werterhaltungsmassnahmen, um den Betrieb sicher stellen zu können. Weitere Werterhaltungsmassnahmen umfassen die Instandsetzungen der BVB-Linien 12/14, der BLT-Linien 10, 17 und 11.

2314.013 Überprüfung und Sanierung von Unfallorten

Die Optimierungsmassnahmen der Tram/Bahnübergänge wird weitergeführt mit Zielsetzung Abschluss Ende 2014. Im Rahmen der Instandsetzungsmassnahmen der BVB Linie 12/14 ; BLT 10 etc. werden die bahntechnischen Sicherungsanlagen wo nötig erneuert.

2314.014 Sicherheit im öffentlichen Verkehr

Die Sicherheit in öffentlichen Verkehrsmitteln ist von grosser Bedeutung für das Sicherheitsempfinden der Bevölkerung. Im Rahmen der Leistungsbestellung ÖV werden deshalb die Anforderungen und Kriterien zusammen mit den Transportunternehmungen definiert und entsprechende Aufwände abgegolten. Ein besonderes Augenmerk liegt dabei auf der Sicherheit beim Nachtnetz.

2314.015 Senkung der CO2-Emissionen

Die ökologische Verträglichkeit der Mobilität ist eine zentrale Aufgabe des Kantons. Unter Berücksichtigung der sich verändernden Ansprüche der Bevölkerung bezüglich Komfort und Sicherheit werden deshalb Massnahmen zur Senkung der CO2-Emission gezielt gefördert. Dabei bewirkt das Umsteigen vom Privatverkehr auf den öffentlichen Verkehr per se bereits die wirkungsvollste Reduktion des CO2-Ausstosses pro Kopf. Des Weiteren werden im Rahmen der Leistungsbestellung ÖV Investitionen der Transportunternehmen in moderne und somit CO2-arme Antriebsformen bei den Bussen (EURO 06) gefördert.

2314.016 Koordination Agglomerationsprogramm

Zur Erreichung der regional positiven Wirkung des ÖV sind kantonsübergreifende Planungen und Realisierungen zwingend. Das Agglomerationsprogramm erlaubt, solche Massnahmen prioritär zu behandeln und finanzierbar zu machen. Weiter erlaubt es auch, das Zusammenspiel der Wirkungen von übergeordneten Projekten des Bundes und von regionalen Projekten der Kantone sichtbar zu machen und hinsichtlich der Effektivität zu positionieren.

2314.017 Bündelung der regionalen Zusammenarbeit

Zur Erreichung der gesamtregionalen Wirkung der ÖV-Systeme engagiert sich die BUD in verschiedenen regionalen Arbeitsgruppen.

Im Konkreten beteiligt sich die BUD hinsichtlich ÖV aktiv in der Oberrheinkonferenz (ORK), im Trinationalen Eurodistrict Basel (TEB), in der Metropolitankonferenz Basel (MKB), in der Konferenz der Nordwestschweizer ÖV-Direktoren (KÖV NWCH), sowie in den regionalen Planungsgruppen zu Regio-S-Bahn Basel und Tramnetz Basel.

Bereich Immobilien

Als eine der wesentlichen Voraussetzungen für die notwendige Funktionstüchtigkeit und gute Aufgabenerfüllung benötigt die Kantonale Verwaltung Boden, Bauten und Anlagen. Der Bereich Immobilien ist das Dienstleistungszentrum für den Immobilienverkehr und die Immobilienbewirtschaftung sowie das Fachorgan für Hochbauten des Kantons Basel-Landschaft. Er betreut die Immobilien im Finanz- und Verwaltungsvermögen des Kantons.

Der Bereich Immobilien setzt die vom Regierungsrat festgelegte, langfristig ausgerichtete Bodenpolitik mit allen grundbuchrelevanten Bedürfnissen durch. Das Ziel ist eine angemessene, auf das Kantonsgebiet verteilte Landreserve für künftige Vorhaben und zu Abtauschzwecken zu schaffen und die laufenden Bedürfnisse des Kantons an Grund und Boden zeitgerecht, kostengünstig und unter Ausnutzung der Preisfluktuationen abzudecken. Entbehrliche Grundstücke werden zum Marktwert abgestossen.

Für die Bereitstellung von Raum wie Schul- und Sportanlagen, Verwaltungsbauten, Militäranlagen und Bauten für die Justiz mit den erforderlichen technischen und betrieblichen Infrastrukturen ist der Bereich Immobilien zuständig. Öffentliche Hochbauten, welche den Verwaltungstätigkeiten im notwendigen Mass dienen sollen, werden ausschliesslich vom Bereich Immobilien geplant, erstellt, eingerichtet und bewirtschaftet.

Im Rahmen der integralen Immobilienbewirtschaftung werden sämtliche Bedürfnisse im Bereich nach übergeordneten Immobilien- und Arealentwicklungsstrategien sowie unter ökonomischen und ökologischen Aspekten umgesetzt. Mittels Gesamtkonzepten sind die Immobilien möglichst effizient zu nutzen und auf bedarfsgerechte Art zu bewirtschaften. Die Substanz- und Werterhaltung ist dabei von besonderer Bedeutung.

Erfolgsrechnung

	Rechnung 2012	Budget 2013	Budget 2014	Abw. Absolut	Abw. %
30 Personalaufwand	19'265'112	19'607'421	20'987'573	1'380'152	7%
31 Sach- und übriger Betriebsaufwand	52'775'904	58'647'000	56'314'000	-2'333'000	-4%
33 Abschreibungen Verwaltungsvermögen	26'312'736	28'250'680	33'750'000	5'499'320	19%
34 Finanzaufwand	563'929	585'950	805'750	219'800	38%
36 Transferaufwand	117'197	120'000	120'000	0	0%
42 Entgelte	-464'356	-510'000	-445'000	65'000	13%
43 Verschiedene Erträge	-1'000				
44 Finanzertrag	-42'169'955	-22'755'200	-23'150'200	-395'000	-2%
45 Übertrag Fonds / StaatsRG	-2'500	-9'451'580		9'451'580	100%
46 Transferertrag	-163'989	-100'000	-100'000	0	0%
48 Ausserordentlicher Ertrag	-9'499'243		-10'650'000	-10'650'000	X
49 Interne Fakturen	-151'808	-151'447	-151'807	-360	0%
Total Aufwand	99'034'878	107'211'051	111'977'323	4'766'272	4%
Total Ertrag	-52'452'851	-32'968'227	-34'497'007	-1'528'780	-5%
Gesamtergebnis Erfolgsrechnung	46'582'027	74'242'824	77'480'316	3'237'492	4%

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2012	Sollstellenplan 2013	Sollstellenplan 2014	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	105.9	114.7	113.0	-1.7	-1.5%

2304 Hochbauamt

Auftrag und Zielsetzungen

Das Hochbauamt betreut alle Parzellen und Hochbauten im Verwaltungs-, Finanz- und Treuhandvermögen des Kantons sowie die kantonalen Einmietungen. Es ist für die Bereitstellung von Raum mit den erforderlichen technischen und betrieblichen Infrastrukturen für die Verwaltungstätigkeiten des Kantons zuständig.

Es ist zuständig für den Immobilienverkehr sowie die Immobilienverwaltung des gesamten Liegenschaftsbestandes des Kantons, für die Durchführung und Überwachung des baulichen und betrieblichen Gebäudeunterhalts der Hochbauten inklusive Instandhaltung, Reinigung, Ver- und Entsorgung, die Raumbewirtschaftung und das Mietwesen.

Öffentliche Hochbauten des Kantonsvermögens werden vom Hochbauamt geplant, erstellt, bewirtschaftet, eingerichtet, unterhalten und gewartet.

Erfolgsrechnung (ohne Verpflichtungskredite und Transfers)

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Budget 2014	Abw. Absolut	Abw. %	B
301	Löhne des Verw- und Betriebspersonals	14'937'537	16'744'076	16'433'059	-311'017	-2%	
303	Temporäre Arbeitskräfte	35'700					
304	Zulagen	375'445	141'773	331'984	190'212	134%	1
305	Arbeitgeberbeiträge	2'469'727	2'632'573	4'122'530	1'489'957	57%	2
309	Übriger Personalaufwand	46'504	89'000	100'000	11'000	12%	
310	Material- und Warenaufwand	770'378	752'500	743'000	-9'500	-1%	
311	Nicht aktivierbare Anlagen	2'401'259	2'298'000	1'990'000	-308'000	-13%	3
312	Ver- und Entsorgung Liegenschaften VV	7'979'030	9'575'000	9'310'000	-265'000	-3%	
313	Dienstleistungen und Honorare	8'888'516	9'666'500	9'480'000	-186'500	-2%	
314	Baulicher und betrieblicher Unterhalt	11'144'898	12'915'000	11'813'000	-1'102'000	-9%	4
315	Unterhalt Mobilien/immaterielle Anlagen	388'922	395'000	405'000	10'000	3%	
316	Mieten, Leasing, Pachten, Benützungsgb	20'143'874	22'300'000	21'800'000	-500'000	-2%	5
317	Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen	78'541	112'000	120'000	8'000	7%	
318	Wertberichtigungen auf Forderungen	93'255	5'000	15'000	10'000	200%	
319	Verschiedener Betriebsaufwand	34'977	28'000	38'000	10'000	36%	
330	Abschreibungen Sachanlagen VV	26'312'736	28'250'680	33'750'000	5'499'320	19%	6
342	Kapitalbeschaffungs-/Verwaltungskosten	441	950	750	-200	-21%	
343	Liegenschaftenaufwand Finanzvermögen		585'000	805'000	220'000	38%	7
421	Gebühren für Amtshandlungen	-33					
425	Erlös aus Verkäufen	-137'085	-135'000	-135'000	0	0%	
426	Rückerstattungen	-296'200	-360'000	-280'000	80'000	22%	8
427	Bussen	-26'276	-15'000	-30'000	-15'000	-100%	
439	Übriger Ertrag	-1'000					
440	Zinsertrag	-4'638	-200	-200	0	0%	
441	Realisierte Gewinne FV		-1'000'000	-1'200'000	-200'000	-20%	
443	Liegenschaftenertrag FV		-8'935'000	-9'400'000	-465'000	-5%	
447	Liegenschaftenertrag VV	-16'397'183	-12'820'000	-12'550'000	270'000	2%	
450	Übertrag Fonds FK / StaatsRG	-2'500					
451	Übertrag Fonds EK / StaatsRG		-9'451'580		9'451'580	100%	9
489	Entnahmen aus dem Eigenkapital	-9'499'243		-10'650'000	-10'650'000	X	9
492	Int Fakturen Pacht, Mieten, Benützungsko	-151'808	-151'447	-151'807	-360	0%	
	Total Aufwand	96'101'741	106'491'051	111'257'323	4'766'272	4%	
	Total Ertrag	-26'515'965	-32'868'227	-34'397'007	-1'528'780	-5%	
	Ergebnis Erfolgsrechnung (ohne VK und Transfers)	69'585'776	73'622'824	76'860'316	3'237'492	4%	

BUD

- 2012 und 2013 wurden die Zulagen für die Mitarbeitenden im Stundenlohn (Reinigungspersonal) vom ERP-System (SAP) fälschlicherweise nicht budgetiert, es liegt nun eine manuelle Korrektur vor, welche zu der ausgewiesenen Budgeterhöhung führt.
- Die höheren Arbeitgeberbeiträge sind auf die Reform der Basellandschaftlichen Pensionskasse (BLPK) und Frühpensionierungen zurückzuführen.

- 3 Die Budgetminderung resultiert aus der einmaligen Entlastungsmassnahme BUD-N-10 Kürzung Mobilier (nicht aktivierbare Anlagen).
- 4 Die Budgetminderung resultiert aus der dauerhaften Entlastungsmassnahme BUD-N-5 Dauerhafte Reduktion baulicher Unterhalt, vor dem Hintergrund eines Verwaltungsneubaus oder einer Einmietung, sowie aus der einmaligen Entlastungsmassnahme BUD-N-11 Kürzung im baulichen Unterhalt.
- 5 Die Budgetminderung resultiert aus den erwarteten Reduktionen der Einmietungskosten durch die Aufgabe von Liegenschaften an diversen Standorten (Beispielsweise auf Grund des Projekts FOCUS).
- 6 Anfang 2014 wird das Strafjustizzentrum in Muttenz in Betrieb genommen, was zusätzliche Abschreibungen im ersten Betriebsjahr zur Folge hat. Mitte 2013 wird die Sanierung der Sekundarschule Binningen abgeschlossen, was ebenfalls zu höheren Abschreibungen führt.
- 7 Diese Budgetposition wurde auf Grund der zu erwartenden erhöhten Liegenschaftsaufwendungen (Beispielsweise Schorenareal in Arlesheim) erhöht.
- 8 Diese Budgetposition wurde auf Grund der Rechnung 2012 für das Jahr 2014 angepasst.
- 9 Mit der kompletten Übernahme bzw. Kauf der Sekundarschulbauten von Gemeinden wurde der Zweck des Schulhausfonds dahingehend angepasst, indem dieser zur Deckung der jährlichen Abschreibungen herangezogen wird und nicht für den Kauf der Objekte. Diese Handhabung entspricht der Regelung nach HRM2. Der Fonds wird somit auch neu als Vorfinanzierung des Eigenkapitals und somit nicht mehr als Fonds des Fremdkapitals geführt.

Transferaufwand und -ertrag

Transfer	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Budget 2014	Abw. Absolut	Abw. %	B
Beitr. Betriebskosten Mensa FHNW Muttenz	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	117'197	120'000	120'000	0	0%	
Betriebskostenanteil Gemeinde Muttenz	461	Entschädigungen von Gemeinwesen & Dritte	-60'000	-100'000	-100'000	0	0%	
Bundesbeitrag für SSR Gitterli Liestal	463	Beiträge von Gemeinwesen und Dritten	-40'989					
Bundesbeitrag Betrieb Schloss Bottmingen	463	Beiträge von Gemeinwesen und Dritten	-63'000					
Total Transferaufwand			117'197	120'000	120'000	0	0%	
Total Transferertrag			-163'989	-100'000	-100'000	0	0%	
Transfers (Netto)			-46'792	20'000	20'000	0	0%	

Verpflichtungskredite

Verpflichtungskredit	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Budget 2014	Abw. Absolut	Abw. %	B
Ausbau Kant. Laboratorium Liestal	31	Sach- und übriger Betriebsaufwand	539'063	600'000	600'000	0	0%	
Total Verpflichtungskredite Aufwand			539'063	600'000	600'000	0	0%	
Total Verpflichtungskredite Ertrag								
Total Verpflichtungskredite (netto)			539'063	600'000	600'000	0	0%	

Investitionen

Investitionsvorhaben	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Budget 2014	Abw. Absolut	Abw. %	B
Muttenz, Neubau FHNW HLS, PH/HSA u. HABG	50	Sachanlagen	6'420'806	5'900'000	26'060'000	20'160'000	342%	A
	63	Inv.-Beitr. für eigene Rechnung			-4'000'000	-4'000'000		X
		Nettoinvestitionen	6'420'806	5'900'000	22'060'000	16'160'000	274%	
Technische Investitionen 9980	50	Sachanlagen	3'240'438	3'000'000	3'000'000	0	0%	A
	63	Inv.-Beitr. für eigene Rechnung	-131'130					
		Nettoinvestitionen	3'109'308	3'000'000	3'000'000	0	0%	

Investitionsvorhaben	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Budget 2014	Abw. Absolut	Abw. %	B
Bauliche Investitionen 9990	50	Sachanlagen	6'159'372	5'000'000	5'000'000	0	0%	A
	63	Inv.-Beitr. für eigene Rechnung	-36'400					
		Nettoinvestitionen	6'122'972	5'000'000	5'000'000	0	0%	
Globalkredit Unterh Bau Haustechnik 9970	50	Sachanlagen	532'869	500'000	500'000	0	0%	B,C
Sekundarschulen, Instandsetzung 9910	50	Sachanlagen	1'916'375	4'000'000	2'000'000	-2'000'000	-50%	B,C
Sekundarschulbauten, Eigentumsübertrag	50	Sachanlagen	856'050					
Basel, Neubau UKBB	50	Sachanlagen	1'448'348					
	63	Inv.-Beitr. für eigene Rechnung	-1'448'348					
		Nettoinvestitionen						
Sekundarschulbauten Neu- und Umbauten	50	Sachanlagen	3'799'776	13'610'000	7'310'000	-6'300'000	-46%	A
Muttenz, Strafjustizzentrum	50	Sachanlagen	14'598'872	24'000'000	13'800'000	-10'200'000	-43%	A
Basel, Uni, Neubau Schällemätteli	54	Darlehen	3'690'000	38'000'000	13'750'000	-24'250'000	-64%	A
	63	Inv.-Beitr. für eigene Rechnung	-29'938	-10'000'000	-3'150'000	6'850'000	69%	
		Nettoinvestitionen	3'660'063	28'000'000	10'600'000	-17'400'000	-62%	
Arllesheim, Mieterausbau Einm. SIPO-West	50	Sachanlagen	205'248	1'600'000		-1'600'000	-100%	A
Liestal, Kauf Grundstücke	50	Sachanlagen	11'690'400					
Augst, RAR Steinlager ARP	50	Sachanlagen		500'000	470'000	-30'000	-6%	
Münchenstein, Gymnasium, San. AH	50	Sachanlagen	64'975	50'000	470'000	420'000	840%	A
Liestal, Gymnasium, San. Aussenhülle	50	Sachanlagen	69'499					
Niederdorf, JUNI Arxhof	50	Sachanlagen		400'000		-400'000	-100%	A
Liestal, Turnhalle Gymnasium	50	Sachanlagen	6'155'452					
Liestal, ZID, Sanierung 1. Rechenzentrum	50	Sachanlagen		8'000'000		-8'000'000	-100%	
Münchenstein, Gym., Erweiterung	50	Sachanlagen		50'000	550'000	500'000	>1000%	A
Münchenstein, Gym., San Villa Ehinger	50	Sachanlagen	113'515					
Gutsbetriebe Wildenstein u. Arxhof	50	Sachanlagen	21'347	1'530'000		-1'530'000	-100%	
Liestal, Neubau Verwaltungsgebäude, 1.Et	50	Sachanlagen		400'000		-400'000	-100%	A
Sissach, Arealnutzung Werkhof	50	Sachanlagen		400'000		-400'000	-100%	
Liestal, Gymnasium, Innensan. Haupttrakt	50	Sachanlagen	66'197					
Muttenz, GIBM Erweiterungsbau/San.Altbau	50	Sachanlagen			100'000	100'000	X	A
Muttenz, Nachnutzung FH-Gebäude(Gym.etc.)	50	Sachanlagen	159'705		150'000	150'000	X	A
Muttenz, FH-Aula, Gesamtsanierung	50	Sachanlagen			180'000	180'000	X	A
Augst, RAR Steinlager ARP, Übergangslös.	50	Sachanlagen		300'000	300'000	0	0%	
Münchenstein, Gym. Erw., Übergangslös.	50	Sachanlagen	81'592	1'000'000	700'000	-300'000	-30%	A
Muttenz, Mieterausbau Einmietung Valora	50	Sachanlagen	6'821					

Investitionsvorhaben	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Budget 2014	Abw. Absolut	Abw. %	B
Pratteln, Einmietung ZID 2.Rechenzentrum	50	Sachanlagen	766'944					
Basel, Uni, Neubau / IS Alt-Biozentrum	50	Sachanlagen		350'000	350'000	0	0%	A
Münchenstein, Gym., San. Innenräume	50	Sachanlagen			300'000	300'000		X
Total Investitionsausgaben			62'064'599	108'590'000	74'990'000	-33'600'000	-31%	
Total Investitionseinnahmen			-1'645'816	-10'000'000	-7'150'000	2'850'000	29%	
Total Nettoinvestitionen			60'418'783	98'590'000	67'840'000	-30'750'000	-31%	

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2012	Sollstellenplan 2013	Sollstellenplan 2014	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	97.3	114.7	113.0	-1.7	-1.5%

Im Wesentlichen ist der veränderte Sollstellenbestand (-2.0) auf die Integration des Amtes für Liegenschaftsverkehr zurückzuführen und die damit einhergehende veränderte Personalplanung, Massnahme BUD-N-7 gemäss Entlastungspaket 12/15, sowie auf die Verschiebung von -0.7 Sollstellenprozenten innerhalb der Direktion im Rahmen des Projekts NOP.

Jahresprogramm

2304.001 Flächenmanagement

Auf der Basis der erarbeiteten Grundlagen zur Optimierung des Verwaltungsstandorts Liestal hat der Regierungsrat den Auftrag für die Ausarbeitung einer Projektierungsvorlage für den Neubau eines Verwaltungsgebäudes im Kreuzboden erteilt (Etappe 1). Im Zusammenhang mit dem notwendig werdenden Erwerb von Land oder Rechten, aber auch aus städtebaulichen Überlegungen, wurde nochmals die Standortfrage aufgeworfen. Diese ist Gegenstand einer vertieften Überprüfung durch das Hochbauamt. Nebst der Standortfrage stellen sich auch immobilienwirtschaftliche Fragen, wie die Gegenüberstellung eines durch den Kanton zu erstellenden und zu finanzierenden Neubaus zu einer gemeinsamen Entwicklung eines Verwaltungsneubaus mit Dritten.

Etappe 2 Sanierung des Verwaltungsgebäudes Rheinstrasse 29 erfolgt nach der Realisierung des Verwaltungsneubaus. Etappe 3 Neubau Kantonsgericht wurde zeitlich verschoben.

A 2304.002 Landratsvorlagen/ Verpflichtungskredite

Die Schwerpunkte für das Jahr 2014 bilden zahlreiche Investitionsvorhaben von notwendigen Infrastrukturen im Bereich Bildung konkret für die neu übernommenen Sekundarschulbauten, die Schulbauten der Sekundarstufe II sowie für die FHNW in Muttenz. Das Projekt Neubau Strafjustizzentrum in Muttenz wird als grösseres Projekt 2014 fertig gestellt und in Betrieb genommen.

B 2304.003 Unterhaltsmassnahmenpläne

Die Mehrjahresunterhaltsplanung (Instandhaltung und Instandsetzung) wird laufend aktualisiert und systematisch optimiert, damit die finanziellen und die personellen Ressourcen über die nächsten Jahre ausgewiesen und nach Priorität beantragt werden können. Schwerpunkt bilden auch 2014 der Unterhaltsbedarf und die daraus abgeleiteten Mehrjahresplanungen für die Liegenschaften der Sekundarschulbauten.

2304.004 Unterhaltsstandards

Auf der Basis einer formulierten Immobilien- und Objektstrategie werden übergeordnete Unterhaltsrichtlinien und objektbezogene Unterhaltsstandards mit kurz- bis langfristigen Instandhaltungs- und Instandsetzungsmassnahmen abgeleitet.

C 2304.005 Werterhaltung der Gebäude und Anlagen im Verwaltungsvermögen

Basierend auf der Immobilienstrategie des Hochbauamtes wurden sämtliche Liegenschaften im Verwaltungsvermögen abgeleitet von der Objektstrategie mit den Unterhaltsstandards (Vgl. 2304.004 Unterhaltsstandards) in vier Kategorien bewertet. Die notwendigen Ressourcen für einen optimalen Werterhalt

der Liegenschaften werden nach Priorität definiert und eingesetzt. Auf Grund der finanziellen Situation des Kantons wurden im Rahmen des Entlastungspakets 12/15 in diesem Leistungsteil Kürzungen in der Höhe von 10 % der Werte von 2010 vorgenommen. Sollten die Finanzmittel für den Werterhalt der Gebäude und Anlagen im Verwaltungsvermögen über eine längere Zeit zurückgebunden werden, kann die Werterhaltung nicht mehr vollumfänglich sicher gestellt werden.

2304.006 Wirtschaftsoffensive und Umsetzung der kantonalen Bodenpolitik BL

Für die aktive Mitwirkung der Bodenpolitik an der Wirtschaftsoffensive ist neben der Veräusserung von bereits vorhandenen Grundstücken, insbesondere der Ankauf von Grundstücken notwendig. Ein besonderes Augenmerk wird auf die Arealentwicklung und damit den strategischen Ankauf und Verkauf von Grundstücken gerichtet. Hierbei wird eine enge Zusammenarbeit des Hochbauamtes mit dem Amt für Raumplanung angestrebt.

Grundstücke für Infrastrukturbauwerke (Hoch- und Tiefbau) werden vorausschauend und vorsorglich beschafft.

2313 Amt für Liegenschaftsverkehr

Auftrag und Zielsetzungen

Das Amt für Liegenschaftsverkehr wurde per 1. April 2013 in das Hochbauamt integriert und das Budget 2013 transferiert.

Erfolgsrechnung (ohne Verpflichtungskredite und Transfers)

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Budget 2014	Abw. Absolut	Abw. %	B
301	Löhne des Verw- und Betriebspersonals	1'110'324					
303	Temporäre Arbeitskräfte	41'690					
304	Zulagen	7'171					
305	Arbeitgeberbeiträge	232'933					
309	Übriger Personalaufwand	8'082					
310	Material- und Warenaufwand	19'471					
313	Dienstleistungen und Honorare	268'597					
317	Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen	15'796					
318	Wertberichtigungen auf Forderungen	8'327					
319	Verschiedener Betriebsaufwand	1'000					
342	Kapitalbeschaffungs-/Verwaltungskosten	160					
343	Liegenschaftenaufwand Finanzvermögen	563'327					
426	Rückerstattungen	-4'763					
440	Zinsertrag	-17					
441	Realisierte Gewinne FV	-916'325					
443	Liegenschaftenertrag FV	-24'268'203					
447	Liegenschaftenertrag VV	-583'590					
	Total Aufwand	2'276'877					
	Total Ertrag	-25'772'897					
	Ergebnis Erfolgsrechnung (ohne VK und Transfers)	-23'496'020					

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2012	Sollstellenplan 2013	Sollstellenplan 2014	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	8.6				

Bereich Umwelt und Energie

Der Bereich Umwelt und Energie umfasst die Dienststellen Sicherheitsinspektorat (SIT), Lufthygieneamt beider Basel (LHA) und Amt für Umweltschutz und Energie (AUE).

Folgende Aufgaben werden im Bereich wahrgenommen:

- Vollzug der massgebenden Gesetzgebung im Bereich Umweltschutz und Energie, so z.B. Umweltschutzgesetz (USG), Gewässerschutzgesetz (GSchG), Energiegesetz (EnG), Bundesgesetz über die Stromversorgung (StromVG), Wasserrechtsgesetz (WRG), eidgenössischen und kantonalen Luftreinhaltebestimmungen, Verordnung über den Schutz vor nichtionisierender Strahlung (NISV), Störfallverordnung (StFV), Einschliessungsverordnung (ESV), Freisetzungsverordnung (FrSV) und der Gefahrgutbeauftragtenverordnung (GGBV) sowie der Schutz vor übermässigen Lichtemissionen.
- Überwachung der Umsetzung der Gesetzgebung und Eigenverantwortung der Betriebe bezüglich Umweltschutz, Luftqualität, technische Risiken und Einhaltung des Standes der Sicherheitstechnik. Kontinuierliche und flächendeckende Überwachung der Luftqualität. Bei Grenzwertüberschreitungen werden Massnahmenpläne erarbeitet und umgesetzt. Industrielle und gewerbliche Anlagen werden im Bewilligungsverfahren beurteilt und periodisch kontrolliert. Bei Überschreitung der Emissionsbegrenzungen werden Sanierungen angeordnet und deren Erfüllung begleitet.
- Beurteilung im Bewilligungsverfahren von Bauten und Anlagen sowie Kontrolle der Auflageneinhaltung.

Die Leistungsaufträge im Bereich entsprechen weitestgehend dem regierungsrätlichen Schwerpunktfeld Natur- und Klimawandel; damit sollen bis 2015 prioritär nachstehende Ziele erreicht werden:

1. Altlasten: Die Altlastenbearbeitung im Rahmen des Kataster der belasteten Standorte und speziell im Raum Muttenz und Pratteln wird fortgeführt. Die Vorkehrungen zum Schutz des Grundwassers sind umgesetzt. (RP 2012-2015: R-NK-2, BUD-NK-5, BUD 13)
2. Wasser: Die Wasserstrategie des Regierungsrates im Kanton Basel-Landschaft ist genehmigt und wird umgesetzt. Die vorhandenen natürlichen Wasserressourcen bleiben in Quantität und Qualität erhalten. Vorhandene Beeinträchtigungen werden möglichst eliminiert. Strategische Leitsätze für die Beurteilung von Nutzungskonflikten liegen vor. Eine wirtschaftliche und zweckmässige Wasserversorgung (Qualität, Versorgungssicherheit) ist langfristig sichergestellt. (RP 2012-2015: R-NK-2; BUD-NK-3, VGD 16)
3. Energie und Klimaschutz: Die Energiestrategie des Regierungsrates aus dem Jahr 2008 ist für einen Ausstieg aus der Kernenergie überprüft und neu formuliert worden. Sie dient als Grundlage für die Revision des kantonalen Energiegesetzes von 1991 und für die Umsetzung des Bundesgesetzes über die Stromversorgung. (RP 2012-2015: R-NK-1; BUD-NK-2; BUD 11)
4. Luft: Einhalten der Immissionsgrenzwerte gemäss der Luftreinhalteverordnung und der NIS Verordnung. Speziell für Feinstaub, Ozon, Stickoxid. Die Schadstofffrachten müssen um 20 bis 40 Prozent reduziert werden. Umsetzung des Luftreinhalteplans beider Basel LRP. (RP 2012-2015: R-NK-2, BUD-NK-5, BUD 16)
5. Vollzug: Die Vollzugsinstrumente werden im Sinne eines wirkungsorientierten Umweltschutzes weiterentwickelt. (RP 2012-2015: R-SH-1)

Erfolgsrechnung

	Rechnung 2012	Budget 2013	Budget 2014	Abw. Absolut	Abw. %
30 Personalaufwand	9'466'423	8'870'345	8'841'440	-28'905	0%
31 Sach- und übriger Betriebsaufwand	4'809'160	3'016'755	2'404'900	-611'855	-20%
34 Finanzaufwand	5	100	100	0	0%
36 Transferaufwand	3'372'855	8'762'000	7'269'300	-1'492'700	-17%
37 Durchlaufende Beiträge	3'459'532	3'040'000	2'963'000	-77'000	-3%
41 Regalien und Konzessionen	-6'625'975	-6'393'283	-6'403'000	-9'717	0%
42 Entgelte	-561'983	-755'600	-661'000	94'600	13%
44 Finanzertrag	-16				

	Rechnung 2012	Budget 2013	Budget 2014	Abw. Absolut	Abw. %
45 Übertrag Fonds / StaatsRG	-950'500	-500	-1'200'500	-1'200'000	<-1000%
46 Transferertrag	-2'446'753	-3'596'564	-3'393'276	203'288	6%
47 Durchlaufende Beiträge	-3'459'532	-3'040'000	-2'963'000	77'000	3%
Total Aufwand	21'107'975	23'689'200	21'478'740	-2'210'460	-9%
Total Ertrag	-14'044'759	-13'785'947	-14'620'776	-834'829	-6%
Gesamtergebnis Erfolgsrechnung	7'063'216	9'903'253	6'857'964	-3'045'289	-31%

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2012	Sollstellenplan 2013	Sollstellenplan 2014	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	61.3	59.7	58.0	-1.7	-2.8%

2305 Amt für Umweltschutz und Energie

Auftrag und Zielsetzungen

Das Amt für Umweltschutz und Energie (AUE) ist die zentrale Anlaufstelle für Umwelt- und Energiefragen. Das AUE vollzieht die eidgenössischen und kantonalen Gesetze und Verordnungen in den Bereichen Umweltschutz und Energie. In diesen Bereichen sollen im nächsten Jahr prioritär nachstehende Ziele erreicht werden:

1. Altlasten: Die Altlastenbearbeitung im Rahmen des Kataster der belasteten Standorte und speziell im Raum Muttenz und Pratteln wird fortgeführt. Die Vorkehrungen zum Schutz des Grundwassers sind umgesetzt. (RP 2012-2015: R-NK-2, BUD-NK-5, BUD 13)
2. Integrale Wasserstrategie: Die Wasserstrategie (Grundwasserschutz, Gewässerschutz, Wasserversorgung) des Regierungsrates im Kanton Basel-Landschaft ist genehmigt und wird umgesetzt. Die vorhandenen natürlichen Wasserressourcen bleiben in Quantität und Qualität erhalten. Vorhandene Beeinträchtigungen werden möglichst eliminiert. Strategische Leitsätze für die Beurteilung von Nutzungskonflikten liegen vor. Eine wirtschaftliche und zweckmässige Wasserversorgung (Qualität, Versorgungssicherheit) ist langfristig sichergestellt. (RP 2012-2015: R-NK-2; BUD-NK-3, VGD 16)
3. Energie und Klimaschutz: Die Energiestrategie des Regierungsrates aus dem Jahr 2008 ist für einen Ausstieg aus der Kernenergie überprüft und neu formuliert worden. Sie dient als Grundlage für die Revision des kantonalen Energiegesetzes von 1991 und für die Umsetzung des Bundesgesetzes über die Stromversorgung. (RP 2012-2015: R-NK-1; BUD-NK-2; BUD 11)

Erfolgsrechnung (ohne Verpflichtungskredite und Transfers)

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Budget 2014	Abw. Absolut	Abw. %	B
301	Löhne des Verw- und Betriebspersonals	5'262'522	4'876'316	4'611'482	-264'834	-5%	
304	Zulagen	83'178	48'730	33'399	-15'331	-31%	
305	Arbeitgeberbeiträge	1'086'526	888'448	1'118'524	230'076	26%	1
309	Übriger Personalaufwand	27'195	21'000	33'000	12'000	57%	
310	Material- und Warenaufwand	139'327	57'000	65'000	8'000	14%	
311	Nicht aktivierbare Anlagen	159'492	46'000	30'000	-16'000	-35%	
312	Ver- und Entsorgung Liegenschaften VV	1'418	3'000	203'000	200'000	>1000%	2
313	Dienstleistungen und Honorare	2'431'892	3'024'055	2'695'200	-328'855	-11%	3
315	Unterhalt Mobilien/immaterielle Anlagen	46'201	21'000	32'000	11'000	52%	
316	Mieten, Leasing, Pachten, Benützungsgb	13'368	10'000	10'000	0	0%	
317	Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen	75'003	79'700	110'000	30'300	38%	
318	Wertberichtigungen auf Forderungen	-21'179	5'000	5'000	0	0%	
319	Verschiedener Betriebsaufwand	593'252	-1'950'400	-2'366'000	-415'600	-21%	4
341	Realisierte Kursverluste	5					
342	Kapitalbeschaffungs-/Verwaltungskosten		100	100	0	0%	
370	Durchlaufende Beiträge	3'459'532	3'040'000	2'963'000	-77'000	-3%	
412	Konzessionen	-6'625'975	-6'393'283	-6'403'000	-9'717	0%	
421	Gebühren für Amtshandlungen	-73'675	-60'000	-20'000	40'000	67%	
424	Benützungsgebühren und Dienstleistungen	-36'990	-40'600	-36'000	4'600	11%	
426	Rückerstattungen	-202'545	-180'000	-180'000	0	0%	
440	Zinsertrag	-16					
450	Übertrag Fonds FK / StaatsRG	-950'500	-500	-1'200'500	-1'200'000	<-1000%	5
470	Durchlaufende Beiträge	-3'459'532	-3'040'000	-2'963'000	77'000	3%	
	Total Aufwand	13'357'731	10'169'948	9'543'705	-626'243	-6%	
	Total Ertrag	-11'349'234	-9'714'383	-10'802'500	-1'088'117	-11%	
	Ergebnis Erfolgsrechnung (ohne VK und Transfers)	2'008'497	455'565	-1'258'795	-1'714'360	-376%	

BUD

1 Die höheren Arbeitgeberbeiträge sind auf die Reform der Basellandschaftlichen Pensionskasse (BLPK) und Frühpensionierungen zurückzuführen.

- 2 Übernahme der Kosten des Gesetzesvollzugs im Bereich Abfall, die früher in der Abfallrechnung des AIB geführt wurden. Diese Kosten werden in der Abfallrechnung des AUE neu geführt. Diese wird neu direkt aus dem Fonds Bundessubvention für KVA Basel (9180) kostendeckend entlastet.
- 3 Der zu budgetierende Aufwand ist betreffend Volumen und Finanzierungszeitpunkt mit grossen Unsicherheiten behaftet, die durch das AUE nur bedingt beeinflusst werden können. Zur Finanzierung dieser altlastenrechtlicher Massnahmen werden Rückstellungen aufgelöst (siehe Erfolgsrechnung, 319). Der Untersuchungsaufwand gem. Altlastenverordnung wurde gegenüber dem Gewässerschutz abgegrenzt.
- 4 Ziele BUD-NK-3 Wasserstrategie und BUD 15 Saubere Gewässer
- 5 Zur Deckung der überwälzten allgemeinen Vollzugskosten der Aufsichtsbehörden im Abfallbereich wird die Entnahme aus dem Zinsertrag des Fonds Nachsorge und dem Fonds KVA Basel budgetiert.

Transferaufwand und -ertrag

Transfer	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Budget 2014	Abw. Absolut	Abw. %	B
Energie	360	Ertragsanteile an Dritte	26'081	25'000	25'000	0	0%	
	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	2'726'064	6'833'000	4'436'000	-2'397'000	-35%	1
	463	Beiträge von Gemeinwesen und Dritten	-312'675	-300'000	-250'000	50'000	17%	1
Abfall/Altlasten	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	529'067	1'851'000	2'759'000	908'000	49%	2
	463	Beiträge von Gemeinwesen und Dritten	-167'111	-1'249'600	-1'049'000	200'600	16%	2
Abwasser	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	36'762	30'000	25'000	-5'000	-17%	
Gewässer	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	22'681	23'000	24'300	1'300	6%	
	461	Entschädigungen von Gemeinwesen & Dritte	240					
	463	Beiträge von Gemeinwesen und Dritten	-254'779	-286'954	-287'000	-46	0%	
7.3 Beitrag Apprentas Ausbildungszentrum	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	32'201					
Total Transferaufwand			3'372'855	8'762'000	7'269'300	-1'492'700	-17%	
Total Transferertrag			-734'325	-1'836'554	-1'586'000	250'554	14%	
Transfers (Netto)			2'638'530	6'925'446	5'683'300	-1'242'146	-18%	

- 1 Förderprogramm Energie mit Schwerpunkt Gebäudesanierung (VK LRV 2009/200): Ziel BUD-NK-2 Energiestrategie und BUD 11 Senkung der CO2 Emissionen. Anpassung infolge Kürzungsvorgabe -2,5 Mio. Dadurch werden auch weniger Mittel vom Bund erwartet.
- 2 Finanzierung altlastenrechtlicher Massnahmen: Ziel BUD 13 Entsorgung von Altlasten. Der zu budgetierende Aufwand ist betreffend Volumen und Finanzierungszeitpunkt mit grossen Unsicherheiten behaftet, die durch das AUE nur bedingt beeinflusst werden können. Zur Finanzierung dieser altlastenrechtlicher Massnahmen werden Rückstellungen aufgelöst (siehe Erfolgsrechnung, 319). Der Untersuchungsaufwand gem. Altlastenverordnung wurde gegenüber dem Gewässerschutz abgegrenzt.

Verpflichtungskredite

Verpflichtungskredit	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Budget 2014	Abw. Absolut	Abw. %	B
3.1 Nachrüstung Schiessanlagen/Kugelfäng	36	Transferaufwand	198'800					
6.5 Förderprogramm Gebäudesanierung	31	Sach- und übriger Betriebsaufwand	849'463	1'100'000	1'000'000	-100'000	-9%	
	36	Transferaufwand	2'539'521	6'700'000	4'300'000	-2'400'000	-36%	1
	46	Transferertrag	-312'675	-300'000	-250'000	50'000	17%	1

Verpflichtungskredit	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Budget 2014	Abw. Absolut	Abw. %	B
		Total	3'076'309	7'500'000	5'050'000	-2'450'000	-33%	
Total Verpflichtungskredite Aufwand			3'587'784	7'800'000	5'300'000	-2'500'000	-32%	
Total Verpflichtungskredite Ertrag			-312'675	-300'000	-250'000	50'000	17%	
Total Verpflichtungskredite (netto)			3'275'109	7'500'000	5'050'000	-2'450'000	-33%	

- 1 Förderprogramm Energie mit Schwerpunkt Gebäudesanierung (VK LRV 2009/200): Ziel BUD-NK-2 Energiestrategie und BUD 11 Senkung der CO2 Emissionen
Anpassung Kürzungsvorgabe -2,5 Mio. dadurch werden auch weniger Mittel vom Bund erwartet.

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2012	Sollstellenplan 2013	Sollstellenplan 2014	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	41.4	39.0	37.8	-1.2	-3.0%

Die Abnahme (-1.2) im Sollstellenbestand ist zurückzuführen auf die Massnahme BUD 39-KI-3 aus dem Entlastungspaket 12/15.

Jahresprogramm

2305.001 Erarbeitung eines Massnahmenplans der Abfall- und Ressourcenwirtschaft 2012-2015 für den Kanton Basel-Landschaft

Direktionsziel "Schutz der natürlichen Umwelt". Die heutigen Abfälle sind die Rohstoffe der Zukunft. Ein Massnahmenplan soll Möglichkeiten auf dem Weg zur Kreislaufwirtschaft aufzeigen.

2305.003 Das gemeinsame Projekt Baselland/Wasserforschungsinstitut des ETH-Bereichs EAWAG "Wasserversorgung BL 21" wird in der Periode 2011-2015 umgesetzt

In den Themenbereichen Wasserversorgung, Spurenstoffe, Trinkwasseraufbereitung, Mikrobiologie, Wasserversorgung und Kommunikation werden in Modellregionen vertiefte Analysen zu prioritären Herausforderungen der Wasserversorgung in Basel-Landschaft erarbeitet. Die methodischen Ansätze sowie die konzeptionellen Erkenntnisse lassen sich auf die restlichen Grundwasservorkommen und Wasserversorgungen im Kanton Basel-Landschaft übertragen.

2305.004 Die vom Regierungsrat 2012 verabschiedete Wasserstrategie wird ab 2013 umgesetzt

Die Wasserstrategie beinhaltet Leitsätze und Indikatoren für eine ganzheitliche Wasserwirtschaft im Kanton Basel-Landschaft. Bei der Planung der kantonalen Vollzugsaufgaben dient die Wasserstrategie als Referenz- und Koordinationsinstrument.

2305.005 Das kantonale Energiegesetz wird teilrevidiert, inklusive Anschlussgesetzgebung zum eidgenössischen Stromversorgungsgesetz

Direktionsziel "Nachhaltiger Umgang mit Energie". Aufgrund der geänderten energiepolitischen Rahmenbedingungen, insbesondere dem beschleunigten Ausstieg aus der Atomenergie und der neuen Stromgesetzgebung, wird das kantonale Energiegesetz überprüft und angepasst.

2305.006 Reduktion von CO-2 Emissionen (BUD 10)

Im Rahmen der Reduktion von CO2 Emissionen wurde das Energieförderprogramm ins Leben gerufen.

2311 Lufthygieneamt beider Basel

Auftrag und Zielsetzungen

Das Lufthygieneamt (LHA) ist die Fachstelle für die Bereiche Luftreinhaltung und Schutz vor nichtionisierender Strahlung. Es ist verantwortlich für den Vollzug der eidgenössischen und kantonalen Luftreinhaltbestimmungen sowie der Verordnung über den Schutz vor nichtionisierender Strahlung (NISV).

Die Luftqualität wird kontinuierlich und flächendeckend überwacht. Bei Grenzwertüberschreitungen werden Massnahmenpläne erarbeitet und umgesetzt. Industrielle und gewerbliche Anlagen werden im Bewilligungsverfahren beurteilt und periodisch kontrolliert. Bei Überschreitung der Emissionsbegrenzungen werden Sanierungen angeordnet und deren Erfüllung begleitet.

Das LHA sorgt dafür, dass die Grenzwerte (insb. bezüglich Mobilfunkstrahlung) eingehalten werden. Es beurteilt im Bewilligungsverfahren neu zu errichtende Anlagen und kontrolliert diese nach der Errichtung.

Parlamentarische Vorstösse in BL und BS verlangen gesetzliche Grundlagen zum Schutz vor Lichtimmissionen. Diese neue Aufgabe wurde im Leistungsauftrag 2012 dem LHA übertragen. Der Leistungsauftrag entspricht weitgehend der Massnahme BUD 16 des Regierungsprogramms 2012-2015.

Insgesamt sind diese Aufgaben dem regierungsrätlichen Schwerpunktfeld Natur- und Klimawandel, insbes. dem Legislaturziel R-NK-2 "Lebenswichtige Ressourcen werden geschont" zuzuordnen; sie werden anhand des Zielindikators NK-4 "Luftqualität" und den Berichtsindikatoren NK-11, NK-12, NK-13 "Emissionszielwerte gemäss Luftreinhalteplan" gemessen.

Erfolgsrechnung (ohne Verpflichtungskredite und Transfers)

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Budget 2014	Abw. Absolut	Abw. %	B
301	Löhne des Verw- und Betriebspersonals	1'794'619	1'826'591	1'825'657	-935	0%	
304	Zulagen	30'154	21'705	21'705	0	0%	
305	Arbeitgeberbeiträge	352'673	340'524	427'158	86'634	25%	1
309	Übriger Personalaufwand	5'969	8'000	8'000	0	0%	
310	Material- und Warenaufwand	59'099	72'000	95'000	23'000	32%	
311	Nicht aktivierbare Anlagen	158'265	165'000	75'000	-90'000	-55%	2
312	Ver- und Entsorgung Liegenschaften VV	8'273	7'500	7'500	0	0%	
313	Dienstleistungen und Honorare	129'500	168'500	242'000	73'500	44%	3
315	Unterhalt Mobilien/immaterielle Anlagen	109'255	120'000	116'000	-4'000	-3%	
317	Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen	23'327	25'000	25'000	0	0%	
318	Wertberichtigungen auf Forderungen	-1'060					
319	Verschiedener Betriebsaufwand		1'200	4'200	3'000	250%	
421	Gebühren für Amtshandlungen	-224'034	-425'000	-390'000	35'000	8%	
	Total Aufwand	2'670'075	2'756'020	2'847'219	91'199	3%	
	Total Ertrag	-224'034	-425'000	-390'000	35'000	8%	
	Ergebnis Erfolgsrechnung (ohne VK und Transfers)	2'446'041	2'331'020	2'457'219	126'199	5%	

- 1 Die höheren Arbeitgeberbeiträge sind auf die Reform der Basellandschaftlichen Pensionskasse (BLPK) und Frühpensionierungen zurückzuführen.
- 2 Anschaffungen von Geräten und Maschinen für Messtechnik sind in geringerem Ausmass vorgesehen.
- 3 Neue Bundesaufgabe (Umsetzung Art.9 VOC-Verordnung) wird durch externen Auftrag (ev. befristete Stelle) erfüllt. Saldoneutral, da Bundesrückerstattung (s.u. Transferertrag, neues Konto) sichergestellt.

Transferaufwand und -ertrag

Transfer	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Budget 2014	Abw. Absolut	Abw. %	B
Beiträge SO an Leistungen LHA	461	Entschädigungen von Gemeinwesen & Dritte	-25'759	-25'000	-25'000	0	0%	
Luftmessungen/Vollzug Lenkungsabgabe VOC	463	Beiträge von Gemeinwesen und Dritten	-469'800	-520'000	-457'500	62'500	12%	1

Transfer	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Budget 2014	Abw. Absolut	Abw. %	B
Betriebskostenanteil BS Lufthygieneamt	461	Entschädigungen von Gemeinwesen & Dritte	-1'216'869	-1'215'010	-1'174'776	40'234	3%	
IG VOCV Artikel 9	463	Beiträge von Gemeinwesen und Dritten			-150'000	-150'000	X 1	
Total Transferaufwand								
Total Transferertrag			-1'712'428	-1'760'010	-1'807'276	-47'266	-3%	
Transfers (Netto)			-1'712'428	-1'760'010	-1'807'276	-47'266	-3%	

1 Neuer Bundesbeitrag für die Umsetzung Art. 9 VOC-Verordnung.

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2012	Sollstellenplan 2013	Sollstellenplan 2014	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	15.4	15.7	15.7	0.0	0.0%

Jahresprogramm

2311.004 Einführung der periodischen Kontrolle von Holzfeuerungen bis 70kW

Aufbau der Holzfeuerungskontrolle in Zusammenarbeit mit Kaminfeuern. Dies erfolgt im Einklang mit der Neugestaltung des Gesetzes über die Brand- und Elementarschadenprävention unter der Federführung der Basellandschaftlichen Gebäudeversicherung (BGV).

2311.011 Standortoptimierung für Immissionsmessung von PM10 aus Holzfeuerungen

Überwachung der PM10 Immissionen, verursacht durch Holzfeuerungen, soll optimiert werden, um den Einfluss von Holzfeuerungen auf die PM10 - Belastung und deren Entwicklung zu beurteilen.

2311.012 Umsetzung der revidierten Verordnung zum Luftreinhalteplans 2010

Der Stand der Technik zur VOC-Reduktion bei Industrie- und Gewerbebetrieben wird abgeklärt und sukzessive eingeführt.

2311.013 Umsetzung Art. 9 VOC-Verordnung "Befreiung von der Lenkungsabgabe"

Begleitung und Umsetzung der beschlossenen betriebsbezogenen Sanierungspläne als Voraussetzung für die Befreiung von der Lenkungsabgabe auf VOC.

2311.014 Einführung und Umsetzung der Gebühr für die Oel-, Gasfeuerungskontrolle der Gemeinden

Vom Regierungsrat beschlossene EP12/15 Massnahme.

2311.015 Einführung und Umsetzung von gesetzlichen Grundlagen zum Schutz vor übermässigen Lichtimmissionen

Die Bundesvollzugshilfen werden den kantonalen Erfordernissen gemäss angepasst und umgesetzt.

2311.016 Entscheid über Einführung der periodischen Kontrolle von atmosphärischen Gasfeuerungen

Aufgrund Stabilität und Emissionsverhalten von Gasfeuerungen wird nach der flächendeckenden Sanierung über die Einführung der periodischen Kontrolle zu entscheiden sein.

2312 Sicherheitsinspektorat

Auftrag und Zielsetzungen

Im Vollzug der Störfallverordnung (StFV), der Einschliessungsverordnung (ESV), der Freisetzungsverordnung (FrSV) und der Gefahrgutbeauftragtenverordnung (GGBV) ist das Sicherheitsinspektorat für Bevölkerung, Industrie- und Gewerbebetriebe, Wirtschaftsverbände, Verwaltungsstellen und Ereignisdienste von Gemeinden, Kantonen und dem Bund kompetente Ansprechstelle.

Das Sicherheitsinspektorat führt eine umfassende Übersicht über die Gefahren und Risiken, die von chemischen, biologischen und radioaktiven Stoffen ausgehen. Es überwacht die Umsetzung der Eigenverantwortung der Betriebe bezüglich ihrer technischen Risiken und die Einhaltung des Standes der Sicherheitstechnik.

Die Tätigkeit des Sicherheitsinspektorats orientiert sich am Leitsatz: Keine Lebensgefährdung und kein bleibender Schaden für Mensch und Umwelt.

Es setzt sich kompetent dafür ein, dass Risiken verantwortungsbewusst erkannt, beurteilt und optimiert werden. Dabei berücksichtigt es die ökologischen und die ökonomischen Folgen. Es fördert die Sicherheitskultur und den Risikodialog in unserem Kanton.

Erfolgsrechnung (ohne Verpflichtungskredite und Transfers)

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Budget 2014	Abw. Absolut	Abw. %	B
300	Behörden, Kommissionen und Richter	6'420	6'000	6'452	452	8%	
301	Löhne des Verw- und Betriebspersonals	671'832	689'667	611'899	-77'768	-11%	1
304	Zulagen	19'312	13'447	14'699	1'252	9%	
305	Arbeitgeberbeiträge	122'869	125'918	118'467	-7'451	-6%	
309	Übriger Personalaufwand	3'153	4'000	11'000	7'000	175%	
310	Material- und Warenaufwand	11'861	19'000	17'000	-2'000	-11%	
311	Nicht aktivierbare Anlagen	2'337					
313	Dienstleistungen und Honorare	8'652	30'900	30'200	-700	-2%	
316	Mieten, Leasing, Pachten, Benützungsgelb	2'995	4'000		-4'000	-100%	
317	Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen	8'325	8'300	8'700	400	5%	
318	Wertberichtigungen auf Forderungen	95		100	100	X	
421	Gebühren für Amtshandlungen	-24'739	-50'000	-35'000	15'000	30%	
	Total Aufwand	857'852	901'232	818'516	-82'716	-9%	
	Total Ertrag	-24'739	-50'000	-35'000	15'000	30%	
	Ergebnis Erfolgsrechnung (ohne VK und Transfers)	833'113	851'232	783'516	-67'716	-8%	

1 Massnahme aus dem EP12/15 BUD-KI-20 und Ablauf einer temporären Anstellung (40 %) auf 31.12.2013.

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2012	Sollstellenplan 2013	Sollstellenplan 2014	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	4.5	5.0	4.5	-0.5	-10.0%

Die Abnahme im Sollstellenbestand basiert auf den Verschiebungen ins Profitcenter Amt für Raumplanung (-0.4) und ins Profitcenter ARP Natur und Landschaft (-0.1) im Rahmen des Projekts NOP.

Jahresprogramm

2312.001 Umfassender Risikokataster

Natur und Klimawandel: Das Schadenpotenzial durch Naturgefahren und Emissionen wird durch eine effiziente Prävention minimiert. Objektschutzmassnahmen als Ergänzung zur Bekämpfung der Gefahrenquellen.

Abschluss der seit 2010 laufenden Arbeiten zur Zusammenführung und zeitgemässen Kommunikation der ABC

Risiken im Kanton. Zusätzlich werden die Risiken auf bestehenden Geoinformationssystemen dargestellt. Das ermöglicht ein frühzeitiges Erkennen von Konflikten zwischen Raumplanung und Störfallrisiken und vereinfacht den Planungsprozess. Somit können in einem Frühstadium der Planung Objektschutzmassnahmen mit einbezogen werden. Das Risikokataster kann durch die Bevölkerung eingesehen werden.

2312.002 Bekämpfung invasive Neobioten

Natur und Klimawandel: Nachhaltiger Erhalt der Erholungs- und Rückzugsräume. Biodiversität
Der gemäss RRB Nr. 1130 vom 19. August 2008 "Neobiota-Handeln jetzt" erarbeitete Entwurf der Strategie zum Vorgehen gegen ungehinderte Ausbreitung invasiver Neobiota geht in die Vernehmlassung. Mit der konsequenten Umsetzung der Strategie zur Bekämpfung der invasiven Neobioten, koordiniert durch das Sicherheitsinspektorat, wird ein grundlegender Beitrag zum Erhalt der Artenvielfalt geleistet.

Bereich Raumentwicklung und Baubewilligung

Der Bereich Raumentwicklung und Baubewilligung umfasst das Amt für Raumplanung und das Bauinspektorat. Mit den Tätigkeitsbereichen Baubewilligungsverfahren, Raumplanung und Denkmalpflege sowie Natur und Landschaft garantiert der Bereich die Umsetzung der regierungsrätlichen Strategie in beiden Amtsstellen und koordiniert deren Arbeiten.

Ein wichtiges Ziel ist die Sicherung und Förderung der Standortqualität des Kantons. Gezielte raumplanerische Massnahmen im Verbund mit dem Ausbau eines kundenfreundlichen und speditiven Baubewilligungsverfahrens sollen dazu beitragen, dass die Attraktivität des Kantons sowohl für die Wirtschaft als auch für die Bevölkerung erhalten und sogar gesteigert werden kann. Mit einer gezielten Arealentwicklungsstrategie und der Vereinfachung der administrativen Abläufe wird die Wirtschaftsoffensive massgeblich unterstützt. Einer leistungsfähigen Infrastruktur attraktiven Erholungsräume wird im Interesse der Wirtschaft und einer hohen Lebensqualität der Bevölkerung grosse Bedeutung beigemessen. Die Siedlungsentwicklung und der Ausbau der Verkehrsinfrastruktur werden bei Bedarf mit den Nachbarkantonen und den Nachbarstaaten geplant und abgestimmt.

Im Bereich Raumentwicklung und Baubewilligung sollen im Jahr 2014 prioritär folgende Ziele erreicht werden:

1. Konsequente Umsetzung des kantonalen Richtplanes und Anpassung desselben an die geänderten Rahmenbedingungen nach der Annahme der Revision des eidgenössischen Raumplanungsgesetzes. (RP2012-2015: R-IW-1, BUD-IW-1, BUD-IW-2/BUD1)
2. Fortführung der zielgerichteten Arealentwicklungsstrategie als Teil der Wirtschaftsoffensive mit Hilfe weitergehender Analyse und Erfassung der raumplanerisch relevanten Zahlen, Daten und Fakten. (RP2012-2015: R-IW-1, BUD-IW-2, VGD-IW-3)
3. Integration des Baubewilligungsverfahrens innerhalb der verwaltungsübergreifenden Projektorganisation zur Sicherung der guten Entwicklungsbedingungen im Kanton (RP2012-2015: R-IW-2, VGD-IW-4, BUD-IW-3)
4. Einführung aktueller Bearbeitungstechnologien und Anpassung der Prozesse im Baubewilligungsverfahren unter Berücksichtigung der Vorgaben der "E-Government-Strategie Schweiz" des Bundes. (RP2012-2015: R-SH-3, BUD30)

Erfolgsrechnung

	Rechnung 2012	Budget 2013	Budget 2014	Abw. Absolut	Abw. %
30 Personalaufwand	8'555'114	8'900'394	9'193'072	292'678	3%
31 Sach- und übriger Betriebsaufwand	2'649'449	2'770'255	2'551'430	-218'825	-8%
34 Finanzaufwand	848	1'700	1'200	-500	-29%
36 Transferaufwand	8'921'074	8'438'400	12'250'527	3'812'127	45%
37 Durchlaufende Beiträge	114'808	181'708	120'000	-61'708	-34%
42 Entgelte	-4'465'601	-5'512'200	-5'337'500	174'700	3%
44 Finanzertrag	-1'597	-660	-1'160	-500	-76%
46 Transferertrag	-5'071'562	-4'896'350	-8'864'055	-3'967'705	-81%
47 Durchlaufende Beiträge	-114'808	-181'708	-120'000	61'708	34%
Total Aufwand	20'241'292	20'292'457	24'116'229	3'823'772	19%
Total Ertrag	-9'653'568	-10'590'918	-14'322'715	-3'731'797	-35%
Gesamtergebnis Erfolgsrechnung	10'587'724	9'701'539	9'793'514	91'975	1%

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2012	Sollstellenplan 2013	Sollstellenplan 2014	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	58.0	58.0	57.5	-0.5	-0.9%

2307 Amt für Raumplanung

Auftrag und Zielsetzungen

Grosse Lebensqualität, attraktive Landschaften, hervorragende Standortgunst sind zentrale Anliegen. Raumplanung ist bewahrende und gestaltende Auseinandersetzung mit dem politischen, wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Geschehen im Raum.

Mit der Raumplanung wird dem Finanz- und Sachbezug des staatlichen Handelns auch der Raumbezug beigefügt. Das ARP erstellt in Zusammenarbeit mit anderen Fachstellen Entscheidungsgrundlagen für die Regierung zur Bewältigung der Herausforderungen der Zukunft. Die Richtplanung ist das Instrument für die Koordination aller raumwirksamen und abzustimmenden Tätigkeiten quer über die fachlichen und politischen Grenzen hinweg.

Der Richtplan ist eines der Führungsinstrumente des Regierungsrates. Das zielorientierte Prüfen der räumlichen Planung der Gemeinden vor dem Hintergrund einer gemeinsamen Raumentwicklung ist eine Hoheitsaufgabe. Dazu gehören Erstellen der Genehmigungsanträge an die Regierung und Beraten der Gemeinden bei ihren räumlichen Aufgaben. Damit erbringt das Amt wichtige Leistungen zur Verbesserung der Standortgunst des Kantons und der Region – insbesondere durch laufende Erhöhung der Qualität des Siedlungs- und des Landschaftsraumes und der Erschliessung für eine lebenswerte Region.

Erfolgsrechnung (ohne Verpflichtungskredite und Transfers)

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Budget 2014	Abw. Absolut	Abw. %	B
300	Behörden, Kommissionen und Richter	15'655	12'000	11'064	-936	-8%	
301	Löhne des Verw- und Betriebspersonals	2'862'498	2'950'526	2'979'369	28'843	1%	
304	Zulagen	37'678	26'411	22'930	-3'481	-13%	
305	Arbeitgeberbeiträge	509'417	544'922	710'996	166'073	30%	1
309	Übriger Personalaufwand	20'853	16'600	16'600	0	0%	
310	Material- und Warenaufwand	191'055	123'530	146'930	23'400	19%	
311	Nicht aktivierbare Anlagen	21'127	29'000	29'600	600	2%	
313	Dienstleistungen und Honorare	721'279	782'000	602'500	-179'500	-23%	2
314	Baulicher und betrieblicher Unterhalt	70'605	60'000	60'000	0	0%	
317	Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen	55'751	36'900	81'200	44'300	120%	
318	Wertberichtigungen auf Forderungen	90					
319	Verschiedener Betriebsaufwand	299	600	600	0	0%	
340	Zinsaufwand		1'000	500	-500	-50%	
341	Realisierte Kursverluste	314					
370	Durchlaufende Beiträge	47'308					
424	Benützungsgebühren und Dienstleistungen	-6'161	-10'000	-10'000	0	0%	
425	Erlös aus Verkäufen	-120					
426	Rückerstattungen	-783					
440	Zinsertrag	-1'541	-500	-1'000	-500	-100%	
470	Durchlaufende Beiträge	-47'308					
	Total Aufwand	4'553'928	4'583'489	4'662'288	78'798	2%	
	Total Ertrag	-55'913	-10'500	-11'000	-500	-5%	
	Ergebnis Erfolgsrechnung (ohne VK und Transfers)	4'498'015	4'572'989	4'651'288	78'298	2%	

BUD

- Die höheren Arbeitgeberbeiträge sind auf die Reform der Basellandschaftlichen Pensionskasse (BLPK) und Frühpensionierungen zurückzuführen.
- Budgetkürzungsvorgaben im Rahmen des Entlastungspakets wurden umgesetzt. Dabei werden 2014 nur die absolut zwingenden Aufgaben ausgeführt; die Anpassungen am Raumkonzept auf der Basis des revidierten Raumplanungsgesetzes werden voraussichtlich 2013 abgeschlossen werden können.

Transferaufwand und -ertrag

Transfer	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Budget 2014	Abw. Absolut	Abw. %	B
Lärmessungen	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	133'318	50'000	50'000	0	0%	
	463	Beiträge von Gemeinwesen und Dritten	-240'272	-150'000	-70'000	80'000	53%	1
Beitrag Kt. BS an Regionalplanungsstelle	461	Entschädigungen von Gemeinwesen & Dritte	-17'244	-22'500	-22'500	0	0%	
Rückerstattungen Kantone Aggloprogramm	463	Beiträge von Gemeinwesen und Dritten	-275'099	-273'850	-316'555	-42'705	-16%	
Total Transferaufwand			133'318	50'000	50'000	0	0%	
Total Transferertrag			-532'614	-446'350	-409'055	37'295	8%	
Transfers (Netto)			-399'296	-396'350	-359'055	37'295	9%	

- 1 Die Bahnlärmsanierung kann im Kanton BL fristgerecht bis zum Jahre 2015 erledigt werden. Die Bundesbeiträge (Kt. 463) sinken mit den auslaufenden Lärmsanierungsprojekten. Die Beiträge an Dritte bleiben bis zum vollständigen Abschluss der Einbauten von Schallschutzfenstern auf dem Niveau des Vorjahres.

Verpflichtungskredite

Verpflichtungskredit	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Budget 2014	Abw. Absolut	Abw. %	B
VK Salina Raurica	31	Sach- und übriger Betriebsaufwand	79'792	50'700	160'200	109'500	216%	1
VK Neusignalisation Wanderwegnetz	31	Sach- und übriger Betriebsaufwand	31'177	30'000	30'000	0	0%	
Total Verpflichtungskredite Aufwand			110'970	80'700	190'200	109'500	136%	
Total Verpflichtungskredite Ertrag								
Total Verpflichtungskredite (netto)			110'970	80'700	190'200	109'500	136%	

- 1 Für die Testplanung Längi-Park werden wie geplant Mittel aus dem Verpflichtungskredit budgetiert.

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2012	Sollstellenplan 2013	Sollstellenplan 2014	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	21.9	22.1	21.5	-0.6	-2.7%

Der veränderte Sollstellenbestand resultiert aus dem Transfer von - 1.0 Sollstellenprozenten in die Finanz- und Kirchendirektion/Personalamt (DLZ) Transfer und einer Verschiebung von +0.4 Sollstellenprozenten innerhalb der Direktion vom Profitcenter Sicherheitsinspektorat im Rahmen des Projekts NOP.

Jahresprogramm

2307.011 Kantonaler Richtplan

Umsetzung des Kantonalen Richtplans und Aufbau der Raumbewertung BL (Vollzugs- und Wirkungscontrolling des Kantonalen Richtplanes). Nebst der Umsetzung als Daueraufgabe muss der kantonale Richtplan als Folge der vom Volk angenommenen RPG-Revision erheblich angepasst werden. Dabei ist zu prüfen, ob allenfalls eine Teilrevision des kantonalen Raumplanungs- und Baugesetzes notwendig wird. Zudem werden die Vorbereitungsarbeiten zur Ausscheidung des Gewässerraums gemäss Gewässerschutzgesetzgebung und teilrevidiertes Raumplanungs- und Baugesetz an die Hand genommen.

2307.012 Raum- / Umweltbeobachtung

Die Umweltbeobachtung beschränkt sich auf die Entwicklung der Lärmbelastung. Ergebnis der Raumbewertung sind periodisch erstellte Berichte (Entwicklung Lärmbelastung).

2307.013 Agglomerationsprogramm

Zur Umsetzung des Agglomerationsprogramms hat der Landrat im Jahr 2010 der Schaffung einer Trägerschaft und der Einrichtung einer Geschäftsstelle im Amt zugestimmt. Die Details dazu sind in der Landratsvorlage 2010/138 beschrieben.

2307.014 Salina Raurica

Nach Genehmigung des Richtplanes durch den Bundesrat im September 2010 läuft die Projektierung der Infrastrukturmassnahmen und der Nutzungsplanungen in den Gemeinden auf Hochtouren. Die revidierten Zonenpläne von Augst und Pratteln werden Ende 2014 auf der Basis des Richtplanes genehmigungsreif. Die Verlegung der Kantonsstrasse und die Definition der künftigen Tramstrasse durch das Gebiet wird im Laufe des Jahres 2013 die Stufe 'Bauprojekt' erreichen.

2307.015 Emissionskataster 2010

Ziel 2012 erreicht.

2307.016 Lärmsanierung Gemeindestrassen

Ca. 50 Gemeindestrassen sind sanierungspflichtig. Gemeinden erarbeiten Lärmsanierungsprojekte. Sicherstellung der Umsetzung der eidgenössischen und kantonalen Sanierungsvorgaben bis 2018. Genehmigung durch kantonale Vollzugsbehörden.

2307.017 Lärmsanierung Kantonsstrassen

Auf Grundlage des Lärm-Immissionskatasters des ARP werden zusammen mit dem TBA etwa acht Lärmsanierungsprojekte erarbeitet. Dazu werden Messungen des Strassenbelages und Kalibrationsmessungen zur Überprüfung des Rechenmodells vorgenommen. Sicherstellung der Umsetzung der eidgenössischen und kantonalen Sanierungsgrundsätze und -vorgaben bis 2018. Genehmigung und Erwirken der Verfügungen durch ARP als kantonale Vollzugsbehörde.

2308 Kantonale Denkmalpflege

Auftrag und Zielsetzungen

Ortsbilder, Bauern- und Bürgerhäuser, Kirchen und Pfarrhäuser sowie weitere historisch und architektonisch bedeutende Objekte aller Epochen tragen wesentlich zur Lebensqualität bei. Sie wirken identitätsstiftend und vermitteln Heimat. Die Kantonale Denkmalpflege setzt sich zusammen mit den Gemeinden für den Schutz von historischen Zeugen als Bestandteil des kulturellen Erbes ein und fördert fachgerechte Pflege sowie Erforschung. Sie begleitet Bau-, Sanierungs-, Renovations- und Planungsvorhaben, kann dafür Kantonsbeiträge beantragen und erarbeitet die Grundlagen dazu, wie Inventare, Dokumentationen und Wegleitungen.

Die Ortsbildpflege fördert Schutz und Pflege der historischen Siedlungskerne von nationaler und regionaler Bedeutung und trägt damit zur qualitativen Entwicklung des örtlichen Erscheinungsbildes bei.

Erfolgsrechnung (ohne Verpflichtungskredite und Transfers)

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Budget 2014	Abw. Absolut	Abw. %	B
300	Behörden, Kommissionen und Richter	14'648	15'000	14'648	-352	-2%	
301	Löhne des Verw- und Betriebspersonals	479'133	517'774	507'256	-10'518	-2%	
304	Zulagen	9'164	6'524	10'478	3'954	61%	
305	Arbeitgeberbeiträge	90'545	99'313	98'333	-980	-1%	
309	Übriger Personalaufwand	335	500	800	300	60%	
310	Material- und Warenaufwand	148'790	146'900	107'100	-39'800	-27%	
311	Nicht aktivierbare Anlagen	1'663		500	500	X	
313	Dienstleistungen und Honorare	26'595	70'000	12'000	-58'000	-83%	1
317	Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen	9'731	10'000	13'000	3'000	30%	
319	Verschiedener Betriebsaufwand	82		100	100	X	
370	Durchlaufende Beiträge	63'000	100'000	100'000	0	0%	
425	Erlös aus Verkäufen	-420		-500	-500	X	
470	Durchlaufende Beiträge	-63'000	-100'000	-100'000	0	0%	
	Total Aufwand	843'685	966'011	864'216	-101'795	-11%	
	Total Ertrag	-63'420	-100'000	-100'500	-500	-1%	
	Ergebnis Erfolgsrechnung (ohne VK und Transfers)	780'265	866'011	763'716	-102'295	-12%	

1 Dienstleistungen und Honorare (CHF 60'000.-) werden im entsprechenden Verpflichtungskredit "VK Subventionen Kulturdenkmäler 2014-2016" ausgewiesen.

Transferaufwand und -ertrag

Transfer	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Budget 2014	Abw. Absolut	Abw. %	B
Subventionen Kulturdenkmäler	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	827'613	300'000		-300'000	-100%	
VK Subvention Kulturdenkmäler 2014-2015	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte			300'000	300'000	X	
Total Transferaufwand			827'613	300'000	300'000	0	0%	
Total Transferertrag								
Transfers (Netto)			827'613	300'000	300'000	0	0%	

Verpflichtungskredite

Verpflichtungskredit	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Budget 2014	Abw. Absolut	Abw. %	B
VK Subvention Kulturdenkmäler 2008-2013	31	Sach- und übriger Betriebsaufwand	31'945					

Verpflichtungskredit	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Budget 2014	Abw. Absolut	Abw. %	B
	36	Transferaufwand	827'613	300'000		-300'000	-100%	
		Total	859'558	300'000		-300'000	-100%	
VK Subvention Kulturdenkmäler 2014-2015	31	Sach- und übriger Betriebsaufwand			60'000	60'000		X
	36	Transferaufwand			300'000	300'000		X
		Total			360'000	360'000		X
Total Verpflichtungskredite Aufwand			859'558	300'000	360'000	60'000	20%	
Total Verpflichtungskredite Ertrag								
Total Verpflichtungskredite (netto)			859'558	300'000	360'000	60'000	20%	

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2012	Sollstellenplan 2013	Sollstellenplan 2014	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	3.6	3.6	3.6	0.0	0.0%

Jahresprogramm

2308.001 Unterschutzstellung von historischen Zeugen

Begleitung von Bau- und Renovationsvorhaben bei geschützten Kulturdenkmälern.

2308.002 Publikation Kunstdenkmäler der Schweiz

Fertigstellung von Band IV, Bezirk Waldenburg und Erarbeitung einer Landratsvorlage zur Sicherung und Dokumentation der historisch relevanten Kirchengestaltungen.

2309 Natur und Landschaft

Auftrag und Zielsetzungen

Massnahmen zur Erhaltung und Förderung eines dauerhaft stabilen Naturhaushaltes, der einheimischen biologischen Vielfalt, erdgeschichtlicher Naturobjekte sowie eines intakten, vielfältigen und charakteristischen Landschaftsbildes.

Erfolgsrechnung (ohne Verpflichtungskredite und Transfers)

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Budget 2014	Abw. Absolut	Abw. %	B
300	Behörden, Kommissionen und Richter	18'699	22'000	19'206	-2'794	-13%	
301	Löhne des Verw- und Betriebspersonals	376'866	448'910	417'054	-31'856	-7%	
304	Zulagen	7'435	7'435	7'435	0	0%	
305	Arbeitgeberbeiträge	72'094	89'041	80'789	-8'251	-9%	
309	Übriger Personalaufwand		500		-500	-100%	
310	Material- und Warenaufwand	793	1'400		-1'400	-100%	
311	Nicht aktivierbare Anlagen		500		-500	-100%	
313	Dienstleistungen und Honorare	114'089	230'000	170'000	-60'000	-26%	1
314	Baulicher und betrieblicher Unterhalt	718'000	580'000	580'000	0	0%	
317	Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen	9'399	5'500	12'500	7'000	127%	
370	Durchlaufende Beiträge	4'500	70'000	20'000	-50'000	-71%	2
425	Erlös aus Verkäufen	-469					
470	Durchlaufende Beiträge	-4'500	-70'000	-20'000	50'000	71%	2
	Total Aufwand	1'321'874	1'455'286	1'306'984	-148'301	-10%	
	Total Ertrag	-4'969	-70'000	-20'000	50'000	71%	
	Ergebnis Erfolgsrechnung (ohne VK und Transfers)	1'316'905	1'385'286	1'286'984	-98'301	-7%	

- 1 Die einmalige Wirkungskontrolle im Bereich Naturschutz im Wald ist abgeschlossen. Dadurch fällt der Aufwand um CHF 60'000 für die nächsten Jahre geringer aus.
- 2 Die durchlaufenden Beiträge des Bundes im Bereich Artenschutz reduzieren sich voraussichtlich um CHF 50'000 auf der Aufwand- und Ertragsseite. (Budgetneutral)

Transferaufwand und -ertrag

Transfer	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Budget 2014	Abw. Absolut	Abw. %	B
Ökologischer Ausgleich	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	4'738'950	4'524'000	8'295'000	3'771'000	83%	1
	463	Beiträge von Gemeinwesen und Dritten	-3'766'005	-3'670'000	-7'675'000	-4'005'000	-109%	1
Naturschutz im Wald	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	1'865'122	1'680'000	1'950'000	270'000	16%	2
	463	Beiträge von Gemeinwesen und Dritten	-260'792	-330'000	-280'000	50'000	15%	2
Beiträge an diverse Naturschutzprojekte	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	39'725	100'000	100'000	0	0%	
Bundesbeitrag Schutz/Unterhalt Biotope	463	Beiträge von Gemeinwesen und Dritten	-504'212	-450'000	-500'000	-50'000	-11%	3
Total Transferaufwand			6'643'796	6'304'000	10'345'000	4'041'000	64%	
Total Transferertrag			-4'531'009	-4'450'000	-8'455'000	-4'005'000	-90%	
Transfers (Netto)			2'112'788	1'854'000	1'890'000	36'000	2%	

- 1 Die neuen Beitragskategorien aufgrund der neuen Agrarpolitik des Bundes (AP 2014–2017) führen zu höheren Ausgaben jedoch auch zu viel höheren Einnahmen. Die Belastung des Kantons fällt geringer aus.
- 2 Es wird davon ausgegangen, dass der Aufwand in Pflege und Unterhalt im Bereich Naturschutz im Wald zunimmt. Insbesondere in der Aufwertung der Waldränder.

- 3 Die Bundesbeiträge steigen im Bereich Schutz und Unterhalt Biotope. Eine genaue Budgetierung ist gegenwärtig schwierig, weil die exakten Bundesvorgaben noch fehlen; deshalb wird anhand der Vorjahreszahlen geschätzt.

Verpflichtungskredite

Verpflichtungskredit	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Budget 2014	Abw. Absolut	Abw. %	B
VK Ökologischer Ausgleich 2009-2013	30	Personalaufwand	303'748	274'402	312'764	38'362	14%	
	31	Sach- und übriger Betriebsaufwand	141'389	254'500		-254'500	-100%	1
	36	Transferaufwand	4'738'950	4'524'000		-4'524'000	-100%	1
	46	Transferertrag	-3'766'005	-3'670'000		3'670'000	100%	1
		Total	1'418'082	1'382'902	312'764	-1'070'138	-77%	
VK Naturschutz im Wald 2009-2013	31	Sach- und übriger Betriebsaufwand	107'559	110'000		-110'000	-100%	2
	36	Transferaufwand	1'865'122	1'680'000		-1'680'000	-100%	2
	46	Transferertrag	-260'792	-330'000		330'000	100%	2
		Total	1'711'888	1'460'000		-1'460'000	-100%	
VK Verleg. Amph Zurlindengrube Pratteln	31	Sach- und übriger Betriebsaufwand		100'000		-100'000	-100%	3
VK Naturschutz im Wald 2014-2015	31	Sach- und übriger Betriebsaufwand			50'000	50'000		X 2
	36	Transferaufwand			1'950'000	1'950'000		X 2
	46	Transferertrag			-280'000	-280'000		X 2
		Total			1'720'000	1'720'000		X
VK Ökologischer Ausgleich 2014-2017	31	Sach- und übriger Betriebsaufwand			254'500	254'500		X 1
	36	Transferaufwand			8'295'000	8'295'000		X 1
	46	Transferertrag			-7'675'000	-7'675'000		X 1
		Total			874'500	874'500		X
Total Verpflichtungskredite Aufwand			7'156'767	6'942'902	10'862'264	3'919'362	56%	
Total Verpflichtungskredite Ertrag			-4'026'797	-4'000'000	-7'955'000	-3'955'000	-99%	
Total Verpflichtungskredite (netto)			3'129'970	2'942'902	2'907'264	-35'638	-1%	

- 1 Der auslaufende Verpflichtungskredit ökologischer Ausgleich im Landwirtschaftsgebiet läuft per Ende 2013 aus. Eine neue Verpflichtungskreditvorlage ist in Arbeit.
- 2 Der auslaufende Verpflichtungskredit Naturschutz im Wald läuft per Ende 2013 aus. Eine neue Verpflichtungskreditvorlage ist in Arbeit.
- 3 Die massgeblichen Arbeiten können abgeschlossen werden. Für 2014 fallen deshalb voraussichtlich keine Aufwendungen mehr an.

Investitionen

Investitionsvorhaben	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Budget 2014	Abw. Absolut	Abw. %	B
Ankauf von Grundstücken 999	50	Sachanlagen	5'200					
Total Investitionsausgaben			5'200					
Total Investitionseinnahmen								
Total Nettoinvestitionen			5'200					

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2012	Sollstellenplan 2013	Sollstellenplan 2014	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	5.3	5.3	5.4	0.1	1.9%

Der veränderte Sollstellenbestand (+0.1) resultiert aus einer Verschiebung von Sollstellenprozenten innerhalb der Direktion vom Profitcenter Sicherheitsinspektorat im Rahmen des Projekts NOP.

Jahresprogramm

2309.004 ökologischer Ausgleich in der Landwirtschaft

Mit dem Programm "ökologischer Ausgleich im Landwirtschaftsgebiet" wird für einen beachtlichen Teil der Naturwerte im "offen" Land des Kantons BL Schutz und Pflege sichergestellt.

2309.005 Naturschutz im Wald

Mit dem Programm "Naturschutz im Wald" wird für einen beachtlichen Teil der Naturwerte im Wald des Kantons BL Schutz und Pflege sichergestellt.

2309.006 Biodiversität

Mit den Aktionsplänen/Massnahmeplänen werden aufgrund des erstellten Artenschutzkonzepts seltene Pflanzen- und Tierarten gezielt gefördert.

2310 Bauinspektorat

Auftrag und Zielsetzungen

Kernbereiche des Auftrages des Bauinspektorats sind:

- Bearbeitung und Bewilligung der Gesuche für Bauten, bauliche Anlagen und Zweckänderungen über und unter der Erde unter Berücksichtigung der einschlägigen Rechtsgrundlagen von Bund, Kanton und Gemeinden;
- Behandlung von Einsprachen im Rahmen des Baubewilligungsverfahrens;
- Erlass von Verfügungen betreffend Entfernung oder Änderung vorschriftswidriger Gebäude, Gebäudeteile, Anlagen und Zweckänderungen sowie Schliessung von Betrieben;
- Kontrolle der Einhaltung von Sicherheitsvorschriften und Unfallverhütungsmassnahmen im Bauwesen;
- Fachprüfung im eigenen Kompetenzbereich im Falle von: Stockwerkeigentumsbegründungen, Behandlung bau- und zonenrechtlicher Probleme, Grundstückmutationen im Rahmen der entsprechenden Prüfungsverfahren, Behandlung von Anfragen und Aufträgen ausserhalb des Baubewilligungsverfahrens.

Das Bauinspektorat unterstützt den Kanton Basel-Landschaft in seinen Bemühungen im Standortwettbewerb, mit Hilfe eines modernen und kundenfreundlichen Baubewilligungsverfahrens (IW-9, R-IW1, BUD-IW-4).

Es gewährleistet eine hohe Rechts- und Planungssicherheit durch ein kundenfreundliches und schnelles Baubewilligungsverfahren (BUD-IW-4). Durch die Einführung und Weiterentwicklung von E-Government-Lösungen wird ferner eine Vereinfachung des Baubewilligungsverfahrens erreicht (VGD-IW-2). Die Berücksichtigung der Bedürfnisse der Kundinnen und Kunden nach Effizienz und Effektivität des staatlichen Handelns, soll durch eine optimale Koordination des Baubewilligungsverfahrens und Sicherstellung eines effektiven Baupolizeiwesens, im Sinne der regierungsrätlichen Strategie erreicht werden (R-SH-3).

Erfolgsrechnung (ohne Verpflichtungskredite und Transfers)

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Budget 2014	Abw. Absolut	Abw. %	B
301	Löhne des Verw- und Betriebspersonals	3'115'573	3'193'465	3'156'141	-37'324	-1%	
304	Zulagen	57'040	41'513	34'397	-7'116	-17%	
305	Arbeitgeberbeiträge	557'258	621'058	782'012	160'954	26%	1
309	Übriger Personalaufwand	6'477	12'500	10'800	-1'700	-14%	
310	Material- und Warenaufwand	27'854	32'000	35'000	3'000	9%	
311	Nicht aktivierbare Anlagen	556	5'000	5'000	0	0%	
313	Dienstleistungen und Honorare	59'395	52'725	90'700	37'975	72%	
317	Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen	41'215	44'000	19'000	-25'000	-57%	
318	Wertberichtigungen auf Forderungen	38'202	15'000	30'000	15'000	100%	
319	Verschiedener Betriebsaufwand	1'016		1'000	1'000	X	
342	Kapitalbeschaffungs-/Verwaltungskosten	534	700	700	0	0%	
370	Durchlaufende Beiträge		11'708		-11'708	-100%	
421	Gebühren für Amtshandlungen	-4'457'648	-5'484'500	-5'326'800	157'700	3%	
424	Benützungsgebühren und Dienstleistungen		-200	-200	0	0%	
426	Rückerstattungen		-17'500		17'500	100%	
440	Zinsertrag	-56	-160	-160	0	0%	
470	Durchlaufende Beiträge		-11'708		11'708	100%	
	Total Aufwand	3'905'120	4'029'669	4'164'750	135'081	3%	
	Total Ertrag	-4'457'704	-5'514'068	-5'327'160	186'908	3%	
	Ergebnis Erfolgsrechnung (ohne VK und Transfers)	-552'584	-1'484'399	-1'162'410	321'989	22%	

- 1 Die höheren Arbeitgeberbeiträge sind auf die Reform der Basellandschaftlichen Pensionskasse (BLPK) und Frühpensionierungen zurückzuführen.

Transferaufwand und -ertrag

Transfer	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Budget 2014	Abw. Absolut	Abw. %	B
Gemeindeanteile an Bauvorhaben	360	Ertragsanteile an Dritte	1'302'672	1'781'400	1'545'527	-235'873	-13%	1
	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	13'675	3'000	10'000	7'000	233%	
	463	Beiträge von Gemeinwesen und Dritten	-7'940					
Total Transferaufwand			1'316'347	1'784'400	1'555'527	-228'873	-13%	
Total Transferertrag			-7'940					
Transfers (Netto)			1'308'408	1'784'400	1'555'527	-228'873	-13%	

- 1 Die Abweichung des Transferaufwandes ergibt sich aufgrund der Reduktion der erwarteten "Gebühren für Amtshandlungen". Die in den vergangenen Jahren diesbezüglich budgetierten Zielwerte wurden niemals erreicht. Als Konsequenz aus dieser Massnahme reduzieren sich auch die "Ertragsanteile an Dritte" (1/3-Gebührenanteile der Gemeinden). Ausgangsgrösse für die Bemessung der "Gebühren für Amtshandlungen" im Budget 2014 ist der entsprechend effektiv verbuchte Betrag in der Rechnung 2012. Als Berechnungsgrundlage wurde angenommen, dass die Gebühreneinnahmen ungefähr um das Mass von 20 %, entsprechend der im Rahmen des Entlastungspakets 12/15 beabsichtigten Gebührenerhöhung ansteigen werden. Die Anpassung der Verordnung über die Gebühren im Baubewilligungswesen (SGS 425.11) liegt in der Kompetenz des Regierungsrates.

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2012	Sollstellenplan 2013	Sollstellenplan 2014	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	27.2	27.0	27.0	0.0	0.0%

Jahresprogramm

2310.001 Elektronisches Baubewilligungsverfahren und Dokumenten-/Plan-Scanning

Die 2013 bereits als Programmpunkt aufgenommene Weiterentwicklung des elektronischen Baubewilligungsverfahrens wird fortgeführt. 2014 soll das technologisch veraltete und ohne vertretbares Kosten-Nutzen-Verhältnis nicht mehr ausbaubare bestehende interne Gesuchsbearbeitungssystem ersetzt werden. Mit der Aktualisierung können die technologischen und sicherheitstechnischen Standards entsprechend der eidgenössischen Strategie "E-Government Schweiz" erfüllt werden. Sie bildet die Grundlage für das mittelfristige Ziel der Einführung einer Online-Plattform. Die Verfahrensabläufe werden gleichzeitig permanent überprüft, vereinfacht und beschleunigt. Das Baubewilligungswesen wird damit kundenfreundlicher.

2310.002 Organisation Bauinspektorat

Die im Rahmen der Entlastungsmassnahmen erfolgte Reorganisation des Bauinspektorates ist 2014 zu konsolidieren. Erste Erfahrungen aus den geänderten Arbeitsabläufen werden zur Optimierung des Systems genutzt.

2310.003 Aufgabenerfüllung Bauinspektorat

Die gesetzlichen Grundlagen für das Baubewilligungswesen werden im Hinblick auf die Förderung einer zeitgemässen und bevölkerungsnahen Aufgabenerfüllung und unter Beachtung des Subsidiaritätsprinzips überprüft und angepasst. Es sind gleichzeitig die Grundlagen für die Einführung von E-Government im Baubewilligungsverfahren zu schaffen.

Sicherheitsdirektion

SID

Beitrag zu strategischen Zielen

Das Aufgabengebiet der Sicherheitsdirektion liegt - wie der Name sagt - schwerpunktmässig im Bereich der Sicherheit. Viele Projekte sind daher dem strategischen Schwerpunktfeld "Zusammenleben in Baselland" zuzuordnen. Die Polizei Basel-Landschaft wird die Zusammenarbeit mit der Staatsanwaltschaft intensivieren. Im Jahr 2014 wird die Erhöhung der Aufklärungsrate von Delikten schwerpunktmässig vorangetrieben. Insbesondere bei den Delikten Einbruchdiebstahl, einfache Körperverletzung, Raub, Vergewaltigung, sexuelle Nötigung, sexuelle Handlungen mit Kindern, Brandstiftung und Taschendiebstahl wird eine Steigerung auf ein schweizweit überdurchschnittliches Niveau angestrebt. Im Weiteren wird Mitte 2014 das Gefängnis Muttenz in Betrieb genommen. Noch unklar ist, ob angesichts der starken Belegung allenfalls parallel dazu das Gefängnis Arlesheim vorübergehend weiter in Betrieb gehalten werden muss.

Gleich mehrere Projekte der Sicherheitsdirektion unterstützen das strategische Schwerpunktfeld "Effizientes und effektives staatliches Handeln". Mit dem vom Volk an der Urne gutgeheissenen Projekt "Focus" werden die Behörden im Bereich des Zivilrechts umfassend reorganisiert. Nach der Privatisierung der Notariate werden im Jahr 2014 die bezirksweise geführten Grundbuch-, Erbschafts-, Betreibungs- und Konkursämter sowie weitere Behörden (Zivilstands-, Einbürgerungs-, Adoptionswesen, die Abteilung Namensänderungen und das Handelsregister) in einer einzigen Organisation zusammengefasst. Die Staatsanwaltschaft wird den heute über den ganzen Kanton verteilten Mitarbeitenden im neuen Strafjustizzentrum Muttenz eine moderne Infrastruktur anbieten können. Die kürzeren Wege werden zu einer Effizienzsteigerung führen. Die Spezialabteilungen (Betäubungsmittel, Organisierte Kriminalität, Wirtschaftskriminalität, Strafbefehle) werden in Liestal zusammengefasst. Im Weiteren prüft die Motorfahrzeugkontrolle, die heute für Garagenbetriebe angebotenen Leistungen (Ausstellen von Fahrzeugausweisen usw.) direkt auf dem Gelände der Motorfahrzeug-Prüfstation auch Privaten anzubieten. Dies würde es den Autofahrenden ermöglichen, Fahrzeugprüfung und Ausweisausstellung an einem einzigen Ort zu erledigen.

Ferner werden voraussichtlich im 2014 die Vorlagen über die Fusions- und Regio-Initiativen dem Landrat und dem Volk zum Entscheid vorgelegt. Diese Dossiers sind der Sicherheitsdirektion zugeteilt.

Gesamtübersicht Budget

Das Budget 2014 der Sicherheitsdirektion (SID) weist bei einem Aufwand von CHF 194.98 Mio. (Budget 2013 = 200.07) und einem Ertrag von CHF 104.27 Mio. (109.5) einen Saldo von Minus CHF 90.72 Mio. (-90.57) aus. Dies führt zu einer Saldoverbesserung gegenüber dem Vorjahresbudget von CHF 0.14 Mio. oder von 0%. Die Anzahl der Vollstellen sinkt von 1'087.9 (Sollstellenplan 2013) um -45.6 Vollstellen (-4.2%) auf neu 1'042.3 (Sollstellenplan 2014).

Die wichtigsten Abweichungen zwischen Budget 2013 und Budget 2014 lassen sich wie folgt begründen: Der Personalaufwand der SID sinkt gegenüber dem Vorjahresbudget um CHF 4.21 Mio. Dies hängt vorwiegend mit der Umsetzung des Projekts "FOCUS" bei der neuen Zivilrechtsverwaltung (ehemals Bezirksschreibereien) zusammen. Im Rahmen des Entlastungspakets werden 2014 in diesem Bereich 52.2 Stellen abgebaut. Demgegenüber gehen mit der Umsetzung von "FOCUS" auch die Entgelte (KOA 42), insbesondere die Gebühren, in der Höhe von rund CHF 6.07 Mio. zurück. Der Transferertrag steigt von CHF 16.98 Mio. im Budget 2013 auf neu CHF 18.7 Mio. im Budget 2014 um CHF 1.68 Mio. (+10%) an. Diese Ertragssteigerung ist vor allem auf die Umsetzung des Kantonalen Integrationsprogramms 2014-2017 (KIP) und des damit zusammenhängenden, höheren Bundesbeitrags, sowie mit einer Änderung der Verbuchungspraxis beim Wehrpflichtersatz (Bruttoprinzip) zu begründen.

Insgesamt ist die Einhaltung der im Rahmen des Entlastungspakets 12/15 getroffenen Massnahmen (EP 12/15) und die Erreichung der damit verbundenen Saldovorgaben auch in der SID sehr anspruchsvoll und schwierig. Im Budget 2014 hat die SID die angemeldeten EP 12/15 Massnahmen insgesamt alle berücksichtigt und erreicht im Budget 2014 bei der Umsetzung von EP 12/15 Entlastungszielen weitere CHF 4.79 Mio., insgesamt im Gesamtprojekt EP 12/15 eine Summe von rund CHF 20 Mio.

Erfolgsrechnung

	Rechnung 2012	Budget 2013	Budget 2014	Abw. Absolut	Abw. %
30 Personalaufwand	146'076'152	145'367'497	141'161'206	-4'206'291	-3%
31 Sach- und übriger Betriebsaufwand	30'911'064	31'010'551	30'837'652	-172'899	-1%
33 Abschreibungen Verwaltungsvermögen	1'100'429	1'108'660	1'099'466	-9'194	-1%
34 Finanzaufwand	470'948	464'000	417'300	-46'700	-10%
36 Transferaufwand	20'865'041	20'549'600	20'216'500	-333'100	-2%
37 Durchlaufende Beiträge	1'240'910	1'570'000	1'250'000	-320'000	-20%
41 Regalien und Konzessionen	-702'842	-750'000	-750'000	0	0%
42 Entgelte	-78'119'341	-89'537'421	-82'970'585	6'566'836	7%
43 Verschiedene Erträge	-242'628	-43'368	-41'200	2'168	5%
44 Finanzertrag	-265'513	-299'044	-281'600	17'444	6%
45 Übertrag Fonds / StaatsRG	-308'360	-315'000	-315'000	0	0%
46 Transferertrag	-16'551'849	-16'980'537	-18'658'418	-1'677'881	-10%
47 Durchlaufende Beiträge	-1'240'910	-1'570'000	-1'250'000	320'000	20%
Total Aufwand	200'664'544	200'070'308	194'982'124	-5'088'184	-3%
Total Ertrag	-97'431'443	-109'495'370	-104'266'803	5'228'567	5%
Gesamtergebnis Erfolgsrechnung	103'233'101	90'574'938	90'715'321	140'383	0%

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2012	Sollstellenplan 2013	Sollstellenplan 2014	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	1'040.3	1'087.9	1'042.3	-45.6	-4.2%

- Transfer zur FKD (Dienstleistungszentrum Personal) -2.6 Stellen
- Transfer zur FKD (Zentrale Informatikdienste) -1.5 Stellen
- Abbau im Rahmen des Entlastungspakets (Fachbereich Familie) -0.3 Stellen
- Abbau im Rahmen des Entlastungspakets (Projekt Focus, Zivilrechtsverwaltung) -52.2 Stellen
- Abbau im Rahmen des Entlastungspakets (Aufhebung Dienst organisierte Kriminalität, Polizei) -5.5 Stellen
- Umwandlung einer befristeten Teilzeitstelle Informatik in eine unbefristete Anstellung 0.3 Stellen
- Anstellung einer Juristin zur Bearbeitung der Opferhilfe-Fälle 0.3 Stellen
- Anstellungen in der Gefangenbetreuung (Eröffnung Bezirksgefängnis Muttenz) 4.5 Stellen
- Umwandlung einer befristeten Stelle bei der Gefangenbetreuung (Psychiatriezimmer) 0.3 Stellen
- Anstellung eines Mitarbeitenden bei der Aufsichtsstelle Datenschutz im Zuge des Öffentlichkeitsprinzips 1.0 Stellen
- Anstellung von 5 Polizisten im Rahmen der Optimierung der Hauptabteilung Sicherheit und Ordnung. Es handelt sich bei 3.0 Stellen um die 3. Tranche. 2.0 Stellen sind zusätzlich gemäss Budgetpostulat 2013-250_04.
- Umwandlung von 4 befristeten Anstellungen von Sicherheitsassistenten (Vorführungen Zwangsmassnahmengericht) 4.0 Stellen
- Anstellung Informatik Polizei wegen zusätzlicher Services und gestiegenem Aufwand 1.0 Stellen

Bereich Stab SID

Im Bereich Stab SID sind die folgenden Stabs-Organisationseinheiten zusammengefasst:

- Generalsekretariat SID
- Rechtsdienst des Regierungsrates
- Datenschutz Aufsichtsstelle (nur administrative Unterstellung)

Der Rechtsdienst des Regierungsrates ist eine eigene Dienststelle innerhalb der SID und wurde dem Bereich Stab - welcher so namentlich nur im Rechnungswesen existiert - zugeordnet, damit die buchhalterische Abbildung dieser Dienststelle in Budget und Erfolgsrechnung gemacht werden kann. Der Rechtsdienst gehört somit nicht zum eigentlichen Generalsekretariat. Er wird unter der Profitcenter-Nummer 2401 geführt.

Die Aufsichtsstelle Datenschutz ist nur administrativ dem Generalsekretariat zugeordnet, ansonsten aber autonom. Budgettechnisch erhält der Datenschutz keine Budgetvorgaben seitens der SID. Die Aufsichtsstelle erstellt ihren eigenen Voranschlag und der Regierungsrat leitet ihn unverändert an den Landrat weiter (§ 22 Abs. 4 Datenschutzgesetz). Die Aufsichtsstelle Datenschutz wird unter der Profitcenter-Nummer 2402 geführt.

Das Generalsekretariat ist ebenfalls eine eigene Dienststelle innerhalb der SID. Das Generalsekretariat ist Stabsstelle des Direktionsvorstehers und wirkt als Koordinations- und Kontrollstelle für die Gesamtdirektion. Es ist in Einheiten gegliedert, welche Stabsfunktionen für die ganze Direktion oder Fachaufgaben ausüben (z.B. Integration, Familien, Straf- und Massnahmenvollzug, Bewilligungen usw.). Das Generalsekretariat wird unter der Profitcenter-Nummer 2400 geführt.

Erfolgsrechnung

	Rechnung 2012	Budget 2013	Budget 2014	Abw. Absolut	Abw. %
30 Personalaufwand	13'095'032	12'536'157	15'731'186	3'195'029	25%
31 Sach- und übriger Betriebsaufwand	6'888'917	7'504'600	8'486'794	982'194	13%
34 Finanzaufwand	4'966	3'600	3'600	0	0%
36 Transferaufwand	17'891'782	17'361'000	16'919'000	-442'000	-3%
41 Regalien und Konzessionen	-702'842	-750'000	-750'000	0	0%
42 Entgelte	-3'379'995	-3'438'100	-3'515'500	-77'400	-2%
43 Verschiedene Erträge	-11'447	-5'000		5'000	100%
44 Finanzertrag	-3'064	-600	-100	500	83%
45 Übertrag Fonds / StaatsRG	-308'360	-315'000	-315'000	0	0%
46 Transferertrag	-1'950'715	-1'483'000	-2'417'571	-934'571	-63%
Total Aufwand	37'880'697	37'405'357	41'140'580	3'735'223	10%
Total Ertrag	-6'356'422	-5'991'700	-6'998'171	-1'006'471	-17%
Gesamtergebnis Erfolgsrechnung	31'524'275	31'413'657	34'142'409	2'728'752	9%

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2012	Sollstellenplan 2013	Sollstellenplan 2014	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	71.0	71.7	79.6	7.9	11.0%

- Abbau einer Teilzeitstelle beim Fachbereich Familien im Rahmen des EP 12/15 -0.3 Stellen
- Transfer zur FKD (Dienstleistungszentrum Personal) -1.1 Stellen
- Umwandlung einer befristeten Stelle Informatik in eine Festanstellung 0.3 Stellen
- Anstellung einer Juristin zur Abwicklung der Opferhilfe-Fälle 0.3 Stellen
- Anstellung von Gefangenenbetreuenden im Rahmen der Eröffnung des Gefängnisses Muttenz 4.5 Stellen
- Umwandlung einer befristeten Stelle im Bezirksgefängnis Liestal zur Betreuung des Psychiatriezimmers 0.3 Stellen
- Transfer aus den Dienststellen der SID aufgrund des Teilprojekts HR-Beratung 1.1 Stellen
- Transfer aus den Dienststellen der SID aufgrund des ERP Teilprojekts Kreditorenworkflow 1.3 Stellen
- Transfer von der Zivilrechtsverwaltung zum Generalsekretariat (Informatik) 0.5 Stellen
- Anstellung eines Mitarbeitenden bei der Aufsichtsstelle Datenschutz im Zuge des Öffentlichkeitsprinzips 1.0 Stellen

2400 Generalsekretariat SID

Auftrag und Zielsetzungen

Das Generalsekretariat ist Stabsstelle des Direktionsvorstehers und wirkt als Koordinations- und Kontrollstelle für die Gesamtdirektion. Es ist in folgende Einheiten gegliedert:

- Die Kommunikation sorgt für eine rasche, transparente und offene Informationspolitik sowohl nach innen gegenüber den Mitarbeitenden als auch nach aussen gegenüber den Medien und der Bevölkerung. Weitere Aufgaben sind u.a. die Bearbeitung von Anliegen aus der Bevölkerung.
- Zur Organisationseinheit "Bewilligungen, Freiheitsentzug und Soziales" gehören das Bewilligungswesen (Gastwirtschafts- und Taxibewilligungen u.a.), das Passbüro, der Zivil- und Verwaltungsvollzug, der Straf- und Massnahmenvollzug mit den alternativen Vollzugsformen (gemeinnützige Arbeit, electronic monitoring), die Bezirksgefängnisse, die Bewährungshilfe, der Fachbereich für Kindes- und Jugendschutz und die Interventionsstelle gegen häusliche Gewalt.
- Zur Organisationseinheit "Dienste" gehören das Fundbüro und der Verwertungsdienst sowie die Fachbereiche Familie und Integration. Das Fundbüro besorgt das Fundwesen und der Verwertungsdienst verwahrt und verwertet Fundsachen sowie sichergestellte und beschlagnahmte Güter. Der Fachbereich Familie berät den Regierungsrat in familienpolitischen Belangen, analysiert periodisch die Situation der Familien im Kanton Basel-Landschaft und entwirft Konzepte im familienpolitischen Bereich sowie Vorschläge für Massnahmen zu deren Umsetzung. Er ist zuständig für die Sensibilisierungs- und Öffentlichkeitsarbeit in familienpolitischen Angelegenheiten. Der Fachbereich Integration koordiniert die Massnahmen der kantonalen Stellen zur Integration von Ausländerinnen und Ausländern. Er stellt den Informations- und Erfahrungsaustausch mit den Einwohnergemeinden und dem Kanton Basel-Stadt sicher und ist Ansprechpartner für die Bundesbehörden. Zusammen mit den anderen Dienststellen ist er für die Umsetzung des kantonalen Integrationsgesetzes verantwortlich. Er sorgt in enger Zusammenarbeit mit dem Kanton Basel-Stadt für ein abgestimmtes Angebot für die Migrationsbevölkerung in der Region und orientiert die Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber über die Angebote zur Integrationsförderung.
- Zu den Zentralen Diensten gehören die Abteilung HR (Human Resources), die Informatik, die Organisation, das Finanz- und Rechnungswesen, das Controlling und das Qualitätsmanagement sowie die zentrale Kanzlei. Hier wird auch der Swisslos-Fonds betreut.
- Der Fachbereich Rechtsetzung erarbeitet Gesetzgebungsvorhaben, Vernehmlassungen und Stellungnahmen.

Erfolgsrechnung (ohne Verpflichtungskredite und Transfers)

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Budget 2014	Abw. Absolut	Abw. %	B
300	Behörden, Kommissionen und Richter	56'714	57'000	57'000	0	0%	
301	Löhne des Verw- und Betriebspersonals	8'859'860	8'199'265	9'155'918	956'653	12%	1,A
304	Zulagen	112'201	156'432	88'365	-68'067	-44%	2
305	Arbeitgeberbeiträge	1'665'198	1'455'945	3'595'588	2'139'644	147%	3
309	Übriger Personalaufwand	90'614	238'100	238'100	0	0%	
310	Material- und Warenaufwand	133'313	84'600	120'600	36'000	43%	
311	Nicht aktivierbare Anlagen	982'025	1'397'500	1'757'000	359'500	26%	4
312	Ver- und Entsorgung Liegenschaften VV		100	100	0	0%	
313	Dienstleistungen und Honorare	3'075'338	3'898'000	4'034'894	136'894	4%	
315	Unterhalt Mobilien/immaterielle Anlagen	2'089'083	1'814'000	2'173'000	359'000	20%	5
316	Mieten, Leasing, Pachten, Benützungsgb	45'864	1'700	51'000	49'300	>1000%	
317	Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen	194'972	175'100	204'100	29'000	17%	B
318	Wertberichtigungen auf Forderungen	167'642	3'100	3'100	0	0%	
319	Verschiedener Betriebsaufwand	85'172	13'500	13'500	0	0%	
341	Realisierte Kursverluste	91					
342	Kapitalbeschaffungs-/Verwaltungskosten	4'867	3'600	3'600	0	0%	
412	Konzessionen	-702'842	-750'000	-750'000	0	0%	
421	Gebühren für Amtshandlungen	-2'808'921	-2'971'600	-3'175'000	-203'400	-7%	
424	Benützungsgebühren und Dienstleistungen	-16'196	-55'000	-45'000	10'000	18%	

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Budget 2014	Abw. Absolut	Abw. %	B
425	Erlös aus Verkäufen	-38'524	-83'500	-83'500	0	0%	
426	Rückerstattungen	-463'355	-278'000	-162'000	116'000	42%	6
430	Verschiedene betriebliche Erträge	-11'447	-5'000		5'000	100%	
440	Zinsertrag	-3'064	-600	-100	500	83%	
450	Übertrag Fonds FK / StaatsRG	-308'360	-315'000	-315'000	0	0%	
	Total Aufwand	17'562'954	17'497'942	21'495'865	3'997'923	23%	
	Total Ertrag	-4'352'708	-4'458'700	-4'530'600	-71'900	-2%	
	Ergebnis Erfolgsrechnung (ohne VK und Transfers)	13'210'247	13'039'242	16'965'265	3'926'023	30%	

- Die Erhöhung lässt sich auf verschiedene Ursachen zurückführen:
 - Verlängerung des Betriebs des Bezirksgefängnisses Arlesheim für die Monate Juni 2014 bis Dezember 2014
 - Wiedereröffnung Bezirksgefängnis Laufen bis Mitte 2014
 - Neueröffnung Bezirksgefängnis Muttenz ab Mitte 2014
 - Zentralisierung von Personaldienst-Tätigkeiten im Generalsekretariat im Rahmen der Einführung des neuen Dienstleistungszentrums
 - Zentralisierung von Rechnungswesen-Tätigkeiten im Rahmen der Einführung des Kreditoren-Workflows als Teilprojekt ERP
 - Erhöhung der Personalkosten im Pass- und Patentbüro aufgrund des steigenden Geschäftsverlaufs
- Ein Teil der Zulagen ist ab 2014 im Konto 301 enthalten und nicht mehr im Konto 304.
- Es gelten die Bemerkungen zu Konto 301. Zudem sind hier die Kosten für den Wegkauf bei Frühpensionierungen in der Höhe von rund CHF 1.8 Mio. eingestellt.
- Mehraufwand aufgrund Einführung des BL Basic Clients und des Upgrades des Einsatzleitsystems bei der Polizei.
- Die Kosten für Wartung, Unterhalt und Lizenzen für die Fachapplikationen wurden an die Vergangenheitswerte angepasst.
- Die Abweichung stammt vorwiegend aus Rückerstattungen, welche neu aufgrund des Kantonalen Integrationsprogramms 2014 - 2017 im Transferertrag erscheinen. Siehe Konto 463 bei der Integration.

Transferaufwand und -ertrag

Transfer	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Budget 2014	Abw. Absolut	Abw. %	B
Integration	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	398'480	200'000	200'000	0	0%	
	463	Beiträge von Gemeinwesen und Dritten	-351'711	-383'000	-942'571	-559'571	-146%	1,C
Pässe u. Identitätskarten	361	Entschädigungen an Gemeinwesen & Dritte	1'333'730	1'200'000	1'400'000	200'000	17%	2
	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	200					
Straf- u. Massnahmenvollzug	361	Entschädigungen an Gemeinwesen & Dritte	13'727'461	13'705'000	13'057'000	-648'000	-5%	3
	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	72'981	40'000	10'000	-30'000	-75%	
	461	Entschädigungen von Gemeinwesen & Dritte	-504'878	-50'000	-360'000	-310'000	-620%	4
	463	Beiträge von Gemeinwesen und Dritten	-884'000	-860'000	-955'000	-95'000	-11%	5
Opferhilfe	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	1'530'854	1'535'000	1'571'000	36'000	2%	
Familie	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	50'210	37'500	37'500	0	0%	
	461	Entschädigungen von Gemeinwesen & Dritte	-42'000	-30'000		30'000	100%	
Intervention gegen häusliche Gewalt	461	Entschädigungen von Gemeinwesen & Dritte	-62'593	-80'000	-80'000	0	0%	
	463	Beiträge von Gemeinwesen und Dritten	-105'533	-80'000	-80'000	0	0%	
Präventionsprogramm Take-off	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	420'000	420'000	420'000	0	0%	

Transfer	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Budget 2014	Abw. Absolut	Abw. %	B
Verbandsbeiträge	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	354'243	220'000	220'000	0	0%	
Total Transferaufwand			17'888'160	17'357'500	16'915'500	-442'000	-3%	
Total Transferertrag			-1'950'715	-1'483'000	-2'417'571	-934'571	-63%	
Transfers (Netto)			15'937'445	15'874'500	14'497'929	-1'376'571	-9%	

- 1 Aufgrund des neuen Kantonalen Integrationsprogramms 2014 - 2017 erhalten wir höhere Beiträge vom Bund, welche zweckgebunden für Integrationsprojekte verwendet werden. Dafür wurde im Konto 426 Rückerstattungen entsprechend weniger eingestellt. Ein Teil des Geldes (CHF 470'000) wird von der BKSD verwendet zur Finanzierung der Sprachförderkurse.
- 2 Die Entschädigung an den Bund wurde dem Geschäftsverlauf bei den Pässen angepasst.
- 3 Aufgrund der Wartelisten beim Straf- und Massnahmenvollzug wurden die entsprechenden Kostenpositionen leicht nach unten korrigiert.
- 4 Die Weiterverrechnungen an andere Kantone für Anteile aus dem Straf- und Massnahmenvollzug wurden aufgrund der Vergangenheitswerte erhöht.
- 5 Der Mietvertrag mit BS für das Bezirksgefängnis Sissach sieht ab 2014 eine höhere Miete vor.

Verpflichtungskredite

Verpflichtungskredit	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Budget 2014	Abw. Absolut	Abw. %	B
Take off (2010 - 2013)	36	Transferaufwand	420'000	420'000		-420'000	-100%	1
Take off (2014 - 2018)	36	Transferaufwand			420'000	420'000	X	1
Total Verpflichtungskredite Aufwand			420'000	420'000	420'000	0	0%	
Total Verpflichtungskredite Ertrag								
Total Verpflichtungskredite (netto)			420'000	420'000	420'000	0	0%	

- 1 Das Präventionsprogramm Take off soll im gleichen Rahmen weitergeführt werden.

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2012	Sollstellenplan 2013	Sollstellenplan 2014	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	62.4	63.1	70.0	6.9	10.9%

- Abbau einer Teilzeitstelle beim Fachbereich Familien im Rahmen des EP 12/15 -0.3 Stellen
- Transfer zur FKD (Dienstleistungszentrum Personal) -1.1 Stellen
- Umwandlung einer befristeten Stelle Informatik in eine Festanstellung 0.3 Stellen
- Anstellung einer Juristin zur Abwicklung der Opferhilfe-Fälle 0.3 Stellen
- Anstellung von Gefangenenbetreuenden im Rahmen der Eröffnung des Gefängnisses Muttenz 4.5 Stellen
- Umwandlung einer befristeten Stelle im Bezirksgefängnis Liestal zur Betreuung des Psychiatriezimmers 0.3 Stellen
- Transfer aus den Dienststellen der SID aufgrund des Teilprojekts HR-Beratung 1.1 Stellen
- Transfer aus den Dienststellen der SID aufgrund des ERP Teilprojekts Kreditorenworkflow 1.3 Stellen
- Transfer von der Zivilrechtsverwaltung zum Generalsekretariat (Informatik) 0.5 Stellen

Jahresprogramm

2400.004 Umsetzung Konzept "Frühe Sprachförderung im Baselbiet"

Schwerpunktfeld "Zusammenleben in Baselland" (Legislaturziel R-Z-1, Direktionsziele SID-Z-2, SID-Z-3, Massnahme SID 3)

Schulklassen mit vielen Kindern mit Migrationshintergrund weisen oft unterdurchschnittliche Leistungen auf. Die Erfahrungen zeigen, dass eine möglichst frühe Sprachförderung bestehende Defizite am effizientesten und nachhaltigsten reduziert. Deshalb werden im Jahr 2014 dezentrale Sprachlernprojekte für die rund 4'100 Kinder der ausländischen Wohnbevölkerung im Alter zwischen 0 und 5 Jahren gezielt finanziell unterstützt. Der Kanton definiert die Mindest-Qualitätsstandards der Projekte.

2400.005 Unterstützung der eidgenössischen und kommunalen Integrationsförderung im urbanen Raum

Schwerpunktfeld "Zusammenleben in Baselland" (Legislaturziel R-Z-1, Direktionsziel SID-Z-3, Massnahme SID 4)
Das Prattler Quartier Längi galt auf Grund seiner schlechten räumlichen Anbindung, dem hohen Anteil an Personen aus tiefen sozialen Schichten und der fehlenden Treffpunkte und Integrationsmöglichkeiten als "Wohngebiet mit besonderen Anforderungen". Im Rahmen eines Quartierentwicklungsprojekts - vom Bund im Rahmen des "projet urbain" massgeblich unterstützt - konnte eine deutliche Verbesserung erreicht werden. Massnahmen waren: Ausbau Spiel- und Beschäftigungsangebot für Kinder und Jugendliche, Ausser-schulische Projekte (Musik, Bewegung, Geschichten), Schaffung von Begegnungsorten, Spielplatzeinrichtung, Abfallinformationskampagne, Einrichtung neuer Sammelstellen usw.

Im 2014 wird der Kanton die Weiterentwicklung der Quartierprojekte in Pratteln sowie Münchenstein ("Lange Heide") finanziell und fachlich unterstützen.

C 2400.012 Kantonales Integrationsprogramm 2014 (KIP 2014)

Schwerpunktfeld "Zusammenleben in Baselland" (Legislaturziel R-Z-1, Direktionsziel SID-Z-2 und SID-Z-3, Massnahme SID 3, SID 4)

Im Jahr 2013 schlossen die Kantone und der Bund Integrations-Programmvereinbarungen ab (kantonales Integrationsprogramm 2014 - 2017). Gestützt auf diese Vereinbarung erhöht der Bund seine finanziellen Beiträge an unseren Kanton ab 1.1.2014 erheblich. Bedingung des Bundes ist eine Mindest-Mitfinanzierung durch den Kanton.

Im Jahr 2014 wird das beschlossene Integrationsprogramm in unserem Kanton umgesetzt. Ziele der dort definierten Integrationspolitik sind die Verwirklichung der Chancengleichheit, die Freisetzung von Potenzialen, die Einforderung von Eigenverantwortung und die Förderung des gesellschaftlichen Zusammenhalts. Zur Umsetzung der Projekte sowie zur Vermittlung von Informationen an die Ausländerinnen und Ausländer werden in erster Linie die Schulen, Spitäler, Kindergärten, kantonalen Berufsbildungsbehörden usw. einbezogen.

Für die 18 Gemeinden mit überdurchschnittlichem Anteil von Ausländerinnen und Ausländern sind kommunale Integrationsprogramme geplant.

2400.013 Projektabschluss familienfreundliche KMU im Baselbiet

Schwerpunktfeld "Zusammenleben in Baselland" (Legislaturziel R-Z-1, Direktionsziel SID-Z-1)

Im Jahr 2012 wurden im Baselbiet zwölf Unternehmen für das Projekt "familienfreundliche KMU im Baselbiet" gewonnen. Im Verlauf des Jahres 2013 werden diese durch eine externe Fachstelle auf ihre Familienfreundlichkeit (Flexible Arbeitszeiten, Kinderbetreuung usw.) geprüft und es wird aufgezeigt, wo es noch Verbesserungspotential gibt. Weiter organisiert der Fachbereich Familien Vernetzungstreffen unter diesen 12 Betrieben. Bis Ende 2013 werden alle beteiligten Betriebe betriebliche Verbesserungen im Bereich der Vereinbarkeit von Familie und Beruf einführen.

Im Jahr 2014 werden diese zwölf "Familien-Betriebe" der Öffentlichkeit präsentiert und ein Schlussbericht erstellt.

B 2400.015 Familienergänzende Kinderbetreuung: Informationsveranstaltungen für Gemeinden

Schwerpunktfeld "Zusammenleben in Baselland" (Legislaturziel R-Z-1, Direktionsziel SID-Z-1 und SID Z-3, Massnahme SID 1 und SID 2)

Das Volk wird im Jahr 2014 über die Verfassungsinitiative „Für eine bedarfsgerechte Kinderbetreuung“ und die Gesetzesinitiative „Für eine unbürokratische bezahlbare familienergänzende Kinderbetreuung im Frühbereich“ abstimmen.

Der Fachbereich Familien wird im 2014 in den Gemeinden zu diesem Thema Informationsveranstaltungen durchführen.

2400.016 Fusions- und Regio-Initiativen

Schwerpunktfeld "Auftritt und Kooperation" (Legislaturziel R-AK-1, R-AK-2, R-AK-3 und R-AK-4, Direktionsziel SID-AK-1, Massnahme SID 15)

Die im 2013 eingereichte Verfassungsinitiative für eine Fusion der Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft verlangt die Einsetzung eines Verfassungsrats beider Basel, der eine Verfassung für einen wiedervereinigten Kanton Basel ausarbeiten muss. Die angekündigten, aber noch nicht eingereichten Volksinitiativen "Zusammenarbeitsinitiative", "Regio-Stärkungsinitiative" sowie "Regio-Kooperationsinitiative" wollen die Region Nordwestschweiz stärken, Basel-Landschaft und Basel-Stadt zu Vollkantonen aufwerten sowie die Zusammenarbeit mit Basel-Stadt und der Nordwestschweiz weiter vertiefen.

Bei allen vier Vorlagen geht es um eine grundlegende Standortbestimmung, ob der Kanton Basel-Landschaft in Zukunft als eigenständiger oder als wiedervereinigter Kanton weiter existieren soll. Voraussichtlich im 2014

werden der Landrat und das Volk über diese wichtigen Vorlagen beschliessen.

A 2400.017 Inbetriebnahme Gefängnis Muttenz

Schwerpunktfeld "Zusammenleben in Baselland" (Legislativziel R-Z-3, Direktionsziel SID-Z-4 und SID-Z-6)

Das Strafjustizzentrum in Muttenz wird Mitte 2014 in Betrieb gehen. Die Inbetriebnahme eines Gefängnisses mit all seinen (sicherheits-)technischen Einrichtungen sowie der eigentliche Umzug sind eine betriebliche, personelle und logistische Herausforderung. Hält die heutige Belegungssituation an, müsste ausserdem das Gefängnis Arlesheim vorübergehend weiter in Betrieb gehalten werden.

Gleichzeitig ist das neue Gefängnis Anlass, die enge Zusammenarbeit und regionale Planung - insbesondere mit Basel-Stadt - in diesem Bereich zu vertiefen.

2401 Rechtsdienst des Regierungsrates

Auftrag und Zielsetzungen

Der Rechtsdienst des Regierungsrates bereitet Beschwerdeentscheide für die Regierung vor. Er erstellt juristische Gutachten für die gesamte Kantonsverwaltung und wirkt bei der Gesetzgebung mit. Im Übrigen vertritt er den Kanton in verfassungs- und verwaltungsrechtlichen Beschwerdeverfahren vor den Gerichten.

Erfolgsrechnung (ohne Verpflichtungskredite und Transfers)

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Budget 2014	Abw. Absolut	Abw. %	B
301	Löhne des Verw- und Betriebspersonals	1'389'177	1'535'444	1'523'866	-11'578	-1%	
304	Zulagen	16'111	12'256	19'572	7'316	60%	
305	Arbeitgeberbeiträge	226'530	255'419	252'203	-3'216	-1%	
310	Material- und Warenaufwand	12'274	14'500	14'000	-500	-3%	
313	Dienstleistungen und Honorare	2'413	5'500	5'500	0	0%	
316	Mieten, Leasing, Pachten, Benützungsgb	2'180	2'500	2'500	0	0%	
317	Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen	813	1'000	1'000	0	0%	
318	Wertberichtigungen auf Forderungen	14'373	5'000	5'000	0	0%	
421	Gebühren für Amtshandlungen	-53'000	-50'000	-50'000	0	0%	
	Total Aufwand	1'663'871	1'831'619	1'823'641	-7'978	0%	
	Total Ertrag	-53'000	-50'000	-50'000	0	0%	
	Ergebnis Erfolgsrechnung (ohne VK und Transfers)	1'610'871	1'781'619	1'773'641	-7'978	0%	

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2012	Sollstellenplan 2013	Sollstellenplan 2014	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	5.6	5.6	5.6	0.0	0.0%

2402 Aufsichtsstelle Datenschutz

Auftrag und Zielsetzungen

Die Datenschutzbehörde ist zuständig für die Aufsicht über

- alle Behörden des Kantons Basel-Landschaft (mit Ausnahme des Landrates und seiner Mitglieder sowie des Regierungsrates)
- alle Einwohnergemeinden des Kantons Basel-Landschaft
- alle Bürgergemeinden des Kantons Basel-Landschaft
- alle Kirchengemeinden des Kantons Basel-Landschaft
- Private, soweit sie mit der Erfüllung öffentlicher Aufgaben betraut sind.

Die Aufgaben der Aufsichtsstelle umfassen:

- Die Kontrolle, ob die Bestimmungen über den Datenschutz rechtmässig angewendet werden und von Datenbearbeitungen, die besondere Risiken für die Rechte der betroffenen Personen beinhalten (Vorabkontrolle).
- Die Beratung von Behörden in Fragen des Datenschutzes und von betroffenen Personen über ihre Rechte.
- Die Vermittlung zwischen betroffenen Personen und Behörden und die Erarbeitung von Stellungnahmen, die für den Datenschutz erheblich sind.
- Die Veröffentlichung eines periodischen Tätigkeitsberichts.
- Die Zusammenarbeit mit Datenschutz-Kontrollorganen im In- und Ausland.
- Entscheidungen über die Bearbeitung von Personendaten im Zusammenhang mit Wissenschaft und Forschung.
- Den Erlass von Empfehlungen und Weisungen.
- Die Bezeichnung der für den Datenschutz verantwortlichen Behörde.
- Die Beschwerdeführung gegen datenschutzrelevante Entscheide des Regierungsrates.

Erfolgsrechnung (ohne Verpflichtungskredite und Transfers)

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Budget 2014	Abw. Absolut	Abw. %	B
301	Löhne des Verw- und Betriebspersonals	553'440	495'870	653'857	157'987	32%	1
304	Zulagen	7'084	5'140	5'140	0	0%	
305	Arbeitgeberbeiträge	103'288	115'287	131'577	16'290	14%	
309	Übriger Personalaufwand	14'815	10'000	10'000	0	0%	
310	Material- und Warenaufwand	18'639	20'000	30'000	10'000	50%	
313	Dienstleistungen und Honorare	57'689	57'500	60'500	3'000	5%	
317	Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen	7'127	11'000	11'000	0	0%	
341	Realisierte Kursverluste	7					
	Total Aufwand	762'090	714'796	902'073	187'277	26%	
	Total Ertrag						
	Ergebnis Erfolgsrechnung (ohne VK und Transfers)	762'090	714'796	902'073	187'277	26%	

- 1 Erweiterung des gesetzlichen Auftrags (Öffentlichkeitsprinzip). Absolutes Vollzugsdefizit im Bereich Vorabkontrolle (§ 15a DSG). Vollzugsdefizit im Bereich Kontrolle (§ 24 Bst a DSG), da erforderliche IT-Experten fehlen. Steigende Kadenz der relevanten Gesetzesänderungen. Ausweitung der Kontrollverantwortung durch Outsourcing (§ 3 Bst.c DSG).

Transferaufwand und -ertrag

Transfer	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Budget 2014	Abw. Absolut	Abw. %	B
Kantonsbeitrag Datenschutz	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	3'622	3'500	3'500	0	0%	
Total Transferaufwand			3'622	3'500	3'500	0	0%	
Total Transferertrag								
Transfers (Netto)			3'622	3'500	3'500	0	0%	

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2012	Sollstellenplan 2013	Sollstellenplan 2014	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	3.0	3.0	4.0	1.0	33.3%

Erweiterung des gesetzlichen Auftrags (Öffentlichkeitsprinzip). Absolutes Vollzugsdefizit im Bereich Vorabkontrolle (§ 15a DSG). Vollzugsdefizit im Bereich Kontrolle (§ 24 Bst a DSG), da erforderliche IT-Experten fehlen. Steigende Kadenz der relevanten Gesetzesänderungen. Ausweitung der Kontrollverantwortung durch Outsourcing (§ 3 Bst.c DSG).

Bereich Zivilrechtsverwaltung

Die Zivilrechtsverwaltung Basel-Landschaft ist zuständig für die Umsetzung und den Vollzug des Bundes- und des kantonalen Zivilrechts sowie des Schuldbetreibungs- und Konkursrechts im Kanton Basel-Landschaft. Der Bereich bietet aus einer Hand das gesamte Angebot an Dienstleistungen des Grundbuchamtes, der behördlichen Teile des Erbrechts, des Betreibungs- und Konkursamtes, des Zivilstandswesens und des Bürgerrechtswesens sowie bezüglich der Adoptionen und Namensänderungen. Ausserdem arbeiten auf der Zivilrechtsverwaltung Beglaubigungspersonen, welche die Beglaubigung von Dokumenten und Unterschriften durchführen können. Die Zivilrechtsverwaltung ist zuständig für die Durchführung freiwilliger Liegenschaftsversteigerungen, führt das Aktuariat der Aufsichtskommission über die Notariate und ist mitwirkungsverpflichtete Behörde im Sinne von Art. 609 ZGB (behördliche Mitwirkung bei der Erteilung zum Schutz der Gläubiger).

Aufgrund der Entlastungsmassnahme SID-1 Projekt Focus kommt es zu einer Aufwands- und Ertragssenkung durch die Reorganisation der Behörden im Zivilrecht resp. aufgrund des Verzichts auf die Führung eines Amtsnotariats.

Erfolgsrechnung

	Rechnung 2012	Budget 2013	Budget 2014	Abw. Absolut	Abw. %
30 Personalaufwand	21'885'616	20'238'633	12'809'184	-7'429'449	-37%
31 Sach- und übriger Betriebsaufwand	2'333'308	1'732'700	1'198'870	-533'830	-31%
34 Finanzaufwand	48'190	47'200	45'000	-2'200	-5%
36 Transferaufwand	187'222	160'000	160'000	0	0%
42 Entgelte	-30'094'387	-30'431'470	-24'363'855	6'067'615	20%
43 Verschiedene Erträge	-4'338	-1'768		1'768	100%
44 Finanzertrag	-10'026	-15'144	-10'200	4'944	33%
46 Transferertrag	-278'971				
Total Aufwand	24'454'335	22'178'533	14'213'054	-7'965'479	-36%
Total Ertrag	-30'387'721	-30'448'382	-24'374'055	6'074'327	20%
Gesamtergebnis Erfolgsrechnung	-5'933'386	-8'269'849	-10'161'001	-1'891'152	-23%

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2012	Sollstellenplan 2013	Sollstellenplan 2014	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	164.4	164.5	110.5	-54.0	-32.8%

Entlastungsmassnahme SID-1 Projekt Focus: Schliessung der dezentralen Betriebe und Zusammenzug der Behörden des Zivilrechts zur Zivilrechtsverwaltung Basel-Landschaft. Verzicht auf die Führung des Amtsnotariats. -52.2 Stellen
 Transfer zum Generalsekretariat SID aufgrund des ERP Teilprojekts Kreditorenworkflow -0.2 Stellen
 Transfer zum Generalsekretariat SID aufgrund Neuausrichtung HR-Beratung - 0.6 Stellen
 Transfer zum Generalsekretariat SID Abteilung Informatik -0.5 Stellen
 Transfer zu den zentralen Informatikdiensten FKD für den Fachservice Zivilrecht -0.5 Stellen

2410 Zivilrechtsverwaltung

Auftrag und Zielsetzungen

Die Zivilrechtsverwaltung Basel-Landschaft ist zuständig für die Umsetzung und den Vollzug des Bundes- und des kantonalen Zivilrechts sowie des Schuldbetriebs- und Konkursrechts im Kanton Basel-Landschaft. Die Dienststelle bietet aus einer Hand das gesamte Angebot an Dienstleistungen des Grundbuchamtes, der behördlichen Teile des Erbrechts, des Betreibungs- und Konkursamtes, des Zivilstandswesens und des Bürgerrechtswesens sowie bezüglich der Adoptionen und Namensänderungen. Ausserdem sind auf der Zivilrechtsverwaltung Beglaubigungspersonen vorhanden, welche die Beglaubigung von Dokumenten und Unterschriften durchführen können. Die Zivilrechtsverwaltung ist zuständig für die Durchführung freiwilliger Liegenschaftsversteigerungen, führt das Aktuariat der Aufsichtskommission über die Notariate und ist mitwirkungsverpflichtete Behörde im Sinne von Art. 609 ZGB (behördliche Mitwirkung bei der Erbteilung zum Schutz der Gläubiger).

Die Zahlen für die Rechnung 2012 und das Budget 2013 beziehen sich noch auf die Bezirksschreiberei Arlesheim. Die Zahlen ab 2014 gelten für die neue Zivilrechtsverwaltung und sind deshalb auf Stufe Dienststelle nicht vergleichbar.

Erfolgsrechnung (ohne Verpflichtungskredite und Transfers)

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Budget 2014	Abw. Absolut	Abw. %	B
300	Behörden, Kommissionen und Richter	54'484	20'000		-20'000	-100%	
301	Löhne des Verw- und Betriebspersonals	8'796'141	6'987'426	10'730'375	3'742'949	54%	1
304	Zulagen	81'638	57'000	99'422	42'423	74%	
305	Arbeitgeberbeiträge	1'889'236	1'207'047	1'965'387	758'340	63%	1
309	Übriger Personalaufwand	25'615	27'000	14'000	-13'000	-48%	
310	Material- und Warenaufwand	90'393	134'000	187'525	53'525	40%	1
311	Nicht aktivierbare Anlagen	2'994	3'800	3'000	-800	-21%	
313	Dienstleistungen und Honorare	708'832	393'000	804'345	411'345	105%	1
316	Mieten, Leasing, Pachten, Benützungsgelb	40'001	42'500	88'600	46'100	108%	
317	Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen	44'421	25'000	30'000	5'000	20%	
318	Wertberichtigungen auf Forderungen	130'175	73'300	75'400	2'100	3%	
319	Verschiedener Betriebsaufwand	57'477	11'400	10'000	-1'400	-12%	
341	Realisierte Kursverluste	4					
342	Kapitalbeschaffungs-/Verwaltungskosten	14'832	14'200	45'000	30'800	217%	
421	Gebühren für Amtshandlungen	-9'752'769	-10'929'970	-24'363'855	-13'433'885	-123%	1
425	Erlös aus Verkäufen	-55					
426	Rückerstattungen	-465'277					
429	Übrige Entgelte	-811					
430	Verschiedene betriebliche Erträge	-1'587	-183		183	100%	
440	Zinsertrag	-2'738	-6'665	-10'200	-3'535	-53%	
	Total Aufwand	11'936'244	8'995'672	14'053'054	5'057'382	56%	
	Total Ertrag	-10'223'237	-10'936'818	-24'374'055	-13'437'237	-123%	
	Ergebnis Erfolgsrechnung (ohne VK und Transfers)	1'713'007	-1'941'146	-10'321'001	-8'379'855	-432%	

1 Entlastungsmassnahme SID-1 Projekt Focus: Aufwands- und Ertragsoptimierung aufgrund Reorganisation der Behörden im Zivilrecht resp. Verzicht auf die Führung eines Amtsnotariats.

Transferaufwand und -ertrag

Transfer	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Budget 2014	Abw. Absolut	Abw. %	B
Vormundschaftliche Mandate	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	10'569					
	461	Entschädigungen von Gemeinwesen & Dritte	-278'971					

Transfer	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Budget 2014	Abw. Absolut	Abw. %	B
Bundesanteil Handelsregistergebühren	360	Ertragsanteile an Dritte	176'653	160'000	160'000	0	0%	
Total Transferaufwand			187'222	160'000	160'000	0	0%	
Total Transferertrag			-278'971					
Transfers (Netto)			-91'749	160'000	160'000	0	0%	

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2012	Sollstellenplan 2013	Sollstellenplan 2014	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	76.1	66.0	110.5	44.5	67.4%

Entlastungsmassnahme SID-1 Projekt Focus: Schliessung der dezentralen Betriebe und Zusammenzug der Behörden des Zivilrechts resp. Verzicht auf die Führung eines Amtsnotariates zur Zivilrechtsverwaltung Basel-Landschaft.

Details zu Veränderungen siehe auf Stufe Bereich Zivilrechtsverwaltung.

Jahresprogramm

2410.001 Projekt Focus

Schwerpunktfelder "Zusammenleben in Baselland" und "Effizientes und effektives staatliches Handeln" (Legislaturziel R-Z-3 und R-SH-1, Direktionsziele SID-Z-6 und SID SH-1, Massnahmen SID 11, SID 12 und SID 16)
Am 17. Juni 2012 genehmigte das Baselbieter Volk die Reorganisation der Behörden im Zivilrecht (Projekt Focus) mit deutlichem Mehr. Bereits kurz nach dem Volksentscheid begannen die Umsetzungsarbeiten. Das Notariat wurde mittlerweile bereits vollständig für Private geöffnet. Nachdem die Baufragen gelöst sind, wird die Zusammenlegung der bisher bezirksweise geführten Grundbuch-, Erbschafts-, Betreibungs- und Konkursämter sowie weiterer Behörden (Zivilstands-, Einbürgerungs-, Adoptionswesen, die Abteilung Namensänderungen und das Handelsregister) in einer einzigen Organisation unter dem Namen Zivilrechtsverwaltung per 1.1.2014 vollzogen. Diese wird einen Standort in Liestal (Betreibung und Konkurs) und einen in Arlesheim haben. Das Amtsnotariat wird per Ende 2013 vollständig aufgehoben.

2411 Bezirksschreiberei Binningen

Auftrag und Zielsetzungen

Entlastungsmassnahme SID-1 Projekt FOCUS: Schliessung der Bezirksschreibereien aufgrund Reorganisation der Behörden im Zivilrecht. Verzicht auf die Führung eines Amtsnotariats und Zusammenzug der verbleibenden Dienstleistungen zur Zivilrechtsverwaltung Basel-Landschaft.

Erfolgsrechnung (ohne Verpflichtungskredite und Transfers)

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Budget 2014	Abw. Absolut	Abw. %	B
301	Löhne des Verw- und Betriebspersonals	2'681'215	2'987'623		-2'987'623	-100%	
304	Zulagen	36'605	22'809		-22'809	-100%	
305	Arbeitgeberbeiträge	422'016	505'737		-505'737	-100%	
309	Übriger Personalaufwand		1'000		-1'000	-100%	
310	Material- und Warenaufwand	52'107	70'000		-70'000	-100%	
311	Nicht aktivierbare Anlagen		2'100		-2'100	-100%	
313	Dienstleistungen und Honorare	367'128	250'500		-250'500	-100%	
316	Mieten, Leasing, Pachten, Benützungsgb	20'710	16'000		-16'000	-100%	
317	Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen	1'867	1'000		-1'000	-100%	
318	Wertberichtigungen auf Forderungen	20'409	25'000		-25'000	-100%	
319	Verschiedener Betriebsaufwand	1'400					
342	Kapitalbeschaffungs-/Verwaltungskosten	6'648	7'000		-7'000	-100%	
421	Gebühren für Amtshandlungen	-6'942'630	-6'437'000		6'437'000	100%	
430	Verschiedene betriebliche Erträge		-278		278	100%	
440	Zinsertrag	-1'893	-2'179		2'179	100%	
	Total Aufwand	3'610'104	3'888'769		-3'888'769	-100%	
	Total Ertrag	-6'944'523	-6'439'457		6'439'457	100%	
	Ergebnis Erfolgsrechnung (ohne VK und Transfers)	-3'334'419	-2'550'688		2'550'688	100%	

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2012	Sollstellenplan 2013	Sollstellenplan 2014	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	27.8	28.8		-28.8	-100.0%

2412 Bezirksschreiberei Liestal

Auftrag und Zielsetzungen

Entlastungsmassnahme SID-1 Projekt FOCUS: Schliessung der Bezirksschreibereien aufgrund Reorganisation der Behörden im Zivilrecht. Verzicht auf die Führung eines Amtsnotariats und Zusammenzug der verbleibenden Dienstleistungen zur Zivilrechtsverwaltung Basel-Landschaft.

Erfolgsrechnung (ohne Verpflichtungskredite und Transfers)

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Budget 2014	Abw. Absolut	Abw. %	B
301	Löhne des Verw- und Betriebspersonals	2'576'741	2'849'177		-2'849'177	-100%	
304	Zulagen	25'834	26'648		-26'648	-100%	
305	Arbeitgeberbeiträge	537'119	495'084		-495'084	-100%	
309	Übriger Personalaufwand		1'000		-1'000	-100%	
310	Material- und Warenaufwand	41'359	65'000		-65'000	-100%	
313	Dienstleistungen und Honorare	214'937	166'000		-166'000	-100%	
316	Mieten, Leasing, Pachten, Benützungsgb	23'717	24'000		-24'000	-100%	
317	Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen	1'846	1'000		-1'000	-100%	
318	Wertberichtigungen auf Forderungen	9'149	47'000		-47'000	-100%	
319	Verschiedener Betriebsaufwand	2'529					
342	Kapitalbeschaffungs-/Verwaltungskosten	12'822	12'000		-12'000	-100%	
421	Gebühren für Amtshandlungen	-5'819'688	-5'797'000		5'797'000	100%	
430	Verschiedene betriebliche Erträge	-2'593	-420		420	100%	
440	Zinsertrag	-2'793	-3'000		3'000	100%	
	Total Aufwand	3'446'052	3'686'908		-3'686'908	-100%	
	Total Ertrag	-5'825'074	-5'800'420		5'800'420	100%	
	Ergebnis Erfolgsrechnung (ohne VK und Transfers)	-2'379'022	-2'113'512		2'113'512	100%	

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2012	Sollstellenplan 2013	Sollstellenplan 2014	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	26.1	29.4		-29.4	-100.0%

2413 Bezirksschreiberei Sissach

Auftrag und Zielsetzungen

Entlastungsmassnahme SID-1 Projekt FOCUS: Schliessung der Bezirksschreibereien aufgrund Reorganisation der Behörden im Zivilrecht. Verzicht auf die Führung eines Amtsnotariats und Zusammenzug der verbleibenden Dienstleistungen zur Zivilrechtsverwaltung Basel-Landschaft.

Erfolgsrechnung (ohne Verpflichtungskredite und Transfers)

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Budget 2014	Abw. Absolut	Abw. %	B
300	Behörden, Kommissionen und Richter	465					
301	Löhne des Verw- und Betriebspersonals	1'965'574	2'071'693		-2'071'693	-100%	
304	Zulagen	19'249	6'987		-6'987	-100%	
305	Arbeitgeberbeiträge	404'468	357'598		-357'598	-100%	
309	Übriger Personalaufwand	600					
310	Material- und Warenaufwand	28'463	30'000		-30'000	-100%	
311	Nicht aktivierbare Anlagen		700		-700	-100%	
313	Dienstleistungen und Honorare	174'251	121'000		-121'000	-100%	
316	Mieten, Leasing, Pachten, Benützungsgb	15'785	14'300		-14'300	-100%	
317	Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen	2'470	1'000		-1'000	-100%	
318	Wertberichtigungen auf Forderungen	-1'394	7'800		-7'800	-100%	
319	Verschiedener Betriebsaufwand	370					
342	Kapitalbeschaffungs-/Verwaltungskosten	4'478	5'000		-5'000	-100%	
421	Gebühren für Amtshandlungen	-3'312'973	-3'483'000		3'483'000	100%	
430	Verschiedene betriebliche Erträge	-100	-199		199	100%	
440	Zinsertrag	-1'323					
	Total Aufwand	2'614'779	2'616'078		-2'616'078	-100%	
	Total Ertrag	-3'314'396	-3'483'199		3'483'199	100%	
	Ergebnis Erfolgsrechnung (ohne VK und Transfers)	-699'617	-867'121		867'121	100%	

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2012	Sollstellenplan 2013	Sollstellenplan 2014	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	17.0	19.5		-19.5	-100.0%

2414 Bezirksschreiberei Waldenburg

Auftrag und Zielsetzungen

Entlastungsmassnahme SID-1 Projekt FOCUS: Schliessung der Bezirksschreibereien aufgrund Reorganisation der Behörden im Zivilrecht. Verzicht auf die Führung eines Amtsnotariats und Zusammenzug der verbleibenden Dienstleistungen zur Zivilrechtsverwaltung Basel-Landschaft.

Erfolgsrechnung (ohne Verpflichtungskredite und Transfers)

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Budget 2014	Abw. Absolut	Abw. %	B
301	Löhne des Verw- und Betriebspersonals	839'120	988'846		-988'846	-100%	
304	Zulagen	9'569	8'305		-8'305	-100%	
305	Arbeitgeberbeiträge	130'146	164'573		-164'573	-100%	
309	Übriger Personalaufwand		1'000		-1'000	-100%	
310	Material- und Warenaufwand	12'611	12'500		-12'500	-100%	
313	Dienstleistungen und Honorare	85'338	65'500		-65'500	-100%	
316	Mieten, Leasing, Pachten, Benützungsgelb	5'762	8'500		-8'500	-100%	
317	Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen	2'117	1'000		-1'000	-100%	
318	Wertberichtigungen auf Forderungen	805	11'000		-11'000	-100%	
342	Kapitalbeschaffungs-/Verwaltungskosten	2'274	3'000		-3'000	-100%	
421	Gebühren für Amtshandlungen	-1'485'087	-1'522'000		1'522'000	100%	
430	Verschiedene betriebliche Erträge	-28	-110		110	100%	
440	Zinsertrag	-561	-2'000		2'000	100%	
	Total Aufwand	1'087'743	1'264'224		-1'264'224	-100%	
	Total Ertrag	-1'485'676	-1'524'110		1'524'110	100%	
	Ergebnis Erfolgsrechnung (ohne VK und Transfers)	-397'933	-259'886		259'886	100%	

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2012	Sollstellenplan 2013	Sollstellenplan 2014	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	6.7	9.6		-9.6	-100.0%

2415 Bezirksschreiberei Laufen

Auftrag und Zielsetzungen

Entlastungsmassnahme SID-1 Projekt FOCUS: Schliessung der Bezirksschreibereien aufgrund Reorganisation der Behörden im Zivilrecht. Verzicht auf die Führung eines Amtsnotariats und Zusammenzug der verbleibenden Dienstleistungen zur Zivilrechtsverwaltung Basel-Landschaft.

Erfolgsrechnung (ohne Verpflichtungskredite und Transfers)

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Budget 2014	Abw. Absolut	Abw. %	B
301	Löhne des Verw- und Betriebspersonals	1'185'077	1'238'472		-1'238'472	-100%	
304	Zulagen	7'811	8'305		-8'305	-100%	
305	Arbeitgeberbeiträge	196'894	204'305		-204'305	-100%	
309	Übriger Personalaufwand		1'000		-1'000	-100%	
310	Material- und Warenaufwand	21'953	22'000		-22'000	-100%	
313	Dienstleistungen und Honorare	128'445	70'500		-70'500	-100%	
316	Mieten, Leasing, Pachten, Benützungsgelb	10'238	8'000		-8'000	-100%	
317	Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen	1'880	1'000		-1'000	-100%	
318	Wertberichtigungen auf Forderungen	12'471	7'300		-7'300	-100%	
319	Verschiedener Betriebsaufwand	292					
342	Kapitalbeschaffungs-/Verwaltungskosten	7'132	6'000		-6'000	-100%	
421	Gebühren für Amtshandlungen	-2'315'097	-2'262'500		2'262'500	100%	
430	Verschiedene betriebliche Erträge	-30	-578		578	100%	
440	Zinsertrag	-718	-1'300		1'300	100%	
	Total Aufwand	1'572'193	1'566'881		-1'566'881	-100%	
	Total Ertrag	-2'315'845	-2'264'378		2'264'378	100%	
	Ergebnis Erfolgsrechnung (ohne VK und Transfers)	-743'652	-697'497		697'497	100%	

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2012	Sollstellenplan 2013	Sollstellenplan 2014	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	10.7	11.2		-11.2	-100.0%

Bereich Polizei Basel-Landschaft

Im Rahmen der Optimierung der Hauptabteilung Sicherheit und Ordnung wurde im Evaluationsbericht aufgezeigt, dass eine Erhöhung der Anzahl Sollstellen von insgesamt 15 im Zeitraum von 5 Jahren notwendig ist. Im Jahr 2014 ist somit die 3. Tranche mit einer Erhöhung um 3 Sollstellen vorgesehen. Um die Stellen rascher zu besetzen, wurden für das Jahr 2014 vom Landrat zusätzlich 2.0 Stellen beschlossen (gemäss Budgetpostulat 2013-250_04).

Die Umsetzung der Massnahme SID-KI-5 des EP 12/15 führt zum Wegfall der Wohnungszulage für Polizistinnen und Polizisten in der Höhe von ca. CHF 0.5 Mio. Im Weiteren wird die im Entlastungspaket vorgesehene Aufhebung des Dienstes Organisierte Kriminalität mit dem Wegfall von 5,5 Stellen ab 01.01.2014 umgesetzt.

Erfolgsrechnung

	Rechnung 2012	Budget 2013	Budget 2014	Abw. Absolut	Abw. %
30 Personalaufwand	68'239'446	68'551'069	68'456'487	-94'582	0%
31 Sach- und übriger Betriebsaufwand	6'994'409	8'322'200	7'815'000	-507'200	-6%
34 Finanzaufwand	211'695	150'000	154'500	4'500	3%
36 Transferaufwand	2'448'072	2'640'400	2'765'100	124'700	5%
42 Entgelte	-20'834'773	-26'400'100	-26'403'600	-3'500	0%
44 Finanzertrag	-4'214	-6'000	-9'000	-3'000	-50%
46 Transferertrag	-3'091'327	-3'274'200	-3'361'200	-87'000	-3%
Total Aufwand	77'893'621	79'663'669	79'191'087	-472'582	-1%
Total Ertrag	-23'930'315	-29'680'300	-29'773'800	-93'500	0%
Gesamtergebnis Erfolgsrechnung	53'963'306	49'983'369	49'417'287	-566'082	-1%

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2012	Sollstellenplan 2013	Sollstellenplan 2014	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	491.6	521.9	524.6	2.7	0.5%

- Abbau im Rahmen des Entlastungspakets (Aufhebung Dienst organisierte Kriminalität, Polizei) -5.5 Stellen
- Anstellung von 5 Polizisten im Rahmen der Optimierung der Hauptabteilung Sicherheit und Ordnung. Es handelt sich bei 3.0 Stellen um die 3. Tranche. 2.0 Stellen sind zusätzlich gemäss Budgetpostulat 2013-250_04.
- Umwandlung von 4 befristeten Anstellungen von Sicherheitsassistenten (Vorfürhungen Zwangsmassnahmengericht) 4.0 Stellen
- Anstellung Informatik Polizei wegen zusätzlicher Services und gestiegenem Aufwand 1.0 Stellen
- Transfer zum Generalsekretariat SID aufgrund des ERP Teilprojekts Kreditorenworkflow -0.3 Stellen
- Transfer zur FKD (Dienstleistungszentrum Personal) -1.5 Stellen
- Transfer zur FKD (Zentrale Informatikdienste) -1.0 Stellen
- Transfer aus der Staatsanwaltschaft für die Bearbeitung der Fälle mit unbekannter Täterschaft 1.0

2420 Polizei Basel-Landschaft

Auftrag und Zielsetzungen

Die Aufgaben und der Auftrag der Polizei Basel-Landschaft sind im Polizeigesetz geregelt. Dabei wird der allgemeine Auftrag wie folgt definiert:

§ 2 Allgemeiner Auftrag

- 1 Die Polizei sorgt für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung.
- 2 Sie steht im Dienste der Bevölkerung und der Behörden.

Die Aufgaben sind im Gesetz wie folgt umschrieben:

§ 3 Aufgaben

1 Die Polizei erfüllt folgende Aufgaben:

- a. Sie ergreift Massnahmen, um unmittelbar drohende Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung sowie für Mensch, Tier und Umwelt abzuwehren und eingetretene Störungen zu beseitigen;
- b. Sie trifft Vorkehrungen zur Verhinderung und Bekämpfung von Straftaten;
- c. Sie wirkt auf die Beilegung von Streitigkeiten und auf die Lösung von Konflikten hin;
- d. Sie hilft Menschen, die unmittelbar an Leib und Leben bedroht oder anderweitig in Not sind;
- e. Sie wirkt mit bei der Strafverfolgung sowie unter der Leitung der zuständigen Behörde beim Vollzug in Zivil- und Verwaltungsangelegenheiten.
- f. Sie leistet den Verwaltungs- und Justizbehörden Amts- und Vollzugshilfe, soweit die polizeiliche Mithilfe in Gesetzen, Dekreten, Verordnungen und interkantonalen oder internationalen Vereinbarungen vorgesehen ist;
- g. Sie erfüllt weitere Aufgaben, die ihr durch Gesetz, Dekret und Verordnung übertragen sind.

2 Der Schutz privater Rechte obliegt der Polizei nur dann, wenn:

- a. deren Bestand glaubhaft gemacht wird, und
- b. gerichtlicher Schutz nicht rechtzeitig zu erlangen ist und
- c. ohne polizeiliche Hilfe die Verwirklichung des Rechts vereitelt oder wesentlich erschwert werden könnte.

Erfolgsrechnung (ohne Verpflichtungskredite und Transfers)

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Budget 2014	Abw. Absolut	Abw. %	B
301	Löhne des Verw- und Betriebspersonals	56'098'815	56'418'293	56'481'142	62'849	0%	
304	Zulagen	1'671'776	1'461'536	909'181	-552'355	-38%	1
305	Arbeitgeberbeiträge	9'365'740	9'512'040	9'875'864	363'824	4%	
309	Übriger Personalaufwand	1'103'115	1'159'200	1'190'300	31'100	3%	
310	Material- und Warenaufwand	925'474	1'086'500	1'023'200	-63'300	-6%	
311	Nicht aktivierbare Anlagen	2'095'303	2'708'200	2'797'800	89'600	3%	
312	Ver- und Entsorgung Liegenschaften VV	7'827	16'000	21'000	5'000	31%	
313	Dienstleistungen und Honorare	1'109'455	1'522'800	1'051'100	-471'700	-31%	2
315	Unterhalt Mobilien/immaterielle Anlagen	1'335'663	1'338'300	1'273'500	-64'800	-5%	
316	Mieten, Leasing, Pachten, Benützungsgeb	617'878	663'500	644'000	-19'500	-3%	
317	Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen	669'405	731'900	728'400	-3'500	0%	
318	Wertberichtigungen auf Forderungen	225'850	245'000	245'000	0	0%	
319	Verschiedener Betriebsaufwand	7'554	10'000	31'000	21'000	210%	
341	Realisierte Kursverluste	38'721					
342	Kapitalbeschaffungs-/Verwaltungskosten	172'771	150'000	154'500	4'500	3%	
349	Verschiedener Finanzaufwand	202					
421	Gebühren für Amtshandlungen	-2'564'412	-3'168'000	-3'172'000	-4'000	0%	
422	Spital- und Heimtaxen, Kostgelder	-34'496	-43'000	-43'000	0	0%	
423	Schul- und Kursgelder	-16'000	-20'000	-20'000	0	0%	
424	Benützungsgebühren und Dienstleistungen	-572'478	-806'100	-803'600	2'500	0%	
425	Erlös aus Verkäufen	-17'790	-23'000	-25'000	-2'000	-9%	
426	Rückerstattungen	-447					
427	Bussen	-17'629'151	-22'340'000	-22'340'000	0	0%	

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Budget 2014	Abw. Absolut	Abw. %	B
440	Zinsertrag	-4'214	-6'000	-9'000	-3'000	-50%	
	Total Aufwand	75'445'549	77'023'269	76'425'987	-597'282	-1%	
	Total Ertrag	-20'838'988	-26'406'100	-26'412'600	-6'500	0%	
	Ergebnis Erfolgsrechnung (ohne VK und Transfers)	54'606'562	50'617'169	50'013'387	-603'782	-1%	

- 1 Mit dem Wegfall der Wohnungszulage (Entlastungsmassnahme SID-KI-5) konnte der Aufwand gesenkt werden.
- 2 Auf Grund der Erfahrungswerte 2012 wurde der Budgetbetrag reduziert.

Transferaufwand und -ertrag

Transfer	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Budget 2014	Abw. Absolut	Abw. %	B
Sicherheit und Ordnung	361	Entschädigungen an Gemeinwesen & Dritte	17'276					
	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	22'448	22'000	22'000	0	0%	
	461	Entschädigungen von Gemeinwesen & Dritte	-578'628	-388'000	-533'000	-145'000	-37%	1
Kriminalitätsbekämpfung	361	Entschädigungen an Gemeinwesen & Dritte	850'448	691'500	888'000	196'500	28%	2
	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	30'993	23'200	23'200	0	0%	
	461	Entschädigungen von Gemeinwesen & Dritte	-308'225	-300'000	-300'000	0	0%	
Verkehrssicherheit	361	Entschädigungen an Gemeinwesen & Dritte	422'405	500'000	451'000	-49'000	-10%	
	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	6'455	20'000	20'000	0	0%	
	461	Entschädigungen von Gemeinwesen & Dritte	-1'399'028	-1'615'600	-1'555'600	60'000	4%	
Support und HR	361	Entschädigungen an Gemeinwesen & Dritte	20'275	106'200	70'900	-35'300	-33%	
	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	112'763	127'500	140'000	12'500	10%	
	461	Entschädigungen von Gemeinwesen & Dritte	-581'611	-720'600	-722'600	-2'000	0%	
SV IPH Hitzkirch	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	965'008	1'150'000	1'150'000	0	0%	
	461	Entschädigungen von Gemeinwesen & Dritte	-223'835	-250'000	-250'000	0	0%	
Total Transferaufwand			2'448'072	2'640'400	2'765'100	124'700	5%	
Total Transferertrag			-3'091'327	-3'274'200	-3'361'200	-87'000	-3%	
Transfers (Netto)			-643'255	-633'800	-596'100	37'700	6%	

- 1 Die Erhöhung resultiert aus einer Verschiebung eines Budgetwertes für Veranstaltungen aus dem Konto 424 Benützungsgebühren und Dienstleistungen. Diese Massnahme führt zu einer höheren Ertragstransparenz.
- 2 Bereits die Erfahrungszahlen des Jahres 2012 zeigen, dass aufgrund der gestiegenen Einbruchzahlen die Budgetwerte für DNA-Analysen, welche durch das Institut für Rechtsmedizin (IRM) erstellt werden, erhöht werden müssen.

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2012	Sollstellenplan 2013	Sollstellenplan 2014	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	491.6	521.9	524.6	2.7	0.5%

- Abbau im Rahmen des Entlastungspakets (Aufhebung Dienst organisierte Kriminalität, Polizei) -5.5 Stellen
- Anstellung von 5 Polizisten im Rahmen der Optimierung der Hauptabteilung Sicherheit und Ordnung. Es handelt sich bei 3.0 Stellen um die 3. Tranche. 2.0 Stellen sind zusätzlich gemäss Budgetpostulat 2013-250_04.
- Umwandlung von 4 befristeten Anstellungen von Sicherheitsassistenten (Vorführungen Zwangsmassnahmengerecht) 4.0 Stellen
- Anstellung Informatik Polizei wegen zusätzlicher Services und gestiegenem Aufwand 1.0 Stellen
- Transfer zum Generalsekretariat SID aufgrund des ERP Teilprojekts Kreditorenworkflow -0.3 Stellen
- Transfer zur FKD (Dienstleistungszentrum Personal) -1.5 Stellen
- Transfer zur FKD (Zentrale Informatikdienste) -1.0 Stellen
- Transfer aus der Staatsanwaltschaft für die Bearbeitung der Fälle mit unbekannter Täterschaft 1.0

Jahresprogramm

2420.001 Sicherheitspolizeiliches Früherkennungs- und Warnsystem

Schwerpunktfeld "Zusammenleben in Baselland" (Legislaturziel R-Z-3, Direktionsziel SID-Z-4, SID-Z-6, Massnahme SID 6 und SID 7)

Die Arbeit der Polizei BL wird effektiver, wenn im Voraus klar ist, wann, wo mit welchen Delikten zu rechnen ist. Die Polizei BL wird die Delikte im Bereich Einbruchdiebstahl, Taschendiebstahl und Fahrzeugaufbrüche täglich auswerten und dokumentieren. Durch Vergleich mit den Vorjahren und die geografische Dokumentation werden "Verbrechensmuster" erarbeitet. Es lassen sich so Voraussagen machen über periodisch oder geografisch wiederkehrende Kriminalereignisse. Für die konkrete Einsatzplanung sind diese Erkenntnisse von grossem Wert. Im Weiteren können - mit Einbindung der Bevölkerung - gezielt öffentliche Präventionsmassnahmen umgesetzt werden, damit die erwarteten Delikte gar nicht stattfinden können. Die Polizei BL wird im Jahr 2014 das entsprechende Konzept erarbeiten und auch operativ umsetzen.

2420.002 Führungs- und Kulturentwicklungsprozess

Schwerpunktfeld "Effizientes und effektives staatliches Handeln" (Legislaturziel R-SH-3 und R-SH-4, Direktionsziel SID-SH-2)

In den Jahren 2011 bis 2013 wurden betriebsweite Teamentwicklungen mit Führungsgremien, ein Führungsleitbild, Kulturtag mit allen Mitarbeitenden und ein Pilotlehrgang "Change Management" durchgeführt. Die dabei erarbeiteten Grundlagen werden in den Jahren 2014 und 2015 in den betrieblichen Alltag überführt. Die Erkenntnisse werden zum vertrauten Element der Organisationskultur und das Handeln von Vorgesetzten und Mitarbeitenden bestimmen. Der Kaderlehrgang wird im 2014 überarbeitet und polizeiintern den Mitarbeitenden angeboten. Auf diese Weise kann die Effizienz gesteigert und die Gleichstellung gefördert werden.

2420.003 Ausweitung der Präventionstätigkeit gegen Jugendkriminalität

Schwerpunktfeld "Zusammenleben in Baselland" (Legislaturziel R-Z-1 und R-Z-3, Direktionsziel SID-Z4, SID-Z-5, SID-Z-6, Massnahme SID 8) Die Präventionsstelle des Jugenddienstes wird in Absprache mit der Jugendanwaltschaft auch weiterhin mit flächendeckenden Präventionsveranstaltungen und Klassenbesuchen die Zielgruppe zu Themen wie Gewalt, Missbrauch neuer Medien, etc. sowie Konsequenzen für Opfer und Täter von Gewaltstraftaten ansprechen. Ziel dieser Einsätze ist es, durch Aufklärung und Einsicht Straftaten zu verhindern und das vorhandene Netzwerk zu Lehrern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen weiter auszubauen. Trotz erfreulich rückläufigen Tendenzen bei der Jugendkriminalität muss diese Tätigkeit aufrecht erhalten werden, gilt es doch, auch die nachfolgenden Altersgruppen zeitgerecht zu erfassen.

2420.004 Projekt Aufklärung und Zusammenarbeit plus

Schwerpunktfeld "Zusammenleben in Baselland" (Legislaturziel R-Z-3, Direktionsziel SID-Z-4SID-Z-6)

Hohe Delikts-Aufklärungsraten erhöhen die Sicherheit und wirken gleichzeitig präventiv, da das Risiko für die Täterinnen und Täter steigt. Im Rahmen des Projekts "Aufklärung und Zusammenarbeit plus" wird die Zusammenarbeit zwischen der Polizei BL und der Staatsanwaltschaft intensiviert. Die beiden Behörden informieren sich frühzeitig über Aktionen und Ermittlungstätigkeiten und arbeiten in der Aus- und Weiterbildung noch enger zusammen.

Für das Jahr 2014 wurde ein konkretes Ziel definiert: In 6 der folgenden 8 Delikte wird die Aufklärungsrate in unserem Kanton höher sein als im schweizerische Durchschnitt: Einbruchdiebstahl, einfache Körperverletzung, Raub, Vergewaltigung, sexuelle Nötigung, sexuelle Handlungen mit Kindern, Brandstiftung, Taschendiebstahl.

Bereich Sicherheit 1

Zum Bereich Sicherheit 1 gehören die folgenden Organisationseinheiten:

Amt für Migration (Dienststelle 2430)

Amt für Militär und Bevölkerungsschutz (Dienststelle 2431)

Motorfahrzeugkontrolle (Dienststelle 2432)

Vom Amt für Militär und Bevölkerungsschutz und der Motorfahrzeugkontrolle werden gesamthaft 0.4 Sollstellen an das Generalsekretariat zu Gunsten Kreditorenworkflow und HR-Beratung transferiert.

Die Budgetunterschreitung bei den Durchlaufenden Beträgen ist kostenneutral infolge Rückerstattung durch das Bundesamt für Migration.

Der mit der Saldovorgabe Budget 2014 berücksichtigte Ausfall einer nicht realisierten Umsetzung einer EP-Massnahme bei der Motorfahrzeugkontrolle bewirkt einen Ertragsrückgang in der Kontengruppe 42. Eine nachhaltige Kompensation dieser Einbusse wird angestrebt.

Die Mehreinnahmen beim Transferertrag sind auf den Zuwachs beim Wehrpflichtersatz (siehe auch Erläuterung Profitcenter 2431) zurückzuführen.

Erfolgsrechnung

	Rechnung 2012	Budget 2013	Budget 2014	Abw. Absolut	Abw. %
30 Personalaufwand	11'950'273	11'764'152	12'035'908	271'756	2%
31 Sach- und übriger Betriebsaufwand	4'334'693	4'291'751	4'042'896	-248'855	-6%
33 Abschreibungen Verwaltungsvermögen	1'100'429	1'108'660	1'099'466	-9'194	-1%
34 Finanzaufwand	111'244	122'000	122'000	0	0%
36 Transferaufwand	229'593	275'200	259'400	-15'800	-6%
37 Durchlaufende Beiträge	1'240'910	1'570'000	1'250'000	-320'000	-20%
42 Entgelte	-10'153'486	-12'126'500	-11'346'000	780'500	6%
43 Verschiedene Erträge	-63'651	-32'600	-37'200	-4'600	-14%
44 Finanzertrag	-129'921	-169'900	-159'900	10'000	6%
46 Transferertrag	-4'555'682	-3'897'290	-4'553'600	-656'310	-17%
47 Durchlaufende Beiträge	-1'240'910	-1'570'000	-1'250'000	320'000	20%
Total Aufwand	18'967'141	19'131'763	18'809'670	-322'093	-2%
Total Ertrag	-16'143'649	-17'796'290	-17'346'700	449'590	3%
Gesamtergebnis Erfolgsrechnung	2'823'492	1'335'473	1'462'970	127'497	10%

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2012	Sollstellenplan 2013	Sollstellenplan 2014	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	100.0	105.9	105.5	-0.4	-0.4%

Die Abweichungen zum Sollstellenplan werden auf Stufe Profitcenter begründet.

2430 Amt für Migration

Auftrag und Zielsetzungen

Das Amt für Migration klärt und regelt die Anwesenheitsberechtigung von ausländischen Personen im Kanton Basel-Landschaft. Es wendet die Bestimmungen des Ausländergesetzes, des Asylgesetzes, des EU-Freizügigkeitsabkommens sowie der jeweiligen Verordnungen und Weisungen an.

Erfolgsrechnung (ohne Verpflichtungskredite und Transfers)

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Budget 2014	Abw. Absolut	Abw. %	B
301	Löhne des Verw- und Betriebspersonals	2'924'193	2'810'264	2'813'241	2'977	0%	
304	Zulagen	47'567	34'123	31'826	-2'297	-7%	
305	Arbeitgeberbeiträge	493'051	475'080	528'604	53'524	11%	1
309	Übriger Personalaufwand	917					
310	Material- und Warenaufwand	56'404	41'000	43'500	2'500	6%	
311	Nicht aktivierbare Anlagen	1'614		2'000	2'000	X	
313	Dienstleistungen und Honorare	257'870	350'200	343'000	-7'200	-2%	
317	Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen	13'281	9'000	28'000	19'000	211%	
318	Wertberichtigungen auf Forderungen	24'407	13'500	20'000	6'500	48%	
319	Verschiedener Betriebsaufwand	155'243	301'000	161'000	-140'000	-47%	2
370	Durchlaufende Beiträge	744'651	1'100'000	800'000	-300'000	-27%	3
421	Gebühren für Amtshandlungen	-1'877'277	-2'655'500	-2'320'000	335'500	13%	4
426	Rückerstattungen	-420					
430	Verschiedene betriebliche Erträge	-2'520					
440	Zinsertrag	-21	-500	-500	0	0%	
470	Durchlaufende Beiträge	-744'651	-1'100'000	-800'000	300'000	27%	5
	Total Aufwand	4'719'198	5'134'167	4'771'171	-362'996	-7%	
	Total Ertrag	-2'624'890	-3'756'000	-3'120'500	635'500	17%	
	Ergebnis Erfolgsrechnung (ohne VK und Transfers)	2'094'308	1'378'167	1'650'671	272'504	20%	

- 1 Folge aus befristeter Anstellung von 1.4 Stellen für die Erstinformationsgespräche. Die Finanzierung dieser Stellen ist durch Mittel des Bundes aus der Fachstelle Integration garantiert und auf dem Konto 301 abgebildet.
- 2 Rückgang der Verwaltungskosten aufgrund eines neuen Vertrags mit Basel-Stadt für nicht belegte Haftplätze im Ausschaffungsgefängnis Bässlergut.
- 3 Senkung des Durchlaufbetrags der Ausschaffungskosten infolge verminderter Anzahl Haftplätze und -tage, die dem Bundesamt für Migration verrechnet werden. Kostenneutral, siehe Kto. 470
- 4 Die EP-Massnahme SID-KI-26 (Gebühren) ist umgesetzt und wird somit bereits verlangt. Für das Budget 2014 wurden als Grundlagen detaillierte Berechnungen aufgrund der effektiven ausländischen Wohnbevölkerung und der zu erwartenden Gebühreneinnahmen sowie eine Anpassung an die Rechnung 2012 herangezogen.
- 5 Senkung des Durchlaufbetrags der Ausschaffungskosten infolge verminderter Anzahl Haftplätze- und Tage, die dem Bundesamt für Migration verrechnet werden. Kostenneutral, siehe Kto. 370

Transferaufwand und -ertrag

Transfer	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Budget 2014	Abw. Absolut	Abw. %	B
Migration	361	Entschädigungen an Gemeinwesen & Dritte	225'058	256'000	250'000	-6'000	-2%	
	463	Beiträge von Gemeinwesen und Dritten	-419'709	-300'000	-200'000	100'000	33%	1
Haftkosten Asyl	463	Beiträge von Gemeinwesen und Dritten			-400'000	-400'000	X	2
Total Transferaufwand			225'058	256'000	250'000	-6'000	-2%	
Total Transferertrag			-419'709	-300'000	-600'000	-300'000	-100%	
Transfers (Netto)			-194'651	-44'000	-350'000	-306'000	-695%	

- 1 Reduktion der Verwaltungskostenpauschale des Bundes.
- 2 Neuer Kostenbeitrag des Kantonalen Sozialamtes an die Haftkosten Asyl, welche nicht durch den Bund rückvergütet werden.

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2012	Sollstellenplan 2013	Sollstellenplan 2014	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	27.6	27.8	27.8	0.0	0.0%

Jahresprogramm

2430.001 Konsequente Wegweisung von Straftätern und Verdächtigen

Schwerpunktfeld "Zusammenleben in Baselland" (Legislaturziel R-Z-1, R-Z-3, Direktionsziel SID-Z-4)

Begeht eine Ausländerin oder ein Ausländer ein schweres Verbrechen oder Vergehen (Delikte gegen Leib und Leben, die sexuelle Integrität, das Betäubungsmittel- und das Strassenverkehrsgesetz sowie das Eigentum), muss er oder sie mit ausländerrechtlichen Sanktionen (Ermahnung, Verwarnung, Wegweisung aus der Schweiz) rechnen.

Im Jahr 2014 wird das Amt für Migration einen Schwerpunkt im Bereich der Delikte der Häuslichen Gewalt setzen.

2431 Amt für Militär und Bevölkerungsschutz

Auftrag und Zielsetzungen

Die Dienststelle besorgt die vom Bund dem Kanton übertragenen Aufgaben des Militär- und Zivilschutzwesens, des Wehrpflichtersatzes, des Waffenplatzes, der wirtschaftlichen Landesversorgung, der Kantonalen Sicherheitskooperation sowie die der Direktion übertragenen Aufgaben in den Bereichen des Bevölkerungsschutzes und des Kulturgüterschutzes.

Erfolgsrechnung (ohne Verpflichtungskredite und Transfers)

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Budget 2014	Abw. Absolut	Abw. %	B
300	Behörden, Kommissionen und Richter	112'205	40'000	139'750	99'750	249%	1,A
301	Löhne des Verw- und Betriebspersonals	4'442'192	4'428'830	4'450'867	22'037	1%	
304	Zulagen	51'961	42'430	43'397	968	2%	
305	Arbeitgeberbeiträge	732'735	671'152	731'079	59'927	9%	
309	Übriger Personalaufwand	26'166	22'000	32'400	10'400	47%	
310	Material- und Warenaufwand	200'459	217'974	204'583	-13'391	-6%	
311	Nicht aktivierbare Anlagen	1'040'907	375'000	458'000	83'000	22%	2
312	Ver- und Entsorgung Liegenschaften VV	3'562					
313	Dienstleistungen und Honorare	1'108'422	1'261'550	1'185'350	-76'200	-6%	
314	Baulicher und betrieblicher Unterhalt	142'400	153'500	159'000	5'500	4%	
315	Unterhalt Mobilien/immaterielle Anlagen	242'396	294'700	297'100	2'400	1%	
316	Mieten, Leasing, Pachten, Benützungsgeb	48'081	22'500	32'500	10'000	44%	
317	Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen	104'320	124'100	135'800	11'700	9%	
318	Wertberichtigungen auf Forderungen	40'132	90'000	90'000	0	0%	
319	Verschiedener Betriebsaufwand	1'500					
330	Abschreibungen Sachanlagen VV	1'100'429	1'108'660	1'099'466	-9'194	-1%	
341	Realisierte Kursverluste	76					
342	Kapitalbeschaffungs-/Verwaltungskosten	16'669	17'000	17'000	0	0%	
370	Durchlaufende Beiträge	496'258	470'000	450'000	-20'000	-4%	
421	Gebühren für Amtshandlungen	-2'180					
424	Benützungsgebühren und Dienstleistungen	-9'519	-70'000	-40'000	30'000	43%	
425	Erlös aus Verkäufen	-51'905	-120'000	-72'000	48'000	40%	
426	Rückerstattungen	-61'675	-112'000	-42'000	70'000	63%	3
427	Bussen	-80'807	-101'000	-91'000	10'000	10%	
429	Übrige Entgelte			-21'000	-21'000		X
430	Verschiedene betriebliche Erträge	-61'131	-32'600	-37'200	-4'600	-14%	
440	Zinsertrag	-634	-400	-400	0	0%	
446	Finanzertrag von öff Unternehmungen	-9'795	-50'000	-40'000	10'000	20%	
447	Liegenschaftenertrag VV	-119'396	-118'000	-118'000	0	0%	
470	Durchlaufende Beiträge	-496'258	-470'000	-450'000	20'000	4%	
	Total Aufwand	9'910'871	9'339'396	9'526'292	186'897	2%	
	Total Ertrag	-893'301	-1'074'000	-911'600	162'400	15%	
	Ergebnis Erfolgsrechnung (ohne VK und Transfers)	9'017'570	8'265'396	8'614'692	349'297	4%	

- Nach 17 Jahren findet wieder eine gesamtschweizerische Sicherheitsverbandsübung (SVU 14) statt, in der die ganze Krisenorganisation des Kantons Baselland involviert ist. Die Entschädigung für die Teilnehmer der "SVU 14" wird der Kontengruppe 300 belastet.
- Die infolge Projektverzögerung "Umnutzung Zeughaus Liestal" per Kreditübertrag eingefrorenen Gelder für die vorgesehene audiovisuelle Ausrüstung der Schulungsräume konnten mit der Rechnung 2012 nicht ausgelöst werden und sind nun wieder ordentlich im Budget 2014 eingestellt.
- Einnahmen von Verursachern aus Schadenfällen der Oel- und Chemiewehr sind variabel. Aus Gründen der Transparenz werden aufwandseitig nur noch Schadenereignisse budgetiert, deren Verursacher nicht ermittelt werden kann. Somit entfallen ertragsseitig bisher budgetierte Einnahmen.

Transferaufwand und -ertrag

Transfer	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Budget 2014	Abw. Absolut	Abw. %	B
Militär-, Unterhalt u. Vergütungen	460	Ertragsanteile von Dritten	-1'614'043	-1'100'000	-1'400'000	-300'000	-27%	1
	461	Entschädigungen von Gemeinwesen & Dritte	-2'180'659	-2'156'290	-2'212'600	-56'310	-3%	
Zivilschutz und Schadenwehren	461	Entschädigungen von Gemeinwesen & Dritte	-21'000	-21'000	-21'000	0	0%	
	463	Beiträge von Gemeinwesen und Dritten	-56'362	-50'000	-50'000	0	0%	
Verbandsbeiträge	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	4'535	19'200	9'400	-9'800	-51%	
Total Transferaufwand			4'535	19'200	9'400	-9'800	-51%	
Total Transferertrag			-3'872'063	-3'327'290	-3'683'600	-356'310	-11%	
Transfers (Netto)			-3'867'528	-3'308'090	-3'674'200	-366'110	-11%	

1 Die Erträge beim Wehrpflichtersatz werden erstmals nach dem im Finanzhaushaltsgesetz geforderten Bruttoprinzip budgetiert.

Investitionen

Investitionsvorhaben	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Budget 2014	Abw. Absolut	Abw. %	B
Ölwehrmassnahmen auf Fliessgewässern	50	Sachanlagen		450'000		-450'000	-100%	1
Sicherheitsfunknetz Polycom	50	Sachanlagen	119'071					
Total Investitionsausgaben			119'071	450'000		-450'000	-100%	
Total Investitionseinnahmen								
Total Nettoinvestitionen			119'071	450'000		-450'000	-100%	

1 Es wird keine neue Kredittranche eingestellt. Der Verpflichtungskredit wird per Ende 2013 abgerechnet.

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2012	Sollstellenplan 2013	Sollstellenplan 2014	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	40.2	43.2	43.0	-0.2	-0.5%

Abnahme Stellenkontingent infolge Stellenverschiebung zum Generalsekretariat infolge Einführung des Kreditorenworkflows.

Jahresprogramm

A 2431.001 Sicherheitsverbandsübung

Schwerpunktfeld "Natur und Klimawandel" (Legislaturziel R-NK-1 und R-NK-4, Direktionsziel SID-NK-1, Massnahme SID 13)

Grosse Ereignisse von nationaler Bedeutung müssen von den Krisenorganisationen bewältigt werden können. Daher führen Bund, Kantone, Gemeinden und Systembetreiber im November 2014 im Rahmen des Sicherheitsverbands Schweiz eine praxisbezogene Übung durch. Grundszenario für die Übung 2014 ist ein längerdauerndes und grossflächiges Stromversorgungsproblem, das zu einer Notlage in der Schweiz führt. Die Stromversorgungsnotlage wird durch eine Grippepandemie zusätzlich verschärft. Die Übung ermöglicht es Kanton und Gemeinden, ihre Vorsorgeplanung auf einen zweckmässigen Stand zu bringen und eine Abstimmung mit dem überarbeiteten nationalen Pandemieplan zu erreichen. Während den drei Übungswochen haben die Führungsorgane der öffentlichen Hand die Möglichkeit, ihre Zusammenarbeit zu trainieren und zu festigen.

2432 Motorfahrzeugkontrolle

Auftrag und Zielsetzungen

Die Motorfahrzeugkontrolle besorgt die der Direktion übertragenen Aufgaben in den Bereichen Administration des motorisierten Strassenverkehrs sowie des Einzugs der eidgenössischen und kantonalen Verkehrsabgaben. Sie ist für das Inkasso der Verkehrssteuern zuständig.

Erfolgsrechnung (ohne Verpflichtungskredite und Transfers)

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Budget 2014	Abw. Absolut	Abw. %	B
301	Löhne des Verw- und Betriebspersonals	2'636'984	2'805'025	2'826'752	21'727	1%	
304	Zulagen	30'020	22'738	25'309	2'570	11%	
305	Arbeitgeberbeiträge	441'703	389'510	384'683	-4'827	-1%	
309	Übriger Personalaufwand	10'579	23'000	28'000	5'000	22%	
310	Material- und Warenaufwand	483'889	541'727	507'063	-34'664	-6%	
311	Nicht aktivierbare Anlagen	9'749	20'000	20'000	0	0%	
312	Ver- und Entsorgung Liegenschaften VV		5'000	5'000	0	0%	
313	Dienstleistungen und Honorare	332'856	328'000	188'000	-140'000	-43%	1
315	Unterhalt Mobilien/immaterielle Anlagen	5'906	10'000	10'000	0	0%	
317	Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen	8'746	30'000	30'000	0	0%	
318	Wertberichtigungen auf Forderungen	49'014	100'000	120'000	20'000	20%	
319	Verschiedener Betriebsaufwand	3'535	3'000	3'000	0	0%	
342	Kapitalbeschaffungs-/Verwaltungskosten	94'499	105'000	105'000	0	0%	
421	Gebühren für Amtshandlungen	-6'564'610	-7'216'000	-7'049'000	167'000	2%	
425	Erlös aus Verkäufen	-1'475'226	-1'752'000	-1'611'000	141'000	8%	
426	Rückerstattungen	-29'867	-51'000	-51'000	0	0%	
429	Übrige Entgelte		-49'000	-49'000	0	0%	
440	Zinsertrag	-74	-1'000	-1'000	0	0%	
	Total Aufwand	4'107'479	4'383'000	4'252'807	-130'193	-3%	
	Total Ertrag	-8'069'776	-9'069'000	-8'761'000	308'000	3%	
	Ergebnis Erfolgsrechnung (ohne VK und Transfers)	-3'962'297	-4'686'000	-4'508'193	177'807	4%	

1 Aufwandreduktion durch nachhaltige Einsparungen bei Portokosten und Versicherungsprämien.

Transferaufwand und -ertrag

Transfer	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Budget 2014	Abw. Absolut	Abw. %	B
Motorfahrzeugkontrolle	461	Entschädigungen von Gemeinwesen & Dritte	-263'910	-270'000	-270'000	0	0%	
Total Transferaufwand								
Total Transferertrag			-263'910	-270'000	-270'000	0	0%	
Transfers (Netto)			-263'910	-270'000	-270'000	0	0%	

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2012	Sollstellenplan 2013	Sollstellenplan 2014	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	32.2	34.9	34.7	-0.2	-0.6%

Abnahme Kontingent infolge Stellentransfer an das Generalsekretariat zu Gunsten Neuausrichtung HR-Beratung.

Jahresprogramm

2432.001 Erweiterung Dienstleistungsangebot

Schwerpunktfeld "Effizientes und effektives staatliches Handeln" (Legislaturziele R-SH-3 und R-AK-4)

Die Motorfahrzeugkontrolle schuf ein Dienstleistungsangebot bei der Motorfahrzeug-Prüfstation in Münchenstein. In der ersten Etappe richtet sich das Dienstleistungsangebot an das Garagengewerbe. Die Dienstleistung vor Ort erlaubt es, ein Auto technisch prüfen zu lassen bei der Motorfahrzeug-Prüfstation und anschliessend am gleichen Ort - ohne nach Füllinsdorf fahren zu müssen - die administrativen Nachführungen (Fahrzeugausweis usw.) zu erledigen.

Diese Dienstleistung vor Ort in Münchenstein soll - sofern es die räumlichen und personellen Ressourcen erlauben - auch für Private angeboten werden. Zudem wird die aktive Zusammenarbeit mit den Motorfahrzeugkontrollen Basel-Stadt und Solothurn sowie dem Strassenverkehrsamt des Kantons Aargau gesucht.

Bereich Sicherheit 2

Der Bereich Sicherheit 2 umfasst das Massnahmenzentrum für junge Erwachsene Arxhof und die Jugendanwaltschaft. Das Massnahmenzentrum für junge Erwachsene Arxhof ist eine offene Einrichtung des Straf- und Massnahmenvollzugs. Die Jugendanwaltschaft ist in der Jugendstrafrechtspflege tätig.

Gemäss Entlastungspaket spart der Bereich Sicherheit 2 im Jahr 2014 weitere CHF 0.31 Mio. ein.

Erfolgsrechnung

	Rechnung 2012	Budget 2013	Budget 2014	Abw. Absolut	Abw. %
30 Personalaufwand	10'045'038	10'535'698	10'708'286	172'588	2%
31 Sach- und übriger Betriebsaufwand	3'433'579	3'439'300	3'132'592	-306'708	-9%
34 Finanzaufwand	1'442	2'200	2'200	0	0%
36 Transferaufwand	108'373	113'000	113'000	0	0%
42 Entgelte	-2'290'807	-1'763'751	-1'984'630	-220'879	-13%
43 Verschiedene Erträge	-125	-4'000	-4'000	0	0%
44 Finanzertrag	-117'223	-100'400	-100'400	0	0%
46 Transferertrag	-6'675'154	-8'326'047	-8'326'047	0	0%
Total Aufwand	13'588'433	14'090'198	13'956'078	-134'120	-1%
Total Ertrag	-9'083'309	-10'194'198	-10'415'077	-220'879	-2%
Gesamtergebnis Erfolgsrechnung	4'505'124	3'896'000	3'541'001	-354'999	-9%

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2012	Sollstellenplan 2013	Sollstellenplan 2014	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	69.6	72.4	72.2	-0.2	-0.3%

Aufgrund des ERP-Projekts "Kreditorenworkflow" wird der Sollstellenplan 2014 um 0.20 Stellen gekürzt, d.h. es wird ein Stellentransfer zum Generalsekretariat SID vorgenommen.

2441 Jugendanwaltschaft

Auftrag und Zielsetzungen

Die Jugendanwaltschaft untersucht Straftaten, die von Jugendlichen begangen worden sind. Sie beurteilt die Straftaten selbständig, ausser wenn es sich um Freiheitsstrafen von über 3 Monaten oder um stationäre Unterbringungen handelt. In den letztgenannten Fällen überweist sie diese dem Jugendgericht zur Beurteilung. Die Jugendanwaltschaft ist auch für den Vollzug der Strafen und Massnahmen zuständig. In den vergangenen Jahren hat sie ihre Präventionsarbeit wesentlich verstärkt und erweitert.

Die Jugendanwaltschaft hat die vorgesehenen Entlastungsmassnahmen im Budget 2014 eingesetzt.

Erfolgsrechnung (ohne Verpflichtungskredite und Transfers)

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Budget 2014	Abw. Absolut	Abw. %	B
301	Löhne des Verw- und Betriebspersonals	1'699'923	1'770'852	1'758'673	-12'179	-1%	
304	Zulagen	19'682	7'511	13'168	5'657	75%	
305	Arbeitgeberbeiträge	265'617	303'487	307'573	4'086	1%	
309	Übriger Personalaufwand	50					
310	Material- und Warenaufwand	12'337	20'000	10'000	-10'000	-50%	
313	Dienstleistungen und Honorare	149'492	90'500	90'500	0	0%	
316	Mieten, Leasing, Pachten, Benützungsgb	6'145					
317	Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen	8'151	7'000	16'000	9'000	129%	
318	Wertberichtigungen auf Forderungen	19'937	2'500	2'500	0	0%	
342	Kapitalbeschaffungs-/Verwaltungskosten	1'016	1'000	1'000	0	0%	
426	Rückerstattungen	-38'353					
427	Bussen	-123'957	-212'751	-212'750	1	0%	
430	Verschiedene betriebliche Erträge	-125	-4'000	-4'000	0	0%	
440	Zinsertrag	-12	-100	-100	0	0%	
	Total Aufwand	2'182'351	2'202'851	2'199'414	-3'437	0%	
	Total Ertrag	-162'446	-216'851	-216'850	1	0%	
	Ergebnis Erfolgsrechnung (ohne VK und Transfers)	2'019'905	1'986'000	1'982'564	-3'436	0%	

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2012	Sollstellenplan 2013	Sollstellenplan 2014	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	13.6	13.6	13.6	0.0	0.0%

2442 Arxhof, Massnahmenzentrum für junge Erwachsene

Auftrag und Zielsetzungen

Der Arxhof, Massnahmenzentrum für junge Erwachsene, ist eine offene Einrichtung des Straf- und Massnahmenvollzugs des Konkordats der Nordwest- und Innerschweiz. Er wendet sich an entwicklungsgefährdete, kriminelle, gewalttätige und süchtige junge Männer im Alter von 17 bis 25 Jahren. Der Arxhof arbeitet mit dem Ansatz eines sozialtherapeutischen Milieus und mit den Grundsätzen der Selbsthilfe. Schwerpunkte der Resozialisierung bilden die verschiedenen sozialpädagogischen Lernfelder, die Psychotherapie sowie die Berufsausbildung in den Lehrbetrieben und in der internen Berufsschule.

Der Arxhof hat die vorgesehenen Entlastungsmassnahmen im Budget 2014 eingesetzt.

Erfolgsrechnung (ohne Verpflichtungskredite und Transfers)

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Budget 2014	Abw. Absolut	Abw. %	B
301	Löhne des Verw- und Betriebspersonals	6'625'299	7'018'472	7'188'534	170'062	2%	
304	Zulagen	121'646	93'707	105'369	11'662	12%	
305	Arbeitgeberbeiträge	1'115'026	1'176'668	1'209'969	33'300	3%	
309	Übriger Personalaufwand	197'794	165'000	125'000	-40'000	-24%	
310	Material- und Warenaufwand	1'549'596	1'559'000	1'541'792	-17'208	-1%	
311	Nicht aktivierbare Anlagen	236'060	270'000	171'500	-98'500	-36%	1
312	Ver- und Entsorgung Liegenschaften VV	122'697	120'000	120'000	0	0%	
313	Dienstleistungen und Honorare	782'314	699'300	699'300	0	0%	
314	Baulicher und betrieblicher Unterhalt	337'416	366'000	216'000	-150'000	-41%	2
315	Unterhalt Mobilien/immaterielle Anlagen	127'357	185'000	145'000	-40'000	-22%	
317	Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen	86'798	115'000	115'000	0	0%	
318	Wertberichtigungen auf Forderungen	-4'720	5'000	5'000	0	0%	
341	Realisierte Kursverluste	6					
342	Kapitalbeschaffungs-/Verwaltungskosten	421	1'200	1'200	0	0%	
422	Spital- und Heimtaxen, Kostgelder	-99'128	-110'000	-110'000	0	0%	
425	Erlös aus Verkäufen	-1'981'503	-1'439'000	-1'659'880	-220'880	-15%	3
426	Rückerstattungen	-47'867	-2'000	-2'000	0	0%	
440	Zinsertrag	-35	-300	-300	0	0%	
447	Liegenschaftenertrag VV	-117'176	-100'000	-100'000	0	0%	
	Total Aufwand	11'297'709	11'774'347	11'643'664	-130'683	-1%	
	Total Ertrag	-2'245'709	-1'651'300	-1'872'180	-220'880	-13%	
	Ergebnis Erfolgsrechnung (ohne VK und Transfers)	9'051'999	10'123'047	9'771'484	-351'563	-3%	

1 Abnahme infolge Umsetzung EP 12/15.

2 Abnahme infolge Umsetzung EP 12/15.

3 Lieferungen an die BUD werden in der Regel intern verrechnet und erscheinen hier nicht. Wenn diese Lieferungen aber in der Bilanz aktiviert werden, müssen sie als normaler Erlös verbucht werden. Dieser Anteil hat sich in der Vergangenheit erhöht und wurde deshalb höher berücksichtigt, was als Mehrertrag ausgewiesen wird.

Transferaufwand und -ertrag

Transfer	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Budget 2014	Abw. Absolut	Abw. %	B
Prävention Sucht und Gewalt	361	Entschädigungen an Gemeinwesen & Dritte	95'456	103'000	103'000	0	0%	
	463	Beiträge von Gemeinwesen und Dritten	-6'675'154	-8'326'047	-8'326'047	0	0%	

Transfer	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Budget 2014	Abw. Absolut	Abw. %	B
Verbandsbeiträge	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	12'917	10'000	10'000	0	0%	
Total Transferaufwand			108'373	113'000	113'000	0	0%	
Total Transferertrag			-6'675'154	-8'326'047	-8'326'047	0	0%	
Transfers (Netto)			-6'566'780	-8'213'047	-8'213'047	0	0%	

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2012	Sollstellenplan 2013	Sollstellenplan 2014	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	56.0	58.8	58.6	-0.2	-0.3%

Aufgrund des ERP-Projekts "Kreditorenworkflow" wird der Sollstellenplan 2014 um 0.20 Stellen gekürzt bzw. es wird ein Stellentransfer zum Generalsekretariat SID vorgenommen.

Jahresprogramm

2442.001 Jugendvollzugszentrum: Klärung der Bedarfsfrage

Schwerpunktfeld "Zusammenleben in Baselland" (Legislaturziel R-Z-3, Direktionsziel SID-Z-4, SID-Z-5 und SID-Z-6, Massnahme SID 9)

Das seit dem 1. Januar 2007 geltende Jugendstrafgesetz (JStG) sieht vor, dass Jugendliche mit einem Freiheitsentzug von bis zu 4 Jahren bestraft werden können. Die Kantone müssen innert 10 Jahren die entsprechenden Vollzugseinrichtungen bereitstellen.

Die 11 Mitgliedskantone des Strafvollzugskonkordats der Nordwest- und Innerschweiz haben grundsätzlich entschieden, diese Aufgabe gemeinsam zu erfüllen und zwar in einem neuen Jugendvollzugszentrum auf dem Areal des Massnahmezentrums junge Erwachsene Arxhof, Niederdorf. Sie haben einem entsprechenden Finanzierungsmodell zugestimmt. Die aktuellen Zahlen aus den Jahren 2007 bis 2011 zeigen allerdings, dass die Jugendgerichte bisher massiv weniger Freiheitsstrafen erwirkt haben als ursprünglich angenommen. Aus diesem Grund entschieden die Konkordatskantone, die Bedarfsfrage im Lichte der in den vergangenen 5 Jahren gesprochenen Freiheitsstrafen neu zu prüfen und zu beurteilen.

Im Herbst 2014 wird entschieden, ob das Projekt des Jugendvollzugszentrums auf dem Areal des Arxhofs weiter verfolgt wird oder ob definitiv verzichtet wird, weil die Vollzugsplätze in anderen Institutionen ausreichen.

Bereich Staatsanwaltschaft

Die Personalkosten liegen gegenüber Budget 2013 aufgrund von Stellentransfers zu Polizei und Generalsekretariat sowie durch spätere Besetzung von vakanten Stellen (Fluktuationsgewinn) tiefer.

Der Sach- und übrige Betriebsaufwand ist vorwiegend aufgrund des Geschäftsverlaufs bei der amtlichen Verteidigung, der Parteientschädigungen und der unentgeltlichen Rechtspflege höher geplant.

Erfolgsrechnung

	Rechnung 2012	Budget 2013	Budget 2014	Abw. Absolut	Abw. %
30 Personalaufwand	20'860'748	21'741'787	21'420'156	-321'632	-1%
31 Sach- und übriger Betriebsaufwand	6'926'157	5'720'000	6'161'500	441'500	8%
34 Finanzaufwand	93'411	139'000	90'000	-49'000	-35%
42 Entgelte	-11'365'893	-15'377'500	-15'357'000	20'500	0%
43 Verschiedene Erträge	-163'067				
44 Finanzertrag	-1'066	-7'000	-2'000	5'000	71%
Total Aufwand	27'880'316	27'600'787	27'671'656	70'868	0%
Total Ertrag	-11'530'026	-15'384'500	-15'359'000	25'500	0%
Gesamtergebnis Erfolgsrechnung	16'350'290	12'216'287	12'312'656	96'368	1%

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2012	Sollstellenplan 2013	Sollstellenplan 2014	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	143.7	151.5	149.9	-1.6	-1.1%

Die Veränderung stammt aus folgenden Verschiebungen:

- 1.0 Stellen zur Polizei betreffend Bewirtschaftung der Fälle mit unbekannter Täterschaft
- 0.2 Stellen zum Generalsekretariat betreffend Neuorganisation im Personalbereich
- 0.4 Stellen zum Generalsekretariat betreffend Einführung Kreditoren-Workflow

2450 Staatsanwaltschaft

Auftrag und Zielsetzungen

Die Staatsanwaltschaft ist zuständig für Strafverfolgung und Anklage bei Verfahren gegenüber Erwachsenen. Sie leitet das Vorverfahren bis zur Anklageerhebung. Sie vertritt den Strafverfolgungsanspruch des Kantons Basel-Landschaft vor den Gerichten. Sie führt Einigungs- und Vergleichsverhandlungen. Die Vorverfahren werden mittels Anklageerhebung, Einstellung, Nichtanhandnahme und Strafbefehl abgeschlossen.

Die Staatsanwaltschaft stellt eine Organisationseinheit dar, welche dezentral in Hauptabteilungen gegliedert ist. Sie wird von der Ersten Staatsanwältin geleitet. Die Hauptabteilungen werden von Leitenden Staatsanwältinnen bzw. Leitenden Staatsanwälten geleitet.

Erfolgsrechnung (ohne Verpflichtungskredite und Transfers)

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Budget 2014	Abw. Absolut	Abw. %	B
301	Löhne des Verw- und Betriebspersonals	17'457'500	17'968'357	17'855'624	-112'733	-1%	1
304	Zulagen	172'132	294'487	133'190	-161'297	-55%	1
305	Arbeitgeberbeiträge	3'096'616	3'348'943	3'301'341	-47'602	-1%	
309	Übriger Personalaufwand	134'501	130'000	130'000	0	0%	
310	Material- und Warenaufwand	148'508	170'000	170'000	0	0%	
311	Nicht aktivierbare Anlagen	9'267	6'500	8'500	2'000	31%	
313	Dienstleistungen und Honorare	2'787'767	2'747'700	2'515'000	-232'700	-8%	
315	Unterhalt Mobilien/immaterielle Anlagen		5'000	3'000	-2'000	-40%	
316	Mieten, Leasing, Pachten, Benützungsggeb	62'295	2'800	60'000	57'200	>1000%	2
317	Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen	78'544	65'000	105'000	40'000	62%	3
318	Wertberichtigungen auf Forderungen	3'044'664	2'300'000	2'300'000	0	0%	
319	Verschiedener Betriebsaufwand	795'112	423'000	1'000'000	577'000	136%	4
341	Realisierte Kursverluste	17'151	70'000	20'000	-50'000	-71%	5
342	Kapitalbeschaffungs-/Verwaltungskosten	76'260	69'000	70'000	1'000	1%	
421	Gebühren für Amtshandlungen	-4'547'624	-6'042'000	-6'000'000	42'000	1%	
426	Rückerstattungen	-72'799	-53'500	-75'000	-21'500	-40%	
427	Bussen	-6'745'470	-9'282'000	-9'282'000	0	0%	
430	Verschiedene betriebliche Erträge	-163'067					
440	Zinsertrag	-1'066	-7'000	-2'000	5'000	71%	
	Total Aufwand	27'880'316	27'600'787	27'671'656	70'868	0%	
	Total Ertrag	-11'530'026	-15'384'500	-15'359'000	25'500	0%	
	Ergebnis Erfolgsrechnung (ohne VK und Transfers)	16'350'290	12'216'287	12'312'656	96'368	1%	

SID

- 1 CHF 140'000 an Zulagen und Pikettenschädigungen waren im Vorjahr noch im Konto 304 geplant und wurden nun korrekt im Konto 301 eingestellt.
- 2 Die Mietkosten für Multifunktionsgeräte und Drucker wurden aufgrund der Vergangenheitswerte in korrekter Höhe ins Budget 2014 eingestellt.
- 3 Die Spesen für Weiterbildungen werden neu nicht mehr mit der Weiterbildung im Personalaufwand verbucht, sondern in diesem Konto eingestellt. Dies erklärt den erhöhten Aufwand gegenüber Budget 2013.
- 4 Diese Position besteht hauptsächlich aus Kosten für amtliche Verteidigungen, Parteientschädigungen und unentgeltliche Rechtspflege. Die neue Schweizerische Straf- und Prozessordnung hat hier zu höheren Ausgaben geführt. Zusätzlich hat das Kantonsgericht die Entschädigungen der Anwälte von CHF 180.00/Stunde auf CHF 200.00/Stunde erhöht, was zu einer weiteren Erhöhung führen wird. Diese Kosten sind nicht beeinflussbar und wurden aufgrund der Entwicklung im Budget 2014 eingestellt.
- 5 Wurde an die Vergangenheitswerte angepasst.

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2012	Sollstellenplan 2013	Sollstellenplan 2014	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	143.7	151.5	149.9	-1.6	-1.1%

Die Veränderung stammt aus folgenden Verschiebungen:

- 1.0 Stellen zur Polizei betreffend Bewirtschaftung der Fälle mit unbekannter Täterschaft
- 0.2 Stellen zum Generalsekretariat betreffend Neuorganisation im Personalbereich
- 0.4 Stellen zum Generalsekretariat betreffend Einführung Kreditoren-Workflow

Jahresprogramm

2450.001 Staatsanwaltschaft 2014

Schwerpunktfelder "Effizientes und effektives staatliches Handeln" und "Zusammenleben in Baselland" (Legislativziel R-SH-3, Direktionsziele SID-Z-4 und SID-Z-6)

Mit Inkrafttreten der Schweizerischen Strafprozessordnung auf den 1.1.2011 wurden die Strafverfolgungsbehörden im Kanton Basel-Landschaft neu organisiert. Die Statthalterämter (Untersuchungsbehörde) und die "alte" Staatsanwaltschaft (Anklagebehörde) wurden zu einer einzigen Organisation vereinigt. Mit der Fertigstellung des Strafjustizentrums in Muttenz per Mitte 2014 wird die einheitliche Organisation auch in einer räumlichen Hinsicht möglich. Durch die kürzeren Wege wird eine Effizienzsteigerung erzielt. Die bisherigen Standorte Arlesheim, Laufen, Reinach, Sissach und Waldenburg werden aufgehoben. Im neuen Gebäude in Muttenz werden alle drei allgemeinen Hauptabteilungen untergebracht. Die drei Abteilungen Betäubungsmitteldelikte und Organisierte Kriminalität, die Hauptabteilung Wirtschaftskriminalität sowie die Hauptabteilung Strafbefehle werden ihre Büros in Liestal haben.

**Bildungs-, Kultur-
und Sportdirektion**

BKSD

Beitrag zu strategischen Zielen

Bildungsharmonisierung

Die Arbeiten zur Umsetzung der Beschlüsse des Landrates vom 17. Juni 2010 und des Baselbieter Soveräns vom 26. September 2010 auf der Basis der neuen Verfassungsbestimmungen stehen gegenwärtig und in den nächsten Jahren im Zentrum. Die Rahmenbedingungen werden in interkantonaler Zusammenarbeit entlang der Laufbahn der Schülerinnen und Schüler vom Kindergarten über die Primarschule, die Sekundarschule und die berufliche Bildung und die Gymnasien stimmig ausgestaltet (vgl. einzelne Teilprojekte auch bei den jeweiligen Profit-Centern). Eine Vorlage wird zur Entscheidung gebracht werden, welche die Änderung des Bildungsgesetzes für eine vermehrt integrative Ausrichtung der Volksschule zum Ziel hat in Verbindung mit einer fairen, transparenten Steuerung der Mittel mit Gestaltungsmöglichkeiten an den Schulen. Daran anschliessend und mit Blick auf das Erreichen / Sichern einer Abschlussquote einer Sekundarstufe-II-Ausbildung von mindestens 95% der Altersgruppe sollen Angebotslücken nach der obligatorischen Schule für Jugendliche und Erwachsene mit Leistungseinschränkungen geschlossen werden. Entsprechende Grundlagenarbeiten werden angegangen. Für die Brückenangebote wird eine Standortbestimmung mit Basel-Stadt im Hinblick auf die koordinierte Umsetzung der Bildungsharmonisierung vorgenommen. Das Sprachenkonzept ist Taktgeber für die Einführung der Strukturrevision gemäss HarmoS-Konkordat seit Schuljahr 2012/13 aufsteigend mit den Schülerinnen und Schülern der 3. Klassen. Das auf 4 Jahre verlängerte und mit Basel-Stadt studentenförmlich abgestimmte Gymnasium nimmt die Schülerinnen und Schüler ab Schuljahr 2014/15 in die ersten Klassen auf. Absicht ist es, mit den Bildungsraum-Kantonen Basel-Stadt, Aargau und Solothurn auf Schuljahr 2015/16 eine beschränkte Schulwahl einzuführen. Die einzelnen Schulen und Lehrpersonen werden für eine gute Umsetzung der Bildungsharmonisierung unterstützt (Fortbildung, Schulleitungsforen Volksschule, Handreichungen zum Lehrplan 21 Volksschule). Die Chance, die Schulen für Schülerinnen und Schüler tragfähiger zu machen und integrativer zu gestalten sowie eine auf Selbständigkeit und Zusammenarbeit angelegte Lernkultur im Hinblick auf das lebenslange Lernen zu fördern, soll dabei genutzt werden.

Die Bildungsharmonisierung steuert damit einen bedeutenden Beitrag zum strategischen Schwerpunkt „Basel-Bildungs-Landschaft“ bei.

Universität und FHNW

Ein wichtiger Erfolgsfaktor für den regionalen Wissenschaftsstandort ist die Kooperation der Institutionen im Hochschulbereich. Die Zusammenarbeit zwischen der Universität, der FHNW und dem Departement Biosysteme der ETHZ ist in den letzten Jahren intensiviert und durch gemeinsame Programme und Infrastrukturen nachhaltig gestärkt worden. Dies strahlt vor allem in den Life Science Cluster aus, der dank enger Verzahnung zwischen akademischer und industrieller Forschung, Entwicklung sowie der Ausbildung und Verfügbarkeit von Fachkräften weltweit eine Spitzenposition erreicht hat und die Region Basel zur wettbewerbsstärksten Region der Schweiz macht. Mit ihrer neuen Strategie 2014 – 2021 will die Universität dieses Profil weiter schärfen. Aufbauend auf bestehenden Kompetenzen und in Zusammenarbeit mit den andern Hochschulen sowie den Spitälern und der Industrie soll neu insbesondere in den Bereich der Nanomedizin investiert werden, in dem Forschungsaktivitäten in den Bereichen Biomaterialien, Materialwissenschaft, Arzneistoffe und Nanotechnologie gebündelt werden.

Mit dieser Massnahme wird ein entscheidender Beitrag zu den strategischen Schwerpunkten „Basel-Bildungs-Landschaft“ und „Innovation und Wertschöpfung“ geleistet.

Kompetenzzentrum Hochschulen, Forschung, Innovation

Mit diesem Kompetenzzentrum besteht die Absicht, das bestehende Engagement des Kantons in den Bereichen Förderung, Koordinierung, Begleitung und Mitgestaltung von Innovations- und Forschungsprojekten zu erhöhen und einen behördlichen Ansprechpartner für private sowie für öffentliche Forschungseinrichtungen zu schaffen. Dabei sollen die heute verfügbare Expertise sowie die in den letzten Jahren aufgebauten Netzwerke genutzt werden. Auf Grundlage dieser Aufgabenstellung, der wirtschaftspolitischen Perspektiven (im Rahmen der Wirtschaftsoffensive) und komplementär zum Standortmarketing, sind Konzept, Struktur und organisatorische Eingliederung zu definieren und daraus die erforderlichen Ressourcen abzuleiten.

Durch diese Massnahmen wird dem strategischen Ziel „Innovation und Wertschöpfung“ entsprochen.

CSEM Muttenz

Der Schwerpunkt des CSEM Muttenz liegt in der Entwicklung von hoch komplexen Mikro- und Nanotechnologien (z. B. Polytronics und OLED-Lichttechnologie) im Übergangsbereich der Innovationskette zwischen (Grundlagen-)Forschung und industrietauglichen Anwendungen. Für diesen Übergangsbereich, der für den Wissens- und Technologietransfer entscheidend ist, sehen bestehende Förderinstrumente keine Finanzierung vor. Darüber hinaus sind diese Entwicklungen nicht direkt kommerziell verwertbar, weil Unternehmen ohne eigene Forschungsabteilungen erst gegen Ende der Innovationskette investieren, wenn Produktion bzw. Vermarktung konkretisierbar sind. Mit der Überbrückung dieser Lücke im Technologietransfer wirkt das CSEM als wichtiger Innovationskatalysator und eröffnet insbesondere für KMU neue Perspektiven.

Mit der weiteren Beteiligung am CSEM Muttenz fördert die Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion den Life Sciences Cluster unserer Region und leistet einen wichtigen Beitrag zum strategischen Schwerpunkt „Innovation und

Wertschöpfung“.

Förderung der Höheren Berufsbildung

In einem Land, in dem rund zwei Drittel der Jugendlichen eine Berufslehre absolvieren, ist die Weiterqualifikation dieser jungen Berufsleute ein bedeutendes bildungspolitisches und volkswirtschaftliches Thema. Aus diesem Grund wurde im neuen Berufsbildungsgesetz (nBBG), das 2004 in Kraft trat, das Prinzip der Durchlässigkeit unter dem Stichwort „kein Abschluss ohne Anschluss“ festgeschrieben. Die Höhere Berufsbildung wurde definitiv auf der Tertiärstufe verankert. Die Höhere Berufsbildung ist marktnah organisiert. Aus ihren Ausbildungsgängen gehen jene hochqualifizierten Fachkräfte hervor, die in verschiedenen Bereichen der Wirtschaft nachgefragt sind. Aus diesem Grund sieht die Regierung des Kantons Basel-Landschaft in den Legislaturzielen 2012-2015 die Förderung der Höheren Berufsbildung als Massnahme für die wirtschaftliche Standortattraktivität vor. Konkret soll dieses Ziel durch eine Informationskampagne für die Öffentlichkeit, Organisationen der Arbeitswelt und Betriebe realisiert werden. Zudem soll im Rahmen einer Bedarfsklärung mit den regional ansässigen Firmen geklärt werden, wo sie Fachkräfte benötigen und welche Angebote der höheren Berufsbildung dafür einen Beitrag leisten können. Wenn möglich sollen die Bildungsgänge im Kanton Basel-Landschaft angeboten werden. Um diesem Vorhaben genügend Kraft zu verleihen, wird das Projekt im Rahmen der Wirtschafts Offensive realisiert.

Durch die Förderung der höheren Berufsbildung wird somit ein bedeutender Beitrag zu den strategischen Schwerpunkten „Innovation und Wertschöpfung“ sowie "Basel-Bildungslandschaft" geleistet.

Umsetzung des Konzeptes Kinder- und Jugendhilfe

Die im Konzept Kinder- und Jugendhilfe formulierten zehn Handlungsempfehlungen werden in entsprechenden Projekten umgesetzt. 2014 erfolgen wichtige Schritte für eine bessere Koordination in Kinder- und Jugendfragen im Kanton, für die Erlangung eines flächendeckenden Beratungsangebotes für Kinder, Jugendliche und Erziehende sowie zur Neuregelung der ambulanten als Alternative zur stationären Jugendhilfe. Zur Steuerung des bedarfsgerechten Leistungsbezugs in den Heimen führt der Kanton eine Indikationsüberprüfung der freiwilligen Massnahmen ein. Die BKSD setzt damit in Zusammenarbeit mit den weiteren beteiligten Direktionen die folgenden Ziele um: „Kinder und Jugendliche werden in ihrem Heranwachsen unterstützt und geschützt. Ihre Familien finden Beratung und Unterstützung.“

Die Massnahmen stärken den strategischen Schwerpunkt „Zusammenleben in Baselland“.

Gemeinsame Umsetzung des Konzeptes Behindertenhilfe mit Basel-Stadt

Instrumente für die Bedarfserfassung und Leistungsbemessung sowie zur Kostensteuerung werden für die Einführung in den Institutionen der Behindertenhilfe vorbereitet. Damit werden wichtige Schritte für die Umsetzung des Konzeptes Behindertenhilfe mit dem Kanton Basel-Stadt eingeleitet. Ziel der Konzeptumsetzung ist eine integrierende Wirkung auf die Bevölkerungsgruppe der Menschen mit Behinderung.

Der strategische Schwerpunkt „Zusammenleben in Baselland“ wird ebenso gestärkt wie die Kooperation mit dem Partnerkanton Basel-Stadt.

Kulturangebot für Schulen

Das Projekt "Netzwerk.bl" hat zum Ziel, Vermittlungsangebote aus dem Kulturbereich attraktiv und auf einfache Weise für Schulen zugänglich zu machen. Ein Webportal soll die anbietenden Kulturinstitutionen des Kantons kurz portraituren und auf ihre Angebote hinweisen. Führungen, Workshops, Ausflugstipps etc. können einzeln recherchiert und zugehörige Dokumentationen einfach heruntergeladen werden. Zudem wird es möglich sein, direkt von der Plattform aus eine Buchungsanfrage abzuschicken.

Mit dem niederschweligen Angebot wird ein Beitrag zu den strategischen Schwerpunkten "Basel-Bildungs-Landschaft" und "Zusammenleben in Baselland" geleistet.

Gemeinschaftliche Kulturgüter-Plattform "KIM.bl"

Auf Bundesebene fehlt bisher ein Konzept, um Kulturgüter nach einheitlichen, zukunftsgerichteten Standards zu erfassen und einer breiten Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Die überall entstehenden Insellösungen sind nicht nachhaltig; grosse Investitionen in die Kulturgütererfassung drohen mittelfristig verloren zu gehen. Die Hauptabteilung Archäologie und Museum des Amtes für Kultur hat sich mit der Lancierung des Projekts "KIM.bl" (Kooperationsinitiative Museen Baselland) zum Ziel gesetzt, diesen bedrohlichen Zustand zumindest für das Kantonsgebiet zu beheben. In enger Zusammenarbeit mit zahlreichen Regionalmuseen und dem Kulturgüterschutz werden die kultur- und naturhistorisch wertvollen Objekte digital erschlossen, gesichert und über eine gemeinsame Webplattform veröffentlicht. Das Projekt leistet damit einen grundlegenden Beitrag zu den strategischen Schwerpunkten "Basel-Bildungs-Landschaft", "Zusammenleben in Baselland" sowie "Innovation und Wertschöpfung".

Entwicklungskonzept Augusta Raurica

Das in einem partnerschaftlichen Prozess erarbeitete Entwicklungskonzept Augusta Raurica zeigt die Zukunftsperspektiven der Gemeinde Augst und der Römerstadt auf. Der Landrat hat am 10. Januar 2013 die Vorlage

2012/135 zustimmend zur Kenntnis genommen. Nun sollen die grundsätzlichen Zielsetzungen auf ihre Machbarkeit geprüft und in einem Grobkonzept die Grundlagen für eine tragfähige und einvernehmliche Lösung zwischen Kanton und Gemeinde aufgezeigt werden. Prioritär sind folgende Teilprojekte zu verfolgen:

- Grundlagen für eine koordinierte Verkehrserschliessung des Raumes Augst in Koordination mit dem strategischen Entwicklungsareal Salina Raurica.
 - Grundlagen für eine Siedlungsentwicklung im Augster Oberdorf; prüfen des "Bauens über den Ruinen".
 - Erarbeitung eines Konzeptes für die museale Entwicklung von Augusta Raurica in Etappen.
- Die Massnahmen tragen in einer zentralen Region zu den strategischen Schwerpunkten "Zusammenleben in Baselland", "Auftritt und Kooperation" und "Innovation und Wertschöpfung" bei.

Sport

Die integrierende Wirkung des Sports in allen Altersgruppen und in den Handlungsfeldern des Jugend-, Erwachsenen- und Behindertensports wird in der Aus-, Fort- und Weiterbildung der Leiterinnen und Leiter, in den Sportveranstaltungen, Angeboten und Massnahmen, in der Zusammenarbeit mit Gemeinden, Sportverbänden und Sportvereinen sowie in den Bewegungs- und Sportprojekten gefördert und deren Wirksamkeit gezielt beachtet. Im Vordergrund stehen Werte wie soziale Kontaktpflege, Übernahme von Verantwortung, Fairness, Leistung, Respekt und Anerkennung.

Die Integrationsmassnahmen in den Handlungsfeldern des Sports sowie die Sportförderungs-Bildungsangebote leisten wesentliche Beiträge zu den strategischen Schwerpunkten „Zusammenleben in Baselland“ und „Basel-Bildungs-Landschaft“.

Gesamtübersicht Budget

Auch im Budget 2014 findet die Umsetzung des Entlastungspaketes 12/15 mit rund CHF -5.0 Mio. seinen Niederschlag. Dieser Reduktion gegenüber stehen diverse gebundene und durch den Regierungsrat priorisierte Vorhaben. Im Speziellen ist hervorzuheben, dass durch die Verzögerung der PK Reform Arbeitgeberbeiträge an Vorpensionierungen nach altem System wiederum budgetiert werden mussten.

Neue Vorhaben:

- Beitragserhöhung an Universität Basel für die neue Leistungsperiode 2014 -2017
- Beitrag an den Verein Kulturräum Roxy (2014 – 2017)

Im Personalaufwand spielen verschiedene gegenläufige Aufwandpositionen eine massgebende Rolle. Aufgrund der Einschränkung der Massnahmen auf Fachlehrpersonen wird die Erhöhung der Pflichtlektionen wesentlich reduziert und in den Berufsfachschulen gar verunmöglicht. Zudem wird der Entlastungseffekt aufgrund zusätzlicher Klassen in den Berufsfachschulen geschmälert. Die Verzögerung der PK-Reform trägt auch zu einem direkten Aufwandplus in der Erfolgsrechnung bei.

Im Sachaufwand nimmt neben dem Verpflichtungskredit „Umsetzung IT-Strategie“ der gesamte IT Aufwand substantiell zu. Hauptursache für diesen Kostenschub ist die dezentral budgetierte Client Migration der ZID und der zentrale Support im Sek II Bereich.

Im Transferbereich nehmen zum Einen die Bundesbeiträge an die Berufsbildung zu, zum Andern erhöhen sich die Beiträge an die FHNW und die Universität Basel. Zu wesentlichen Mehrausgaben tragen das Wachstum im Bereich Sonderschulen, der Behindertenhilfe, der Brückenangebote und der überbetrieblichen Kurse beziehungsweise die saldoneutralen Transfers aus anderen Direktionen bei.

Erfolgsrechnung

	Rechnung 2012	Budget 2013	Budget 2014	Abw. Absolut	Abw. %
30 Personalaufwand	303'229'938	302'053'427	303'304'823	1'251'396	0%
31 Sach- und übriger Betriebsaufwand	32'848'540	39'527'181	40'026'469	499'288	1%
34 Finanzaufwand	13'952	8'783	12'723	3'940	45%
36 Transferaufwand	507'980'616	526'830'990	548'756'120	21'925'130	4%
37 Durchlaufende Beiträge	3'108'860	3'263'940	2'894'000	-369'940	-11%
42 Entgelte	-6'886'270	-7'232'108	-7'238'750	-6'642	0%
43 Verschiedene Erträge	-85'811	-40'500	-38'000	2'500	6%
44 Finanzertrag	-10'569	-10'625	-10'430	195	2%
45 Übertrag Fonds / StaatsRG	-201'764	-138'900	-150'850	-11'950	-9%
46 Transferertrag	-54'957'274	-53'612'935	-54'567'913	-954'978	-2%
47 Durchlaufende Beiträge	-3'108'860	-3'263'940	-2'894'000	369'940	11%
Total Aufwand	847'181'907	871'684'320	894'994'135	23'309'815	3%
Total Ertrag	-65'250'549	-64'299'008	-64'899'943	-600'935	-1%
Gesamtergebnis Erfolgsrechnung	781'931'358	807'385'312	830'094'192	22'708'879	3%

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2012	Sollstellenplan 2013	Sollstellenplan 2014	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen (ohne Lehrpersonen)	408.9	419.7	417.0	-2.7	-0.6%
Anzahl Lehrpersonen (ausserhalb Soll-Stellenplan)	1'543.6	1'508.6	1'464.5	-44.1	-2.9%
Anzahl Vollstellen (inkl. Lehrpersonen)	1'952.5	1'928.3	1'881.5	-46.8	-2.4%

Im Verwaltungsbereich werden Stellen aus dem Personaldienst der BKSD in das Dienstleistungszentrum des Personalamts und aus der Direktionsinformatik in die ZID der FKD überführt.
Die Reduktion der Stellen im Schulbereich wurde auf der Basis der budgetierten Entlastungsmassnahmen berechnet.

2500 Generalsekretariat BKSD

Auftrag und Zielsetzungen

Das Generalsekretariat BKSD unterstützt den Direktionsvorsteher in der exekutiv-strategischen und administrativ-operativen Direktionsführung sowie politischen Arbeit und stellt den Support der Dienststellen in den typischen zentralen Stabsaufgaben (Information und Kommunikation, Qualitätssicherung, Sicherheit, Personalwesen, Rechtswesen, Controlling, Rechnungswesen, Informatik und Infrastrukturplanung) sicher. Schwerpunkte bilden nebst der internen/externen Information/Kommunikation: das Personalwesen der Direktion unter Einbezug der gesamten Lehrerschaft mit dem Ziel der Sicherstellung der arbeitsrechtlichen, gesetzlichen und zentralen Vorgaben; der Rechtsdienst mit der Beratung und Unterstützung der Dienststellen und Schulen in allen Rechtsfragen, Erfüllung sämtlicher in der Direktion anfallenden Rechtsetzungsarbeiten und Beschwerdebehandlungen; das Controlling zur Sicherstellung des koordinierten, zielkonformen Handelns der Direktion; das zentrale Rechnungswesen mit der Pflege einer als Führungsmittel verwertbaren korrekten und transparenten Buchführung; die Informatik mit einem integralen Dienstleistungsangebot bei Beschaffung, Betrieb und Support, Projektierung und Benutzerschulung; die Steuerung der Raumressourcen als ebenfalls wesentlicher Teil der Infrastrukturaufgaben. Andererseits ist das Generalsekretariat zuständig für die strategische und operative Koordination der Projekte im Schulsektor aller Stufen sowie die selbständige Führung von Dossiers und die Begleitung der Dienststellen im Umfeld des Bildungswesens. Diese Leistungen erfolgen in Form der Analyse und Bereitstellung von Grundlagenwissen und empirischen Erfahrungen sowie der Entwicklung von Lösungsansätzen mit dem Ziel der Unterstützung und Gestaltung von Innovationen; aktuell stellt es die Gesamtprojektleitung zur Umsetzung der Bildungsharmonisierung sicher. Im Bereich der autonomen Hochschulen und Forschungseinrichtungen besteht die Aufgabe in der Bearbeitung von Hochschulfragen und deren Koordination zwischen Bund und kantonalen Behörden zwecks Sicherstellung eines optimalen Informationsflusses.

Erfolgsrechnung (ohne Verpflichtungskredite und Transfers)

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Budget 2014	Abw. Absolut	Abw. %	B
300	Behörden, Kommissionen und Richter	224'515	295'000	274'500	-20'500	-7%	
301	Löhne des Verw- und Betriebspersonals	6'589'327	6'764'763	6'605'956	-158'807	-2%	
302	Löhne der Lehrkräfte	9'853					
303	Temporäre Arbeitskräfte	42'600					
304	Zulagen	73'456	61'051	37'757	-23'293	-38%	
305	Arbeitgeberbeiträge	1'062'196	1'249'367	1'155'205	-94'162	-8%	
309	Übriger Personalaufwand	162'804	394'200	371'100	-23'100	-6%	
310	Material- und Warenaufwand	64'756	79'000	83'000	4'000	5%	
311	Nicht aktivierbare Anlagen	1'115'180	1'257'640	1'822'483	564'843	45%	1
313	Dienstleistungen und Honorare	687'832	811'100	830'950	19'850	2%	
315	Unterhalt Mobilien/immaterielle Anlagen	425'219	455'450	440'250	-15'200	-3%	
316	Mieten, Leasing, Pachten, Benützungsgb	17'012	15'000	14'000	-1'000	-7%	
317	Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen	321'550	349'000	353'650	4'650	1%	
319	Verschiedener Betriebsaufwand	-386					
341	Realisierte Kursverluste	5					
342	Kapitalbeschaffungs-/Verwaltungskosten	1'054					
421	Gebühren für Amtshandlungen	-1'900	-3'000	-1'000	2'000	67%	
424	Benützungsgbühren und Dienstleistungen	-58'863	-39'000	-21'000	18'000	46%	
425	Erlös aus Verkäufen	-4'650					
426	Rückerstattungen		-1'000		1'000	100%	
440	Zinsertrag	-97					
	Total Aufwand	10'796'973	11'731'570	11'988'852	257'281	2%	
	Total Ertrag	-65'511	-43'000	-22'000	21'000	49%	
	Ergebnis Erfolgsrechnung (ohne VK und Transfers)	10'731'462	11'688'570	11'966'852	278'281	2%	

1 Der Informatikaufwand wächst durch Standardvorgaben, Projekten aus dem ZID der FKD und der Anbindung der Schulen an.

Transferaufwand und -ertrag

Transfer	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Budget 2014	Abw. Absolut	Abw. %	B
EDK Beiträge	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	401'496	310'120	400'000	89'880	29%	1
Beiträge an Institutionen	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	253'000	235'000	85'000	-150'000	-64%	2
Universität Basel	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	148'150'032	156'700'000	159'900'000	3'200'000	2%	3
FHNW	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	58'517'000	60'477'000	67'700'000	7'223'000	12%	4
CSEM Forschungszentrum	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	4'400'000	3'000'000	3'000'000	0	0%	
Auflösung Abgrenzung Beteiligung CSEM	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	-1'000'000					
Total Transferaufwand			210'721'528	220'722'120	231'085'000	10'362'880	5%	
Total Transferertrag								
Transfers (Netto)			210'721'528	220'722'120	231'085'000	10'362'880	5%	

- 1 Die Beiträge steigen aufgrund der Abgeltungsvorgaben der EDK. Zudem werden die Kosten für den Eignungstest für das Medizinstudium neu auf die Kantone abgewälzt.
- 2 Die Beiträge an die Naturschule Löwenburg werden neu im AVS geführt.
- 3 Verhandlungen für neue Leistungsperioden werden geführt. Erhöhung gemäss RRB 1029 vom 11. Juni 2013 (Verhandlungsmandat). Die Verhandlungen mit Basel-Stadt sind noch nicht abgeschlossen.
- 4 Erhöhung gemäss Landratsvorlage 2011-315 und Landratsbeschluss 2011-187.

Verpflichtungskredite

Verpflichtungskredit	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Budget 2014	Abw. Absolut	Abw. %	B
SAL Schuladministrationslösung	30	Personalaufwand	14'035					
	31	Sach- und übriger Betriebsaufwand	64'953					
		Total	78'988					
CSEM Forschungszentrum 2009-2013	36	Transferaufwand	4'400'000	3'000'000		-3'000'000	-100%	1
VK Leistungsauftrag an die FHNW 2012-14	36	Transferaufwand	58'517'000	60'477'000	67'700'000	7'223'000	12%	2
VK Leistungsauftrag Uni Basel 2010-2013	36	Transferaufwand	152'700'000	156'700'000		-156'700'000	-100%	3
Ausfinanzierung Pensionskasse Uni BS	36	Transferaufwand	-4'549'968					
VK Ums. IT-Strategie Schulen; 2014-2019	30	Personalaufwand		300'000	300'000	0	0%	
	31	Sach- und übriger Betriebsaufwand		1'500'000	1'597'500	97'500	7%	4
		Total		1'800'000	1'897'500	97'500	5%	
VK Umsetz. SAL 2013-2016	31	Sach- und übriger Betriebsaufwand		1'600'000	1'323'250	-276'750	-17%	5
CSEM Forschungszentrum 2014-2018	36	Transferaufwand			3'000'000	3'000'000	X	1
Leistungsauftrag Uni Basel 2014-2017	36	Transferaufwand			159'900'000	159'900'000	X	3
Total Verpflichtungskredite Aufwand			211'146'020	223'577'000	233'820'750	10'243'750	5%	
Total Verpflichtungskredite Ertrag								
Total Verpflichtungskredite (netto)			211'146'020	223'577'000	233'820'750	10'243'750	5%	

- 1 Gemäss Landratsvorlage 2012-217 vom 14. August 2012 sind für die weitere Beteiligung am CSEM Muttenz im Jahr 2014 CHF 3 Mio. im Budget eingestellt (keine Abweichung zum Budget 2013). Der Beschluss des Landrates zur genannten LRV fällt Mitte 2013.
- 2 Erhöhung gemäss Landratsvorlage 2011-315 und Landratsbeschluss 2011-187
- 3 Erhöhung gemäss RRB 1029 vom 11. Juni 2013 (Verhandlungsmandat neue Leistungsperiode)
- 4 Gemäss LRV 2013-176 vom 21. Mai 2013
- 5 Gemäss LRV 2013-223 vom 18. Juni 2013

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2012	Sollstellenplan 2013	Sollstellenplan 2014	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	53.7	54.8	52.2	-2.6	-4.7%

Die Differenz resultiert aus verschiedenen Verschiebungen:

Ins Dienstleistungszentrum des Personalamts werden 1.7 und in die ZID (Zentrale Informatikdienste) wird eine Stelle transferiert.

Neu im Generalsekretariat sind 0.1 Stellen aus der Schul- und Büromaterialverwaltung.

Jahresprogramm

2500.001 Bildungsharmonisierung Basel-Landschaft

Der Baselbieter Souverän hat am 26. September 2010 im Zuge der schweizerischen Bildungsharmonisierung (HarmoS-Konkordat einschliesslich Sprachenkonzept, Sonderpädagogik-Konkordat) folgende Veränderungen der Schulstrukturen beschlossen:

Einführung einer 8-jährigen Primarstufe mit 2 Jahre dauerndem obligatorischem Kindergarten, auf 3 Jahre verkürzte Sekundarschule, Sprachenkonzept mit Französisch ab dem 3. und Englisch ab dem 5.

Primarschuljahr, auf vier Jahre verlängertes Gymnasium (ab Schuljahr 2014/15).

Den Vollzug dieser Beschlüsse gilt es gemeinsam mit den Partnerkantonen im Bildungsraum Nordwestschweiz unter Einbezug der im Rahmen des politischen Prozesses geäusserten Fragen und Anregungen per Schuljahr 2015/16 sicherzustellen. Alle Umsetzungsarbeiten beinhalten jeweils die erforderlichen gesetzgeberischen Folgeerlasse. Zur Integrativen Schulung wird eine Landratsvorlage erarbeitet. Die Erweiterung der Freizügigkeit für den Eintritt in ein Gymnasium soll innerhalb und ausserhalb des Kantons vorerst in einer ersten Phase im Rahmen der heutigen gesetzlichen Bestimmungen ausgestaltet werden. Wesentlicher Teil der Umsetzung der Bildungsharmonisierung ist die Bereitstellung eines bedarfsgerechten Fortbildungsangebotes. Ferner werden die Umsetzungsarbeiten vor Ort insbesondere auch über Handreichungen und auftragsgebundene Zusatzressourcen für Schulleitungen zur Schulraum- und Personalplanung unterstützt.

Die Bildungsharmonisierung steuert damit einen bedeutenden Beitrag zum strategischen Schwerpunkt „Basel-Bildungs-Landschaft“ bei. Vor allem die Zielsetzungen „Entwicklung eines Bildungssystems“ und „Vergleichbare und durchlässige Gestaltung des Bildungsangebots“ werden dadurch unterstützt.

2500.002 Fachhochschule Nordwestschweiz (FHNW)

Die im vierkantonalen Leistungsauftrag 2012 – 2014 formulierten Ziele sollen umgesetzt werden (Konsolidierung des Angebots, moderates Wachstum der Studierendenzahlen). Der neue Leistungsauftrag 2015 – 2017 wird ausgearbeitet und den Parlamenten zur Genehmigung unterbreitet. Die Planung für den Campus Muttenz der FHNW wird fortgeführt.

Diese Massnahme leistet einen wichtigen Beitrag zu den strategischen Schwerpunkten „Basel-Bildungs-Landschaft“ und „Innovation und Wertschöpfung“.

2500.003 Universität Basel

Mit dem Beginn ihrer 3. Leistungsperiode seit Beginn der gemeinsamen Trägerschaft wird die Universität entlang der Strategie 2014 – 2021 ihr Angebot weiter profilieren. Schwerpunkte sind dabei vor allem die Life Sciences (Molekularbiologie, Biomedizin, Neurowissenschaften), die Nanowissenschaften, die Nachhaltigkeits- und Energieforschung, die Bildungswissenschaften sowie die European and Global Studies. Um dem Mangel an Ärztinnen und Ärzten zu begegnen, sollen 40 neue Studienplätze in der Humanmedizin geschaffen werden. Durch den Leistungsauftrag werden die strategischen Schwerpunktfelder „Basel-Bildungs-Landschaft“ und „Innovation und Wertschöpfung“ unterstützt.

2500.004 CSEM

Mit den Beiträgen des Kantons Basel-Landschaft kann das CSEM im Rahmen seiner disziplinenübergreifenden

Kompetenzen und Netzwerke zukunftsorientierte und nachhaltige Technologien wie Polytronics und OLED (organische Lichttechnologien) für die lokale Wirtschaft erschliessen. Auf diese Weise erarbeitet das CSEM die erforderliche Expertise und den bedeutenden Wissensvorsprung und entwickelt sogenannte Technologieplattformen, die bei der Zusammenarbeit mit KMU und der regionalen Leitindustrie (Life Sciences) eingesetzt werden. Darüber hinaus bietet das CSEM hoch qualifizierte Arbeitsplätze in unserem Kanton sowie Ausbildungsstellen für Lernende und Nachwuchsforschende. Der Regierungsrat hat dem Landrat die Weiterführung der Beteiligung am CSEM Muttenz für die Jahre 2014–2018 beantragt (LRV 2012-217 vom 14. August 2012).

Unter der Voraussetzung einer Zustimmung durch den Landrat stellt die weitere Beteiligung am CSEM Muttenz eine wesentliche Massnahme zur Förderung des Transfers wissenschaftlicher Erkenntnisse und neuer Technologien in marktfähige Produkte und Dienstleistungen gemäss Legislaturziel dar. Zudem entspricht die Forschungsausrichtung des CSEM der regierungsrätlichen Strategie von "Innovation und Wertschöpfung" und im speziellen der nachhaltigen Entwicklung.

2500.005 Umsetzung Schuladministrationslösung SAL

(Inhaltlich mit IT-Strategie Schulen und ICT Primarschule zusammenhängend, formal unabhängig)

Mit der Einführung einer Schuladministrationslösung (SAL) sollen die Schulen in ihrer täglichen Administrationsarbeit unterstützt und die kantonale Verwaltung mit Daten zur Steuerung der Schulen versorgt werden. In einer ersten Etappe sollen die Schulen der Sekundarstufe I, die Gymnasien, die kantonale Verwaltung sowie optional mit eingeschränktem Funktionsumfang die Schulen in Trägerschaft der Gemeinden eingebunden werden. In einer zweiten Etappe sind eine Funktionserweiterung sowie gegebenenfalls die Einführung bei den Berufsfachschulen und ein möglicher Anschluss der Gemeindeschulen mit vollem Funktionsumfang vorgesehen.

Der Start der Umsetzung (Landratsvorlage 2013/223) wird für das Jahr 2013 geplant.

So wurde eine wirtschaftliche Lösung gefunden, welche das strategische Schwerpunktfeld „Effizientes und effektives staatliches Handeln“ unterstützt.

2500.006 Umsetzung IT-Strategie Schulen

(Inhaltlich mit SAL Schuladministrationslösung und ICT Primarschule zusammenhängend, formal unabhängig)

In diesem Projekt geht es um die stufen- und bedarfsgerechte Ausstattung der Schulen auf Basis eines Medienkonzeptes (5 Jahresprogramm). Die IT-Strategie Schulen gilt verpflichtend für kantonale Schulen und formuliert Empfehlungen / Vorgaben für die Gemeindeschulen. Es umfasst die Ausstattung der Schulen mit Beschaffung, Life Cycle Management, Services und strategischem Betriebsmodell der kantonalen Dienstleister für die Schulen. Die Umsetzung (Landratsvorlage 2013/176) wird für das Jahr 2013 geplant.

Mit der Umsetzung der IT-Strategie Schulen wird das Baselbieter Bildungssystem gestärkt und die Aktualität des Bildungsangebots gewährleistet.

Damit leistet diese Vorlage einen wichtigen Beitrag an die strategischen Entwicklungsfelder „Basel-Bildungs-Landschaft“ und „Effizientes und effektives staatliches Handeln“.

2500.007 ICT Primarschule

(Inhaltlich mit SAL Schuladministrationslösung und IT-Strategie Schulen zusammenhängend, formal unabhängig)

Der Landrat hat am 24. April 2008 Nichteintreten auf die Vorlage "Einführung von Informationstechnologien" (ICT) an der Primarschule als Unterrichtshilfe (2008 bis 2013) beschlossen. ICT sind als Gegenstand und Lernmedium im Unterricht deshalb an der Primarschule kantonal nicht koordiniert eingeführt worden. Die Unterschiede an den Primarschulen sind erheblich. Als Teil der IT-Strategie Schulen und der Einführung des deutschweizerischen Lehrplans 21 mit einem verpflichtenden Bildungsauftrag im Bereich Medien und ICT wird eine Landratsvorlage in Vernehmlassung vorbereitet.

Mit der ICT Primarschule wird das Baselbieter Bildungssystem gestärkt und die Aktualität des Bildungsangebots gewährleistet. Damit leistet diese Vorlage einen wichtigen Beitrag an die strategischen Entwicklungsfelder „Basel-Bildungs-Landschaft“ und „Effizientes und effektives staatliches Handeln“.

2500.008 Kompetenzzentrum Hochschulen, Forschung, Innovation

Mit diesem Kompetenzzentrum besteht die Absicht, das bestehende Engagement des Kantons in den Bereichen Förderung, Koordinierung, Begleitung und Mitgestaltung von Innovations- und Forschungsprojekten zu erhöhen und einen behördlichen Ansprechpartner für private sowie für öffentliche Forschungseinrichtungen zu schaffen. Dabei sollen die heute verfügbare Expertise sowie die in den letzten Jahren aufgebauten Netzwerke genutzt werden. Auf Grundlage dieser Aufgabenstellung, der wirtschaftspolitischen Perspektiven (im Rahmen der Wirtschaftsoffensive) und komplementär zum Standortmarketing, sind Konzept, Struktur und organisatorische Eingliederung zu definieren und daraus die erforderlichen Ressourcen abzuleiten. Durch diese Massnahmen wird dem strategischen Ziel "Innovation und Wertschöpfung" entsprochen.

2501 Schulabkommen

Auftrag und Zielsetzungen

Das Profitcenter Schulabkommen umfasst mehrere interkantonale Schulabkommen. Es sind dies:

- Regionales Schulabkommen Nordwestschweiz (RSA)
- Fachschulvereinbarung (FSV)
- Fachhochschulvereinbarung (FHV)
- Berufsfachschulvereinbarung (BFSV)
- Interkantonale Universitätsvereinbarung (IUV)

Diese Abkommen ermöglichen den Einwohnerinnen und Einwohnern aus den Vereinbarungskantonen, Schulen, Studiengänge oder Ausbildungen in einem anderen Abkommenskanton ohne finanzielle Nachteile zu besuchen. Mit den Abkommen werden einheitliche Kantonsbeiträge der Abkommenskantone festgelegt. Auszubildende aus den Abkommenskantonen sind solchen aus dem Standortkanton rechtlich gleichgestellt, insbesondere hinsichtlich Aufnahme, Promotion, Ausschluss sowie Schul- bzw. Studiengebühren. Die FHV regelt auch den interkantonalen Lastenausgleich, die Freizügigkeit für Studierende sowie die Optimierung des Fachhochschulangebots. Sie trägt zu einer koordinierten schweizerischen Hochschulpolitik bei.

Transferaufwand und -ertrag

Transfer	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Budget 2014	Abw. Absolut	Abw. %	B
Beiträge an Privatschulbesuche	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	3'415'520	3'642'877	3'685'377	42'500	1%	
Schulabkommen	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	57'333'788	57'355'420	58'605'920	1'250'500	2%	1
	461	Entschädigungen von Gemeinwesen & Dritte	-31'105'938	-31'000'860	-31'185'020	-184'160	-1%	
	463	Beiträge von Gemeinwesen und Dritten		-31'300		31'300	100%	
Total Transferaufwand			60'749'308	60'998'297	62'291'297	1'293'000	2%	
Total Transferertrag			-31'105'938	-31'032'160	-31'185'020	-152'860	0%	
Transfers (Netto)			29'643'370	29'966'137	31'106'277	1'140'140	4%	

- 1 Die Pauschalen aus der Interkantonalen Universitätsvereinbarung wurden erhöht (Auswirkung rund CHF 460'000). Das AfBB rechnet im Schulischen Brückenangebot Basis (10. Schuljahr) ab Schuljahr 2013/14 mit einer Zunahme von rund 30 SchülerInnen.
Mit der Annahme des Budgetantrags 2013-250_06 wurde für die Lehrwerkstätte für Mechaniker in Basel-Stadt CHF 150'000 wieder eingestellt.

2502 Projekte im Schulsektor

Auftrag und Zielsetzungen

Wie bei Auftrag und Zielsetzungen des Generalsekretariates BKSD umschrieben, bildet dieses Profitcenter die strategische und operative Koordination der Projekte im Schulsektor aller Stufen, vom Kindergarten bis zur Sekundarstufe II ab. Sowohl der reguläre Kredit "Projekte im Schulsektor" als auch die Verpflichtungskredite bilden den Schwerpunkt der Arbeiten zur Bildungsharmonisierung entsprechend den Beschlüssen des Landrates vom 10. und 17. Juni 2010 sowie derjenigen des Souveräns vom 26. September 2010 ab. Im Zentrum stehen die Arbeiten zur Umsetzung der Bildungsharmonisierung (BKSD 4) mit den Mandaten Volksschule, Berufsfachschulen und Gymnasien in schweremwichtig vierkantonaler Zusammenarbeit im Bildungsraum Nordwestschweiz. Eine Vorlage wird zur Entscheidung gebracht werden, welche die Änderung des Bildungsgesetzes mit klaren Rahmenbedingungen für eine vermehrt integrative Ausrichtung der Volksschule (BKSD 7) zum Ziel hat. Daran anschliessend und mit Blick auf das Erreichen / Bewahren einer Abschlussquote von mindestens 95% der 25jährigen der Sekundarstufe II sollen Angebotslücken nach der obligatorischen Schule für Jugendliche und Erwachsene mit Leistungseinschränkungen im Sinne der stufenübergreifenden Stimmigkeit der integrativen Ausrichtung der "Laufbahn Schule" geschlossen werden unter Berücksichtigung bestehender Angebote (BKSD 7). Das Sprachenkonzept ist Taktgeber für die Einführung der Strukturrevision gemäss HarmoS-Konkordat ab Schuljahr 2012/13, aufsteigend mit den Schülerinnen und Schülern der 3. Klassen. Die einzelnen Schulen und Lehrpersonen werden bei der guten Bewältigung der grossen Aufgabe der Strukturumstellung unterstützt. Die Chance, die Schulen für Schülerinnen und Schüler tragfähiger zu machen und integrativer zu gestalten sowie eine auf Selbständigkeit und Zusammenarbeit angelegte Lernkultur im Hinblick auf das Lebenslange Lernen zu fördern, soll dabei genutzt werden.

Erfolgsrechnung (ohne Verpflichtungskredite und Transfers)

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Budget 2014	Abw. Absolut	Abw. %	B
300	Behörden, Kommissionen und Richter	2'940					
301	Löhne des Verw- und Betriebspersonals	475'405	184'600	352'710	168'110	91%	1
302	Löhne der Lehrkräfte	62'547	228'000	80'000	-148'000	-65%	1
304	Zulagen	1'114					
305	Arbeitgeberbeiträge	82'404					
309	Übriger Personalaufwand	180					
310	Material- und Warenaufwand	256					
313	Dienstleistungen und Honorare	26'669	4'230	70'000	65'770	>1000%	1
317	Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen	2'761					
	Total Aufwand	654'274	416'830	502'710	85'880	21%	
	Total Ertrag						
	Ergebnis Erfolgsrechnung (ohne VK und Transfers)	654'274	416'830	502'710	85'880	21%	

- 1 Nach einer Standortbestimmung zur Wahrnehmung des gesetzlichen Auftrags zur Externen Evaluation vom Kindergarten bis Ende Sekundarstufe II im Jahr 2013 und einer vorgängigen Reduktion und Sistierung der Leistungseinkäufe für die externe Evaluation der einzelnen Schulen in den Jahren 2011 bis 2013 ist für 2014 ein entsprechender Leistungsauftrag vorgesehen.

Transferaufwand und -ertrag

Transfer	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Budget 2014	Abw. Absolut	Abw. %	B
Projekte im Bildungswesen	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	184'766	343'170	307'290	-35'880	-10%	1
VK Projekte im Bildungswesen	361	Entschädigungen an Gemeinwesen & Dritte		440'000	872'000	432'000	98%	
	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	491'511	436'864	2'916'136	2'479'272	568%	1

Transfer	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Budget 2014	Abw. Absolut	Abw. %	B
	461	Entschädigungen von Gemeinwesen & Dritte	-20'000					
Total Transferaufwand			676'277	1'220'034	4'095'426	2'875'392	236%	
Total Transferertrag			-20'000					
Transfers (Netto)			656'277	1'220'034	4'095'426	2'875'392	236%	

1 Für die Verpflichtungskredite sieht der Finanzplan keine lineare Entwicklung der Kosten vor. Er richtet sich nach der Bearbeitung in Etappen gemäss der Aufgabenbeschreibung in den Landratsvorlagen 2009/351 und 2009/312 (HarmoS- und Sonderpädagogikkonkordat, 4jähriges Gymnasium, Sprachenkonzept, Leistungsmessung und Ausbildung für "Quereinsteigende"). Das Gesamtkostendach wird nicht überschritten. Gemäss Landratsvorlage 2009-351 bilden der Kredit "Projekte im Schulsektor" sowie die Position "Erhöhung Kredit Projekte im Schulsektor" über 2,5 Mio im Verpflichtungskredit Bildungsharmonisierung zwar eine Einheit zur Finanzierung der Zusatzkosten für die Projektierung der Bildungsharmonisierung, sie müssen aber im Budget formal getrennt ausgewiesen werden

Verpflichtungskredite

Verpflichtungskredit	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Budget 2014	Abw. Absolut	Abw. %	B
VK Bildungsharmonisierung 2010-2019	30	Personalaufwand	589'156	3'160'400	5'294'000	2'133'600	68%	1
	31	Sach- und übriger Betriebsaufwand	118'658	50'400		-50'400	-100%	1
	36	Transferaufwand	100'900		100'000	100'000	X	1
	46	Transferertrag	-20'000					
		Total	788'713	3'210'800	5'394'000	2'183'200	68%	
VK Gesamtsprachenkonzept 2011-2018	30	Personalaufwand	805'974	2'158'000	1'982'000	-176'000	-8%	1
	31	Sach- und übriger Betriebsaufwand	18'141					
	36	Transferaufwand	57'458		100'000	100'000	X	1
		Total	881'573	2'158'000	2'082'000	-76'000	-4%	
VK Aufgabens.+Leistungschecks 2011-2014	30	Personalaufwand	1'041					
	36	Transferaufwand	333'153	436'864	2'716'136	2'279'272	522%	1
		Total	334'194	436'864	2'716'136	2'279'272	522%	
VK Umschulung zum Lehrerberuf 2012 -14	30	Personalaufwand	824					
	31	Sach- und übriger Betriebsaufwand	45'140					
	36	Transferaufwand		440'000	872'000	432'000	98%	1
		Total	45'964	440'000	872'000	432'000	98%	
Total Verpflichtungskredite Aufwand			2'070'444	6'245'664	11'064'136	4'818'472	77%	
Total Verpflichtungskredite Ertrag			-20'000					
Total Verpflichtungskredite (netto)			2'050'444	6'245'664	11'064'136	4'818'472	77%	

1 Für die Verpflichtungskredite sieht der Finanzplan keine lineare Entwicklung der Kosten vor. Er richtet sich nach der Bearbeitung in Etappen gemäss der Aufgabenbeschreibung in den Landratsvorlagen 2009/351 und 2009/312 (HarmoS- und Sonderpädagogikkonkordat, 4jähriges Gymnasium, Sprachenkonzept, Leistungsmessung und Ausbildung für "Quereinsteigende"). Das Gesamtkostendach wird nicht überschritten. Gemäss Landratsvorlage 2009-351 bilden der Kredit "Projekte im Schulsektor" sowie die Position "Erhöhung Kredit Projekte im Schulsektor" über 2,5 Mio im Verpflichtungskredit Bildungsharmonisierung zwar eine Einheit zur Finanzierung der Zusatzkosten für die Projektierung der Bildungsharmonisierung, sie müssen aber im Budget formal getrennt ausgewiesen werden.

Jahresprogramm

2502.002 Projekte im Schulbereich

Gemäss Landratsvorlage 2009-351 bilden der reguläre Kredit "Projekte im Schulsektor" sowie die Position "Erhöhung Kredit Projekte im Schulsektor" über 2,5 Mio im Verpflichtungskredit Bildungsharmonisierung eine Einheit zur Finanzierung der Zusatzkosten für die Projektierung der Bildungsharmonisierung. Neben der Umsetzung der Bildungsharmonisierung und der entsprechenden Kooperation bei Projekten im Bildungsraum Nordwestschweiz wird das Gewicht gelegt auf die Projektierung der Integrativen Schulung sowohl für die Volksschule wie auch neu für die Sekundarstufe II in Verbindung mit den Brückenangeboten. Ebenso bildet der Rahmenlehrplan Berufsmaturität in Vernetzung mit der Bildungsharmonisierung (vgl. Berufsbildung) einen Schwerpunkt. Ferner ist nach einer Standortbestimmung zur externen Evaluation der Gymnasien und der Berufsfachschulen vorgesehen, das Konzept im Lichte der interkantonalen Entwicklung (Bildungsmonitoring Schweiz, Leistungsmessungen Checks, Benchmarking Schulen Sekundarstufe II) für alle Stufen zu überprüfen und zu aktualisieren sowie im Rahmen der beschränkten Mittel fokussiert bzw. etappiert umzusetzen. Alle diese Massnahmen sind auf die regierungsrätliche Strategie der "Basel-Bildungs-Landschaft" fokussiert.

2503 Fachstelle Erwachsenenbildung

Auftrag und Zielsetzungen

Die FEBL engagiert sich für die Aufwertung des quartären Bildungsbereichs und die Verankerung des lebenslangen Lernens in der Gesellschaft als substantielle und koordinierte Ergänzung zu Angeboten des Personalamts, des Amts für Berufsbildung und Berufsberatung, der Pädagogischen Hochschule so wie privater Anbieter. Hierzu fördert sie die Schaffung von Rahmenbedingungen, welche allen Bevölkerungsgruppen Zugang zu den geeigneten Weiterbildungen ermöglicht. Ihr obliegt die Informations- und Koordinationsfunktion im gesamten Erwachsenenbildungsbereich des Kantons sowie die Koordination und Bereitstellung des Weiterbildungsangebotes Schule (für Lehrpersonen, Schulleitungen, Schulräte und Eltern). Sie ist mit Projekten zu Weiterbildungsentwicklungen in der Erwachsenenbildung und im pädagogischen Bereich betraut ("Sprachförderkonzept", Konzept Weiterbildung BL, Gesamtsprachenkonzept, HarmoS/BRNWCH) und unterstützt deren Umsetzung im kantonalen Umfeld. Sie fördert Weiterbildung mittels Initiierung, Begleitung und Unterstützung von Massnahmen zu gesellschaftlich relevanten Themen, welche sie in die öffentliche Diskussion einbringt (Sensibilisierungskampagnen wie "Stark durch Erziehung", Illetrismus). Sie leistet subsidiäre Unterstützung von Weiterbildungsangeboten, an denen der Kanton ein besonderes Interesse hat durch programmbezogene Leistungs- und Projektvereinbarungen. Durch Weiterbildungsmonitoring (systematische Erhebung und Aufbereitung von Fachwissen und Informationen zu Weiterbildungsentwicklungen und -angeboten) wird ein öffentlich zugänglicher Überblick über die Angebote der Erwachsenenbildung im Kanton bereitgestellt und ein Überblick für Steuerungswissen und Einflussnahme geschaffen (zielgruppenorientierte Übersicht über Deutschkurse).

Erfolgsrechnung (ohne Verpflichtungskredite und Transfers)

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Budget 2014	Abw. Absolut	Abw. %	B
301	Löhne des Verw- und Betriebspersonals	836'708	963'780	978'309	14'529	2%	
304	Zulagen	8'936	5'378		-5'378	-100%	
305	Arbeitgeberbeiträge	200'176	173'833	185'172	11'339	7%	
309	Übriger Personalaufwand	672'299	1'655'381	1'655'381	0	0%	
310	Material- und Warenaufwand	13'644	136'000	86'000	-50'000	-37%	1
311	Nicht aktivierbare Anlagen	7'342	5'000	5'000	0	0%	
313	Dienstleistungen und Honorare	452'892	482'000	448'000	-34'000	-7%	
316	Mieten, Leasing, Pachten, Benützungsgb	2'513					
317	Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen	13'136	18'000	18'000	0	0%	
342	Kapitalbeschaffungs-/Verwaltungskosten	469	643	643	0	0%	
423	Schul- und Kursgelder	-114'417	-150'000	-150'000	0	0%	
425	Erlös aus Verkäufen		-1'140	-1'140	0	0%	
440	Zinsertrag	-12	-150	-150	0	0%	
	Total Aufwand	2'208'115	3'440'015	3'376'505	-63'510	-2%	
	Total Ertrag	-114'429	-151'290	-151'290	0	0%	
	Ergebnis Erfolgsrechnung (ohne VK und Transfers)	2'093'686	3'288'725	3'225'215	-63'510	-2%	

1 Im Moment organisiert die FEBL keine Grossveranstaltungen, bei denen hohe Druckkosten entstehen.

Transferaufwand und -ertrag

Transfer	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Budget 2014	Abw. Absolut	Abw. %	B
Weiterbildungsbeiträge	361	Entschädigungen an Gemeinwesen & Dritte	62'864	70'000	70'000	0	0%	
	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	989'000	1'178'619	1'098'619	-80'000	-7%	1
	463	Beiträge von Gemeinwesen und Dritten	-900					

Transfer	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Budget 2014	Abw. Absolut	Abw. %	B
Sprachförderung	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte			430'000	430'000		X 2
Total Transferaufwand			1'051'864	1'248'619	1'598'619	350'000	28%	
Total Transferertrag			-900					
Transfers (Netto)			1'050'964	1'248'619	1'598'619	350'000	28%	

- 1 Die Verantwortung und die Ressourcen für das Projekt ProfessionNELLE gehen mit dem Budget 2014 an das Amt für Berufsbildung und Berufsberatung (s. P2509) über.
- 2 Die zentral in der SID vereinnahmten zweckbestimmten Bundesgelder werden im Bereich der Sprachförderung mit der Aufgabe aus der SID in die FEBL transferiert und im Aufwand saldoneutral budgetiert.

Verpflichtungskredite

Verpflichtungskredit	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Budget 2014	Abw. Absolut	Abw. %	B
Volkshochschule b.B. 2009-2012	36	Transferaufwand	694'000					
Volkshochschule b.B. 2013-2016	36	Transferaufwand		748'619	748'619	0	0%	
Total Verpflichtungskredite Aufwand			694'000	748'619	748'619	0	0%	
Total Verpflichtungskredite Ertrag								
Total Verpflichtungskredite (netto)			694'000	748'619	748'619	0	0%	

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2012	Sollstellenplan 2013	Sollstellenplan 2014	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	6.7	8.0	8.0	0.0	0.0%

Jahresprogramm

2503.001 Bildungssystematik Quartärbereich

Koordination, Förderung und Weiterentwicklung der Erwachsenenbildung und Weiterbildung des Kantons und Verankerung des lebenslangen Lernens: Auf der Grundlage der Verordnung über die Weiterbildung werden Rahmenkonzepte zur Qualitätssicherung, zur kantonalen Förderstrategie zum Koordinationsauftrag und zur Verankerung des lebenslangen Lernens erstellt. Diese Rahmenkonzepte legen die Grundlage für eine Systematisierung und Steuerung der kantonal geförderten Weiterbildung. Dies fördert die Chancengleichheit aller Bevölkerungsschichten für den Zugang zu Weiterbildung. Der Quartäre Bildungsbereich erhält weiterbildungsförderliche Rahmenbedingungen und erhöhte Transparenz.

Diese Massnahmen leisten einen wichtigen Beitrag zu den strategischen Schwerpunkten "Basel-Bildungs-Landschaft" und „Zusammenleben in BL“.

2503.002 Bildungsharmonisierung BL

Zur Erreichung des von der Bildungsharmonisierung vorausgesetzten Qualifikationsniveaus der Lehrpersonen werden Weiterbildungsangebote gemäss den Aufträgen des Projektteams Volksschulen konzipiert und organisiert. Dies geschieht unter anderem in Kooperation mit der Pädagogischen Hochschule.

Diese Massnahmen unterstützen den strategischen Schwerpunkt "Basel-Bildungs-Landschaft".

2504 Schulpsychologischer Dienst

Auftrag und Zielsetzungen

Generelles Ziel schulpsychologischer Aktivität ist die Unterstützung der Kooperation zwischen Schule und Elternhaus in ihren Bildungsaufgaben sowie die Förderung von positiven Schullaufbahnen.

Im Einzelnen hat der Dienst folgende Aufträge:

- Er berät und unterstützt Schülerinnen und Schüler sowie deren Erziehungsberechtigten in Fragen des Lernens, des Verhaltens und der Entwicklung.
- Er berät Schulleitungen und andere Behörden in (schul-)psychologischen Fragestellungen.
- Er vermittelt zwischen individuellen Bildungsbedürfnissen und schulischen Angeboten.
- Er beantragt mit Zustimmung der Inhaber der elterlichen Sorge bei den zuständigen Behörden die notwendigen Massnahmen.
- Er gewährleistet als kantonale Fachstelle eine kantonsweit einheitliche Anwendung der Indikationsstellungen.

Umfeldentwicklungen: Je stärker das System Schule belastet ist, desto grösser wird die Komplexität der dem schulpsychologischen Dienst zur Anmeldung gebrachten Probleme und desto höher werden die Fallzahlen vorab im Bereich der Sekundarstufe I. Der damit verbundene Mehraufwand (mitverursacht auch durch Folgen der NFA bzw. der Harmonisierungsbestrebungen vorab im Sonderschulbereich) wird durch tendenziell sinkende Schülerzahlen nur teilweise kompensiert.

Erfolgsrechnung (ohne Verpflichtungskredite und Transfers)

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Budget 2014	Abw. Absolut	Abw. %	B
301	Löhne des Verw- und Betriebspersonals	2'601'194	2'536'780	2'581'530	44'750	2%	
304	Zulagen	32'790	17'752	12'020	-5'731	-32%	
305	Arbeitgeberbeiträge	454'481	485'268	460'188	-25'080	-5%	
309	Übriger Personalaufwand	6'370	10'000	12'000	2'000	20%	
310	Material- und Warenaufwand	39'634	54'000	59'000	5'000	9%	
311	Nicht aktivierbare Anlagen	630					
313	Dienstleistungen und Honorare	24'310	31'500	33'500	2'000	6%	
316	Mieten, Leasing, Pachten, Benützungsgb	4'364					
317	Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen	15'097	18'000	18'000	0	0%	
	Total Aufwand	3'178'870	3'153'299	3'176'238	22'939	1%	
	Total Ertrag						
	Ergebnis Erfolgsrechnung (ohne VK und Transfers)	3'178'870	3'153'299	3'176'238	22'939	1%	

Transferaufwand und -ertrag

Transfer	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Budget 2014	Abw. Absolut	Abw. %	B
Schulpsycho. Leistung Allschwil/Muttenz	361	Entschädigungen an Gemeinwesen & Dritte	184'000	184'000	202'000	18'000	10%	
Total Transferaufwand			184'000	184'000	202'000	18'000	10%	
Total Transferertrag								
Transfers (Netto)			184'000	184'000	202'000	18'000	10%	

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2012	Sollstellenplan 2013	Sollstellenplan 2014	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	18.7	18.7	18.7	0.0	0.0%

Jahresprogramm

2504.002 Überprüfung der Leistungsvereinbarungen betreffend Schulpsychologie

Die Überprüfung der Leistungsvereinbarungen zwischen Kanton und den Gemeinden Allschwil und Muttenz betreffend Schulpsychologie hat ergeben, dass die Rechtsgrundlage für die Auslagerung der Schulpsychologie an die Gemeinden fehlt. Die Übernahme der bisher ausgelagerten Aufgabe durch den Kanton ist in Zusammenarbeit zwischen dem Kanton und den betroffenen Gemeinden auf Schuljahresbeginn 2015/16 geplant.

Das Projekt dient der Optimierung der kantonalen Steuerung und ist ein Beitrag zu "effizientem und effektivem staatlichen Handeln".

2504.003 Sicherheit an Schulen - Notfallpsychologie

Im Zusammenhang mit dem Aufbau von Kriseninterventionsteams (KIT) an den Schulen sollen das bereits bestehende Notfallkonzept des SPD überarbeitet, seine Angebote verbessert und mit den Kriseninterventionsteams vernetzt werden. Zu diesem Zweck soll spezialisiertes Knowhow aufgebaut werden. Das Projekt leistet einen direkten Beitrag zu "effizientem und effektivem staatlichen Handeln".

2504.004 Dokumentation von Schulunterstützung

Aktuell wird statistisch nur der Einzelfall erfasst, während die Unterstützung von Schulen und Behörden nicht erfasst wird. Dieses Manko in der Dokumentation der Aufgabenbereiche soll durch eine Zusatzprogrammierung der Datenbank und einer entsprechenden Praxisänderung angegangen werden.

Mit dieser Anpassung wird die Kostentransparenz und die dienststelleninterne Evaluation verbessert und ein direkter Beitrag zu "effizientem und effektivem staatlichen Handeln" geleistet.

2505 Schul- und Büromaterialverwaltung

Auftrag und Zielsetzungen

Die Schul- und Büromaterialverwaltung beschafft, lagert und spedierte Schul- und Büromaterialien, Bürogeräte und Drucksachen für die kantonale Verwaltung und Schulen des Kantons Basel-Landschaft und sorgt dafür, dass durch kostengünstigen und fachkundigen Einkauf unter Berücksichtigung der Ökologie ein optimales Preis- und Leistungsverhältnis erreicht wird. Weiter betreibt sie eine Hausdruckerei als Dienstleistung für kantonale Stellen und Schulen. Im Rahmen des ERP-Systems kommt das Modul Materialwirtschaft zum Einsatz. Per 1. Januar 2010 wurde für die Dienststellen und Schulen auf SAP ein Webshop eingerichtet. Der Verlag des Kantons Basel-Landschaft produziert und vertreibt Bücher verschiedener Reihen und produziert teils auch Lehrmittel. Die Schul- und Büromaterialverwaltung stellt dem Verlag die Infrastruktur und Logistik zur Verfügung.

Erfolgsrechnung (ohne Verpflichtungskredite und Transfers)

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Budget 2014	Abw. Absolut	Abw. %	B
300	Behörden, Kommissionen und Richter	10'938	7'000	10'000	3'000	43%	
301	Löhne des Verw- und Betriebspersonals	1'628'984	1'669'795	1'647'735	-22'060	-1%	
304	Zulagen	24'310	23'328	14'233	-9'095	-39%	
305	Arbeitgeberbeiträge	259'370	284'186	278'804	-5'382	-2%	
309	Übriger Personalaufwand	2'084		3'000	3'000	X	
310	Material- und Warenaufwand	1'653'340	1'575'000	1'580'000	5'000	0%	
311	Nicht aktivierbare Anlagen	1'411	10'500	10'500	0	0%	
312	Ver- und Entsorgung Liegenschaften VV	39	1'000		-1'000	-100%	
313	Dienstleistungen und Honorare	47'773	52'000	52'000	0	0%	
315	Unterhalt Mobilien/immaterielle Anlagen	47'200	60'000	60'000	0	0%	
316	Mieten, Leasing, Pachten, Benützungsgb	250'440	240'000	250'000	10'000	4%	
317	Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen	4'386	14'000	9'000	-5'000	-36%	
318	Wertberichtigungen auf Forderungen	167	100	200	100	100%	
319	Verschiedener Betriebsaufwand	144'014	155'000	155'000	0	0%	
342	Kapitalbeschaffungs-/Verwaltungskosten	85	100	100	0	0%	
425	Erlös aus Verkäufen	-2'234'727	-2'200'000	-2'200'000	0	0%	
426	Rückerstattungen	-46'224	-20'000	-20'000	0	0%	
440	Zinsertrag	-15	-50	-20	30	60%	
450	Übertrag Fonds FK / StaatsRG	-60'000	-60'000	-60'000	0	0%	
	Total Aufwand	4'074'541	4'092'008	4'070'571	-21'437	-1%	
	Total Ertrag	-2'340'966	-2'280'050	-2'280'020	30	0%	
	Ergebnis Erfolgsrechnung (ohne VK und Transfers)	1'733'575	1'811'958	1'790'551	-21'407	-1%	

Transferaufwand und -ertrag

Transfer	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Budget 2014	Abw. Absolut	Abw. %	B
CH-Schule Santiago de Chile	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	36'339	35'000	35'000	0	0%	
Beiträge an interk. Lehrmittelzentrale	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	19'208	20'000	17'000	-3'000	-15%	
Total Transferaufwand			55'547	55'000	52'000	-3'000	-5%	
Total Transferertrag								
Transfers (Netto)			55'547	55'000	52'000	-3'000	-5%	

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2012	Sollstellenplan 2013	Sollstellenplan 2014	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	17.8	17.5	17.4	-0.1	-0.6%

Transfer von 0.1 Stellen ins Generalsekretariat.

Jahresprogramm

2505.002 Einführung Barcode-System im Bereich Lager

Im Verlauf des Jahres 2013 werden bei der SBMV durch die Einführung des Barcode-Scannings im Rahmen des Projekts ERP II Verbesserungen im Bereich Lager/Logistik angestrebt. Mit dem Projekt ERP III 2014 sind nun weitere Optimierungen beim Web-Shop sowie bei den Belastungsanzeigen vorgesehen, welche insbesondere der Kundschaft (Verwaltung, Schulen, Gemeinden usw.) weitere Erleichterungen im Bestell- und Kontrollwesen bringen.

Durch diese Massnahmen wird dem strategischen Ziel "effizientes und effektives staatliches Handeln" entsprochen.

2506 Amt für Volksschulen

Auftrag und Zielsetzungen

Das Amt für Volksschulen (AVS) versteht sich als Kompetenzzentrum der Volksschule und unterstützt, evaluiert und beaufsichtigt diese. Es nimmt Querschnittsfunktionen wahr und arbeitet mit den Dienst- und Fachstellen innerhalb der BKSD zusammen. Es behandelt Geschäfte, die für das Volksschulwesen von pädagogischer, schulpolitischer und finanzieller Bedeutung sind, und ermöglicht die Umsetzung vielfältiger Prozesse auf allen Stufen der Volksschule. Dazu gehören insbesondere auch Aufgabenstellungen wie die Projekte Sonderschulkonzept, TimeOut oder BerufswegBereitung. Das AVS stellt den Schulen im Rahmen des Qualitätssicherungsprozesses gemäss Bildungsgesetz eine professionelle Aussensicht in Form eines externen Evaluationsberichts mit Entwicklungsempfehlungen zur Verfügung und leistet Unterstützung bei der Internen Evaluation. Es beurteilt den Unterricht der Schulleitungsmitglieder zuhänden der Schulräte, führt periodisch standardisierte Gespräche mit den Schulleitungen, bewilligt die Klassenbildung der Sekundarschulen sowie Ausnahmen für den Kindergarten und die Primarschule. Es überprüft die Einhaltung kantonaler Vorschriften, welche die Volksschule betreffen, kann entsprechende Weisungen erlassen und beantragt dem Bildungsrat die Einführung der obligatorischen Lehrmittel. Für die Musikschulen wird ein besonderes Fortbildungsangebot für Behörden und Lehrpersonen zur Verfügung gestellt. Als Kompetenzzentrum sorgt das AVS in Zusammenarbeit mit den verschiedenen Anspruchsgruppen für die koordinierte Kommunikation im Volksschulbereich und nimmt seine Führungsverantwortung auch im Bereich der Schnittstellen zwischen den einzelnen Dienststellen und den Volksschulstufen wahr. In seinen Zuständigkeitsbereich fällt die Bearbeitung besonderer Vorkommnisse im Volksschulbereich. Das AVS ist verantwortlich für die Verträge mit Privatschulen, die Veröffentlichung von Informationsbroschüren und die Erstellung von Statistiken. Es vermittelt Stellvertretungen und koordiniert die bezahlten Urlaube. Das AVS arbeitet in Schulentwicklungsprojekten mit. Diese haben zum Ziel, Antworten auf aktuelle Problem- und Handlungsfelder zu finden und Entwicklungen zu initiieren, welche zur Erfüllung des Anspruchs "Gute Schule Baselland" unabdingbar sind.

Erfolgsrechnung (ohne Verpflichtungskredite und Transfers)

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Budget 2014	Abw. Absolut	Abw. %	B
300	Behörden, Kommissionen und Richter	5'443	47'280	43'280	-4'000	-8%	
301	Löhne des Verw- und Betriebspersonals	2'793'866	3'123'870	3'134'229	10'359	0%	
302	Löhne der Lehrkräfte	62'366	29'500	93'300	63'800	216%	1
304	Zulagen	34'929	20'558	17'593	-2'965	-14%	
305	Arbeitgeberbeiträge	557'511	547'366	554'575	7'208	1%	
309	Übriger Personalaufwand	28'549	58'300	53'300	-5'000	-9%	
310	Material- und Warenaufwand	98'011	161'369	138'870	-22'499	-14%	
311	Nicht aktivierbare Anlagen	10'580	400	400	0	0%	
312	Ver- und Entsorgung Liegenschaften VV	370	150	150	0	0%	
313	Dienstleistungen und Honorare	351'997	535'137	534'337	-800	0%	
315	Unterhalt Mobilien/immaterielle Anlagen	346					
316	Mieten, Leasing, Pachten, Benützungsgb	26'200	3'500	6'500	3'000	86%	
317	Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen	108'482	156'250	125'000	-31'250	-20%	
319	Verschiedener Betriebsaufwand	1'020	2'500	2'500	0	0%	
423	Schul- und Kursgelder		-10'000	-10'000	0	0%	
424	Benützungsgebühren und Dienstleistungen	-41'975	-65'000	-65'000	0	0%	
425	Erlös aus Verkäufen		-1'000	-1'000	0	0%	
426	Rückerstattungen	-36'640	-49'800	-49'800	0	0%	
	Total Aufwand	4'079'668	4'686'180	4'704'033	17'853	0%	
	Total Ertrag	-78'615	-125'800	-125'800	0	0%	
	Ergebnis Erfolgsrechnung (ohne VK und Transfers)	4'001'052	4'560'380	4'578'233	17'853	0%	

1 Für die Erfüllung gesetzlicher Aufgaben wie: Durchführung der Übertrittsprüfung, Evaluationspool, Praxisorientierte Einführung SL, Verordnetes TimeOut sowie Mentorinnen und Mentoren.

Transferaufwand und -ertrag

Transfer	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Budget 2014	Abw. Absolut	Abw. %	B
Beiträge an Musikförderung	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	78'982	87'000	87'000	0	0%	
ergänzende, unterstützende Schulangebote	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	73'980	70'000	64'000	-6'000	-9%	
Sonderschulung	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte		46'054'585	49'373'813	3'319'228	7%	1
	463	Beiträge von Gemeinwesen und Dritten		-90'000		90'000	100%	2
Spitalschulen	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte			355'000	355'000		X 3
Naturschule Löwenburg	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte			150'000	150'000		X 4
Total Transferaufwand			152'962	46'211'585	50'029'813	3'818'228	8%	
Total Transferertrag				-90'000		90'000	100%	
Transfers (Netto)			152'962	46'121'585	50'029'813	3'908'228	8%	

- 1 Anstieg der Schülerinnen- und Schülerzahlen im Bereich der Sonderschulung.
- 2 Erhöhung der Elternbeiträge an die Mittagsverpflegung. Im Budget 2014 ist diese Erhöhung in den Beiträgen enthalten.
- 3 Transfer der Aufgabe von der VGD an die BKSD.
- 4 Transfer der Aufgabe innerhalb der BKSD, vom Generalsekretariat an das Amt für Volksschulen.

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2012	Sollstellenplan 2013	Sollstellenplan 2014	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	21.4	22.6	22.6	0.0	0.0%

Jahresprogramm

2506.003 Programm BR NWCH

Der Kanton Basel-Landschaft beteiligt sich am Projekt Swiss Science Education (SWISE). Das Projekt SWISE liefert als Pilotprojekt zur Einführung des Lehrplans 21 im Bereich „Stärkung des naturwissenschaftlichen Unterrichts“ Hinweise und Ergebnisse, die den Aufbau von Interessen und Neigungen der Schülerinnen und Schüler in ihrer Schullaufbahn im Bezug auf die Naturwissenschaften unterstützen.

2506.002 Bildungsharmonisierung Basel-Landschaft - Umsetzung HarmoS

2506.004

Die Einführung des Lehrplans 21 ist auf den Sommer 2015 für die Primarschulen integral und auf den Sommer 2016 für die Sekundarschulen aufsteigend geplant. Im kommenden Jahr findet die Anhörung und anschliessende Bereinigung der D-EDK zur Vorlage des Lehrplans 21 statt. Im Kanton Basel-Landschaft werden parallel dazu die Ergänzungen und Präzisierungen des kantonalen Erlasses Lehrplan 21 im Herbst 2014 sowie die notwendigen Handreichungen und Instrumente für die Lehrerinnen und Lehrer geschaffen.

Im Herbst 2013 wird der erste der vier Checks, der P3, mit freiwilligen Klassen der dritten Primarstufe durchgeführt. Im Schuljahr 2016/2017 sind erstmals die beiden auf der Primarstufe stattfindenden Checks P3 und P6 obligatorisch.

Auf der Sekundarstufe wird der Check S2 erstmals im Schuljahr 2016/17 durchgeführt. Ein Jahr später (SJ 2017/18) kommt der Check S3 dazu und komplementiert so das Obligatorium für alle vier Checks für die Volksschule.

Die Checks dienen der Standortbestimmung der Schülerinnen und Schüler in Bezug auf die Mindestansprüche des Lehrplans 21 und der Grundkompetenzen der Erziehungsdirektorenkonferenz (EDK) und machen die schulischen Leistungen transparent.

Beide Teilprojekte der Bildungsharmonisierung tragen zur Stärkung der Strategie „Basel-Bildungs-Landschaft“ bei.

2506.006 Integrative Ausrichtung der Regelschule

Mit wenigen Ausnahmen arbeiten alle Primar- und Sekundarschulen mit integrativen Schulungsformen. Sowohl der Anteil Schülerinnen und Schüler in Kleinklassen als auch jener in Privatschulen im Rahmen der Speziellen Förderung hat entsprechend abgenommen und ist rückläufig. Die Dotation für die integrative Schulungsform erfolgt gemäss Verordnung mit rund 4-6 Unterstützungslektionen pro Schülerin oder Schüler. Integrative Unterstützung kann je nach Unterstützungsbedarf Heil- oder Sozialpädagogik umfassen.

Es gilt nun, die integrativen Schulungsformen über Qualitätsstandards und -indikatoren zu überprüfen, zu vergleichen und zu optimieren.

Durch diese Massnahmen wird dem strategischen Ziel "Effizientes und effektives staatliches Handeln" entsprochen.

2506.007 Verankerung der Sonderschulung

Die Zuständigkeit für die Tagessonderschulung und die integrative Sonderschulung liegt seit dem 1. Januar 2012 beim Amt für Volksschulen. Die Sonderschulung in stationären Einrichtungen wird weiter über das Amt für Kinder, Jugend und Behindertenangebote organisiert. Die Tagessonderschulung ist Teil der Volksschule und erfolgt sowohl integrativ in der Regelschule als auch separativ an Sonderschulen. Die Zahl der separativen Sonderschulung ist konstant geblieben. Stark zugenommen hat die integrative Sonderschulung im Bereich der integrativen, sozialpädagogischen Unterstützung für Schülerinnen und Schüler mit einer Verhaltensauffälligkeit. Die starke Zunahme der integrativen Sonderschulung im Bereich der Verhaltensauffälligkeit muss bezüglich des Indikationsprimats, der Zuweisungspraxis, der Systembedingungen und der Angebotsstruktur analysiert und angegangen werden.

Durch diese Massnahmen wird dem strategischen Ziel "Effizientes und effektives staatliches Handeln" entsprochen.

2506.008 Organisationsentwicklung AVS

Die angelaufene Organisationsentwicklung hat zum Ziel, die Dienststelle für die jetzigen und zukünftigen Aufgaben im Sinne eines Kompetenz- und Steuerungszentrums zu stärken. Damit verbunden ist die Optimierung der Zusammenarbeit mit den Schulleitungen. Diese soll mit der Verankerung des Präsidialausschusses der Schulleitungskonferenzen erreicht werden. Dies ist ein wichtiger Baustein in Bezug auf die Governance beziehungsweise Steuerung der Schulen.

Mit Beginn des Schuljahres 2013/2014 startet die erweiterte Zusammenarbeit und diese wird den strategischen Schwerpunkt "Basel-Bildungs-Landschaft" durch effiziente und effektive organisatorische Prozesse stärken.

2507 Sekundarschulen inkl. Werkjahr

Auftrag und Zielsetzungen

Die teilautonom geleiteten Sekundarschulen, aufgeteilt in verschiedene Schulkreise, vermitteln den Schülerinnen und Schülern eine niveauspezifische Ausbildung, die ihnen den Eintritt in eine berufliche Grundbildung oder in eine weiterführende Schule ermöglicht. Die Sekundarschule weist folgende drei Anforderungsniveaus auf: Niveau A inkl. Werkjahr (Allgemeine Anforderungen), Niveau E (Erweiterte Anforderungen) und Niveau P (Progymnasiale Anforderungen). Die Schülerinnen und Schüler erhalten gemäss Stufenlehrplan einen alters-, stufen- und geschlechtergerechten Unterricht, der in zeitgemässen Lehr- und Lernformen vermittelt wird. Sonderschulung, Gesundheitsförderung und Prävention stellen ebenso wie die Förderung der Handlungskompetenz und des Verantwortungsbewusstseins, essentielle Bestandteile des Bildungsanspruches dar. Des Weiteren fördert die Sekundarschule die Grundlagen für ein lebenslanges Lernen und unterstützt die Jugendlichen geschlechterdifferenziert bei ihrer persönlichen und kulturellen Selbstfindung. Um diese Ziele mit hoher Qualität zu erreichen, betreiben die Sekundarschulen eine systematische Schulentwicklung und bieten ihren Lehrpersonen Gelegenheit, sich entsprechend fachlich, methodisch-didaktisch sowohl schulextern als auch schulintern fortzubilden. Im Rahmen des vom Schulrat genehmigten Schulprogramms sowie unterstützt durch das Amt für Volksschulen obliegt der Schulleitung die Führung der Schule in pädagogischer, personeller, organisatorischer und administrativer Hinsicht.

Erfolgsrechnung (ohne Verpflichtungskredite und Transfers)

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Budget 2014	Abw. Absolut	Abw. %	B
300	Behörden, Kommissionen und Richter	444'081	460'400	461'400	1'000	0%	
301	Löhne des Verw- und Betriebspersonals	8'614'028	8'300'000	8'320'001	20'001	0%	
302	Löhne der Lehrkräfte	119'301'323	115'060'600	112'831'400	-2'229'200	-2%	1
304	Zulagen	1'654'131	1'830'000	1'660'000	-170'000	-9%	
305	Arbeitgeberbeiträge	23'145'726	22'526'393	23'850'000	1'323'607	6%	2
309	Übriger Personalaufwand	2'257	5'000		-5'000	-100%	
310	Material- und Warenaufwand	5'447'291	5'859'000	5'361'000	-498'000	-9%	3
311	Nicht aktivierbare Anlagen	1'318'399	1'231'770	1'469'510	237'740	19%	3,4
312	Ver- und Entsorgung Liegenschaften VV	5'375	8'500	8'500	0	0%	
313	Dienstleistungen und Honorare	589'969	672'599	645'583	-27'016	-4%	
314	Baulicher und betrieblicher Unterhalt	-4					
315	Unterhalt Mobilien/immaterielle Anlagen	229'057	222'800	294'800	72'000	32%	3
316	Mieten, Leasing, Pachten, Benützungsgelb	477'854	410'000	480'000	70'000	17%	3
317	Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen	1'857'825	2'648'800	2'626'800	-22'000	-1%	
319	Verschiedener Betriebsaufwand	3'821	5'000	5'000	0	0%	
341	Realisierte Kursverluste	1					
342	Kapitalbeschaffungs-/Verwaltungskosten	1'124	1'000	5'000	4'000	400%	
422	Spital- und Heimtaxen, Kostgelder	-247'543	-293'008	-312'710	-19'702	-7%	
425	Erlös aus Verkäufen	-384					
426	Rückerstattungen	-1'212					
427	Bussen	-680					
439	Übriger Ertrag	-2'300					
440	Zinsertrag	-232					
	Total Aufwand	163'092'259	159'241'862	158'018'994	-1'222'867	-1%	
	Total Ertrag	-252'351	-293'008	-312'710	-19'702	-7%	
	Ergebnis Erfolgsrechnung (ohne VK und Transfers)	162'839'908	158'948'854	157'706'284	-1'242'569	-1%	

- 1 Mit der konsequenten Klassenbildung nach Schulkreisen kann zum 4. und letzten Mal eine markante Optimierung in der Klassenbildung vorgenommen werden. Zudem wirkt sich die Erhöhung der Pflichtlektionen bei den Lehrpersonen erstmals für ein ganzes Kalenderjahr aus.
- 2 Mit der Verzögerung der PK-Reform wird der Arbeitgeber ein weiteres Jahr Beiträge an Vorpensionierungen mitfinanzieren.
- 3 Der Aufwand für die Reparaturen, Mieten Kopiergeräte und Geräteanschaffungen wurde 2012 erstmals vom Konto 310 auf die Konten 311, 115 und 316 aufwandneutral umverteilt. Aufgrund der ersten Auswertungen in der Rechnung 2012 wurden die Zahlen im Budgetjahr 2014 aufwandneutral angepasst.

- 4 Der Mehrbedarf ergibt sich vor allem aus Beschaffungsrückstellungen in der letzten Budgetperiode, neu wiederkehrenden Software-Wartungskosten und der 2014 wieder fälligen Beschaffung aktueller Microsoft Office Lizenzen sowie der Fortführung der Netzwerk-Ausbauten(inkl. Lizenzen) und Optimierungen in den Sekundarschulen.

Transferaufwand und -ertrag

Transfer	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Budget 2014	Abw. Absolut	Abw. %	B
Sonderschulung im Einzelfall	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	4'185'659	4'530'000	4'700'000	170'000	4%	
Mittagstisch	461	Entschädigungen von Gemeinwesen & Dritte	-52'707	-62'700		62'700	100%	1
Logopädie	361	Entschädigungen an Gemeinwesen & Dritte	177'379	210'000	210'000	0	0%	
Fremdsprachenklassen	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	259'420	170'000	260'000	90'000	53%	2
Annuitäten, Unterhalt, Mieten Sek I	361	Entschädigungen an Gemeinwesen & Dritte	84'312					
Total Transferaufwand			4'706'770	4'910'000	5'170'000	260'000	5%	
Total Transferertrag			-52'707	-62'700		62'700	100%	
Transfers (Netto)			4'654'064	4'847'300	5'170'000	322'700	7%	

- 1 Für das Mittagstischangebot fallen keine Entschädigungen des Bundes mehr an.
- 2 Zunahme der Anzahl Fremdsprachenklassen.

Kennzahlen

	Rechnung 2012	Budget 2013	Budget 2014	Abw. Absolut	Abw. %
Klassenentwicklung					
SEK Kleinklassen					
Anzahl Lernende	322	396	373	-23	-5.81
Anzahl Klassen	36	41.5	39	-2.5	-6.02
Lernende pro Klasse	8.9	9.54	9.56	0.02	0.21
Sek. Niv. A					
Anzahl Lernende	2'790	2'784	2'841	57	2.05
Anzahl Klassen	175	170	169	-1	-0.59
Lernende pro Klasse	15.9	16.48	16.81	0.33	2
Sek. Niv. E					
Anzahl Lernende	4'155	4'224	4'158	-66	-1.56
Anzahl Klassen	201	204	200	-4	-1.96
Lernende pro Klasse	20.7	20.7	20.79	0.09	0.43
Sek. Niv. P					
Anzahl Lernende	3'322	3'286	3'223	-63	-1.92
Anzahl Klassen	175	159	156	-3	-1.89
Lernende pro Klasse	19	20.77	20.66	-0.11	-0.53
Total					
Lernende	10'589	10'690	10'595	-95	-0.89
Klassen	587	574.5	564	-10.5	-1.83

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2012	Sollstellenplan 2013	Sollstellenplan 2014	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen (ohne Lehrpersonen)	69.5	71.0	71.0	0.0	0.0%
Anzahl Lehrpersonen (ausserhalb Soll-Stellenplan)	963.0	933.6	897.0	-36.6	-3.9%
Anzahl Vollstellen (inkl. Lehrpersonen)	1'032.5	1'004.6	968.0	-36.6	-3.6%

Mit der konsequenten Klassenbildung nach Schulkreis kann letztmals im 2014 eine grössere Aufwandssenkung vorgenommen werden. Zudem bedingt die Pflichtlektionenerhöhung auch eine Senkung der Stellenprozent.

2508 Gymnasien

Auftrag und Zielsetzungen

Die vier Gymnasien Liestal, Münchenstein, Muttenz und Oberwil führen je eine Maturitätsabteilung und eine Fachmittelschule (FMS), das Gymnasium Laufental-Thierstein neben der Maturitätsabteilung das Niveau P der Sekundarstufe I. Seit 2007 werden an den vier FMS-Standorten auch die Fachmaturitäten angeboten. Damit bieten sie auf der Sekundarstufe II die Ausbildungsgänge an, die zum späteren Besuch einer Hochschule (Universität und Fachhochschule) befähigen. Diese allgemeinbildenden Ausbildungsgänge befähigen die Schülerinnen und Schüler - im Hinblick auf ein lebenslanges Lernen - grundlegende Kenntnisse zu erwerben sowie ihre geistige Offenheit und die Fähigkeit zum selbständigen Denken zu entwickeln. Die Schulen streben eine breit gefächerte, ausgewogene und kohärente Bildung an, nicht aber eine fachspezifische oder berufliche Ausbildung. Um diese Ziele mit hoher Qualität zu erreichen, betreiben die Gymnasien eine systematische Schulentwicklung und bieten ihren Lehrpersonen Gelegenheit, sich entsprechend fachlich, methodisch-didaktisch sowohl schulextern als auch schulintern weiterzubilden. Das Erreichen der Ziele wird durch ein professionelles Qualitätsmanagement sichergestellt. Die Aufsicht über die Gymnasien obliegt den jeweiligen Schulräten.

Erfolgsrechnung (ohne Verpflichtungskredite und Transfers)

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Budget 2014	Abw. Absolut	Abw. %	B
300	Behörden, Kommissionen und Richter	69'400	78'000	82'000	4'000	5%	
301	Löhne des Verw- und Betriebspersonals	6'607'930	6'545'296	6'543'538	-1'758	0%	
302	Löhne der Lehrkräfte	57'951'676	56'584'654	54'794'600	-1'790'054	-3%	1
304	Zulagen	914'623	584'298	492'348	-91'950	-16%	2
305	Arbeitgeberbeiträge	11'987'783	12'280'994	12'592'820	311'827	3%	3
309	Übriger Personalaufwand	118'356	222'110	170'500	-51'610	-23%	4
310	Material- und Warenaufwand	931'585	1'136'400	1'109'084	-27'316	-2%	
311	Nicht aktivierbare Anlagen	852'661	893'340	945'360	52'020	6%	
312	Ver- und Entsorgung Liegenschaften VV	2'019	700	1'200	500	71%	
313	Dienstleistungen und Honorare	740'032	746'880	770'610	23'730	3%	
315	Unterhalt Mobilien/immaterielle Anlagen	94'024	100'400	108'300	7'900	8%	
316	Mieten, Leasing, Pachten, Benützungsgb	249'730	257'000	244'500	-12'500	-5%	
317	Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen	510'765	568'000	518'776	-49'224	-9%	
319	Verschiedener Betriebsaufwand	264	1'800	1'300	-500	-28%	
341	Realisierte Kursverluste	1					
342	Kapitalbeschaffungs-/Verwaltungskosten	467	600	500	-100	-17%	
424	Benützungsgebühren und Dienstleistungen	-730					
425	Erlös aus Verkäufen	-383'772	-394'000	-390'700	3'300	1%	
440	Zinsertrag	-122	-250	-200	50	20%	
	Total Aufwand	81'031'315	80'000'471	78'375'436	-1'625'036	-2%	
	Total Ertrag	-384'625	-394'250	-390'900	3'350	1%	
	Ergebnis Erfolgsrechnung (ohne VK und Transfers)	80'646'690	79'606'221	77'984'536	-1'621'686	-2%	

- 1 Landratsbeschluss 2011 - 296 Erhöhung der Pflichtstundenzahl ab August 2013.
- 2 Diese Position wird aus der Personalkostenplanung hergeleitet.
- 3 Mit der Verzögerung der PK-Reform wird der Arbeitgeber ein weiteres Jahr Beiträge an Vorpensionierungen mitfinanzieren.
- 4 Kompensation des Mehraufwandes in der Position 311 (Materialpauschale inkl. übrigem Personalaufwand).

Transferaufwand und -ertrag

Transfer	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Budget 2014	Abw. Absolut	Abw. %	B
Vereinsmitgliedschaften	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	17'893	11'400	13'400	2'000	18%	
Total Transferaufwand			17'893	11'400	13'400	2'000	18%	
Total Transferertrag								
Transfers (Netto)			17'893	11'400	13'400	2'000	18%	

Kennzahlen

	Rechnung 2012	Budget 2013	Budget 2014	Abw. Absolut	Abw. %
Klassenentwicklung					
Klassen	198	197	196	-1	-0.51
Lernende	4'005	3'988	4'201	213	5.34
Lernende pro Klasse	20.23	20.24	21.43	1.19	5.88

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2012	Sollstellenplan 2013	Sollstellenplan 2014	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen (ohne Lehrpersonen)	52.2	54.6	54.6	0.0	0.0%
Anzahl Lehrpersonen (ausserhalb Soll-Stellenplan)	419.2	410.0	394.3	-15.7	-3.8%
Anzahl Vollstellen (inkl. Lehrpersonen)	471.4	464.6	448.9	-15.7	-3.4%

Die Pflichtlektionenerhöhung und das Zusammenlegen bestehender Klassen ist für die Stellenreduktion verantwortlich.

Jahresprogramm

2508.001 Umsetzung der kleinen MAR-Reform

Der geplante Ausbau der Interdisziplinarität auf der Wahlkurs- und Ergänzungsfachstufe ist aus Kostengründen vorläufig sistiert. Ein bescheidener Ausbau wird durch eine Erhöhung der Kursgrössen kompensiert; ein Mehraufwand ist deshalb nicht vorgesehen.

Durch diese Massnahmen wird dem strategischen Ziel "effizientes und effektives staatliches Handeln" entsprochen.

2508.003 Vierjähriges Gymnasium

Im August 2014 treten die ersten Klassen ins vierjährige Gymnasium ein. Bis dann werden die Lehrpläne an die neue Stundentafel angepasst und, wo nötig, ergänzt oder neu erarbeitet. Das Gymnasium wird dadurch schrittweise Jahresstundenpläne einführen können. Das gymnasiale Angebot in der Region wird vereinfacht, indem die Struktur der gymnasialen Bildung und die Stundentafel in Basel-Stadt und Basel-Landschaft weitgehend gleich sein werden.

Diese Strukturanpassung steuert einen bedeutenden Beitrag zum strategischen Schwerpunkt „Basel-Bildungs-Landschaft“ bei.

2509 Amt für Berufsbildung und Berufsberatung

Auftrag und Zielsetzungen

Das Amt für Berufsbildung und Berufsberatung (AfBB) ist verantwortlich für die Information und Beratung von Jugendlichen und Erwachsenen bezüglich Berufs-, Studien- und Laufbahnfragen (BIZ, Berufsberatung), die Sicherung der beruflichen Zukunft von Jugendlichen und Erwachsenen durch eine ihren individuellen Fähigkeiten angepasste berufliche Grund-, Weiter- und Nachholbildung und die Bereitstellung von Beratungs-, Stütz-, Förder- und Brückenangeboten sowie für die finanzielle Unterstützung von in Ausbildung stehenden Personen (Ausbildungsbeiträge).

Strategische Ziele und dazugehörige Entwicklungsschwerpunkte des AfBB sind:

1. Förderung der Ausbildungsqualität gemeinsam mit den Ausbildungspartnern zu Gunsten der Lernenden und des Wirtschaftsstandortes BL
 - Qualitätsentwicklung
 - Qualifikationsverfahren (QV)
2. Möglichst viele Jugendliche und junge Erwachsene erreichen einen ihren Fähigkeiten entsprechenden Bildungsabschluss
 - Lehrstellenmarkt
 - Gewinnen von schulisch starken Lernenden für die Berufsbildung
 - Bedarfsgerechte berufsintegrative Angebote
 - Aktive Berufswahl auf allen Stufen
3. Berufliche Laufbahnen von Erwachsenen fördern
 - Höhere Berufsbildung
 - Zielgruppenspezifische Angebote für Erwachsene (Nachholbildung / Tertiär / Quartär)

Erfolgsrechnung (ohne Verpflichtungskredite und Transfers)

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Budget 2014	Abw. Absolut	Abw. %	B
300	Behörden, Kommissionen und Richter	8'475		3'350	3'350		X
301	Löhne des Verw- und Betriebspersonals	5'295'909	5'558'074	5'507'444	-50'630	-1%	
302	Löhne der Lehrkräfte		24'000		-24'000	-100%	
304	Zulagen	66'166	39'332	29'176	-10'156	-26%	
305	Arbeitgeberbeiträge	1'178'251	1'016'899	1'070'074	53'174	5%	
309	Übriger Personalaufwand	42'771	53'180	52'490	-690	-1%	
310	Material- und Warenaufwand	341'612	466'310	444'450	-21'860	-5%	
311	Nicht aktivierbare Anlagen	4'514	11'190	10'190	-1'000	-9%	
312	Ver- und Entsorgung Liegenschaften VV	638	800	800	0	0%	
313	Dienstleistungen und Honorare	2'758'668	2'963'430	2'978'130	14'700	1%	
315	Unterhalt Mobilien/immaterielle Anlagen	367	1'490	1'480	-10	-1%	
316	Mieten, Leasing, Pachten, Benützungsgb	56'949	49'670	57'120	7'450	15%	
317	Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen	131'767	130'410	136'300	5'890	5%	
318	Wertberichtigungen auf Forderungen	15'186		5'000	5'000		X
319	Verschiedener Betriebsaufwand		650	650	0	0%	
340	Zinsaufwand	14					
342	Kapitalbeschaffungs-/Verwaltungskosten	2'515	2'890	2'330	-560	-19%	
370	Durchlaufende Beiträge	93'262	93'940	94'000	60	0%	
423	Schul- und Kursgelder	-130'590	-124'000	-131'000	-7'000	-6%	
424	Benützungsgebühren und Dienstleistungen	-14'700					
425	Erlös aus Verkäufen	-1'840					
426	Rückerstattungen	-928'126	-1'020'000	-1'040'000	-20'000	-2%	
440	Zinsertrag	-33					
470	Durchlaufende Beiträge	-93'262	-93'940	-94'000	-60	0%	
	Total Aufwand	9'997'064	10'412'265	10'392'983	-19'282	0%	
	Total Ertrag	-1'168'552	-1'237'940	-1'265'000	-27'060	-2%	
	Ergebnis Erfolgsrechnung (ohne VK und Transfers)	8'828'512	9'174'325	9'127'983	-46'342	-1%	

Transferaufwand und -ertrag

Transfer	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Budget 2014	Abw. Absolut	Abw. %	B
Stipendien und Ausbildungsbeiträge	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	12'169'471	13'000'000	12'620'000	-380'000	-3%	
	463	Beiträge von Gemeinwesen und Dritten	-862'600	-825'000	-825'000	0	0%	
check-in aprentas I und II	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	180'000	460'000	307'000	-153'000	-33%	1
	463	Beiträge von Gemeinwesen und Dritten	-151'942	-293'000	-153'000	140'000	48%	1
Berufswegbereitung (BWB)	463	Beiträge von Gemeinwesen und Dritten	-156'000	-158'500	-118'000	40'500	26%	2
private Org. & überbetriebliche Kurse	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	4'998'506	4'567'400	5'026'250	458'850	10%	3
	463	Beiträge von Gemeinwesen und Dritten	-4'684					
Mentoring/Beiträge an BS	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	100					
	461	Entschädigungen von Gemeinwesen & Dritte	-41'504	-45'000	-45'000	0	0%	
	463	Beiträge von Gemeinwesen und Dritten		-1'500		1'500	100%	
KIGA (seco)-Beitrag an RAV-Beratungen	463	Beiträge von Gemeinwesen und Dritten	-100'170	-114'000	-124'000	-10'000	-9%	
Bundesbeitrag an Berufsbildung	463	Beiträge von Gemeinwesen und Dritten	-20'578'954	-19'500'000	-20'676'000	-1'176'000	-6%	4
Bundesbeitrag an „wie weiter?“	463	Beiträge von Gemeinwesen und Dritten	-264'521	-270'000	-270'000	0	0%	
Vorzeitige Einführung Assistenz Gesundheit	463	Beiträge von Gemeinwesen und Dritten	-30'000	-30'000		30'000	100%	5
ProfessionELLE	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte			80'000	80'000	X	6
Total Transferaufwand			17'348'077	18'027'400	18'033'250	5'850	0%	
Total Transferertrag			-22'190'375	-21'237'000	-22'211'000	-974'000	-5%	
Transfers (Netto)			-4'842'298	-3'209'600	-4'177'750	-968'150	-30%	

- Der Verpflichtungskredit (VK) check-in aprentas I (LRB 2006-059) ist im Jahr 2012 ausgelaufen.
Der VK check-in aprentas II (LRB 2011-2644) bewegt sich innerhalb der finanziellen Vorgaben.
- Der Verpflichtungskredit Berufswegbereitung (LRB 2008-655) läuft 2013 aus. Die Fortsetzung dieses Projekts ist - aufgrund der Vernehmlassung - wieder als VK im Finanzplan aufgeführt.
- Mit der Revision der Bildungsverordnungen (Vorgabe Bund) hat im Bereich der Überbetrieblichen Kurse eine Zunahme der Kurstage und -kosten stattgefunden.
- Der Bund hat eine Erhöhung des Pauschalbeitrags um rund CHF 1 Million deklariert.
- Das Projekt "Vorzeitige Einführung Assistenz Gesundheit" wird 2013 abgeschlossen, womit die Projektfinanzierung des Bundes entfällt.
- Die Verantwortung und die Ressourcen für das Projekt "ProfessionELLE" werden mit dem Budget 2014 von der Fachstelle Erwachsenenbildung zum Amt für Berufsbildung und Berufsberatung transferiert. (siehe P2503)

Verpflichtungskredite

Verpflichtungskredit	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Budget 2014	Abw. Absolut	Abw. %	B
Bundesbeitrag an check-in aprentas	46	Transferertrag	71'391					
VK check-in aprentas	36	Transferaufwand	-90'000					
Berufswegbereitung (BWB) 2009-2013	30	Personalaufwand	1'154'218	711'281		-711'281	-100%	1
	31	Sach- und übriger Betriebsaufwand	75'091	52'300		-52'300	-100%	1
	46	Transferertrag	-156'000	-158'500		158'500	100%	1

Verpflichtungskredit	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Budget 2014	Abw. Absolut	Abw. %	B
		Total	1'073'309	605'081		-605'081	-100%	
VK Sicherung der Attest-Lehrst. 2011-15	30	Personalaufwand	542'500	510'000	510'000	0	0%	
VK check-in aprentas II; 2011-2016	36	Transferaufwand	270'000	460'000	307'000	-153'000	-33%	2
	46	Transferertrag	-223'333	-293'000	-153'000	140'000	48%	2
		Total	46'667	167'000	154'000	-13'000	-8%	
Berufswegbereitung (BWB) 2014-2018	30	Personalaufwand			1'037'000	1'037'000		X 3
	31	Sach- und übriger Betriebsaufwand			35'000	35'000		X 3
	46	Transferertrag			-118'000	-118'000		X 3
		Total			954'000	954'000		X
Total Verpflichtungskredite Aufwand			1'951'809	1'733'581	1'889'000	155'419	9%	
Total Verpflichtungskredite Ertrag			-307'942	-451'500	-271'000	180'500	40%	
Total Verpflichtungskredite (netto)			1'643'867	1'282'081	1'618'000	335'919	26%	

- 1 Der Verpflichtungskredit Berufswegbereitung (LRB 2008-655) läuft 2013 aus.
- 2 Der VK check-in aprentas II (LRB 2011-2644) bewegt sich insgesamt innerhalb der finanziellen Vorgaben.
- 3 Der Verpflichtungskredit Berufswegbereitung (LRB 2008-655) läuft 2013 aus. Die Fortsetzung dieses Projekts ist - aufgrund der Vernehmlassung - wieder als VK im Finanzplan aufgeführt.

Investitionen

Investitionsvorhaben	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Budget 2014	Abw. Absolut	Abw. %	B
ÜK-Zentrum Holzbau	56	Eigene Inv.-Beitr.		500'000	500'000	0	0%	
Total Investitionsausgaben				500'000	500'000	0	0%	
Total Investitionseinnahmen								
Total Nettoinvestitionen				500'000	500'000	0	0%	

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2012	Sollstellenplan 2013	Sollstellenplan 2014	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	44.8	44.9	44.9	0.0	0.0%

Jahresprogramm

2509.007 ESP Förderung der Höheren Berufsbildung (HBB)

Einbezug des Projekts Förderung der HBB in das Projekt Wirtschaftsoffensive BL:

Anfangs 2013 legte das AfBB ein Grundlagenpapier mit Projektskizze zur Förderung der Höheren Berufsbildung vor. Als erste wichtige Meilensteine sind eine Bedarfsanalyse und eine Sensibilisierungskampagne der Baselbieter KMU vorgesehen. Hier ergeben sich Berührungspunkte mit der Wirtschaftsoffensive BL. Aus diesem Grund wird 2014 das Projekt zur Förderung der Höheren Berufsbildung in das Projekt Wirtschaftsoffensive BL integriert.

Landratsvorlage zur Ratifizierung der „Interkantonalen Vereinbarung über Beiträge an Bildungsgänge der Höheren Fachschulen“ (HFSV):

Die Finanzierung der Höheren Berufsbildung für Studierende in ausserkantonalen Institutionen wurde bislang über die Fachschulvereinbarung (FSV) geregelt. Die Tarife waren jedoch sehr uneinheitlich und manche Kantone waren sehr restriktiv bei der Finanzierung von Lehrgängen ausserhalb des eigenen Kantons. Im Rahmen der angestrebten schweizweiten Harmonisierung der Finanzierung der Höheren Berufsbildung und der Einführung der Freizügigkeit für die Studierenden wurde von der Schweizerischen

Berufsbildungsämter-Konferenz (SBBK) zuhanden der Eidgenössischen Erziehungsdirektoren-Konferenz (EDK) die „Interkantonale Vereinbarung über Beiträge an Bildungsgänge der Höheren Fachschulen“ erarbeitet. Das Abkommen tritt in Kraft, wenn es durch 10 Kantone ratifiziert worden ist. Bislang haben 8 Kantone das Abkommen ratifiziert, in weiteren Kantonen ist der politische Prozess am Laufen. Ziel ist es, dass der Landrat die HFSV 2014 ebenfalls ratifiziert.

Durch die Förderung der höheren Berufsbildung wird somit ein bedeutender Beitrag zu den strategischen Schwerpunkten „Innovation und Wertschöpfung“ sowie "Basel-Bildungslandschaft" geleistet.

2509.008 ESP Gewinnen von schulisch starken Lernenden für die Berufsbildung; Implementierung des neuen Rahmenlehrplans Berufsmaturität

Im Rahmen der strategischen Ausrichtung des AfBB (Strategie 1) steht 2014 die Implementierung des neuen „Rahmenlehrplans Berufsmaturität“ (RLP-BM) an.

Der vom SBFI (ehem. BBT) erlassene neue BM-Rahmenlehrplan ist das Grundlagendokument für die Lehrpläne, welche bis Ende 2014 zu erarbeiten sind. Bereits 2013 wurde ein entsprechendes Lehrplanraster vierkantonal erarbeitet und zur Validierung der schriftlichen Abschlussprüfungen der Aufbau eines vierkantonalen Validierungsorgans für die Abschlussprüfungen entschieden. In den beiden Kantonen BL und BS wird der Berufsmaturitätsunterricht auf dieser Basis ab Schuljahr 2015/16 in den Berufsfachschulen umgesetzt. Das Ziel der bikantonalen Zusammenarbeit ist, dass die Angebote der BM-Ausrichtungen koordiniert sowie die Schlussprüfungen und (wo nötig und machbar) die entsprechenden Fachlehrpläne gemeinsam erarbeitet werden.

Damit wird ein bedeutender Beitrag zum strategischen Schwerpunkt „Basel-Bildungs-Landschaft“ ermöglicht.

2509.009 ESP Bedarfsgerechte berufsintegrative Angebote

Die Umsetzung der Bildungsharmonisierung hat auch Auswirkungen auf die nachobligatorische Bildung im Bereich der Brückenangebote und der Berufsbildung. Diese Themen werden im Rahmen von zwei Mandaten vorbereitet.

Mandat Brückenangebote (BrA)

2014 wird das bikantonale Mandat „Zukunft Brückenangebote“ fortgesetzt und zwar im Hinblick auf das ebenfalls bikantonale abgestimmte Anschlussprogramm der Umsetzung der Bildungsharmonisierung ab 2018. Zu diesem Zeitpunkt verlassen im Kanton Basel-Stadt die ersten Schülerinnen und Schüler, welche die Volksschule nach dem neuen HarmoS-System durchlaufen haben, die Sekundarstufe I (in BL 2019). Auf der Basis des im April 2013 fertig gestellten Grundlagenberichts „Analyse der bestehenden Brückenangebote BS/BL“ wird mit Blick auf die Auswirkungen der Bildungsharmonisierung für die Sekundarstufe II mittels einer funktionalen Analyse geklärt, welche Brückenangebote künftig bereitzustellen sind und welche Funktionen diese erfüllen müssen. Die Genehmigung des Strategiepapiers durch die beiden zuständigen Regierungsräte erfolgt voraussichtlich 2015. Bis im Dezember 2015 werden die entsprechend angepassten oder neu erarbeiteten Grundlagen gegebenenfalls durch den Bildungsrat BL bzw. den Erziehungsrat BS, die beiden Regierungen und den Land- bzw. Grossrat zu beschliessen sein.

Mandat „Integrative Schulung Sek II“

Das Mandat „Integrative Schulung Sek II“ folgt auf das Mandat „Klärung der Schnittstellen zwischen Volksschule, Sekundarstufe II, beruflicher Eingliederung nach IVG und der Behindertenhilfe“ und steht voraussichtlich unter der Federführung des AfBB. Aufgrund des dreifachen Rechtsanspruchs – a) Bildungsangebot bis Abschluss der Sekundarstufe II, b) Sonderschulung, c) Primat der integrativen Schulung – muss der Anspruch der Inklusivität auch auf der Sekundarstufe II erfüllt werden. Zusätzlich verstärkt wird dieser Anspruch durch die bevorstehende Ratifizierung der UN-Konvention zum Schutz der Rechte von Menschen mit Behinderungen, die auch Richtlinien zur integrativen Gestaltung des gesamten Bildungswesens enthält. Insbesondere sind die Gymnasien und die Berufsbildung nun gefordert, Anschlusslösungen für integrativ beschulte Jugendliche zu entwickeln. Der Anschluss an die Brückenangebote wird in einem separaten Mandat bikantonale erarbeitet (siehe oben). Vordringlich ist die Bereitstellung von Anschlusslösungen für die InSo-Schüler/innen nach Abschluss der Volksschule. Das Mandat wird mit der Implementierung dieser Lösungen 2018 abgeschlossen.

Projekt BWB (BerufsWegBereitung)

Noch im 2013 soll der Landrat einen zweiten Verpflichtungskredit zur Weiterführung des Projekts BWB für weitere fünf Jahre beschliessen. In dieser zweiten Projektphase werden die Erkenntnisse aus dem Evaluationsbericht umgesetzt und 2018 erneut evaluiert. Ziel ist es, 2019 BWB in die Liniorganisation des AfBB zu überführen.

Alle diese Bereiche stärken den strategischen Schwerpunkt „Basel-Bildungs-Landschaft“.

2509.010 ESP Förderung der Ausbildungsqualität; Lernortsübergreifende Qualitätsentwicklung (LQE)

Im Rahmen der bikantonalen Umsetzung des neuen Berufsbildungsgesetzes des Bundes (nBBG) – konkret bei der Implementierung der neuen Verordnungen für die einzelnen Berufe – müssen die Lerninhalte der drei Lernorte (Betrieb, Berufsfachschule, überbetriebliche Kurse) aufeinander abgestimmt, die Kooperation der lokalen Bildungspartner gefördert und damit die Qualitätsentwicklungsprozesse lernortübergreifend gesichert werden. Hierfür wurde für jeden Beruf eine LQE-Gruppe ins Leben gerufen und ein entsprechendes spezifisches Bildungsmonitoring aufgebaut. 2014 wird diese lernortübergreifende Qualitätsentwicklung in beiden Kantonen (BL und BS) in die Linienorganisation überführt.

Diese Entwicklungsschritte leisten einen bedeutenden Beitrag zum strategischen Schwerpunkt „Basel-Bildungs-Landschaft“.

2510 Berufsfachschulen

Auftrag und Zielsetzungen

Die kantonalen Berufsfachschulen (Gewerblich-industrielle Berufsfachschule (GIB) Liestal, GIB Muttenz, Berufsfachschule Gesundheit), die Berufsfachschulen privater Träger (Bildungszentrum kvBL, Berufsfachschule aprentas) und die berufsvorbereitenden Schulen (KVS, BVS2, SBA+) sind zuständig für die schulische Bildung von Jugendlichen und Erwachsenen gemäss den Vorgaben des Bundes (Berufsbildungsgesetz, BBG) und des Kantons (Bildungsgesetz, Verordnung für die Berufsbildung usw.). Sie leisten durch eine an die individuellen Fähigkeiten ihrer Lernenden sowie Kursteilnehmenden und Studierenden angepasste berufliche Grund- und Weiterbildung einen wichtigen Beitrag zur Sicherung der beruflichen Zukunft von Jugendlichen und Erwachsenen.

Erfolgsrechnung (ohne Verpflichtungskredite und Transfers)

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Budget 2014	Abw. Absolut	Abw. %	B
300	Behörden, Kommissionen und Richter	18'475	24'510	18'600	-5'910	-24%	
301	Löhne des Verw- und Betriebspersonals	2'747'511	2'807'148	2'787'152	-19'995	-1%	
302	Löhne der Lehrkräfte	21'805'078	21'553'650	22'778'592	1'224'941	6%	1
304	Zulagen	320'981	178'650	167'443	-11'207	-6%	
305	Arbeitgeberbeiträge	4'591'461	4'709'664	4'873'125	163'461	3%	
309	Übriger Personalaufwand	133'408	140'600	155'100	14'500	10%	
310	Material- und Warenaufwand	725'582	849'535	827'035	-22'500	-3%	
311	Nicht aktivierbare Anlagen	791'050	950'515	1'060'500	109'985	12%	2
312	Ver- und Entsorgung Liegenschaften VV	3'949	5'500	6'500	1'000	18%	
313	Dienstleistungen und Honorare	716'822	769'600	812'600	43'000	6%	
315	Unterhalt Mobilien/immaterielle Anlagen	32'678	84'900	97'800	12'900	15%	
316	Mieten, Leasing, Pachten, Benützungsgb	129'016	123'000	127'200	4'200	3%	
317	Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen	212'336	196'500	204'980	8'480	4%	
318	Wertberichtigungen auf Forderungen	3'651	500	1'000	500	100%	
319	Verschiedener Betriebsaufwand	500					
341	Realisierte Kursverluste	0					
342	Kapitalbeschaffungs-/Verwaltungskosten	1'290	550	1'050	500	91%	
349	Verschiedener Finanzaufwand	100		100	100	X	
423	Schul- und Kursgelder	-996'063	-997'000	-988'000	9'000	1%	
425	Erlös aus Verkäufen	-299'941	-272'500	-288'000	-15'500	-6%	
426	Rückerstattungen	-46'468	-45'000	-45'800	-800	-2%	
440	Zinsertrag	-46	-125	-10	115	92%	
	Total Aufwand	32'233'888	32'394'821	33'918'776	1'523'955	5%	
	Total Ertrag	-1'342'518	-1'314'625	-1'321'810	-7'185	-1%	
	Ergebnis Erfolgsrechnung (ohne VK und Transfers)	30'891'370	31'080'196	32'596'966	1'516'770	5%	

1 Die Schulleitungen rechnen ab Schuljahr 2013/14 mit einer Zunahme von zehn Klassen.

2 Die Gewerblich-industrielle Berufsfachschule Muttenz plant den Schulraum-Ausbau für die IT-Grundbildung am Standort Pratteln.

Transferaufwand und -ertrag

Transfer	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Budget 2014	Abw. Absolut	Abw. %	B
Bildungszentrum KV BL	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	32'905'784	35'530'000	35'530'000	0	0%	
aprentas	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	2'516'287	2'885'000	2'767'179	-117'821	-4%	
Lehrbetriebsbeiträge	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	11'336	8'400	9'250	850	10%	
	463	Beiträge von Gemeinwesen und Dritten	-201'608	-162'500	-164'000	-1'500	-1%	

Transfer	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Budget 2014	Abw. Absolut	Abw. %	B
Aufbau Praktikums-Management WMS	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte		160'000	160'000	0	0%	
Total Transferaufwand			35'433'407	38'583'400	38'466'429	-116'971	0%	
Total Transferertrag			-201'608	-162'500	-164'000	-1'500	-1%	
Transfers (Netto)			35'231'799	38'420'900	38'302'429	-118'471	0%	

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2012	Sollstellenplan 2013	Sollstellenplan 2014	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen (ohne Lehrpersonen)	25.1	26.3	26.3	0.0	0.0%
Anzahl Lehrpersonen (ausserhalb Soll-Stellenplan)	161.4	165.0	173.2	8.2	5.0%
Anzahl Vollstellen (inkl. Lehrpersonen)	186.5	191.3	199.5	8.2	4.3%

Die Schulleitungen rechnen ab Schuljahr 2013/2014 mit einer Zunahme von 10 Klassen.

2511 Amt für Kind, Jugend und Behindertenangebote

Auftrag und Zielsetzungen

Das Amt für Kind, Jugend und Behindertenangebote (AKJB) sichert betroffenen Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen und ihren Familien den Zugang zu bedarfsgerechten und qualitativ hochstehenden Angeboten (R-Z-1). Es fördert die Koordination und Zusammenarbeit sowohl zwischen den staatlichen Stellen und den privaten Institutionen als auch der verschiedenen Einrichtungen untereinander. Es ist im Kanton Basel-Landschaft für die Planung, Entwicklung und Finanzierung von Leistungen der Behindertenhilfe in den Bereichen Wohnen, Arbeit und Tagesgestaltung sowie der stationären Kinder- und Jugendhilfe in Heimen (inklusive Sonderschulheimen) zuständig. Es unterstützt Pflegefamilien als wichtigen Bestandteil der stationären Jugendhilfe (R-AK-4, BKSD 16, 17, 20, 21). Das AKJB schliesst mit den meist privat getragenen Einrichtungen Vereinbarungen ab, die den Leistungsauftrag, die Qualitätsentwicklung und die finanzielle Abgeltung regeln. Es überprüft im Finanz- und Leistungscontrolling die Leistungserfüllung und die Wirtschaftlichkeit der Einrichtungen. Für den Bereich der Behindertenhilfe vollzieht es das Bundesgesetz IFEG. Zudem ist es für die Kinder- und Jugendförderung, die Schulsozialdienste der Sekundarstufen I und II, die familienergänzende Kinderbetreuung sowie die heilpädagogische Früherziehung verantwortlich. In der familienergänzenden Kinderbetreuung im Schulbereich entwickelt es die Mittagsbetreuung an den Sekundarschulen (BKSD –BBL-6/BKSD 13). Das AKJB erteilt die Bewilligung und führt die Aufsicht über die Heime für Kinder und Jugendliche (Schul- und Wohnheime), die Kindertagesstätten und die Heime für behinderte Erwachsene. Es stellt mit der Bewilligungsabklärung und einer regelmässigen Aufsicht eine Mindestqualität der Heime und Kindertagesstätten für Kinder, Jugendliche und behinderte Erwachsene sicher. Das AKJB ist die kantonale Verbindungsstelle zur interkantonalen Vereinbarung für soziale Einrichtungen IVSE. Als kantonale Verbindungsstelle zum Bundesamt für Justiz erfüllt das AKJB in Zusammenarbeit mit dem Bundesamt Aufgaben im Rahmen der Verfahren für Bau- und Betriebsbeiträge des Bundesamtes für Justiz an Einrichtungen für Minderjährige und junge Erwachsene. Das AKJB fördert zudem mit Beiträgen die Fahrten von Behinderten und mobilitätseingeschränkten Betagten (R-AK-4, R-M-2, BKSD 19).

Erfolgsrechnung (ohne Verpflichtungskredite und Transfers)

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Budget 2014	Abw. Absolut	Abw. %	B
300	Behörden, Kommissionen und Richter	738	4'955	2'000	-2'955	-60%	
301	Löhne des Verw- und Betriebspersonals	1'202'033	1'183'341	1'343'165	159'825	14%	1
304	Zulagen	14'962	14'116	9'134	-4'981	-35%	
305	Arbeitgeberbeiträge	255'804	207'424	252'957	45'533	22%	1
309	Übriger Personalaufwand	2'644	12'000	3'000	-9'000	-75%	
310	Material- und Warenaufwand	10'743	10'750	11'390	640	6%	
311	Nicht aktivierbare Anlagen	783					
313	Dienstleistungen und Honorare	292'403	441'435	203'350	-238'085	-54%	1
315	Unterhalt Mobilien/immaterielle Anlagen	493	500	500	0	0%	
316	Mieten, Leasing, Pachten, Benützungsgb	3'990	3'900	4'000	100	3%	
317	Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen	5'172	14'100	12'800	-1'300	-9%	
318	Wertberichtigungen auf Forderungen	6'471					
342	Kapitalbeschaffungs-/Verwaltungskosten	84					
370	Durchlaufende Beiträge	3'015'598	3'170'000	2'800'000	-370'000	-12%	2
440	Zinsertrag	-51					
470	Durchlaufende Beiträge	-3'015'598	-3'170'000	-2'800'000	370'000	12%	2
	Total Aufwand	4'811'917	5'062'521	4'642'297	-420'224	-8%	
	Total Ertrag	-3'015'649	-3'170'000	-2'800'000	370'000	12%	
	Ergebnis Erfolgsrechnung (ohne VK und Transfers)	1'796'268	1'892'521	1'842'297	-50'224	-3%	

BKSD

- 1 Entwicklungsaufgaben mit dem Zweck einer verbesserten Kostensteuerung in der Behinderten- und der Jugendhilfe sowie die Wahrnehmung erweiterter Aufgaben gemäss Vorschriften des Bundes werden Mitarbeitenden mit befristeter Anstellung übertragen; der Mehraufwand wird in den Sachkosten 313 (Dienstleistungen und Honorare) kompensiert. Der Soll-Stellenplan wird nicht überschritten.
- 2 Jugendhilfe: Der Rückgang der Betriebsbeiträge ist auf folgende Situation zurückzuführen:
Die Aufenthaltstage von Asylsuchenden und Kindern unter 7 Jahren haben zugenommen. Deren Aufenthaltstage sind gemäss Bundesamt für Justiz jedoch nicht beitragsberechtig.

Transferaufwand und -ertrag

Transfer	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Budget 2014	Abw. Absolut	Abw. %	B
Sonderschulung	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	56'453'455	12'603'817	12'327'769	-276'048	-2%	
Behindertenhilfe	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	69'069'699	69'483'105	72'959'666	3'476'561	5%	1
Jugendhilfe	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	37'652'677	38'377'663	38'192'451	-185'212	0%	
	463	Beiträge von Gemeinwesen und Dritten	-70'324	-51'575	-77'893	-26'318	-51%	
Total Transferaufwand			163'175'831	120'464'585	123'479'886	3'015'301	3%	
Total Transferertrag			-70'324	-51'575	-77'893	-26'318	-51%	
Transfers (Netto)			163'105'507	120'413'010	123'401'993	2'988'983	2%	

- 1 CHF 1.8 Mio. sind bedingt durch eine höhere Belegung von geschützten Arbeitsplätzen und Wohnheimen mit ausserkantonalem Standort, insbesondere durch Personen mit hohem Betreuungs- und Pflegebedarf (behinderte Erwachsene aus BL). CHF 1.7 Mio sind als Tranche für das Jahr 2014 gemäss Bedarfsplanung 2014 bis 2016 für die bedarfsgerechte Weiterentwicklung des Angebotes im Budget enthalten.

Verpflichtungskredite

Verpflichtungskredit	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Budget 2014	Abw. Absolut	Abw. %	B
VK Ums. Konzept Behindertenhilfe 2010-14	30	Personalaufwand	52'244	38'500	13'579	-24'921	-65%	
	31	Sach- und übriger Betriebsaufwand	24'504	90'000	74'500	-15'500	-17%	
		Total	76'748	128'500	88'079	-40'421	-31%	
VK Koord. Jugendhilfe	30	Personalaufwand			70'000	70'000		X 1
	31	Sach- und übriger Betriebsaufwand			10'000	10'000		X 1
		Total			80'000	80'000		X
Total Verpflichtungskredite Aufwand			76'748	128'500	168'079	39'579	31%	
Total Verpflichtungskredite Ertrag								
Total Verpflichtungskredite (netto)			76'748	128'500	168'079	39'579	31%	

- 1 Eine Landratsvorlage wird voraussichtlich im Herbst 2013 dem Landrat überwiesen. Sie beantragt einen Verpflichtungskredit zur Schaffung einer kantonalen Koordinationsstelle für Kinder- und Jugendhilfe für eine Versuchsphase von drei Jahren. Der Personalaufwand entspricht einer 60%-Stelle.

Kennzahlen

	Rechnung 2012	Budget 2013	Budget 2014	Abw. Absolut	Abw. %
Sonderschulung					
500704 Schulkosten Externat	9'594	10'881	10'382	-499	-4.59
500705 Fahrtkosten	109	144	110	-34	-23.61
500706 Fahrtkosten Heilpädagogische Früherziehung	58	62	59	-3	-4.84
500708 Heilpädagogische Früherziehung	1'710	1'436	1'698	262	18.25
500710 Beratung + Dienstleistung Sonderschule	78	81	80	-1	-1.23
Jugendhilfe					
500698 Unterbringung in Heimen	35'772	36'535	36'122	-413	-1.13
500699 Unterbringung in Pflegefamilien	1'561	1'541	1'725	184	11.94
500700 Beratung u. Dienstleistung Jugend	250	250	268	18	7.2

	Rechnung 2012	Budget 2013	Budget 2014	Abw. Absolut	Abw. %
Behindertenhilfe					
500694 Betreutes Wohnen/betreute Tagesgestaltung	48'637	49'183	51'157	1'974	4.01
500695 Begleitete Arbeit	19'096	18'767	20'268	1'501	8
500696 Fahrten für Behinderte	1'212	1'365	1'365	0	0
500697 Beratung + Dienstleistung Behindertenhilfe	124	168	169	1	0.6

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2012	Sollstellenplan 2013	Sollstellenplan 2014	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	9.1	9.7	9.7	0.0	0.0%

Jahresprogramm

2511.002 Bedarfsplanung der Leistungsangebote der Einrichtungen der Behindertenhilfe BS/BL

Die Tranche 2014 der Bedarfplanung über die Leistungsangebote der Einrichtungen der Behindertenhilfe für die Jahre 2014 bis 2016 wird umgesetzt.

Die Bedarfplanung umfasst geeignete Massnahmen und Projekte, damit Menschen mit Behinderung verstärkt Teil am gesellschaftlichen Leben haben und ihr Leben vermehrt selbstbestimmt gestalten können. Sie stärkt den strategischen Schwerpunkt „Zusammenleben in Baselland“.

2511.003 Tagesstätte für Hirnverletzte

Die Tagesstätte nimmt im Laufe des Jahres 2014 ihren Betrieb auf.

Die Tagesstätte ist ein Projekt zur verstärkten Teilhabe von Menschen mit Behinderung. Sie integriert Menschen mit Hirnverletzung in das "Zusammenleben in Baselland".

2511.004 Fahrten von Behinderten und mobilitätseingeschränkten Betagten

Die Verhandlungen über die Anpassung des Staatsvertrages werden abgeschlossen. Der angepasste Staatsvertrag tritt 2015 in Kraft.

Die subventionierten Fahrten ergänzen die Förderung des behindertengerechten Zugangs zu den öffentlichen Verkehrsmitteln und tragen zum strategischen Schwerpunkt „Mobilität“ bei.

2511.006 Bedarfsorientierte Angebote der familienergänzenden Kinderbetreuung

Um das Ziel von bedarfsgerechten Angeboten der familienergänzenden Kinderbetreuung im Schul- wie im Frühbereich zu erreichen, erarbeiten die BKSD und die SID in Zusammenarbeit mit den Gemeinden einen neuen Regelungsvorschlag.

Das Legislaturziel fordert: „Zu wichtigen Themen (...) wie der familienergänzenden Kinderbetreuung werden messbare Fortschritte erreicht.“

Familienergänzende Kinderbetreuung stärkt die „Basel-Bildungs-Landschaft“.

2511.007 Umsetzung des Konzeptes Kinder- und Jugendhilfe

Die im Konzept Kinder- und Jugendhilfe formulierten zehn Handlungsempfehlungen werden in entsprechenden Projekten umgesetzt. 2014 erfolgen wichtige Schritte für eine bessere Koordination in Kinder- und Jugendfragen im Kanton, für die Erlangung eines flächendeckenden Beratungsangebotes für Kinder, Jugendliche und Erziehende sowie zur Neuregelung der ambulanten Jugendhilfe als Alternative zur stationären. Zur Steuerung des bedarfsgerechten Leistungsbezugs in den Heimen führt der Kanton eine Indikationsüberprüfung der freiwilligen Massnahmen ein.

Die BKSD setzt damit in Zusammenarbeit mit den weiteren beteiligten Direktionen die folgenden Ziele um: „Kinder und Jugendliche werden in ihrem Heranwachsen unterstützt und geschützt. Ihre Familien finden Beratung und Unterstützung.“

Die Massnahmen stärken den strategischen Schwerpunkt „Zusammenleben in Baselland“.

2511.008 Gemeinsame Bedarfsplanung BS / BL der stationären Kinder- und Jugendhilfe

Der Planungsbericht über die Leistungsangebote der stationären Kinder- und Jugendhilfe umfasst die Planungsperiode 2015 - 2017. Im Jahr 2014 wird die neue Bedarfplanung zur Weiterentwicklung der stationären Angebote konzipiert und erstellt.

Die gemeinsame Bedarfsplanung folgt dem Ziel, Heranwachsende bedarfsgerecht zu unterstützen und sie in das „Zusammenleben in Baselland“ zu integrieren. Die Strukturen in der Zusammenarbeit Basel-Landschaft / Basel-Stadt werden weiter entwickelt.

2511.009 Gemeinsame Umsetzung des Konzeptes Behindertenhilfe mit Basel-Stadt

Instrumente für die Bedarfserfassung und Leistungsbemessung sowie zur Kostensteuerung werden für die Einführung in den Institutionen der Behindertenhilfe vorbereitet.

Damit werden wichtige Schritte für die Umsetzung des Konzeptes Behindertenhilfe mit dem Kanton Basel-Stadt eingeleitet. Ziel der Konzeptumsetzung ist eine integrierende Wirkung auf die Bevölkerungsgruppe der Menschen mit Behinderung.

Der strategische Schwerpunkt „Zusammenleben in Baselland“ wird ebenso gestärkt wie die Kooperation mit dem Partnerkanton Basel-Stadt.

2511.010 Neue Aufgabe gemäss Verordnung über die Aufnahme von Pflegekindern

Die eidgenössische Verordnung über die Aufnahme von Pflegekindern verlangt per 1. Januar 2014, dass Dienstleistungsangebote in der Familienpflege einer Melde- und Aufsichtspflicht unterstehen. Der Kanton muss eine zentrale kantonale Behörde bezeichnen. Die nötigen Schritte für eine Umsetzung im Kanton Basel-Landschaft werden eingeleitet und durchgeführt. Mit dieser Neuregelung will der Bundesrat Missbräuche bei der Platzierung und Betreuung von Minderjährigen vermeiden.

2511.011 Eine gemeinsame Schule für die drei stationären Einrichtungen auf Sekundarstufe 1

Mögliche Varianten für eine Neukonzeptionierung der Heimschulen auf Sekundarstufe 1 werden erarbeitet.

2512 Amt für Kultur

Auftrag und Zielsetzungen

Das Amt für Kultur besteht aus der Kulturkonferenz, der alle Leitenden der vier kulturellen Hauptabteilungen angehören. Es koordiniert im Wesentlichen die kulturellen Anliegen. Die Leitung der Dienststelle rotiert jeweils für 2 Jahre unter den Leitern der Hauptabteilungen. Die kulturellen Hauptabteilungen sind operativ selbständig.

Die Hauptabteilung Kulturelles funktioniert als Drehscheibe und als Mittlerin zwischen den Fördergremien und den Kulturschaffenden und -produzenten. Sie ist die Geschäftsstelle für Fragen im Kunst- und Kulturförderungsbereich. Sie tritt auch als Initiatorin oder Veranstalterin von eigenen Projekten in Erscheinung.

Die Kantonsbibliothek ist eine Grundeinrichtung für Bildung, Begegnung, Kultur und Freizeit. Mit ihren Angeboten und Dienstleistungen fördert sie die individuelle Bildung sowie das Bewusstsein für eigene und fremde Kulturen. Als gesellschaftlicher und kultureller Treffpunkt wirkt sie integrativ und fördert die Lese- und Medienkompetenz.

Die Hauptabteilung Archäologie und Museum ist verantwortlich für die Sicherung und Erhaltung ausgewählter naturgeschichtlicher und kulturhistorischer Denkmäler und Objekte sowie für die Erforschung und Vermittlung natur- und kulturhistorischer, aber auch zeitgenössischer Themen.

Die Hauptabteilung Römerstadt Augusta Raurica ist verantwortlich für die Erhaltung, Erforschung und Vermittlung der römischen Kolonialstadt und macht sie der Öffentlichkeit zugänglich. Mit Ausstellungen und Publikationen fördert sie das Verständnis für das archäologische Erbe.

Erfolgsrechnung (ohne Verpflichtungskredite und Transfers)

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Budget 2014	Abw. Absolut	Abw. %	B
300	Behörden, Kommissionen und Richter	37'871	33'000	38'000	5'000	15%	
301	Löhne des Verw- und Betriebspersonals	9'363'091	9'148'206	9'253'366	105'160	1%	
303	Temporäre Arbeitskräfte	68'795	260'792	260'792	0	0%	
304	Zulagen	130'942	89'466	77'185	-12'281	-14%	
305	Arbeitgeberbeiträge	1'696'341	1'578'705	1'694'668	115'962	7%	
309	Übriger Personalaufwand	7'299	22'000	22'000	0	0%	
310	Material- und Warenaufwand	1'966'501	1'986'000	1'987'000	1'000	0%	
311	Nicht aktivierbare Anlagen	153'702	245'600	244'600	-1'000	0%	
312	Ver- und Entsorgung Liegenschaften VV	24'998	17'000	17'000	0	0%	
313	Dienstleistungen und Honorare	1'234'778	1'083'630	1'103'930	20'300	2%	
314	Baulicher und betrieblicher Unterhalt	771'838	1'000'000	1'000'000	0	0%	
315	Unterhalt Mobilien/immaterielle Anlagen	90'684	97'501	97'501	0	0%	
316	Mieten, Leasing, Pachten, Benützungsgb	173'522	134'000	134'000	0	0%	
317	Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen	116'948	116'000	115'000	-1'000	-1%	
318	Wertberichtigungen auf Forderungen	92					
319	Verschiedener Betriebsaufwand	974	500	500	0	0%	
341	Realisierte Kursverluste	6					
342	Kapitalbeschaffungs-/Verwaltungskosten	6'075	2'000	2'000	0	0%	
423	Schul- und Kursgelder		-8'000	-8'000	0	0%	
424	Benützungsgebühren und Dienstleistungen	-815'836	-1'010'000	-1'009'000	1'000	0%	
425	Erlös aus Verkäufen	-189'246	-162'500	-162'500	0	0%	
426	Rückerstattungen	-564	-5'000	-5'000	0	0%	
430	Verschiedene betriebliche Erträge	-15'411	-2'000	-2'000	0	0%	
439	Übriger Ertrag	-48'000	-29'000	-29'000	0	0%	
440	Zinsertrag	-112					
447	Liegenschaftenertrag VV	-9'825	-10'000	-10'000	0	0%	
	Total Aufwand	15'844'456	15'814'401	16'047'541	233'141	1%	
	Total Ertrag	-1'078'995	-1'226'500	-1'225'500	1'000	0%	
	Ergebnis Erfolgsrechnung (ohne VK und Transfers)	14'765'462	14'587'901	14'822'041	234'141	2%	

Transferaufwand und -ertrag

Transfer	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Budget 2014	Abw. Absolut	Abw. %	B
Archäologie & Museum	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	152'000	152'000	82'000	-70'000	-46%	1
bibliothekarische Leistungen	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	10'730	10'000	10'000	0	0%	
	461	Entschädigungen von Gemeinwesen & Dritte	-15'365	-25'000	-25'000	0	0%	
archäologische Leistungen	463	Beiträge von Gemeinwesen und Dritten	-1'122'241	-750'000	-750'000	0	0%	
Projektbeiträge Kultur	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	3'071'966	3'105'000	3'175'000	70'000	2%	1
	463	Beiträge von Gemeinwesen und Dritten	-8'464	-14'000	-14'000	0	0%	
Kulturvertragspauschale	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	9'487'500	9'850'000	9'950'000	100'000	1%	
Verein Kulturraum Roxy	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	550'000	550'000	550'000	0	0%	
Archäobiologie	361	Entschädigungen an Gemeinwesen & Dritte	96'000	96'000	96'000	0	0%	
VK Ruinensanierung Pfeffingen	463	Beiträge von Gemeinwesen und Dritten	-65'323					
Sanierungsetappe 2013 Ruine Farnsburg	463	Beiträge von Gemeinwesen und Dritten		-69'000		69'000	100%	2
Total Transferaufwand			13'368'196	13'763'000	13'863'000	100'000	1%	
Total Transferertrag			-1'211'394	-858'000	-789'000	69'000	8%	
Transfers (Netto)			12'156'802	12'905'000	13'074'000	169'000	1%	

- 1 Museumspädagogische Leistungen werden in der Zuständigkeit neu organisiert.
- 2 Das Sanierungsprojekt wird im 2013 abgeschlossen.

Verpflichtungskredite

Verpflichtungskredit	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Budget 2014	Abw. Absolut	Abw. %	B
Verein Kulturraum Roxy 2010 - 2013	36	Transferaufwand	550'000	550'000		-550'000	-100%	1
VK Ruinensanierung Pfeffingen	31	Sach- und übriger Betriebsaufwand	261'294	750'000	750'000	0	0%	
	46	Transferertrag	-65'323					
		Total	195'970	750'000	750'000	0	0%	
Sanierungsetappe 2013 Ruine Farnsburg	31	Sach- und übriger Betriebsaufwand		275'000		-275'000	-100%	
	46	Transferertrag		-69'000		69'000	100%	
		Total		206'000		-206'000	-100%	
Sanierung Hauptstrasse Augst	31	Sach- und übriger Betriebsaufwand			450'000	450'000	X	2
Verein Kulturraum Roxy 2014-2017	36	Transferaufwand			550'000	550'000	X	1
Total Verpflichtungskredite Aufwand			811'294	1'575'000	1'750'000	175'000	11%	
Total Verpflichtungskredite Ertrag			-65'323	-69'000		69'000	100%	
Total Verpflichtungskredite (netto)			745'970	1'506'000	1'750'000	244'000	16%	

- 1 Nach Abschluss der Leistungsperiode bis 2013 soll ein weiterer Verpflichtungskredit über 4 Jahre die Kulturveranstaltungen subsidiär unterstützen. Die Landratsvorlage ist für das 3. Quartal 2013 vorgesehen.
- 2 Archäologische Notgrabung im Zusammenhang mit der Sanierung der Hauptstrasse Augst. Diese Massnahme wird durch das Investitionsvorhaben des TBA aufgrund des Archäologiegesetzes ausgelöst.

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2012	Sollstellenplan 2013	Sollstellenplan 2014	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	82.3	82.2	82.2	0.0	0.0%

Jahresprogramm

2512.001 Burgen und Ruinen

Aufgrund einer Einsprache vor Kantonsgericht gegen die Vergabe der Baumeisterarbeiten konnten die mehrjährig geplanten Sicherungsarbeiten auf der Ruine Pfeffingen erst 2013 voll in Angriff genommen werden. Sie werden 2014 fortgesetzt.

Die Sicherung dieses Kulturguts von nationaler Bedeutung trägt zur Umsetzung der strategischen Ziele „Zusammenleben in Baselland“ (Kultur und Freizeit, regionale Identität) sowie „Auftritt und Kooperation“ (Standortattraktivität) bei.

2512.002 Erhaltung und Erschliessung des Natur- und Kulturerbes

Die Fachstelle Archäologie und Museum benötigt einen sicheren Aufbewahrungsort für das bedeutende natur- und kulturgeschichtliche Archiv des Kantons. Zudem drängen sich Sicherungsmassnahmen auf zur Erhaltung und Erschliessung der bestehenden Sammlungen.

Beides sind grundlegende Massnahmen zur Erreichung der strategischen Ziele „Zusammenleben in Baselland“ (Kultur und Freizeit, regionale Identität), „Basel-Bildungs-Landschaft“ (Erschliessung von Wissen) sowie „Auftritt und Kooperation“ (Standortattraktivität).

2512.003 Lesezentren an den Sekundarschulen

Nach erfolgreichem Abschluss des Pilotprojektes an der Sekundarschule Waldenburgertal in Oberdorf wird im Sommer 2013 der Entscheid fallen, ob solche Zentren im Rahmen einer etappierten Umsetzung an allen Sekundarschulen im Kanton generell eingeführt werden sollen.

Das Projekt dient der Erreichung der strategischen Ziele „Zusammenleben in Baselland“ (Kultur und Freizeit, regionale Identität) sowie „Basel-Bildungs-Landschaft“ (Vermittlung von Wissen).

2512.005 Entwicklungskonzept Augusta Raurica

Das Entwicklungskonzept Augusta Raurica, das die Zukunftsperspektiven der Gemeinde Augst und der Römerstadt aufzeigt, wird in seinen grundsätzlichen Zielsetzungen auf Machbarkeit geprüft und ein Grobkonzept entwickelt. In Teilprojekten werden die Grundlagen für eine koordinierte Verkehrserschliessung des Raumes Augst in Koordination mit dem strategischen Entwicklungsareal Salina Raurica und für eine Siedlungsentwicklung im Augster Oberdorf entwickelt sowie das "Bauen über Ruinen" geprüft. Ausserdem entsteht ein Konzept für die etappenweise museale Entwicklung von Augusta Raurica.

Die Massnahmen tragen zu den strategischen Schwerpunkten "Zusammenleben in Baselland" (Kultur und Freizeit, regionale Identität), "Auftritt und Kooperation" (Standortattraktivität) und "Innovation und Wertschöpfung" bei.

2512.006 Sammlungszentrum Augusta Raurica

Neueinrichtung der Arbeitsplätze und Auflösung der Einmietungen in Koordination mit der Bau- und Umweltschutzdirektion (Federführung HBA). Mit der Zustimmung des Stimmvolks vom 9. Juni 2013 beginnt die Projektierung und Ausarbeitung einer Baukreditvorlage.

Das Projekt dient der Erreichung der strategischen Ziele „Zusammenleben in Baselland“ (Kultur und Freizeit, regionale Identität), „Basel-Bildungs-Landschaft“ (Erschliessung von Wissen) sowie „Innovation und Wertschöpfung“.

2512.008 Vermittlungsplattform Kulturelles in Schulen

Das Projekt "Netzwerk.bl" hat zum Ziel, Vermittlungsangebote aus dem Kulturbereich attraktiv und auf einfache Weise für Schulen zugänglich zu machen. Ein Webportal soll die anbietenden Kulturinstitutionen des Kantons kurz portraituren und auf ihre Angebote hinweisen. Führungen, Workshops, Ausflugstipps etc. können einzeln recherchiert und zugehörige Dokumentationen einfach heruntergeladen werden. Zudem wird es möglich sein, direkt von der Plattform aus eine Buchungsanfrage abzuschicken.

Mit dem niederschweligen Angebot leistet das Amt für Kultur einen Beitrag zu den strategischen Schwerpunkten "Basel-Bildungs-Landschaft" und "Zusammenleben in Baselland".

2512.009 Kooperationsinitiative Museen (KIM.bl)

In enger Zusammenarbeit mit ausgewählten Regionalmuseen und dem Kulturgüterschutz wird das Kooperationsprojekt zur langfristigen Erschliessung, Sicherung und Bewahrung der kultur- und naturhistorisch wertvollen Güter im Kanton Basel-Landschaft 2014 abgeschlossen. Im Anschluss daran soll es in einen laufenden Betrieb überführt werden. Parallel dazu läuft die Mitarbeit im dreijährigen EU-Forschungsprojekt EEXCESS, das zum Ziel hat, digital erschlossene kulturgeschichtliche Inhalte im Internet gezielter an interessierte User zu bringen.

KIM.bl leistet einen grundlegenden Beitrag zu den strategischen Schwerpunkten "Basel-Bildungs-Landschaft" (Erschliessung von Wissen), "Zusammenleben in Baselland" (Kultur und Freizeit, regionale Identität) sowie "Innovation und Wertschöpfung" (neue, effizientere Technologien zur Wissenserschliessung).

2513 Sportamt

Auftrag und Zielsetzungen

Das Sportamt hat den Auftrag, den Sport im Kanton differenziert für alle Bevölkerungs- und Altersgruppen zu fördern. Primär geht es darum, gute Rahmenbedingungen im Interesse von Sport und Bewegung zu setzen. Die Basis bilden die Handlungskonzepte im Jugendsport, Erwachsenensport und im Behindertensport. Im Zentrum steht die Organisation von sportfachbezogenen Aus-, Weiter- und Fortbildungskursen für Leitende der Sparten Jugendsport Baselland (JSBL), Jugend + Sport (J+S) sowie Erwachsenensport. Das Sportamt prüft und bewilligt die von ausgebildeten Leiterinnen und Leitern angemeldeten Sportkurse in J+S und JSBL. Das Sportamt setzt sich für die Förderung und Weiterentwicklung des Vereins- und Verbandssports ein, aber auch für die Anliegen des Schulsports, Individualsports, Breitensports und Leistungssports. Unterstützt werden auch Angebote im Bereich der allgemeinen Bewegungsförderung, mit dem Ziel, die Anzahl an regelmässig bewegungsaktiven Baselbieterinnen und Baselbietern zu erhöhen.

Die Verwaltung des Swisslos-Sportfonds gehört ebenso zum Aufgabenbereich, wie die Durchführung von Sportveranstaltungen, mit dem Ziel, das physische und psychische Wohlbefinden, die Leistungsfähigkeit sowie die Integration durch Sport zu fördern. Das Sportamt sorgt für die Umsetzung des Kantonalen Sportanlagen-Konzepts (KASAK). Als Drehscheibe der sportlichen Aktivitäten bietet das Sportamt kompetente Beratung für alle Belange im Zusammenhang mit Sport und Bewegung sowie der Planung und Realisierung von Sportanlagen an.

Erfolgsrechnung (ohne Verpflichtungskredite und Transfers)

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Budget 2014	Abw. Absolut	Abw. %	B
300	Behörden, Kommissionen und Richter	1'505	5'000	4'500	-500	-10%	
301	Löhne des Verw- und Betriebspersonals	867'544	985'059	1'012'152	27'093	3%	
304	Zulagen	7'749	2'372	3'796	1'423	60%	
305	Arbeitgeberbeiträge	268'118	198'024	209'701	11'676	6%	
309	Übriger Personalaufwand	2'406	5'000	5'500	500	10%	
310	Material- und Warenaufwand	61'284	62'300	64'400	2'100	3%	
311	Nicht aktivierbare Anlagen	16'232	24'000	20'000	-4'000	-17%	
313	Dienstleistungen und Honorare	718'634	801'500	837'250	35'750	4%	
315	Unterhalt Mobilien/immaterielle Anlagen	4'851	5'000	5'000	0	0%	
316	Mieten, Leasing, Pachten, Benützungsgb	5'169	8'000	5'200	-2'800	-35%	
317	Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen	208'344	234'950	226'450	-8'500	-4%	
319	Verschiedener Betriebsaufwand	1'000					
341	Realisierte Kursverluste	0					
342	Kapitalbeschaffungs-/Verwaltungskosten	661	1'000	1'000	0	0%	
423	Schul- und Kursgelder	-284'905	-348'460	-326'600	21'860	6%	
424	Benützungsgebühren und Dienstleistungen	-2'975	-12'000	-12'000	0	0%	
425	Erlös aus Verkäufen	-1'298	-700	-500	200	29%	
439	Übriger Ertrag	-20'100	-9'500	-7'000	2'500	26%	
440	Zinsertrag	-24	-50	-50	0	0%	
450	Übertrag Fonds FK / StaatsRG	-141'764	-78'900	-90'850	-11'950	-15%	
	Total Aufwand	2'163'497	2'332'206	2'394'948	62'743	3%	
	Total Ertrag	-451'066	-449'610	-437'000	12'610	3%	
	Ergebnis Erfolgsrechnung (ohne VK und Transfers)	1'712'431	1'882'596	1'957'948	75'353	4%	

Transferaufwand und -ertrag

Transfer	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Budget 2014	Abw. Absolut	Abw. %	B
Ausbildungsbeiträge im Sport	361	Entschädigungen an Gemeinwesen & Dritte		500		-500	-100%	
	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	299'987	372'500	336'500	-36'000	-10%	
	461	Entschädigungen von Gemeinwesen & Dritte	-86'578	-94'000	-126'000	-32'000	-34%	

Transfer	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Budget 2014	Abw. Absolut	Abw. %	B
	463	Beiträge von Gemeinwesen und Dritten	-17'451	-25'000	-15'000	10'000	40%	
Sportprojekte	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	38'014	57'000	38'500	-18'500	-32%	
Mitgliederbeiträge Sportamt	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	957	1'550	1'000	-550	-35%	
Total Transferaufwand			338'957	431'550	376'000	-55'550	-13%	
Total Transferertrag			-104'029	-119'000	-141'000	-22'000	-18%	
Transfers (Netto)			234'928	312'550	235'000	-77'550	-25%	

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2012	Sollstellenplan 2013	Sollstellenplan 2014	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	7.7	9.4	9.4	0.0	0.0%

Jahresprogramm

2513.001 Umsetzung des Erwachsenensport-Konzepts

In der Aus- und Fortbildung Erwachsenensport liegt der Fokus auf der Durchführung von Überführungskursen und Fortbildungs-Modulen, damit erfahrene Leiterinnen und Leiter Erwachsene kompetent ausbilden und für regelmässige Sportaktivitäten motivieren können. Zur stärkeren Verankerung des Erwachsenensports werden im ganzen Kantonsgebiet zusätzliche Angebote in Form von Abend- und Wochenend-Veranstaltungen durchgeführt.

Die Integrationsmassnahmen in den Handlungsfeldern des Sports sowie die Sportförderungs-Bildungsangebote leisten wesentliche Beiträge zu den strategischen Schwerpunkten „Zusammenleben in Baselland“ und „Basel-Bildungs-Landschaft“.

2513.002 Sportamt-Veranstaltungen

Die kantonalen Sportveranstaltungen erreichen in ihren Zielgruppen eine gute und nachhaltige Wirkung, insbesondere durch Förderung der Leistung, Gesundheit, Lebensfreude und Integration durch Sport.

Stellvertretend für alle kantonalen Sportanlässe stehen der Baselbieter Team-Orientierungslauf als grösste kantonale Breitensportveranstaltung und das „Spiel ohne Grenzen“ für Primarschulklassen, bei dem alle Schülerinnen und Schüler gleichermaßen zur Klassenwertung beitragen.

Die Integrationsmassnahmen in den Handlungsfeldern des Sports sowie die Sportförderungs-Bildungsangebote leisten wesentliche Beiträge zu den strategischen Schwerpunkten „Zusammenleben in Baselland“ und „Basel-Bildungs-Landschaft“.

2513.003 Umsetzung des Jugendsportkonzepts

Die vier Schwerpunkte der Massnahmen zum Jugendsportkonzept, für das keine zusätzlichen finanziellen Mittel bereitgestellt werden, liegen in der gezielten Förderung des freiwilligen Schulsports, in der Umsetzung des Projekts Purzelbaum, in der Durchführung von Workshops zu verschiedenen Aspekten in der Arbeit der Sportvereine und in der stärkeren Vernetzung mit den Gemeinden. Flankierend dazu wird der Aus-, Fort- und Weiterbildung der Leitenden sowie der Fortbildung der Sportunterricht erteilenden Lehrpersonen besondere Beachtung geschenkt.

Die Integrationsmassnahmen in den Handlungsfeldern des Sports sowie die Sportförderungs-Bildungsangebote leisten wesentliche Beiträge zu den strategischen Schwerpunkten „Zusammenleben in Baselland“ und „Basel-Bildungs-Landschaft“.

2513.004 Förderung des Leistungssports

Die Angebote der Leistungssportförderung bewirken, dass sportbegabte Jugendliche gleichermaßen in der schulischen und beruflichen Ausbildung sowie im Leistungssport gefördert und unterstützt werden. Die Bevölkerung nimmt die Fördermassnahmen und die sportlichen Erfolge auf nationaler und internationaler Ebene gezielt wahr. Die Mitglieder des Baselbieter Olympia-Team werden auf ihrem Weg an die Olympischen Spiele unterstützt und begleitet.

Die Integrationsmassnahmen in den Handlungsfeldern des Sports sowie die Sportförderungs-Bildungsangebote leisten wesentliche Beiträge zu den strategischen Schwerpunkten „Zusammenleben in Baselland“ und „Basel-Bildungs-Landschaft“.

2514 Kindergärten und Primarschulen

Auftrag und Zielsetzungen

Gemäss § 93 des Bildungsgesetzes trägt der Kanton sämtliche Kosten der vom Bildungsrat beschlossenen Lehrmittel.

Erfolgsrechnung (ohne Verpflichtungskredite und Transfers)

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Budget 2014	Abw. Absolut	Abw. %	B
300	Behörden, Kommissionen und Richter	6'777	6'000	5'800	-200	-3%	
302	Löhne der Lehrkräfte	70'125		47'500	47'500	X	
304	Zulagen	2'294					
305	Arbeitgeberbeiträge	32'470					
310	Material- und Warenaufwand	1'153'856	873'000	1'126'000	253'000	29%	1
313	Dienstleistungen und Honorare	-2'254					
317	Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen	2'415		2'000	2'000	X	
319	Verschiedener Betriebsaufwand	1'000					
	Total Aufwand	1'266'683	879'000	1'181'300	302'300	34%	
	Total Ertrag						
	Ergebnis Erfolgsrechnung (ohne VK und Transfers)	1'266'683	879'000	1'181'300	302'300	34%	

- 1 Für das Jahr 2014 sind mehrere Neueinführungen von obligatorischen Lehrmitteln geplant. Insbesondere handelt es sich um das Englisch-Lehrmittel "New World" sowie um das Französisch-Lehrmittel "Milles feuilles" jeweils für die 5. Klassen.

Gerichte

GER

Gesamtübersicht Budget

Durch den Wegzug des Straf- Jugend- und Zwangsmassnahmengericht im 2014 nach Muttenz ins Strafjustizzentrum (SJZ) sind dort zusätzliche Stellen für den Gerichtsweibel- und Sicherheitsdienst notwendig. Daraus ergibt sich ein höherer Personalaufwand (30).

Die Erhöhung des Stundenansatzes für amtliche Verteidigungen schlägt sich entsprechend nieder im Sach- und übriger Betriebsaufwand (31).

In den Entgelten (42) wird ein höherer Ertrag in Aussicht gestellt, basierend auf den Rechnungszahlen 2012 sowie der aktuellen, positiven Entwicklung.

Die Gerichtsverwaltung bewirtschaftet aktiv eine Rückgewinnung der unentgeltlichen Prozessführungen in Verfahren aus den Vorjahren. Aufgrund der ersten Erfahrungswerte im 2012 ist in den verschiedenen Erträgen (43) eine Höhergewichtung gegenüber dem Budget 2013 angezeigt.

Erfolgsrechnung

	Rechnung 2012	Budget 2013	Budget 2014	Abw. Absolut	Abw. %
30 Personalaufwand	21'725'908	22'846'351	23'463'315	616'964	3%
31 Sach- und übriger Betriebsaufwand	9'958'170	10'046'800	10'330'400	283'600	3%
34 Finanzaufwand	10'270	13'050	11'540	-1'510	-12%
42 Entgelte	-9'059'564	-8'438'400	-9'168'775	-730'375	-9%
43 Verschiedene Erträge	-476'035	-300'000	-450'000	-150'000	-50%
44 Finanzertrag	-388	-970	-578	392	40%
Total Aufwand	31'694'348	32'906'201	33'805'255	899'054	3%
Total Ertrag	-9'535'987	-8'739'370	-9'619'353	-879'983	-10%
Gesamtergebnis Erfolgsrechnung	22'158'361	24'166'831	24'185'902	19'071	0%

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2012	Sollstellenplan 2013	Sollstellenplan 2014	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	109.1	112.2	117.2	5.0	4.5%

Die Abweichung im Sollstellen Plan 2014 (Netto 5,0) setzt sich zusammen aus der Abnahme von -0,7 am Kantonsgericht BL und -1,0 am fusionierten Zivilkreisgericht Ost (Bezirksgerichte Liestal, Sissach/Gelterkinden und Bezirksgericht Waldenburg) sowie der Zunahme am Strafgericht von + 6,7 wegen zusätzlichen Stellen für den Gerichtsweibel- und Sicherheitsdienst.

2600 Kantonsgericht BL

Auftrag und Zielsetzungen

Das Kantonsgericht ist die oberste rechtsprechende Behörde des Kantons. Es übt die Aufsicht aus über die Friedensrichterämter und die Gerichte.

Abteilung Verfassungs- und Verwaltungsrecht:

Beschwerdeinstanz gegen Entscheidungen des Regierungsrates, der Gemeinden, kantonaler oder kommunaler Verwaltungen sowie gegen Entscheide des Steuer- und Enteignungsgerichts.

Abteilung Zivilrecht:

Berufungs- und Beschwerdeinstanz gegen Urteile der Bezirksgerichte und der Friedensrichter, einzige kantonale Instanz für gewisse Spezialmaterien (u.a. Immaterialgüter- und Kartellrecht), Rechtsmittelbehörde gegen Entscheide der Betreibungs- und Konkursämter.

Abteilung Strafrecht:

Berufungsinstanz gegen Urteile des Straf- und Jugendgerichts; Beschwerdeinstanz gegen Verfahrenshandlungen, Verfügungen und Beschlüsse der Polizei, der Staatsanwaltschaft, des Straf- und Jugendgerichts sowie des Zwangsmassnahmengerichts. Revisionsinstanz. Sekretariat der Anwaltsaufsichtskommission.

Abteilung Sozialversicherungsrecht:

Beurteilung von Beschwerden und Klagen in den Bereichen AHV, IV, BVG, UVG, KVG, EL, EO, ALV, Familienzulagen und Prämienverbilligung. Sekretariat der Anwaltsprüfungskommission.

Gerichtsverwaltung:

Die Gerichtsverwaltung ist Stabsstelle / Generalsekretariat der Judikative und unterstützt alle Gerichte in administrativen Belangen (Personal, Finanzen, Informatik, Infrastruktur, Information / Kommunikation). Zentralbehörde für internationale Rechtshilfe in Zivilstreitigkeiten. Zuständig für den Gerichtsweibeldienst.

Erfolgsrechnung (ohne Verpflichtungskredite und Transfers)

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Budget 2014	Abw. Absolut	Abw. %	B
300	Behörden, Kommissionen und Richter	1'722'133	1'782'000	1'697'400	-84'600	-5%	
301	Löhne des Verw- und Betriebspersonals	7'234'479	7'214'112	7'476'211	262'099	4%	
304	Zulagen	83'358	69'345	58'620	-10'725	-15%	
305	Arbeitgeberbeiträge	1'495'815	1'563'655	1'527'448	-36'207	-2%	
309	Übriger Personalaufwand	34'989	64'800	113'800	49'000	76%	1
310	Material- und Warenaufwand	206'508	200'000	200'000	0	0%	
311	Nicht aktivierbare Anlagen	318'573	363'000	138'000	-225'000	-62%	
313	Dienstleistungen und Honorare	1'087'904	1'069'000	1'242'000	173'000	16%	2
315	Unterhalt Mobilien/immaterielle Anlagen			190'000	190'000	X	
317	Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen	91'249	71'000	101'000	30'000	42%	
318	Wertberichtigungen auf Forderungen	1'241'846	800'000	850'000	50'000	6%	
319	Verschiedener Betriebsaufwand	84'369	142'000	112'000	-30'000	-21%	
342	Kapitalbeschaffungs-/Verwaltungskosten	1'083	1'000	1'000	0	0%	
421	Gebühren für Amtshandlungen	-2'448'377	-2'075'000	-2'475'000	-400'000	-19%	3
426	Rückerstattungen	-84'894	-20'000	-80'000	-60'000	-300%	4
427	Bussen	-21'200	-15'000	-20'000	-5'000	-33%	
430	Verschiedene betriebliche Erträge	-476'035	-300'000	-450'000	-150'000	-50%	5
440	Zinsertrag	-51	-100	-100	0	0%	
	Total Aufwand	13'602'306	13'339'911	13'707'478	367'567	3%	
	Total Ertrag	-3'030'557	-2'410'100	-3'025'100	-615'000	-26%	
	Ergebnis Erfolgsrechnung (ohne VK und Transfers)	10'571'749	10'929'811	10'682'378	-247'433	-2%	

GER

1 Die Erhöhung steht im Zusammenhang mit vermehrter Weiterbildung der nebenamtlichen RichterInnen.

- 2 Per 1. Januar 2014 wird der Stundenansatz der amtlichen Verteidigung von derzeit CHF 180 auf neu CHF 200 erhöht (+11%), was zu einem Mehraufwand von CHF 60'000 führt. Die verbleibende Differenz betrifft Dienstleistungen im Untersuchungsbereich. Durch ein Bundesgerichtsurteil vom Sommer 2011 muss die Abteilung Sozialversicherungsrecht vermehrt Gerichtsgutachten in Auftrag geben. Diese Kosten fallen zunächst bei der Gerichtskasse an, werden aber im Urteil der Invaliden-Stelle beziehungsweise anderen Versicherungsträgern auferlegt und von diesen zeitvershoben zurückerstattet. Dementsprechend fällt ein höherer Ertrag im Konto 426 an.
- 3 Der Gerichtskostenenertrag wird aufgrund der Rechnungszahlen 2012 sowie der Hochrechnung für das aktuelle Kalenderjahr nach oben angepasst.
- 4 Rückerstattungen aus vorausbezahlten Gutachterkosten führen in dieser Position zu einem höheren Ertrag (Bruttoprinzip, vgl. Kommentar unter Konto 313).
- 5 Seit Juni 2012 bewirtschaftet die Gerichtsverwaltung aktiv die Rückgewinnung von bezahlten Anwaltshonoraren aus seinerzeit gewährter, unentgeltlicher Rechtspflege. Das Resultat aus der Rechnung 2012 fliesst in das Budget 2014 ein.

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2012	Sollstellenplan 2013	Sollstellenplan 2014	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	41.5	44.1	43.4	-0.7	-1.6%

In der Abteilung Verfassungs- und Verwaltungsrecht ist eine Erhöhung von +1,1 Gerichtsschreiberstellen im Zusammenhang mit der Kinder- und Erwachsenenschutzbehörde (KESB) eingesetzt. Für das Präsidium der Abteilung Zivilrecht kommt es zu einem Anstieg von +0,3 Stellen für das Präsidium. Die Gerichtsverwaltung erfährt eine Reduktion von -2,1 Stellen wegen weniger Stellen für den Gerichtswelbeldienst (Transfer zum Strafgericht am SJZ Muttenz) sowie die Redimensionierung im Personaldienst (Transfer zum Dienstleistungszentrum). Bereinigt führt dies zu einer Abweichung im Sollstellenplan von -0,7 Stellen.

2601 Straf- und Zwangsmassnahmengericht sowie Jugendgericht

Auftrag und Zielsetzungen

Beurteilung von Anklagen der Staatsanwaltschaft und der Jugendanwaltschaft sowie von Einsprachen gegen Strafbefehle der Staatsanwaltschaft und der Jugendanwaltschaft. Für die Anordnung der Untersuchungs- und der Sicherheitshaft sowie für die Anordnung oder Genehmigung weiterer Zwangsmassnahmen gemäss Schweizerischer Straf- und Jugendstrafprozessordnung ist das Zwangsmassnahmengericht zuständig. Das Kantonsgericht, Abteilung Strafrecht, ist Berufungsinstanz gegen Urteile des Strafgerichts bzw. Beschwerdeinstanz gegen Verfahrenshandlungen sowie gegen die nicht der Berufung unterliegenden Entscheide des Strafgerichts und des Zwangsmassnahmengerichts, ausserdem ist die Abteilung Strafrecht Revisionsinstanz. Das Strafgericht und das Jugendgericht sind Rechtsmittelinstanz gegen gemeinderätliche Urteile.

Erfolgsrechnung (ohne Verpflichtungskredite und Transfers)

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Budget 2014	Abw. Absolut	Abw. %	B
300	Behörden, Kommissionen und Richter	442'636	650'000	550'000	-100'000	-15%	1
301	Löhne des Verw- und Betriebspersonals	3'596'161	3'840'090	4'468'383	628'293	16%	2
304	Zulagen	54'088	43'096	37'799	-5'297	-12%	
305	Arbeitgeberbeiträge	667'191	729'543	823'183	93'640	13%	3
309	Übriger Personalaufwand	16'614	16'500	16'500	0	0%	
310	Material- und Warenaufwand	71'054	70'000	70'000	0	0%	
313	Dienstleistungen und Honorare	1'435'597	1'272'500	1'443'000	170'500	13%	4
317	Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen	15'226	12'500	12'500	0	0%	
318	Wertberichtigungen auf Forderungen	1'580'094	1'720'000	1'620'000	-100'000	-6%	5
319	Verschiedener Betriebsaufwand	111'050	150'000	130'000	-20'000	-13%	
342	Kapitalbeschaffungs-/Verwaltungskosten	4'082	3'500	4'000	500	14%	
421	Gebühren für Amtshandlungen	-2'405'636	-2'300'000	-2'400'000	-100'000	-4%	6
426	Rückerstattungen	-3'587	-1'900	-3'400	-1'500	-79%	
427	Bussen	-395'764	-250'000	-350'000	-100'000	-40%	7
440	Zinsertrag	-32	-50	-50	0	0%	
	Total Aufwand	7'993'793	8'507'729	9'175'365	667'637	8%	
	Total Ertrag	-2'805'018	-2'551'950	-2'753'450	-201'500	-8%	
	Ergebnis Erfolgsrechnung (ohne VK und Transfers)	5'188'775	5'955'779	6'421'915	466'137	8%	

- 1 Aufgrund dem durchschnittlich errechneten Wert der letzten Jahre ist eine Reduktion in dieser Kostenart angezeigt.
- 2 Durch die Dislozierung des Strafgerichts ins Strafjustizzentrum (SJZ) in Muttenz im Juni 2014 sind Stellen für den Weibel- und Sicherheitsdienst (840%) budgetiert.
- 3 Vergleiche Kommentar unter der Kostenart 301.
- 4 Die Erhöhung des Stundenansatzes der amtlichen Verteidigung sowie höhere Auslagen für Dienstleistungen im Untersuchungsbereich werden bereinigt auf den Voranschlag 2013 im Budget 2014 angepasst.
- 5 Aufgrund der Erfahrungszahlen aus den vergangenen Jahren kann der Gesamtaufwand moderat tiefer angesetzt werden.
- 6 Die Budgetierung 2014 erfolgt in Anlehnung zum Ausweis in der Rechnung 2012. Der Wert kann auch aufgrund der aktuellen Entwicklung in diesem Segment so prognostiziert werden.
- 7 Eine Prognose in diesem Sektor ist äusserst schwierig und kann grösseren Schwankungen unterworfen sein. Dennoch darf versus Budget 2012 von einem höheren Ertrag ausgegangen werden.

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2012	Sollstellenplan 2013	Sollstellenplan 2014	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	27.3	28.0	34.7	6.7	23.9%

Im Juni 2014 dosloziert das Strafgericht ins Strafjustizzentrum (SJZ) nach Muttenz. Für den Weibel- und Sicherheitsdienst braucht es hierfür zusätzliches Personals.

2602 Verfahrensgericht in Strafsachen

Auftrag und Zielsetzungen

Auflösung des Verfahrensgerichts. Bearbeiten der noch hängigen Verfahrensbeschwerden und Beschwerden gegen Verfahrenseinstellungen bzw. Verzicht auf Verfahrenseröffnungen sowie Beschwerden betreffend Entschädigung für ungerechtfertigte Strafverfolgung.

Das Verfahrensgericht in Strafsachen wurde Ende April 2012 aufgelöst.

Erfolgsrechnung (ohne Verpflichtungskredite und Transfers)

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Budget 2014	Abw. Absolut	Abw. %	B
300	Behörden, Kommissionen und Richter	8'490					
301	Löhne des Verw- und Betriebspersonals	29'194					
304	Zulagen	962					
305	Arbeitgeberbeiträge	4'626					
309	Übriger Personalaufwand	310					
310	Material- und Warenaufwand	607					
313	Dienstleistungen und Honorare	421					
317	Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen	216					
318	Wertberichtigungen auf Forderungen	25'272					
342	Kapitalbeschaffungs-/Verwaltungskosten	63					
421	Gebühren für Amtshandlungen	-7'600					
426	Rückerstattungen	-388					
440	Zinsertrag	-3					
	Total Aufwand	70'161					
	Total Ertrag	-7'991					
	Ergebnis Erfolgsrechnung (ohne VK und Transfers)	62'169					

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2012	Sollstellenplan 2013	Sollstellenplan 2014	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen					

2603 Steuer- und Enteignungsgericht

Auftrag und Zielsetzungen

Abteilung Steuergericht:

Beurteilung von Rekursen gegen Einspracheentscheide der Steuerverwaltung betreffend der Staatssteuer (inkl. Handänderungs-, Grundstückgewinn- sowie Erbschafts- und Schenkungssteuer) sowie von Beschwerden betreffend der direkten Bundessteuer und gegen Einspracheentscheide des Amtes für Militär- und Bevölkerungsschutz betreffend des Wehrpflichtersatzes (Weiterzug an Kantonsgericht Abt. Verfassungs- und Verwaltungsrecht möglich).

Abteilung Enteignungsgericht:

Rechtsmittelinstanz für Beschwerden gegen Verfügungen des Kantons und der Gemeinden betreffend Erschliessungsabgaben (bspw. Wasser, Kanalisation, Strassen, Grossgemeinschaftsantennenanlage). Beurteilung von Entschädigungen aus formeller und materieller Enteignungen sowie von Gesuchen betreffend vorzeitige Besitzeinweisung des Gemeinwesens (Weiterzug an Kantonsgericht Abt. Verfassungs- und Verwaltungsrecht möglich).

Erfolgsrechnung (ohne Verpflichtungskredite und Transfers)

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Budget 2014	Abw. Absolut	Abw. %	B
300	Behörden, Kommissionen und Richter	58'175	80'000	70'000	-10'000	-13%	
301	Löhne des Verw- und Betriebspersonals	659'281	705'116	696'167	-8'948	-1%	
304	Zulagen	3'953	3'953	7'907	3'953	100%	
305	Arbeitgeberbeiträge	112'693	120'933	114'710	-6'223	-5%	
309	Übriger Personalaufwand	1'750	4'000	4'000	0	0%	
310	Material- und Warenaufwand	30'173	40'000	40'000	0	0%	
313	Dienstleistungen und Honorare	8'310	25'000	25'000	0	0%	
317	Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen	2'912	3'200	3'200	0	0%	
318	Wertberichtigungen auf Forderungen	100	10'000	10'000	0	0%	
342	Kapitalbeschaffungs-/Verwaltungskosten	408	1'000	1'000	0	0%	
421	Gebühren für Amtshandlungen	-30'615	-50'000	-50'000	0	0%	
426	Rückerstattungen		-1'500	-1'500	0	0%	
440	Zinsertrag	-41	-100	-100	0	0%	
	Total Aufwand	877'755	993'202	971'984	-21'218	-2%	
	Total Ertrag	-30'656	-51'600	-51'600	0	0%	
	Ergebnis Erfolgsrechnung (ohne VK und Transfers)	847'098	941'602	920'384	-21'218	-2%	

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2012	Sollstellenplan 2013	Sollstellenplan 2014	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	5.4	5.7	5.7	0.0	0.0%

2604 Bezirksgericht Arlesheim

Auftrag und Zielsetzungen

Beurteilung von Zivilprozessen (Eheschutz und Ehescheidung, Forderungen, Nachbarrecht, Erbrecht, Arbeitsrecht, Miete, etc.) und schuldbetreibungsrechtlichen Prozessen (Rechtsöffnung, Konkursöffnung etc.), zum Teil nach vorherigem Schlichtungsverfahren beim Friedensrichteramt oder vor einer sonstigen Schlichtungsbehörde (Berufung bzw. Beschwerde an Kantonsgericht Abt. Zivilrecht teilweise möglich). Direkt vor das Bezirksgericht, d.h. ohne Anrufen des Friedensrichteramtes, sind u.a. folgende Streitigkeiten zu bringen: Klagen auf Ehescheidung, Eheschutzverfahren, Rechtsöffnungsbegehren, Streitigkeiten aus Arbeitsrecht. Streitigkeiten aus Wohn- und Geschäftsraummiete oder wegen geschlechtsbezogener Diskriminierung am Arbeitsplatz sind zunächst bei den entsprechenden Schlichtungsstellen in Liestal anzuheben (Weiterzug an Bezirksgerichte möglich).

Erfolgsrechnung (ohne Verpflichtungskredite und Transfers)

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Budget 2014	Abw. Absolut	Abw. %	B
300	Behörden, Kommissionen und Richter	71'195	120'000	80'000	-40'000	-33%	1
301	Löhne des Verw- und Betriebspersonals	2'313'406	2'423'341	2'868'226	444'885	18%	2
304	Zulagen	25'933	20'360	17'988	-2'372	-12%	
305	Arbeitgeberbeiträge	418'490	446'330	491'991	45'660	10%	3
309	Übriger Personalaufwand	6'782	11'500	13'000	1'500	13%	
310	Material- und Warenaufwand	45'617	40'000	54'400	14'400	36%	
313	Dienstleistungen und Honorare	1'400'526	1'685'000	1'797'150	112'150	7%	4
317	Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen	2'799	8'500	9'000	500	6%	
318	Wertberichtigungen auf Forderungen	357'795	355'000	397'000	42'000	12%	5
342	Kapitalbeschaffungs-/Verwaltungskosten	2'557	5'000	3'375	-1'625	-33%	
421	Gebühren für Amtshandlungen	-1'921'509	-2'000'000	-2'210'000	-210'000	-11%	6
426	Rückerstattungen	-20'321	-55'000	-28'000	27'000	49%	
440	Zinsertrag	-63	-350	-167	183	52%	
	Total Aufwand	4'645'098	5'115'032	5'732'130	617'098	12%	
	Total Ertrag	-1'941'894	-2'055'350	-2'238'167	-182'817	-9%	
	Ergebnis Erfolgsrechnung (ohne VK und Transfers)	2'703'205	3'059'682	3'493'963	434'281	14%	

- Mit der in Kraft getretenen eidgenössischen Zivilprozessordnung (ZPO) wurde die Zuständigkeit der Dreierkammer eingeschränkt und die Fünferkammer abgeschafft. Diesem Umstand wird im Voranschlag 2014 Rechnung getragen.
- Im 2014 erfolgt der Zusammenschluss der Bezirksgerichte Arlesheim und Laufen zum Zivilkreisgericht West. Die Personalaufwendungen des Bezirksgerichts Laufen sind zu 75% im Bezirksgericht Arlesheim und zu 25% in Laufen berücksichtigt.
- Vergleiche Kommentar unter 301.
- Durch den Zusammenschluss zum Zivilkreisgericht West sind 75% der Auslagen für amtliche Verteidigungen für das Bezirksgericht Laufen unter dem Bezirksgericht Arlesheim eingestellt, die verbleibenden 25% in Laufen.
- Vergleiche Kommentar unter 313.
- Durch den Zusammenschluss zum Zivilkreisgericht West sind 75% der budgetierten Erträge des Bezirksgerichts Laufen ins Budget 2014 des Bezirksgerichts Arlesheim geflossen, die verbleibenden 25% werden in Laufen ausgewiesen.

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2012	Sollstellenplan 2013	Sollstellenplan 2014	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	17.7	17.7	20.9	3.2	18.1%

Durch den Zusammenschluss der Bezirksgerichte Arlesheim und Laufen zum Zivilkreisgericht West werden die Sollstellen in Laufen nach Arlesheim transferiert (entsprechende Abnahme unter Dienststelle 2608).

2605 Bezirksgericht Liestal

Auftrag und Zielsetzungen

Beurteilung von Zivilprozessen (Eheschutz und Ehescheidung, Forderungen, Nachbarrecht, Erbrecht, Arbeitsrecht, Miete, etc.) und schuldbeitragsrechtlichen Prozessen (Rechtsöffnung, Konkursöffnung etc.), zum Teil nach vorherigem Schlichtungsverfahren beim Friedensrichteramt oder vor einer sonstigen Schlichtungsbehörde (Berufung bzw. Beschwerde an Kantonsgericht Abt. Zivilrecht teilweise möglich). Direkt vor das Bezirksgericht, d.h. ohne Anrufen des Friedensrichteramtes, sind u.a. folgende Streitigkeiten zu bringen: Klagen auf Ehescheidung, Eheschutzverfahren, Rechtsöffnungsbegehren, Streitigkeiten aus Arbeitsrecht. Streitigkeiten aus Wohn- und Geschäftsraummiete oder wegen geschlechtsbezogener Diskriminierung am Arbeitsplatz sind zunächst bei den entsprechenden Schlichtungsstellen in Liestal anzuheben (Weiterzug an Bezirksgerichte möglich).

Erfolgsrechnung (ohne Verpflichtungskredite und Transfers)

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Budget 2014	Abw. Absolut	Abw. %	B
300	Behörden, Kommissionen und Richter	42'205	60'000	10'001	-49'999	-83%	1
301	Löhne des Verw- und Betriebspersonals	1'038'361	1'118'505	262'549	-855'956	-77%	2
304	Zulagen	13'752	13'046	3'742	-9'304	-71%	
305	Arbeitgeberbeiträge	187'431	203'622	46'844	-156'778	-77%	3
309	Übriger Personalaufwand	965	4'500	750	-3'750	-83%	
310	Material- und Warenaufwand	24'081	25'500	7'175	-18'325	-72%	
313	Dienstleistungen und Honorare	787'687	743'000	213'800	-529'200	-71%	4
317	Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen	796	2'000	500	-1'500	-75%	
318	Wertberichtigungen auf Forderungen	167'703	175'000	44'000	-131'000	-75%	5
342	Kapitalbeschaffungs-/Verwaltungskosten	937	1'000	250	-750	-75%	
421	Gebühren für Amtshandlungen	-873'575	-800'000	-219'000	581'000	73%	6
426	Rückerstattungen	-10'108	-6'500	-3'500	3'000	46%	
440	Zinsertrag	-53	-150	-25	125	83%	
	Total Aufwand	2'263'917	2'346'174	589'612	-1'756'562	-75%	
	Total Ertrag	-883'736	-806'650	-222'525	584'125	72%	
	Ergebnis Erfolgsrechnung (ohne VK und Transfers)	1'380'182	1'539'524	367'087	-1'172'437	-76%	

- 1 Im 2014 erfolgt der Zusammenschluss der Bezirksgerichte Liestal, Sissach/Gelterkinden und Waldenburg zum Zivilkreisgericht Ost. In dieser Aufwandposition sind noch 25% der Auslagen enthalten, die restlichen 75% sind unter den Bezirksgerichten Sissach/Gelterkinden reserviert.
- 2 Vergleiche Kommentar unter Kostenart 300.
- 3 Die Lohnaufwendungen sind wie obenerwähnt nur noch zu 25% mitberücksichtigt.
- 4 Auch diese Aufwandposition ist aus bereits geschilderten Gründen nur noch zu 25% einkalkuliert.
- 5 Vergleiche Kommentar zu Kostenart 313.
- 6 Auch ertragsseitig sind hierin nur noch 25% enthalten.

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2012	Sollstellenplan 2013	Sollstellenplan 2014	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	9.4	8.5		-8.5	-100.0%

Der Zusammenschluss der Bezirksgerichte Liestal, Sissach/Gelterkinden und Waldenburg zum Zivilkreisgericht Ost hat zur Folge, dass die Anzahl Stellenprozente hier herausgenommen werden und in der Dienststelle Sissach/Gelterkinden ausgewiesen werden.

2606 Bezirksgericht Sissach/Gelterkinden

Auftrag und Zielsetzungen

Beurteilung von Zivilprozessen (Eheschutz und Ehescheidung, Forderungen, Nachbarrecht, Erbrecht, Arbeitsrecht, Miete, etc.) und schuldbetreibungsrechtlichen Prozessen (Rechtsöffnung, Konkursöffnung etc.), zum Teil nach vorherigem Schlichtungsverfahren beim Friedensrichteramt oder vor einer sonstigen Schlichtungsbehörde (Berufung bzw. Beschwerde an Kantonsgericht Abt. Zivilrecht teilweise möglich). Direkt vor das Bezirksgericht, d.h. ohne Anrufen des Friedensrichteramtes, sind u.a. folgende Streitigkeiten zu bringen: Klagen auf Ehescheidung, Eheschutzverfahren, Rechtsöffnungsbegehren, Streitigkeiten aus Arbeitsrecht. Streitigkeiten aus Wohn- und Geschäftsraummiete oder wegen geschlechtsbezogener Diskriminierung am Arbeitsplatz sind zunächst bei den entsprechenden Schlichtungsstellen in Liestal anzuheben (Weiterzug an Bezirksgerichte möglich).

Erfolgsrechnung (ohne Verpflichtungskredite und Transfers)

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Budget 2014	Abw. Absolut	Abw. %	B
300	Behörden, Kommissionen und Richter	24'515	38'000	60'000	22'000	58%	1
301	Löhne des Verw- und Betriebspersonals	476'186	509'832	1'446'965	937'134	184%	2
304	Zulagen	11'060	8'936	8'936	0	0%	
305	Arbeitgeberbeiträge	93'133	95'224	254'891	159'668	168%	3
309	Übriger Personalaufwand	1'751	2'500	5'500	3'000	120%	
310	Material- und Warenaufwand	17'142	16'000	53'500	37'500	234%	
313	Dienstleistungen und Honorare	329'722	410'600	1'166'500	755'900	184%	4
317	Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen	1'164	2'000	4'300	2'300	115%	
318	Wertberichtigungen auf Forderungen	79'927	100'000	262'000	162'000	162%	5
342	Kapitalbeschaffungs-/Verwaltungskosten	343	700	1'700	1'000	143%	
421	Gebühren für Amtshandlungen	-420'150	-400'000	-1'200'000	-800'000	-200%	6
426	Rückerstattungen	-2'270	-1'500	-13'000	-11'500	-767%	
440	Zinsertrag	-23	-50	-100	-50	-100%	
	Total Aufwand	1'034'942	1'183'792	3'264'293	2'080'501	176%	
	Total Ertrag	-422'443	-401'550	-1'213'100	-811'550	-202%	
	Ergebnis Erfolgsrechnung (ohne VK und Transfers)	612'500	782'242	2'051'193	1'268'951	162%	

- 1 Durch den Zusammenschluss der Bezirksgerichte Sissach/Gelterkinden mit den Bezirksgerichten Liestal und Waldenburg zum Zivilkreisgericht Ost ist die Höherbudgetierung mit der tieferen Veranschlagung unter Liestal und Waldenburg zu betrachten.
- 2 Die Implementierung der Lohnkosten von 75% der Bezirksgerichte Liestal und Waldenburg führt in dieser Position zu einer entsprechende Höherbewertung.
- 3 Vergleiche Kommentar unter Kostenart 301.
- 4 Die Auslagen der unentgeltlichen Rechtspflege der Bezirksgerichte Liestal und Waldenburg sind zu 75% hier eingeschlossen.
- 5 Die Höherbewertung stammt aus der Einbindung von 75% des Abschreibungsbedarfs der Bezirksgerichte Liestal und Waldenburg.
- 6 Der höhere Ertrag steht im Kontext der Berücksichtigung zu 75% aus den Bezirksgerichten Liestal und Waldenburg.

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2012	Sollstellenplan 2013	Sollstellenplan 2014	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	3.3	3.4	12.5	9.1	267.6%

Die Zunahme kommt zustande wegen des Zusammenschlusses mit den Bezirksgerichten Liestal und Waldenburg (vergleiche Kommentare unter den Dienststellen 2605 und 2607) zum Zivilkreisgericht Ost. Gesamthaft fallen dort 10.1 Stellen weg und werden mit 9.1 Stellen hierunter eingestellt. Somit wird 1 Stelle abgebaut.

2607 Bezirksgericht Waldenburg

Auftrag und Zielsetzungen

Beurteilung von Zivilprozessen (Eheschutz und Ehescheidung, Forderungen, Nachbarrecht, Erbrecht, Arbeitsrecht, Miete, etc.) und schuldbetreibungsrechtlichen Prozessen (Rechtsöffnung, Konkursöffnung etc.), zum Teil nach vorherigem Schlichtungsverfahren beim Friedensrichteramt oder vor einer sonstigen Schlichtungsbehörde (Berufung bzw. Beschwerde an Kantonsgericht Abt. Zivilrecht teilweise möglich). Direkt vor das Bezirksgericht, d.h. ohne Anrufen des Friedensrichteramtes, sind u.a. folgende Streitigkeiten zu bringen: Klagen auf Ehescheidung, Eheschutzverfahren, Rechtsöffnungsbegehren, Streitigkeiten aus Arbeitsrecht. Streitigkeiten aus Wohn- und Geschäftsraummiete oder wegen geschlechtsbezogener Diskriminierung am Arbeitsplatz sind zunächst bei den entsprechenden Schlichtungsstellen in Liestal anzuheben (Weiterzug an Bezirksgerichte möglich).

Erfolgsrechnung (ohne Verpflichtungskredite und Transfers)

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Budget 2014	Abw. Absolut	Abw. %	B
300	Behörden, Kommissionen und Richter	6'635	15'000	2'000	-13'000	-87%	
301	Löhne des Verw- und Betriebspersonals	242'672	246'394	70'506	-175'888	-71%	1
304	Zulagen	5'218	5'219	1'502	-3'717	-71%	
305	Arbeitgeberbeiträge	35'984	36'295	10'996	-25'299	-70%	2
309	Übriger Personalaufwand	290	2'000	670	-1'330	-67%	
310	Material- und Warenaufwand	14'720	17'500	4'375	-13'125	-75%	
313	Dienstleistungen und Honorare	108'119	143'200	38'050	-105'150	-73%	3
317	Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen	207	1'100	300	-800	-73%	
318	Wertberichtigungen auf Forderungen	29'578	42'000	10'000	-32'000	-76%	4
342	Kapitalbeschaffungs-/Verwaltungskosten	314	300	90	-210	-70%	
421	Gebühren für Amtshandlungen	-160'436	-170'000	-42'500	127'500	75%	5
426	Rückerstattungen	-660	-1'500	-375	1'125	75%	
440	Zinsertrag	-28	-90	-13	77	86%	
	Total Aufwand	443'737	509'007	138'489	-370'518	-73%	
	Total Ertrag	-161'123	-171'590	-42'888	128'702	75%	
	Ergebnis Erfolgsrechnung (ohne VK und Transfers)	282'614	337'417	95'601	-241'816	-72%	

- 1 Der anstehende Zusammenschluss im 2014 des Bezirksgerichts Waldenburg mit den Bezirksgerichten Sissach/Gelterkinden und Liestal zum Zivilkreisgericht Ost hat zur Folge, dass lediglich noch 25% der Löhne budgetiert sind. Die restlichen 75% sind unter den Bezirksgerichten Sissach/Gelterkinden veranschlagt.
- 2 Vergleiche Kommentar unter Kostenart 301.
- 3 Die Aufwändungen der amtlichen Verteidigungen sind nur noch zu 25% berücksichtigt.
- 4 Der Sektor Wertberichtigungen kann unter obgenannten Gründen zurückgenommen werden.
- 5 Die Gerichtsgebühren sind durch die Verschmelzung zum Zivilkreisgericht Ost ebenfalls mit nur noch 25% festgeschrieben.

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2012	Sollstellenplan 2013	Sollstellenplan 2014	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	1.6	1.6		-1.6	-100.0%

Die Herausnahme der Stellenprozente versteht sich aufgrund des Zusammenschlusses der Bezirksgerichte Waldenburg, Sissach/Gelterkinden und Liestal zum Zivilkreisgericht Ost. Der Transfer findet auf der anderen Seite seine Aufnahme unter den Bezirksgerichten Sissach/Gelterkinden.

2608 Bezirksgericht Laufen

Auftrag und Zielsetzungen

Beurteilung von Zivilprozessen (Eheschutz und Ehescheidung, Forderungen, Nachbarrecht, Erbrecht, Arbeitsrecht, Miete, etc.) und schuldbetriebsrechtlichen Prozessen (Rechtsöffnung, Konkursöffnung etc.), zum Teil nach vorherigem Schlichtungsverfahren beim Friedensrichteramt oder vor einer sonstigen Schlichtungsbehörde (Berufung bzw. Beschwerde an Kantonsgericht Abt. Zivilrecht teilweise möglich). Direkt vor das Bezirksgericht, d.h. ohne Anrufen des Friedensrichteramtes, sind u.a. folgende Streitigkeiten zu bringen: Klagen auf Ehescheidung, Eheschutzverfahren, Rechtsöffnungsbegehren, Streitigkeiten aus Arbeitsrecht. Streitigkeiten aus Wohn- und Geschäftsraummiete oder wegen geschlechtsbezogener Diskriminierung am Arbeitsplatz sind zunächst bei den entsprechenden Schlichtungsstellen in Liestal anzuheben (Weiterzug an Bezirksgerichte möglich).

Erfolgsrechnung (ohne Verpflichtungskredite und Transfers)

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Budget 2014	Abw. Absolut	Abw. %	B
300	Behörden, Kommissionen und Richter	20'280	30'000	5'000	-25'000	-83%	
301	Löhne des Verw- und Betriebspersonals	385'106	457'369	115'152	-342'216	-75%	1
304	Zulagen	2'370	2'372	1'008	-1'364	-58%	
305	Arbeitgeberbeiträge	75'290	86'863	22'467	-64'396	-74%	2
309	Übriger Personalaufwand		2'000	500	-1'500	-75%	
310	Material- und Warenaufwand	6'877	10'000	2'800	-7'200	-72%	
313	Dienstleistungen und Honorare	212'705	276'700	65'550	-211'150	-76%	3
317	Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen	202	500	300	-200	-40%	
318	Wertberichtigungen auf Forderungen	59'325	45'000	13'000	-32'000	-71%	4
342	Kapitalbeschaffungs-/Verwaltungskosten	484	550	125	-425	-77%	
421	Gebühren für Amtshandlungen	-245'912	-280'000	-70'000	210'000	75%	5
426	Rückerstattungen	-6'564	-10'500	-2'500	8'000	76%	
440	Zinsertrag	-94	-80	-23	57	71%	
	Total Aufwand	762'639	911'354	225'903	-685'451	-75%	
	Total Ertrag	-252'569	-290'580	-72'523	218'057	75%	
	Ergebnis Erfolgsrechnung (ohne VK und Transfers)	510'070	620'774	153'380	-467'394	-75%	

- 1 Im 2014 erfolgt der Zusammenschluss des Bezirksgerichts Laufen mit dem Bezirksgericht Arlesheim zum Zivilkreisgericht West. Dementsprechend sind in Laufen nur noch 25% der Personalaufwendungen veranschlagt und die restlichen 75% unter dem Bezirksgericht Arlesheim (vgl. Kommentar unter Dienststelle 2604).
- 2 Vergleiche Kommentar unter Kostenart 301.
- 3 Durch den Zusammenschluss zum Zivilkreisgericht West sind nur noch 25% der Gesamtaufwendungen für amtliche Verteidigungen unter Laufen budgetiert; die restlichen 75% sind im Budget Bezirksgericht Arlesheim implementiert.
- 4 Vergleiche Kommentar unter Kostenart 313.
- 5 Durch den Zusammenschluss zum Zivilkreisgericht West sind hier nur noch 25% der Ertäge enthalten, die restlichen 75% unter dem Bezirksgericht Arlesheim (vergleiche Kommentar unter Dienststelle 2604).

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2012	Sollstellenplan 2013	Sollstellenplan 2014	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	2.9	3.2		-3.2	-100.0%

Die Sollstellen am Bezirksgericht Laufen werden durch den Zusammenschluss mit Arlesheim zum Zivilkreisgericht West hierin aufgelöst und in der Dienststelle 2604 integriert (vergleiche Kommentar unter Bezirksgericht Arlesheim).

1. Konsolidiertes Budget 2014

1.1 Erfolgsrechnung über alle Organisationseinheiten

	Rechnung 2012	Budget 2013	Budget 2014	Abw. Absolut	Abw. %	
300	Behörden, Kommissionen und Richter	6'644'390	7'008'229	6'762'384	-245'845	-4%
301	Löhne des Verw- und Betriebspersonals	312'314'687	321'675'348	309'415'275	-12'260'073	-4%
302	Löhne der Lehrkräfte	200'741'587	195'976'318	195'007'392	-968'926	0%
303	Temporäre Arbeitskräfte	335'636	405'792	395'792	-10'000	-2%
304	Zulagen	8'085'274	6'855'234	5'819'500	-1'035'734	-15%
305	Arbeitgeberbeiträge	92'331'523	93'346'796	101'063'062	7'716'266	8%
306	Arbeitgeberleistungen	6'905'576	6'947'800	6'951'000	3'200	0%
309	Übriger Personalaufwand	5'776'855	10'009'437	9'439'567	-569'870	-6%
30	Personalaufwand	633'135'529	642'224'954	634'853'972	-7'370'982	-1%
310	Material- und Warenaufwand	31'575'250	32'643'570	31'719'422	-924'148	-3%
311	Nicht aktivierbare Anlagen	20'967'233	25'028'085	26'053'643	1'025'558	4%
312	Ver- und Entsorgung Liegenschaften VV	17'479'260	19'704'800	19'488'120	-216'680	-1%
313	Dienstleistungen und Honorare	70'450'254	76'912'393	71'350'726	-5'561'667	-7%
314	Baulicher und betrieblicher Unterhalt	25'720'491	29'870'500	30'948'000	1'077'500	4%
315	Unterhalt Mobilien/immaterielle Anlagen	11'011'383	10'880'897	12'399'491	1'518'594	14%
316	Mieten, Leasing, Pachten, Benützungsgb	24'323'177	26'313'770	26'234'120	-79'650	0%
317	Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen	7'164'230	8'232'210	8'343'956	111'746	1%
318	Wertberichtigungen auf Forderungen	24'774'369	25'531'200	25'340'051	-191'149	-1%
319	Verschiedener Betriebsaufwand	2'708'595	-101'450	-64'400	37'050	37%
31	Sach- und übriger Betriebsaufwand	236'174'242	255'015'975	251'813'129	-3'202'846	-1%
330	Abschreibungen Sachanlagen VV	59'893'850	63'388'889	71'857'784	8'468'895	13%
33	Abschreibungen Verwaltungsvermögen	59'893'850	63'388'889	71'857'784	8'468'895	13%
340	Zinsaufwand	29'589'677	28'724'600	28'474'500	-250'100	-1%
341	Realisierte Kursverluste	172'018	70'300	20'600	-49'700	-71%
342	Kapitalbeschaffungs-/Verwaltungskosten	797'933	1'966'733	1'070'313	-896'420	-46%
343	Liegenschaftenaufwand Finanzvermögen	754'179	781'900	926'300	144'400	18%
344	Wertberichtigungen Anlagen FV	1'555'250				
349	Verschiedener Finanzaufwand	-91'465	2'000'000	2'000'100	100	0%
34	Finanzaufwand	32'777'592	33'543'533	32'491'813	-1'051'720	-3%
350	Übertrag Fonds FK / StaatsRG	23'463'582	23'234'000	22'721'000	-513'000	-2%
351	Übertrag Fonds EK / StaatsRG		56'500		-56'500	-100%
35	Übertrag Fonds / StaatsRG	23'463'582	23'290'500	22'721'000	-569'500	-2%
360	Ertragsanteile an Dritte	2'212'220	2'751'900	2'857'527	105'627	4%
361	Entschädigungen an Gemeinwesen & Dritte	106'678'357	95'212'600	379'428'900	284'216'300	299%
362	Finanz- und Lastenausgleich	34'293'609	27'064'000	35'369'000	8'305'000	31%
363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	1'195'650'854	1'266'249'588	1'012'209'564	-254'040'024	-20%
366	Abschreibungen Investitionsbeiträge	54'477'981		1'800'000	1'800'000	X
36	Transferaufwand	1'393'313'022	1'391'278'088	1'431'664'991	40'386'903	3%
370	Durchlaufende Beiträge	92'390'564	91'091'948	95'855'100	4'763'152	5%
37	Durchlaufende Beiträge	92'390'564	91'091'948	95'855'100	4'763'152	5%
380	Ausserordentlicher Personalaufwand	111'000'000		1'352'440'000	1'352'440'000	X
38	Ausserordentlicher Aufwand	111'000'000		1'352'440'000	1'352'440'000	X
390	Int Fakturen Material- und Warenbezüge	2'610		2'610	2'610	X
391	Int Fakturen Dienstleistungen	21'453	23'227	21'127	-2'100	-9%
392	Int Fakturen Pacht, Mieten, Benützungsko	151'808	151'447	151'807	360	0%
39	Interne Fakturen	175'870	174'674	175'544	870	1%
3	Aufwand	2'582'324'251	2'500'008'561	3'893'873'333	1'393'864'772	56%
400	Direkte Steuern natürliche Personen	-1'161'338'125	-1'213'000'000	-1'244'000'000	-31'000'000	-3%
401	Direkte Steuern juristische Personen	-210'521'574	-173'985'000	-206'850'000	-32'865'000	-19%
402	Übrige Direkte Steuern	-82'595'805	-87'000'000	-86'000'000	1'000'000	1%
403	Besitz- und Aufwandsteuern	-104'807'657	-103'400'000	-105'700'000	-2'300'000	-2%
40	Fiskalertrag	-1'559'263'161	-1'577'385'000	-1'642'550'000	-65'165'000	-4%
410	Regalien	-76'771	-80'000	-80'000	0	0%
411	Schweizerische Nationalbank	-23'061'762	-23'200'000	-23'200'000	0	0%
412	Konzessionen	-7'597'306	-7'363'283	-7'403'000	-39'717	-1%
41	Regalien und Konzessionen	-30'735'839	-30'643'283	-30'683'000	-39'717	0%
421	Gebühren für Amtshandlungen	-75'173'776	-80'745'530	-73'885'055	6'860'475	9%

		Rechnung 2012	Budget 2013	Budget 2014	Abw. Absolut	Abw. %
422	Spital- und Heimtaxen, Kostgelder	-488'230	-587'008	-596'710	-9'702	-2%
423	Schul- und Kursgelder	-1'703'658	-1'840'460	-1'810'600	29'860	2%
424	Benützungsgebühren und Dienstleistungen	-7'966'804	-8'498'550	-10'086'650	-1'588'100	-19%
425	Erlös aus Verkäufen	-25'163'478	-23'706'300	-24'694'020	-987'720	-4%
426	Rückerstattungen	-4'280'714	-3'328'800	-3'422'375	-93'575	-3%
427	Bussen	-25'023'305	-32'215'751	-32'325'750	-109'999	0%
429	Übrige Entgelte	-2'407'512	-3'049'000	-3'671'000	-622'000	-20%
42	Entgelte	-142'207'477	-153'971'398	-150'492'160	3'479'238	2%
430	Verschiedene betriebliche Erträge	-1'875'233	-1'361'368	-1'533'850	-172'482	-13%
439	Übriger Ertrag	-76'755	-198'500	-196'000	2'500	1%
43	Verschiedene Erträge	-1'951'988	-1'559'868	-1'729'850	-169'982	-11%
440	Zinsertrag	-18'590'333	-21'079'289	-17'425'088	3'654'201	17%
441	Realisierte Gewinne FV	-916'325	-1'000'000	-1'200'000	-200'000	-20%
442	Beteiligungsertrag FV	-4'368	-4'000	-4'000	0	0%
443	Liegenschaftenertrag FV	-24'865'963	-9'530'000	-9'995'000	-465'000	-5%
444	Wertberichtigungen Anlagen FV	-96'410				
445	Finanzertrag aus Darl/Beteil des VV	-4'075'941	-1'310'000	-3'950'000	-2'640'000	-202%
446	Finanzertrag von öff Unternehmungen	-52'330'393	-55'320'000	-55'160'000	160'000	0%
447	Liegenschaftenertrag VV	-17'290'728	-13'112'100	-12'842'100	270'000	2%
449	Übriger Finanzertrag	-32'629'624				
44	Finanzertrag	-150'800'085	-101'355'389	-100'576'188	779'201	1%
450	Übertrag Fonds FK / StaatsRG	-1'636'241	-2'271'900	-2'323'850	-51'950	-2%
451	Übertrag Fonds EK / StaatsRG	-500	-69'951'580		69'951'580	100%
45	Übertrag Fonds / StaatsRG	-1'636'741	-72'223'480	-2'323'850	69'899'630	97%
460	Ertragsanteile von Dritten	-130'255'539	-138'999'000	-140'037'800	-1'038'800	-1%
461	Entschädigungen von Gemeinwesen & Dritte	-77'594'270	-65'059'050	-73'620'200	-8'561'150	-13%
462	Finanz- und Lastenausgleich		-1'225'000		1'225'000	100%
463	Beiträge von Gemeinwesen und Dritten	-242'312'683	-240'826'011	-252'161'321	-11'335'310	-5%
469	Verschiedener Transferertrag	-247'414	-300'000	-250'000	50'000	17%
46	Transferertrag	-450'409'905	-446'409'061	-466'069'321	-19'660'260	-4%
470	Durchlaufende Beiträge	-92'390'564	-91'091'948	-95'855'100	-4'763'152	-5%
47	Durchlaufende Beiträge	-92'390'564	-91'091'948	-95'855'100	-4'763'152	-5%
483	Ausserordentliche verschiedene Erträge			-459'400'000	-459'400'000	X
489	Entnahmen aus dem Eigenkapital	-120'499'243		-10'650'000	-10'650'000	X
48	Ausserordentlicher Ertrag	-120'499'243		-470'050'000	-470'050'000	X
490	Int Fakturen Material- und Warenbezüge	-2'610		-2'610	-2'610	X
491	Int Fakturen Dienstleistungen	-21'453	-23'227	-21'127	2'100	9%
492	Int Fakturen Pacht, Mieten, Benützungsko	-151'808	-151'447	-151'807	-360	0%
49	Interne Fakturen	-175'870	-174'674	-175'544	-870	-1%
4	Ertrag	-2'550'070'873	-2'474'814'102	-2'960'505'013	-485'690'911	-20%
	Aufwand laufende Rechnung	2'582'324'251	2'500'008'561	3'893'873'333	1'393'864'772	56%
	Ertrag laufende Rechnung	-2'550'070'873	-2'474'814'102	-2'960'505'013	-485'690'911	-20%
	Saldo laufende Rechnung	32'253'378	25'194'459	933'368'320	908'173'860	3'605%

1.2 Investitionsrechnung über alle Organisationseinheiten

		Rechnung 2012	Budget 2013	Budget 2014	Abw. Absolut	Abw. %
500	Grundstücke	5'200		2'000'000	2'000'000	X
501	Strassen / Verkehrswege	115'870'764	142'720'000	75'920'000	-66'800'000	-47%
502	Wasserbau	2'588'212	3'350'000	4'300'000	950'000	28%
503	Übriger Tiefbau	9'405'184	17'970'000	17'630'000	-340'000	-2%
504	Hochbauten	58'374'599	70'590'000	61'240'000	-9'350'000	-13%
506	Mobilien	119'071				
50	Sachanlagen	186'363'030	234'630'000	161'090'000	-73'540'000	-31%
541	Kantone und Konkordate	3'690'000	38'000'000	13'750'000	-24'250'000	-64%
54	Darlehen	3'690'000	38'000'000	13'750'000	-24'250'000	-64%
556	Private Organisationen ohne Erwerbszweck		11'000'000		-11'000'000	-100%

		Rechnung 2012	Budget 2013	Budget 2014	Abw. Absolut	Abw. %
55	Beteiligungen und Grundkapitalien		11'000'000		-11'000'000	-100%
565	Private Unternehmungen		33'750'000	37'050'000	3'300'000	10%
566	Private Organisationen ohne Erwerbszweck		44'000'496	35'000'000	-9'000'496	-20%
56	Eigene Investitionsbeiträge		77'750'496	72'050'000	-5'700'496	-7%
5	Investitionsausgaben	190'053'030	361'380'496	246'890'000	-114'490'496	-32%
630	Bund	-7'107'861	-3'950'000	-5'610'000	-1'660'000	-42%
631	Kantone und Konkordate	-67'344'294	-51'000'000	-35'150'000	15'850'000	31%
632	Gemeinde und Gemeindezweckverbände	-405'000	-5'900'000	-1'900'000	4'000'000	68%
635	Private Unternehmungen	-13'920				
637	Private Haushalte	-235'652	-50'000	-30'000	20'000	40%
63	Investitionsbeiträge für eigene Rechnung	-75'106'727	-60'900'000	-42'690'000	18'210'000	30%
6	Investitionseinnahmen	-75'106'727	-60'900'000	-42'690'000	18'210'000	30%
Total Investitionsausgaben		190'053'030	361'380'496	246'890'000	-114'490'496	-32%
Total Investitionseinnahmen		-75'106'727	-60'900'000	-42'690'000	18'210'000	30%
Total Nettoinvestitionen		114'946'304	300'480'496	204'200'000	-96'280'496	-32%

2. Erfolgsrechnung nach Organisationseinheiten

	Total	KB Budget	FKD Budget	VGD Budget	BUD Budget	SID Budget	BKSD Budget	GER Budget
30 Personalaufwand	634'853'972	9'601'243	43'646'297	41'938'278	71'738'812	141'161'206	303'304'823	23'463'315
31 Sach- und übriger Betriebsaufwand	251'813'129	2'550'150	48'342'530	7'918'298	111'807'630	30'837'652	40'026'469	10'330'400
33 Abschreibungen Verwaltungsvermögen	71'857'784				70'758'318	1'099'466		
34 Finanzaufwand	32'491'813	1'000	31'106'000	127'700	815'550	417'300	12'723	11'540
35 Einlagen in Fonds und Spez. -Finanz.	22'721'000		22'511'000	210'000				
36 Transferaufwand	1'431'664'991	1'326'400	393'906'168	363'208'976	104'250'827	20'216'500	548'756'120	
37 Durchlaufende Beiträge	95'855'100		28'168'200	60'459'900	3'083'000	1'250'000	2'894'000	
38 Ausserordentlicher Aufwand	1'352'440'000		1'352'440'000					
39 Interne Verrechnungen	175'544			175'544				
Total Aufwand	3'893'873'333	13'478'793	1'920'120'195	474'038'695	362'454'137	194'982'124	894'994'135	33'805'255
40 Fiskalertrag	-1'642'550'000		-1'642'550'000					
41 Regalien und Konzessionen	-30'683'000		-23'530'000		-6'403'000	-750'000		
42 Entgelte	-150'492'160	-895'000	-15'069'200	-3'849'700	-31'300'150	-82'970'585	-7'238'750	-9'168'775
43 Verschiedene Erträge	-1'729'850		-1'001'000	-144'650	-55'000	-41'200	-38'000	-450'000
44 Finanzertrag	-100'576'188		-71'971'900	-5'159'720	-23'151'960	-281'600	-10'430	-578
45 Entnahmen aus Fonds und Spez.-Finanz.	-2'323'850		-500'000	-157'500	-1'200'500	-315'000	-150'850	
46 Transferertrag	-466'069'321	-178'650	-309'638'904	-26'011'805	-57'013'631	-18'658'418	-54'567'913	
47 Durchlaufende Beiträge	-95'855'100		-28'168'200	-60'459'900	-3'083'000	-1'250'000	-2'894'000	
48 Ausserordentlicher Ertrag	-470'050'000		-459'400'000		-10'650'000			
49 Interne Verrechnungen	-175'544		-21'127		-154'417			
Total Ertrag	-2'960'505'013	-1'073'650	-2'551'850'331	-95'783'275	-133'011'658	-104'266'803	-64'899'943	-9'619'353
Gesamtergebnis Erfolgsrechnung	933'368'320	12'405'143	-631'730'136	378'255'420	229'442'479	90'715'321	830'094'192	24'185'902

3. Funktionale Gliederung

Die anschliessend publizierte Funktionale Gliederung ist nach den Richtlinien des Harmonisierten Rechnungslegungsmodell für die Kantone und Gemeinden - HRM2 dargestellt. Sie gliedert alle Aufwands- und Ertragspositionen nach staatlichen Aufgabenfunktionen eines Gemeinwesens und ermöglicht eine andere Sichtweise auf Finanzdaten als die Gliederung nach den Verwaltungsorganisationseinheiten.

Die Funktionale Gliederung wird an dieser Stelle in aggregierter Form auf Ebene der zehn Hauptfunktionen dargestellt.

Funktion	Bezeichnung	Aufwand B2014	Ertrag B2014	Saldo B2014
0	Allgemeine Verwaltung	1'569'435'230	-504'750'004	1'064'685'227
1	Öffentliche Ordnung und Sicherheit, Verteidigung	238'115'328	-119'879'765	118'235'563
2	Bildung	757'646'405	-74'856'028	682'790'378
3	Kultur, Sport und Freizeit, Kirche	45'374'439	-2'708'000	42'666'439
4	Gesundheit	356'911'451	-4'312'100	352'599'351
5	Soziale Sicherheit	510'912'801	-225'373'505	285'539'296
6	Verkehr und Nachrichtenübermittlung	138'553'352	-16'405'800	122'147'552
7	Umweltschutz und Raumordnung	74'846'794	-64'252'781	10'594'013
8	Volkswirtschaft	88'917'042	-72'245'031	16'672'011
9	Finanzen und Steuern	113'160'500	-1'875'722'000	-1'762'561'500
	Summe	3'893'873'343	-2'960'505'014	933'368'329

4. Fonds

9010 Fonds für regionale Infrastrukturvorhaben

Zweck und Rechtsgrundlage

Fonds des Eigenkapitals

Das Fondsvermögen ist für Investitionen und Beiträge an die regionale Infrastruktur zu verwenden. Über die einzelnen Projekte ist dem LR separat Antrag zu stellen.

Als Rechtsgrundlage gelten die folgenden beiden Landratsbeschlüsse: LRB 1049 vom 25. September 1997 und LRB 1300 vom 23. Juni 2005.

Das Kapital beläuft sich per 31. Dezember 2012 auf einen Bestand von CHF 82'178'653.

Erfolgsrechnung

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Budget 2014	Abw. Absolut	Abw. %	B
313	Dienstleistungen und Honorare	13'052	10'203	13'000	2'797	27%	
351	Übertrag Fonds EK / StaatsRG	1'448'848	60'500'500		-60'500'500	-100%	
441	Realisierte Gewinne FV	-87'108	-31'563	-87'000	-55'437	-176%	
451	Übertrag Fonds EK / StaatsRG		-56'234		56'234	100%	
483	Ausserordentliche verschiedene Erträge		-60'500'000		60'500'000	100%	
	Total Aufwand	1'461'900	60'510'703	13'000	-60'497'703	-100%	
	Total Ertrag	-87'108	-60'587'797	-87'000	60'500'797	100%	
	Ergebnis Erfolgsrechnung	1'374'792	-77'094	-74'000	3'094	4%	

9020 Schulhausfonds

Zweck und Rechtsgrundlage

Vorfinanzierung des Eigenkapitals

Das Vermögen ist für die Deckung der Abschreibungen der Sekundarschulhäuser bestimmt.

Als Rechtsgrundlage gelten die Jahresrechnungen 1998, 1999 und 2000

– 1999/053 vom 23.03.1999

– 2000/067 vom 28.03.2000

– 2001/085 vom 27.03.2001

Diese Beschlüsse unterstanden dem fakultativen Finanzreferendum.

Das Kapital beläuft sich per 31. Dezember 2012 auf einen Bestand von CHF 76'966'426.

Erfolgsrechnung

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Budget 2014	Abw. Absolut	Abw. %	B
313	Dienstleistungen und Honorare	69'204	54'099	69'000	14'901	28%	
350	Übertrag Fonds FK / StaatsRG		2'500		-2'500	-100%	
351	Übertrag Fonds EK / StaatsRG		9'451'580		-9'451'580	-100%	
389	Einlagen in das Eigenkapital	9'499'243		10'652'500	10'652'500	X	

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Budget 2014	Abw. Absolut	Abw. %	B
441	Realisierte Gewinne FV	-461'862	-167'351	-461'000	-293'649	-175%	
450	Übertrag Fonds FK / StaatsRG		-33'070		33'070	100%	
	Total Aufwand	9'568'448	9'508'179	10'721'500	1'213'321	13%	
	Total Ertrag	-461'862	-200'421	-461'000	-260'579	-130%	
	Ergebnis Erfolgsrechnung	9'106'586	9'307'758	10'260'500	952'742	10%	

9040 Neubau Kantonsspital Bruderholz

Zweck und Rechtsgrundlage

Vorfinanzierung des Eigenkapitals

Der Fonds wurde für die Finanzierung des Neubaus Kantonsspital Bruderholz gebildet.

Als Rechtsgrundlage gilt:

- der Abschluss 2005, LRV 2006-086 Punkt 6 bzw. LRB 1922 vom 22. Juni 2006 (CHF 150 Mio.)
- der Abschluss 2006, LRV 2007-057 Punkt 5 bzw. LRB 2541 vom 21. Juni 2007 (CHF 65 Mio.)
- der Abschluss 2007, LRV 2008-079 Punkt 3 bzw. LRB 626 vom 19. Juni 2008 (CHF 25 Mio.)

Alle Beschlüsse unterstanden dem fakultativen Finanzreferendum.

Mit Abschluss 2009 (LRV 2010-083, LRB 2037) wurden CHF 220 Mio. entnommen und die Konjunkturausgleichsreserve gebildet.

Das Kapital beläuft sich per 31. Dezember 2012 auf einen Bestand von CHF 17'093'162.

Die Vorfinanzierung "Neubau Kantonsspital Bruderholz" wurde mit LRV 2012/381 (LRB 1273) aufgehoben.

Erfolgsrechnung

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Budget 2014	Abw. Absolut	Abw. %	B
389	Einlagen in das Eigenkapital		0		0	-100%	
	Total Aufwand		0		0	-100%	
	Total Ertrag						
	Ergebnis Erfolgsrechnung		0		0	-100%	

9070 Campus FHNW

Zweck und Rechtsgrundlage

Vorfinanzierung des Eigenkapitals

Eine Zuweisung von zwei Mal CHF 50 Mio. in den Fonds wurde zur Finanzierung des Campus FHNW vorgenommen.

Als Rechtsgrundlage gilt der Abschluss 2006, LRV 2007-057 bzw. LRB 2541 vom 21. Juni 2007 Punkt 6 sowie der Abschluss 2007, LRV 2008-079 bzw. LRB 626 vom 19. Juni 2008 Punkt 4. Die Beschlüsse unterlagen dem fakultativen Finanzreferendum.

Das Kapital beläuft sich per 31. Dezember 2012 auf einen Bestand von CHF 99'957'932.

Erfolgsrechnung

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Budget 2014	Abw. Absolut	Abw. %	B
389	Einlagen in das Eigenkapital			0	0	X	
	Total Aufwand			0	0	X	
	Total Ertrag						
	Ergebnis Erfolgsrechnung			0	0	X	

9080 Fonds zur Förderung des Wohnungsbaues

Zweck und Rechtsgrundlage

Fonds des Fremdkapitals

Aus dem Fonds werden folgende Sachverhalte ausbezahlt:

- Kantonale Zusatzverbilligungen zur Reduktion von Mietzinsbelastungen
- Kantonale Bausparprämien
- Beiträge an Neubauten und Sanierungen von Mietwohnungen von Organisationen des gemeinnützigen Wohnungsbaus

In den Fonds fliessen folgende Sachverhalte zurück:

- Allfällige Rückerstattungen aus obigen Geschäften
- Rückerstattungen alter Wohnbausubventionen (Kantonsanteile)

Als Rechtsgrundlage gilt SGS 842 ff.

Das Kapital beläuft sich per 31. Dezember 2012 auf einen Bestand von CHF 43'841'456.

Erfolgsrechnung

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Budget 2014	Abw. Absolut	Abw. %	B
313	Dienstleistungen und Honorare	297'824	282'336	289'969	7'633	3%	
350	Übertrag Fonds FK / StaatsRG	5'000	5'000	5'000	0	0%	
363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	636'064	865'000	646'120	-218'880	-25%	
441	Realisierte Gewinne FV	-384'982	-139'494	-384'000	-244'506	-175%	
450	Übertrag Fonds FK / StaatsRG	-12'965	-11'121	-12'000	-879	-8%	
463	Beiträge von Gemeinwesen und Dritten	-884'764	-996'700	-165'000	831'700	83%	
	Total Aufwand	938'889	1'152'336	941'089	-211'247	-18%	
	Total Ertrag	-1'282'711	-1'147'315	-561'000	586'315	51%	
	Ergebnis Erfolgsrechnung	-343'822	5'021	380'089	375'068	>1000%	

9090 Wirtschaftsförderungsfonds

Zweck und Rechtsgrundlage

Fonds des Fremdkapitals

Der Fonds dient der Umsetzung von wirtschafts- und standortpolitischen Massnahmen, der einzelbetrieblichen Förderung und der Finanzierung von Kooperationen sowie weiteren Projekten und Massnahmen welche geeignet sind, die Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft zu stärken, bestehende Arbeitsplätze zu sichern und neue zu schaffen sowie die wirtschaftliche Entwicklung und die Standortqualität zu fördern.

Als Rechtsgrundlagen gelten das Gesetz zur Förderung der Wirtschaft (Wirtschaftsförderungsgesetz), SGS 501 und die Verordnung zum Wirtschaftsförderungsgesetz, SGS 501.12.

Das Kapital beläuft sich per 31. Dezember 2012 auf einen Bestand von CHF 12'884'427.

Erfolgsrechnung

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Budget 2014	Abw. Absolut	Abw. %	B
300	Behörden, Kommissionen und Richter	2'223	2'900	3'500	600	21%	
305	Arbeitgeberbeiträge	35					
313	Dienstleistungen und Honorare	9'402	12'350	12'350	0	0%	
317	Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen	408	500	5'000	4'500	900%	
350	Übertrag Fonds FK / StaatsRG	125'000	125'000	125'000	0	0%	
363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	1'677'757	2'946'100	1'649'219	-1'296'881	-44%	
441	Realisierte Gewinne FV	-62'749	-22'736	-62'000	-39'264	-173%	
450	Übertrag Fonds FK / StaatsRG	-1'008'231	-1'009'859	-1'008'000	1'859	0%	
	Total Aufwand	1'814'825	3'086'850	1'795'069	-1'291'781	-42%	
	Total Ertrag	-1'070'979	-1'032'595	-1'070'000	-37'405	-4%	
	Ergebnis Erfolgsrechnung	743'845	2'054'255	725'069	-1'329'186	-65%	

9100 Ausgleichsfonds

Zweck und Rechtsgrundlage

Fonds des Fremdkapitals

Der Fonds deckt ausserordentliche Beiträge an Einwohner- und Bürgergemeinden für Aufgaben ab, welche zu nicht zumutbaren finanziellen Belastungen führen würden.

Als Rechtsgrundlage gilt SGS 185.

Das Kapital beläuft sich per 31. Dezember 2012 auf einen Bestand von CHF 7'792'831.

Erfolgsrechnung

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Budget 2014	Abw. Absolut	Abw. %	B
361	Entschädigungen an Gemeinwesen & Dritte	5'240'779	6'200'000	6'100'000	-100'000	-2%	
461	Entschädigungen von Gemeinwesen & Dritte	-5'000'779	-5'200'000	-5'000'000	200'000	4%	
	Total Aufwand	5'240'779	6'200'000	6'100'000	-100'000	-2%	
	Total Ertrag	-5'000'779	-5'200'000	-5'000'000	200'000	4%	
	Ergebnis Erfolgsrechnung	240'000	1'000'000	1'100'000	100'000	10%	

9120 Swisslos-Fonds

Zweck und Rechtsgrundlage

Fonds des Fremdkapitals

Der Fonds entrichtet Beiträge für wohltätige und gemeinnützige Zwecke, die nicht zu den Staatsaufgaben gehören.

Als Rechtsgrundlage gilt die SGS 543.3 – Interkantonale Vereinbarung betreffend die gemeinsame Durchführung von Lotterien, Bundesgesetz betreffend die Lotterien und die gewerbsmässigen Wetten vom 8. Juni 1923 und VO vom 29. März 2011, SGS 543.12 Verordnung über den Swisslos-Fonds.

Das Kapital beläuft sich per 31. Dezember 2012 auf einen Bestand von CHF 14'438'792.

Erfolgsrechnung

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Budget 2014	Abw. Absolut	Abw. %	B
313	Dienstleistungen und Honorare	16'616	12'989	16'000	3'011	23%	
350	Übertrag Fonds FK / StaatsRG	368'360	385'000	390'000	5'000	1%	
363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	10'740'885	13'000'000	13'000'000	0	0%	
413	Ertragsant Lotterien, Sport-Toto, Wetten	-10'888'183	-10'500'000	-10'100'000	400'000	4%	
425	Erlös aus Verkäufen	-28'399	-30'000	-30'000	0	0%	
441	Realisierte Gewinne FV	-110'892	-40'181	-110'000	-69'819	-174%	
450	Übertrag Fonds FK / StaatsRG	-9'291	-52'132	-10'000	42'132	81%	
	Total Aufwand	11'125'861	13'397'989	13'406'000	8'011	0%	
	Total Ertrag	-11'036'765	-10'622'313	-10'250'000	372'313	4%	
	Ergebnis Erfolgsrechnung	89'096	2'775'676	3'156'000	380'324	14%	

9130 Handschin-Stiftung

Zweck und Rechtsgrundlage

Fonds des Fremdkapitals

Der Fonds dient zur Unterstützung armer talentvoller junger Kantonsangehöriger zum Besuch von Schulen und Anstalten im In- und Ausland.

Als Rechtsgrundlage gilt das Testament des Heinrich Handschin vom 20. Oktober 1892 (CHF 1'256'260) SGS 365.21 vom 9. März 1993.

Das Kapital beläuft sich per 31. Dezember 2012 auf einen Bestand von CHF 2'958'485.

Erfolgsrechnung

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Budget 2014	Abw. Absolut	Abw. %	B
300	Behörden, Kommissionen und Richter	630	365	630	265	73%	
305	Arbeitgeberbeiträge	2	8	2	-6	-73%	
313	Dienstleistungen und Honorare	-927	16'700	16'700	0	0%	
317	Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen	899	550	900	350	64%	
350	Übertrag Fonds FK / StaatsRG	4'598	4'344	4'500	156	4%	
363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	36'000	50'000	36'000	-14'000	-28%	
441	Realisierte Gewinne FV	-218'829	-37'000	-218'000	-181'000	-489%	
	Total Aufwand	41'201	71'967	58'732	-13'235	-18%	
	Total Ertrag	-218'829	-37'000	-218'000	-181'000	-489%	
	Ergebnis Erfolgsrechnung	-177'627	34'967	-159'268	-194'235	-555%	

9140 Swisslos Sportfonds

Zweck und Rechtsgrundlage

Fonds des Fremdkapitals

Der Fonds dient zur Förderung sportlicher Tätigkeiten und zur Schaffung sowie zum Unterhalt von Turn- und Sportplätzen, sofern diese nicht Aufgabe des Kantons sind.

Als Rechtsgrundlage gilt die SGS 369.11 und das Bundesgesetz betreffend die Lotterien und die

gewerbsmässigen Wetten vom 8. Juni 1923.

Das Kapital beläuft sich per 31. Dezember 2012 auf einen Bestand von CHF 13'135'803.

Erfolgsrechnung

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Budget 2014	Abw. Absolut	Abw. %	B
310	Material- und Warenaufwand	3'791					
313	Dienstleistungen und Honorare	175'809	152'000	148'000	-4'000	-3%	
317	Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen		66'000	66'000	0	0%	
350	Übertrag Fonds FK / StaatsRG	141'764	145'000	145'000	0	0%	
363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	3'350'568	3'150'000	3'150'000	0	0%	
413	Ertragsant Lotterien, Sport-Toto, Wetten	-3'629'394	-3'500'000	-3'500'000	0	0%	
441	Realisierte Gewinne FV	-53'971	-70'000	-53'000	17'000	24%	
450	Übertrag Fonds FK / StaatsRG	-11'472	-65'000	-11'000	54'000	83%	
	Total Aufwand	3'671'932	3'513'000	3'509'000	-4'000	0%	
	Total Ertrag	-3'694'837	-3'635'000	-3'564'000	71'000	2%	
	Ergebnis Erfolgsrechnung	-22'905	-122'000	-55'000	67'000	55%	

9150 Ausgleichsfonds Ruhegehalt Regierungsräte

Zweck und Rechtsgrundlage

Fonds des Fremdkapitals

Der Fonds dient als Pensionskasse der Regierungsräte. Die Revision der Ruhegehaltsordnung (voraussichtlich in Kraft ab Mitte 2014) sieht die Überführung der aktuellen und der alt-Mitglieder des Regierungsrates in die BLPK vor. Der Fonds wird nach der Überführung per Mitte 2014 aufgelöst.

Als Rechtsgrundlage gilt das Dekret vom 09. April 1979, BLPK-Dekret vom 22. April 2004, SGS 834.2 und 834.3.

Das Kapital beläuft sich per 31. Dezember 2012 auf einen Bestand von CHF 24'315'634.

Erfolgsrechnung

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Budget 2014	Abw. Absolut	Abw. %	B
306	Arbeitgeberleistungen	1'850'156	1'800'000	925'000	-875'000	-49%	
340	Zinsaufwand	25'902	25'000	13'000	-12'000	-48%	
350	Übertrag Fonds FK / StaatsRG	500	500	500	0	0%	
450	Übertrag Fonds FK / StaatsRG	-1'413'282	-1'254'482	-641'000	613'482	49%	
469	Verschiedener Transferertrag	-493'136	-470'000	-250'000	220'000	47%	
	Total Aufwand	1'876'559	1'825'500	938'500	-887'000	-49%	
	Total Ertrag	-1'906'417	-1'724'482	-891'000	833'482	48%	
	Ergebnis Erfolgsrechnung	-29'859	101'018	47'500	-53'518	-53%	

9160 Fonds Bau H2

Zweck und Rechtsgrundlage

Fonds des Fremdkapitals

Der Fonds dient zur Finanzierung des Ausbaus der H2.

Als Rechtsgrundlage gilt die SGS 439, "Reglement über den Fonds zum Bau der H2 Pratteln - Liestal" RRB 0141 vom 30. Januar 2007.

Das Kapital beläuft sich per 31. Dezember 2012 auf einen Bestand von CHF -935'941.

Erfolgsrechnung

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Budget 2014	Abw. Absolut	Abw. %	B
350	Übertrag Fonds FK / StaatsRG	65'695'529	41'557'169	28'005'000	-13'552'169	-33%	
450	Übertrag Fonds FK / StaatsRG	-20'546'487	-20'600'000	-20'700'000	-100'000	0%	
463	Beiträge von Gemeinwesen und Dritten	-37'000'000	-26'000'000	-7'000'000	19'000'000	73%	
	Total Aufwand	65'695'529	41'557'169	28'005'000	-13'552'169	-33%	
	Total Ertrag	-57'546'487	-46'600'000	-27'700'000	18'900'000	41%	
	Ergebnis Erfolgsrechnung	8'149'042	-5'042'831	305'000	5'347'831	106%	

9170 Fonds Sicherstellung Deponie Elbisgraben

Zweck und Rechtsgrundlage

Fonds des Fremdkapitals

Der Fonds dient zur verursacherorientierten Finanzierung der Rekultivierung der Deponie Elbisgraben.

Als Rechtsgrundlage gilt der Eidg. USG Artikel 32/BUS BL § 29/BD 535/2001 vom 29. November 2001/Reglement vom 04. Dezember 2001.

Das Kapital beläuft sich per 31. Dezember 2012 auf einen Bestand von CHF 34'231'529.

Erfolgsrechnung

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Budget 2014	Abw. Absolut	Abw. %	B
313	Dienstleistungen und Honorare	60'495	47'291	60'000	12'709	27%	
350	Übertrag Fonds FK / StaatsRG	500'500	100'500	500'500	400'000	398%	
441	Realisierte Gewinne FV	-403'738	-146'290	-403'000	-256'710	-175%	
	Total Aufwand	560'995	147'791	560'500	412'709	279%	
	Total Ertrag	-403'738	-146'290	-403'000	-256'710	-175%	
	Ergebnis Erfolgsrechnung	157'258	1'501	157'500	155'999	>1000%	

9180 Fonds Bundessubvention für KVA Basel

Zweck und Rechtsgrundlage

Fonds des Fremdkapitals

Die Gelder sind so zu bewirtschaften, dass sie jährlich im erforderlichen Umfang dem Bereich "Verbrennung" in

der kantonalen Abfallrechnung gutgeschrieben werden können.

Als Rechtsgrundlage gilt das Eidg. GSchG Art. 62 Abs. 2, USG BL § 31 RRB 1292 vom 16. August 2005: Reglement der Bewirtschaftung der "Bundessubventionen an den Kanton Basel-Landschaft für die Beteiligung am Bau der KVA III in Basel".

Das Kapital beläuft sich per 31. Dezember 2012 auf einen Bestand von CHF 9'846'048.

Erfolgsrechnung

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Budget 2014	Abw. Absolut	Abw. %	B
313	Dienstleistungen und Honorare	18'389	14'375	18'000	3'625	25%	
350	Übertrag Fonds FK / StaatsRG	450'500	1'000'500	700'500	-300'000	-30%	
441	Realisierte Gewinne FV	-122'724	-44'468	-122'000	-77'532	-174%	
	Total Aufwand	468'889	1'014'875	718'500	-296'375	-29%	
	Total Ertrag	-122'724	-44'468	-122'000	-77'532	-174%	
	Ergebnis Erfolgsrechnung	346'165	970'407	596'500	-373'907	-39%	

9190 Fischhegefonds

Zweck und Rechtsgrundlage

Fonds des Fremdkapitals

Der Fonds dient zur Finanzierung der dem Kanton übertragenen Aufgaben in der Fischerei.

Als Rechtsgrundlage gilt das Fischereigesetz vom 11. Februar 1999 SGS 530.

Das Kapital beläuft sich per 31. Dezember 2012 auf einen Bestand von CHF 341'546.

Erfolgsrechnung

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Budget 2014	Abw. Absolut	Abw. %	B
310	Material- und Warenaufwand	2'100	4'000	4'000	0	0%	
311	Nicht aktivierbare Anlagen		5'000	5'000	0	0%	
313	Dienstleistungen und Honorare	4'740	10'000	10'000	0	0%	
316	Mieten, Leasing, Pachten, Benützungsgb	508	1'000	1'000	0	0%	
319	Verschiedener Betriebsaufwand	5'266	5'000	5'000	0	0%	
341	Realisierte Kursverluste	3					
350	Übertrag Fonds FK / StaatsRG	2'500	2'500	2'500	0	0%	
363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	6'000	10'000	10'000	0	0%	
426	Rückerstattungen	-2'000	-1'000	-1'000	0	0%	
447	Liegenschaftenertrag VV	-7'621	-7'700	-7'700	0	0%	
450	Übertrag Fonds FK / StaatsRG	-483	-2'472	-500	1'972	80%	
	Total Aufwand	21'117	37'500	37'500	0	0%	
	Total Ertrag	-10'104	-11'172	-9'200	1'972	18%	
	Ergebnis Erfolgsrechnung	11'012	26'328	28'300	1'972	7%	

9200 Tierseuchenkasse

Zweck und Rechtsgrundlage

Fonds des Fremdkapitals

Die Tierseuchenkasse übernimmt im Rahmen der Tierseuchengesetzgebung:

- die Entschädigung für Verluste von landw. Nutztieren
- Kosten für Bekämpfungsmassnahmen
- Beiträge an Tierkörperbeseitigungen ab Hof
- Beiträge an Notschlachtungen grosser landw. Nutztiere

Als Rechtsgrundlage gilt das Landwirtschaftsgesetz SGS 510 § 19 ff.

Das Kapital beläuft sich per 31. Dezember 2012 auf einen Bestand von CHF 51'934.

Erfolgsrechnung

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Budget 2014	Abw. Absolut	Abw. %	B
301	Löhne des Verw- und Betriebspersonals	6'340	6'500	6'500	0	0%	
305	Arbeitgeberbeiträge	111	485	160	-325	-67%	
310	Material- und Warenaufwand		3'100	3'100	0	0%	
313	Dienstleistungen und Honorare	707'252	696'200	665'200	-31'000	-4%	
316	Mieten, Leasing, Pachten, Benützungsgb		1'000	500	-500	-50%	
317	Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen	1'771	1'300	1'300	0	0%	
318	Wertberichtigungen auf Forderungen	855	4'000	2'000	-2'000	-50%	
319	Verschiedener Betriebsaufwand	461					
342	Kapitalbeschaffungs-/Verwaltungskosten	115	300	300	0	0%	
350	Übertrag Fonds FK / StaatsRG	26'368	25'000	25'000	0	0%	
361	Entschädigungen an Gemeinwesen & Dritte	6'250					
363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	28'552	37'600	38'300	700	2%	
403	Besitz- und Aufwandsteuern	-208'646	-213'000	-213'000	0	0%	
412	Konzessionen	-4'566	-8'000	-8'000	0	0%	
421	Gebühren für Amtshandlungen	-22'955	-34'000	-34'000	0	0%	
425	Erlös aus Verkäufen	-2'502	-5'000		5'000	100%	
426	Rückerstattungen	-104'567	-146'000	-110'000	36'000	25%	
429	Übrige Entgelte	0					
430	Verschiedene betriebliche Erträge	-532	-500	-500	0	0%	
440	Zinsertrag	-1					
450	Übertrag Fonds FK / StaatsRG	-440'000	-210'390	-210'000	390	0%	
	Total Aufwand	778'077	775'485	742'360	-33'125	-4%	
	Total Ertrag	-783'770	-616'890	-575'500	41'390	7%	
	Ergebnis Erfolgsrechnung	-5'694	158'595	166'860	8'265	5%	

9210 Stiftung Kirchengut

Zweck und Rechtsgrundlage

Fonds des Fremdkapitals

Die Stiftung dient zur Erhaltung der reformierten Pfarrhäuser und Kirchen.

Als Rechtsgrundlage gilt das Kirchengesetz SGS 191 und Dekret zum Kirchengesetz SGS 191.1.

Das Kapital beläuft sich per 31. Dezember 2012 auf einen Bestand von CHF 4'820'740.

Erfolgsrechnung

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Budget 2014	Abw. Absolut	Abw. %	B
300	Behörden, Kommissionen und Richter	10'274	10'000	11'000	1'000	10%	
301	Löhne des Verw- und Betriebspersonals	142'851	150'000	150'000	0	0%	
305	Arbeitgeberbeiträge	31'073	32'100	34'000	1'900	6%	
309	Übriger Personalaufwand	8'146	5'200	9'000	3'800	73%	
310	Material- und Warenaufwand	7'769	13'500	13'500	0	0%	
311	Nicht aktivierbare Anlagen	11'972	10'000	10'000	0	0%	
313	Dienstleistungen und Honorare	299'092	239'900	280'900	41'000	17%	
314	Baulicher und betrieblicher Unterhalt	991'511	1'750'000	1'800'000	50'000	3%	
315	Unterhalt Mobilien/immaterielle Anlagen	8'091	11'000	11'000	0	0%	
317	Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen	5'468	9'000	9'000	0	0%	
341	Realisierte Kursverluste	143'118					
342	Kapitalbeschaffungs-/Verwaltungskosten	224	800	800	0	0%	
344	Wertberichtigungen Anlagen FV	126'337					
363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte		7'500	7'500	0	0%	
383	Zusätzliche Abschreibungen	369'000	5'000	5'000	0	0%	
440	Zinsertrag	-93'906	-75'500	-75'500	0	0%	
441	Realisierte Gewinne FV	-60'333	-40'000	-40'000	0	0%	
444	Wertberichtigungen Anlagen FV	-310'938					
447	Liegenschaftenertrag VV	-1'872'351	-2'122'500	-2'227'500	-105'000	-5%	
483	Ausserordentliche verschiedene Erträge	-300		-1'300	-1'300	X	
	Total Aufwand	2'154'924	2'244'000	2'341'700	97'700	4%	
	Total Ertrag	-2'337'828	-2'238'000	-2'344'300	-106'300	-5%	
	Ergebnis Erfolgsrechnung	-182'905	6'000	-2'600	-8'600	-143%	

9240 Konjunkturausgleichsreserve

Zweck und Rechtsgrundlage

Vorfinanzierung des Eigenkapitals

Die Konjunkturausgleichsreserve kommt freiem Eigenkapital gleich und hat in erster Linie die Funktion, Staatsdefizite in wirtschaftlich schwierigen Jahren auszugleichen. Die Äufnung der Konjunkturausgleichsreserve wurde mit dem LRB 2037 vom 24. Juni 2010 beschlossen.

Das Kapital beläuft sich per 31. Dezember 2012 auf einen Bestand von CHF 929'810.

Die Konjunkturausgleichsreserve wird voraussichtlich mit dem Rechnungsabschluss 2013 aufgelöst.

Erfolgsrechnung

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Budget 2014	Abw. Absolut	Abw. %	B
389	Einlagen in das Eigenkapital	111'000'000					
	Total Aufwand	111'000'000					
	Total Ertrag						
	Ergebnis Erfolgsrechnung	111'000'000					

9250 Projektfonds

Zweck und Rechtsgrundlage

Fonds des Fremdkapitals

Der Projektfonds wurde gebildet zur Unterstützung professioneller Analysen und Begleitungen in Gemeindefusions- und Gemeindezusammenarbeitsprojekten.

Als Rechtsgrundlage gilt SGS 185.11 §14.

Das Kapital beläuft sich per 31. Dezember 2012 auf einen Bestand von CHF 149'944.

Erfolgsrechnung

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Budget 2014	Abw. Absolut	Abw. %	B
313	Dienstleistungen und Honorare	45'758	25'000	30'000	5'000	20%	
361	Entschädigungen an Gemeinwesen & Dritte	60'000	25'000		-25'000	-100%	
	Total Aufwand	105'758	50'000	30'000	-20'000	-40%	
	Total Ertrag						
	Ergebnis Erfolgsrechnung	105'758	50'000	30'000	-20'000	-40%	

9260 Fonds Trinkwasserschutz

Zweck und Rechtsgrundlage

Fonds des Fremdkapitals

Der Kanton Basel-Landschaft hat am 18. Mai 2010 mit Industriefirmen eine Vereinbarung abgeschlossen welche unter anderem die Bereitschaft der Industriefirmen vorgesehen hat dem Kanton für die Durchführung zweckmässiger Massnahmen beim Trinkwasserschutz einen Beitrag von CHF 20 Mio. zu überweisen. Die Gelder sind zweckgebunden einzusetzen. Über die Verwendung der Gelder entscheidet der Regierungsrat auf Antrag der Bau- und Umweltschutzdirektion.

Als Rechtsgrundlage gilt das Wasserversorgungsgesetz (SGS 455) und das Reglement für den Fonds Trinkwasserschutz.

Das Kapital beläuft sich per 31. Dezember 2012 auf einen Bestand von CHF 17'100'616.

Erfolgsrechnung

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Budget 2014	Abw. Absolut	Abw. %	B
350	Übertrag Fonds FK / StaatsRG	500	500	500	0	0%	
363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	3'000'000	5'200'000	2'928'000	-2'272'000	-44%	
450	Übertrag Fonds FK / StaatsRG	-21'372	-12'000	-21'000	-9'000	-75%	
	Total Aufwand	3'000'500	5'200'500	2'928'500	-2'272'000	-44%	
	Total Ertrag	-21'372	-12'000	-21'000	-9'000	-75%	
	Ergebnis Erfolgsrechnung	2'979'128	5'188'500	2'907'500	-2'281'000	-44%	

9290 Schutzplatzfonds

Zweck und Rechtsgrundlage

Fonds des Fremdkapitals

Der Schutzplatzfonds wird durch Ersatzbeiträge geuffnet, wenn kein Schutzraum erstellt wird. Der Fonds wird einerseits für die Finanzierung öffentlicher Schutzräume und andererseits für die Erneuerung von privaten Schutzräumen verwendet.

Als Rechtsgrundlage gilt das Bundesgesetz über den Bevölkerungsschutz und den Zivilschutz (Bevölkerungs- und Zivilschutzgesetz, BZG) vom 4. Oktober 2002 (Stand 1. Januar 2012).

Das Kapital beläuft sich per 31. Dezember 2012 auf einen Bestand von CHF 1'895'355.

Erfolgsrechnung

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Budget 2014	Abw. Absolut	Abw. %	B
311	Nicht aktivierbare Anlagen		50'000	50'000	0	0%	
313	Dienstleistungen und Honorare			50'000	50'000	X	
318	Wertberichtigungen auf Forderungen	61'745					
363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte		100'000	150'000	50'000	50%	
463	Beiträge von Gemeinwesen und Dritten	-1'957'100	-800'000	-800'000	0	0%	
	Total Aufwand	61'745	150'000	250'000	100'000	67%	
	Total Ertrag	-1'957'100	-800'000	-800'000	0	0%	
	Ergebnis Erfolgsrechnung	-1'895'355	-650'000	-550'000	100'000	15%	

9300 Legat Kaderli

Zweck und Rechtsgrundlage

Fonds des Fremdkapitals

Der Fonds Legat Kaderli wird folgendermassen verwendet:

- Durchführung wissenschaftlicher Studien zur Qualitätskontrolle
- Finanzierung von kurzen finanziellen Engpässen von Bewohnern als Darlehen
- Spezielle Anschaffungen des Arxhofes
- Spezielle kozeptuelle Projekte, welche nicht zum Auftrag gehören und deshalb nicht über das ordentliche Budget finanziert werden können (z.B. Gründung eines Vereins für Massnahmenentlassene)

Das Legat "Kaderli" wird durch den überschuss des Kioskes Arxhof, durch allfällig entstehende Gewinne der vom Arxhof durchgeführten Tagungen, durch Schenkungen und durch Anteile des Verdienstes der Lohnzahlungen an Bewohnern in Arbeitsexternaten gespiesen.

Als Rechtsgrundlage gilt der Schlussbericht vom 18. April 1986 über die Teilung der Nacherbschaft aus dem Nachlass von Frau Luise Kaderli-Schulthess.

Das Kapital beläuft sich per 31. Dezember 2012 auf einen Bestand von CHF 152'061.

Erfolgsrechnung

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Budget 2014	Abw. Absolut	Abw. %	B
310	Material- und Warenaufwand	39'703	37'000	37'000	0	0%	
342	Kapitalbeschaffungs-/Verwaltungskosten		100	100	0	0%	
425	Erlös aus Verkäufen	-52'037	-39'000	-39'000	0	0%	

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2012	Budget 2013	Budget 2014	Abw. Absolut	Abw. %	B
440	Zinsertrag	-330	-600	-600	0	0%	
	Total Aufwand	39'703	37'100	37'100	0	0%	
	Total Ertrag	-52'366	-39'600	-39'600	0	0%	
	Ergebnis Erfolgsrechnung	-12'663	-2'500	-2'500	0	0%	

5. Verpflichtungskredite

5.1 Verpflichtungskredite der Erfolgsrechnung

Direktion	Dienststelle	LRV	LRB	Auftrag	KOA 2-st.	KOA Bezeichnung	Gesamtkredit	Ausschöpfung	Rechnung 2012	Budget 2013	Budget 2014	Nr. Abr.
KB	Ergebnis											
	LAKA	2007-214	2007-265	Beiträge an Interreg IV (2008-2013)	36	Transferaufwand		1'773'285	758'349	897'432	1'152'400	
						Gesamtkredit	1'500'000	625'096	184'463	250'000		
		2010-120	2010-2036	Beitrag Kooperationsfond ORK 2011-2014	36	Transferaufwand		33'270	16'811	22'400	22'400	
						Gesamtkredit	89'600					
		2010-120	2010-2036	Beitrag an Regio Basiliensis 2011-2014	36	Transferaufwand		686'000	343'000	343'000	343'000	
						Gesamtkredit	1'372'000					
		2010-120	2010-2036	Beitrag an Sekretär ORK 2011-2014	36	Transferaufwand		116'000	58'000	58'000	58'000	
						Gesamtkredit	232'000					
		2010-120	2010-2036	Beitrag an Sekretariat ORK 2011-2014	36	Transferaufwand		54'521	27'550	39'000	39'000	
						Gesamtkredit	156'000					
		2010-290	2010-2196	Beitrag an TEB 2011-2013	36	Transferaufwand		172'829	85'432	109'857		
						Gesamtkredit	329'570					
		2010-290	2010-2196	Beitrag an Infobest Palmrain 2011-2013	36	Transferaufwand		85'569	43'093	75'175		
						Gesamtkredit	225'525					
		pendent	PENDENT	Beitrag an TEB 2014-2016	36	Transferaufwand					110'000	
		pendent	PENDENT	Beitrag an Infobest Palmrain 2014-2016	36	Transferaufwand					80'000	
		pendent	PENDENT	Beiträge an Interreg V (2014-2019)	36	Transferaufwand					250'000	
		pendent	PENDENT	Sammelvorlage IT/Auftritt BL	31	Sach- und übriger Betriebsaufwand					250'000	
FKD	Ergebnis						49'173'000	22'560'566	3'456'286	9'680'000	6'845'962	
	FKD GS	2007-003	2007-2334	Erneuerung Telefonie der Kant Verwaltung	31	Sach- und übriger Betriebsaufwand		2'870'254	568'362	480'000	250'000	
						Gesamtkredit	4'100'000					
		2007-302	2008-346	ERP	30	Personalaufwand		1'240'539				
					31	Sach- und übriger Betriebsaufwand		11'370'354				
						Gesamtkredit	13'000'000					
		2010-140	2010-2035	ERP-Etappe 2	30	Personalaufwand		102'660				
					31	Sach- und übriger Betriebsaufwand		5'624'676	2'137'358	1'000'000		
						Gesamtkredit	7'000'000					

Direktion	Dienststelle	LRV	LRB	Auftrag	KOA Z-st.	KOA Bezeichnung	Gesamtkredit	Ausschöpfung	Rechnung 2012	Budget 2013	Budget 2014	Nr. Abr.
FKD		2011-268	2012-251	2tes Rechenzentrum der Kant. Verwaltung	31	Sach- und übriger Betriebsaufwand		486'174	486'174	400'000	200'000	
						Gesamtkredit	1'200'000					
		pendent	PENDENT	ERP-Etappe 3	31	Sach- und übriger Betriebsaufwand				1'300'000	1'600'000	
						Gesamtkredit	5'500'000					
		pendent	PENDENT	Erneuerung erstes Rechenzentrum	31	Sach- und übriger Betriebsaufwand					800'000	
						Gesamtkredit	1'200'000					
FIV		2012-111	2012-604	Umsetzung Entlastungspaket 12/15	30	Personalaufwand					15'962	
					31	Sach- und übriger Betriebsaufwand		154'126	154'126	2'500'000	1'200'000	
						Gesamtkredit	5'000'000					
PA		176-2007	219-2007	Beteiligung NSNW AG	30	Personalaufwand		601'519				
						Gesamtkredit	673'000					
		2011-296	2012-386	Sozialplan Entlastungspaket 12/15	30	Personalaufwand		95'226	95'226	3'300'000	2'390'000	
					31	Sach- und übriger Betriebsaufwand		15'039	15'039	700'000	390'000	
						Gesamtkredit	11'500'000					
VGD	Ergebnis						113'189'978	14'959'911	1'695'783	3'851'225	32'600'250	
	VGD GS	2008-086	2008-610	Gesundes Körpergewicht (bis 2011)	30	Personalaufwand		390'838				2013-1236
					31	Sach- und übriger Betriebsaufwand		977'934				2013-1236
					36	Transferaufwand		7'400				2013-1236
					39	Interne Fakturen		29'000				2013-1236
					42	Entgelte		-315				2013-1236
					43	Verschiedene Erträge		-160				2013-1236
					46	Transferertrag		-671'100				2013-1236
						Gesamtkredit	750'000					2013-1236
		2008-189	2008-754	Weiterb. Assist.ärzte in Praxen (-2011)	36	Transferaufwand		659'318	-4'329			2013-1236
						Gesamtkredit	876'000					2013-1236
		2008-195	2008-937	Gesetzl. Schwangerschaftsberatung 09-12	36	Transferaufwand		898'000	228'300			
						Gesamtkredit	898'000					
		2008-228	2009-983	Baselland Tourismus 09-12	36	Transferaufwand		2'400'000	600'000			2013-1569
						Gesamtkredit	2'400'000					2013-1569
		2009-018	2009-1258	Zentrum Selbsthilfe 09-11	36	Transferaufwand		373'000				2013-1236
						Gesamtkredit	373'000					2013-1236
		2009-199	2010-1594	Aids-Hilfe/Frauen-Oase 10-13	36	Transferaufwand		790'000	265'000	260'000		
						Gesamtkredit	1'080'000					
		2010-119	2010-1956	Gsünder Basel 10-11	36	Transferaufwand		153'520				2013-1236

Direktion	Dienststelle	LRV	LRB	Auftrag	KOA 2-st.	KOA Bezeichnung	Gesamtkredit	Ausschöpfung	Rechnung 2012	Budget 2013	Budget 2014	Nr. Abr.
VDG						Gesamtkredit	153'520					2013-1236
		2011-242	2011-121	Gesundes Körpergewicht 2012-2015	31	Sach- und übriger Betriebsaufwand		81'068	81'068	193'000	202'500	
					46	Transferertrag		-56'993	-56'993	-96'500	-101'250	
						Gesamtkredit	356'250					
		2011-328	2012-257	Zentrum Selbsthilfe 2012-14	36	Transferaufwand		100'000	100'000	100'000	100'000	
						Gesamtkredit	300'000					
		2011-331	2012-258	Weiterb. Assi.ärzte in Praxen (2012-14)	36	Transferaufwand		206'693	206'693	250'000	250'000	
						Gesamtkredit	750'000					
		2012-311	2013-995	Gesetzl. Schwangerschaftsberatung 13-16	36	Transferaufwand				210'000	224'500	
						Gesamtkredit	898'000					
		2012-314	2013-998	Baselland Tourismus 2013-2016	36	Transferaufwand				600'000	600'000	
						Gesamtkredit	2'400'000					
		2012-404	2013-1237	Standortpolitische Massnahmen 2013	36	Transferaufwand				1'500'000		
						Gesamtkredit	1'500'000					
		2012-404	2013-1237	Standortpolitische Massnahmen 2014-2017	36	Transferaufwand					1'500'000	
						Gesamtkredit	6'000'000					
		2013-346	PENDENT	Aids-Hilfe/Frauen-Oase 14-17	36	Transferaufwand					262'500	
						Gesamtkredit	1'050'000					
		2013-355	PENDENT	GWL Kantonsspital BL 2014 bis 2016	36	Transferaufwand					14'900'000	
						Gesamtkredit	41'900'000					
		2013-356	PENDENT	GWL Psychiatrie BL 2014 bis 2016	36	Transferaufwand					8'000'000	
						Gesamtkredit	24'000'000					
		pendent	PENDENT	GWL UKBB 2014 bis 2015	36	Transferaufwand					5'451'000	
						Gesamtkredit	10'902'000					
		pendent	PENDENT	Weiterbild. AA in Privatspit. BL 2014-16	36	Transferaufwand					345'000	
						Gesamtkredit	1'035'000					
	KIGA	2010-175	2010-1973	Bekämpfung Schwarzarbeit 2011-2013	36	Transferaufwand		720'000	340'000	380'000		
					46	Transferertrag		-360'000	-170'000	-190'000		
						Gesamtkredit	570'000					
		Pendent	PENDENT	Bekämpfung Schwarzarbeit 14-	36	Transferaufwand					380'000	
					46	Transferertrag					-190'000	
	AWW	2005-169	2005-1399	Wiederinst.st.proj. Röschenz-Dittingen	36	Transferaufwand		297'617				
						Gesamtkredit	307'525					
		2005-170	2005-1399	Wiederinst.st.proj. Laufen	36	Transferaufwand		326'418				

Direktion	Dienststelle	LRV	LRB	Auftrag	KOA 2-st.	KOA Bezeichnung	Gesamtkredit	Ausschöpfung	Rechnung 2012	Budget 2013	Budget 2014	Nr. Abr.
VGd						Gesamtkredit	401'740					
		2006-058	2006-2037	Naturfahrentkarte 2006-2011	31	Sach- und übriger Betriebsaufwand		1'033'085	22'049			2013-1569
						Gesamtkredit	1'118'800					2013-1569
		2008-101	2008-713	Walddauerbeobachtung 2008-2013	31	Sach- und übriger Betriebsaufwand		563'136	112'563	36'725		2013-1569
						Gesamtkredit	592'000					2013-1569
	AGI	2001-022	2001-1281	Realisierung AV93, 2. Etappe	31	Sach- und übriger Betriebsaufwand		11'542'717	301'335	100'000	20'000	
					46	Transferertrag		-6'540'762	-404'257	-206'000	-40'000	
						Gesamtkredit	6'004'000					
		pendent	PENDENT	Realisierung AV93, 3. Etappe	31	Sach- und übriger Betriebsaufwand				119'000	9'000	
					46	Transferertrag				-55'000	-113'000	
	LZE	2005-293	2006-1716	Gesamtmelioration Blauen 2009-2018	36	Transferaufwand		40'000		150'000	300'000	
						Gesamtkredit	856'000					
		2005-294	2006-1716	Gesamtmelioration Brislach 2008-2017	36	Transferaufwand		105'000	42'000	200'000	100'000	
						Gesamtkredit	1'556'000					
		2005-295/2012-091	2006-1716/2012-615	Gesamtmelioration Wahlen 2009-2021	36	Transferaufwand		384'354	32'354	300'000	400'000	
					37	Durchlaufende Beiträge		163'000				
					47	Durchlaufende Beiträge		-163'000				
						Gesamtkredit	3'652'000					
		2010-335	2011-2462	Erweiterungsbau SHL Zollikofen	36	Transferaufwand		510'143				2013-1236
						Gesamtkredit	510'143					2013-1236
BUD	Ergebnis						317'885'172	124'770'911	14'740'123	11'695'602	19'462'464	
	TBA/Strassen	2007-176	2007-219	Beteiligung NSNW AG	30	Personalaufwand		424'430	71'297	72'000	55'000	
						Gesamtkredit	510'000					
		2013-271	2013-1573	Unterhalt Kantonsstrassen (exkl. H-Str.)	31	Sach- und übriger Betriebsaufwand					9'700'000	
						Gesamtkredit	36'000'000					
	HBA	2005-179	2005-1635	Ausbau Kant. Laboratorium Liestal	31	Sach- und übriger Betriebsaufwand		2'561'069	539'063	600'000	600'000	
						Gesamtkredit	8'325'000					
	AUE	2008-162	2008-752	3.1 Nachrüstung Schiessanlagen/Kugelfäng	36	Transferaufwand		1'411'652	198'800			2013/1569
						Gesamtkredit	1'700'000					2013/1569
		2009-200	2009-1476	6.5 Förderprogramm Gebäudesanierung	31	Sach- und übriger Betriebsaufwand		1'763'241	849'463	1'100'000	1'000'000	
					36	Transferaufwand		4'403'812	2'539'521	6'700'000	4'300'000	
					46	Transferertrag		-1'361'515	-312'675	-300'000	-250'000	
						Gesamtkredit	50'000'000					

Direktion	Dienststelle	LRV	LRB	Auftrag	KOA 2-st.	KOA Bezeichnung	Gesamtkredit	Ausschöpfung	Rechnung 2012	Budget 2013	Budget 2014	Nr. Abr.
BUD	ARP	2007-005A	2009-982	VK Salina Raurica	31	Sach- und übriger Betriebsaufwand		260'500	79'792	50'700	160'200	
						Gesamtkredit	5'860'000					
		2010-410		VK Neusignalisation Wanderwegnetz	31	Sach- und übriger Betriebsaufwand		34'701	31'177	30'000	30'000	
						Gesamtkredit	480'000					
	ARP KD	2006-178	2006-2147	VK Subvention Kulturdenkmäler 2008-2013	31	Sach- und übriger Betriebsaufwand		265'620	31'945			
					36	Transferaufwand		3'147'734	827'613	300'000		
						Gesamtkredit	3'950'000					
		pendent	PENDENT	VK Subvention Kulturdenkmäler 2014-2015	31	Sach- und übriger Betriebsaufwand					60'000	
					36	Transferaufwand					300'000	
	ARP NL	2007-017	2007-2428	VK Verleg. Amph Zurfindengrube Pratteln	31	Sach- und übriger Betriebsaufwand		1'158'295		100'000		
					36	Transferaufwand		63'449				
					46	Transferertrag		-6'045				
						Gesamtkredit	1'772'332					
		2007-218	2008-322	VK NATUR Festival beider Basel	31	Sach- und übriger Betriebsaufwand		7'478				
					36	Transferaufwand		660'369				
						Gesamtkredit	720'000					
		2008-326	2009-1061	VK Naturschutz im Wald 2009-2013	31	Sach- und übriger Betriebsaufwand		202'489	107'559	110'000		
					36	Transferaufwand		7'432'301	1'865'122	1'680'000		
					42	Entgelte		-6'768				
					46	Transferertrag		-1'380'485	-260'792	-330'000		
						Gesamtkredit	7'855'000					
		2009-034	2009-1187	VK Ökologischer Ausgleich 2009-2013	30	Personalaufwand		1'053'621	303'748	274'402	312'764	
					31	Sach- und übriger Betriebsaufwand		339'207	141'389	254'500		
					36	Transferaufwand		17'758'382	4'738'950	4'524'000		
					46	Transferertrag		-14'291'035	-3'766'005	-3'670'000		
						Gesamtkredit	5'911'000					
		2013-390	PENDENT	VK Ökologischer Ausgleich 2014-2017	31	Sach- und übriger Betriebsaufwand					254'500	
					36	Transferaufwand					8'295'000	
					46	Transferertrag					-7'675'000	
		pendent	PENDENT	VK Naturschutz im Wald 2014-2015	31	Sach- und übriger Betriebsaufwand					50'000	
					36	Transferaufwand					1'950'000	
					46	Transferertrag					-280'000	
	SIT	2007-005A	2009-982	VK Salina Raurica	31	Sach- und übriger Betriebsaufwand		34'233				2013/1569
						Gesamtkredit	100'000					2013/1569

Direktion	Dienststelle	LRV	LRB	Auftrag	KOA Z-st.	KOA Bezeichnung	Gesamtkredit	Ausschöpfung	Rechnung 2012	Budget 2013	Budget 2014	Nr. Abr.
BUD	ÖV	2004-238 2011-378	2005-1018 2012-496	Beiträge Bahnhofaus- und Neubauprogramm	36	Transferaufwand		40'216'167	663'948			
						Gesamtkredit	43'242'440					
		2006-037	2006-2036	Tram/Bahnüberg. Optimierungsm (700819)	36	Transferaufwand		493'948				
						Gesamtkredit	20'000'000					
		2006-037	2006-2036	Hofmatt Wanderweg	36	Transferaufwand		2'956	2'956			
		2006-037	2006-2036	Bliseckstrasse FG	36	Transferaufwand		176'782				
		2006-037	2006-2036	Schwertrain (Veloquerung)	36	Transferaufwand		81'188	55'090			
		2006-037	2006-2036	LSA Gartenstadt FG	36	Transferaufwand		10'111	2'336			
		2006-037	2006-2036	Heiligholz Kreisel FG	36	Transferaufwand		46'431	26'548			
		2006-037	2006-2036	Fleischbach FG	36	Transferaufwand		36'586	5'492			
		2006-037	2006-2036	Schönenbachstrasse	36	Transferaufwand		135'577	39'835			
		2006-037	2006-2036	Weiherrmattstrasse FG	36	Transferaufwand		36'275	3'966			
		2006-037	2006-2036	Brückenstrasse	36	Transferaufwand		2'549	2'549			
		2006-037	2006-2036	Flühbergweg	36	Transferaufwand		33'442	15'964			
		2006-037	2006-2036	Hauptstrasse FG	36	Transferaufwand		7'596	7'596			
		2006-037	2006-2036	Brühlmattweg	36	Transferaufwand		5'602	57			
		2006-037	2006-2036	Brühlstrasse	36	Transferaufwand		5'602	57			
		2006-037	2006-2036	Gräubern-Wegli	36	Transferaufwand		14'681	13'634			
		2006-037	2006-2036	Kläranlage	36	Transferaufwand		697'132	561'507			
		2006-037	2006-2036	Talhaus Parkplatz-Ausfahrt	36	Transferaufwand		20'797	20'797			
		2006-037	2006-2036	Obertalhaus	36	Transferaufwand		16'797	12'936			
		2006-037	2006-2036	Lampenberg Nord	36	Transferaufwand		956'528	6'925			
		2006-037	2006-2036	Schützenhaus	36	Transferaufwand		79'998	5'519			
		2006-037	2006-2036	Schöpfilin-Brücke	36	Transferaufwand		37'364	16'632			
		2006-037	2006-2036	Lindenbrücke	36	Transferaufwand		37'364	16'632			
		2006-037	2006-2036	Fussweg ob Hirschiang	36	Transferaufwand		19'073	19'073			
		2006-037	2006-2036	Mühle/Bernwilerstrasse	36	Transferaufwand		34'328	11'507			
		2006-037	2006-2036	Reserve/nicht zuteilbar	36	Transferaufwand		77'745				
		2007-005A	2009-982	Salina Raurica, ÖV-Anl. Vorpr. (700821)	36	Transferaufwand		750'175	407'980			
						Gesamtkredit	1'844'000					
		2007-169	2009-1080	Richtplan, Proj.Schiennetz (700818)	36	Transferaufwand		24'232	24'232			
		2007-216	2008-404	Vpfl.Kred. Bahnhofausb. S9 Läufeifigen	36	Transferaufwand		2'465'282	-23'358			
						Gesamtkredit	2'767'400					

Direktion	Dienststelle	LRV	LRB	Auftrag	KOA 2-st.	KOA Bezeichnung	Gesamtkredit	Ausschöpfung	Rechnung 2012	Budget 2013	Budget 2014	Nr. Abr.
BUD		2008-006	2008-418	Ausbau BLT Linie 10 Arlesheim/Dornach	36	Transferaufwand		6'515'581	128'560			
						Gesamtkredit	20'788'000					
		2008-349	2009-1398	Regio-S-Bahn. 2. Etappe Planungskosten	31	Sach- und übriger Betriebsaufwand						
					36	Transferaufwand		770'438	277'601	200'000	600'000	
						Gesamtkredit	3'100'000					
		2010-266	2010-2177	Ausbau BLT Linie 10, Margr.st. (700822)	36	Transferaufwand		201'003	107'858			
						Gesamtkredit	770'000					
		2010-283	2010-2178	BLT Linie 10 Birseck, Instandsetzung	36	Transferaufwand		228'724	228'724			
						Gesamtkredit	4'910'000					
		2010-283	2010-2178	BLT Linie 10/17, Instandsetzung (700826)	36	Transferaufwand		5'990'746	3'116'154			
						Gesamtkredit	17'400'000					
		2010-283	2010-2178	BLT Linie 11, Instandsetzung (700827)	31	Sach- und übriger Betriebsaufwand		11				
					36	Transferaufwand		13'098'903	1'478'602			
						Gesamtkredit	16'350'000					
		2011-221	2011-148	Trassesanierung BLT Linie 12/14 (700817)	36	Transferaufwand		6'217'646	4'758'875			
						Gesamtkredit	23'230'000					
		2011-378	2012-496	Bahnhof Laufen, Vorpr. Mod. B & C (700830)	36	Transferaufwand		5'440	5'440			
						Gesamtkredit	600'000					
			1348-1989	Trassesanierung Linie 10 (700825)	36	Transferaufwand		739				
					46	Transferertrag		-6'301'343	-5'401'343			
					36	Transferaufwand		32'227'956	307'980			
			2002-1478	Trassesanierung Linie 11 (700820)	46	Transferertrag		-6'819'612	-300'000			
						Gesamtkredit	39'700'000					
				WB Umbau Haltestellen und Umsetz.BehiG	36	Transferaufwand		35'175				
				WB Ausbau Infrastruktur (700824)	36	Transferaufwand		3'957	3'915			
				BLT Linie 10/17 Doppelpsp Spiessh(700832)	36	Transferaufwand		136'503	121'379			
SID	Ergebnis						6'563'300	4'546'071	420'000	420'000	420'000	
	SID GS	2005-244	2005-1562	VK ER Informatiklösung Motorfahrzeugkon.	31	Sach- und übriger Betriebsaufwand		2'566'071				2012/569
						Gesamtkredit	3'203'300					2012/569
		2010-137	2010-1990	Take off (2010 - 2013)	36	Transferaufwand		1'980'000	420'000	420'000		
						Gesamtkredit	1'680'000					
		2013-263	2013-1592	Take off (2014 - 2018)	36	Transferaufwand					420'000	
						Gesamtkredit	1'680'000					
BKSD	Ergebnis						1'496'461'026	1'119'227'181	216'357'048	233'487'864	249'169'584	

Direktion	Dienststelle	LRV	LRB	Auftrag	KOA 2-st.	KOA Bezeichnung	Gesamtkredit	Ausschöpfung	Rechnung 2012	Budget 2013	Budget 2014	Nr. Abr.
	BKSD GS	2006-179	2006-2157	Leistungsauftrag Uni Basel 2006-2009	36	Transferaufwand		393'700'000				
						Gesamtkredit	393'700'000					
		2008-186	2008-782	Leistungsauftrag an die FHNW 2009-2011	36	Transferaufwand		155'195'102				
						Gesamtkredit	156'579'000					
		2008-328	2009-1063	SAL Schuladministrationslösung	30	Personalaufwand		36'642	14'035			
					31	Sach- und übriger Betriebsaufwand		433'337	64'953			
						Gesamtkredit	490'000					
		2008-350	2009-1119	CSEM Forschungszentrum 2009-2013	36	Transferaufwand		12'000'000	4'400'000	3'000'000		
						Gesamtkredit	15'000'000					
		2009-122	2009-1376	VK Leistungsauftrag Uni Basel 2010-2013	36	Transferaufwand		443'600'000	152'700'000	156'700'000		
						Gesamtkredit	600'300'000					
		2010-145	2010-2031	Kredit Vorsorgelösung FHNW	36	Transferaufwand		5'378'321				
						Gesamtkredit	5'417'000					
		2011-315	2011-173	VK Leistungsauftrag an die FHNW 2012-14	36	Transferaufwand		58'517'000	58'517'000	60'477'000	67'700'000	
						Gesamtkredit	186'680'000					
		2011-350	2012-602	Ausfinanzierung Pensionskasse Uni BS	36	Transferaufwand		20'200'032	-4'549'968			
						Gesamtkredit	24'750'000					
		2012-217	1443-2013	CSEM Forschungszentrum 2014-2018	36	Transferaufwand					3'000'000	
		2013-176	PENDENT	VK Ums. IT-Strategie Schulen; 2014-2019	30	Personalaufwand				300'000	300'000	
					31	Sach- und übriger Betriebsaufwand				1'500'000	1'597'500	
						Gesamtkredit	10'925'000					
		2013-223	PENDENT	VK Umsetz. SAL 2013-2016	31	Sach- und übriger Betriebsaufwand				1'600'000	1'323'250	
						Gesamtkredit	5'315'000					
		pendent	PENDENT	Leistungsauftrag Uni Basel 2014-2017	36	Transferaufwand					159'900'000	
PIS		2009-312	2010-1985	VK Gesamtsprachenkonzept 2011-2018	30	Personalaufwand		1'264'910	805'974	2'158'000	1'982'000	
					31	Sach- und übriger Betriebsaufwand		23'050	18'141			
					36	Transferaufwand		220'344	57'458		100'000	
						Gesamtkredit	12'500'000					
		2009-351	2010-2008	VK Bildungsharmonisierung 2010-2019	30	Personalaufwand		869'861	589'156	3'160'400	5'294'000	
					31	Sach- und übriger Betriebsaufwand		158'094	118'658	50'400		
					36	Transferaufwand		216'400	100'900		100'000	
					46	Transfertrag		-20'000	-20'000			
						Gesamtkredit	32'070'000					
		2009-351	2010-2008	VK Aufgabens.+ Leistungsschecks 2011-2014	30	Personalaufwand		1'041	1'041			

Direktion	Dienststelle	LRV	LRB	Auftrag	KOA Z-st.	KOA Bezeichnung	Gesamtkredit	Ausschöpfung	Rechnung 2012	Budget 2013	Budget 2014	Nr. Abr.
BKSD					36	Transferaufwand		333'153	333'153	436'864	2'716'136	
						Gesamtkredit	3'440'000					
		2009-351	2010-2008	VK Besitzw. Sek-Lehrpers. Niv.A 2015-26		Gesamtkredit	4'350'000					
		2011-315	2011-187	VK Umschulung zum Lehrberuf 2012-14	30	Personalaufwand		824	824			
					31	Sach- und übriger Betriebsaufwand		45'140	45'140			
					36	Transferaufwand				440'000	872'000	
						Gesamtkredit	1'312'000					
	FEBL	2009-291	2010-1597	Volkshochschule b.B. 2009-2012	36	Transferaufwand		3'400'825	694'000			
						Gesamtkredit	2'776'000					
			2013-1129	Volkshochschule b.B. 2013-2016	36	Transferaufwand				748'619	748'619	
						Gesamtkredit	2'994'476					
	SEK	1999-162	2000-373	Sportklassenversuch	31	Sach- und übriger Betriebsaufwand		1'378'083				
						Gesamtkredit	1'239'000					
	AfBB	2005-276	2006-1595	zusätzliche Ausbildungsplätze	30	Personalaufwand		2'752'127				
					31	Sach- und übriger Betriebsaufwand		160				
					36	Transferaufwand		1'485				
						Gesamtkredit	2'900'000					
		2006-059	2006-1735	Bundesbeitrag an check-in aprentas	46	Transferertrag		-621'783	71'391			
						Gesamtkredit	-617'000					
		2006-059	2006-1735	VK check-in aprentas	36	Transferaufwand		1'452'420	-90'000			
						Gesamtkredit	1'450'000					
		2008-054	2008-655	Berufswegbereitung (BWB) 2009-2013	30	Personalaufwand		2'898'293	1'154'218	711'281		
					31	Sach- und übriger Betriebsaufwand		231'538	75'091	52'300		
					46	Transferertrag		-591'713	-156'000	-158'500		
						Gesamtkredit	5'100'000					
		2008-327	2009-1062	VK Sicherung der Attest-Lehrst. 2011-15	30	Personalaufwand		902'500	542'500	510'000	510'000	
						Gesamtkredit	2'048'000					
		2011-048	2011-2644	VK check-in aprentas II; 2011-2016	36	Transferaufwand		270'000	270'000	460'000	307'000	
					46	Transferertrag		-223'333	-223'333	-293'000	-153'000	
						Gesamtkredit	1'113'000					
		pendent	PENDENT	Berufswegbereitung (BWB) 2014-2018	30	Personalaufwand					1'037'000	
					31	Sach- und übriger Betriebsaufwand					35'000	
					46	Transferertrag					-118'000	
	AKIB	2010-270	2010-2305	VK Ums. Konzept Behindertenhilfe 2010-14	30	Personalaufwand		109'564	52'244	38'500	13'579	

Direktion	Dienststelle	LRV	LRB	Auftrag	KOA 2-st.	KOA Bezeichnung	Gesamtkredit	Ausschöpfung	Rechnung 2012	Budget 2013	Budget 2014	Nr. Abr.
BKSD					31	Sach- und übriger Betriebsaufwand		72'289	24'504	90'000	74'500	
						Gesamtkredit	350'550					
				VK Koord. Jugendhilfe	30	Personalaufwand					70'000	
					31	Sach- und übriger Betriebsaufwand					10'000	
AFK	2007-189	2008-321		Ruinensanierung Homburg	30	Personalaufwand		69'544				
					31	Sach- und übriger Betriebsaufwand		2'697'598				
					46	Transferertrag		-636'516				
						Gesamtkredit	2'870'000					
		2009-165	2009-1379	Verein Kulturraum Roxy 2010 - 2013	36	Transferaufwand		1'650'000	550'000	550'000		
						Gesamtkredit	2'200'000					
		2010-115	2010-2171	VK Ruinensanierung Pfeffingen	31	Sach- und übriger Betriebsaufwand		414'556	261'294	750'000	750'000	
					46	Transferertrag		-65'323	-65'323			
						Gesamtkredit	6'934'000					
		2012-317	2013-1128	Sanierungsetappe 2013 Ruine Farnsburg	31	Sach- und übriger Betriebsaufwand				275'000		
					46	Transferertrag				-69'000		
						Gesamtkredit	275'000					
		2013-391		Verein Kulturraum Roxy 2014-2017	36	Transferaufwand					550'000	
		pendent	PENDENT	Sanierung Hauptstrasse Augst	31	Sach- und übriger Betriebsaufwand					450'000	
	SPORT	2005-173	2005-1442	Kasak II	36	Transferaufwand		10'891'619				
						Gesamtkredit	12'000'000					

(Verpflichtungskredite)

5.2 Verpflichtungskredite und Sammelpositionen der Investitionsrechnung

Direktion	Dienststelle	LRV	LRB	Auftrag	KOA 2-st.	KOA Bezeichnung	VK	Gesamtkredit	Ausschöpfung	Rechnung 2012	Budget 2013	Budget 2014	Nr. Abr.
VGD	Ergebnis							63'067'350	118'544'646		11'000'000		
	VGD GS			Beteiligung UKBB	55	Beteil. und Grundkapitalen					11'000'000		
	ZW	2007-222	2008-294	Kapitalerhöhung MCH Group	55	Beteil. und Grundkapitalen			3'138'525				
				2209.999 Sammelkto. Hochbau Allgemein	50	Sachanlagen			1'642'611				
				2209.999 Sammelkto. Instandsetzung	50	Sachanlagen			418'527				
				2209.999 Sammelkto. Masch./App./Instrum.	50	Sachanlagen			949'037				
	KSL			2210.999 Sammelkto. Hochbau Allgemein	50	Sachanlagen			18'978'409				
				2210.999 Sammelkto. Instandsetzung	50	Sachanlagen			9'167'918				
				2210.999 Sammelkto. Masch./App./Instrum.	50	Sachanlagen			14'060'387				
	KSB			2211.999 Sammelkto. Hochbau Allgemein	50	Sachanlagen			8'760'307				
				2211.999 Sammelkto. Instandsetzung	50	Sachanlagen			9'173'279				
				2211.999 Sammelkto. Masch./App./Instrum.	50	Sachanlagen			8'061'812				
		2006-325	2007-2502	2211.252 Sicherh.relev. Massn. 2. Etappe	50	Sachanlagen	X		17'560'646				
						Gesamtkredit	X	24'500'000					
		2007-125; 2008-348	2007-204; 2009-1211	2211.232 Neubau KSB/ZAR	50	Sachanlagen	X		9'329'770				2013/1273
					63	Inv.-Beitr. für eigene Rechnung	X		-1'551'796				2013/1273
						Gesamtkredit	X	35'900'000					2013/1273
	KSla			2212.999 Sammelkto. Hochbau Allgemein	50	Sachanlagen			1'461'178				
				2212.999 Sammelkto. Instandsetzung	50	Sachanlagen			2'938'216				
				2212.277 OP's Trakt u. Cat	50	Sachanlagen			1'214'395				
				2212.999 Sammelkto. Masch./App./Instrum.	50	Sachanlagen			175'805				
	KPD			2213.999 Sammelkto. Instandsetzung	50	Sachanlagen			9'056'732				
				2213.276 APD Umbauten u. Sanierungen	50	Sachanlagen			91'193				
				2213.999 Sammelkto. Masch./App./Instrum.	50	Sachanlagen			1'625'138				
		2009-350	2010-1786	2213.999 Sammelkto. Hochbau Allgemein	50	Sachanlagen	X		2'292'560				2013/1236
						Gesamtkredit	X	2'667'350					2013/1236

Direktion	Dienststelle	LRV	LRB	Auftrag	KOA Z-st.	KOA Bezeichnung	VK	Gesamtkredit	Ausschöpfung	Rechnung 2012	Budget 2013	Budget 2014	Nr. Abr.
BUD	Ergebnis							1'802'461'673	970'848'667	114'779'979	244'330'000	168'600'000	
	TBA/Strassen			Erneuerung Kantonsstr./Nebenanlagen 9981	50	Sachanlagen	X		57'598'068	17'473'279	19'000'000	19'000'000	
					63	Inv.-Beitr. für eigene Rechnung	X		-1'800'393	-725'000	-500'000	-830'000	
				Ausbau Kantonsstrasse/Nebenanlagen 9991	50	Sachanlagen	X		39'294'243	13'132'608	10'000'000	10'000'000	
					63	Inv.-Beitr. für eigene Rechnung	X		-1'903'432	-725'000	-500'000	-820'000	
				Lärmschutz Kant. Hochleistungsstr. 9951	50	Sachanlagen	X		1'317'511	539'312	3'500'000	1'000'000	
				Erneuerung Kant. Hochleistungsstr. 9970	50	Sachanlagen	X		22'582'380	3'436'540	5'000'000	5'200'000	
					63	Inv.-Beitr. für eigene Rechnung	X		-7'111'154	-3'403'409	-1'000'000	-1'650'000	
				Ankauf Grundstücke 9990	50	Sachanlagen	X		2'882'977	485'625	700'000	800'000	
				Lärmsanierung Kantonsstrassen	50	Sachanlagen	X		12'058'090	3'121'928	2'500'000	2'500'000	
					63	Inv.-Beitr. für eigene Rechnung	X		-5'902'283	-868'774	-350'000	-630'000	
				Darlehen/Beteiligung NSNW AG	65	Übertragung von Anteil.	X		-1'500'000				
				H18, Muggenbergtunnel	50	Sachanlagen	X		58'941				
				Linksufrige Birsigalstrasse	50	Sachanlagen	X				10'000		
				Muttentz/Pratteln, San. Rheinfelderstrass	50	Sachanlagen	X				500'000	300'000	
				Sicherheitsmassnahmen TRA 9500	50	Sachanlagen	X		729'628		300'000	50'000	
				Lärmschutz - 9980	50	Sachanlagen	X		280'420				
					63	Inv.-Beitr. für eigene Rechnung	X		-20'000				
				Strassenetzplan Rheintal	50	Sachanlagen	X		236'265			200'000	
				Langenbruck, Sanierung Ortsdurchfahrt	50	Sachanlagen	X		171'888	125'576	150'000		
				Grellingen, San./Umgestalt. Ortsdurchf.	50	Sachanlagen	X					3'500'000	
				Anschluss Dornach an H18, Realisierung	50	Sachanlagen	X		195'145	72'289	100'000	300'000	
				Allschwil, Kreisell Hegeheimermattweg	50	Sachanlagen	X		65'060			200'000	
				Züringer Allschwil	50	Sachanlagen	X		21'435				
				Veränderung Nationalstrassen - 9992	50	Sachanlagen	X		17'860'449				
					63	Inv.-Beitr. für eigene Rechnung	X		-18'137'663				
				Rothenf., Hemmikerstr., Ausb. Säge-Asph.	50	Sachanlagen	X		293'798	934			
				Arisdorf, Sanierung Hauptstrasse	50	Sachanlagen	X		126'643		10'000		
				Liestal, Betriebs-u. Gestalt.konzept Ost	50	Sachanlagen	X				200'000	300'000	
				Sissach, Umfahrung Flank. Massnahmen	50	Sachanlagen	X		93'460	85'228	3'000'000	3'500'000	
				Allschwil, San. Baslerstr., Strassenbau	50	Sachanlagen	X				1'000'000	500'000	
				1978/2567 Ergolzthal-Ost, Projektierung		Gesamtkredit	X	400'000					
				1990/3381 Ausbauprogramm Radrouten		Gesamtkredit	X	25'000'000					
				1990/3462 HZ, Pratteln-Liestal (HPL)	50	Sachanlagen	X		32'595'059				
						Gesamtkredit	X	650'000					
				1994/1766 Leimental-Birstal, Projektierung	50	Sachanlagen	X		688'583				

Direktion	Dienststelle	LRV	LRB	Auftrag	KOA 2-st.	KOA Bezeichnung	VK	Gesamtkredit	Ausschöpfung	Rechnung 2012	Budget 2013	Budget 2014	Nr. Abr.
BUD			1994/1766	Leimental-Birstal, Projektierung		Gesamtkredit	X	700'000					
			1995/0031	Kantonsstrasse Laufental, Projektierung	50	Sachanlagen	X		472'028				
						Gesamtkredit	X	500'000					
			1996/0032	Ausbauprogramm Radrouten	50	Sachanlagen	X						
						Gesamtkredit	X	-32'677'827					
			1998/1346	H18, Birstal, Anschluss Aesch		Gesamtkredit	X	1'407'500					
			1999/0162	H2, Pratteln-Liestal (HPL)	50	Sachanlagen	X		-1'346'168				
						Gesamtkredit	X	-650'000					
			1999/0162	Ergolzthal-Ost, Projektierung	50	Sachanlagen	X		-209'237				
						Gesamtkredit	X	-400'000					
			2000/671	Linksufrige Birsigtalstrasse	50	Sachanlagen	X		373'287				
						Gesamtkredit	X	400'000					
		1983/006 + 1985/130	1985/1948	Ergolzthal-Ost, Projektierung	50	Sachanlagen	X		635'172				
						Gesamtkredit	X	400'000					
		1983/036	1984/0645	Ausbauprogramm Radrouten	50	Sachanlagen	X		14'081'849				
						Gesamtkredit	X	400'000					
		1987/079	1987/077	Sissach, Umfahrung	50	Sachanlagen	X		44'770				
						Gesamtkredit	X	870'000					
		1988/162+ 1990/180	1991/2696	Sissach, Umfahrung	50	Sachanlagen	X		327'964'073				
						Gesamtkredit	X	179'000'000					
					63	Inv.-Beitr. für eigene Rechnung	X		-179'699'000				
						Gesamtkredit	X	179'000'000					
		1988/226+ 1987/249	1989/1070	Binningen, Sanierung Brücke Schlossgasse	50	Sachanlagen	X		1'051'923				
						Gesamtkredit	X	900'000					
		1989/308	1992/0525	Ergolzthal-West, Projektierung	50	Sachanlagen	X		388'832				
						Gesamtkredit	X	500'000					
		1992/110	1992/0901	Ausbauprogramm Radrouten	50	Sachanlagen	X			-4'660			
						Gesamtkredit	X	30'000'000					
		1994/144	1995/2418	H2, Pratteln-Liestal (HPL)	50	Sachanlagen	X		291'914'816	66'074'238	81'000'000	20'800'000	
					63	Inv.-Beitr. für eigene Rechnung	X		-254'113'964	-65'684'878	-41'000'000	-28'000'000	
						Gesamtkredit	X	248'000'000					
		1998/074	1998/1647	Ausbauprogramm Radrouten	50	Sachanlagen	X		15'938'064	1'781'040	2'000'000	2'000'000	
					63	Inv.-Beitr. für eigene Rechnung	X		-2'516'736	-161'897	-600'000	-600'000	
						Gesamtkredit	X	25'000'000					
		1999/026	1999/2008	Seltisberg, San. Kantonsstrasse innerorts	50	Sachanlagen	X		2'811'226	60'000	100'000	500'000	

Direktion	Dienststelle	LRV	LRB	Auftrag	KOA Z-st.	KOA Bezeichnung	VK	Gesamtkredit	Ausschöpfung	Rechnung 2012	Budget 2013	Budget 2014	Nr. Abr.
BUD		1999/026	1999/2008	Seltisberg, San. Kantonsstrasse innerorts		Gesamtkredit	X	6'900'000					
		2000/150	2000/672	H18, Laufen/Zwingen Umfahrung	50	Sachanlagen	X		3'418'280				
						Gesamtkredit	X	3'000'000					
		2001/310	2002/564	Grellingen, Kor. Baselstr./Delsb., Proj.	50	Sachanlagen	X		138'018				
						Gesamtkredit	X	150'000					
		2003/0159	2003/142	Binningen, Kronenplatz	50	Sachanlagen	X		10'834'108				2012/569
						Gesamtkredit	X	9'100'000					2012/569
		2004/124	2004/887	Sissach, Umfahrung		Gesamtkredit	X	94'300'000					
		2004/282	2006/1698	Gelterkinden-Rickenbach, Fortsetzung	50	Sachanlagen	X		3'544'522				2013/046
						Gesamtkredit	X	2'700'000					2013/046
		2005/242	2006/1699	Füllinsdorf, Giebenacherstrasse	50	Sachanlagen	X		5'103'904	87'856			
						Gesamtkredit	X	3'700'000					
		2006/093	2006/1816	H2, Pratteln-Liestal (HPL)		Gesamtkredit	X	35'000'000					
		2006/302	2007/2420	Zwingen, San./Umgest. Ortsdurchfahrt	50	Sachanlagen	X		8'685'828	2'833'778	2'400'000	20'000	
						Gesamtkredit	X	14'000'000					
		2007/005	2009/982	Salina Raurica	50	Sachanlagen	X		1'578'712	776'409	750'000	2'550'000	
						Gesamtkredit	X	13'800'000					
		2007/005	2009/982	Augst, San./Umgestaltung Ortsdurchfahrt	50	Sachanlagen	X		340'472	170'747	300'000	50'000	
						Gesamtkredit	X	500'000					
		2007/169	2009/1080	Richtplan, Projektierung Strassenetz	50	Sachanlagen	X		1'228'726	598'438	500'000	250'000	
						Gesamtkredit	X	2'500'000					
		2007/176	2007/219	Darlehen/Beteiligung NSNW AG	50	Sachanlagen	X		3'051'013				
						Gesamtkredit	X	5'700'000					
		2008/269	2009/1027	7001 Tunnel Eggflue, Tunnelsicherheit	50	Sachanlagen	X		14'358'802	2'139'191	300'000	100'000	
						Gesamtkredit	X	18'830'000					
		2008/310	2009/1179	Aesch, Anschluss Pfeffingerring, Vorproj.	50	Sachanlagen	X		201'973	73'608	300'000	500'000	
			,1180			Gesamtkredit	X	400'000					
		2008/310	2009/1179	H18, Birstal, Anschluss Aesch	50	Sachanlagen	X		1'261'543	109'718	100'000	100'000	
			+1180			Gesamtkredit	X	3'300'000					
		2009/209	2009/1526	H2, Umfahrung Liestal, Konzept/Bauprojekt	50	Sachanlagen	X		2'571'883	1'223'131	2'000'000	200'000	
						Gesamtkredit	X	8'500'000					
		2009/211	2009/1527	Allschwil-Baslerstrasse, Projektierung	50	Sachanlagen	X		3'020'065	322'974	100'000	250'000	
					63	Inv.-Beitr. für eigene Rechnung	X		-199'071				
						Gesamtkredit	X	4'845'000					
		2009/211	2009/1527	Allschwil, Dorfplatz Tramendschlaufe	50	Sachanlagen	X				100'000	100'000	

Direktion	Dienststelle	LRV	LRB	Auftrag	KOA 2-st.	KOA Bezeichnung	VK	Gesamtkredit	Ausschöpfung	Rechnung 2012	Budget 2013	Budget 2014	Nr. Abr.
BUD		2009/211	2009/1527	Allschwil, Dorfplatz Tramendschlaufe		Gesamtkredit	X	400'000					
		2010/269	2010/2400	H2, Pratteln-Liestal (HPL)		Gesamtkredit	X	139'800'000					
		2010/281	2012/495	Laufen, Gesamtplanung neue Birsbrücke	50	Sachanlagen	X				400'000	500'000	
						Gesamtkredit	X	2'000'000					
		2010/281	2012/495	Laufen, Neue Kantonsstrasse Stangimatt	50	Sachanlagen	X	200'000				50'000	
						Gesamtkredit	X						
		2012/066	2012/614	Reigoldswil, Sanierung Ziefenstrasse	50	Sachanlagen	X		35'255	233	100'000	200'000	
						Gesamtkredit	X	400'000					
		2481/95	1478/02	Reinach, Trasseesanierung Linie 11	50	Sachanlagen	X				3'000'000		
					63	Inv.-Beitr. für eigene Rechnung	X				-800'000		
ZFW				Zentrales Fahrzeugwesen	50	Sachanlagen	X		997'254				
WB				Ankauf Grundstücke Wasserbau 9990	50	Sachanlagen	X		325'353	23'010	100'000	100'000	
					63	Inv.-Beitr. für eigene Rechnung	X		-539'423				
				Wasserbau genereller Ausbau 9991	50	Sachanlagen	X		7'495'756	1'578'453	1'100'000	1'400'000	
					57	Durchlaufende Inv.-Beitr.	X		304'958				
					63	Inv.-Beitr. für eigene Rechnung	X		-1'661'000	-665'000	-200'000	-580'000	
					67	Durchlaufende Inv.-Beitr.	X		-304'958				
					50	Sachanlagen	X		82	82			
				Biel-Benken, Birsig, Hochwasserschutz	50	Sachanlagen	X						
				Grellingen, HWS Birs gem. Konzept	50	Sachanlagen	X		10'502	9'331	100'000	100'000	
				Zwingen, HWS Birs gem. Konzept	50	Sachanlagen	X		227'265	209'268	100'000	100'000	
				HWS Allschwil HWRB Lützelbach	50	Sachanlagen	X		107'031	16'215			
		2005/309	2006/1697	Gelterkinden, Eibach, Hochwasserschutz	50	Sachanlagen	X		2'575'987	510'299			
					63	Inv.-Beitr. für eigene Rechnung	X		-1'025'449	-536'301			
						Gesamtkredit	X	2'950'000					
		2006/302	2007/2420	Zwingen, Birs, HW-Schutz, Fischgängigkeit	50	Sachanlagen	X		868'454	170'348			
						Gesamtkredit	X	1'600'000					
		2012/060	2012/683	Laufen, HWS Birs gem. Konzept	50	Sachanlagen	X		69'572	59'255	400'000	600'000	
						Gesamtkredit	X	2'600'000					
		2012/066	2012/614	Reigoldswil, Hintere Frenke, HW-Schutz	50	Sachanlagen	X		121'701	18'240	500'000	400'000	
						Gesamtkredit	X	425'000					
		2012/402	2013/1121	Liesberg, HWS Birs gem. Konzept	50	Sachanlagen	X		89'576	36'764	400'000	1'500'000	
					63	Inv.-Beitr. für eigene Rechnung	X					-500'000	
						Gesamtkredit	X	2'300'000					
HBA				Technische Investitionen 9980	50	Sachanlagen	X		9'780'844	3'240'438	3'000'000	3'000'000	
					63	Inv.-Beitr. für eigene Rechnung	X		-131'130	-131'130			
				Bauliche Investitionen 9990	50	Sachanlagen	X		21'649'597	6'112'118	5'000'000	5'000'000	
					63	Inv.-Beitr. für eigene Rechnung	X		-239'250	-36'400			

Direktion	Dienststelle	LRV	LRB	Auftrag	KOA Z-st.	KOA Bezeichnung	VK	Gesamtkredit	Ausschöpfung	Rechnung 2012	Budget 2013	Budget 2014	Nr. Abr.
BUD				Globalkredit Unterh Bau Haustechnik 9970	50	Sachanlagen	X		761'664	532'869	500'000	500'000	
				Sekundarschulen, Instandsetzung 9910	50	Sachanlagen	X		3'003'334	1'916'375	4'000'000	2'000'000	
				Sekundarschulbauten Neu- und Umbauten	50	Sachanlagen	X		307'388	209'844	1'460'000	5'810'000	
				Liestal, Kauf Grundstücke	50	Sachanlagen			11'690'400	11'690'400			
				Niederdorf, JUNI Arxhof	50	Sachanlagen	X		1'512		400'000		
				Liestal, ZID, Sanierung 1. Rechenzentrum	50	Sachanlagen	X				8'000'000		
				Sissach, Landw.Zentrum Ebenrain, San.	50	Sachanlagen	X		128'606				
				Pratteln, KIGA, Optimierungen	50	Sachanlagen	X		8'958				
				Liestal, Neubau Verwaltungsgebäude, 1.Et	50	Sachanlagen	X		26'687		400'000		
				Sissach, Arealnutzung Werkhof	50	Sachanlagen	X				400'000		
				Muttenz, FHBB, Sanierung Lüftung Chemie	50	Sachanlagen	X		166'715				
				Investition Mobilien - 9991	63	Inv.-Beitr. für eigene Rechnung	X		4'548'029				
				Binningen, KSB2000 Sanierung und Erweit.	50	Sachanlagen	X		433'478				
					50	Sachanlagen	X		246				
					63	Inv.-Beitr. für eigene Rechnung	X		-246				
						Gesamtkredit	X		27'000'000				
				Binningen, KSB Sicherheitsrel. Masn. ETZ	50	Sachanlagen	X		1'004'554				
					63	Inv.-Beitr. für eigene Rechnung	X		-1'723'410				
				Münchenstein, Fachstelle Messwesen		Gesamtkredit	X		560'000				
				Liestal, Rechenzentrum Zeughaus	50	Sachanlagen	X		3'974				
				Muttenz, GIBM	50	Sachanlagen	X					100'000	
				Erweiterungsbau/San.Altbau									
				Muttenz,Nachnutzung FH-Gebäude(Gym.etc.)	50	Sachanlagen	X		181'705	159'705		150'000	
				Muttenz, FH-Aula, Gesamtsanierung	50	Sachanlagen	X					180'000	
				Überträge ins Finanzvermögen	60	Übertragung von Sachanlagen in das FV			-257'775				
				Augst, RAR Steinlager ARP, Übergangslös.	50	Sachanlagen	X				300'000	300'000	
				Münchenstein, Gym. Erw., Übergangslös.	50	Sachanlagen	X		81'592	81'592	1'000'000	700'000	
				Muttenz, Mieterausbau Einmietung Valora	50	Sachanlagen	X		99'118	6'821			
				Basel, Uni, Neubau / IS Alt-Biozentrum	50	Sachanlagen	X				350'000	350'000	
		1998/239	1999/70	Liestal, AC-Labor und Sanierung Gebäudeh	50	Sachanlagen	X		5'000'000				2013/046
						Gesamtkredit	X		5'560'000				2013/046
		2002/136	2002/1837	Basel, Neubau UKBB	50	Sachanlagen	X		872'528				
						Gesamtkredit	X		875'000				
		2004/182	2005/1325	Muttenz, Strafjustizzentrum	50	Sachanlagen	X		28'254'412	14'598'872	24'000'000	13'800'000	

Direktion	Dienststelle	LRV	LRB	Auftrag	KOA 2-st.	KOA Bezeichnung	VK	Gesamtkredit	Ausschöpfung	Rechnung 2012	Budget 2013	Budget 2014	Nr. Abr.
BUD		2004/182	2005/1325	Muttenz, Straffjustizzentrum	63	Inv.-Beitr. für eigene Rechnung	X		-20'000				
						Gesamtkredit	X	2'650'000					
		2005/125	2005/1393	Basel, Neubau UKBB	50	Sachanlagen	X		82'646'904	1'448'348			
					63	Inv.-Beitr. für eigene Rechnung	X		-67'561'489	-1'448'348			
						Gesamtkredit	X	74'650'000					
		2007/283	2008/424	Liestal, Gymnasium, San. Aussenhülle	50	Sachanlagen	X		8'384'566	69'499			
					63	Inv.-Beitr. für eigene Rechnung	X		-664				
						Gesamtkredit	X	9'050'000					
		2007/283+ 2009/383	2008/424+ 2010/1842	Münchenstein, Gymnasium, San. AH	50	Sachanlagen	X		8'19'170	64'975	50'000	470'000	
						Gesamtkredit	X	23'029'000					
		2008/046	2008/633	Muttenz, Straffjustizzentrum	50	Gesamtkredit	X	4'450'000					
		2008/196	2009/1026	Liestal, Kantonismuseum, Umbau/San	50	Sachanlagen	X		6'268'230				2013/046
					63	Inv.-Beitr. für eigene Rechnung	X		-75'000				2013/046
						Gesamtkredit	X	7'158'000					2013/046
		2008/267	2009/1245	Basel, Uni, Neubau Schällemätteli	50	Sachanlagen	X						
					54	Darlehen	X		9'830'000	3'690'000	38'000'000	13'750'000	
					63	Inv.-Beitr. für eigene Rechnung	X		-63'875	-29'938	-10'000'000	-3'150'000	
						Gesamtkredit	X	11'000'000					
		2009/100	2009/1399	Liestal, Turnhalle Gymnasium	50	Sachanlagen	X		9'699'842	6'155'452			
						Gesamtkredit	X	9'889'000					
		2009/383	2010/1842	Münchenstein, Gym., San Villa Ehinger	50	Sachanlagen	X		2'688'481	113'515			
					63	Inv.-Beitr. für eigene Rechnung	X		-17'540				
						Gesamtkredit	X	2'820'000					
		2009/383	2010/2175	Münchenstein, Gym., Erweiterung	50	Sachanlagen	X		244'324		50'000	550'000	
						Gesamtkredit	X	1'860'000					
		2009/383	2010/2175	Münchenstein, Gym., San. Innenräume	50	Sachanlagen	X					300'000	
		2009/384	2010/1936	Muttenz, Neubau FH/NW HLS, PH/HSA u. HABG	50	Sachanlagen	X		35'297'181	6'420'806	5'900'000	26'060'000	
					63	Inv.-Beitr. für eigene Rechnung	X		-42'068			-4'000'000	
						Gesamtkredit	X	64'130'000					
		2009/388	2010/1722	Liestal, Gymnasium, Innensan. Haupttrakt	50	Sachanlagen	X		5'223'920	66'197			
						Gesamtkredit	X	5'100'000					
		2010/087	2010/2053	Muttenz, Straffjustizzentrum		Gesamtkredit	X	74'200'000					
		2010/317	2010/2395	Sekundarschulbauten, Eigentumsübertrag	50	Sachanlagen	X		197'820'864	856'050			
						Gesamtkredit	X	195'000'000					
		2011/194	2011/125	Arlesheim, Mieterausbau Einm. SIPO-West	50	Sachanlagen	X		211'234	205'248	1'600'000		
						Gesamtkredit	X	2'425'000					

Direktion	Dienststelle	LRV	LRB	Auftrag	KOA 2-st.	KOA Bezeichnung	VK	Gesamtkredit	Ausschöpfung	Rechnung 2012	Budget 2013	Budget 2014	Nr. Abr.
BUD		2011/268	2012/251	Pratteln, Einmietung ZID 2.Rechenzentrum	50	Sachanlagen	X		766'944	766'944			
				Gesamtkredit			X	850'000					
		2011/282	2012/250	Sekundarschulbauten Neu- und Umbauten	50	Sachanlagen	X		3'538'355	3'454'736	11'400'000		
				Gesamtkredit			X	15'500'000					
		2012/084	2012/765	Gutsbetriebe Wildenstein u. Arxhof	50	Sachanlagen	X		283'579	21'347	1'530'000		
				Gesamtkredit			X	1'700'000					
		2012/138	2012/872	Augst, RAR Steinlager ARP	50	Sachanlagen	X		252'478		500'000	470'000	
				Gesamtkredit			X	1'650'000					
		2013/068	2013/1313	Sekundarschulbauten Neu- und Umbauten	50	Sachanlagen	X		135'195	135'195	750'000	1'500'000	
				Gesamtkredit			X	3'250'000					
AIB		2003/250	2004/582	Ara Ergolz 2 Schlammmanlagen	50	Sachanlagen	X		8'812'440				
				Inv.-Beitr. für eigene Rechnung	63		X						
				Gesamtkredit			X	9'200'000					
				Abwasserreinigungsanlagen Sammelpos 9990	50	Sachanlagen	X		5'212'128	756'073	500'000	700'000	
				Inv.-Beitr. für eigene Rechnung	63		X		-385'747	-25'000			
				Abfallbeseitigungsanlagen Sammelpos 9991	50	Sachanlagen	X		435'589		50'000	50'000	
				Energiewirtschaft Sammelpositionen 9981	50	Sachanlagen	X		421'495	281'090	900'000	1'050'000	
				Effizienzinvest. Fernwärmezentrale 9992	50	Sachanlagen	X		1'084'997	23'285		1'000'000	
				Netz Sammelposition 9991	50	Sachanlagen	X		1'029'563	822'543	1'800'000	1'400'000	
				Betriebsverbund Höll 9980	50	Sachanlagen	X		61'644				
				Wasser Sammelposition-9990	50	Sachanlagen	X					500'000	
				Ara Rünenberg-Süd, Abwasserbehandlung	50	Sachanlagen	X				500'000	1'500'000	
				FWKM Muttentz Ersatz Wärmepumpe	50	Sachanlagen	X		2'116'369	4'619			
				Sanierung Hochkamin FW Liestal	63	Inv.-Beitr. für eigene Rechnung	X		-693'900				
				Gesamtkredit	50	Sachanlagen	X		150'712				
				Tunnelsanierung Elbisgraben	50	Sachanlagen	X					500'000	
				Sanierung Schlammanlage ARA E1	50	Sachanlagen	X					800'000	
				Versickerungsanlage Aesch	50	Sachanlagen	X				100'000		
				**Ara ProReno, Abwasserbehandlung	50	Sachanlagen	X				200'000	200'000	
				Deponie Ausbau und Abschluss	50	Sachanlagen	X					500'000	
				Metallausscheidung	50	Sachanlagen	X					1'000'000	
				FHWL Liestal Netzausbau Etappe 3	50	Sachanlagen	X				300'000		
				Inv.-Beitr. für eigene Rechnung	63		X				-20'000		
				Deponie Elbisgraben, Reaktor-Etappe 6	50	Sachanlagen	X		18'748'114		100'000		
				Inv.-Beitr. für eigene Rechnung	63		X		-3'253'585				

Direktion	Dienststelle	LRV	LRB	Auftrag	KOA 2-st.	KOA Bezeichnung	VK	Gesamtkredit	Ausschöpfung	Rechnung 2012	Budget 2013	Budget 2014	Nr.-Abr.
BUD			1993/1396	Deponie Elbisgraben, Reaktor-Etappe 6		Gesamtkredit	X	20'500'000					
			1994/1741	FHWL Liestal Netzausbau Etappe 2	50	Sachanlagen	X		14'853'999	299'873	500'000	300'000	
					61	Rückerstattungen	X		-270'916				
					63	Inv.-Beitr. für eigene Rechnung	X		-2'402'423	-235'652	-30'000	-30'000	
						Gesamtkredit	X	15'000'000					
		1991/034		Region Birsig Regenwasserbehandlung	50	Sachanlagen	X		15'624'139	77'281	300'000		
					63	Inv.-Beitr. für eigene Rechnung	X		-2'080'521				
						Gesamtkredit	X	20'300'000					
		1997/188	1997/1161	Deponie Elbisgraben, Reaktor-Etappe 7	50	Sachanlagen	X		498'164		200'000		
						Gesamtkredit	X	2'270'000					
		1997/188	1997/1161	Deponie Elbisgraben, Reaktor-Etappe 8	50	Sachanlagen	X		1'280'476	181'373	100'000		
						Gesamtkredit	X	1'800'000					
		2003/143	2004/308	Mischwasserbehandlung Region Birstal	50	Sachanlagen	X		16'396'858	2'674'194	4'500'000	1'100'000	
						Gesamtkredit	X	24'700'000					
		2003/143 + 2011/330	2004/308 + 2012/354	Ara Birs 2 Ausbau	50	Sachanlagen	X		49'935'301	103'831	2'000'000	500'000	
						Gesamtkredit	X						
					63	Inv.-Beitr. für eigene Rechnung	X		-12'063'446		-200'000	-300'000	
						Gesamtkredit	X	58'000'000					
		2005/034	2005/1324	Ara Liesberg Ausbau	50	Sachanlagen	X		3'432'239	109'151			
					63	Inv.-Beitr. für eigene Rechnung	X		-341'882				
						Gesamtkredit	X	3'600'000					
		2007/179	2007/268	Ara Frenke 3, Planung und Mischwasser	50	Sachanlagen	X		835'821	40'802			
						Gesamtkredit	X	800'000					
		2007/179	2007/268	Ara Frenke 1, Ableitungskanal	50	Sachanlagen	X		2'161'678				
						Gesamtkredit	X	3'900'000					
		2007/191	2007/269	Ara Ergolz 2 Sanierung Biologie	50	Sachanlagen	X		8'313'708				2013/046
					63	Inv.-Beitr. für eigene Rechnung	X		-618'414	-380'000			2013/046
						Gesamtkredit	X	8'550'000					2013/046
		2010/036	2010/1896	Sanierung Kanal Sissach	50	Sachanlagen	X		2'291'018	14'958			
						Gesamtkredit	X	2'600'000					
		2010/037	2010/1897	Ersatz PLS Ara Birsig	50	Sachanlagen	X		1'359'522	321'316			
					63	Inv.-Beitr. für eigene Rechnung	X		-291'009				
						Gesamtkredit	X	1'300'000					
		2010/409	2011/2464	Ormalingen - Ersatz Kanal / MWB	50	Sachanlagen	X		2'792'924	1'543'875	500'000		
						Gesamtkredit	X	4'800'000					
		2011/329	2012/353	ARA Hemmiken Abwasserbehandlung	50	Sachanlagen	X		602'236	602'236			
						Gesamtkredit	X	800'000					

Direktion	Dienststelle	LRV	LRB	Auftrag	KOA 2-st.	KOA Bezeichnung	VK	Gesamtkredit	Ausschöpfung	Rechnung 2012	Budget 2013	Budget 2014	Nr. Abr.
BUD		2011/329	2012/353	ARA Häfelfingen Abwasserbehandlung	50	Sachanlagen	X		29'548	29'548			
				Gesamtkredit			X	700'000					
		2011/330	2012/354	Solaranlagen	50	Sachanlagen	X		974'921	974'921	200'000	600'000	
				Gesamtkredit			X	1'910'000					
		2012/005	2012/471	FHMW Muttentz Netzausbau	50	Sachanlagen	X		544'216	544'216	2'900'000	500'000	
				Inv.-Beitr. für eigene Rechnung	63		X		-50'000	-50'000	-400'000	-100'000	
				Gesamtkredit			X	4'512'000					
		2012/065	2012/766	Massnahmen im Netz Frenkentäler	50	Sachanlagen	X				1'000'000	4'600'000	
				Gesamtkredit			X	10'620'000					
		2012/065	2012/766	ARA Frenke Neubau	50	Sachanlagen	X				1'300'000	800'000	
				Gesamtkredit			X	39'340'000					
		2012/065	2012/766	ARA Frenke 2, Ausbau/Erhalt		Gesamtkredit	X	2'000'000					
		2012/066	2012/614	Zuleitungskanal ARA Frenke 1 Reigoldswil	50	Sachanlagen	X				20'000	30'000	
				Gesamtkredit			X	75'000					
	ARP	2007/005(A)	2009/982	Salina Raurica		Gesamtkredit	X	2'500'000					
	ARP NL			Ankauf von Grundstücken 999	50	Sachanlagen	X		241'754	5'200			
	ALV			Überträge ins Finanzvermögen	60	Übertragung von Sachanlagen in das FV			-1'106				
	ÖV			Ausbauten öffentlicher Verkehr 9990	50	Sachanlagen	X		6'174'980	861'927	500'000	500'000	
				Eigene Inv.-Beitr.	56		X				500'000	500'000	
				Inv.-Beitr. für eigene Rechnung	63		X		-66'089				
				Eigene Inv.-Beitr.	56		X					500'000	
				Trasseesanierung ink. Landenerwerb L 10	63	Inv.-Beitr. für eigene Rechnung	X		677'015				
				Allschwil, San.Baslerstr., Real. Schiene	50	Sachanlagen	X				1'000'000	500'000	
				Muttentz, Busbahnhof	56	Eigene Inv.-Beitr.	X					100'000	
				Laufen, Ausbau Busbahnhof (500428)	56	Eigene Inv.-Beitr.	X				200'000		
				WB Ausbau Infrastruktur (500431)	56	Eigene Inv.-Beitr.	X				5'000'000	3'400'000	
				WB Erneuerung Fahrleitung (500623)	56	Eigene Inv.-Beitr.	X				600'000		
				BLT Linie 10/17Doppelp Spiesh (500569)	56	Eigene Inv.-Beitr.	X				300'000	400'000	
				BLT 10, 10/17&11, Instandsetz (501231)	56	Eigene Inv.-Beitr.	X					3'900'000	
				Salina Raurica, ÖV-Anl. Projekt.	56	Eigene Inv.-Beitr.	X					500'000	
				Trasseesanierung Linie 10 (500434)	63	Inv.-Beitr. für eigene Rechnung	X				-5'000'000		2013/046
				Trasseesanierung Linie 11 (500425)	56	Eigene Inv.-Beitr.	X				4'000'000	5'000'000	
					63	Inv.-Beitr. für eigene Rechnung	X				-300'000	-1'500'000	
				Gesamtkredit			X	39'700'000					
		2006/037	2006/2036	Tram/Bahnübergänge Optimierungen	56	Eigene Inv.-Beitr.	X				6'000'000	5'000'000	
				Gesamtkredit			X	20'000'000					

Direktion	Dienststelle	LRV	LRB	Auftrag	KOA 2-st.	KOA Bezeichnung	VK	Gesamtkredit	Ausschöpfung	Rechnung 2012	Budget 2013	Budget 2014	Nr. Abr.
BUD		2007/005A	2009/982	Salina Raurica, ÖV-Anl. Vorpr. (500426)	56	Eigene Inv.-Beitr. Gesamtkredit	X				1'000'000	200'000	
		2007/169	2009/1080	Richtplan, Proj. Schienennetz (500421)	56	Eigene Inv.-Beitr. Gesamtkredit	X	1'344'000			50'000	50'000	
		2009/211	2009/1527	Allschwil, Grabenring, BVB Linie 6	50	Sachanlagen Gesamtkredit	X	2'447'407	452				
		2009/348	2010/1721	Allschwil, Baslerstr. BVB Linie 6, Inst.	50	Sachanlagen Gesamtkredit	X	2'271'296	97'612		200'000	100'000	
		2010/266	2010/2177	Ausbau BLT Linie 10 Margarethenstich	56	Eigene Inv.-Beitr. Gesamtkredit	X	3'500'000			400'000	400'000	
		2010/283	2010/2178	BLT Linie 10/17, Instandsetzung (500571)	56	Eigene Inv.-Beitr. Gesamtkredit	X	770'000			1'600'000		
		2010/283	2010/2178	BLT Linie 11, Instandsetzung (500572)	56	Eigene Inv.-Beitr. Gesamtkredit	X	17'400'000			6'000'000		
		2011/221	2011/148	Trasseesam. BLT Linie 12/14 (500420)	56	Eigene Inv.-Beitr. Gesamtkredit	X	16'350'000			3'000'000	4'000'000	
		2011/378	2012/496	Laufen, Ausbau Bushof	50	Sachanlagen Gesamtkredit	X	5'660'000	126'396	105'569	600'000	400'000	
		2011/378	2012/496	Bahnhof Laufen, Vorpr. Mod. B&C (501036)	50	Sachanlagen Gesamtkredit	X	6'687	6'687			400'000	
		2012/204	2012/1014	Bushalt. Umsetz. BehiG Bus, Projekt.	50	Sachanlagen Gesamtkredit	X	35'444	35'444		1'000'000	500'000	
		2012/204	2012/1014	Tramhaltest., Umsetz. BehiG, Proj. (500991)	56	Eigene Inv.-Beitr. Gesamtkredit	X	2'000'000			1'000'000	1'000'000	
		2012/272	2012/1015	BLT Linie 10/17 Doppelpsp Etingen(500622)	56	Eigene Inv.-Beitr. Gesamtkredit	X	16'450'000			3'600'000	11'600'000	
SID	Ergebnis							14'743'000	14'100'767	119'071	450'000		
	ZRV	2011-172	2011-143	Bet. Stiftungsaufsicht beider Basel	55	Beteil. und Grundkapitalen Gesamtkredit	X	500'000	500'000				
	AMB	2002/176	2003/1941	Ölwehmassnahmen auf Fliessgewässern	50	Sachanlagen Gesamtkredit	X	233'544	233'544		450'000		
		2005/262	2006/1558	Sicherheitsfunknetz Polycom ,1559	50	Sachanlagen Gesamtkredit	X	870'000					
					63	Inv.- Beitr. für eigene Rechnung Gesamtkredit	X	13'373'000	18'713'221	119'071			
BKSD	Ergebnis								-5'345'998			500'000	500'000
	AIBB			ÜK-Zentrum Holzbau	56	Eigene Inv.-Beitr.					500'000	500'000	

6. Liste der Massnahmen aus dem Entlastungspaket 12/15 mit Entlastungen bis 2014

Nr. in LRV	Profitcenter	Dienststelle	Titel der Massnahme	Entlastungsbetrag kumuliert bis und mit Budget 2014 in TCHF
KB-KI-1	P2002	Landeskanzlei	Verzicht auf Versand der Landratsunterlagen auf Papier	136
KB-KI-3	P2003	Staatsarchiv	Reduktion Personalaufwand (CHF 35'000) und Sachaufwand (CHF 45'000)	80
KB-KI-4	P2002	Landeskanzlei	Reduktion des Aufwandes für die Durchführung von Abstimmungen	65
KB-KI-5	P2002	Landeskanzlei	Amtskalender nicht mehr drucken	50
KB-KI-6	P2002	Landeskanzlei	Das Info-Heft soll nur noch 3x jährlich erscheinen (z.B. April, September und Dezember)	30
Kantonale Behörden: EP 12/15 TOTAL				361

FKD-2	P21024	Finanzverwaltung	Einkommensabhängige Reduktion der Krankenkassenprämienverbilligung	10'000
FKD-3	P21023	Finanzverwaltung	Anpassung Ergänzungsleistungen zu AHV/IV (Vermögensverzehr)	7'630
FKD-4	P21024	Finanzverwaltung	Neuregelung Anspruch auf Prämienverbilligung für junge Erwachsene	5'000
FKD-5	P2106/P2107	Steuerverwaltung	Zusätzlicher Steuerertrag durch verstärkte Revisionstätigkeit	1'680
FKD-6	P21021	Finanzverwaltung	Erhöhung der Abgeltung Staatsgarantie BLKB	5'000
FKD-KI-1	P2107	Steuerverwaltung	Provision für den Bezug der Kirchensteuer	100
FKD-KI-2	P2106	Steuerverwaltung	Umstellung auf A-Post Plus	40
FKD-KI-3	P2104	Personalamt	Totalrevision der Ruhegehaltsordnung	611
FKD-KI-4	P2107	Steuerverwaltung	Bezugsprovision Quellensteuer	602
FKD-KI-5	P2100	GS	Telefonie (Kostenreduktion)	500
FKD-KI-6	P2106	Steuerverwaltung	Einführung einer Gebühr für Zahlungsabkommen	450
FKD-KI-7	P2107	Steuerverwaltung	Änderung des Umlageverfahrens der Bezugskosten der Quellensteuer	384
FKD-KI-8	P2103	Kantonales Sozialamt	Entlastung nach Gesetzesänderung Sozialhilfegesetz im Bereich Alimente	500
FKD-KI-9	P2100	GS	Reduzierung der einzelnen Dienststellenbudgets (IT)	297
FKD-KI-10	P2105	Statistisches Amt	Aufwandreduktion temporäre Personalkosten (Projekte)	-218
FKD-KI-11	P2106	Steuerverwaltung	Reduktion Temporärbudget Steuerverwaltung	220
FKD-KI-12	P2106	Steuerverwaltung	Kundenempfang der Steuerverwaltung	125
FKD-KI-13	P2105	Statistisches Amt	Finanz- und Lastenausgleich (Budgetanpassung)	-600
FKD-KI-14	P2102	Finanzverwaltung	Reduktion eingekaufte Dienstleistungen	-350
FKD-KI-15	P2106	Steuerverwaltung	Halbierung der Vergütung an Gemeinden für Fristerstreckungen	100
FKD-KI-16	P2104	Personalamt	Straffung des zentral eingestellten Budgets für Inseratekosten	40
FKD-KI-17	P2106	Steuerverwaltung	Reduktion Aus- und Weiterbildung	50
FKD-KI-18	P2104	Personalamt	Reduktion der PE-Seminare um 10%	132
FKD-KI-19	P2104	Personalamt	Führungsausbildung Durchführungen reduzieren	49
FKD-KI-20	P21001	GS	Der Kanton zahlt die Löhne für die Organisten in Spitalgottesdiensten nicht mehr	48
FKD-KI-21	P2104	Personalamt	Prüfung der Leistungsvereinbarung mit der Basellandschaftlichen Gebäudeversicherung "Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz in der Verwaltung des Kantons Basel-Landschaft"	30
FKD-KI-22	P2104	Personalamt	Verzicht auf Personalmarketing-Massnahmen	40
FKD-KI-23	P21001	GS	Die Subvention für das Seminarhotel Leuenberg wird ersatzlos gestrichen	20
FKD-KI-24	P2105	Statistisches Amt	Aufwandreduktion Konto 310/313 (Büromaterial, Publikationen, Drucksachen, Porti)	20
FKD-KI-25	P2106	Steuerverwaltung	Erhöhung der Entschädigung für Mehrkosten bei Einsprachen auf amtliche Veranlagungen	20
FKD-KI-26	P2106	Steuerverwaltung	Verzicht auf kostenpflichtige Inserate	16
FKD-KI-27	P2101	Fachstelle für Gleichstellung	Kürzung von Leistungen	15
FKD-KI-28	P2104	Personalamt	Reduktion der Grafiker- und Druckkosten für die Seminarprogramme	18
FKD-KI-29	P2104	Personalamt	Seminarpreiserhöhungen für Externe (ohne LOGS und Spitäler, inkl. "KIGA-Spezialeinheiten")	10

Nr. in LRV	Profitcenter	Dienststelle	Titel der Massnahme	Entlastungsbetrag kumuliert bis und mit Budget 2014 in TCHF
FKD-KI-30	P2101	Fachstelle für Gleichstellung	Kommission für Gleichstellung (Budgetanpassung)	4
FKD: Entlastungsbeitrag aus direktionsspezifischen Massnahmen				32'583
Ü-2-FKD	div.	div.	Anteil FKD: Optimierung im Personalwesen	10'500
Ü-5-FKD	div.	div.	Anteil FKD: Aufwand externe Gutachter, Berater etc. auf Stand 2009 reduzieren (inkl. Teile von Ü-1b-FKD im Jahr 2014)	582
Ü-6-FKD	P2100 (P21000)	Generalsekretariat (ZID)	ANTEIL FKD: Optimierung im IT-Bereich (Aufgabenprofile etc.)	0
Ü-7-FKD	P2102 / P2104	Finanzverwaltung / Personalamt	ANTEIL FKD: Ausweisung der Effizienzgewinne resultierend aus dem ERP-Projekt (IT-Optimierung im Bereich Rechnungswesen und Personal)	300
Ü-8-FKD	P21024	Finanzverwaltung	ANTEIL FKD: Reduktion Subventionen durch neue Berechnungsgrundlage	1'450
Ü-KI-9-FKD	P2100 (P21000)	Generalsekretariat (ZID)	ANTEIL FKD: Informatik: Thin Clients anstelle PC's	250
Ü-KI-10-FKD	P2100 (P21000)	Generalsekretariat (ZID)	ANTEIL FKD: Gesamtaufwand für Informatik bei allen Direktionen und Gerichten auf Stand 2009 zurückführen	6
FKD: EP 12/15 TOTAL				45'671

VGD-1	P2304	BUD - HBA	Baurechtzinseinnahmen Spitalgesellschaften	4'180
VGD-2	P21020	FKD - FIV	Darlehen Spitalgesellschaften	2'740
VGD-KI-1	öffentl.-rechtl. Anstalt BL/BS	Schweizerische Rheinhäfen	Aktivere Bewirtschaftung des Hafenvermögens	-196
VGD-KI-2	P2200	GS	Betriebsanlässe Mitarbeiter Spitäler BL	440
VGD-KI-3	P2206	Amt für Geoinformation	Ordentliche Pensionierungen ohne Stellenersatz	777
VGD-KI-4	P2205	Amt für Wald	Erhöhung der Entschädigung BS für das gemeinsame Amt für Wald	200
VGD-KI-5	P2205	Amt für Wald	Verzicht auf den Ersatz eines in Pension gehenden Kreisförsters	175
VGD-KI-6	P2207	Landw. Zentrum Ebenrain	Die Dienststellenleitung übernimmt die Schulleitung der landwirtschaftlichen Schule in Personalunion	150
VGD-KI-7	P2201	KIGA	Verzicht auf eine zusätzlich geplante Stelle im Arbeitsinspektorat	10
VGD-KI-8	P2207	Landw. Zentrum Ebenrain	Kursprogramm des Landwirtschaftlichen Zentrums Ebenrain zu Vollkosten anbieten oder streichen	75
VGD-KI-9	P2206	Amt für Geoinformation	Frühzeitige Pensionierungen ohne Stellenersatz	174
VGD-KI-10	P2201	KIGA	Verzicht auf die Kompensation einer Pensenreduktion von 40 Stellenprozent im Arbeitsinspektorat	50
VGD-KI-11	P2207	Landw. Zentrum Ebenrain	Reduktion der Spezialfinanzierung Betriebshilfe	50
VGD-KI-12	P2205	Amt für Wald	Abschaffung der Investitionskredite / Einführung koordinierter Entscheide / Auslagerung Kursadministration	40
VGD-KI-13	P2208 / P2305	Kantonales Laboratorium / BUD - AUE	Integration der BUD-Wasseranalytik ins Kantonslabor	115
VGD-Neu-3	P2200	GS	Regressforderungen im KVG-Bereich (Haftung Dritter für Spitalbehandlungen)	1'000
VGD: Entlastungsbeitrag aus direktionsspezifischen Massnahmen				9'980
Ü-1-/Ü-4-VGD	div.	div.	Projekte "Weiterer Aufgabenverzicht" und "Übergreifende Effizienzsteigerung"	200
Ü-1d-VGD	div.	div.	ANTEIL VGD: Effizienzsteigerung im Beschaffungs- und Auftragswesen	584
Ü-5-VGD	div.	div.	ANTEIL VGD: Aufwand externe Gutachter, Berater etc. auf Stand 2009 reduzieren	361
Ü-7-VGD	div.	div.	ANTEIL VGD: Ausweisung der Effizienzgewinne resultierend aus dem ERP-Projekt (IT-Optimierung im Bereich Rechnungswesen und Personal)	0
VGD: EP 12/15 TOTAL				11'126

Nr. in LRV	Profitcenter	Dienststelle	Titel der Massnahme	Entlastungsbetrag kumuliert bis und mit Budget 2014 in TCHF
BUD-2	P2314	ÖV	Erhöhung Kostendeckungsgrad Öffentlicher Verkehr	2'000
BUD-3	P2314	ÖV	Nullrunde bei Transportunternehmen und Elimination der Teuerungsreserven	2'000
BUD-4	P2304	HBA	Reduktion des Aufwands für Instandhaltung Gebäude und Umgebung	1'205
BUD-5	P2304	HBA	Verzicht auf Mieterausbau (Einmietungen)	1'100
BUD-6	P2304	HBA	Reduktion Neu-Anschaffung von Büro- und Schulmobiliar	1'000
BUD-KI-1	P2309	ARP	VK Verlegung Amphibien aus der Zurlindengrube Pratteln wird nicht mehr weiter ausgeschöpft	904
BUD-KI-2	P2305	AUE	Erhöhung der Konzessionsgebühren für Kraftwerke	800
BUD-KI-3	P2305	AUE	Reduktion Sollstellen	800
BUD-KI-4	P2304	HBA	Schlösser Wildenstein und Bottmingen, Gutshof Wildenstein: Änderung der Trägerschaft unter Gewährleistung der Einflussnahme durch den Staat und des Zugangs für die Öffentlichkeit	0
BUD-KI-5	P2301	TBA	Betrieblicher Unterhalt H2/H18	300
BUD-KI-6	P2305	AUE	Förderung "Baselbieter Energiepaket", Verpflichtungskredit CHF 50 Mio. vom 12.11.2009	300
BUD-KI-7	P2304	HBA	Reduktion Personalressourcen	300
BUD-KI-8	P2309	ARP	"Abgeltungen für Unterschutzstellungen" ausser "Landerwerb" auf CHF 100'000 herunterfahren	280
BUD-KI-9	P2301	TBA	Winterdienst	230
BUD-KI-10	P2311	Lufthygieneamt bB	Optimierung Personaleinsatz und Abbau Massnahmenplanung / Planungsgrundlagen / Erfolgskontrolle	220
BUD-KI-11	P2310	Bauinspektorat	Anpassung der Gebühren im Baubewilligungsverfahren	202
BUD-KI-12	P2303	TBA	Unterhalt Wasserbau	200
BUD-KI-13	P2304	HBA	Parkzinsen: Verdoppelung der Gebühren für Mitarbeitende des Kantons (exkl. Spitäler)	200
BUD-KI-14	P2302	TBA	Treibstoffverkauf an den Tankstellen der kantonalen Verwaltung	200
BUD-KI-15	P2314	ÖV	Anpassung der WB-Stationen auf das neue Rollmaterial sind auf das notwendigste zu beschränken	200
BUD-KI-16	P2305	AUE	Reduktion Sollstellen	150
BUD-KI-18	P2305	AUE	Erdwärmesonden	150
BUD-KI-19	P2305	AUE	Altlastenbearbeitung (inkl. Bearbeitung Kataster)	150
BUD-KI-20	P2312	Sicherheitsinspektorat	Personaloptimierung und Mutationsgewinn	145
BUD-KI-21	P2301	TBA	Kostenbeteiligung an NSNW AG um 5 % reduzieren; versprochenen Produktivitätsgewinn einfordern	135
BUD-KI-22	P2310	Bauinspektorat	Reorganisation des Bauinspektorates	177
BUD-KI-23	P2302	TBA	Ersatz- und Zusatzanschaffungen von Fahrzeugen der kantonalen Fahrzeugflotte	130
BUD-KI-24	P2300	GS	Pensenreduktion der pendenden Sekretariatsstelle (von 80% auf 60%) sowie Abbau Juristenstelle im Aktuariat der Baurekurskommission	120
BUD-KI-25	P2309	ARP	VK ökologischer Ausgleich (2009-2013) wird um CHF 116'000 gekürzt	116
BUD-KI-26	P2300	GS	GEVER	100
BUD-KI-27	P2309	ARP	NATUR Festival beider Basel (2008-2011)	100
BUD-KI-28	P2309	ARP	Ausschöpfung Jahrestanchen Verpflichtungskredit Naturschutz im Wald (2009 - 2013) um CHF 100'000 gekürzt	100
BUD-KI-29	P2313	Amt für Liegenschaftsverkehr	Reduktion des Budgets Unterhalt an Grundstücken	100
BUD-KI-30	P2301	TBA	Anschaffung Maschinen, Geräte, Werkzeuge	100
BUD-KI-31	P2301	TBA	Sicherheitsholzerei	80
BUD-KI-32	P2309	ARP	Waldförderungsprogramme streichen (Naturschutz im Wald, Walddauerbeobachtung, Natur- und Landschaftsschutz)	70
BUD-KI-33	P2303	TBA	Anschaffung Maschinen, Geräte, Werkzeuge	70
BUD-KI-34	P2301	TBA	Unterhalt der Beleuchtungsanlagen	65
BUD-KI-35	P2304	HBA	Hofgut Arxhof: Änderung der Trägerschaft	0
BUD-KI-36	P2300	GS	Projekt Insieme	63

Nr. in LRV	Profitcenter	Dienststelle	Titel der Massnahme	Entlastungsbetrag kumuliert bis und mit Budget 2014 in TCHF
BUD-KI-37	P2308	ARP	Voraussichtlicher Mutationsgewinn bei Ersatz regulär pensionierter Person März 2012	45
BUD-KI-38	P2300	GS	Straffung Mitgliedschaften und Beiträge	26
BUD-KI-39	P2301	TBA	Anschaffung / Unterhalt Verkehrszählgeräte	28
BUD-KI-40	P2300	GS	Administration Reinigungspersonal	25
BUD-KI-41	P2301	TBA	Strassenmarkierung	20
BUD-KI-42	P2307	ARP	Unterhalt und Ersatz der Messgeräte Lärmschutz	10
BUD-KI-43	P2307	ARP	Reduktion der budgetierten Mittel für Spesen und Anlässe	10
BUD-KI-44	P2307	ARP	Reduktion der Frankaturkosten	4
BUD-KI-45	P2301	TBA	Bericht Verkehrszählungen	1
BUD-Neu-1	P2314	ÖV	Effizienzsteigerung KTU	538
BUD-Neu-2	P2305	AUE	Expertisen im Bereich Umwelt und Energie	150
BUD-Neu-3	P2301	TBA	Dauerhafte Budgetkürzung im Bereich Dienstleistung, Planung und Projekte beim Tiefbauamt	400
BUD-Neu-4	P2307	ARP	Dauerhafte Budgetkürzung im Bereich Dienstleistung, Planung und Projekte beim Amt für Raumplanung	50
BUD-Neu-5	P2304	HBA	Dauerhafte Reduktion baulicher Unterhalt	1'000
BUD-Neu-6	P2305	AUE	Budgetkürzung im Bereich Umwelt und Energie	300
BUD-Neu-7	P2304	HBA	Aufhebung Stellen Dienststellenleiter und Dienststellenleiter-stv. beim Amt für Liegenschaftsverkehr	420
BUD-Neu-8	P2309	ARP	Vermehrte Bestellung baulicher Leistungen beim Tiefbauamt	50
BUD-Neu-10	P2304	HBA	Kürzung Mobiliar nicht aktivierbare Anlagen (2014) resp. anderweitig kompensiert (Folgejahre)	1'000
BUD-Neu-11	P2304	HBA	Kürzung im baulichen Unterhalt (2014) resp. anderweitig kompensiert (Folgejahre)	1'000
BUD: Entlastungsbeitrag aus direktionsspezifischen Massnahmen				19'639
Ü-5-BUD	div.	div.	ANTEIL BUD: Aufwand externe Gutachter, Berater etc. auf Stand 2009 reduzieren	1'782
Ü-7-BUD	div.	div.	ANTEIL BUD: Ausweisung der Effizienzgewinne resultierend aus dem ERP-Projekt (IT-Optimierung im Bereich Rechnungswesen und Personal)	300
BUD: EP 12/15 TOTAL				21'721

SID-1	P241 etc.	Bereich Zivilrecht	Projekt FOCUS: Verzicht auf die Führung eines Amtsnotariats und vollständige Reorganisation der Behörden im Zivilrecht	2'838
SID-2	P2420	Polizei BL	Anpassung Auslösegeschwindigkeit bei Geschwindigkeitskontrollen	5'000
SID-3	P24001	GS	Konsequenter Bewirtschaftung von Drittkostenträgern, Optimierungen etc.	1'171
SID-4	P2420	Polizei BL	Strengere Bearbeitung der Bilder bei Geschwindigkeitsmessungen	1'000
SID-5	P2450	Staatsanwaltschaft	Erhöhung Verfahrenskosten (Seitenpauschale) in der Staatsanwaltschaft	1'000
SID-KI-1	P24000 P24002 P24003	GS	Verzicht auf subsidiäre Präventionstätigkeiten	833
SID-KI-2	P2420	Polizei BL	Auflösung Dienst Organisierte Kriminalität OK innerhalb der Hauptabteilung Kriminalitätsbekämpfung	660
SID-KI-3	P2420	Polizei BL	Anpassung Geschwindigkeitskonzept Stinger	1'400
SID-KI-4	P2442	Massnahmenzentrum Arxhof	Erhöhung der Aufenthaltstaxen und Erhöhung der durchschnittlichen Belegung (Massnahmenzentrum Arxhof)	579
SID-KI-5	P2420	Polizei BL	Aufhebung der Wohnzulage (Mietausgleich)	513
SID-KI-6	P2432	MfK BL	Gebührenerhöhung im Fahrzeugbereich, Gebührenreduktion im Lernfahr- und Führerausweisbereich	0
SID-KI-7	P2420	Polizei BL	Reduktion Prozess Leistungserfassung/Controlling	385
SID-KI-8	P2442	Massnahmenzentrum Arxhof	Grössere Unterhaltsarbeiten für Gebäude und Areal sind mittelfristig nicht erforderlich	349
SID-KI-9	P24000	GS	Halbierung der Aus- und Weiterbildungskosten der Sicherheitsdirektion (ohne Polizei und ohne Arxhof) sowie der Honorare für auswärtige Beratungen und Begutachtungen	337

Nr. in LRV	Profitcenter	Dienststelle	Titel der Massnahme	Entlastungsbetrag kumuliert bis und mit Budget 2014 in TCHF
SID-KI-10	P2431	Amt für Militär und Bevölkerungsschutz	Nichtersatz von Pensionierungen, Verteilung der Aufgaben	272
SID-KI-11	P2430	Amt für Migration	Aufhebung von Stellen und Aufgabentransfer innerhalb der Abteilung	230
SID-KI-12	P2431	Amt für Militär und Bevölkerungsschutz	Schliessung Liq.-Shop	192
SID-KI-13	P2442	Massnahmenzentrum Arxhof	Einsparungen bei Anschaffungen von Maschinen	210
SID-KI-14	P2450	Staatsanwaltschaft	Optimierung und Reduzierung Postversand	200
SID-KI-15	P2420	Polizei BL	Mehrertrag durch Massnahmen im Geschwindigkeitskontrollbereich bei der Polizei	200
SID-KI-16	P24004	GS	M1 Reduktion Dienstleistungen Dritter	150
SID-KI-17	P24004	GS	M2 Reduktion Hardware	150
SID-KI-18	P2431	Amt für Militär und Bevölkerungsschutz	Reduktion der Ölwehrstützpunkte	150
SID-KI-19	P2450	Staatsanwaltschaft	Neue Massnahme	150
SID-KI-20	P2430	Amt für Migration	Ersatzfinanzierung für die Fortführung der Erstinformationsgespräche für neu zuziehende Ausländerinnen und Ausländer per 2012 und 2013	150
SID-KI-21	P2432	MfK BL	Verzicht auf die per 2011 zusätzlich bewilligte Stelle (auf MFK)	130
SID-KI-22	P24000	GS	Reduktion von Führungsinstrumenten im Generalsekretariat mit Abbau 1 Stelle	116
SID-KI-23	P2432	MfK BL	Verzicht auf Besetzung einer Stelle nach Pensionierung eines MA	110
SID-KI-24	P2450	Staatsanwaltschaft	Erhöhung von Bussen bei einigen Übertretungen	100
SID-KI-25	P2450	Staatsanwaltschaft	Schliessung von kleineren Hauptabteilungen	100
SID-KI-26	P2430	Amt für Migration	Generelles Verlangen der bundesrechtlichen Höchstgebühren und Einführung neuer Gebühren (sofortige Umsetzung)	75
SID-KI-27	P2420	Polizei BL	Verrechnungspreise für Leistungen zugunsten des Bundes um 5 % erhöhen (z.B. Autobahnpolizei, Arbeitsämter usw.)	0
SID-KI-28	P2441	Jugendanzwaltschaft	Anpassen Verfahrenseinnahmen aus Jugendstrafverfahren auf kostendeckende Ansätze	66
SID-KI-29	P24001	GS	Abbau von 60% Arbeitspensum bei der Koordinationsstelle Strafregister KOST	64
SID-KI-30	P24004	GS	M3 Reduktion Lizenzen	50
SID-KI-31	P2401	Rechtsdienst des RR	Dezentralisierung der Volontariatsadministration sowie Verlängerung der Bearbeitungsfristen gemäss Leistungsauftrag	39
SID-KI-32	P24005	GS	Optimierung Ausgaben und Einnahmen FuV	34
SID-KI-33	P24004	GS	Halbierung der Veranstaltungskosten	20
SID-KI-34	P2402	Aufsichtsstelle Datenschutz	Tätigkeit der Datenschutz-Aufsichtsstelle um 10 % reduzieren	10
SID: Entlastungsbeitrag aus direktionsspezifischen Massnahmen				19'033
Ü-1d-SID	div.	div.	Anteil SID: Effizienzsteigerung im Beschaffungs- und Auftragswesen	376
Ü-5-SID	div.	div.	ANTEIL SID: Aufwand externe Gutachter, Berater etc. auf Stand 2009 reduzieren	50
Ü-7-SID	div.	div.	ANTEIL SID: Ausweisung der Effizienzgewinne resultierend aus dem ERP-Projekt (IT-Optimierung im Bereich Rechnungswesen und Personal)	150
SID: EP 12/15 TOTAL				19'609
BKSD-1	P2507	Sekundarschulen	Neuordnung der Sekundarschulkreise führt zur Senkung Anzahl Klassen	7'166
BKSD-2	P2508 / 2510	Gymnasien / Berufsfachschulen	Erhöhung der Pflichtlektionen der Fachlehrer auf der Sekundarstufe II	1'510
BKSD-4	P2507	Sekundarschulen	Erhöhung der Pflichtlektionen der Fachlehrer der Sekundarschule	1'240
BKSD-6	P25124	Kulturelles	Beitragserhöhung an das Theater Basel streichen (gemäss Volksentscheid)	1'500
BKSD-7	P2507	Sekundarschulen	Anpassung der Löhne für Stellvertretungen von Lehrpersonen an den effektiv erbrachten Arbeitsaufwand	1'000
BKSD-KI-1	P2511	AKJB	Teilverzicht auf das Einführen von Betriebsbeiträgen an die ehem. Tarifheime	800
BKSD-KI-2	P2507	Sekundarschulen	Anpassung Kurs- und Abteilungsgrösse auf Sekundarstufe I	700
BKSD-KI-4	P2501	Schulabkommen	Keine weiteren Kantonsbeiträge für vollzeitliche, dual konzipierte Angebote der beruflichen Grundbildung	100

Nr. in LRV	Profitcenter	Dienststelle	Titel der Massnahme	Entlastungsbetrag kumuliert bis und mit Budget 2014 in TCHF
BKSD-KI-5	P2511	AKJB	Bedarfsplanung: Verzögerung von Projekten, neue Plätze nur noch mit einem Betriebsbeitragsanteil von 30%, Verzicht auf einzelne Vorhaben.	450
BKSD-KI-6	P2509 / P2506 / P2508	AfBB / AVS / Gym	Lehrerweiterbildungen nur noch ausserhalb der Unterrichtszeit	300
BKSD-KI-7	P2505	SBMV	Reduktion Budget Materialpauschalen	300
BKSD-KI-8	P2501	Schulabkommen	Vorkurs Gestaltung SFG (Schule für Gestaltung): Streichen der Kantonsbeiträge	93
BKSD-KI-9	P2501	Schulabkommen	Übergabe der Hochschule für Landwirtschaft (SLH) Zollikofen an den Kanton Bern / Aufhebung des Konkordates und Unterstellung unter die Fachhochschulvereinbarung	200
BKSD-KI-10	P2510	Berufsfachschulen	VOBBZ Zulassungsbedingungen WMS	320
BKSD-KI-11	P2511	AKJB	Sparpotenzial bei Verträgen mit Heimen ausschöpfen (Reduktion Standards)	150
BKSD-KI-12	P2511	AKJB	Erhöhung der Elternbeiträge an die Mittagsverpflegung von heute CHF 3 auf CHF 5	150
BKSD-KI-13	P2500	Generalsekretariat	Support für den Schulbereich Verträge und Lizenzen neu verhandeln	130
BKSD-KI-14	P2500	Generalsekretariat	Verschiebung HW-Migration um 1 Jahr	100
BKSD-KI-15	P2511	AKJB	Korrektur der Betriebsbeiträge bei ausserkantonalen Unterbringungen (technische Verschiebung)	100
BKSD-KI-16	P25124	Amt für Kultur	Erhöhung der Eintrittspreise bei den Museen und Gebühren bei Dienstleistungen	60
BKSD-KI-17	P2513	Sportamt	Reduktion der JSBL- Beiträge an Vereine	50
BKSD-KI-18	P2511	AKJB	Wegfall der ambulanten, medizinischen Logopädie (Übernahme durch Gesundheitswesen), bereits vorbeschlossen	30
BKSD-KI-19	P2500	Generalsekretariat	Reduktion Ausbildungsbudget, welches für die gesamte Verwaltung im Generalsekretariat verwaltet wird	20
BKSD: Entlastungsbeitrag aus direktionsspezifischen Massnahmen				16'469
Ü-5-BKSD	div.	div.	ANTEIL BKSD: Aufwand externe Gutachter, Berater etc. auf Stand 2009 reduzieren	350
Ü-7-BKSD	div.	div.	ANTEIL BKSD: Ausweisung der Effizienzgewinne resultierend aus dem ERP-Projekt (IT-Optimierung im Bereich Rechnungswesen und Personal)	375
Ü-8-BKSD	P2509	AfBB	ANTEIL BKSD: Reduktion Subventionen durch neue Berechnungsgrundlage	400
Ü-KI-10-BKSD	div.	div.	ANTEIL BKSD: Gesamtaufwand für Informatik bei allen Direktionen und Gerichten auf Stand 2009 zurückführen	15
BKSD: EP 12/15 TOTAL				17'609
GER-KI-1	P2600	Kantonsgericht	Optimierung bei den Gerichten	695
GER: EP 12/15 TOTAL				695
TOTAL				116'792

Die Bilanz zeigt die Vermögens- und Kapitalstruktur des Kantons. Die Unterscheidung zwischen Finanz- und Verwaltungsvermögen bildet die finanzrechtliche Basis für die Regelung der Verfügungsgewalt über das Vermögen des Kantons. Das Finanzvermögen umfasst alle nicht für die Aufgabenerfüllung gebundenen Mittel wie die flüssigen Mittel, die laufenden Guthaben und die Tresorerianlagen. Die Verwaltung dieser Mittel erfolgt gemäss Verordnung zur Steuerung der Finanzstruktur (SGS 310.13) und liegt im Kompetenzbereich des Regierungsrates. Demgegenüber bedarf der Einsatz von Mitteln für die Aufgabenerfüllung der Zustimmung des Parlamentes im Rahmen des Kreditbewilligungsverfahrens. Soweit bei der Aufgabenerfüllung Vermögenswerte geschaffen werden, stellen diese Verwaltungsvermögen dar. Verwaltungsvermögen ist somit gekennzeichnet durch eine dauernde Bindung von Mitteln für die unmittelbare Erfüllung öffentlicher Aufgaben bzw. für einen öffentlich-rechtlich festgelegten Zweck. Die Passiven sind in Fremd- und Eigenkapital untergliedert. Im Eigenkapitalnachweis wird die Veränderung des Eigenkapitals detailliert pro Eigenkapitalposition nachgewiesen (Jahresbericht). Die Planbilanz basiert auf Annahmen und berücksichtigt keine Ergebnisse aus dem Restatement Etappe 3 (Neubewertung Finanzvermögen per Ende 2013).

Im Anhang der Jahresplanung (Voranschlag und Jahresprogramm) beziehungsweise des Jahresberichts (Staatsrechnung und Amtsbericht) sind in Ergänzung zu den vorgängig beschriebenen Rechnungselementen wesentliche Einzelheiten festgehalten und kommentiert. Unter anderem enthält der Anhang zur Jahresplanung folgende Angaben: Zusammenstellung von Aufwand und Ertrag nach Aufgaben (funktionale Gliederung) und nach Kostenarten (volkswirtschaftliche Gliederung), Verzeichnis der Verpflichtungskredite, Voranschläge der Spezialrechnungen kantonaler Anstalten. Der Anhang der Jahresplanung und des Jahresberichts enthält die Nennung des auf die Rechnungslegung anzuwendenden Regelwerks und eine Begründung der Abweichungen; Zusammenfassung der Rechnungslegungsgrundsätze und der wesentlichen Grundsätze für die Bilanzierung und Bewertung; Bezeichnung der erfassten Organisationseinheiten und Angaben zu den ausserordentlichen Aufwendungen und Erträgen. Während der Laufzeit des Entlastungspakets 12/15 wird im Anhang der Jahresplanung eine Liste der einzelnen Massnahmen publiziert. Im Anhang der Jahresplanung folgt ein Überblick über die laufenden Gesetzgebungsarbeiten für das Jahr 2014 und ein Überblick über die sich in Vorbereitung und Bearbeitung befindlicher Landratsvorlagen.

7.4 Erfasste Organisationseinheiten

Die Jahresplanung umfasst folgende Organisationseinheiten:

- Kantonale Behörden
- Finanz- und Kirchendirektion
- Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion
- Bau- und Umweltschutzdirektion
- Sicherheitsdirektion
- Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion
- Gerichte

Die Fonds und Vorfinanzierungen werden weiterhin im Anhang zur Jahresplanung und zum Jahresbericht geführt.

7.5 Grundsätze der Budgetierung und Rechnungslegung

Periodenabgrenzung

Das HRM2 ist auf die periodengerechte Verbuchung von Aufwendungen und Erträgen ausgerichtet. Die relevanten Finanzvorfälle werden im Zeitpunkt des Entstehens der entsprechenden Verpflichtungen und Forderungen erfasst und nicht wenn diese zur Zahlung fällig beziehungsweise als Zahlungen eingegangen sind. Dieses Prinzip ist mit dem Grundsatz der Sollverbuchung verankert.

Bruttodarstellung¹

Das Prinzip des getrennten Ausweises von Aufwand bzw. Ausgaben und Ertrag bzw. Einnahmen ohne gegenseitige Verrechnung (Bruttodarstellung) bleibt weiterhin ein wichtiger Grundsatz für die Rechnungsführung, wobei eine leichte Aufweichung in HRM2 vorgesehen ist. Die Verpflichtungskreditsummen werden netto, das heisst abzüglich der Beiträge Dritter, ausgewiesen.

Vollständigkeit

In der Jahresplanung sind alle zu erwartenden Aufwende und Erträge sowie Investitionsausgaben und -einnahmen aufzuführen.

¹ Anmerkung der BUD: Abweichend von den Vorgaben der Revision zum eidg. Gebäudeprogramm werden Auszahlungen der Konferenz kantonaler Energiedirektoren nicht als durchlaufende Positionen gezeigt. Die geplanten Auszahlungen an Förderbeiträge für den Kanton Basel-Landschaft betragen im Jahr 2014 CHF 2'800'000.

Jährlichkeit

Das Voranschlagsjahr entspricht dem Kalenderjahr. Nicht beanspruchte Kredite verfallen grundsätzlich am Ende des Voranschlagsjahr. Davon ausgenommen sind Kreditübertragungen gemäss § 30 Abs. 1 bis FHG.

Spezifikation

Aufwende und Erträge sowie Investitionsausgaben und Investitionseinnahmen sind nach Organisationseinheiten und nach der Artengliederung des Kontenrahmens zu unterteilen. Kredite sind grundsätzlich für den umschriebenen Zweck zu verwenden. Der Regierungsrat kann in der Investitionsrechnung im Rahmen des bewilligten gesamten Investitionsvolumens zwischen den einzelnen Objekten und in der Erfolgsrechnung im Rahmen des gesamten Lohnkredites Kreditverschiebungen vornehmen.

Wesentlichkeit

Nach dem Grundsatz der Wesentlichkeit müssen sämtliche Informationen offen gelegt werden, die für eine rasche und umfassende Beurteilung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage notwendig sind.

Verständlichkeit

Die Informationen müssen auch für aussenstehende Interessierte klar, verständlich und nachvollziehbar sein.

Zuverlässigkeit

Die Informationen sollen sachlich richtig sein und richtig dargestellt werden. Die wirtschaftliche Betrachtungsweise soll die Rechnungslegung bestimmen (vgl. auch die Periodenabgrenzung). Die Informationen sollen willkürfrei und wertfrei dargestellt werden (Neutralität). Die Darstellung soll nach dem Vorsichtsprinzip erfolgen.

Vergleichbarkeit

Die Voranschläge des Gesamtkantons und der Verwaltungseinheiten sollen sowohl untereinander als auch über die Zeit hinweg vergleichbar sein.

Stetigkeit

Die Stetigkeit ist gewährleistet, wenn die gewählten Grundsätze der Rechnungslegung und Budgetierung wie auch die Strukturen der Berichterstattung über einen längeren Zeitraum beibehalten werden. Notwendige Änderungen werden transparent ausgewiesen.

7.6 Kontenrahmen nach HRM2

Erfolgsrechnung		Investitionsrechnung	
3	Aufwand	5	Investitionsausgaben
30	Personalaufwand	50	Sachanlagen
300	Behörden, Kommissionen und Richter	500	Grundstücke
301	Löhne des Vew- und Betriebspersonals	501	Strassen / Verkehrswege
302	Löhne der Lehrkräfte	502	Wasserbau
303	Temporäre Arbeitskräfte	503	Übriger Tiefbau
304	Zulagen	504	Hochbauten
305	Arbeitgeberbeiträge	505	Waldungen
306	Arbeitsleistungen	506	Mobilien
309	Übriger Personalaufwand	509	Übrige Sachanlagen
31	Sach- und übriger Betriebsaufwand	51	Investitionen auf Rechnung Dritter
310	Material- und Warenaufwand	510	Grundstücke
311	Nicht aktivierbare Anlagen	511	Strassen
312	Ver- und Entsorgung Liegenschaften VV	512	Wasserbau
313	Dienstleistungen und Honorare	513	Übriger Tiefbau
314	Baulicher und betrieblicher Unterhalt	514	Hochbauten
315	Unterhalt Mobilien/immaterielle Anlagen	515	Waldungen
316	Mieten, Leasing, Pachten, Benützungsgelb	516	Mobilien
317	Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen	519	Übrige Sachanlagen
318	Wertberichtigungen auf Forderungen	52	Immaterielle Anlagen
319	Verschiedener Betriebsaufwand	520	Software
33	Abschreibungen Verwaltungsvermögen	521	Patente / Lizenzen
330	Abschreibungen Sachanlagen VV	529	Übrige immaterielle Anlagen
332	Abschreibungen immaterielle Anlagen	54	Darlehen
339	Abtragung Bilanzfehlbetrag	540	Bund
		541	Kantone und Konkordate
		542	Gemeinden und Gemeindezweckverbände
		6	Investitionseinnahmen
		60	Übertrag von Sachanlagen in das FV
		600	Übertragung von Grundstücken
		601	Übertragung von Strassen
		602	Übertragung von Wasserbauten
		603	Übertragung übrige Tiefbauten
		604	Übertragung Hochbauten
		605	Übertragung Waldungen
		606	Übertragung Mobilien
		609	Übertragung übrige Sachanlagen
		61	Rückerstattungen
		610	Grundstücke
		611	Strassen
		612	Wasserbau
		613	Tiefbau
		614	Hochbauten
		615	Waldungen
		616	Mobilien
		619	Verschiedene Sachanlagen
		62	Abgang immaterielle Anlagen
		620	Software
		621	Patente / Lizenzen
		629	Übrige immaterielle Anlagen
		63	Investitionsbeiträge für eigene Rechnung
		630	Bund
		631	Kantone und Konkordate
		632	Gemeinde und Gemeindezweckverbände

Kontenrahmen nach HRM2 – Fortsetzung

Erfolgsrechnung		Investitionsrechnung	
34	Finanzaufwand	543	Öffentliche Sozialversicherungen
340	Zinsaufwand	544	Öffentliche Unternehmungen
341	Realisierte Kursverluste	545	Private Unternehmungen
342	Kapitalbeschaffungs-/Verwaltungskosten	546	Private Organisationen ohne Erwerbszweck
343	Liegenschaftenaufwand Finanzvermögen	547	Private Haushalte
344	Wertberichtigungen Anlagen FV	548	Ausland
349	Verschiedener Finanzaufwand		
		55	Beteiligungen und Grundkapitalien
35	Übertrag Fonds /StaatsRG	550	Bund
350	Übertrag Fonds FK /StaatsRG	551	Kantone und Konkordate
351	Übertrag Fonds EK /StaatsRG	552	Gemeinden und Gemeindezweckverbände
		553	Öffentliche Sozialversicherungen
		554	Öffentliche Unternehmungen
36	Transferaufwand	555	Private Unternehmungen
360	Ertragsanteile an Dritte	556	Private Organisationen ohne Erwerbszweck
361	Entschädigungen an Gemeinwesen & Dritte	557	Private Haushalte
362	Finanz- und Lastenausgleich	558	Ausland
363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte		
364	Wertberichtigungen Darlehen VV	56	Eigene Investitionsbeiträge
365	Wertberichtigungen Beteiligungen VV	560	Bund
366	Abschreibungen Investitionsbeiträge	561	Kantone und Konkordate
369	Verschiedener Transferaufwand	562	Gemeinden und Gemeindezweckverbände
		563	Öffentliche Sozialversicherungen
		564	Öffentliche Unternehmungen
37	Durchlaufende Beiträge	565	Private Unternehmungen
370	Durchlaufende Beiträge	566	Private Organisationen ohne Erwerbszweck
		567	Private Haushalte
		568	Ausland
		64	Rückzahlung von Darlehen
		640	Bund
		641	Kantone und Konkordate
		642	Gemeinde und Gemeindezweckverbände
		643	Öffentliche Sozialversicherungen
		644	Öffentliche Unternehmungen
		645	Private Unternehmungen
		646	Private Organisationen ohne Erwerbszweck
		647	Private Haushalte
		648	Ausland
		65	Übertrag von Beteiligungen
		650	Bund
		651	Kantone und Konkordate
		652	Gemeinde und Gemeindezweckverbände
		653	Öffentliche Sozialversicherungen
		654	Öffentliche Unternehmungen
		655	Private Unternehmungen
		656	Private Organisationen ohne Erwerbszweck
		658	Ausland
		66	Rückzahlung eigene Investitionsbeiträge
		660	Bund
		661	Kantone und Konkordate

Erfolgsrechnung		Investitionsrechnung	
38	Ausserordentlicher Aufwand	57	Durchlaufende Investitionsbeiträge
380	Ausserordentlicher Personalaufwand	570	Bund
381	Ausserord Sach- und Betriebsaufwand	571	Kantone und Konkordate
383	Zusätzliche Abschreibungen	572	Gemeinden und Gemeindef Zweckverbände
384	Ausserordentlicher Finanzaufwand	573	Öffentliche Sozialversicherungen
386	Ausserordentlicher Transferaufwand	574	Öffentliche Unternehmungen
389	Einlagen in das Eigenkapital	575	Private Unternehmungen
39	Interne Fakturen	576	Private Organisationen ohne Erwerbszweck
390	Int Fakturen Material- und Warenbezüge	577	Private Haushalte
391	Int Fakturen Dienstleistungen	578	Ausland
392	Int Fakturen Pacht, Mieten, Benützungskosten	58	Durchlaufende Investitionsbeiträge
393	Int Fakturen Betriebs- und Verwaltungskosten	670	Bund
394	Int Fakturen Kalk Zinsen und Finanzaufwand	671	Kantone und Konkordate
395	Int Fakturen Planmässige/ausserpl Abschreibungen	672	Gemeinde und Gemeindef Zweckverbände
398	Int Fakturen Übertragungen	673	Öffentliche Sozialversicherungen
399	Übrige interne Fakturen	674	Öffentliche Unternehmungen
45	Übertrag Fonds / StaatsRG	675	Private Unternehmungen
450	Übertrag Fonds FK / StaatsRG	676	Private Organisationen ohne Erwerbszweck
451	Übertrag Fonds EK / StaatsRG	677	Private Haushalte
46	Transferertrag	678	Ausland
460	Ertragsanteile von Dritten	68	Ausserordentliche Investitionseinnahmen
461	Entschädigungen von Gemeinwesen & Dritte	680	Ausserord Inv-Einn für Sachanlagen
462	Finanz- und Lastenausgleich	682	Ausserord Inv-Einn für immat Anlagen
463	Beiträge von Gemeinwesen und Dritten	683	Ausserord Inv-Beitr für eigene Rechnung
466	Auflösung passivierte Investitionsbeitr	684	Ausserord Rückzahlung von Darlehen
469	Verschiedener Transferertrag	685	Ausserord Übertragung von Beteiligungen
47	Durchlaufende Beiträge	686	Ausserord Rückzahlung eigener Inv-Beitr
470	Durchlaufende Beiträge	689	Übrige ausserord Investitionseinnahmen
48	Ausserordentlicher Ertrag	69	Übertrag an Bilanz
480	Ausserordentliche Steuererträge	690	Aktivierung Nettoinvestitionen
481	Ausserord Erträge Regalien, Konzessionen		
482	Ausserordentliche Entgelte		
483	Ausserordentliche verschiedene Erträge		
484	Ausserordentliche Finanzerträge		
485	Ausserord Entnahme aus Fonds/Spec-Fin		
486	Ausserordentliche Transfererträge		
489	Entnahmen aus dem Eigenkapital		
49	Interne Fakturen		
490	Int Fakturen Material- und Warenbezüge		
491	Int Fakturen Dienstleistungen		
492	Int Fakturen Pacht, Mieten, Benützungskosten		
493	Int Fakturen Betriebs- und Verwaltungskosten		
494	Int Fakturen Kalk Zinsen und Finanzaufwand		
495	Int Fakturen Planmässige/ausserpl Abschreibungen		
498	Int Fakturen Übertragungen		
499	Übrige interne Fakturen		
59	Übertrag an Bilanz		
590	Passivierungen		

7.7 Abweichungen von HRM2

Sämtliche Abweichungen zum HRM2 werden im Folgenden ausgewiesen und begründet.

1. Bis anhin wurden die Investitionsbeiträge für Investitionen Dritter - in Abweichung zu HRM2 - über die Erfolgsrechnung verbucht. Die Regierung bzw. der Landrat hat mit LRV 2012/219 bzw. LRB 798 vom 1. November 2012 verabschiedet, dass ab dem Jahr 2013 die Investitionsbeiträge über die Investitionsrechnung abgewickelt werden (also keine Abweichung mehr zu HRM2). Abschreibungen fallen erstmalig ab dem Jahr 2014 an.
2. Fonds und Spezialfinanzierungen werden im Anhang ausserhalb der Staatsrechnung geführt. Es werden lediglich Fonds (Fremdkapital und Eigenkapital) und Vorfinanzierungen (Eigenkapital) unterschieden. Spezialfinanzierungen werden als Fonds berücksichtigt. Somit entfallen die Sachgruppen der Spezialfinanzierungen.
3. Informatik (Hard- und Software), Mobilien, Fahrzeuge und Maschinen werden unabhängig von der Aktivierungsgrenze nicht aktiviert. Sie werden über die Erfolgsrechnung verbucht.
4. Schlösser, Ruinen und Denkmäler generieren Unterhaltskosten und sind praktisch nicht veräusserbar, da kein Markt für solche Liegenschaften besteht. Aus diesem Grund werden Schlösser, Ruinen und Denkmäler mit CHF 0 bilanziert, da sie keinen betriebswirtschaftlich begründbaren Substanzwert aufweisen bzw. rechtfertigen.
5. Gemäss der überarbeiteten Fachempfehlung Nr. 8 des HRM2 Handbuchs (Änderung vom April 2011) werden Vorfinanzierungen über die Erfolgsrechnung zur Glättung der Abschreibungen aufgelöst. Dieses Verfahren setzt auch der Kanton BL um, mit einer Ausnahme: Der Fonds H2 wird zur Glättung der Investitionsrechnung verwendet, wie dies im Gesetz zum Bau der H2 festgehalten wurde.

7.8 Abschreibungsmethoden

Die Abschreibungen werden in der Verordnung über die Bewertung und Abschreibung des Verwaltungsvermögens geregelt (RRB 1235 vom 7. September 2010).

Das Verwaltungsvermögen wird gemäss der Entwertung durch Nutzung über die angenommene Nutzungsdauer linear abgeschrieben. Ausgaben für Investitionen, welche den Betrag von CHF 300'000 pro Objekt unterschreiten, werden in der Erfolgsrechnung verbucht.

Die Abschreibungen erfolgen ab dem Zeitpunkt der Inbetriebnahme, was bei grösseren Projekten auch bei etappenweisen Inbetriebnahmen geschehen kann (z.B. Teileröffnung einer Kantonsstrasse).

Es kommen folgende Anlagekategorien zur Anwendung:

Anlageklasse	Nutzungsdauer in Jahren	Abschreibungssatz in %
Grundstücke	keine Abschreibung	
Vorbereitungsarbeiten, Gebäude (Rohbau, Innenausbau)	30	3.33
Gebäude (Haustechnikanlagen), Betriebseinrichtungen, Umgebung	15	6.67
Baunebenkosten / Honorare, Ausstattung	1	100.00
Kantonsstrassen	40	2.50
Elektromechanische Anlagen Tunnelbau	20	5.00
Kantonale Hochleistungsstrassen	40	2.50
Wasserbauten	40	2.50
ÖV-Anlagen	40	2.50
Kanalisation AIB	60	1.67
Tiefbauten AIB	25	4.00
Maschinen AIB	15	6.67
EMSRT AIB (Elektronik, Maschinen, Steuerung, Anlage)	10	10.00
Werkstrassen AIB	40	2.50
Tunnel AIB	40	2.50
Deponiekörper AIB	30	3.33
Fernwärmeleitungen AIB	40	2.50
Funkanlagen (Polycom)	15	6.67
Anlagen im Bau	-	-

Die Abschreibungssätze für die Investitionsbeiträge unterliegen zu diesem Zeitpunkt noch dem ordentlichen Genehmigungsverfahren (Anpassung Verordnung über die Bewertung und Abschreibung des Verwaltungsvermögens (SGS 310.14)) und sind somit noch nicht in der obenstehenden Tabelle aufgeführt.

Das Finanzvermögen wird nicht abgeschrieben. Wertveränderungen beim Finanzvermögen sind separat zu ermitteln und mit Wertberichtigungen zu berücksichtigen. Die Wertschriften im Finanzvermögen werden wie bisher per Bilanzstichtag zum eidg. Steuerwert bewertet, die Anlagen im Finanzvermögen werden einer periodischen Neubewertung unterzogen.

7.9 Angaben zum ausserordentlichen Aufwand und Ertrag

In der Jahresplanung 2014 werden die folgenden ausserordentlichen Aufwände und Erträge beansprucht:

- CHF 1'352.44 Mio. im Ausserordentlichen Personalaufwand für die Ausfinanzierung der Forderung der BLPK gegenüber dem Kanton BL (Reform BLPK)
- CHF 459.4 Mio. bei den Ausserordentlichen verschiedenen Erträgen für die Auflösung der bereits gebildeten Rückstellungen von CHF 449.2 Mio. (Stand Rückstellungen per 31.12.2012) sowie die im Abschluss 2013 erwarteten CHF 10.2 Mio. Rückstellungen (Neubildung aus Konjunkturausgleichsreserve im Abschluss 2013) für die Ausfinanzierung der BLPK
- CHF 10.65 Mio. für Entnahmen aus Vorfinanzierungen des Eigenkapitals zur Deckung der geplanten Abschreibungen 2014 der Sekundarschulbauten und -anlagen

7.10 Kommentierungsgrundsätze

Für den Ausweis der folgenden beiden Zahlenbereiche "Erfolgsrechnung (ohne Verpflichtungskredite und Transfers)" sowie "Transferaufwand und -ertrag" gelten die folgenden Kommentierungsvorschriften:

Abweichungen in den einzelnen Budgetkrediten/-positionen gegenüber dem Vorjahr (Aufwand- und Ertragsseite), welche

- CHF 50'000 und mind. 10% (beide Kriterien gleichzeitig erfüllt) oder
- mindestens CHF 500'000 betragen

sind zu kommentieren.

Die Kommentierung der Verpflichtungskredite in der Erfolgsrechnung sowie der Positionen der Investitionsrechnung umfasst nur wesentliche Informationen und erfolgt situativ. Des weiteren sind gemäss § 23 Abs. 2 Finanzhaushaltsgesetz Verpflichtungskredite, welche erst während des Voranschlagsjahres beschlossen werden, zu bezeichnen und zu kommentieren.

8. Definition Kennzahlen

Konsolidierter Gesamtaufwand	3 Aufwand - 33 Abschreibungen Verwaltungsvermögen - 35 Einlagen in Fonds und Spezialfinanzierungen - 37 Durchlaufende Beiträge - 38 ausserordentlicher Aufwand - 39 Interne Verrechnungen + 50 Sachanlagen + 51 Investitionen auf Rechnung Dritter + 52 Immaterielle Anlagen + 54 Darlehen + 55 Beteiligungen und Grundkapitalien + 56 Eigene Investitionsbeiträge
Laufender Ertrag	40 Fiskalertrag + 41 Regalien und Konzessionen + 42 Entgelte + 43 Verschiedene Erträge + 45 Entnahmen aus Fonds und Spezialfinanzierungen + 46 Transferertrag + 48 Ausserordentlicher Ertrag - 487 Zusätzliche Auflösung passivierter Investitionsbeiträge - 489 Entnahmen aus dem Eigenkapital - 4895 Entnahmen aus Aufwertungsreserve
Selbstfinanzierung	Saldo Erfolgsrechnung + 33 Abschreibungen + 35 Einlagen in Fonds und Spezialfinanzierungen - 45 Entnahmen aus Fonds und Spezialfinanzierungen + 364 Wertberichtigungen Darlehen VV + 365 Wertberichtigungen Beteiligungen VV + 366 Abschreibungen Investitionsbeiträge - 466 Auflösung passivierte Investitionsbeiträge + 383 Zusätzliche Abschreibungen + 387 Zusätzliche Abschreibungen Darlehen/Beteiligungen/Investitionsbeiträge - 487 Zusätzliche Auflösung passivierte Investitionsbeiträge + 389 Einlagen in das Eigenkapital - 489 Entnahmen aus dem Eigenkapital - 4490 Aufwertungen Verwaltungsvermögen
Transferausgaben	36 Transferaufwand - 364 Wertberichtigungen Darlehen Verwaltungsvermögen - 365 Wertberichtigung Beteiligungen Verwaltungsvermögen + 56 Eigene Investitionsbeiträge
Staatsquote	Konsolidierter Gesamtaufwand in % des Volkseinkommens Basel-Landschaft
Steuerquote	Fiskalertrag (Steuern) in % des Volkseinkommens Basel-Landschaft
Selbstfinanzierungsgrad	Diese Kennzahl gibt an, welchen Anteil ihrer Nettoinvestitionen eine öffentliche Körperschaft aus eigenen Mittel finanzieren kann. Selbstfinanzierung in % der Nettoinvestitionen
Kapitaldienstanteil	Mass für die Belastung des Haushaltes durch Kapitalkosten. Die Kennzahl gibt Auskunft darüber, wie stark der Laufende Ertrag durch den Zinsendienst und die Abschreibungen (= Kapitaldienst) belastet ist. Ein hoher Anteil weist auf einen enger werdenden finanziellen Spielraum hin. (340 Zinsaufwand – 440 Zinsertrag + 33 Abschreibungen Verwaltungsvermögen + 364 Wertberichtigungen Darlehen VV + 365 Wertberichtigungen Beteiligungen VV + 366 Abschreibungen Investitionsbeiträge - 466 Auflösung passivierte Investitionsbeiträge) in % des Laufenden Ertrags
Zinsbelastungsanteil	Die Grösse sagt aus, welcher Anteil des "verfügbaren Einkommens" durch den Zinsaufwand gebunden ist. Je tiefer der Wert, desto grösser der Handlungsspielraum. (340 Zinsaufwand – 440 Zinsertrag) in % des Laufenden Ertrags
Gesamtausgaben	30 Personalaufwand + 31 Sach- und übriger Betriebsaufwand - 3180 Wertberichtigungen auf Forderungen + 34 Finanzaufwand - 344 Wertberichtigungen Anlagen FV + 36 Transferaufwand - 364 Wertberichtigungen Darlehen VV - 365 Wertberichtigungen Beteiligungen VV - 366 Abschreibungen Investitionsbeiträge + 380 Ausserordentlicher Personalaufwand + 381 Ausserordentlicher Sach- und Betriebsaufwand + 3840 Ausserordentlicher Finanzaufwand (geldflusswirksam) + 386 Ausserordentlicher Transferaufwand + Bruttoinvestitionen
Investitionsanteil	Weist auf die Investitionsintensität eines Gemeinwesens hin. Bruttoinvestitionen in % der Gesamtausgaben
Transferanteil	Transferausgaben in % des konsolidierten Gesamtaufwandes
Nettoverschuldungsquotient	Diese Grösse zeigt, welcher Anteil der Fiskalerträge bzw. wie viele Jahrestranchen erforderlich wären, um die Nettoschuld abzutragen. 20 Fremdkapital - 2068 Passivierte Investitionsbeiträge - 10 Finanzvermögen in % des 40 Fiskalertrags

Nettoschuld I in CHF

Wichtigste Grösse zur Beurteilung der Verschuldung bzw. des Vermögens eines Gemeinwesens. Zeigt unter anderem, wie volatil ein Gemeinwesen auf Zinsschwankungen voraussichtlich reagieren wird.

$20 \text{ Fremdkapital} - 2068 \text{ Passivierte Investitionsbeiträge} - 10 \text{ Finanzvermögen}$

Nettoschuld I in CHF / Einwohner

Diese Kennzahl hat nur beschränkte Aussagekraft, da es eher auf die Finanzkraft der Einwohner und nicht auf ihre Anzahl ankommt.

$(20 \text{ Fremdkapital} - 2068 \text{ Passivierte Investitionsbeiträge} - 10 \text{ Finanzvermögen}) : \text{Anzahl Kantoneinwohner}$

9. Überblick über die geplanten und laufenden Gesetzgebungsarbeiten (Gesetze und Dekrete) für das Jahr 2014

Kantonale Behörden (KB)

Nummer des Gesetzes (falls vorhanden)	Titel des Gesetzes	Total- oder Teilrevision (bei Teilrevision mit Stichworten zum Bereich)	Stand der Bearbeitung	Federführende Stelle
SGS 120	Gesetz über die politischen Rechte	Teilrevision Schaffung der Gesetzesgrundlage für e-Voting und kleinere Anpassungen	In Arbeit	Landeskanzlei

Finanz- und Kirchendirektion (FKD)

Nummer des Gesetzes (falls vorhanden)	Titel des Gesetzes	Total- oder Teilrevision (bei Teilrevision mit Stichworten zum Bereich)	Stand der Bearbeitung	Federführende Stelle
SGS 331	Steuergesetz	Teilrevision Vereinfachung	Stand Juli 2013: Entwurf, Stand 1. Januar 2014: Vernehmlassungsvorlage	Steuerverwaltung
SGS 331	Steuergesetz	Teilrevision Anpassung Eigenmietwerte	Stand Juli 2013: Untersuchung über die Veränderung der Marktmieten in BL, Stand 1. Januar 2014: Vernehmlassungsvorlage	Steuerverwaltung
SGS 111	Anmeldungs- und Registergesetz	Teilrevision zusätzliches Merkmal "Arbeitgeber", arbo-Anschluss Spitäler	2014: Parlamentarische Beratung / Beschluss	Generalsekretariat Stabsstelle Gemeinden mit Statistischem Amt
SGS 180	Gemeindegesezt	Teilrevision Interkommunale Zusammen- arbeit	2014: Vernehmlassung	Generalsekretariat Stabsstelle Gemeinden
SGS 185	Finanzausgleichsgesetz	Teilrevision Kompensation 6. Primarschuljahr	2014: Parlamentarische Beratung / Beschluss	Generalsekretariat Stabsstelle Gemeinden mit Statistischem Amt
	Brand- und Elementarschaden- präventionsgesetz	Totalrevision Brandschutz; neue Regelung betr. Elementarschaden- prävention	2014: Vernehmlassung	Generalsekretariat Stabsstelle Gemeinden mit Basellandschaftlicher Gebäudeversicherung (BGV)

Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion (VGD)

Nummer des Gesetzes (falls vorhanden)	Titel des Gesetzes	Total- oder Teilrevision (bei Teilrevision mit Stichworten zum Bereich)	Stand der Bearbeitung	Federführende Stelle
SGS 520	Jagdgesetz	Teilrevision Verpachtung / Wildschäden	Noch nicht in Angriff genommen, Teil der Ü-1a Massnahmen	Generalsekretariat Abteilung Veterinär-, Jagd- und Fischereiwesen
SGS 530	Fischereigesetz	Teilrevision Verpachtung	Noch nicht in Angriff genommen, Teil der Ü-1a Massnahmen	Generalsekretariat Abteilung Veterinär-, Jagd- und Fischereiwesen
SGS 501	Wirtschaftsförderungsgesetz	Totalrevision	Noch nicht in Angriff genommen, Formulierung Projektauftrag im 2. Semester 2013	Generalsekretariat Hauptabteilung Wirtschafts- förderung
SGS 901	Gesundheitsgesetz	Teilrevision Rettungswesen	Vorabklärungen sind erfolgt; Projekt noch nicht gestartet	Generalsekretariat Hauptabteilung Gesundheit
SGS 902	Kinder- und Jugendzahnpflegegesetz	Totalrevision	Vorabklärungen bzgl. Subventionsschlüssel sind erfolgt; Projekt noch nicht gestartet	Generalsekretariat Hauptabteilung Gesundheit

Nummer des Gesetzes (falls vorhanden)	Titel des Gesetzes	Total- oder Teilrevision (bei Teilrevision mit Stichworten zum Bereich)	Stand der Bearbeitung	Federführende Stelle
SGS 953.1	Dekret über die Betäubungsmittel	Totalrevision ev. Aufhebung und Über- führung in Gesetze und / oder Verordnungen	Projekt noch nicht gestartet, Einholung des Projektauftrages voraussichtlich im Herbst 2013	Generalsekretariat Hauptabteilung Gesundheit
SGS 563.1	Dekret zum Bundesgesetz über das Eichwesen	Teilrevision (Erbringung von Eichdienst- leistungen für den Kanton BS)	Projektauftrag der Regierungen BL und BS	KIGA Baselland
SGS 842	Gesetz über die Wohnbau- und Eigentumsförderung	Teilrevision	Umsetzung und Inhalt abhängig vom Abstimmungsresultat der Verfassungsinitiative "Förderung des selbstgenutzten Wohneigentums und des gemeinnützigen Wohnungsbaus"	KIGA Baselland
SGS 842.1	Dekret über die Wohnbau- und Eigentumsförderung	Teilrevision	Umsetzung und Inhalt abhängig vom Abstimmungsresultat der Verfassungsinitiative "Förderung des selbstgenutzten Wohneigentums und des gemeinnützigen Wohnungsbaus"	KIGA Baselland

Bau- und Umweltschutzdirektion (BUD)

Nummer des Gesetzes (falls vorhanden)	Titel des Gesetzes	Total- oder Teilrevision (bei Teilrevision mit Stichworten zum Bereich)	Stand der Bearbeitung	Federführende Stelle
SGS 400	Raumplanungs- und Baugesetz (RBG)	Direktinformation über Baugesuche (Umsetzung Motion 2009 / 299)	Entwurf Landratsvorlage in Erarbeitung	Raumentwicklung und Baubewilligung
SGS 400	Raumplanungs- und Baugesetz (RBG)	Abstandsbestimmungen Garagen (Umsetzung Motion 2009 / 226)	Entwurf Landratsvorlage in Bereinigung	Raumentwicklung und Baubewilligung
SGS 400	Raumplanungs- und Baugesetz (RBG)	Naturgefahrenkarten in der Nutzungsplanung (Motion 2012 / 073)	Entwurf Landratsvorlage in Bereinigung	Generalsekretariat
SGS 400	Raumplanungs- und Baugesetz (RBG)	Diverse Themen (Verdichtungen, QP-Inhalte, Anzahl Parkplätze etc.) gemäss Motion der BPK 2012 / 069	In Vorbereitung	Generalsekretariat
SGS 400	Raumplanungs- und Baugesetz (RBG)	Ausnahmen von Parkplatz- erstellungspflicht (Motion 2012 / 244)	In Vorbereitung	Raumentwicklung und Baubewilligung
SGS 400	Raumplanungs- und Baugesetz (RBG)	Anpassung auf kantonaler Ebene aufgrund RPG-Bundes- rechtsanpassungen vom 15. Juni 2012 (Mehrwertangabe, Bauzonengrösse, überkom- munale Betrachtungsweise, Baulandverflüssigung etc.)	In Vorbereitung	Raumentwicklung und Baubewilligung
SGS 490	Energiegesetz	Totalrevision aufgrund Anpassungen an Bundesrecht und parlamen- tarischer Vorstösse	Entwurf Gesetzesvorlage (plus Verordnung) in Bereinigung	Umwelt und Energie
SGS 780 / GS 30.787	Umweltschutzgesetz Basel-Landschaft	§ 8 Gebühr zur Weiterverrech- nung von Kantonsleistungen für die Öl- und Gasfeuerungs- kontrolle der Gemeinden	Entwurf liegt vor	Umwelt und Energie
	Geologiegesetz	Neue Gesetzgebung zur Regelung der Nutzung des Untergrundes (z.B. Geothermie)	In Vorbereitung	Umwelt und Energie
SGS 791	Denkmal- und Heimatschutzgesetz	Totalrevision aufgrund Motion 2009 / 259	Entwurf Solaranlagen- thematik in Kernzonen zurückgestellt	Raumentwicklung und Baubewilligung

Nummer des Gesetzes (falls vorhanden)	Titel des Gesetzes	Total- oder Teilrevision (bei Teilrevision mit Stichworten zum Bereich)	Stand der Bearbeitung	Federführende Stelle
SGS 791	Denkmal- und Heimatschutzgesetz	Umsetzung der im März 2013 angenommenen Schlösserinitiative (Wildenstein, Bottmingen)	In Vorbereitung	Generalsekretariat
GS29.252	Strassengesetz	Teilrevision §34 Gemeindebeitrag an Kosten Bushaltestelle; Auslöser: überwiesene Motion (2010 / 162,163)	In Vorbereitung	Infrastruktur und Mobilität

Sicherheitsdirektion (SID)

Nummer des Gesetzes (falls vorhanden)	Titel des Gesetzes	Total- oder Teilrevision (bei Teilrevision mit Stichworten zum Bereich)	Stand der Bearbeitung	Federführende Stelle
SGS 162	Informations- und Datenschutzgesetz (IDG)	Teilrevision neue organisatorische Zuordnung der Aufsichtsstelle Datenschutz	Vernehmlassungsverfahren (Frist: 30. August 2013)	Generalsekretariat / Fachbereich Familie, Integration und Dienste
SGS 233	Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über Schuldbetreibung und Konkurs (EG SchKG)	Teilrevision Änderung § 6 Aufsichtsbehörde	Vernehmlassungsverfahren (Frist: 16. August 2013)	Zivilrecht
SGS 400	Raumplanungs- und Baugesetz (RBG)	Teilrevision neuer § 105a zur Regelung der Aushangdauer von Wahl- und Abstimmungsplakaten	Vernehmlassungsverfahren (Frist: 4. Oktober 2013)	Generalsekretariat / Fachbereich Rechtsetzung
SGS 731	Gesetz über den Bevölkerungsschutz und den Zivilschutz im Kanton Basel-Landschaft	Teilrevision Anpassungen an geändertes Bundesrecht	Ausarbeitung Mitberichtsvorlage	Sicherheit 1
	Gesetz über die familienergänzende Kinderbetreuung	Neues Gesetz	Verwaltungsinterner Entwurf	Generalsekretariat in Zusammenarbeit mit der BKSD

Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion (BKSD)

Nummer des Gesetzes (falls vorhanden)	Titel des Gesetzes	Total- oder Teilrevision (bei Teilrevision mit Stichworten zum Bereich)	Stand der Bearbeitung	Federführende Stelle
SGS 640	Bildungsgesetz (BildG)	Teilrevision Integrative Schulung, Verstärkte Massnahmen und Förderangebote	Vernehmlassung abgeschlossen	Amt für Volksschulen / Generalsekretariat Stabsstelle Bildung
SGS 146.14, GS 37.862	Dienstordnung des Amtes für Volksschulen vom 13. März 2012	Totalrevision	1. Lesung	Amt für Volksschulen
SGS 641.11, S 34.0947	Verordnung für den Kindergarten und die Primarschule vom 13. Mai 2003	Teilrevision §70 (Aufgaben des Amtes für Volksschulen)		Amt für Volksschulen
SGS 642.11, GS 34.0968	Verordnung für die Sekundarschule vom 13. Mai 2003	Teilrevision § 51 (Aufgaben des Amtes für Volksschulen)		Amt für Volksschulen
SGS 640.41, GS 34.1037	Verordnung für die Musikschulen vom 13. Mai 2003	Teilrevision § 34 (Aufgaben der Fachstelle Musikschulen)		Amt für Volksschulen
neu	Gesetz über die familienergänzende Kinderbetreuung	Neue Gesetzesgrundlage Familienergänzende Betreuung im Früh- und Schulbereich	Entwurf einer Echogruppe im Mai 2013 vorgelegt; Forderung der Gemeinden zum Verzicht	Amt für Kind, Jugend und Behindertenangebote (AKJB) / Fachbereich Familien (SID)
SGS 850 / neu	Sozialhilfegesetz / Gesetz über die Behindertenhilfe	Regelung Behindertenhilfe in separatem Gesetz	Gesetz in Erarbeitung, gemeinsam mit BS, Vorlage Mitte 2014	Amt für Kind, Jugend und Behindertenangebote (AKJB)

Nummer des Gesetzes (falls vorhanden)	Titel des Gesetzes	Total- oder Teilrevision (bei Teilrevision mit Stichworten zum Bereich)	Stand der Bearbeitung	Federführende Stelle
SGS 850	Sozialhilfegesetz	Teilrevision Ambulante Leistungen der Jugendhilfe einschliessen	Erarbeitung der Grundlagen bis 1. Hälfte 2014, Erarbeitung Gesetzesrevision 2. Hälfte 2014	Amt für Kind, Jugend und Behindertenangebote (AKJB)
SGS 850 / offen	Sozialhilfegesetz / Gesetz über die Behindertenhilfe	Regelung Behindertenhilfe in separatem Gesetz	Gesetz in Erarbeitung, gemeinsam mit BS, Vorlage Mitte 2014	Amt für Kind, Jugend und Behindertenangebote (AKJB)
	Hochschulkonkordat	Neues Konkordat	Ratifizierungsprozess (Vorlage in Vorbereitung für 2013); Prüfung, ob Änderungen von BL-Erlassen angezeigt sind	Generalsekretariat Stabsstelle Hochschulen
GS 34.0637	Bildungsgesetz	Teilrevision Integrative Schulung: Angebots-, Ressourcen- und Zuweisungssteuerung	Landratsvorlage wird zusammen mit der Änderung des Bildungsgesetzes im 3. Quartal 2013 dem Regie- rungsrat zur Überweisung an den Landrat vorgelegt. Inkrafttreten der Änderung BildG auf Schuljahr 2015 / 2016	Bildungsharmonisierung (Alberto Schneebeili mit Mandatsleiterin Marianne Stöckli)
GS 34.0637	Bildungsgesetz	Teilrevision Standardkostenabgeltung: Änderung des § 91 BildG zur Übernahme der Standardkosten für die Primarstufe durch die Gemeinden als Schulträgerinnen	Am 25. Juni 2013 vom Regie- rungsrat an den Landrat zur Beschlussfassung überwiesen. Inkrafttreten der Änderung BildG auf Schuljahr 2015 / 2016	
GS 34.0637	Bildungsgesetz	Teilrevision Antwort auf die Motion 2010 / 383 Anstellung Schulleitung: Streichung von § 74 Absatz 2 lit. e BildG	Vorlage ist erstellt und wird entweder im Rahmen des Mandats Governance oder vorgängig separat vorgelegt	

10. Übersicht über die in Vorbereitung und Bearbeitung befindlichen Landratsvorlagen für das Jahr 2014

Kantonale Behörden (KB)

Nummer der Vorlage (falls vorhanden)	Titel der Vorlage (Thema)	Stand der Bearbeitung	Federführende Stelle
	Publikation und Verwalten der Gesetzes- sammlung: Einführung von LexWork XML	In Arbeit	Landeskanzlei
	Vorlage diverse Informatikprojekte	In Arbeit	Landeskanzlei

Finanz- und Kirchendirektion (FKD)

Nummer der Vorlage (falls vorhanden)	Titel der Vorlage (Thema)	Stand der Bearbeitung	Federführende Stelle
	Änderung Steuergesetz Vereinfachung	Stand Juli 2013: Entwurf Stand 1. Januar 2014: Vernehmlassungsvorlage	Steuerverwaltung
	Änderung Steuergesetz Anpassung der Eigenmietwerte	Stand Juli 2013: Untersuchung über die Veränderung der Marktmieten in BL Stand 1. Januar 2014: Vernehmlassungsvorlage	Steuerverwaltung

Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion (VGD)

Nummer der Vorlage (falls vorhanden)	Titel der Vorlage (Thema)	Stand der Bearbeitung	Federführende Stelle
	Einführung einer Sondergewerbesteuer auf dem Verkauf von Alkoholika im Kleinhandel (Detailhandel)	Bildung der Arbeitsgruppe zur Ausarbeitung der LRV erfolgt, Aufnahme der Tätigkeit im August 2013	VGD / J. Tarnutzer
	Aufstockung des bestehenden Wirtschafts- förderungs fonds aus den Mitteln des kanton- alen Finanzhaushaltes auf 20 Millionen (letztmals 2006 erfolgt, Vorlage 2006 / 177	Noch nicht in Angriff genommen, Formulierung Projektauftrag im 2. Semester 2013	Generalsekretariat Hauptabteilung Wirtschafts- förderung
	Realisierung der neuen amtlichen Vermessung ausserhalb des Baugebietes (AV93 3. Etappe)	Die drei Pilotprojekte (Buckten, Oberwil, Röschen) können bis September 2013 technisch abgeschlossen werden. Darauf folgt die Hochrechnung des benötigten Verpflichtungskredits. Die Gemeinden sind bei der drei Monate dauernden Vernehmlassung einbezogen. RRB für die Überweisung wird im 1. Quartal 2014 erwartet	Amt für Geoinformation
	Erbringung von amtlichen Eichdienstleistungen für den Kanton Basel-Stadt	Projektauftrag der Regierungen BL und BS	KIGA Baselland
	Umsetzung der Verfassungs- initiative "Förderung des selbstgenutzten Wohneigentums und des gemeinnützigen Wohnungsbaus" resp. des Gegenvorschlags	Resultat der Volksabstimmung noch unbekannt	KIGA Baselland
	Hausärzte-Weiterbildung in Arztpraxen: Weiterführung der finanziellen Unterstützung für die Jahre 2015 – 2017		Kantonsarzt

Bau- und Umweltschuttdirektion (BUD)

Nummer der Vorlage (falls vorhanden)	Titel der Vorlage (Thema)	Stand der Bearbeitung	Federführende Stelle
	Aesch: Anpassung Netz Kantonsstrassen (Ettingerstrasse / Arlesheimerstrasse) (mit Vorlage Pfeffingerring)	Anpassung Kantonalen Richtplan; Vorlage in Vorbereitung	Infrastruktur und Mobilität
	Augst: Verlegung Kantonsstrassen (Umfahrung Augst)	Bauarbeiten noch nicht begonnen	Infrastruktur und Mobilität

Nummer der Vorlage (falls vorhanden)	Titel der Vorlage (Thema)	Stand der Bearbeitung	Federführende Stelle
	Entwicklungsplanung Leimental – Birseck - Allschwil (ELBA): Stossrichtungsentscheid und Planungs- und Projektierungskredit	Planungs- und Projektierungskredit, Vorlage in Ausarbeitung	Infrastruktur und Mobilität
	Salina Raurica: Verlegung Rheinstrasse (700244)	Baukredit offen	Infrastruktur und Mobilität
	Aesch: Zubringer Dornach an H18 (700089)	Auflage- / Bauprojekt, Vorlage in Ausarbeitung	Infrastruktur und Mobilität
	H18 Umfahrung Laufen / Zwingen: Trassesicherung nach Abschluss Vorprojekt und Bauprojekt / Genehmigung generelles Projekt / ohne Projektierungskredit (700049)	Anpassung Kantonalen Richtplan; Vorlage in Vorbereitung	Infrastruktur und Mobilität
	Liestal: Betriebs- und Gestaltungskonzept (BGK) Liestal, Ost / Übernahme Abtretung Kantonsstrassen (Rosenstrasse etc.)	Projektierungskredit / Anpassung Kantonalen Richtplan; Vorlage in Vorbereitung	Infrastruktur und Mobilität
	Aesch: Zubringer Pfeffingerring (Bauprojekt / Realisierung) (700088)	Baukredit, Vorlage in Ausarbeitung	Infrastruktur und Mobilität
	Muttenz / Pratteln: Rheinfelderstrasse	Projektierungskredit in Ausarbeitung	Infrastruktur und Mobilität
	BLT 10: Margarethenstich (500427)	Baukredit noch nicht begonnen	Infrastruktur und Mobilität
	Allschwil: Hochwasserschutz, Lützelbach (2303.015; 700460)	In Vorbereitung	Infrastruktur und Mobilität
	Zwingen: Hochwasserschutz Birs	In Vorbereitung	Infrastruktur und Mobilität
	Mischwasserspeicherkanal Liestal	In Vorbereitung	Infrastruktur und Mobilität
	Metallausscheidung Deponie Elbisgraben	In Vorbereitung	Infrastruktur und Mobilität
	ARA Birs 2 Lehenmatt	In Vorbereitung	Infrastruktur und Mobilität
	Deponie Elbisgraben Ausbau	In Vorbereitung	Infrastruktur und Mobilität
	Sissach: Sekundarschule Tannenbrunn 2. Etappe	Landratsvorlage in Vorbereitung	Immobilien
	Binningen: Sek 1, 2. Etappe	Noch kein Verpflichtungskredit	Immobilien
	Basel: Neubau Altbau Biozentrum für DBM	Landratsvorlage in Vorbereitung	Immobilien
	Sissach: TBA Werkhof, Neubau, Baukreditvorlage	Noch kein Verpflichtungskredit	Immobilien
	Liestal: Kommandoposten Gitterli, Sanierung	Noch kein Verpflichtungskredit	Immobilien
	Münchenstein: Gymnasium Innensanierung / Nutzungsanpassungen Baukreditvorlage	Landratsvorlage in Arbeit	Immobilien
	Natur- und Landschaftsschutzkonzept: Bericht 2000 - 2010, Strategie 2011 - 2020 (siehe auch Motion 2012 / 042 "Bericht zum Vollzug im Natur- und Landschaftsschutz")	In Arbeit	Raumentwicklung und Baubewilligung
	Kantonaler Richtplan Basel-Landschaft, Windkraft	In Erarbeitung	Raumentwicklung und Baubewilligung
	Jahresbericht 2013 des Sicherheitsinspektorats Kanton Basel-Landschaft	In Erarbeitung	Umwelt und Energie
	Dekret über den generellen Entwässerungsplan (GEP) (1996)	In Vorbereitung	Umwelt und Energie

Sicherheitsdirektion (SID)

Nummer der Vorlage (falls vorhanden)	Titel der Vorlage (Thema)	Stand der Bearbeitung	Federführende Stelle
	Vorlage zur Initiative "Für die Fusion der Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft"	Vorentwurf liegt vor	Generalsekretariat
	Vorlage zur Initiative "Für eine unbürokratische und bezahlbare familienergänzende Kinderbetreuung im Frühbereich" und zur Initiative "Für eine bedarfsgerechte familienergänzende Kinderbetreuung" (so genannte FEB-Initiativen)	Entwurf liegt vor	Generalsekretariat Fachbereich Familie

Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion (BKSD)

Nummer der Vorlage (falls vorhanden)	Titel der Vorlage (Thema)	Stand der Bearbeitung	Federführende Stelle
	Landratsvorlage betreffend Integrative Schulung an der Volksschule: Änderung des Bildungsgesetzes zur Strukturoptimierung der Speziellen Förderung und der Sonderchulung durch Angebots-, Ressourcen- und Zuweisungssteuerung	RRB in Vorbereitung	Amt für Volksschulen / Generalsekretariat Stabsstelle Bildung
	Beitritt zur Fachhochschulverordnung (FHSV)	Vorbereiten der Landratsvorlage (Beitritt BL für 2015 geplant)	Amt für Berufsbildung und Berufsberatung (AfBB)
	Verpflichtungskredit Check-in aprentas III (2016 - 2021)	Erarbeiten der Grundlagen für die Landratsvorlage	Amt für Berufsbildung und Berufsberatung (AfBB)
	Schaffung einer kantonalen Koordinationsstelle für Kinder- und Jugendhilfe für eine Versuchsphase von drei Jahren – Verpflichtungskredit (inkl. Bericht zu Postulat 2010 / 011 Jugendbeauftragter)	Grobkonzept formuliert als Handlungsempfehlung 1 im Konzept Kinder- und Jugendhilfe, beschlossen durch die Regierung im Mai 2013; Landratsvorlage in Vorbereitung 2. Hälfte 2013	Amt für Kind, Jugend und Behindertengebote (AKJB)
	Schulsozialarbeit auf allen Stufen	Grobkonzept formuliert als Handlungsempfehlung 10 im Konzept Kinder- und Jugendhilfe, beschlossen durch die Regierung im Mai 2013; Landratsvorlage in Vorbereitung 2. Hälfte 2014	Amt für Kind, Jugend und Behindertengebote (AKJB)
	Frühe Förderung (inkl. Bericht zu Postulaten 2006 / 101 Eltern bilden statt Kindertherapien, 2008 / 333 Förderung der Früherziehung, 2011 / 094 Ausreichende Deutschkenntnisse)	Landratsvorlage im 4. Quartal 2013	Amt für Kind, Jugend und Behindertengebote (AKJB)
	Bericht zur Erfüllung des Postulats 2010 / 257 Überprüfung des Stellenschlüssels der Schulsozialdienste	Projekt Reorganisation als Grundlage in Bearbeitung; Anpassung der Verordnung über den Schulsozialdienst durch die Regierung im 1. Halbjahr 2014	Amt für Kind, Jugend und Behindertengebote (AKJB)
	Teilrevision Sozialhilfegesetz: Ambulante Leistungen der Jugendhilfe einschliessen (inkl. Bericht zu Postulaten 2002 / 283 Finanzierung von stationären Platzierungen sowie pädagogischen Familienbegleitungen und 2010 / 416 Heime und Sonderschulen: Kostenexplosion stoppen)	Ab 2014 Erarbeitung Leistungskatalog als Basis; Landratsvorlage in Vorbereitung 2. Hälfte 2014	Amt für Kind, Jugend und Behindertengebote (AKJB)
	Universität Basel Leistungsbericht 2010 - 2013 und Geschäftsbericht 2013	Verabschiedung durch Regierungsrat im 2. Quartal 2014 (partnerschaftliches Geschäft)	Generalsekretariat Stabsstelle Hochschulen
	Fachhochschule Nordwestschweiz FHNW Bericht über die Erfüllung des Leistungsauftrags 2013	Verabschiedung durch Regierungsrat im 2. Quartal 2014 (vierkantonales Geschäft)	Generalsekretariat Stabsstelle Hochschulen
	Fachhochschule Nordwestschweiz FHNW Leistungsauftrag und Globalbeitrag 2015 - 2017	In Vorbereitung, Verabschiedung durch Regierungsrat im 2. Quartal 2014 (vierkantonales Geschäft)	Generalsekretariat Stabsstelle Hochschulen
	Sanierung Hauptstrasse Augst (Teilkredit archäologische Massnahmen)	Pendent beim Tiefbauamt; Beantwortung Postulat Buser	BUD, Tiefbauamt
	Räumliche Unterbringung der Hanro-Sammlung ab 2015	Sobald Federführung geklärt ist, ist die Vorlage bereit für Rechtsdienst und Controlling	BUD oder BKSD?

11. Glossar

Abschreibungen	Mit Abschreibungen erfasst man planmässige oder ausserplanmässige Wertminderungen von Vermögensgegenständen. Sie bilden somit den Wertverzehr einer Anlage durch ihren Gebrauch ab. Unter planmässigen Abschreibungen versteht man die systematische Verteilung des gesamten Abschreibungsvolumens eines Vermögenswertes über dessen geschätzte Nutzungsdauer. Ausserplanmässige Abschreibungen dienen der Wertminderung von Vermögenswerten, wenn es sich zeigt, dass der Buchwert des Vermögenswertes nach Vornahme der planmässigen Abschreibungen aufgrund einer voraussichtlich dauernden Wertminderung über dem tatsächlichen Wert liegt.
Abschreibungsmethode	Die Abschreibungsmethode beschreibt, nach welcher Systematik das Abschreibungsvolumen eines zeitlich nur begrenzt nutzbaren Vermögenswertes planmässig verteilt wird. In der Regel wird zwischen der "linearen Abschreibungsmethode" und der "degressiven Abschreibungsmethode" unterschieden.
Aktiven	Aktiven sind die mit Geld bewerteten Vermögenswerte eines Unternehmens. Die Aktiven befinden sich auf der linken Seite der Bilanz. Die Aktivseite der Bilanz zeigt, in welche Vermögenswerte das Kapital (d.h. die finanziellen Mittel) investiert wurde. Die Reihenfolge der Aktiven entspricht in der Regel der Liquidierbarkeit.
Aufwand	Erfolgsrechnerischer Begriff der Finanzbuchhaltung. Ein Aufwand ist eine monetäre Bewertung der in der Rechnungsperiode verbrauchten oder verzerrten Güter und Dienstleistungen oder eine Erhöhung der Verbindlichkeiten. Der Aufwand wird in der Erfolgsrechnung in einen Betriebs- und Finanzaufwand (= operativer Aufwand) und in einen ausserordentlichen Aufwand aufgeteilt.
Ausgaben	Als Ausgabe wird die Verminderung des Geldvermögens (Zahlungsmittelbestand + Bestand an Geldforderungen - Bestand an Geldverbindlichkeiten) verstanden. Eine Ausgabe liegt also beim Abfluss von Zahlungsmitteln und/oder beim Eingehen von Zahlungsverpflichtungen in Form von Geldverbindlichkeiten vor. Im HRM2 ist eine Ausgabe definiert als die Bindung von Finanzvermögen zur Erfüllung öffentlicher Ausgaben. Sie bedarf einer Rechtsgrundlage und eines Voranschlagskredits.
Ausserordentlicher Aufwand und Ertrag	Aufwand und Ertrag gelten als ausserordentlich, wenn mit ihnen in keiner Art und Weise gerechnet werden konnte oder sie nicht zum operativen Geschäft gehören bzw. nicht mit der betrieblichen Leistungserstellung zusammenhängen. Vom Umfang her muss ein ausserordentlicher Aufwand oder Ertrag für den Kantonshaushalt wesentlich sein. Beispiele für ausserordentlichen Aufwand bzw. Ertrag sind: Ausschüttung der überschüssigen Goldreserven, zusätzliche (finanzpolitisch motivierte) Abschreibungen, Abtragung eines Bilanzfehlbetrags, Aufwand im Zusammenhang mit Naturkatastrophen, Einlagen und Entnahmen aus Eigenkapital (im Rahmen der Defizitbremse).
Beiträge an Investitionen Dritter	Beiträge an Investitionen Dritter sind definiert als geldwerte Leistungen, mit denen beim Empfänger dauerhafte Vermögenswerte mit Investitionscharakter begründet werden.
Beteiligung	Unter einer Beteiligung wird eine Institution verstanden, die teilweise oder ganz im Eigentum des Kantons ist oder welche eine öffentliche Aufgabe oder eine Aufgabe im Interesse des Kantons ausserhalb der Kantonsverwaltung erfüllt. Der Kanton geltet die erbrachten Leistungen aus öffentlichen Mitteln ab oder es besteht eine Staatsgarantie (von Rechts wegen oder faktisch aus politischen Gründen).
Betriebsbuchhaltung	Vgl. Kosten- und Leistungsrechnung.
Bilanz	Die Bilanz ist eine stichtagsbezogene Aufstellung von Herkunft und Verwendung des Kapitals. Auf der linken Seite sind die Vermögenswerte aufgeführt (Verwendung), auf der rechten Seite das Fremdkapital und das Eigenkapital (Herkunft). Die Residualgrösse bildet bei einem Aktivenüberschuss das Eigenkapital, bei einem Passivenüberschuss der Bilanzfehlbetrag. Die Bilanz ist das Resultat vergangener vermögensrelevanter Ereignisse und ist ein Instrument zur Darstellung der Vermögenslage.
Bilanzfehlbetrag	Ein Bilanzfehlbetrag stellt die Summe der kumulierten Defizite aus der Erfolgsrechnung dar.

Bruttoprinzip	Ein Grundsatz der Budgetierung und Rechnungslegung welcher besagt, dass Aufwand und Ertrag bzw. Ausgaben und Einnahmen ohne gegenseitige Verrechnung in der Erfolgs- und Investitionsrechnung aufgeführt werden.
Bruttoinlandprodukt (BIP)	Das BIP ist ein Mass für die gesamte wirtschaftliche Leistung eines Wirtschaftsgebietes innerhalb einer Betrachtungsperiode. Es erfasst die Produktion von Waren und Dienstleistungen (zu aktuellen Marktpreisen) nach Abzug der Vorleistungen der im Inland ansässigen Unternehmen.
Bruttoinvestitionen	Vgl. Investitionsausgaben
Budget	Das Budget ist die zusammenfassende und vollständige Darstellung der geplanten finanziellen Vorgänge des Gemeinwesens in einer bestimmten Planungsperiode.
Budgetantrag	Ein Budgetantrag ist ein Antrag des Landrats zum Voranschlag und bezweckt die Aufnahme einer neuen Ausgabe oder die Änderung bzw. Streichung einer im Entwurf des Voranschlags enthaltenen Ausgabe.
Defizitbremse	Instrument zur Erreichung des mittelfristigen Ausgleichs der Erfolgsrechnung. Der Aufwandüberschuss in der Erfolgsrechnung darf im Voranschlag 3 Prozent des Ertrags der Einkommenssteuern natürlicher Personen nicht überschreiten. Ein Defizit über dieser Grenzmarke muss in erster Linie mit Entlastungsmassnahmen auf der Aufwandseite, in zweiter Linie mit einer Eigenkapitalentnahme (vorausgesetzt, das freie Eigenkapital ist höher als CHF 100 Mio) und in dritter Linie mit einer Steuerfusserhöhung reduziert werden.
Eigenkapital	In der Privatwirtschaft bezeichnet das Eigenkapital jene Mittel, die von den Eigentümern einer Unternehmung zu deren Finanzierung aufgebracht oder als erwirtschafteter Gewinn im Unternehmen belassen wurden. Bei einem öffentlichen Gemeinwesen ist es die rechnerische Differenz zwischen den Aktiven (Vermögenswerten) und den Schulden (Fremdkapital). In diesem Fall ist das Eigenkapital grundsätzlich die Summe der vergangenen Ertragsüberschüsse der Erfolgsrechnung. Die Höhe des Eigenkapitals hängt aber auch von der Bewertung der Vermögenswerte und der Schulden ab. Freies Eigenkapital kann im Rahmen der Defizitbremse zur Reduktion von Aufwandüberschüssen im Voranschlag eingesetzt werden.
Einnahmen	Einnahmen sind Zahlungen Dritter, die das Vermögen vermehren oder die als Entgelt für die Veräusserung von Verwaltungsvermögen oder mit Bezug auf die Schaffung von Verwaltungsvermögen geleistet werden.
Erfolgsrechnung	Die Erfolgsrechnung stellt einander die Aufwendungen und Erträge gegenüber. Durch die Saldierung aller Erträge und Aufwendungen wird der Erfolg bzw. das wirtschaftliche Ergebnis (Aufwandüberschuss/Defizit oder Ertragsüberschuss) einer Periode ermittelt.
Erlös	Der Erlös bezeichnet das bewertete Ergebnis der betrieblichen Tätigkeit, d.h. der erzeugten Güter- und Dienstleistungen.
Ertrag	Erfolgsrechnerischer Begriff der Finanzbuchhaltung. Erträge stellen eine Zunahme des wirtschaftlichen Nutzens in der Berichtsperiode in der Form von Zuflüssen oder Erhöhungen von Vermögenswerten oder einer Abnahme von Schulden. Der Ertrag wird in der Erfolgsrechnung in einen Betriebs- und Finanzertrag (= operativer Ertrag) und in einen ausserordentlichen Ertrag dargestellt.
Finanzbuchhaltung	Die Finanzbuchhaltung erfasst die wertmässigen Beziehungen des Unternehmens bzw. eines Gemeinwesens nach aussen. Die Finanzbuchhaltung umfasst zwei Bereiche: Die (Finanz-) Buchführung (chronologische und systematische Erfassung und Aufzeichnung aller vermögensrelevanter Geschäftsvorgänge anhand von Belegen) und die Rechnungslegung (Darstellung der aus der Finanzbuchführung entstandenen Ergebnisse anhand der Bilanz, Erfolgsrechnung, Investitionsrechnung und Geldflussrechnung).
Finanzertrag	Der Finanzertrag umfasst Erträge aus dem Finanzvermögen (Finanz- und Sachanlagen). Dies sind in der Regel Zinserträge, Dividenden, Verkaufsgewinne aus Finanz- und Sachanlagen, Liegenschaftserträge und Wertberichtigungen. Der Finanzertrag wird im gestuften Erfolgsausweis separat ausgewiesen (im operativen Ergebnis).

Finanzpolitik (nachhaltige)	Die Finanzpolitik bedient sich der staatlichen Einnahmen und Ausgaben zur Verwirklichung öffentlicher Ziele. Dabei kann sie als langfristige Einflussnahme auf die Entwicklung der Staatsverschuldung bezeichnet werden. Die Finanzpolitik ist dann nachhaltig, wenn mit der tatsächlichen Entwicklung der Staatsschulden die Bedürfnisse der heutigen Generation befriedigt werden können, ohne dass die Möglichkeiten künftiger Generationen zur Befriedigung ihrer eigenen Bedürfnisse beeinträchtigt werden.
Finanzvermögen	Das Finanzvermögen umfasst jene Vermögenswerte (Finanz- und Sachanlagen), die ohne Beeinträchtigung der öffentlichen Aufgabenerfüllung veräussert werden können.
Fiskalertrag	Ertrag aus der Erhebung von Steuern bei natürlichen und juristischen Personen.
Fonds	Unter einem Fonds versteht man die Zusammenfassung bestimmter Aktiv- und Passivkonten zu einer buchhalterischen Einheit, über die separat abzurechnen ist. Im Bereich der öffentlichen Finanzen bestehen Fonds zumeist aus Zweckvermögen, das aus Spezialfinanzierungen stammt. Einnahmen und Ausgaben von Fonds werden nicht über die Erfolgsrechnung gebucht sondern werden direkt dem Fondskonto gutgeschrieben oder belastet. Die Fondsbudgets und -rechnungen werden im Anhang zum Voranschlag und zur Staatsrechnung aufgezeigt.
Fremdkapital	Das Fremdkapital zeigt auf der Passivseite der Bilanz den Umfang des von Dritten für eine bestimmte Zeitdauer überlassene Kapital. Es bezeichnet die Schulden der Unternehmung (Verbindlichkeiten und Rückstellungen mit Verbindlichkeitscharakter) gegenüber Dritten, die rechtlich entstanden oder wirtschaftlich verursacht sind.
Funktionale Gliederung	Statistische Gliederung der Staatsausgaben und -einnahmen aufgeteilt nach Aufgabebereichen. Die funktionale Gliederung ist kompatibel mit der internationalen Nomenklatur, der Classification of Functions of Government (COFOG) und ist abrufbar auf http://efv.admin.ch/themen/oeff_haushalte/funktional.php .
Gebundene Ausgaben	Eine Ausgabe ist gebunden, <ul style="list-style-type: none"> a. wenn sie durch einen Rechtssatz prinzipiell sowie dem Umfang nach vorgeschrieben ist oder b. wenn sie zur Erfüllung der gesetzlichen Aufgaben der Verwaltung unbedingt nötig ist oder c. wenn anzunehmen ist, die Stimmberechtigten hätten mit einem vorausgehenden Grund-erlass auch die aus ihm folgenden Aufwendungen gebilligt, falls ein entsprechendes Bedürfnis voraussehbar war, oder falls es gleichgültig ist, welche Sachmittel zur Erfüllung der vom Gemeinwesen mit dem Grunderlass übernommenen Aufgaben gewählt werden.
Globalbudget	Ein Globalbudget ist ein Verfahren der Mittelbereitstellung bei dem nur ein pauschaler Betrag ohne sachliche und zeitliche Zweckbestimmung bewilligt wird. Über diesen Betrag kann organisatorische Teileinheit weitgehend unabhängig verfügen. Der Umfang des Globalbudgets basiert auf einem Leistungsauftrag bzw. einer Leistungsvereinbarung zwischen Verwaltung und Teileinheit.
Immaterielle Vermögensanlagen	Identifizierbarer, nichtmonetärer Vermögenswert ohne physische Substanz wie Konzessionen, Patente, Lizenzen, Urheberrechte.
Interne Verrechnung	Gutschriften und Belastungen zwischen Dienststellen innerhalb der kantonalen Verwaltung.
Investitionen im weiteren Sinne	Investitionen im weiteren Sinne umfassen die Ausgaben in der Investitionsrechnung und die Beiträge an Investitionen Dritter (Erfolgsrechnung).
Investitionsausgaben	Ausgaben für den Erwerb, die Erstellung und Verbesserung von dauerhaften Vermögenswerten, welche den Betrag von CHF 300'000 überschreiten. Investitionsausgaben werden im Verwaltungsvermögen aktiviert und in den Folgejahren in der Erfolgsrechnung auf Basis der angenommenen Nutzungsdauer pro Anlagekategorie abgeschrieben.
Investitionseinnahmen	Investitionseinnahmen sind die Einnahmen für Investitionen oder die Einnahmen aus Desinvestitionen. Gemäss HRM2 sind dies nebst Investitionen vor allem Entnahmen aus der Veräusserung von Sachanlagen und Rückerstattungen von Investitionsbeiträgen, Rückzahlungen von Darlehen des Verwaltungsvermögens und Rückzahlungen oder Verkäufe von Beteiligungen des Verwaltungsvermögens.

Investitionsrechnung	Die Investitionsrechnung stellt die Investitionsausgaben den Investitionseinnahmen gegenüber. Sie bildet die Basis für die Ermittlung des Geldflusses aus Investitionen und Desinvestitionen in der Geldflussrechnung.
Konjunktur(zyklus)	Als Konjunktur (lat. <i>coniungere</i> „vereinigen“, „verbinden“) bezeichnet man ein über mehrere Jahre hinweg in einer Volkswirtschaft wiederkehrendes Grundmuster ("Zyklus") von Auf und Ab der wirtschaftlichen Aktivität. Man unterscheidet im Allgemeinen vier Phasen der Konjunktur: Aufschwungphasen ("Expansion"), Hochkonjunktur ("Boom"), Abschwungphasen ("Rezession") und Tiefphasen ("Depression").
Konsolidierung	Unter Konsolidierung versteht man im finanziellen Rechnungswesen die Zusammenfassung und Bereinigung von Einzelabschlüssen mehrerer Einheiten zu einem Gesamtabschluss (konsolidierter Abschluss).
Konsolidierungskreis	Der Konsolidierungskreis bezeichnet diejenigen Einheiten, welche konsolidiert werden sollen.
Kontenrahmen	Der Kontenrahmen ist ein systematisches Verzeichnis aller Konten für die Buchführung. Er dient als Richtlinie für die Aufstellung eines konkreten Kontenplans. Damit sollen einheitliche Buchungen von gleichen Geschäftsvorfällen erreicht und zwischenbetriebliche Vergleiche ermöglicht werden.
Kosten	Begriff aus der Kosten- und Leistungsrechnung. Kosten sind der bewertete Verzehr von Ressourcen, die zur Produkterstellung bzw. Leistungserbringung in einer Periode benötigt wurden. Sie sind derjenige Teil des Aufwandes, welcher ordentlich, betrieblich (leistungsbezogen) sowie periodenbezogen ist. Beispiele sind die Personalkosten, Material oder kalkulatorische Kosten.
Kosten- und Leistungsrechnung	Die Kosten- und Leistungsrechnung bezieht sich auf die betriebsinternen Vorgänge und dient der Ermittlung von Kosten- und Leistungsdaten als Grundlage für Preiskalkulationen (Gebührenfestlegung) und für die Kostenplanung und -kontrolle. In der Kosten- und Leistungsrechnung werden die Kosten den Leistungen gegenübergestellt. Die Kosten- und Leistungsrechnung besteht aus den drei Hauptbereichen Kostenartenrechnung, Kostenstellenrechnung und der Kostenträgerrechnung.
Neubewertung	<i>Wertanpassung</i> Die Neubewertung, auch englisch "Restatement", bezeichnet den Vorgang der wiederholten Bewertung der Bestandskonten im Anlagevermögen und der erstmaligen Bewertung der Bestandskonten bei der Einführung nach den HRM2-Bewertungsrichtlinien.
Neubewertungsreserve	Das Konto "Neubewertungsreserve" dient dazu, dass Auf- oder Abwertungen des Finanzvermögens im Zeitpunkt der Neubewertung nicht erfolgswirksam sind bzw. keine unverhältnismässigen Auswirkungen auf den Steuerfuss haben.
Rechnungsperiode	Die Rechnungsperiode ist der Zeitraum, auf den sich die Erfolgsrechnung bezieht. Sie beträgt meist ein volles Jahr (Rechnungsjahr). Aufwendungen und Erträge werden nach dem Prinzip der Periodenabgrenzung zeitlich auf die Rechnungsperiode abgegrenzt.
Rechnungswesen	Teil des Informationssystems der Kantonsverwaltung, in dem die interne Leistungserstellung (Betriebsbuchhaltung) und die finanziellen Aussenbeziehungen (Finanzbuchhaltung) zahlenmässig dargestellt werden.
Rückstellungen	Rückstellungen sind bereits feststehende, in ihrer Höhe und/oder im Zahlungszeitpunkt meist noch nicht genau abschätzbare Verpflichtungen, deren Berücksichtigung zur Feststellung des Aufwandes oder der Ausgaben am Ende einer Rechnungsperiode notwendig sind. Die Ursache für die Bildung der Rückstellung liegt auf einem Ereignis in der Vergangenheit. Rückstellungen stellen Fremdkapital dar.
Staatsrechnung	Die Jahresrechnung ist das Kernstück der Rechnungslegung nach HRM2. Sie besteht aus der Bilanz, der Erfolgsrechnung, der Investitionsrechnung und dem Anhang.
Strukturelles Defizit	Defizit, das entsteht, wenn Einnahmen und Ausgaben über einen Konjunkturzyklus hinweg nicht im Gleichgewicht sind.

Verpflichtungskredite	Mehrjährige Kredite für neue Ausgaben in der Erfolgs- oder Investitionsrechnung, welche vom Parlament auf der Basis von separaten Vorlagen gesprochen werden.
Verschuldung	Staatsschulden sind Finanzschulden, die zustande kommen, wenn die laufenden Staatsausgaben nicht durch die laufenden Staatseinnahmen und das Eigenkapital gedeckt werden können. Es entsteht eine Nettoneuverschuldung, die mit Fremdkapital finanziert werden muss. Die Staatsverschuldung entspricht den aufsummierten Nettoneuverschuldungen der Vergangenheit bzw. dem in der Bilanz ausgewiesenen Bestand an Fremdkapital.
Verwaltungsvermögen	Das Verwaltungsvermögen umfasst jene Vermögenswerte, die unmittelbar der öffentlichen Aufgabenerfüllung dienen und die ohne diese zu beeinträchtigen nicht veräussert werden können.
Volkseinkommen (kantonaes)	Setzt sich zusammen aus den Einkommen der im Kanton ansässigen Wirtschaftssubjekte (Arbeitnehmende, Selbstständigerwerbende und Unternehmen), welche diese aus ihrer Beteiligung am Wirtschaftsprozess sowohl innerhalb wie auch ausserhalb des Kantons generieren.
Voranschlag	Vgl. Budget
Vorfinanzierungen	Vorfinanzierungen sind Reserven, welche für noch nicht beschlossene Vorhaben gebildet werden. Vorfinanzierungen stellen zweckgebundenes Eigenkapital dar.

Impressum

Vom Landrat beschlossen am
12. Dezember 2013

Inhalt, Redaktion

Finanz- und Kirchendirektion, mit Unterstützung der vier
anderen Direktionen, der Landeskanzlei und der Gerichte

Gestaltung

phorbis Communications AG, Basel

Fotografie

Peter Schönenberger, Winterthur

Druck

Druckerei Bloch AG, Arlesheim

Titelbild

Die Familie, welche auf ihrem Weg der Betrachterin und dem
Betrachter immer näher kommt, illustriert den Zeithorizont
der Dokumente und bildet eine optische Klammer um die vier
Publikationen Vision, Programm, Planung und Rückblick.

